

Studien zur

Philosophie & Wissenschaft

gesellschaftlicher Praxis

Von der Systemkritik zur gesellschaftlichen Transformation

Transformationsforschung:
Aufgaben und Probleme

Marxismus und Praxisphilosophie
Praxiswissenschaft und Utopistik

Wirtschaftstheorie und
gesellschaftliche Transformation

Potentiale und Perspektiven
der urbanen Praxis

Horst Müller (Hg.) – Beiträge zur PRAXIS-Tagung 2010

Horst Müller, Dr. phil., geb. 1945, Sozialphilosoph und Sozialinformatiker.
Redakteur des Portals praxisphilosophie.de. Arbeitsschwerpunkte: Konkrete Praxisphilosophie, Politische Ökonomie und Systemalternativen, Stadt- und Sozialforschung, Konzepte gesellschaftlicher Transformation.

Horst Müller (Hg.)

**Von der Systemkritik
zur gesellschaftlichen Transformation**

Bibliographische Informationen der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet die erste Auflage dieser Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar

ISBN 978-3-8391-8822-4

Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-Non-Commercial-NoDerivs 3.0 Germany License, abrufbar unter <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/legalcode>. Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

1. Auflage 2010

2. Auflage als Netzpublikation 2014

© 2014 Dr. Horst Müller

Herstellung und Verlag: Books on Demand GmbH, Norderstedt

ISBN 978-3-8391-8822-4

INHALT

Zur Einführung 7

Transformationsforschung: Aufgabe und Probleme

Michael Brie

Solidarische Gesellschaftstransformation -
Skizze über eine (noch) unmögliche Möglichkeit 12

Praxistheoretische Grundlagen und Kritik

Wolfdietrich Schmied-Kowarzik

Die Herausforderung der Marxschen Philosophie der Praxis
und die Misere aktueller Marxinterpretation 58

Horst Müller

Zur kritischen und utopistischen Wissenschaftskonzeption
des Praxisdenkens 79

Wirtschaftstheorie und gesellschaftliche Transformation

Günter Buchholz

Das Verhältnis zwischen Ökonomie und Staat
in der Neoklassik, bei Keynes und in der marxistischen Theorie 128

Horst Müller

Zur wert- und reproduktionstheoretischen Grundlegung
und Transformation zu einer Ökonomie des Gemeinwesens 157

Reformprojekte für Wirtschaft und Gesellschaft

Andreas Willnow

Die Wertschöpfungsabgabe als Bestandteil eines Transformationskonzeptes? 230

Andreas Willnow

Bedingungsloses Grundeinkommen als Bestandteil eines Transformationskonzeptes? 250

Potentiale und Perspektiven der urbanen Praxis

Fernand Guelf

Kreativität in der urbanen Gesellschaft
Henri Lefèbvres Projekt einer kulturellen Revolution 280

Rainer Fischbach

Die Zukunft ist die Stadt – doch was ist die Stadt der Zukunft? 297

Anhang

Angaben zu den Autoren 336

Abstracts der Beiträge 342

Verzeichnis zur Publikationsreihe 353

Zur Einführung

Diese Publikation ist die dritte in der Reihe *Studien zur Philosophie und Wissenschaft gesellschaftlicher Praxis*.¹ Die Beiträge dokumentieren nicht nur die Vorträge der PRAXIS-Tagung, die im Februar 2010 von der Initiative für Praxisphilosophie und konkrete Wissenschaft in Nürnberg veranstaltet wurde. Sie enthalten beträchtlich weiter gehende Ausarbeitungen des dort Vorgetragenen. Alles zielt, wie der Titel sagt, auf den notwendigen Schritt *Von der Systemkritik zur gesellschaftlichen Alternative*.

Entsprechende positive, konkrete und praktisch wegweisende Gedanken sind nach dem Zusammenbruch der großen, vorfristigen Hoffnungen des 20. Jahrhunderts und einem anschließenden Vierteljahrhundert liberalistischer Kopfwäsche von elementarer Bedeutung: Eine *Kritik* des Bestehenden kann *allein* die Nebelbänke im gesellschaftlichen Bewusstsein, welche die Aussicht auf eine bessere Zukunft verdecken, nicht vertreiben.

So liegt der Schwerpunkt der Beiträge nicht auf der ansonsten vielstimmig artikulierten Wirtschafts- und Gesellschaftskritik oder auf aktuellen Analysen zur Wirtschafts- und Finanzkrise, sondern ganz entschieden auf weitergehenden Fragen hinsichtlich einer konkreten Alternative und möglichen gesellschaftlichen Transformation.

Ein kurzer Gang durch das überlegte Themenspektrum kann die jeweiligen Intentionen, Grundgedanken und den Zusammenhang verdeutlichen:

*Der einleitende Artikel spannt mit der Frage nach **Aufgaben und Problemen einer Transformationsforschung** einen Gesamtrahmen auf.*

Michael Brie befasst sich mit dem Ansatz einer *Transformationsforschung*, die an der Perspektive einer solidarischen Gesellschaftlichkeit entschieden festhält, sich dabei aber über alle wirklichen oder vermeintlichen Gewissheiten hinaus der Komplexität der gesellschaftlichen Prozesswirklichkeit und den Schwierigkeiten stellt, darin konkrete Schritte und realistische Alternativen auszumachen. Wir erhalten also einen aktuellen Einblick in Fragen einer Transformations- und Strategieforschung.

Eine solche Forschung, die sich durch einen gesellschaftlichen Rundumblick und ein positives, praktisches Zukunftsinteresse auszeichnet, ist die

¹ Bisher erschienen: *Das PRAXIS-Konzept im Zentrum gesellschaftskritischer Wissenschaft* (2005) und *Die Übergangsgesellschaft des 21. Jahrhunderts* (2007). Diese Bände samt Inhaltsverzeichnissen sind am Ende der vorliegenden Publikation angezeigt. Siehe auch <http://www.praxisphilosophie.de/prxpubl2010.htm>

zeitgemäße Form kritischer Gesellschaftstheorie. Sie entspricht dem formationell widersprüchlichen Übergangscharakter der heutigen gesellschaftlichen Wirklichkeit und dem Wesen der im Alltag wie in gesellschaftlichen Grundfragen gegebenen Entscheidungssituation.

*In einem zweiten Themenkreis werden **Praxistheoretische Grundlagen** einer transformatorischen Forschung und Praxis recherchiert und entwickelt.*

Zwei Beiträge machen darauf aufmerksam, dass eine auf gesellschaftliche Veränderung zielende Theorie und Praxis der Vergewisserung bezüglich der mit Marx in die Welt gekommenen dialektischen Wirklichkeits- und Wissenschaftskonzeption bedarf. Ansonsten fehlen entscheidende Begriffe, inhaltliche Konzepte und gesellschaftsgeschichtliche Orientierungen.

Wolfdietrich Schmied-Kowarzik erläutert den weithin immer noch verkannten Charakter und die überragende Bedeutung der *Philosophie der Praxis*. Vor diesem Hintergrund lautet seine Frage, inwiefern anspruchsvoll vorgestellte Marxinterpretationen der letzten Zeit den Kern treffen oder vielmehr erneut verfehlen. Damit werden für die nahezu unüberschaubar weiter treibende Marx- und Marxismus-Debatte Marksteine gesetzt.

Mein eigener Beitrag zu diesem Themenbereich zielt darauf, die im Horizont einer Philosophie der Praxis angelegte *Wissenschaftskonzeption des Praxisdenkens* konkret und operativ zu machen. Die entwickelten kategorialen und methodologischen Aspekte sind zugleich Schlüsselemente eines zweiten Beitrags, in dem eine politisch-ökonomische Systemalternative entwickelt wird.

Beide praxistheoretische Untersuchungen zusammen bieten eine konzentrierte Einführung in die Grundlagen und Grundfragen einer Philosophie und Wissenschaft gesellschaftlicher Praxis und schärfen deren paradigmatisches Profil. Damit sollte die Diskussion über die philosophischen und wissenschaftlichen Grundlagen einer modernen, praktisch-kritischen Gesellschaftstheorie neu angestoßen werden.

Eine These lautet, dass der angesprochene Übergangscharakter der Epoche den philosophisch-wissenschaftlichen Ansatz des Praxisdenkens *praktisch wahr* macht und dadurch seine Weiterentwicklung herausfordert. Dieser Ansatz ist auch ein Schlüsselement für längst überfällige *utopistische* Forschungen, die über eine *Kritik der politischen Ökonomie* hinausgehen und in das Ringen um eine konkrete Alternative für Wirtschaft und Gesellschaft involviert sind. Damit ist der erweiterte Problembereich von Ökonomie und Politik angesprochen:

*Im dritten Themenkreis geht es um Fragen der **Wirtschaftstheorie und gesellschaftlichen Transformation**.*

Unübersehbar spielt hier, ökonomisch wie politisch, der moderne Staat mit herein. Zunächst untersucht Günter Buchholz mit Bezug auf die relevanten politisch-ökonomischen Denkschulen von *Neoklassik*, *Keynes* und *Marx* das *Staatsverständnis* und die Beziehung zwischen *Ökonomie und Staat*. Die Studie trägt insbesondere zur Kritik der neoklassischen Lehre bei und führt zu dem Schluss, dass politische Transformationsstrategien sich der noch bestehenden Klassenherrschaft bewusst sein müssen, die sowohl das Kapital wie den Staat übergreift. Infolgedessen bleiben alle maßgeblich am Staat orientierten Strategien problematisch.

Das hier mit angesprochene Thema *Marx und Keynes* sollte als eine wichtige Anschlussstelle für weitergehende wirtschafts- und transformations-theoretische Untersuchungen im Blick bleiben.

Nach dem ernüchternden Verweis auf die allemal wirksamen *politischen Schranken* jeder gesellschaftlichen Veränderung, verweist Horst Müller auf eine in der sozialkapitalistischen Formierung bereits latent vorhandene und sich geltend machende, durch antisoziale Tendenzen bedrängte und jedenfalls noch kaum begriffene Systemalternative.

Die *Grundlegung einer Ökonomie des Gemeinwesens* zielt auf die Konstitutionselemente und die veränderte Reproduktionsordnung einer *Sozialwirtschaft als Systemalternative* und die Möglichkeit ihrer Freisetzung in einer Praxis und Politik gesellschaftlicher Transformation. Die Ausarbeitung bringt die Theorie der Sozialwirtschaft auf aktuellsten Stand und benennt praktische Angriffspunkte mit transformatorischer Wertigkeit.

Das vorgestellte Konzept legt im Hinblick auf die blühende Landschaft der Alternativideen ganz allgemein nahe, präventive Konzepte für einen gesellschaftlichen Umbau danach zu befragen, inwiefern sie wert-, reproduktions- und praxisanalytisch fundiert sind.

*Nach der Vorstellung des ganzheitlichen Entwurfs einer Systemalternative richtet sich der Blick auf einzelne **Reformprojekte für Wirtschaft und Gesellschaft**.*

Andreas Willnow untersucht zwei Ansätze, die mit einem tiefgreifend reformerischen Anspruch verbunden sind: Die sogenannte Wertschöpfungsabgabe und das Bedingungslose Grundeinkommen, das aktuell in der Diskussion steht. Die Untersuchungen setzen durch ihre nüchterne, gründliche Art ein Zeichen gegen übertriebene Erwartungen und jeden aufgeregten Konfessionalismus. Sie führen zu einer Relativierung der Möglichkeiten und Wirkungen des Bedingungslosen Grundeinkommens.

Der Autor kam dem ausdrücklichen Wunsch nach, vor dem Hintergrund eigener einschlägiger Studien die Frage der Wertschöpfungsabgabe zu behandeln. Auch hier werden die Zusammenhänge erhellt und insbesondere die reformerischen Effekte abgewogen. Die vormalig schon öfters diskutierte und sogar wirtschaftspolitisch geforderte Wertschöpfungsabgabe sollte mit dieser profunden Vorgabe wieder für die Systemdebatte aktiviert werden.

Ein Argument dafür lautet, dass ein Steuerkonzept, welches das Element des Sachkapitals mit anspricht, eine erhebliche Rolle im Hinblick auf eine mögliche systemische Transformation spielen könnte. Demnach wäre die Verdrängung der Fragen einer Wertschöpfungsabgabe oder auch einer Maschinen- bzw. Sachkapitalsteuer eine schwerwiegende theoretische Auslassung und ein grundsätzlicher strategischer Fehler.

*Der letzte Schwerpunktbereich der vorliegenden Publikation betrifft die **Potentiale und Perspektiven der urbanen Praxis**, ein noch viel zu wenig beachtetes Thema.*

Die urbane Praxis fungiert heute, auch im Hinblick auf ihre kommunale Verfasstheit, als Grundeinheit sowohl waren- wie sozialwirtschaftlicher Reproduktion sowie primärer Raum menschlicher Lebensverwirklichung und gesellschaftlicher Partizipation. Welche kreativen Kräfte oder transformatorische Potentialität weist dieser Bereich auf?

Fernand Guelf holt den im deutschen Sprachraum noch nie ausreichend rezipierten Praxisdenker Henri Lefebvre, dessen *Idee einer kulturellen Revolution der modernen urbanen Gesellschaft*, in die Debatte zurück und belegt ihre ungebrochene Aktualität und Tiefsinn. Rainer Fischbach eruiert zur urbanen Wirklichkeit und zur *Stadt der Zukunft* mit Blick auch auf die aktuellen Probleme der Kommunalverwaltung und Stadtentwicklung und bis hin zu Fragen, welche die weltweiten Prozesse der Urbanisierung aufwerfen.

Ich schließe diese kleine Übersicht mit dem Wunsch, dass die vorgelegten Studien auf Interesse und auf Resonanz bei denjenigen stoßen, die es angeht. Mein Dank gilt allen, deren unerlässliche Unterstützung und ideenreichen Beiträge zum Gelingen der 3. PRAXIS-Tagung und der daraus hervorgegangenen Publikation beigetragen haben!

Horst Müller, im November 2010

**Transformationsforschung:
Aufgabe und Problem**

Michael Brie

Solidarische Gesellschaftstransformation - Skizze über eine (noch) unmögliche Möglichkeit

»Da (...) unser Verlangen nach Wissen nicht sinnlos ist, so wünschen wir uns unter den angegebenen Umständen ein Wissen um unser Nichtwissen. Gelingt uns die vollständige Erfüllung dieser Absicht, so haben wir die belehrte Unwissenheit erreicht... Es wird einer umso gelehrter sein, je mehr er um sein Nichtwissen weiß.«

Nikolaus von Kues

Es ist ein Grundmerkmal der Moderne, dass jede Gegenwart mit vielen Zukünften schwanger geht. Als Zeitgenossen, die nicht zeitvergessen sind, wissen wir, es wäre vieles anders, wenn Generationen vor uns anders gehandelt hätten. Vor allem: Wir sind selbst in einer Scheidewegssituation¹, einem historischen Augenblick, der sich als »Verwandlungs-ZeitRaum« erweisen könnte². Heute ist nicht die Frage, dass sich zu wenig verändern würde, sondern dass sich die Dinge gerade so verändern. Nichts bleibt, wie es ist, aber wenig wird, wie es sein sollte – legt man als Maßstab die Erklärungen der Menschenrechte und die Proklamationen der Vereinten Nationen bis hin zu denen der Weltsozialforen an. Zugleich gehetzt vom Druck der unerbittlich vergehenden Zeit und paralysiert von der Macht und Ungestaltbarkeit der gewaltigen Umgestaltungen der Gegenwart, die kein richtungsveränderndes Eingreifen zu erlauben scheinen, steht eine Transformation der jetzigen Entwicklungsweise und der Lebensformen der globalen Zivilisation auf der Tagesordnung und wird durch die harte Hand faktischer Entscheidungen ständig von dieser Tagesordnung wieder genommen. Weichenstellungen werden genauso permanent eingeklagt und angemahnt wie für unmöglich erklärt.

Global werden Klimaziele proklamiert, die eine Reduktion der CO₂-Emissionen in den hochentwickelten Ländern um neunzig Prozent verlan-

1 Dieter Klein: Eine zweite große Transformation und die Linke. Kontrovers 1/2010. Rosa-Luxemburg-Stiftung 2010, S. 1

(http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/kontrovers/kontrovers_01-2010_web.pdf).

2 Immanuel Wallerstein: Utopistik. Historische Alternativen für das 21. Jahrhundert. Wien 2008, S. 9.

gen, aber alles wird dafür getan, die Automobilindustrie aufzurüsten für eine Verdoppelung der Zahl der Autos auf fast anderthalb Milliarden in den nächsten zwanzig Jahren. Wir beklagen das Zerfallen der Gesellschaft in Oben und Unten und die Ausbreitung von prekärer Beschäftigung, entwürdigendem Niedriglohn und befristeter außertariflicher Zeitarbeit und suchen zugleich ständig nach den billigsten Angeboten für Waren und Dienstleistungen. Wir leiden bei den Nachrichten über Hochwasserkatastrophen und Dürren, aber jagen per Flugzeug mit subventioniertem Treibstoff zu den All-inclusive-Anlagen des Massentourismus am Strand oder auf hoher See. Wir wissen, dass ein wachsendes Bruttoinlandsprodukt und gesteigerter Export nicht glücklich machen, aber wir atmen auf, wenn die Zahlen nach oben zeigen, weil Arbeitsplätze, Einkommen, soziale Leistungen innerhalb der gegebenen gesellschaftlichen Strukturen genau davon abhängen. Gerade die Schwächeren in der Gesellschaft können ihre Interessen oft nur dann wirksam vertreten, wenn sie genau jene Verhältnisse, die sie schwach machen und grundlegenden Verbesserungen im Wege stehen, zementieren. Sie sind nicht Herren ihres Schicksals, sondern Schmiede ihrer Ketten.

Niemals war das Wissen über den Schrecken des Weiter-So derart allgemein wie heute. Und doch verstreicht Jahrzehnt um Jahrzehnt. Spätestens seit dem Abwurf der Atombombe am Morgen des 6. August 1945 über Hiroshima ist die Zerstörbarkeit menschlichen Lebens auf der Erde alltäglich präsent. Der Brundtland-Bericht von 1987³ hat die notwendige Wende nicht nur in der Sicherheitspolitik, sondern in der gesamten Weise von Produktion und Leben in das Zentrum aufgeklärter Zeitdiagnose gerückt. Aber geschehen ist fast nichts. Die Möglichkeit, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die Systemtransformation im Osten mit einer Transformation des sozialökologischen Entwicklungsmodells des Westens zu verbinden, ist nicht einmal ernsthaft erwogen worden. Das von Michail Gorbatschow eingeforderte *Neue Denken* wurde tiefer unter den Trümmern der Sowjetunion begraben als das Troja nach der Brandschatzung durch die Griechen. Nicht einmal die Erinnerung an die damals auflebende große Hoffnung hat überlebt.

Die im Systemstreit 1990 übriggebliebenen Staaten des Westens wähten sich nicht nur als bessere, sondern als gute Gesellschaften. Die Sieger waren verblendet. »Systemische Weichenstellungen« sind absolut notwendig, aber

3 Volker Hauff (Hrsg.): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Berlin 1987.

noch ist keine Epochensituation erkennbar, die die realistische Chance zur Transformation in sich bergen würde. Marx hatte behauptet, dass sich die Menschheit immer nur Aufgaben stellt, »die sie lösen kann, denn genauer betrachtet wird sich stets finden, dass die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozess ihres Werdens begriffen sind«⁴. Beschwichtigende Fortschrittsgläubigkeit wird man daraus nicht ableiten können, sondern bestenfalls die Gewissheit, dass es ohne die Fähigkeit, die vorhandenen »Bedingungen« zu nutzen, keine Lösung geben wird und Barbarei zum Signum des 21. Jahrhunderts werden kann. Realistische Szenarien haben dies längst einkalkuliert.⁵

Paradoxa der Transformation und Möglichkeiten ihrer Auflösung

Transformation ist eine mögliche Unmöglichkeit. Mit diesem einen Satz könnte man die Herausforderung von Transformationsforschung beschreiben. Denn jedem (bewussten) Systemwechsel stehen größte Hürden gegenüber. Die erste Hürde jeder Transformation ist die Tatsache, dass etwas entstehen soll, was eigentlich längst »da sein« müsste, wenn es doch von so vielen herbeigeseht und als überlebenswichtig erachtet wird. Man müsste doch annehmen, dass wenn eine hinreichende Zahl an relevanten Akteuren ein Interesse an einem anderen Typ sozialer Reproduktion hätte, so bräuchten sie eigentlich nur entsprechend zu handeln oder wie John Holloway behauptet: »Wir machen den Kapitalismus. Und jetzt müssen wir aufhören, ihn zu machen.«⁶

Weder sind die Geschichten des Alltags der großen Mehrheit Erzählungen jenseits einer kapitalistisch geprägten Gesellschaft, noch erfolgt Totalverweigerung. Zudem sind die Waren der Konzerne die Produkte der Lohnabhängigen, deren Löhne vom Kauf eben dieser Erzeugnisse abhängen – seien es Autos, U-Boote oder die Geräte, die den Zugang zur Welt des Internets ermöglichen. Die geforderten sozialstaatlichen Leistungen werden

4 Karl Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie. Vorwort. In: MEW, Bd. 13, S. 9.

5 Christia Electris, Paul Raskin, Richard A. Rosen und John Stutz: The Century Ahead: Four Global Scenarios. Tellus Institut für a Great Transition. Boston 2009; Richard A. Rosen, Paul Raskin: Christia Electrics, Paul D. Raskin: Global Scenarios for the Century Ahead: Searching for Sustainability. Tellus Institute 2010.

6 John Holloway: Aufhören, den Kapitalismus zu machen. In: grundrisse, Heft 11/2004, S. 6.

durch Steuern finanziert, die auf die Löhne und den Umsatz bzw. Gewinn erhoben werden.

Es ist das Paradoxon jedes grundlegenden Wandels: Es muss etwas entstehen, was eigentlich nicht entstehen kann, weil jeder, der an einem System partizipiert, so handeln muss, dass er sich dabei *im* System erhält – es sei denn, er hätte eine Alternative. Da genau diese als Systemzusammenhang nicht greifbar ist, verbleiben alle innerhalb des gegebenen Systems oder sind gesellschaftlich bedeutungslos. Die notwendige »Anschlussfähigkeit« aller transformativen Anstrengungen an vorhandene Interessen kann deshalb immer zur Unterordnung unter den bloßen Erhalt der gegebenen Verhältnisse werden.

Es gibt eine zweite Hürde: Die Leidenschaften und Motive, die Ressourcen und Organisationen, die Ideen und Institutionen, die erst Alternativen ermöglichen, müssen innerhalb der gegebenen Gesellschaft geschaffen und erhalten werden, was tendenziell ihre Integration in genau jene Zustände, gegen die sie gerichtet werden sollen, befördert. Wieso sollten Menschen ihren Lebenssinn darin sehen, etwas zu tun, was für das Heute und Hier keinen Sinn macht. Aber wenn es Sinn macht, sich für eine »andere Gesellschaft« einzusetzen, wie können wir sicher sein, dass wir tatsächlich auf grundlegende Veränderungen zielen und nicht bloß auf eine Korrektur? Und müssen wir uns nicht auch fragen, ob dieses Engagement etwas anderes ist als ein Palliativ, das wir brauchen, um die Kluft zwischen Sein und Sollen zu ertragen?! Es gibt eine Ideologie des Dagegen, der bloßen Verneinung, die sich darin selbst feiert und die wirklichen Verhältnisse ganz unangetastet lässt oder sogar verfestigt.

Die Probleme häufen sich weiter. Marx formulierte 1871: Die Arbeiterklasse habe »keine Ideale zu verwirklichen; sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoß der zusammenbrechenden Bourgeoisgesellschaft entwickelt haben«⁷. Damit entsteht eine dritte Hürde: Um eine solche Aufgabe zu erfüllen und »Elemente« des Neuen freizusetzen, braucht man nicht nur eigene Ziele und Ideale, sondern auch das Vermögen, diese Elemente ans Licht zu heben und von den Bausteinen der alten Gesellschaften unterscheiden zu können, also ein Wissen um eine neue Gesellschaft, die ja nicht die Summe jener Teile sein kann, die im Kapitalismus vorgefunden werden. Woher *ex ante* ein Wissen um ein neues Ganzes, das sich nicht *post festum*, nach vollbrachter Tat, als verhängnisvolle Illusion erweist auf dem Weg in eine historische Sackgasse

⁷ Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich. In: MEW, Bd. 17, S. 343.

oder schlimmer noch – den totalitären Terror?! Die Dialektik der Aufklärung wird zur Metaphysik von bloßer Herrschaft, wenn sich die aufgeklärten Revolutionäre der öffentlichen Kritik ihres Handelns entziehen können⁸.

Dies verweist auf eine vierte Hürde: *Politics* (als Kampf um Macht), *Policies* (als Versuch konkreter Problemlösung) und *Polity* (als Gestaltung des Ganzen) fallen nicht zusammen. Jede Reform, geschweige denn Transformation, ist auf die Macht von Reformern/Transformateuren angewiesen, selten gilt dies umgekehrt. Die Machtsicherung wird schnell zum Selbstzweck, der alle anderen Ziele (von Idealen nicht zu reden), überlagert. Eine Gewissheit, dass eine sich selbst verstärkende Spirale von Kampf um Macht, konkreten Reformprojekten und Gesamtveränderung von Gesellschaft entsteht, kann es nicht geben.

Ein fünftes Problem entsteht dadurch, dass jene, die gegebenenfalls wirklich etwas verändern könnten, weil sie die Machtressourcen dafür haben, genau jene sind, die an der Erhaltung des Status quo, der sie so privilegiert, im besonderen Maße interessiert sind. Und andere, die ein großes Interesse an Veränderung haben und dabei deutlich besser gestellt würden, haben weder die Ressourcen noch den Einfluss, um den gewünschten Wandel zu erzwingen. Der Aufwand, sich kollektiv zu organisieren, das Risiko, dabei allein zu bleiben, die geringen Chancen des freiwilligen Mitwirkens der Vielen sind viel zu hoch. Das Einrichten in den gegenwärtigen Verhältnissen »rechnet« sich gerade für die Schwachen zumeist mehr als die Rebellion – es sei denn, es entsteht eine Situation massiver kollektiver Selbstorganisation wie in den seltenen Momenten der kollektiven Empörung und Revolution, die keiner vorher sagen kann und in denen eine andere Logik kollektiven Handelns gilt⁹. In den Normalsituationen gilt die Feststellung von Mancur Olson: »Wenn die Mitglieder einer großen Gruppe rational danach streben, ihre persönliche Wohlfahrt zu maximieren, werden sie *nicht* so handeln, dass ihre gemeinsamen oder Gruppenziele erreicht werden, sofern

⁸ Bakunin wandte gegenüber dem doktrinären Sozialismus (sein Terminus für den »wissenschaftlichen Sozialismus«), den er durch Marx und Lassalle vertreten sah, ein, diese würden die Herrschaft der intellektuellen »Führer«, die sich auf ihre überlegene »wissenschaftliche Einsicht« als Durchgangsstadium errichten wollen. Aber »eine Regierung von Wissenschaftlern« sei »die quälerischste, aggressivste und verächtlichste Regierungsform der Welt« und würde selbst in einer demokratischen Form »nichts als eine Diktatur sein«. Michail Bakunin: Staatlichkeit und Anarchie 1873 (<http://www.anarchismus.at/txt5/bakunin27.htm>).

⁹ Petra Stykow: Dekonstruktion der Revolution. INITIAL 9 (5) (1998), S. 27 – 44.

sie nicht durch Zwang dazu genötigt werden, oder den einzelnen Mitgliedern der Gruppe zusätzlich zu der Verwirklichung des gemeinsamen oder Gruppen-Interesses ein besonderer Anreiz geboten wird.«¹⁰

Helmut Wiesenthal kommt in seiner Einführung in die Probleme von Gesellschaftsteuerung und gesellschaftlicher Selbststeuerung zum Schluss, dass es »so gut wie unmöglich« sei, »eine Theorie zu konstruieren, welche der Komplexität der gesellschaftlichen Verhältnisse so weit gerecht würde, dass sich die raren Optionen einer intentionsadäquaten Steuerung spezifizieren ließen«¹¹. Er warnt vor einer doppelten Verführung: »Die Neigung, das gesellschaftliche Selbststeuerungspotential aus prinzipiellem Zweifel am Fortschrittsmythos oder schlecht informierter akademischer Redlichkeit zu unterschätzen, ist keine Tugend. Sie bewirkt eine Selbsteinschüchterung, die sich im Modus der *self-fulfilling prophecy* zu bestätigen vermag. Dennoch wäre es leichtfertig, allen mutigen Ideen oder gar Großprojekten der Gesellschaftsreform Blankokredit zu gewähren. Nicht alles, was nötig erscheint, ist möglich; und nicht alles, was möglich ist, ist wünschenswert und verdient, realisiert zu werden. Inkongruenzen im Verhältnis von Reformbedarfsdiagnosen, problemadäquaten Reformprogrammen und mehrheitsfähigen Reformkoalitionen werden das politische Handlungsfeld weiterhin bestimmen. Doch sollten sie die Wahrnehmungen der Akteure nicht derart trüben, dass alle günstigen Gelegenheiten ungenutzt verstreichen.«¹²

Paradoxa kann man nicht auflösen, indem man nach einem einfachen Befreiungsschlag sucht oder sie ignoriert, sondern indem man die ihnen zugrundeliegenden Widersprüche bearbeitet. Der wichtigste Weg besteht darin, die Höhe der fünf genannten Hürden (weitere könnten leicht hinzugefügt werden) systematisch zu senken. Erfolgreiche Transformationen der Vergangenheit oder Gegenwart vermitteln zumindest Erfahrungen, geben zumindest Hilfe, wie die Erfolgsbedingungen für bewusste Gesellschaftsveränderung erhöht werden können. Wenn man die Errichtung der Macht der Bolschewiki und die Durchsetzung kommunistischer Gesellschaftspolitik nach dem November 1917 sicherlich als eines der umfassendsten Gesellschaftsexperimente in der Geschichte der Menschheit ansehen kann, dann ist Rosa Luxemburgs Mahnung gegenüber Lenin und Trotzki aktuell: Der

10 Mancur Olson: Die Logik des kollektiven Handelns. Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen. Tübingen 1992, S. 2.

11 Helmut Wiesenthal: Gesellschaftsteuerung und gesellschaftliche Selbststeuerung. Eine Einführung. Wiesbaden 2006, S. 241.

12 Ebenda, S. 242.

Sozialismus lasse sich »seiner *Natur* nach nicht oktroyieren«. »Er hat zur Voraussetzung eine Reihe Gewaltmaßnahmen – gegen Eigentum etc. Das Negative, den Abbau kann man dekretieren, den Aufbau, das Positive, *nicht*. Tausend Probleme. Nur Erfahrung [ist] imstande, zu korrigieren und neue Wege zu eröffnen. Nur ungehemmtes, schäumendes Leben verfällt auf tausend neue Formen, Improvisationen, erhält *schöpferische Kraft*, korrigiert selbst alle Fehlgriffe. Das öffentliche Leben der Staaten mit beschränkter Freiheit ist deshalb so dürftig, so armselig, so schematisch, so unfruchtbar, weil es sich durch Ausschließung der Demokratie die lebendigen Quellen allen geistigen Reichtums und Fortschritts absperrt.«¹³ Dies gilt für jede Emanzipationsbewegung.

Sozialwissenschaftlich gibt es mittlerweile viele Gründe anzunehmen, dass Gesellschaften dann über ein hohes Potential zur Selbststeuerung und Erneuerung verfügen, wenn sie weder zentralistisch verfasst sind noch völlig dezentralisiert in fragmentierte Teile zerfallen, sondern *polyzentrisch* aufgebaut sind. Wie Elinor Ostrom, die diese Position ausführlich begründet hat, schreibt: »Politikveränderungen sind Experimente, die auf mehr oder weniger gut informierten Erwartungen über mögliche Ergebnisse derselben und deren Verteilung zwischen den Teilnehmern dieser Experimente in Raum und Zeit basieren«¹⁴. Solche Experimente würden dann am erfolgreichsten sein, wenn es keine zentrale Autorität gibt, die alle anderen dominiert, sondern die Bürgerinnen und Bürger in der Lage sind, »nicht nur eine, sondern verschiedene Regulierungsinstanzen (governing authorities) auf unterschiedlichen Ebenen einzurichten«¹⁵. Jede dieser Einheiten müsse über eine beträchtliche Unabhängigkeit verfügen, damit sie in der Lage sind, innerhalb eines bestimmten Zuständigkeitsbereichs Regeln zu entwickeln und durchzusetzen. Wichtig sei, dass die jeweiligen kleineren Einheiten eingebettet sind in Instanzen mit allgemeinen Zwecken (general purpose governments), die vor allem Rechtssicherheit, Wissen und Information bereitstellen.¹⁶ Dazu würden Möglichkeiten gehören, von anderen zu lernen, sich an höhere Instanzen zu wenden, wenn Rechte verletzt wurden oder Korruption auftritt. Das Scheitern kleinerer Systeme würde durch die größeren aufgefangen. Neben der Möglichkeit des Widerspruchs würde

13 Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution. In: Werke, Bd. 4, S. 360.

14 Ostrom, Elinor: Understanding Institutional Diversity. Princeton and Oxford: Princeton University Press 2005; S. 243 (engl.).

15 Ebenda, S. 242 (engl.).

16 Vgl. ebenda.

dies die realistische Option auf Abwanderung hin zu anderen »Einheiten« (Arbeit, Wohnung, Bildung, Verein, Partei usw.) verlangen.¹⁷ Politische und soziale Grundrechte gehören dabei zusammen.

So paradox es klingt, nicht die Einleitung von konkreten Großtransformationen, sondern die Erhöhung der *Transformationsfähigkeit* der Gesellschaften ist die wichtigste Aufgabe jeder Politik, die angesichts der Großprobleme der Gegenwart Transformationen einfordert. Dazu gehören vor allem

Erhöhung der Freiheitsgrade: die Sicherung einer möglichst großen Vielfalt von Optionen (Organisationen, Wissen, Handlungsweisen, Vergesellschaftungsformen) durch einen ständigen Prozess der innovativen Erneuerung;

wachsende Gleichheit: der Ausbau einer breiten öffentlichen Infrastruktur, die Informationsgewinnung und Austausch, Lernen, Kooperation ermöglichen, Missbrauch (Korruption, Ausbeutung, private Aneignung nicht erarbeiteter Renten, Unterdrückung und Gewalt) einschränken, Zugang zu den Bedingungen eines freien Lebens erhöhen sowie soziale und kulturelle Grundrechte sichern;

Steigerung von Solidarität: die Gewährleistung von relativ hoher Unabhängigkeit in Verbindung mit klaren (nicht zu kurzschlüssigen) Signalen, die eigenen Erfolg (im Sinne von Erhaltung und Ausbreitung von bestimmten Wissens-, Organisations-, Handlungs- und Vergesellschaftungstypen) an einem solidarischen Beitrag zur Gesamtentwicklung (sozial, ökologisch, zivil...) messen.

Die Ausformulierung dieser wenigen Prinzipien, die an transformationsfähige Gesellschaften angelegt werden, geht sofort über in die Kritik der gegebenen Gesellschaften. Man könnte sagen, dass es die Aufgabe transformatorischer Politik ist, Gesellschaften zu schaffen, die Freiheit, Gleichheit und Solidarität verknüpfen und damit den sozialen, ökologischen und sicherheitspolitischen Herausforderungen der Gegenwart besser entsprechen. Steigerung von Transformationsfähigkeit und grundlegender Wandel in Richtung einer solidarischen Teilhabegesellschaft (Rolf Reißig), Weg und Ziel, fallen zumindest unter diesem Aspekt zusammen.¹⁸

¹⁷ Vgl. dazu Albert O. Hirschman: Abwanderung und Widerspruch. Tübingen 1974.

¹⁸ Man kann den Grad an Fortschrittlichkeit von Gesellschaften auch daran messen, inwiefern sie diese Kriterien erfüllen und transformationsfähig sind. Vgl. dazu: Michael Brie: Der sowjetische Staatsparteisozialismus im Lichte der Marxschen Theorie »progressiver Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation«. In:

Wer von den Stärken des Kapitalismus nicht reden will, sollte vom Sozialismus schweigen

Transformation kann unter sehr unterschiedlicher Perspektive betrachtet werden. Im Folgenden wird sie mit dem Konzept eines Formationsbruchs zwischen Kapitalismus und Sozialismus verbunden¹⁹. Dies ist nach dem grandiosen Scheitern des Sozialismus im 20. Jahrhundert keinesfalls selbstverständlich. Deshalb ist es erforderlich, in einem ersten Schritt sozialistische Diskurse selbstkritisch zu befragen.

Es war eine historische Wachablösung in der Nacht vom 31. Dezember 1991 zum 1. Januar 1992 im Kreml. Die Rote Fahne der Revolution mit Hammer und Sichel vom Oktober 1917 wich der Fahne des nachzaristischen bürgerlichen Russlands des Februar 1917. Kommunismus und Sozialismus hatten ihren Auftritt gehabt und waren ein langes Menschenleben später wieder im Orkus der Weltgeschichte verschwunden.

Und zugleich stieg der Kapitalismus, den so viele schon totgesagt hatten, am Ende des 20. Jahrhunderts wieder auf – lebendiger, globaler, erfolgreicher, attraktiver, offensiver denn je. Das Gespenst des Kommunismus und Sozialismus²⁰ wurde durch die so faszinierende wie erschreckende Wirklichkeit einer globalen Entwicklungsweise gebannt, die Marx schon 1848 mit den Worten charakterisiert hatte: »Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterte Kommunikation alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation... Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen... Mit einem Wort, sie schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde.«²¹

In dieser Welt der Bourgeoisie hatte das sowjetische Experiment am Ende keinen Platz. Es vermochte sich nicht zu behaupten und hatte den Kampf

Ernstgert Kalbe; Wolfgang Geier; Holger Politt (Hrsg.): Aufstieg und Fall des Staatssozialismus: Ursachen und Wirkungen. Leipzig 2004, S. 197 – 233. Vgl. auch: Michael Brie: Die Fähigkeit zur Transformation – Fortschrittskriterium heutiger Gesellschaften. Ms. 2010.

19 Zur Einordnung der Formationsperspektive in die Transformationsforschung vgl. Rolf Reißig

20 Uli Schöler: Ein Gespenst verschwand in Europa. Über Marx und die sozialistische Idee nach dem Scheitern des sowjetischen Staatssozialismus. Bonn 1999.

21 Karl Marx; Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW, Bd. 4, S. 466.

um die »höhere Arbeitsproduktivität« (W. I. Lenin) verloren. Aber kann es, wird es dauerhaft einen anderen Sozialismus geben? Sind die Entwicklungen in China, Vietnam oder Kuba etwas anderes als der Versuch, die Einführung des Kapitalismus unter Kontrolle einer kommunistischen Staatspartei durchzuführen? Ist der Venezuealanische Sozialismus des 21. Jahrhunderts mehr als eine linksnationale Korrektur der Ausschweifungen des Neoliberalismus? Führen die Regierungen in Bolivien oder Ecuador ihre Länder über den Kapitalismus hinaus?

Die neu begonnene Sozialismuskussion resultiert aus der Hegemoniekrise des neoliberalen Kapitalismus, der Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus und den Folgen eines neuen Imperialismus und seiner Kriege, nicht zuletzt aus seinen ökologischen Konsequenzen. Die Suche nach Auswegen aus diesen konkreten Krisen und den Katastrophen wirft zugleich erneut die Frage nach einer grundlegenden Alternative wieder auf. Allein die Entstehung dieser Diskussion offenbart ihre fundamentale Schwäche: Ihre Stärke erwächst *noch* vor allem aus der Kritik der katastrophischen Tendenzen des gegenwärtigen Kapitalismus und viel weniger *bisher* aus dem Wissen von der Überlegenheit einer anderen, einer sozialistischen Ordnung bzw. der Anziehungskraft erfolgreicher Experimente.

Eine Sozialismuskussion, die diesen Namen verdient, sollte sich der Schwierigkeiten bewusst werden, über Sozialismus nach dem Untergang des Staatssozialismus, dem Scheitern anderer sozialistischer Projekte im 20. Jahrhundert und dem Wiederaufstieg des Kapitalismus theoretisch konsistent und praktisch verantwortungsvoll zu sprechen. Einfach sollte sich die Linke ihre Antworten nicht machen.

Schon die ersten praktischen kommunistischen Experiment von Robert Owen und seinen Anhängern nach 1825, dem Jahr der ersten globalen Krise des Kapitalismus, machten deutlich, wie ungeheuer schwierig es ist, unter den Bedingungen des Gemeineigentums stabile Produktions- und Lebensgemeinschaften herzustellen. Wie einer der Teilnehmer des Experiments *New Harmony* im US-Bundesstaat Indiana, Josiah Warren, später schrieb: »Wir hatten eine Welt im Kleinformat geschaffen – wir hatten die Französische Revolution wieder und wieder durchgeführt, nur mit verzweifelten Herzen anstelle von Leichen als Resultat. ... Es schien, als hätte der Natur eigenes Gesetz der Vielfalt uns besiegt... Unsere ›vereinigten Interessen‹ waren im direkten Krieg mit den Individualitäten der Personen und Um-

stände und dem Instinkt der Selbsterhaltung«²². Die Hoffnung auf das friedliche Ausbreiten bisheriger sozialistischer oder kommunistischer Experimente des Gemeineigentums ist geschichtlich unendlich oft enttäuscht worden. Nach Frühphasen des Enthusiasmus und der Ausnahmesituation wurden sie nie dauerhaft zum überzeugenden Vorbild produktiver wie humaner Überlegenheit. Auch die staatlich so lange geförderte Form der Kibbuz in Palästina und Israel wurde durch nachfolgende Generationen weitgehend aufgegeben.

Es kommt noch etwas hinzu: Nach den ungeheuren Verbrechen im Namen des Sozialismus verbietet sich jede, aber auch jede Apologie eines Sozialismus, der das Tor zur Barbarei des totalitären Terrors aufstieß. Und mit Recht betont Uwe-Jens Heuer: »Dass Sozialismus selbst Barbarei ermöglichen kann..., ist schmerzlich, aber nicht dadurch zu bewältigen, dass wir diese Gesellschaften einfach aus dem Sozialismus exkommunizieren.«²³ Angesichts des schleichenden Untergangs der Sowjetunion in Ineffizienz und Stagnation gibt es keinen Grund für die naive Annahme, jede nichtkapitalistische Gesellschaft müsse mindestens genauso entwicklungsfähig sein wie eine durch den Kapitalismus geprägte Ordnung. Wissend um die immer neuen und am Ende alle gescheiterten Reformversuche im sowjetischen Sozialismus haben sich selbst die Hoffnungen von Marx und Engels, kommende Generationen würden Lösungen für jene Probleme finden, die mit dem Aufbau des Sozialismus verbunden seien, nicht bestätigt. Und ein Blick auf die vielen alternativen sozialistischen Experimente im 20. Jahrhundert reicht aus, um zu erkennen, dass das Scheitern nicht nur dem »sowjetischen Modell« oder der Macht und Brutalität der Gegenkräfte angelastet werden kann. Es bleiben vor allem zwei Fragen: (1) Wie sollen die widerstreitenden Interessen solidarisch »sozialisiert« werden, ohne sie zu unterdrücken und ein neues Herrschaftssystem zu errichten? (2) Wie sollen bewusste Gestaltung und langfristige Planung gesichert werden, ohne dass dabei Offenheit und Entwicklungsfähigkeit zerstört werden?²⁴

Immanuel Wallerstein spricht in diesem Zusammenhang von *Utopistik* als dem anspruchsvollen Programm der »Einschätzung historischer Alter-

22 Zitiert im Wikipedia-Artikel zu Richard Owen (engl.). http://en.wikipedia.org/wiki/Robert_Owen (Zugriff vom 5.8.2010).

23 Uwe-Jens Heuer: *Marxismus und Politik*. Hamburg 2004, S. 178.

24 Es ist hier nicht der Platz, die verschiedenen sozialistischen oder kommunistischen Projekte der Gegenwart kritisch zu analysieren. Dies ist eine gesonderte Aufgabe, die den Artikel sprengen würde.

nativen«²⁵. Man müsse mit Max Weber die »materiale Rationalität« möglicher historischer Systeme« aufdecken: »Es geht um eine nüchterne und realistische Bewertung menschlicher Gesellschaftssysteme, der ihnen auferlegten Beschränkungen und jener Bereiche, die menschlicher Kreativität offen stehen. Es geht nicht darum, wie eine perfekte (und unvermeidliche) Zukunft aussieht, sondern darum, wie eine alternative, glaubhaft bessere und historisch mögliche (aber alles andere als sichere) Zukunft aussieht.«²⁶ Ernst Bloch nennt dies das In-Möglichkeit-Seiende als das »Möglichkeits-Substrat des dialektischen Prozesses«²⁷.

Immer wieder beschwört die Linke in aller Welt, dass der Kapitalismus nicht das letzte Wort der Geschichte sein könne und werde – es sei denn als Ende menschlicher Geschichte. Woher nimmt sie diese Gewissheit? Und wieso sollte der Sozialismus das nächste Wort sein? Vom Sozialismus ist fast nichts geblieben als der »kategorische... Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist«²⁸. Sozialismus wäre so gesehen nur noch ein ethischer Regulativ – wenn auch der bedeutendste in der Menschheitsgeschichte. Von einer gestaltenden Idee, die die Massen ergreifen könnte, weil sie darin eine konkrete Antwort auf ihre konkreten Interessen sehen würden, ist die reale Sozialismuskonzeption im zehnten Jahr des 21. Jahrhunderts weit entfernt.

Ein Sprechen über Sozialismus, dass diesen nur als »andere Welt«, als »gute Ordnung« dem Kapitalismus gegenüberstellt, ohne theoretisch wie praktisch nachzuweisen, dass er wirklich eine *bessere* Welt wäre, ist erstens auf billige Weise verführerisch. In ihm konstituiert sich der Sprechende als »guter Mensch« und entlässt sich zugleich aus der Verantwortung für sein Denken und Tun. Gerade der hohe sittliche Anspruch des Sozialismus verwandelt sich dann schnell in bloßes Moralisieren. Karl Marx, der sich als vierundzwanzigjähriger Redakteur der *Rheinischen Zeitung* mit dieser Tendenz auseinandersetzte, schrieb in einem Brief an Arnold Ruge mit Blick auf

25 Immanuel Wallerstein: Utopistik. Historische Alternativen für das 21. Jahrhundert. A.a.O., S. 8.

26 Ebenda.

27 Ernst Bloch: Tübinger Einleitung in die Philosophie, Suhrkamp-Verlag, 1963, S. 233.

28 Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung. In: MEW, Bd. 1, S. 385.

die Berliner Junghegelianer: »Ich forderte auf, weniger vages Rasonnement, großklingende Phrasen, selbstgefällige Bespiegelungen und mehr Bestimmtheit, mehr Eingehn in die konkreten Zustände, mehr Sachkenntnis an den Tag zu fördern.«²⁹

Dies verweist auf eine zweite Schwierigkeit sozialistischer Kapitalismuskritik: Aus der Aufdeckung von Funktionswidersprüchen des Kapitalismus lassen sich nur die Reproduktionsprobleme des Kapitalismus, aber keinesfalls eindeutige Lösungsvarianten ableiten. Das Werk von Marx und Engels bleibt deshalb ungenau bei der konkreten Definition von Sozialismus als alternativer Ordnung. Soweit diese Definition erfolgte, war es die einer Gemeinwirtschaft, in der, so Marx, »die Arbeitsmittel Gemeingut und die Gesamtarbeit genossenschaftlich geregelt ist«³⁰. Engels sieht die Auflösung der Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft geradezu zwangsläufig in einer Gesellschaft, in der »eine gesellschaftliche Produktion nach vorherbestimmtem Plan«³¹ auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln entsteht. Ungeprüft blieben schon damals die Funktionsfähigkeit einer solchen Wirtschaftsweise und die Frage, ob die aufgezeigten Widersprüche nicht in anderer und besserer Weise *auf der Grundlage und innerhalb* des Kapitalismus bearbeitet werden könnten. Nach dem Untergang des sowjetischen Staatssozialismus stellt sich diese Frage umso dringender.

Im Abschluss seiner Fundamentalkritik einer sozialistischen Gemeinwirtschaft kommt Ludwig Mises zu dem Schluss: »Es ist nicht einzusehen, wie so man das Urteil abzugeben vermag, der Sozialismus sei in irgendeiner Hinsicht besser als der Kapitalismus, wenn man nicht zu behaupten vermag, dass er als Gesellschaftssystem besser fungiere als der Kapitalismus.

29 Karl Marx: Brief an Arnold Ruge vom 30. November 1842. In: MEW, Bd. 27, S. 412.

30 So Marx in Anlehnung und Korrektur des Gothaer Programms der SPD in: Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms. In: MEW, Bd. 19, S. 18. Zu den konkreteren Kommunismusvorstellungen in Marxens Hauptwerk siehe: Michael Brie: Die Bildungselemente einer neuen Gesellschaft in Marx' »Kapital«. Blendungseffekte im Verhältnis von Kapitalismusanalyse und kommunistischer Prognose. In: Marx' Kritik der politischen Ökonomie und die Linke heute. Beiträge eines internationalen Workshops. Pankower Vorträge, hrsg. von der Hellen Panke e. V., Heft 135 (2009), S. 43 – 51.

31 Friedrich Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. A. a. O., S. 228.

Man könnte mit demselben Rechte etwa behaupten, eine Maschinenkonstruktion, die auf dem Perpetuum mobile aufgebaut sei, sei zwar besser als eine, die mit den gegebenen Gesetzen der Mechanik rechne, sie wäre nur bedauerlicherweise unausführbar. Wenn in der Vorstellung des sozialistischen Gesellschaftssystems ein Fehler enthalten ist, der das System nicht leisten lässt, was es leisten soll, dann ist der Sozialismus mit dem System des Kapitalismus, das sich als wirkendes bewährt hat, überhaupt nicht vergleichbar; dann kann man ihn auch weder als edler, noch als schöner oder gerechter bezeichnen.«³²

So wie die Diskussion zum Sozialismus vornehmlich eine politische Diskussion im Kampf um Hegemonie ist, so ist die Frage nach Alternativen keine bloß theoretische Frage. Wenn Sozialismus keine dauerhaft lebens- und entwicklungsfähige Alternative ist, oder schlimmer noch, wenn er selbst neue ungekannte Barbarei fördern würde, dann wäre es gerade der oben schon zitierte kategorische Imperativ, der die demokratische Linke auf Reformen im Kapitalismus verpflichten würde. Ihr Einsatz müsste dann aus der Verantwortung gerade gegenüber den Erniedrigten, Geknechteten, Verlassenen und Verachteten nicht einer »anderen Welt«, sondern einem anderen Kapitalismus gelten. Die Alternative wäre dann nicht »Sozialismus oder Barbarei«, sondern »sozial und ökologisch regulierter Kapitalismus oder Barbarei«. Nicht Revolution, sondern ausschließlich Reformen ständen auf der Tagesordnung.

James Fulcher formuliert diesen Gedanken so: »Die Suche nach einer Alternative *zum* Kapitalismus ist in einer Welt, in der der Kapitalismus vollkommen dominant geworden und keine endgültige Krise in Sicht, oder, abgesehen von irgendeiner Umweltkatastrophe, auch nur wirklich vorstellbar ist, verlorene Mühe. Die sozialistische Alternative hat ihre Glaubwürdigkeit eingebüßt; die heutigen antikapitalistischen Bewegungen scheinen nirgendwohin zu führen, weil sie keine glaubwürdige und konstruktive Alternative bieten, die mit bestehenden Mustern der Produktion und Konsumtion vermittelbar wäre. Wer die Welt reformieren will, sollte sich auf das Veränderungspotenzial *innerhalb* des Kapitalismus konzentrieren.«³³

32 Mises, Ludwig: Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus. Zweite, umgearbeitete Auflage. Jena 1932, S. 474.

33 James Fulcher: Kapitalismus. Stuttgart 2007, S. 178 f. Oder anders: »In einer Welt, in der es keine funktionsfähigen Alternativen zum Kapitalismus mehr gibt, bieten einzig die Alternativen innerhalb des Kapitalismus Wahlmöglichkeiten.« Ebenda, s. 121.

Allzu leicht geben Sozialistinnen und Sozialisten bzw. Kommunistinnen und Kommunisten dem Reflex nach, diesem Argument mit der Aufzählung einer unendlichen Zahl unabweisbarer realer Probleme zu begegnen – dem Hunger, der Armut, der Verelendung, der Umweltzerstörung, dem Ressourcenverschleiß, der Klimakatastrophe, den alten und neuen Kriegen und der Welle von Hochrüstung, Fundamentalismen in der westlichen und nichtwestlichen Welt usw. usf. Strittig ist überhaupt nicht die Existenz dieser Fakten und Tendenzen, denen andere Fakten und Gegentendenzen in ebensolcher Ausführlichkeit gegenüber gestellt werden können, strittig ist ihre Erklärung und umstritten sind die Strategien, wie ihnen begegnet werden sollte.

Wer über Sozialismus spricht, spricht über eine Alternative zum Kapitalismus. Dies ist kontrafaktisch. Der Kapitalismus hat bisher noch jede seiner Krisen überstanden, jeden seiner Widersacher bekehrt oder niedergedrückt, jede Alternative integriert oder verdrängt. Aus den kleinen Inseln oberitalienischer Stadtstaaten im Ozean der vorkapitalistischen Moderne³⁴ ist die globale Welt des heutigen Kapitalismus entstanden – durch Kreditbrief und Schwert, Recht und Gewalt, Emanzipation und Unterdrückung.

Aber mehr noch: Alle theoretischen Versuche der Marxisten, eine immanente Grenze des Kapitalismus aufzuzeigen – Gesetz der kapitalistischen Akkumulation, Fall der Profitrate, Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft³⁵ bzw. das vorausgesagte Ende der Arbeitsgesellschaft³⁶ oder die Umstellung auf nichtfossile Energie³⁷ – sind gescheitert oder zumindest nicht überzeugend. Rosa Luxemburgs These, dass im Augenblick der Vollendung des kapitalistischen Weltmarkts der Mehrwert nicht mehr realisierbar sein würde und der Kapitalismus deshalb an seiner eigenen Verallgemeinerung zusammenbrechen würde³⁸, bestätigt sich nur insofern,

34 Fernand Braudel: *Das Modell Italien (1450 – 1650)*. Stuttgart 1991.

35 Diese drei Positionen sind bei Marx im Ersten und Dritten Band des Kapitals und in den »Grundrissen zur Kritik der politischen Ökonomie« ausgeführt.

36 Robert Kurz: *Der Kollaps der Modernisierung. Vom Zusammenbruch des Kaserne-Sozialismus zur Krise der Weltökonomie*. Leipzig 1994.

37 Elmar Altvater: *Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik*. Münster 2005.

38 »Der Kapitalismus ist die erste Wirtschaftsform mit propagandistischer Kraft, eine Form, die die Tendenz hat, sich auf dem Erdrund auszubreiten und alle anderen Wirtschaftsformen zu verdrängen, die keine andere neben sich duldet. Er ist aber zugleich die erste, die allein, ohne andere Wirtschaftsformen als ihr Milieu und

dass der Kapitalismus aus sich heraus einen starken öffentlichen Sektor produzieren muss. Immer steht der Stärke der Kritik die Schwäche der formulierten Alternativen gegenüber, verdeckt die Brillanz der Analyse der gegebenen Gesellschaft die Unklarheiten bei der Entwicklung überzeugender Alternativen.

Der ideologischen Falle der bloßen Verklärung eigener Hoffnungen, Wünsche oder Interessen kann nur entgehen, wer sich den Mühen der kritischen Forschung, dem »Kältestrom«(Ernst Bloch) nüchternster Analyse, unterzieht. Ein so ambitioniertes Projekt wie das des Sozialismus im 21. Jahrhundert stellt den Anspruch auf, praktisch über den Kapitalismus hinauszugehen – ihn *aufzuheben*. Dazu müssen Kriterien formuliert werden und an diesen Kriterien sind dann die Alternativvorschläge ernsthaft zu prüfen.

Vom griechischen Philosophen Diogenes von Sinope (* ca. 391/399 v. Chr. in Sinope; † 323 v. Chr. in Korinth) wird berichtet, dass er mit seinen Schülern ein Paradoxon des Zenon diskutierte. Dieser hatte behauptet, dass der schnellste Läufer der Welt, Achilles, nicht einmal eine Schildkröte überholen könne. Denn wenn er die Schildkröte zur Hälfte eingeholt habe, sei diese schon wieder ein Stück Weg weiter. Würde Achilles dann die Hälfte dieses neuen Weges zurücklegen, hätte die Schildkröte ein weiteres, wenn auch noch kleineres Stückchen zurückgelegt. Zur Illustration ging Diogenes vor seinen Schülern im Kreise. Um nachzuweisen, dass Zenon Unsinn reden würde, stand ein Schüler auf und überholte ohne jedes Problem seinen Lehrer. Dieser sah ihn an und verpasste ihm eine kräftige Ohrfeige mit dem Kommentar: »Hier wird argumentiert, um zu begreifen, nicht experimentiert, um sich das Begreifen zu ersparen!« Mathematisch wurde das Zenonsche Paradoxon erst 2000 Jahre später durch die Infinitesimalrechnung gelöst. Dies bedeutet: Ein bloßes Faktum ersetzt kein Argument, sondern problematisiert dieses höchstens. Wie Hegel spöttisch formulierte: »Mit dem einfachen Hausmittel, auf das *Gefühl* das zu stellen, was die und zwar mehrtausendjährige Arbeit der Vernunft und des Verstandes ist, ist

ihren Nährboden, nicht zu existieren vermag, die also gleichzeitig mit der Tendenz, zur Weltform zu werden, an der inneren Unfähigkeit zerschellt, eine Weltform der Produktion zu sein.« Rosa Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals. In: Dies.: Gesammelte Werke. Bd. 5. Berlin 1975, S. 411.

freilich alle Mühe der von dem denkenden Begriffe geleiteten Vernunftseinsicht und Erkenntnis erspart.«³⁹

Auch die Art und Weise, wie die Diskussion zum »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« international auf die Tagesordnung gesetzt wurde, verstärkt die oben schon genannten Gründe, eine ernsthafte Reflexion einzufordern. Hugo Chavez hatte in seiner erfolgreichen zweiten Kampagne zur Wahl als Präsident Venezuelas die sozialistische Orientierung verkündet und wollte sie dann in einer Verfassungsreform, die u. a. die Gewaltenteilung einschränken und die Beschränkung der Amtszeit des Präsidenten aufheben sollte, festschreiben. In einem Volksentscheid wurde diese Reform zurückgewiesen. Hugo Chavez erlitt die erste demokratische Niederlage seit 1999.

Etwas ausführlicher sei aus den Analysen von Edgardo Lander zitiert, der sich kritisch mit der venezuelanischen Diskussion zum Sozialismus des 21. Jahrhunderts auseinandersetzt:

»Wenn unter dem Sozialismus des 21. Jahrhunderts ein Modell verstanden wird, das sich von dem des 20. Jahrhunderts unterscheidet, ist es erforderlich, eine umfassende kritische Bilanz zu ziehen: Worin bestehen die Erfahrungen mit dem autoritären, bürokratischen Staatssozialismus des 20. Jahrhunderts? Was sind die grundlegenden Unterschiede? Was muss den neuen Sozialismus dieses Jahrhunderts ausmachen? Er kann nur eine politisch machbare, wünschenswerte und legitime Alternative zum Kapitalismus werden, wenn die Gesellschaft weitaus demokratischer wäre als die der liberalen repräsentativen Demokratie. In diesem Sinne war das sowjetische Sozialismusmodell im Endergebnis ein glatter Fehlschlag. Gleichzeitig ist es erforderlich, festzustellen, dass die Errichtung einer sozialen postkapitalistischen Ordnung die Notwendigkeit einer radikalen Abkehr vom gängigen Modell des permanenten Krieges gegen den Rest der Menschheit einschließt. Dieses Modell wurde in der historischen Erfahrung des sowjetischen Sozialismus in keiner Weise in Frage gestellt. Die erdölgestützte venezolanische Gesellschaft verwandelt diese Fragestellung in eine besonders komplexe Angelegenheit.

Deshalb ist eine umfassende Debatte über die folgenden Kernfragen erforderlich: Welche Rolle spielt der Staat in dieser vorgeschlagenen Gesellschaft? Wie sehen die politischen Organisationen aus? Wie sind die Beziehungen zwischen Parteien und Staat? Wie wird ein Maximum an Autonomie der sozialen Organisationen in Bezug auf den Staat garantiert? Welche Antworten können im Falle Venezuelas, das

39 Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse. Nach der Ausgabe von Eduard Gans herausgegeben und mit einem Anhang versehen von Hermann Klenner. Berlin 1981, S. 20.

in höchstem Maße eine vom Erdöl abhängige Gesellschaft ererbt hat, auf die dringenden Erfordernisse gegeben werden, die durch den Klimawandel und andere Gefahren entstehen?

Es gab in Venezuela anregende Debatten zu diesen Fragen. Aber nachdem der Sozialismus als Zukunftsoption wieder auf der Tagesordnung steht, werden diese Debatten nicht ausreichend weitergeführt. In der jetzigen Debatte wird oft so getan, als ob der Sozialismus keine Vergangenheit, keine historische Belastung hätte, aus der es etwas zu lernen gäbe.

Ohne diese notwendigen Auseinandersetzungen ist aber nicht zu verstehen, was in dem Vorschlag der Verfassungsreform mit ›sozialistischem Staat‹, ›sozialistischer Demokratie‹, ›sozialistischer Partizipation‹ und ›sozialistischer Ökonomie‹ gemeint ist. Das, was klar zu sein schien, war, dass es sich um ein Modell einer hochverstaatlichten Gesellschaft mit einer zentralisierten bürokratischen Regierung handelt. Die sich abzeichnende Verwischung der Grenze zwischen der öffentlich-staatlichen Sphäre und der politischen bzw. parteipolitischen Sphäre sowie die Absicht des Staates, die Autonomie der sozialen Organisationen zu kontrollieren oder einzuschränken, ließen aber Fragen offen, besonders eben hinsichtlich der Unterscheidung des Sozialismus des 20. Jahrhunderts und dem des 21., der mit dieser Reform vorangebracht werden sollte.«⁴⁰

Unternehmen – Akteure der kapitalistischen Moderne

Wer über Sozialismus spricht, spricht nolens volens über den Kapitalismus und zwar als einer Gesellschaftsform, die überwunden werden soll. Sozialismus ist geschichtlich immer als nachkapitalistische Ordnung verstanden worden bzw. als Bewegung, die den Kapitalismus negiert und auf eine andere Ordnung zielt. Wer den Sozialismus begreifen will, muss zunächst den Kapitalismus verstehen – weshalb Marxens Werk vornehmlich ein genauso kapitalismusanalytisches wie kapitalismuskritisches Werk ist.

Die orthodoxen Sozialismusvorstellungen, wie sie in der II. Internationale im ausgehenden 19. Jahrhundert vorherrschten, waren durch eine zentrale Annahme geprägt: »Alle gesellschaftlichen Übel haben ohne Ausnahme ihre Quelle in der sozialen Ordnung der Dinge, die gegenwärtig, wie gezeigt, auf dem Kapitalismus, auf der kapitalistischen Produktionsweise beruht, kraft deren die Kapitalistenklasse die Eigentümerin aller Arbeitsmit-

⁴⁰ Edgardo Lander: Das Referendum zur Verfassungsreform. Der politische Prozess in Venezuela ist an einem kritischen Scheideweg angelangt (http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/allg_Texte/Ausland/Ref_Venez_Lander.pdf).

tel – Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel – ist und dadurch die Ausbeutung und Unterdrückung der großen Volksmehrheit betreibt, was wachsende Unsicherheit der Existenz, des Druckes und der Erniedrigung der ausgebeuteten Klassen im Gefolge hat.«⁴¹ Die Schlussfolgerung, die daraus gezogen wurde, war eineindeutig:

»Demgemäß wäre also der kürzeste und rascheste Schritt, durch eine allgemeine Expropriation dieses kapitalistische Eigentum in gesellschaftliches Eigentum (Gemeineigentum) zu verwandeln. *Die Warenproduktion wird in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion verwandelt. Der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit, bisher eine Quelle des Elends und der Unterdrückung der ausgebeuteten Klassen, werden jetzt zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und der harmonischen Ausbildung aller.*«⁴²

Die kapitalistische Klasse erscheint in diesem Verständnis spätestens mit dem Übergang zu Aktiengesellschaften und Konzernen genauso überflüssig und parasitär wie das Rittertum nach der Erfindung der Feuerwaffen: »Das Kartell, der Trust, der Ring gehen noch weiter, nicht nur der einzelne Unternehmer verschwindet als selbständige Person, auch die Aktiengesellschaft wird dienendes Glied in einer Kette, die ein Kapitalistenausschuss in der Hand hat, dessen Aufgabe es ist, das Publikum zu pressen und zu plündern. Eine Handvoll Monopolisten wirft sich zum Herrn der Gesellschaft auf, diese diktieren ihr die Preise für die Waren und den Arbeitern die Lohn- und Lebensbedingungen. Diese Entwicklung zeigt, wie überflüssig der Privatunternehmer geworden ist und dass die auf nationaler und internationaler Stufe geleitete Produktion das Ziel ist, auf das die Gesellschaft steuert. Nur mit dem Unterschied, dass schließlich die organisierte Produktion und Distribution (Verteilung) *nicht wie heute der Kapitalistenklasse, sondern der Gesamtheit zustatten kommen soll.*«⁴³

Ein Verständnis von Kapitalismus, das dessen Wesen in der direkten Verfügung der Produktionsmittel durch die Besitzer der Fabriken sieht, verfehlt die Spezifik des »Kapitalistischen« an diesem Eigentum, da der

41 August Bebel; *Die Frau und der Sozialismus*. Berlin 1973, S. 409 (http://www.mlwerke.de/beb/beaa/beaa_407.htm). August Bebel's Werk wurde bewusst gewählt, da es nach dem »Manifest« zur populärsten Schrift der deutschen Arbeiterbewegung wurde.

42 Ebenda, S. 409 f.

43 Ebenda, S. 382 (http://www.mlwerke.de/beb/beaa/beaa_379.htm).

kapitalistische Zweck mit einem spezifischen Mittel (der direkten Kontrolle des Produktionsprozesses durch den Kapitaleigentümer) in eins gesetzt wird. Man muss die zwei Seiten auseinanderhalten – erstens eine kapitalistische Kreditwirtschaft und zweitens Unternehmen, die im Wettbewerb miteinander um diese Kredite und um Märkte stehen.

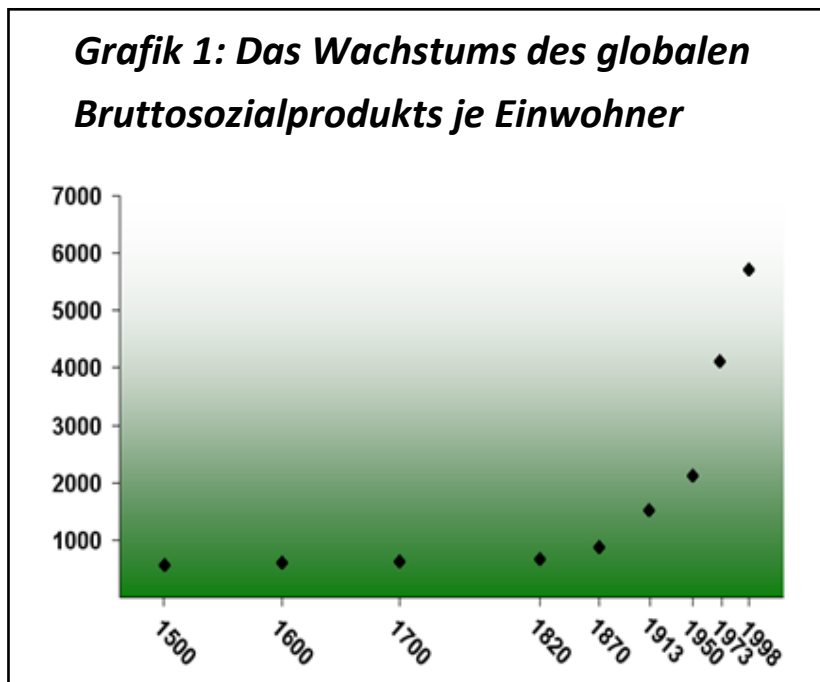
Die von Marx gefundene »allgemeine Formel des Kapitals« ist $G-W-G'$ – die Verwandlung von Geld (G) in Mehr-Geld (G') über den Umweg der Ware (W). Der in Geld verkörperte Anspruch auf Eigentumsrechte wird als *Kredit* vergeben in der Erwartung, in der Zukunft ein Geld mit Zinsen (Mehrwert) zurückzuerhalten.⁴⁴ Es handelt sich um die »Selbstverwertung des Werts«. Die kapitalistische Wirtschaft ist Kreditwirtschaft.

Dies bedeutet, dass nicht etwa vorhandenes, in der Vergangenheit akkumuliertes Kapital verliehen wird, sondern Kredit geschöpft wird, der aus *zukünftigen* Erträgen zu bedienen ist. Vorhandene Kapitaleinlagen können als ein Teil von Sicherheit für partielle Kreditausfälle herangezogen werden (Eigenkapitalquote).

Als Kreditwirtschaft ist der Kapitalismus *zukunftsbezogen*. Die Akteure der Kreditvergabe (vornehmlich Banken und Fonds) stellen den ersten Typ von Akteuren einer kapitalistischen Produktionsweise dar. Sie gehen davon aus, dass die Unternehmen, an die sie die Kredite vergeben, mehr Eigentumstitel erwirtschaften als jene, über die sie jetzt schon verfügen können. Es handelt sich um eine Spekulation oder Wette auf eine »reichere« Zukunft. Kapitalismus ist deshalb wachstumsorientiert.⁴⁵ Und er ist entwicklungsorientiert, indem er die ständige Veränderung aller wesentlichen Elemente der Reproduktion zur Bedingung des Wachstums macht, soweit der

44 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band. In: MEW, Bd. 23, S. 161 ff.

45 »Da die Unternehmungen Produktionsfaktorleistungen kaufen müssen, um die Güter zu produzieren, die sie nach erfolgter Produktion auf den Markt bringen und verkaufen, müssen sie über einen Vorschuss von Geld verfügen, um die Produktionsfaktorleistungen zu kaufen, bevor sie sich durch Verkauf der Güter bezahlt gemacht haben. Dieser Vorschuss ist das Unternehmungskapital. Sein Einsatz muss sich durch die Erzielung eines Gewinns rechtfertigen. Der Marktprozess in der modernen Wirtschaft kann daher nur unter Mitwirkung des monetären Unternehmungskapitals und des monetären Gewinns erklärt werden.« Hans Christoph Binswanger: Die Wachstumsspirale. Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses. Marburg 2006, S. 21.



bloßen Ausplünderung und Ausbeutung von Natur und Arbeitskraft Grenzen gesetzt sind⁴⁶.

Sieht man sich die Entwicklung des Bruttosozialprodukts der letzten Jahrhunderte an, so ist diese Wette auf die Zukunft aufgegangen. Bis 1750 lag die weltweite Stei-

gerung des Pro-Kopf-Bruttosozialprodukts bei nicht mehr als 0,08 Prozent (weniger als ein Tausendstel pro Jahr). Dies verdoppelt sich dann bis 1850, verfünffachte sich zwischen 1850 und 1950 (0,88 Prozent) und erreichte zwischen 1950 und 1990 über 2,2 Prozent⁴⁷. Gegenwärtig liegt sie noch höher, bedingt vor allem durch die hohen Zuwächse in Asien. Insgesamt wuchs das Weltsozialprodukt von 1820 bis 1950 um das Achtfache und zwischen 1950 und 2008 noch einmal auf das Zehnfache (Grafik 1).⁴⁸ Die wesentliche Ursache ist die globale Ausdehnung von Wachstumswirtschaften. Dieser Prozess wird in den nächsten Jahrzehnten weitgehend abgeschlossen und dann werden die Wachstumsraten auch dann sinken, wenn keine sozialen und ökologischen Grenzen gezogen werden. Binswanger geht von einer Mindest-Wachstumsrate normaler kapitalistischer Wirtschaften von 1,8 Prozent aus.

Die Kreditgeber sind keineswegs die Besitzer konkreter Produktionsmittel. Als Kapitaleigentümer müssen sie vom kapitalistischen *Unternehmen* als dem zweiten Akteurtyp kapitalistische Reproduktion unterschieden wer-

46 Siehe dazu Marxens Unterscheidung zwischen der Steigerung des absoluten und des relativen Mehrwerts.

47 <http://de.wikipedia.org/wiki/Wirtschaftswachstum>.

48 Schuhler, Conrad: Wirtschaftsdemokratie und Vergesellschaftung. Zu einer solidarischen Gesellschaft jenseits des Kapitalismus. isw Report 79 (Januar 2010), S. 5.

den.⁴⁹ Im Zentrum dieser Dynamik von G-W-G' stehen kapitalistische Unternehmen, die auf der Basis von Krediten eigenverantwortlich Arbeitskraft, Produktionsinstrumente, Rohstoffe und Wissen kombinieren, um Waren und Dienstleistungen zu erzeugen und zu verkaufen.

Es sind die Unternehmen, die die Besitzrechte haben. Natürlich kann das Unternehmen sich selbst einen Kredit geben, aber es tut es dann in einer spezifischen Rolle und wird es nur dann tun, wenn es diesen Kredit nicht kostengünstiger extern erhalten kann. Es ist das Unternehmen, das den Kredit nutzt, um über die Faktoren der Produktion (Produktionsmittel, Arbeitskraft) zu verfügen und sie unter Nutzung von Wissen und vor allem Organisationskraft zu kombinieren. Durch die Schaffung des Rechtsstatus von Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) wurde die Fessel zerschnitten, die die Kapitalverwertung an die Vermögen und die unternehmerische Kraft einzelner Eigentümer band. Erst damit wurde die kapitalistische Wirtschaftsweise universal. Es entstand die klassische kapitalistische Unternehmung, die Werner Sombart als »sachliches Ungeheuer« bezeichnet, dass nur »ein einziges, ganz bestimmtes Ziel« verfolgt: »den Gewinn«⁵⁰.

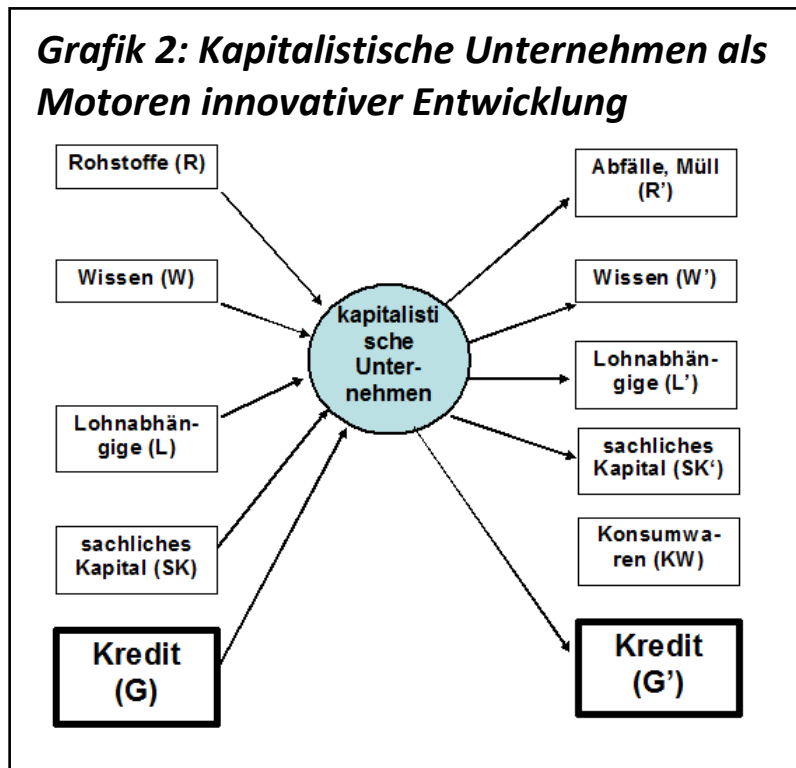
Der Kapitalismus ergreift erst dann die Gesellschaft, wenn über die Produktionsfaktoren frei verfügt werden kann, sie also aus ihrer Einbettung in traditionale Zusammenhänge herausgerissen werden. Dies gilt gleichermaßen für Land, Rohstoffe, Produktionsinstrumente wie vor allem für die Arbeitskraft. Kapitalismus kann sich nur dann ausbreiten, wenn die traditionellen Bindungen von Produktionsmitteln und Arbeitskraft aufgebrochen werden (»ursprüngliche Akkumulation des Kapitals«) und auf der Basis von Krediten über Märkte (Kapitalmarkt, Arbeitsmarkt, Markt für Produktionsmittel) unternehmerisch neu kombiniert werden können. Und er selbst zeichnet sich dadurch aus, dass er diese Kombinationen dem Profitinteresse unterwirft.

Die »In-Wertsetzung« der Produktionsfaktoren wird zur Bedingung von Entwicklung und Innovation. Kapitalismus ist so zugleich ständig (Gegenwart) zerstörend und (Zukunft) schöpfend (Joseph A. Schumpeter). Die

49 In vorkapitalistischen Gesellschaften hat der Eigentümer die Rate der Ausbeutung direkt bestimmen können, in kapitalistischen Gesellschaften ist sie vermittelt über die Vergabe von Krediten an Unternehmen. Der Eigentümer hat nur eine einzige, wenn auch entscheidende Macht: Er kann Kredite zurückhalten.

50 Werner Sombart: Der moderne Kapitalismus. Bd. III: Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus. Erster Halbband [1927]. München 1987, S. 36.

zweite Eigenschaft kapitalistischer Reproduktion ist die Möglichkeit ständiger Erneuerung. Die Entbettung der Ressourcen (Land, natürliche Rohstoffe, Wissen, Arbeitskraft usw.) aus den je konkreten gesellschaftlichen Zusammenhängen ist Bedingung dieser Innovation. Aber eine Innovation zu den Konditionen der Profitmaximierung.



Diese Möglichkeit realisiert sich nur dann, wenn die Unternehmen um Kredite konkurrieren müssen bzw. der Kreditgeber unter konkurrierenden Angeboten verschiedener Unternehmen wählen kann. Dies institutionalisiert nun einerseits den Zwang zum Wachsen (die Unternehmen müssen um ihres Überlebens willen Gewinne erzielen) und andererseits zur Er-

neuerung (die Unternehmen müssen dies vor allem durch innovative Kombination der Produktionsfaktoren tun). Durch Wettbewerb von Unternehmen wird die ständige Erneuerung von Produktion und Kommunikation auf Dauer gestellt.⁵¹

Im sowjetischen Staatssozialismus hatte der Parteistaat die Antriebskraft wettbewerbsorientierter Märkte übernommen. Dies ermöglichte zeitweise eine schnelle extensive Entwicklung, stieß aber auf zwei fundamentale Probleme: Zum einen ist Zwangsarbeit immer unproduktiver als freie Arbeit. Eine Ausnahme ist der Krieg, sofern dabei eine Situation gegeben ist,

⁵¹ Der Wachstumszwang bezieht sich im Unterschied zum Zwang ständiger Erneuerung aber nicht unbedingt auf die Gesamtsumme der Kredite, sondern nur darauf, dass der einzelne Kredit mit Aufschlag zurückgezahlt wird. Eine innovativ-unternehmerische Wirtschaftsweise ist deshalb nicht zum unentwegten quantitativen Wachstums des Verbrauchs von Ressourcen und der Akkumulation immer größerer Kapitalien verdammt.

in der sich die Arbeiter selbst unmittelbar mit den Zielen des Staates identifizieren. Nicht zufällig schien der Staatskapitalismus des Ersten oder Zweiten Weltkriegs immer wieder als Vorbild für eine sozialistische Wirtschaftsführung. Der nachstalinische Sozialismus kannte deshalb und als Ausnahme relativ freie Arbeitsmärkte.⁵² Zum anderen verlor der Staat in dem Augenblick, indem er zugleich Kreditgeber und Unternehmer wurde, die Möglichkeit einer rationalen Preisbildung und damit der Abschätzung von wirklichen Kosten und wirklichem Ertrag. Er selbst verfolgte seine Ziele »koste, was es wolle« und entthob zugleich die ihm untergeordneten Wirtschaftseinheiten zugleich der Möglichkeit wie der Notwendigkeit, effizienzorientiert zu arbeiten und sich eigenständig innovativ zu entwickeln. Der sowjetische Staatssozialismus mündete deshalb zwangsläufig in Stagnation.

Eine relative Trennung von Staat und Wirtschaft sowie die Verfügung über Produktivvermögen als Sondereigentum gegenüber dem Staat und anderen Unternehmen sind Bedingungen effizienzorientierter innovativer Entwicklung in wesentlichen Bereichen der Güterproduktion. Dies verlangt zugleich die staatliche Sicherung der Eigentumsrechte gleichermaßen von Kreditgebern wie Unternehmen und Kunden in ihrem Verhältnis zueinander und untereinander. Ohne stabile Zurechnung der Verpflichtungen und ohne Sicherheit, dass zukunftsbezogene Zusagen eingehalten werden, werden Kapitalverwertung und Unternehmensreproduktion unmöglich. Zugleich untergraben sie den Motor innovativer Entwicklung.

Konstitutive Elemente und Janusköpfigkeit des Kapitalismus

Eine solche Darstellung muss in den Augen vieler Linker als Apologie des Kapitalismus erscheinen. Deren Blick auf den Kapitalismus ist ein anderer, ganz fixiert auf Ausbeutung, Unterdrückung, Zerstörung und Krieg. Wie John Holloway schreibt: »Jeden Tag erschaffen wir eine Welt der Gräu- el, des Elends und der Gewalt und des Unrechts. Wir sind aktiv daran beteiligt, die Herrschaft, die uns unterdrückt, zu errichten, die Obszönität, die uns abstößt, zu erschaffen. Wir produzieren Mehrwert, wir achten das Geld, ungerechtfertigte Befehlsgewalt akzeptieren wir und setzen sie durch, wir

52 Die Spezifik des Arbeitsmarkts im Staatssozialismus war, dass aufgrund der Defizitwirtschaft (Kornai) die Nachfrage nach Arbeitskräften immer das Angebot überstieg, so dass eine starke inflationäre Lohndynamik entstand.

leben nach der Uhr, wir verschließen unsere Augen vor den Hungern-
den.«⁵³

Ein solcher Blick ist völlig blind für die Errungenschaften, die im Rahmen der kapitalistisch geprägten Gesellschaften erkämpft und erreicht werden konnten. Die Lebenserwartung in Europa, großen Teilen Amerikas und Asiens hat sich in den letzten 150 Jahren verdoppelt, der Anteil der Analphabeten oder die Kindersterblichkeit sind drastisch gesunken. Insgesamt hat sich das Maß realisierbarer sozialer, politischer und kultureller Rechte – wenn auch ungleichmäßig – deutlich erhöht. Der relative Anteil von Armut und Hunger an der Weltbevölkerung hat sich in den letzten vierzig Jahren deutlich verringert – nicht zuletzt infolge der markt- und unternehmensorientierten Reformen in China. Man kann sagen, dass niemals in der Geschichte so viele Menschen derart viele Entwicklungsmöglichkeiten und Freiheiten hatten wie heute. Gleichzeitig aber waren Reichtum und Armut, Entwicklung und Stagnation, Macht und Ohnmacht selten vorher derart polarisiert.

Wer die Ambivalenz, die enge Verknüpfung von Chancen und Zwängen, von Emanzipation und Knechtung, von Innovation und Zerstörung, von begeisternden Fortschritten und bitterer Reaktion der kapitalistisch geprägten Gesellschaften nicht erkennt, ist nicht nur gegenüber der Lebenswirklichkeit vieler Menschen ignorant und nimmt deren Bedürfnisse und Interessen nicht ernst, für ihn erscheint am Ende jede beliebige Gesellschaft besser als die Gegebene. Es ist ein blinder Antikapitalismus. Es war diese Haltung der bedingungslosen Ablehnung des Kapitalismus, der viele Kommunisten oder Sozialisten im 20. Jahrhundert in ein Bündnis mit dem Stalinismus führte. Dieser war gegenüber jedem demokratisch und sozial eingedämmten Kapitalismus ein historisch-zivilisatorischer Rückschritt.⁵⁴

Auch Marx verweigerte sich dem Bemühen reformsozialistischer Ansätze, die Errungenschaften kapitalistisch geprägter Gesellschaften auszuprägen und den Ausbeutungs- und Unterdrückungscharakter zu reduzieren und zu überwinden. Er denunzierte sie im »Manifest der kommunistischen Partei« als »Bourgeoisozialismus« und unterstellt ihnen, sie wollten »die Lebensbedingungen der modernen Gesellschaft ohne die notwendig daraus

53 John Holloway: Aufhören, den Kapitalismus zu machen. A. a. O., S. 6.

54 Magnus Marsdal: Sozialistischer Individualismus. In: Utopie kreativ, Heft 2/2005 (http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Marsdal_SozialistischerIndividualismus_d.pdf).

hervorgehenden Kämpfe und Gefahren«⁵⁵. Natürlich kann es nicht darum gehen, die »gute« und die »schlechte« Seite des jeweiligen Widerspruchs kapitalistisch geprägter Gesellschaften voneinander zu isolieren und zu glauben, man könne die einen haben ohne die anderen in Kauf nehmen zu müssen, wie Marx dies Proudhon unterstellt⁵⁶, sondern es geht um eine gesellschaftliche Transformation, die neue Widersprüchlichkeiten schafft, in denen die Errungenschaften des Kapitalismus bewahrt und sein Ausbeutungs- und Unterdrückungscharakter negiert sind.

Wolfgang Fritz Haug hat die Kritik am hilflosen Antikapitalismus auf den Punkt gebracht, als er schrieb: »Ein Antikapitalismus, der nicht über das ›Anti‹ im Verhältnis zum Kapitalismus hinausgeht und zu einem ›Pro‹ gelangt, das jene Produktivität aus der konkurrenzialen Profitlogik des Kapitalismus und damit zugleich von ihrer Destruktivität zu befreien verspricht, kann diesem sein Daseinsrecht nicht streitig machen. In dieser Hinsicht lautet ›die zentrale Frage: Kann der Marktmechanismus durch ein anderes kybernetisches System ersetzt werden, das ähnlich koordinations-effektiv ist, aber demokratischer und humaner fungiert?‹ (Dieterich 2007) Selbst die unterm Kapitalismus Leidenden werden in ihrer großen Mehrheit keinem Projekt folgen, das dahinter zurückfällt. Solches kritische Maßnahmen an kapitalistischer Produktivität verklärt diese nicht, sondern spannt die eigenen Kräfte an im Projekt der progressiven Aufhebung des Kapitalismus in einer Produktion um der Menschen und der Erhaltung der Wohnbarkeit unseres Planeten willen.«⁵⁷

Kapitalistische Unternehmen und Kreditwirtschaft konnten sich über einen Zeitraum von mehr als 700 Jahren deshalb in einem wachsenden Tempo erst in Europa und dann global durchsetzen, weil in der spezifisch kapitalistischen Form zugleich etwas weit Allgemeineres und Zukunftsweisenderes entdeckt worden war: Unternehmen sind die Motoren einer modernen Entwicklung, wenn man darunter eine Evolutionsweise von Gesellschaften versteht, in der alle ihre Elemente permanenter Umwälzung unterliegen, weil vorhandene ökonomische, politische, kulturelle Ressourcen immer wieder und wieder neu innovativ kombiniert werden. Dazu brauchen solche Unternehmen eine hohe Eigenständigkeit, müssen einem trans-

55 Karl Marx; Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. A. a. O., S. 488.

56 Karl Marx: Das Elend der Philosophie. In: MEW, Bd. 4, S. 132 f.

57 Haug, Wolfgang Fritz: Zur Dialektik des Antikapitalismus. In: Argument, Heft 269/2007, S. 20.

parenten Wettbewerb unterliegen, der ihre Ergebnisse mit denen anderer Unternehmen vergleicht und Erneuerungsdruck auslöst. Wirtschaftliche, politische und kulturelle Unternehmen als Subjekte formaler Rechte und Pflichten, die Ressourcen im Rahmen der gesetzlichen Regelungen eigenständig kombinieren, verwalten und verändern können und für deren Mehrung und Minderung in einem Wettbewerb haften, sind die wahren Motoren der Moderne.

Unternehmen sind diesem Verständnis nach *alle* Organisationen, die auf der Basis formalisierter Rechte und Pflichten (d. h. unter weitgehender Absehung von individuellen Merkmalen und gemeinschaftlichen Zugehörigkeiten) gesellschaftliche Ressourcen immer wieder neu kombinieren. Sie können sich veränderten Zielen zuwenden und veränderte Mittel auf veränderte Weise nutzen und veränderte Produkte und Leistungen erzeugen, um neue Bedürfnisse zu schaffen oder vorhandene auf veränderter Weise zu befriedigen. Folgt man diesem Verständnis, so müssen unter den Bedingungen von mehr oder minder starkem wirtschaftlichen, politischen oder kulturellen Wettbewerb, einem relativ freien Zugang zu Ressourcen, Möglichkeiten gesellschaftlicher Partizipation und Rechtsstaatlichkeit, alle Organisationen Eigenschaften im Sinne solcher von Unternehmen annehmen oder sie gehen unter.⁵⁸ Der Veränderungs- und Innovationsdruck ist zu hoch, als dass sich private oder staatliche Monopole und starre Bürokratien oder ideologische Gemeinschaften, die ihre Mitglieder totalitär vereinnahmen, dauerhaft behaupten können. Wie die Mauern mittelalterlicher Burgen und Städte so wurden in den letzten fünfhundert Jahren die Privilegien geschlossener Korporationen weit schneller niedergerissen als neue entstehen konnten. Die Tendenz zu solcher gesellschaftlicher Öffnung ist historisch immer wieder bekämpft, aufgehalten, zurückgeworfen worden und hat sich doch bisher als unwiderstehlich erwiesen.

Der entscheidende Durchbruch erfolgte im 19. Jahrhundert. Es ist die zunächst in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern vollendete Unterscheidung – wirtschaftlich zwischen privaten Vermögen und dem Vermögen von Unternehmen, politisch zwischen den Rechten und Pflichten des obersten staatlichen Repräsentanten und der Parteien, sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Interessenverbänden, Nichtregierungsorganisationen, Bürgerinitiativen usw. und kulturell zwischen den Überzeugungen konkre-

58 Douglass C. North; John Joseph Wallis; Barry R. Weingast: *Violence and Social Orders. A Conceptual Framework for Interpreting Recorded Human History.* Cambridge 2009, S. 238 – 240.

ter Personen und Personengruppen und dem Wirken kultureller Organisationen (Kirchen, Medien, Akademien usw.). Es sind drei komplementäre Transformationen auf dem Wege zur (kapitalistischen) Moderne.⁵⁹ Weder Individuen noch interpersonelle Netzwerke, sondern rechtlich verfasste Unternehmen privater, zivilgesellschaftlicher oder staatlicher Gestalt sind die primären Akteure dieser modernen Entwicklungsweise in den Bereichen von Wirtschaft, Politik und Kultur. Rainer Land resümiert: »In modernen Gesellschaften ist fortwährende Veränderung zur Bedingung der Existenz geworden. Ihre gesellschaftlichen Strukturen – Kapitalverwertungsökonomie, die systemische Organisation von Wirtschaft, Politik und Kultur, die (relative) Autonomie der Subsysteme gegeneinander und die Scheidung der System- von Lebenswelten – sind nur zu verstehen, wenn man sie funktional als Momente eines Evolution erzeugenden Zusammenhangs begreift.«⁶⁰

Diesen Transformationen lagen drei Bewegungen zugrunde: Erstens erzeugte gerade der mit größter militärischer Härte ausgetragene wirtschaftliche, politische und kulturelle Wettbewerb der europäischen Staaten einen Druck zum Übergang zu einer unternehmerischen Gestaltung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Verhältnisse. Es erwies sich, dass die dabei führenden Länder (erst die italienischen Städte, dann die Niederlande und später England und die USA) in der Lage waren, sich gegen alle Vorstöße teilweise viel größerer und bevölkerungsreicher Länder zu behaupten und durchzusetzen. Dazu mussten sie die gesamte Gesellschaft mobilisieren – als Soldaten genauso wie als Arbeiter, Käufer, Staatsbürger. Zweitens wurden vor diesem Hintergrund Elitenkompromisse geschlossen, die den Zugang zu ökonomischer, staatlicher oder geistiger Macht immer weniger an Herkunft, ständische Zugehörigkeit oder vererbte Privilegien banden, sondern formalisierten und öffneten.⁶¹ Drittens hatte die Mobilisierung der breiten gesellschaftlichen Schichten und die Öffnung des Zugangs zur Macht eine vom Standpunkt der herrschenden Eliten eine nicht beabsichtigte Konsequenz: Sie waren nun angewiesen auf das aktive Mitwirken der großen Mehrheit der Bevölkerung, die nicht mehr in isolierten Dörfern

59 Stuart Hall; David Held; Don Hubert; Kenneth Thompson (eds.): *Modernity. An Introduction to Modern Societies*. Oxford: Blackwell 1996.

60 Rainer Land: *Moderner Sozialismus als Evolutionstheorie*. In: *Zeitschrift LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis*, Heft 2/2010, S. 83.

61 Siehe dazu North et al., a. a. O., S. 240 ff.

und persönlicher Abhängigkeit verharrte, sondern in den Städten, den Fabriken, auf den Straßen und in den Kriegen.

Wer »das« Volk auf seiner Seite hatte, hatte eine Ressource in seinen Händen, die entscheiden konnte über Sieg oder Niederlage im Krieg mit anderen Staaten, über Bestand oder Niederlage einer Regierung, einer Klassenfraktion im Wettbewerb der Eliten miteinander. Und dieses Volk verlangte immer konsequenter, dass jedes Privileg abgeschafft, jedes Standesrecht allgemein gelten, jeder auf Geschlecht, Rasse, Herkunft begründete soziale Unterschied beseitigt wird. Die elitäre Verfassung der »Gründungsväter« der USA (zumeist privilegierte Landeigentümer und Sklavenhalter) musste um die egalitären Menschenrechte ergänzt werden (auch wenn die Sklaven und Frauen noch ausgeklammert wurden). Mit der Revolution des Dritten Standes gegen das französische Ancien Regime im Jahre 1789 erhob sich auch der Vierte Stand, schleifte die Bastille und radikalisierte die Revolution. Die Bürgerrechte wurden als Rechte der Frauen und der schwarzen Sklaven proklamiert. Und jede Niederwerfung dieser von unten getragenen Bewegungen hinterließ Spuren, jede neue Welle des Aufschwungs trug etwas weiter.

Kapitalismus ist der Versuch, die Privilegien der Kapitaleigentümer in das Zeitalter der Moderne zu retten. Die »offene Gesellschaft« wird als »käufliche Gesellschaft« gestaltet. Der »offene Zugang« wird als Privileg der Vermögenden durchgesetzt, Arbeitskraft, Naturressourcen, Land und Kredit ausschließlich unter nach den Kriterien »freier Märkte« anmieten, ankaufen und veräußern zu können bzw. zu müssen und Steuern dort zu entrichten, wo sie am niedrigsten sind, die Fertigung an Orten durchzuführen, wo die sozialen und ökologischen Standards besonders gering sind. In diesem »freien Wettbewerb« diktieren die Kapitaleigentümer die Regeln und bestimmen durch strukturelle Zwänge nicht nur die Wirtschaft, sondern auch Politik und Kultur.

Nicht der unternehmerische Wettbewerb an sich, sondern die kapitalistische Definition der Regeln dieses Wettbewerbs sowie die Dominanz des Wettbewerbs über solidarischer Kooperation machen die heutige Moderne zum Kapitalismus. Und der Neoliberalismus war der jüngste Versuch, diese Privilegien der Kapitaleigentümer zu retten und den Kapitalismus zu revitalisieren.

Wenn die Preise für Arbeitskraft, Land, Rohstoffe und auch Geld dem freien Markt überlassen werden⁶², sind sie zwangsläufig der Übermacht der Kapitaleigentümer unterworfen⁶³ und der Wettbewerb der Kapitaleigentümer untereinander drängt diese zudem, den Unterbietungskampf der Lohnarbeiter, Regionen und Staaten erbarmungslos zu nutzen. Kapital hat unter diesen Bedingungen immer eine privilegierte Stellung, es kann warten, es kann ausweichen, es kann erpressen – die Lohnabhängigen, die Unternehmen, die Regionen, ganze Staaten und Kontinente. Die offene Gesellschaft dechiffriert sich dann als kapitalistische Gesellschaft und diese mündet immer wieder in einen barbarisierten »Raubtierkapitalismus«⁶⁴.

*Kapitalismus ist die Dominanz jener Tendenzen, die der kapitalistischen Wirtschaftsweise eigen sind, über die gesamte Ökonomie und die Unterordnung der gesamten Gesellschaft unter eine solche Ökonomie.*⁶⁵ Obwohl also nicht alles in einer gegebenen Gesellschaft im engeren Sinne selbst kapitalistisch ist, ist letztlich alles durch Macht- und Eigentumsverhältnisse, Vergesellschaftungsformen sowie Produktions- und Lebensweisen und zivilisatorische Grundeinstellungen geprägt, die in ihrer Resultante die Vorherrschaft der kapitalistischen Wirtschaftsweise sichern.

Vier Widersprüche heutiger entwickelter Gesellschaften

Die heutigen entwickelten Gesellschaften sind vor allem durch die folgenden vier Widersprüche gekennzeichnet:

62 Karl Polanyi: *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen.* Frankfurt a. M. 1978. Die aktuelle Finanzmarkt- und Immobilienkrise in den USA verdeutlicht dies noch einmal.

63 Claus Offe und Helmut Wiesenthal: *Two Logics of Collective Action: Theoretical Notes on Social Class and Organizational Form.* In: *Political Power and Social Theory* 1 (1980), 67-115.

64 Jean Ziegler. *Das Imperium der Schande. Der Kampf gegen Armut und Unterdrückung.* München 2005.

65 Sozialistische Kapitalverwertungsmaschine? Das Konzept des »modernen Sozialismus« neu betrachtet. In: *Zeitschrift LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis*, Heft 2/2010, S. 90 – 95.. Dieses Verhältnis von Kapitalismus und Gesamtgesellschaft ist auch immer wieder als »Überdetermination« beschrieben worden (Louis Althusser: *Widerspruch und Überdeterminierung.* In: Ders.: *Für Marx.* Frankfurt a. M. 1974, S. 81.).

in den Vergesellschaftungsformen: zwischen beeindruckender Innovationsfähigkeit und Unterordnung unter die Reproduktion einer einzigen Form von Vergesellschaftung (der Dominanz der Kapitalverwertung G-W-G'),

in den Macht- und Eigentumsverhältnissen: zwischen der Vielfalt der artikulierten Interessen und Bedürfnisse und den vorherrschenden gesellschaftlichen Zielsetzungen (Dominanz der Interessen der Kapitaleigentümer und Vermögenden),

in den Produktions- und Lebensweisen: zwischen der potentiellen Universalität von Produktion und Leben und der bornierten Ausrichtung auf die Erzeugung und Konsumtion von profitablen Waren und den Karrieren der Einzelnen als »Unternehmer der eigenen Arbeitskraft und Daseinsvorsorge«,

in der Zivilisation: zwischen Bezug auf die freien und gleichen Rechten jedes Menschen in ihrer Universalität (unter Einschluss zukünftiger Generationen) und der Reduktion von Mensch und Natur auf ihre kurzfristige Verwertbarkeit (sprich: Ausbeutung).⁶⁶

Der Kapitalismus ist gezwungen, ständig diese Widersprüche zu bearbeiten und arbeitet damit zugleich immer an seinen eigenen Grenzen. Die Akteure einer kapitalistisch geprägten Gesellschaft suchen Formen, diese Grenzen hinauszuschieben und erzeugen damit die Negation des Kapitalismus *im* Kapitalismus und als Teil kapitalistischer Gesellschaften. Real sind es »Krücken«, zu denen das Kapital greift, so Marx, »sobald es anfängt, sich selbst als Schranke der Entwicklung zu fühlen und gewusst zu werden«. Es seien Formen, »die, indem sie die Herrschaft des Kapitals zu vollenden scheinen, durch Züglung der freien Konkurrenz zugleich die Ankündiger seiner Auflösung und der Auflösung der auf ihm beruhenden Produktionsweise sind«⁶⁷. Vieler dieser Formen sind deshalb zugleich Krücken kapitalistischer Verwertung unter den Bedingungen der hochkomplexen Moderne *und* »Bausteine« nachkapitalistischer Gesellschaften *oder* auch Instrumente autoritär-barbarischer Herrschaft.

Es werden immer neue Formen von Vergesellschaftung hervorgebracht, spezifischere Interessen zum Ausdruck gebracht und neue Ziele formuliert, immer spannendere Produktions- und Lebensweisen möglich gemacht und die Grundzüge einer solidarischen Zivilisation der Freien und Gleichen

66 Dieter Klein: Eine zweite große Transformation. A. a. O.

67 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: MEW, Bd. 42, S. 551.

zeichnen sich zunehmend deutlicher ab. Damit wird die Absurdität immer deutlicher, wie sie sich zeigt in der Unterordnung der globalen Gesellschaften unter die immer verrückteren Formen von Kapitalverwertung, in der Bindung an die Interessen einer längst jenseits des bloßen Überflusses agierenden Gruppe globaler Finanz- und Vermögenseliten⁶⁸, in der Verengung der Produktion auf die Anhäufung einer immer gigantischeren Welt von Waren und des Lebens auf den Verkauf der Arbeitskraft sowie schließlich in der Eindampfung der Menschenrechte auf die (Un-)Rechtsverhältnisse zwischen Eigentümern und Eigentumslosen und die Ödnis von Gier nach einem sinnlos geworden Mehr des Überflüssigen.

Die kapitalistische Wirtschaftsweise ist nicht verallgemeinerbar. Sie kann nur als partikuläre Wirtschaftsweise neben anderen existieren oder sie zerstört die Gesellschaft. In dem Augenblick, wo die Wirtschaft einer Gesellschaft durchgehend kapitalistisch durchdrungen wird und diese Wirtschaft die Gesellschaft bestimmt, vernichtet sie die natürlichen, sozialen, kulturellen und menschlichen Grundlagen ihrer eigenen Existenz. Historisch kann die kapitalistische Wirtschaftsweise im engeren Sinne immer nur als Element oder Sektor einer entwicklungsfähigen modernen Gesellschaft neben anderen Elementen und Sektoren existieren, oder es kommt zu einer fundamentalen gesellschaftlichen und zivilisatorischen Krise, wie sie jetzt, am Ausgang des neoliberalen Zeitalters wieder entstanden ist. Kapitalismus ist zwangsläufig eine »Bindestrichgesellschaft«⁶⁹. Im besten Fall sind es Bindungen an repräsentative Demokratie, Wohlfahrtsstaat und friedliche Interessenvermittlung, im schlechtesten an autoritäre Herrschaft, soziale Apartheid und Krieg. Der Kapitalismus geht deshalb schwanger mit seiner eigenen Selbsterstörung in totalitärer Herrschaft und Barbarei und seiner Aufhebung durch den Sozialismus.

Die sozialistische Aufhebung des Kapitalismus

Die kommunistischen Versuche der Aufhebung des Kapitalismus im 19. und 20. Jahrhundert sind vor allem deshalb gescheitert, weil sie dessen Widersprüche durch die Überführung einer modernen Gesellschaft in eine

68 H.J. Krysmanski: Hirten und Wölfe. Wie Geld- und Machteliten sich die Welt aneignen. Münster 2009.

69 Thomas H. Marshall: Bürgerrechte und soziale Klassen Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Frankfurt am Main 1992, S. 109 f.

widerspruchslose Gemeinschaft lösen wollten.⁷⁰ Dieser (Irr-)Weg kann und darf nicht wiederholt werden. Nicht die Widerspruchslosigkeit, nicht das Fehlen jeder gesellschaftlichen Vermittlung, kein Verschwinden der Pluralität von Macht und Eigentum oder die Reduktion auf eine einzige Produktions- und Lebensweise können eine nachkapitalistische Gesellschaft ausmachen, sondern nur die Überwindung der Borniertheit der kapitalistischen Form von Moderne.

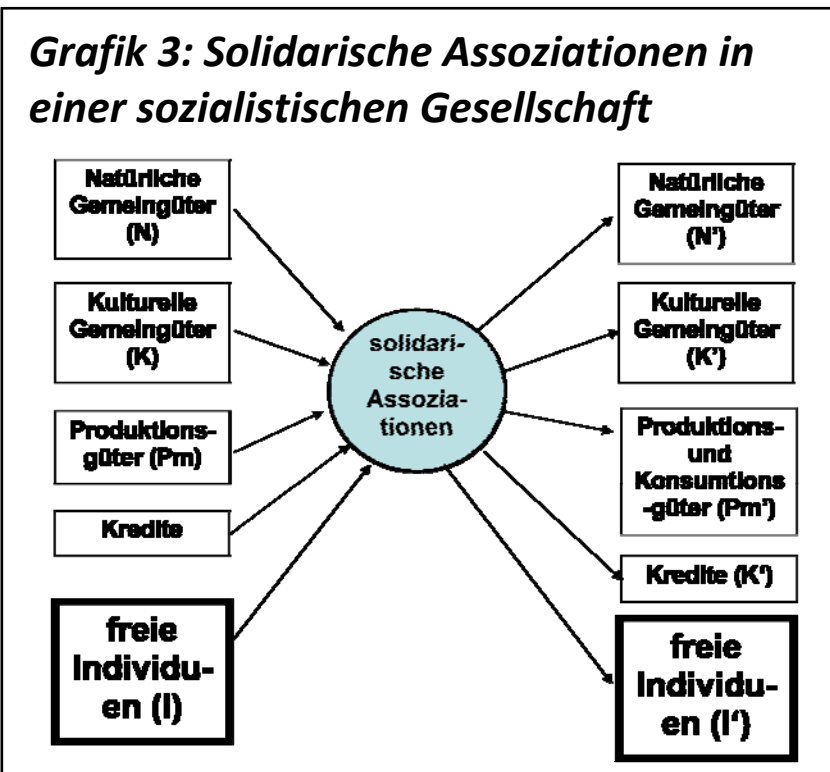
Das bisher entwickelte Verständnis von Kapitalismus impliziert zugleich ein Verständnis von sozialistischer Transformationspolitik. Es gibt keine wie immer geartete »eine Antwort«. Die Suche nach der einen »richtigen« Vergesellschaftungsform führt in die Irre. Weder eine zentralisierte Planwirtschaft oder Bürokratie bzw. Partei noch eine »Äquivalenzökonomie« (Heinz Dieterich), Genossenschaften bzw. einer Peer-to-Peer-Ökonomie oder Michael Albert »Parecon« sind »die« Lösung, weil es sehr unterschiedlicher Formen bedarf, um die sehr verschiedenen gesellschaftlichen Widersprüche zu vermitteln. Die Pflege älterer Menschen, die Bildung und Erziehung nachwachsender Generationen, die Förderung von Kunst und Kultur, die Bereitstellung öffentlicher Verkehrsinfrastruktur, der Bau und Erhalt von Wohnungen, der Anbau und Vertrieb von Lebensmitteln, das Internet, langfristige Großforschung oder die Entwicklung der Software von Betriebssystemen usw. usf. lassen sich nicht auf ein und dieselbe Weise regeln. Die Eigentums- und Machtverhältnisse werden jeweils genauso verschieden sein wie die damit verbundenen Produktions- und Lebensweisen. Und die wirksame Bindung an die universellen Menschenrechte und ihre solidarische Verwirklichung wird im konkreten Fall in sehr differenzierten Formen durchzusetzen sein. Sozialismus ist diesem Verständnis nach im Unterschied zum Kapitalismus geradezu eine Welt sprunghafter erhöhter, von der Unterordnung unter das Kapital befreiter Vielfalt. Er ist eine »Welt, in der viele Welten Platz haben«⁷¹.

70 Ruben, Peter: Der Kommunismus als Antwort auf die soziale Frage. Online-Edition peter-ruben.de 2006; Erhard Crome: Sozialismus im 21. Jahrhundert. Zwölf Essays über die Zukunft. Berlin 2006, S. 55 ff.

71 IV. Erklärung der Zapatisten aus dem Lacandonischen Urwald (1996).

Wollte man analog zu Marxens »allgemeiner Formel des Kapitals« eine allgemeine Formel sozialistischer Reproduktion aufstellen, so wäre es die, die er selbst im »Manifest« in die Formel fasste, dass »an die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen« »eine Assoziation« tritt, »worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung der freien Entwicklung aller ist«. ⁷² Die »Selbstvermehrung« von Kapital im

Prozess von G-W-G' als dominante Bewegungs- und Entwicklungsform gesellschaftlichen Reichtums würde abgelöst werden durch I-S-I'. Charakteristisch für die sozialistische Produktion von Reichtum wäre es, dass jeder und jede Einzelne (I) sich in Handlungszusammenhängen, die zur solidarischen Entwicklung anderer beitragen (S)



menschlich bereichert und weiter entwickelt (I'). Freiheit, Gleichheit und Solidarität würde dadurch ihre gesellschaftliche Grundlage erhalten. ⁷³ Die

⁷² Karl Marx und Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW, Bd. 4, S. 482. John Stuart Mill kommt in seiner 1859 erschienen Schrift »Über die Freiheit« zum Schluss: »Wenn man sich klar darüber wäre, dass die freie Entwicklung der Persönlichkeit eine der Hauptbedingungen der Wohlfahrt ist, dass sie nicht nur auf einer Stufe steht mit dem, was man mit den Ausdrücken Zivilisation, Ausbildung, Erziehung, Kultur bezeichnet, sondern in sich selbst ein notwendiger Teil davon und Bedingung alles dessen ist: dann bestünde keine Gefahr, dass man die Freiheit unterschätzt, und die Grenzziehung zwischen Freiheit und gesellschaftlicher Regelung böte keine besonderen Schwierigkeiten.« John Stuart Mill: Über die Freiheit [1859]. Stuttgart 1980, S. 78 f.

⁷³ Karl Marx hat diese Vision beginnend mit seiner Doktordissertation, in der er mit Epikur die Spontaneität (Freiheit) der Atome als Bedingung der Vielfalt des Kosmos entschlüsselt, immer wieder und präziser gefasst. Ein Blick in die Werke-Ausgabe

entscheidende Frage ist, wie die Substanz dieser allgemeinen Formel des Sozialismus aussehen kann. Anders formuliert: In welchen Eigentums- und Machtverhältnissen, in welchen Vergesellschaftungsformen, in welchen Produktions- und Lebensweisen und schließlich in welchen zivilisatorischen Gestalten kann sich die allgemeine Formel des Sozialismus realisieren? Die allgemeine Formel des Kapitalismus fand ihre Grundlagen in der Verwandlung sehr vieler Ressourcen in Waren (insbesondere der Arbeitskraft und des Grunds und Bodens, später auch des Wissens), in der Form von Aktienkapital und GmbH, in einem Steuerstaat, im Bürgerlichen Gesetzbuch, in den Zentralbanken und der Entwicklung einer umfassenden Finanzindustrie, in einer Gesellschaft des Produzierens und Konsumierens, der Leistungsorientierung auf dem Arbeitsmarkt usw. usf. Es entstand eine Zivilisation des Habens⁷⁴ und Vermüllens.

Bertolt Brecht nannte einmal den Kommunismus seiner Zeit »das Einfache, das schwer zu machen ist«. Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts könnte sich dagegen als das Schwere, das Komplizierte erweisen, dass – so paradox dies klingt – auf sehr vielen Wegen einfach zu machen ist. Aufgabe sozialistischer Politik wäre es, dazu beizutragen, die Reproduktion des gesellschaftlichen Reichtums von der Unterordnung unter die Kapitalverwertung zu befreien, anderen ökonomischen Funktionalitäten und Formen Geltung zu verschaffen und die Dominanz einer solidarischen Entwicklung freier Individuen durchzusetzen. Es würde ein völlig neuer Reproduktionszusammenhang entstehen, der auf dem Primat eines gesellschaftlich verantwortlichen Produzierens und der öffentlichen Güter beruht. Über diese wird solidarisch und demokratisch verfügt und sie werden Assoziationen zur Verfügung gestellt werden, damit diese ihre selbstbestimmten Ziele verfolgen können bzw. sich an der Erfüllung gesellschaftlicher Vorgaben beteiligen (Grafik 3). Wettbewerb und Effizienz sind unter diesen Bedingungen gesichert, aber sie werden Kooperation und Ausrichtung an solidarischen Zielen untergeordnet. Dies ist tatsächlich eine komplizierte Aufga-

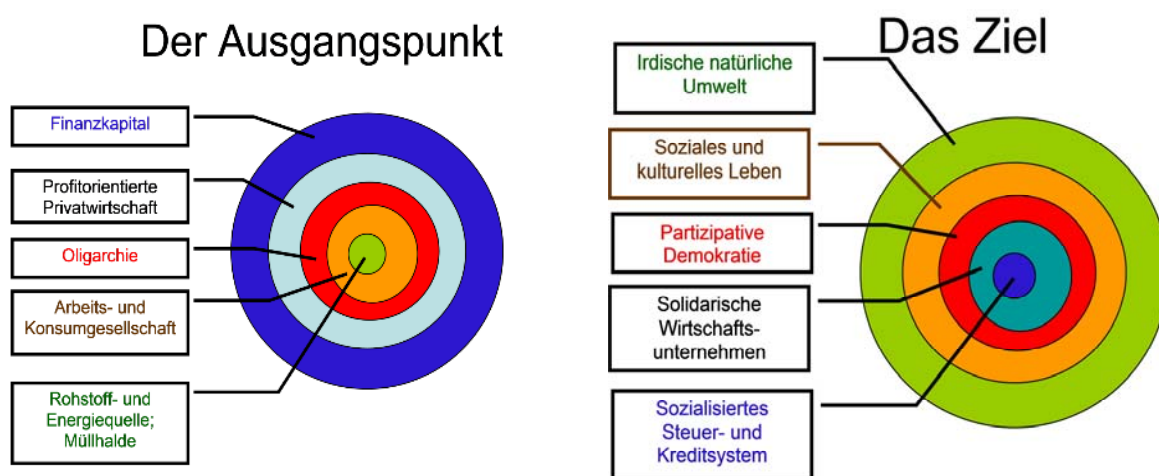
reicht: Zu nennen sind vor allem seine Exzerpte zu James Mill und die Ökonomisch-philosophischen Manuskripte von 1844, die »Deutsche Ideologie«, die schon zitierten »Grundrisse«, das »Kapital« natürlich, seine Schrift zur Pariser Kommune, die »Kritik des Gothaer Programms« und schließlich die Entwürfe des Briefes an Vera Sassulitsch. Immer genauer versuchte er, ausgehend von der Analyse der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften die Bedingungen für eine solche neue Form von Freiheit, Gleichheit und Solidarität zu finden.

74 Fromm, Erich: Haben oder Sein. Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft. München 2000.

be, für die jedoch eine Reihe relativ einfacher Lösungsansätze vorliegen, von denen einige wenige zum Schluss dieses Essays diskutiert werden sollen.

Das zu bewältigende Problem ist es, zugleich die Innovations- und damit Entwicklungsfähigkeit moderner Gesellschaften, wie sie zuerst in ihrer kapitalistischen Form entstand, zu erhalten und sogar noch zu steigern, aus der Borniertheit ihrer Bindung an Profitmaximierung und an das Immer-Mehr-Haben zu befreien, *und* einen radikalen Wechsel der gesamten zivilisatorischen Struktur einzuleiten. Es geht darum, den Finanzmarkt-Kapitalismus zu überwinden, in dem unter der Zuchtrute des Shareholder-Values eine Erwerbs- und Konsumgesellschaft durch Oligarchien regiert wird und die Erde in eine bloße Schürfgrube von immer knapperen Rohstoffen und Energien und in eine Müllhalde verwandelt wird. Vision ist eine Gesellschaft, in der die irdische Welt zur Heimat wird, in die eingebettet ein solidarisches soziales und kulturelles Leben geführt wird, an dem jeder und jede teilhaben kann (Grafik 4). Auf der Basis einer partizipatorischen Demokratie wird in einer solchen Gesellschaft darüber entschieden, wie die Bedingungen für solidarische Teilhabe erzeugt, produziert, reproduziert, verteilt und verbraucht werden und welche gesellschaftlichen Ressourcen (Kredite, Steuern) dafür notwendig sind.

Grafik 4: Der Übergang vom Finanzmarkt-Kapitalismus zu einer solidarischen Gesellschaft (Sozialismus)



Im Zuge dieses Übergangs würden aus den privaten, staatlichen oder genossenschaftlichen Unternehmen des Kapitalismus mit ihren vielen Zwangsverhältnissen schrittweise tatsächlich freie Assoziationen des Sozia-

lismus werden⁷⁵, in der Menschen sich zusammenfinden zu gemeinsamen wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Zwecken und zugleich zur individuellen Entfaltung. Kredite und Steuermittel sowie freiwillige Spenden wären Formen, solchen Assoziationen die Anschubfinanzierung zu ermöglichen bzw. dort die dauerhafte Existenz zu sichern, wo eine zahlungsfähige Nachfrage nicht vorhanden ist bzw. nicht entstehen soll, aber grundlegende Bedürfnisse befriedigt bzw. allgemeine Lebens- und Entfaltungsbedingungen zur Verfügung gestellt werden müssen (Bildung, Information, Mobilität, Gesundheit, Pflege usw.).

Die Pluralität der Einstiege in eine umfassende Transformation

Krisen der Macht- und Herrschaftsstrukturen, der Vergesellschaftungsformen, der Produktions- und Lebensweisen und schließlich der Zivilisation sind Momente, in denen eingegriffen werden kann - auch aus einer Situation relativer Schwäche. In Krisen ist ein Weiter-So nicht möglich und Veränderung unvermeidlich. Solche Krisen können sehr partikular, lokal, betrieblich sein, sie können aber auch ganze Staaten, Regionen oder auch die Weltgesellschaft erfassen. Die Jahre 2008 und 2009 waren Jahre einer Krise, in der die Fragilität aller Dimensionen der globalen Ordnung deutlich wurden⁷⁶. Ein kurzfristig effizientes Krisenmanagement sowie die Schwäche alternativer Kräfte haben dazu geführt, dass diese Krise zwar zu einer Reihe von Anpassungen geführt hat, aber die Macht- und Eigentumsverhältnisse fast nicht geändert und Formen der globalen Koordination nur modifiziert wurden (vor allem der Übergang von G8 zu G20). Die Produktions- und Lebensweisen und das Zivilisationsmodell blieben völlig unangetastet. Weder wurden die wichtigsten mittelfristigen Ursachen der unmittelbaren Krise beseitigt, noch kann irgendwie davon die Rede sein, dass die funda-

⁷⁵ Es war Charles Fourier, der in der Vereinigung der Verschiedenen (verschieden nach Bedürfnissen, Leidenschaften, Fähigkeiten, Vermögen) in Form freier Assoziationen, denen sich jeder und jede anschließen bzw. verlassen kann - gesichert durch umfangreiche soziale Garantien (»Garantie der Arbeit, des Unterhalts und des Wohlbefindens für die arme Klasse«) die Grundform einer neuen sozietären (sozialistischen) Gesellschaft sah. Vgl. dazu: Charles Fourier: Ökonomisch-philosophische Schriften. Eine Textauswahl. Berlin: Akademie Verlag 1980, S. 3 ff., 231 ff. Marx bezieht sich seit 1844 immer wieder auf Fourier und seine Vorstellung von einer freien Assoziation (am prominentesten im »Manifest«) sowie auf die Bedeutung der Aufhebung der alten Arbeitsteilung und knechtenden Produktionsweise.

⁷⁶ Institut für Gesellschaftsanalyse der RLS: Die gesellschaftliche Linke in den gegenwärtigen Krisen. Kontrovers 2/2009.

mentalen Widersprüche, die in dieser Krise eine erste globale Kulmination fanden, gelöst wurden. Der Kurs einer neoliberalen Gestaltung wurde weitgehend fortgesetzt und teilweise mit Verweis auf die »Zwänge« einer Haushaltskonsolidierung wieder verschärft. Die gärenden Probleme der Sicherung von gesellschaftlicher Reproduktion, sozialer Integration, Herrschaftssicherung und Wahrung von Sicherheit und Stabilität werden sich verschärfen, eine weitaus härtere Krise ist sehr wahrscheinlich.⁷⁷ Aber auch schon jetzt bieten die gegebenen Problemlagen und die Risse und Brüche im Gefüge des erschwerten Weiter-So und des immer nur mühsam gesicherten »Muddling Through« Möglichkeiten, experimentell und ansatzweise neue Wege zu gehen.

Wie der Evolutionsbiologie John Holland formuliert: »Bei der Evolution kommt es nicht darauf an, einfach nur ein gutes Tier hervorzubringen, sondern gute Bausteine zu finden, die sich zu guten Tieren zusammensetzen lassen.«⁷⁸ Das Vorhandensein guter bzw. schlechter Bausteine (Ideen, Projekte, Akteure, Vorbilder, experimentelle Versuche usw.) kann in Momenten der Weggabelung, wie sie sich in Krisen unvermutet auftun, entscheidend sein. Vieles ist dann möglich, wohin sich die Schale dann neigt, ist nicht vorherzubestimmen. Aber dazu beizutragen, dass die »Bausteine zum Guten« überwiegen, gesellschaftlich attraktiv sind, mehrheitsfähig, verallgemeinerbar – dies alles ist Aufgabe einer Politik, die auch in Zeiten eigener Schwäche die Möglichkeit jähen Wandels antizipiert.⁷⁹

Solche initialisierenden und wegbereitenden Bausteine können auf drei Ebenen alternative Wege eröffnen – (1) durch Entstehung neuer Rahmenbedingungen für das wirtschaftliche und soziale Handeln, (2) durch die Veränderung der Entscheidungsprozesse und (3) durch den Wandel der für Entscheidungsprozesse maßgeblichen Kriterien. Die Zahl der Vorschläge

77 Historisch gab es immer wieder Perioden, in denen grundlegendere Umbrüche in den gesellschaftlichen Ordnungen mit einer ganzen Kette von Krisen verbunden waren. Die Vorstellung, »die Krise ist vorbei« ist völlig haltlos, weil es sich 2008/9 nur um eine von mehreren Eruptionen in einer längeren Umbruchkrise handelt. Gramsci spricht in diesem Zusammenhang auch von »organischer Krise« (Candeias 2010).

78 Zitiert in: M. Mitchell Waldrop: Inseln im Chaos. Die Erforschung komplexer Systeme. Reinbek bei Hamburg 1993, S. 212.

79 Ausführlicher zu diesem Konzept: Michael Brie: Ways out of the crisis of neoliberalism. In: Postneoliberalism – A beginning debate. development dialogue, no. 51 (January 2009), S. 15 – 32.

dafür ist ungeheuer breit.⁸⁰ Zwei Beispiele seien stellvertretend für viele andere kurz skizziert.

Erstens: Schaffung eines öffentlich geförderten Sektors sozial-kultureller Dienstleistungen als Standbein einer neuen solidarischen Wirtschaft

Der Vorschlag der Entwicklung einen solchen Sektors greift zwei zentrale Forderungen auf – zum einen die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen⁸¹ und zum anderen die Forderung nach der Einlösung des Rechts auf Erwerbsarbeit⁸². Während nun gegenüber Anhängern des bedingungslosen Grundeinkommens eingewandt wird, dass damit soziale Ausgrenzung und ein parasitäres Verhältnis zur Gesellschaft gefördert werden könnte, wird das Recht auf Erwerbsarbeit mit Blick auf die Entfremdung und Fremdbestimmung in der Arbeit kritisiert. Beides ist richtig und greift zu kurz, sucht nicht nach Auswegen durch den Umbau vorhandener Strukturen.

Zwischen jenen Sektoren, die Waren für die Befriedigung privater Bedürfnisse herstellen, und jenen, die die Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge bereitstellen, gibt es einen ungeheuer mannigfaltigen Bedarf bezüglich von Leistungen, die weder privat noch staatlich, weder im engeren Sinne käuflich noch unbedingt völlig unentgeltlich sein sollten und auch nicht im persönlich-familiären Bereich bereit gestellt werden können. Es handelt sich um einen vierten Sektor, dessen Bedeutung stetig wächst. In dem Maße, wie die klassischen Formen sozialer Integration geschwächt sind, werden neue Angebote gebraucht, in denen Menschen zusammenkommen, sich entfalten können, einander helfen, eine freie Gemeinsamkeit von Dasein füreinander und eigener Selbstentwicklung leben können. Gerade dieser Sektor ist im besonderen Maße Opfer der neoliberalen »Ver-

80 Beispielhaft für die lateinamerikanische Diskussion: Sousa Boaventura de Santos (ed.): *Another Production Is Possible: Beyond the Capitalist Canon*. London 2006; Ders.: *Democratizing Democracy. Beyond the Liberal Democratic Canon*. London 2007. Für Deutschland sei summarisch genannt: *ABC der Alternativen*. Herausgegeben von Ulrich Brand, Bettina Lösch und Stefan Thimmel. Hamburg 2007.

81 Ronald Blaschke, Adeline Otto, Norbert Schepers (Hrsg.): *Grundeinkommen. Geschichte – Modelle – Debatten*. Karl Dietz Verlag, Berlin 2010.

82 Noch einmal sei an Charles Fourier erinnert, der in seiner Kritik des abstrakten bürgerlichen Freiheitsverständnisses auf das »übergeordnete Grundrecht« auf Arbeit verwies. Charles Fourier: *Grundirrtum in Bezug auf die Freiheit. Verweigerung des Rechts auf Arbeit*. In: Ders.: *Ökonomisch-philosophische Schriften. Eine Textauswahl*. Berlin 1980, S. 79.

schlankung« des Staates geworden. Lebendige Kommunen hängen jedoch von kulturellen und sportlichen Vereinen, von Trägern solidarischer Hilfe bei der Erziehung und im Alter, des gemeinsamen kulturellen Lebens ab.

Ohne solche Räume werden die kommerziellen elektronischen Medien, die privaten Unterhaltungsangebote, die Zwänge auf Arbeit und auch in den Familien die Tendenz hin zum privaten Rückzug, zur Passivität, zu Aggressionen und psychischer Zerstörung weiter erhöhen. Gleichzeitig könnte ein solcher Sektor bei massiver öffentlicher Förderung den entscheidenden Beitrag dazu leisten, jenen, die im privaten oder staatlichen Sektor heute keine Chance haben, eine Chance jenseits bloßer »Arbeitsbeschaffung« und »Beschäftigung« zu geben, ein gutes garantiertes Einkommen, sinnvolles Wirken für andere und ein Leben in Würde zu erlangen. Indem der Zugang zu einem Grundeinkommen mit dem Wirken in gemeinnützigen Vereinen verbunden wird, werden Freiheit und Solidarität gewahrt, erhält jede und jeder ein gleiches Recht, das auch eine Pflicht darstellt, frei zu wählen, auf welchem Gebiet und in welchem Verein man und frau sich einbringen wollen. Die Experimente in Berlin und Brandenburg mit der Entwicklung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors sind Schritte in dieser Richtung.⁸³ Verbunden mit einer Verkürzung der regulären Erwerbsarbeitszeit auf perspektivisch dreißig Stunden würden gerade auch durch einen solchen Sektor wichtige Bedingungen einer neuen Balance zwischen Erwerbsarbeit, gesellschaftlichem Engagement, direkter Unterstützung anderer (»care work«) und Zeit für die eigenen Entfaltung geschaffen werden – für das, was Frigga Haug die »Vier-in-Eins-Perspektive« nennt⁸⁴.

Dies alles zusammen – eine wirkliche Existenzsicherung, verbunden mit sinnvoller und würdevoller Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, Ausbau eines Sektors, in dem neue solidarische Produktionsformen und emanzipatorische Lebensentwürfe entwickelt werden können, sowie eine Verkürzung der Erwerbsarbeit, die zugleich Ausbau aktiven demokratischen Engagements und des Wirkens für andere sowie Zeit für sich selbst bedeutet – dies alles zusammen ist es, was die wohl entscheidende Basis für die Entstehung jener Bedürfnisse, Werte und Lebensinhalte ist, die dem heutigen Konsumismus und Karrierismus, der Gier und dem Geiz, dem Anhäufen von Dingen und Jagen nach käuflicher Bestätigung des eigenen Werts, der Hektik und dem Vergeuden von Lebenszeit eine überzeugende Alternative

83 http://de.wikipedia.org/wiki/Öffentlich_geförderter_Beschäftigungssektor

84 Haug, Frigga: Die Vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke. Hamburg 2008.

entgegenstellt. Schonender und behutsamer Umgang mit der Natur und dem gegenständlichen und kulturellen Reichtum, solidarisches Verhalten gegenüber anderen, der Genuss, der aus dem Da-Sein für andere und dem Leben mit anderen entsteht, aus der Sicherheit, die in der zwanglosen Muße entsteht – das sind die Voraussetzungen für eine neue Zivilisation, die im Einklang mit der irdischen und menschlichen Natur wäre.

Zweitens: Einführung einer CO₂-Karte und der entgeltfreie Öffentliche Personennahverkehr

1996 veröffentlichte der britische grüne Umweltaktivist und Ökonom David Fleming den Vorschlag, individuelle CO₂-Karten einzuführen⁸⁵, ein Vorschlag, der 2006 vom damaligen britischen Umweltminister David Miliband offensiv aufgegriffen wurde⁸⁶. Der schon 1968 vom kanadischen Ökonomen John Harkness Dales entwickelte⁸⁷ und seit 2005 in der EU – wenn auch in wenig überzeugender Weise – eingeführte »Emissionshandel«, bei dem industriellen Großverschmutzern (Kohlendioxid, Schwefeldioxid, Stickoxid) bestimmte Quoten zugestanden werden, die sie nur überschreiten dürfen, wenn sie von anderen Emittenten von CO₂ Emissionsrechte kaufen, ist ein umstrittener Schritt, ausgehend von den Produzenten den Ausstoß umweltschädlicher Gase zu senken (»cap and trade«).⁸⁸ Und

85 Siehe dazu vor allem die von David Fleming selbst geführte Website »Tradable Energy Quotas« <http://www.teqs.net/>.

86 Aber nach einer Reihe von Studien wurde dieser Politikvorschlag am Ende als »seiner Zeit voraus« erst einmal begraben (Matt Prescott: A persuasive climate. Personal trading and changing lifestyles. The Royal Society for the encouragement of Arts, Manufactures and Commerce. London 2008, S. 9). In Deutschland wurde diese Idee als Konzept der Umweltzertifikate unter anderem aufgegriffen in: Franz Groll: Von der Finanzkrise zur solidarischen Gesellschaft. Vision einer neuen Wirtschaftsordnung für Gerechtigkeit, Zukunftsfähigkeit und Frieden. Hamburg: VSA 2009, S. 49 – 59. Eine umfangreiche Studie wurde vom Tyndall Centre for Climate Change Research, Manchester, UK, vorgelegt. Siehe dazu: Richard Starkey: Personal Carbon Trading – Eine Übersicht. In: Die CO₂-Card. Emissionsquoten als marktwirtschaftliches Instrument zum Klimaschutz. Veranstaltung der Britischen Botschaft in Berlin am 27. Mai 2008 in Berlin. Herausgegeben von der Aachener Stiftung Kathy Beys 2008, S. 17 – 26.

87 John H. Dales: Pollution, Property & Prices: An Essay in Policy-Making and Economics (New Horizons in Environmental Economics) [1968]. Northampton 2002.

88 Siehe dazu u.a.: Larry Lohmann (Herausgeber): Carbon Trading. A Critical Conversation on Climate Change, Privatisation and Power. Herausgegeben von der

auch wenn es eine wirksame Kappung der Obergrenzen gäbe, wovon die Staaten der EU weit entfernt sind⁸⁹, wird der Druck auf die Verbraucher vor allem über höhere Preise weitergegeben, so dass besser Verdienende (es sind jene, die auch mehr umweltschädliche Produkte verbrauchen) privilegiert werden und kein wirksamer Druck auf die grundlegende Veränderung ihrer Konsumtionsmuster ausgeübt wird, während bei den unteren Gruppen vor allem Konsumtionsverzicht erzwungen wird. Außerdem wirken die organisierten Interessen der Großverschmutzer allen Maßnahmen entgegen, die ihre Interessen einschneidend berühren würden.

Sollen die bekannten Klimaziele erreicht werden (Begrenzung der globalen Erwärmung auf zwei Grad Celsius), so muss der Ausstoß von Treibhausgasen in den hochentwickelten Ländern innerhalb weniger Jahrzehnte auf zehn Prozent reduziert werden, während in weniger entwickelten Ländern der Ausstoß teilweise noch ansteigen wird, um dann gleichfalls fast überall deutlich zu fallen. Es müssten deshalb innerhalb von Staaten bzw. Großregionen wie der EU langfristige Vorgaben gemacht werden, da eine solche radikale Verringerung nicht ohne außerordentlich aufwendige Investitionen möglich ist. Die Vorschläge der Einführung von CO₂-Karte oder auch Umweltzertifikaten gehen vom individuellen Recht jedes einzelnen Menschen auf der Erde aus, so viel – aber eben auch nur so viel – Treibhausgase zu verursachen, wie mit der Erhaltung des Klimagleichgewichts (ggf. im Rahmen des genannten Ziels,) vereinbar ist. Jeder und jede soll ausgehend vom gegenwärtigen Durchschnittsniveau in seiner und ihrer Region CO₂-Zertifikate erhalten (konzentriert vor allem auf Treibstoff, Strom, Heizung usw.). Schrittweise soll die Zahl der ausgegebenen Zertifikate je Einwohner und Einwohnerin sinken.

Personen, die innerhalb eines bestimmten Zeitraums den durch sie verursachten Ausstoß von Treibhausgasen unterhalb der zugelassenen Menge halten, könnten Umweltzertifikate an jene verkaufen, die mehr verbrauchen und sich dies (noch) leisten können. Die CO₂-Karten werden damit zu einer zweiten Währung, nur muss die dahinter stehende Menge ständig sinken

Dag Hammerskjöld Foundation, Oktober 2006; Elmar Altvater: Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen, S. 53/54

89 In Deutschland werden neunzig Prozent der Rechte kostenlos zugeteilt und die Erfassungsquote beträgt auch nur fünfzig Prozent, während die andere Hälfte nicht gedeckelt wurde. Klaus Dosch: Konzepte für die Ausweitung des Emissionshandels auf den Sektor der Privaten Haushalte. In: Die CO₂-Card. Emissionsquoten als marktwirtschaftliches Instrument zum Klimaschutz. A. a. O., S. 27 f.

(ausgehend von einer politisch weitgehend unabhängigen Instanz der Zivilgesellschaft⁹⁰), es gibt keine Möglichkeit der Verzinsung und diese Währung reguliert primär das Verhältnis zur Natur und erst sekundär der Menschen untereinander.

Wie Franz Groll schreibt, hat »dieser Lösungsansatz ... eine vierfache soziale Wirkung: (1) Er erhöht die Kaufkraft der Menschen mit geringen Einkommen. (2) Für Personen mit überdurchschnittlich hohem Verbrauch an Energie steigt der Preis progressiv, was in hohem Maße gerecht ist. (3) Die erzwungene Reduzierung des Verbrauchs an Energierohstoffen wird dazu führen, dass die Marktpreise für Rohstoffe zumindest langsamer steigen, stagnieren oder sogar sinken. (4) Bei diesem Lösungsansatz wird die Ökologisierung der Wirtschaft durch Einsparungen beim Rohstoff- und Energieverbrauch, durch sinkende Kosten für die Arbeitslosigkeit und von den Besserverdienenden und Vermögenden finanziert.«⁹¹ Die unteren Einkommen werden so nicht zusätzlich be-, sondern entlastet.⁹²

Der entscheidende Vorteil von CO₂-Karten ist es, dass die Bürgerinnen und Bürger selbst zu unmittelbar interessierten Anwälten der Reduktion von klimaschädlichen Gasen werden. Dieser Vorteil kann nur dann eingelöst werden, wenn zugleich eine entsprechende Möglichkeit besteht, wirksam demokratisch auf die Gestaltung von Produktion, Verkehr, kommunalem Leben und Konsumweise Einfluss zu nehmen. Rein individuell können die Treibhausemissionen nur sehr begrenzt reduziert werden. Es bedürfte also zugleich umfangreicher öffentlicher Investitionsprogramme vor allem im Verkehrswesen sowie im Bereich des Übergangs zu Niedrigenergiehäusern und bei der Bereitstellung von regenerativ erzeugter Energie oder bei der Umstellung auf eine weitgehend pflanzliche Ernährung und langlebige energie- und rohstoffeffiziente Konsumtionsmittel. Die Siedlungsstrukturen müssten grundsätzlich verändert werden, um lange Wege zwischen Arbeit, Wohnung, kulturellen Dienstleistungen, Versorgung und Erholung zu ver-

90 Siehe dazu die Überlegungen von Peter Barnes zu einem Sky Trust (vgl. Peter Barnes: *Kapitalismus 3.0. Ein Leitfadens zur Wiederaneignung der Gemeinschaftsgüter*. Hamburg 2008).

91 Franz Groll, a. a. O., S. 52 f.

92 Vgl. dazu die Ergebnisse der Studie des britischen Department for Environment Food and Rural Affairs (Defra): *Distributional Impacts of Person Carbon Trading*. London 2008.

meiden.⁹³ Der Übergang zu einem entgeltfreien Öffentlichen Personennahverkehr zum Beispiel würde die gesamtgesellschaftlichen Kosten halbieren, die Emission von Treibhausgasen und den Ressourcenverbrauch insgesamt auf 10 bis 20 Prozent senken, Raum für Begrünung und verkehrsberuhigte Zonen sprunghaft erweitern, die Mobilität sogar steigern und die Zahl der Verkehrstoten drastisch senken. Es ist zudem ein Modell zugleich für den Norden *und* den Süden.⁹⁴

Ein Ausblick

Die bisherige Geschichte des Kapitalismus und Sozialismus lehrt uns: Erst in einer neuen und umfassenderen Krise könnte es die Möglichkeit geben, tief in die Gesamtheit der Grundaspekte der gegenwärtigen Ordnung einzugreifen. Aber auch in diesem Falle gäbe es keine Garantien für eine wirklich positive Wendung: Dieses Eingreifen kann sehr unterschiedlich erfolgen – hilflos und kontraproduktiv, durch repressive und autoritäre Versuche der Herrschenden und Privilegierten, ihren Status quo mit allen Mitteln zu verteidigen, oder auch im Sinne eines solidarischen Umbaus. Aber dabei kann niemand dessen »Ganzes« antizipieren.

Angesichts dieser Problemlage kann an eine These des schon zitierten Umweltaktivisten David Fleming erinnert werden: »Großprobleme verlangen keine großen Lösungen; sie verlangen (viele) kleine Lösungen in einem großen Zusammenhang.«⁹⁵ So könnte sich tatsächlich im Schrittmaß konkreter, je möglicher Interventionen eine umfassende Transformation der Eigentums- und Machtverhältnisse, der Vergesellschaftungsformen, der

93 Bürger der USA stoßen allein im Verkehr das Dreifache an CO₂ aus gegenüber Einwohnern in Westeuropa und das Zehnfache gegenüber Stadtbürgern in China (http://en.wikipedia.org/wiki/Sustainable_transport).

94 Michael Brie: Entgeltfreier Öffentlicher Personennahverkehr statt »Abwrackprämie«! Standpunkte der rls 8/2009 (http://193.96.188.183/fileadmin/rls_uploads/pdfs/standpunkte_0908.pdf); siehe auch: Michael Brie: Sind wir Auto? Zeitschrift LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 1/2009, S. 165 – 172 (http://www.zeitschrift-luxemburg.de/wp-content/uploads/Brie_LUX_1_20091.pdf).

95 David Fleming: Energy and the common purpose (third edition – Sept. 2007), S. 39 (<http://www.teqs.net/book/teqs.pdf>).

Produktions- und Lebensweisen und schließlich der menschlichen Zivilisation im 21. Jahrhundert als das erweisen, was einfach gemacht werden kann, auch wenn es selbst zweifelsohne das komplizierteste Unternehmen ist, was die Menschheit jemals in Angriff genommen hat. Das Unmögliche kann, ja, muss möglich werden.

**Praxistheoretische
Grundlagen und Kritik**

Wolfdietrich Schmied-Kowarzik

Die Herausforderung der Marxschen Philosophie der Praxis und die Misere aktueller Marxinterpretation

Ohne Zweifel ist Marx einer der bedeutendsten politischen Philosophen unserer abendländischen Tradition, aus meiner Sicht der wohl der bedeutendste seit Platon. Diese Wahrnehmung wurde nach Marx vor allem durch seine Vereinnahmung für diverse Partei- und Staatsideologien blockiert. Die dieser Entstellung und andererseits auch Verfemung entgegen gehaltenen, abwehrenden Argumentationen haben das Marxbild wiederum durch inadäquate und letztlich unhaltbare Einzelaussagen zerfleddert. Hinzu kam, dass die Nazizeit und der darauf folgende Kalte Krieg vor allem in Deutschland weit reichende, verheerende Konsequenzen für die Marx-Diskussion zeitigten. Auch im Aufblühen der Studentenbewegung wurden die aus verschiedenen Bedingungen und Quellen herrührenden Denkblockaden nur kurzfristig durchbrochen. Schließlich führte der Zusammenbruch des real-existierenden Sozialismus nicht zu der erhofften Befreiung aus den dogmatischen und gegen-dogmatischen Marx-Vorurteilen. Im Gegenteil, es eröffnete sich eine Periode ängstlicher Verleugnung oder kopfloser Flucht vor Marx, sodass es nicht übertrieben scheint, hier von einem theoretischen Vakuum zu sprechen.

Daher ist es umso erfreulicher, dass sich in jüngerer Zeit einige Theoretiker wieder offen zu Marx bekennen, in eine Auseinandersetzung mit Marx begeben und sogar eine „neue Marx-Lektüre“ propagieren. Allerdings sollten wir nicht übersehen, dass es dieser neuen Bewegung allein um eine wissenschaftsanalytische Rekonstruktion der Marxschen *Kritik der politischen Ökonomie* geht, unter ausdrücklicher Ausgrenzung aller politisch-emanzipatorischen Aktivitäten und mit entschiedener Polemik gegen alle Versuche, Marx als einen kritischen Philosophen der gesellschaftlichen Praxis zu begreifen. Wo aber allein die wissenschaftliche Methode der *Kritik der politischen Ökonomie* nachbuchstabiert wird, da wird, so verdienstvoll und erhellend die einzelnen Untersuchungen auch sein mögen, Marx zu einem „kritischen“ Ökonomen degradiert, ihm werden sozusagen die philosophischen Krallen gestutzt und die revolutionären Zähne gezogen. So gezähmt lässt er sich ganz manierlich an der Leine durch die Arena der Wissenschaft der Ökonomie führen.

Dem entgegen möchte ich betonen: Man kann die Stoßrichtung der *Kritik der politischen Ökonomie* nur aus dem Gesamtwerk von Marx verstehen und

weiterverfolgen, und d. h. man kann sie nicht als reine Wissenschaft der Ökonomie, losgelöst von der revolutionären Emanzipationstheorie und der kritischen Praxisphilosophie rekonstruieren. Da Marxens Anlehnung an oder seine Abgrenzung von Hegel in den Debatten um eine neue „Marx-Lektüre“ einen Hauptstreitpunkt bilden, sollten wir uns zunächst nochmals das Gesamtanliegen von Marx in seinem Bezug zu Hegel vergegenwärtigen.

Vergewisserung hinsichtlich des philosophischen Kerns des Marxschen Denkens

Die erste und grundlegendste Phase der Auseinandersetzung mit Hegel reicht in Marxens Studienzeit in Berlin zurück, schließt seine Diskussionen mit den Junghegelianern ein und findet ihren großartigen theoretischen Abschluss in Marxens Einleitung *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie* vom Januar 1844. Hier erarbeitet Marx seinen eigenen philosophischen Standpunkt einer kritischen Philosophie oder einer Philosophie als Kritik heraus, den er Zeit seines Lebens beibehalten hat.¹

Ausdrücklich unterstreicht Hegel in der Vorrede zu seiner *Rechtsphilosophie*, dass es der Philosophie auch im gesellschaftlichen Bereich nur um ein Erkennen und Begreifen gehen dürfe: „So soll denn diese Abhandlung, insofern sie die Staatswissenschaft enthält, nichts anderes sein als der Versuch, den *Staat als ein in sich Vernünftiges zu begreifen und darzustellen*. Als philosophische Schrift, muß sie am entferntesten davon sein, einen *Staat, wie er sein soll*, konstruieren zu sollen“. (Hegel 7, 26)² Ja, Hegel scheut sich – an anderer Stelle – nicht, die Philosophen als einen „isolierten Priesterstand“ zu bezeichnen, der das „Besitztum der Wahrheit zu hüten“ habe und sich nicht darum zu kümmern brauche, „wie sich die zeitlich, empirische Gegenwart aus ihrem Zwiespalt herausfinde“. (Hegel 17, 344) Wörtlich fährt er dann in der *Rechtsphilosophie* fort: „Die Vernunft als die Rose im Kreuze der Gegenwart zu erkennen und damit dieser sich zu erfreuen, diese vernünftige Einsicht ist die *Versöhnung* mit der Wirklichkeit, welche die Philosophie denen gewährt, an die einmal die innere Anforderung ergangen ist, zu *begreifen*“. (Hegel 7, 26 f.)

1 Siehe zu den nachfolgenden Abschnitten Wolfdietrich Schmied-Kowarzik, *Die Dialektik der gesellschaftlichen Praxis. Zur Genesis und Kernstruktur der Marxschen Theorie*, Freiburg/München (Alber) 1981

2 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, *Werke in 20 Bden.*, Frankfurt a.M. 1970 – zitiert im Text mit Band und Seitenangabe.

Hegels Philosophie des Begreifens der Welt, wie sie *ist*, setzt Marx eine Bestimmung der „Aufgabe der Philosophie, die im Dienste der Geschichte steht“, entgegen (Marx 1, 379)³. Ihre Aufgabe ist es gerade, das „Kreuz der Gegenwart“ schonungslos aufzudecken, um den geschichtlich handelnden Menschen zu ermöglichen, sich aus diesem Kreuz zu befreien und so zu einer „menschlichen Gesellschaft oder gesellschaftlichen Menschheit“ vorzudringen. (Marx 3, 7) Für Marx hat die Philosophie – selbst eingebunden in die Menschheitsgeschichte – die Aufgabe, Partei zu ergreifen für die „menschliche Emanzipation“ aller Menschen. (Marx 1, 370)

Eine solche Philosophie, die sich aus einem sittlichen Auftrag im Zusammenhang der Menschheitsgeschichte versteht, wird zur „Kritik“, die sich dem „*kategorischen Imperativ*“ verpflichtet weiß, „*alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist*“. (Marx 1, 385) Diese Kritik darf sich nicht scheuen, die bestehenden Widersprüche in den gesellschaftlichen Verhältnissen schonungslos aufzudecken, auch wenn sie sich dabei mit den herrschenden Mächten anlegt. Doch muss sie sich bewusst vor Augen halten, dass sie als Philosophie die gesellschaftlichen Widersprüche nur aufzudecken, nicht aufzuheben vermag, denn Letzteres können nur die von den Widersprüchen selbst betroffenen Menschen in revolutionärer Praxis. Die Philosophie als Kritik dient der Aufklärung der unterdrückten und ausgebeuteten Menschen, denn nur diese können – sich ihrer Unterdrückung und Ausbeutung bewusstwerdend und zur Gegenmacht vereinigend – deren Aufhebung vorantreiben. (Marx 1, 385)

In diesem Sinne thematisiert Marx ausdrücklich das grundsätzlich dialektische Verhältnis der Theorie zur Praxis, der politischen Philosophie zur gesellschaftlichen Wirklichkeit, denn es kann sich „die Philosophie nicht aufheben, ohne sich zu verwirklichen“ und nicht „verwirklichen [...] ohne sich aufzuheben“. (Marx 1, 384) Die kritische Philosophie gesellschaftlicher Praxis hat sich als bloßes Nachbegreifen der Wirklichkeit aufzuheben, um sich als Kritik zu verwirklichen, als eine Kritik, die sich nicht schon selbst für die Erfüllung hält, sondern die ihr Ziel in der solidarischen Praxis jener sieht, die sich aus den entfremdeten, verkehrten Verhältnissen befreien. Als Kritik „verläuft [sie] sich nicht [...] in sich selbst, sondern in *Aufgaben*, zu deren Lösung es nur ein Mittel gibt: die *Praxis*.“ (Marx 1, 385)

³ Karl Marx wird im Text zitiert nach Marx/Engels Werke (MEW) mit Band und Seitenangabe.

Daher ist die Philosophie nicht mehr – wie bei Hegel – der „Eule der Minerva“ vergleichbar, die bei einbrechender Abenddämmerung ihren Flug des Begreifens beginnt, sondern ganz entschieden stellt Marx diesem Bild Hegels ein anderes entgegen: Die kritische Philosophie gesellschaftlicher Praxis gleicht dem „Schmetterling des gallischen Hahns“, durch das die Menschen beim Anbrechen der Morgenröte eines neuen Welttags geweckt werden, um ihre revolutionäre Praxis zu vollbringen. (Marx 1, 379)

Dieses praxisphilosophische Selbstverständnis der politischen Philosophie ist grundlegend neu. Kein Denker vor Marx hat den Primat der Praxis, in den die praktische Philosophie selbst gestellt ist, so prägnant herausgearbeitet wie Marx und alle politische Philosophie nach Marx wird sich daran messen lassen müssen.

Bisher haben wir nur den praxisphilosophischen Charakter der Marxschen Dialektik im Verhältnis zur Hegelschen Dialektik des Begreifens unterstrichen. Nun gilt es auf das geschichtsmaterialistische Herzstück der Dialektik gesellschaftlicher Praxis einzugehen, wie es von Marx seit seinen *Pariser Manuskripten* von 1844 entworfen und dann in der *Deutsche Ideologie* und dem *Kommunistische Manifest* weiterentwickelt wurde – auch diese geschichtsmaterialistische Revolutionstheorie hat Marx bis zu seinem Tod nie aufgegeben. Um das inhaltlich Neue seiner Dialektik gesellschaftlicher Praxis herauszuarbeiten, kontrastiert Marx selbst sie der Dialektik-Konzeption, die Hegel in der *Phänomenologie des Geistes* entwickelt.

„Das Große an der Hegelschen „*Phänomenologie*“ und ihrem Endresultate – der Dialektik der Negativität als dem bewegenden und erzeugenden Prinzip – ist also einmal, daß Hegel die Selbsterzeugung des Menschen als einen Prozeß faßt, die Vergegenständlichung als Entgegenständlichung, als Entäußerung und als Aufhebung dieser Entäußerung; daß er also das Wesen der *Arbeit* faßt und den gegenständlichen Menschen, wahren, weil wirklichen Menschen, als Resultat seiner *eigenen Arbeit* begreift.“ (40, 574) Allerdings – so fügt Marx gleich kritisch hinzu, verfolgt Hegel zum einen nur den Prozess der geistigen Arbeit und hat zum andern – wie die moderne Nationalökonomie auch – nur das positive Ergebnis der Arbeit im Auge, den Reichtum und die Kunstwerke, die die menschliche Arbeit hervorbringt, nicht aber ihre negative Seite, die Ausbeutung und Knechtung der arbeitenden Menschen.

Die Dialektik, die Hegel in der *Phänomenologie des Geistes* entfaltet, ist noch nicht die Dialektik des von ihm anvisierten absoluten Systems selbst, sondern nur ihre Hinleitung. In der *Phänomenologie* arbeitet Hegel heraus,

dass jede Form der Welterkenntnis und jede Form gesellschaftlicher Sittlichkeit dem Menschen zunächst als ihm entgegenstehende Gegenständlichkeit erscheint, bis er im nächsten Schritt durchschaut, dass sie jeweils Erzeugnisse seiner eigenen geistigen Arbeit darstellen. Hegel nennt dieses Begreifen des Anderen als Eigenes das „im Anderen bei sich sein“ des Geistes. Allerdings ist dann der letzte Schritt, den Hegel von der *Phänomenologie* ins *absolute System* hinein vollzieht, selbst wiederum – wie Marx unterstreicht – ein erneuter, abschließender Schritt entfremdeten Denkens: Am Ende der *Phänomenologie* hebt sich das menschliche Bewusstsein selbst in die Dialektik des Geistes auf, da ihm bewusst wird, dass nicht es selbst den Prozess vorangebracht hat, sondern dass dies der absolute Geist durch es (das Bewusstsein) hindurch vollbringt.

Marx stellt diese Hegelsche Dialektik in mehrfacher Hinsicht vom Kopf auf die Füße: Er bezieht geschichtsmaterialistisch die Dialektik auf alle menschliche Arbeit in der Geschichte – die körperliche, soziale und geistige Praxis – durch die die Menschen ihre Welt hervorbringen.⁴ Die Menschen bringen – so unterstreicht Marx – im Laufe ihrer Geschichte nicht nur ihre Werkzeuge und ihr Wissen, ihre Fähigkeiten und Verhaltensweisen sowie ihre Anschauungen hervor. Auch alle Formen und Inhalte der Erkenntnis der Welt, alle sozialen Verhältnisse, ebenso alle ästhetischen, religiösen und philosophischen Reflexionen stellen in diesem Sinne eigene Hervorbringungen dar. Nur dass ihnen – solange sie ihre gesellschaftliche Arbeit naturwüchsig, d. h. gesellschaftlich bewusstlos betreiben – die selbst generierten Verhältnisse als gottgewollte, systemnotwendige Gegebenheiten und Gesetzmäßigkeiten erscheinen, denen sie fremdbestimmt ausgeliefert sind.

Die Menschen bauen im Kontext ihrer gesellschaftlichen Produktion – im weitesten Sinne dieses Wortes – Verhältnisse auf, die sie nicht als von ihnen hervorgebracht erkennen, sondern als Naturgegebenheiten oder Systemzwänge erfahren und als solche hinnehmen. (Marx 42, 402) Solange sie dies nicht durchschauen, geraten sie im Zuge der fortschreitenden Entwicklung in eine zunehmende Entfremdung. Erst dort, wo sie sich bewusstwerden, dass sie die Subjekte ihrer gesellschaftlichen Geschichte sind, können sie in revolutionärer Praxis damit beginnen, die sie fremdbestimmenden Verhältnisse aufzuheben und sich solidarisch an die Gestaltung ihres gesellschaftlichen Lebens in der Geschichte machen. Damit ist aber Marx zufolge die

⁴ Siehe Wolfdietrich Schmied-Kowarzik, Karl Marx. Dialektik im Primat der Praxis, in: Philosophen des 19. Jahrhunderts, hg. v. Margot Fleischer und Jochem Hennigfeld, Darmstadt 1998

Situation der Gegenwart umschrieben, in ihr endet die naturwüchsige „Vorgeschichte“ – wie er im Vorwort *Zur Kritik der politischen Ökonomie* sagt – und die eigentliche Geschichte bewusster solidarischer Gestaltung der „gesellschaftlichen Menschheit“ kann schrittweise beginnen.

Fassen wir zusammen: die Marxsche Dialektik ist eine geschichtsmaterialistische, ihre Grundlage ist die gesellschaftliche Produktion, Arbeit und Praxis. Subjekt des dialektischen Prozesses ist nicht ein „absoluter Geist“, der durch alle Menschen hindurchwirkt, sondern sind die Menschen selbst mit ihren körperlichen und geistigen Produktivkräften. In der bisherigen naturwüchsigen, gesellschaftlich-bewusstlosen Menschheitsgeschichte waren es die von den Menschen selbst hervorgebrachten Produktionsverhältnisse, die die menschliche Arbeit fremdbestimmten. Doch wir haben eine geschichtliche Entwicklungsstufe erreicht, wo einerseits die Produktionsverhältnisse im zunehmendem Maße in Destruktionskräfte für die arbeitenden Menschen und die Natur umschlagen, andererseits aber auch die arbeitenden Menschen sich ihrer vereinigten Produktivkräfte bewusst werden und daher beginnen können, die Gestaltung ihres gesellschaftlichen Lebens in die eigenen Hände zu nehmen.

Die aktive dialektische Bewegung, die sich dieses Umbruchs und Aufbruchs bewusst wird und sie vorantreibt, nennt Marx Kommunismus: „Der Kommunismus unterscheidet sich von allen bisherigen Bewegungen dadurch, daß er die Grundlage aller bisherigen Produktions- und Verkehrsverhältnisse umwälzt und alle naturwüchsigen Voraussetzungen zum ersten Mal mit Bewußtsein als Geschöpfe der bisherigen Menschen behandelt, ihrer Naturwüchsigkeit entkleidet und der Macht der vereinigten Individuen unterwirft.“ (Marx 3, 70)

Das Entscheidende dieser geschichtsmaterialistischen Dialektik ist, dass der Theoretiker nicht – wie es oftmals Marx unterstellt wird – von einem absoluten, außergeschichtlichen Standpunkt her glaubt bestimmen zu können, wie die Geschichte verlaufen wird. Es verhält sich gerade umgekehrt, indem er den bisherigen Geschichtsprozess als einen naturwüchsig-gesetzmäßigen durchschaut, den es aufzubrechen gilt, um den Menschen eine bewusste und solidarische gesellschaftliche Geschichtsgestaltung zu ermöglichen, welche die die gemeinsam zu erarbeitende, selbstbestimmte Aufgabe der zukünftigen Menschheit sein wird. Marx geht es also nicht um die Antizipation des Endes der Geschichte – wie es ihm manchmal unterstellt wurde –, sondern geradezu umgekehrt um die Möglichkeit und den

Beginn einer verantwortlichen Gestaltung der menschheitlichen Geschichte.⁵

Nun ergibt sich für die Beurteilung der Marxschen Theorie ein schwerwiegendes Problem daraus, dass Marx, als er nach mehrjähriger erzwungener Pause 1857 seine wissenschaftliche Arbeit an der *Kritik der politischen Ökonomie* wieder aufnimmt, zunächst mit einer „Einleitung“ beginnt, die durchaus noch im Rahmen der oben skizzierten geschichtsmaterialistischen Dialektik argumentiert, dann aber im anschließenden Rohentwurf der *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie* (1858) eine völlig andere strukturlogische Darstellungsmethode einschlägt, die er von da an für die Ausarbeitung seines gigantischen Spätwerks - der auf sechs Bände geplanten *Kritik der politischen Ökonomie* - beibehält: „Das Ganze ist eingeteilt in 6 Bücher. 1. Vom Kapital (enthält einige Vorchapters). 2. Vom Grundeigentum. 3. Von der Lohnarbeit. 4. Vom Staat. 5. Internationaler Handel. 6. Weltmarkt“. (Marx 29, 550 f.) Von diesen 6 Bänden hat Marx selber nur das allererste Teilstück des ersten Bandes *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, Buch I: Der Produktionsprozeß des Kapitals* 1867 veröffentlicht.

Dass dieser Wandel in der Darstellungsmethode, die nicht mehr geschichtsdialektisch, sondern strukturdialektisch argumentiert, auf eine erneute Auseinandersetzung mit Hegel, und zwar mit Hegels *Wissenschaft der Logik* zurückgeht, hat Marx selber ausdrücklich in Briefen ausgesprochen. (Marx 29, 2609) Aber was dieser Wandel im Hinblick auf sein Gesamtwerk zu bedeuten hat, darüber ist seit Marxens Tod ein immer wieder hin und her wogender Streit entbrannt. Während beispielsweise Friedrich Engels von Anfang an versucht, die Marxsche *Kritik der politischen Ökonomie* durch eine historisierende Lektüre dem Gesamtprojekt des „Historischen Materialismus“ einzufügen, pocht Louis Althusser dagegen darauf, dass Marx mit seinem Spätwerk einen völlig neuen „Kontinent“ strukturaler Analyse betritt, der gänzlich mit seinem philosophischen Frühwerk bricht.

Ohne Zweifel liegt hier ein radikaler Einschnitt vor. Trotzdem halte ich daran fest, dass es nur *einen* Marx gibt, insofern sich Früh- und Spätwerk auseinander begründen lassen und gegenseitig konkretisieren. Auch das gigantische Werk der *Kritik der politischen Ökonomie* gründet in der geschichtsmaterialistischen Dialektik gesellschaftlicher Praxis und verfolgt das praxisphilosophische Anliegen der Aufklärung der arbeitenden Men-

5 Siehe Wolfdietrich Schmied-Kowarzik, *Denken aus geschichtlicher Verantwortung. Wegbahnungen zur praktischen Philosophie*, Würzburg 1999

schen, um ihnen eine konkrete Perspektive für ihre gemeinsam zu erkämpfende Emanzipation zu geben.⁶

Hierfür spricht einerseits, dass Marx auch in seinen letzten Lebensjahrezehnten parallel zur Arbeit an der *Kritik der politischen Ökonomie* sowohl in seinen ethnologischen und historischen Studien das geschichtsmaterialistische Konzept weiter fortführte sowie in seinen späteren politischen Schriften und Reden an seiner im *Kommunistischen Manifest* (1848) bekräftigten revolutionären Perspektive festhielt. Hierfür spricht andererseits auch, dass die *Kritik der politischen Ökonomie* ein Theoriestück ist, dass ohne die vorausgehende geschichtsmaterialistische Fundierung und revolutionäre Perspektive weder begründbar ist noch einen Sinn macht.

Vom ersten Satz des *Kapital* an bis zur vorgezogenen Endperspektive des Gesamtprojekts gegen Schluss des ersten Bandes (Marx 23, 791) bewegt sich die gesamte Kapitalanalyse *ausschließlich* in der immanenten Rekonstruktion der *wertökonomischen* Logik des Kapitals, die eine negative Logik der Entfremdung und der „Verkehrung“ ist. Der damit identifizierte grundlegende Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise liegt darin, dass sich hier die gesellschaftlich handelnden Individuen von der wertökonomischen Logik des Kapitals bestimmen und beherrschen lassen; das Kapital aber ist nichts anderes als aufgehäuften vergegenständlichte Arbeit, die für sich tot ist und die ihre ganze Kraft allein aus der „vampyrmäßigen“ Aussaugung der lebendigen Arbeit der unmittelbaren Produzenten gewinnt. (Marx 23, 247)

Das erneute Anknüpfen an Hegel ist insofern *keine* positive Aufnahme der Hegelschen *Logik* – wie vielfach unterstellt wurde –, sondern setzt ganz im Gegenteil die grundsätzliche Kritik an der Hegelschen Logik als Logik der Entfremdung (Marx 40, 568 ff.) voraus. Das heißt, insofern Hegel die Bewegung des Begreifens als den Werdeprozess des absoluten Geistes ausgibt, entfremdet er die menschlichen Subjekte ihrer geistigen Potenzen. Auch im Spätwerk der *Kritik der politischen Ökonomie* „kokettiert“ Marx mit der dialektischen Strukturlogik des Hegelschen Systems nur insofern, als er mit ihr die Parallele zur entfremdeten Logik des Kapitals in ihrer Negation gegenüber den arbeitenden Menschen und der lebendigen Natur herauszuarbeiten versucht. (Marx 23, 27f., 85 ff.)

6 Vgl. Heinz Eidam und Wolfdietrich Schmied-Kowarzik (Hg.), *Kritische Philosophie gesellschaftlicher Praxis. Auseinandersetzungen mit der Marxschen Theorie nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus*, Würzburg 1995

Dem Selbstverständnis ihrer wertökonomischen Bewegungs- und Entwicklungsgesetze nach – und so wird das Kapital von der bürgerlichen Theorie der Politischen Ökonomie allein wahrgenommen – verhält sich das Kapital ganz so wie die *Logik* bei Hegel, als wäre es allein aus sich selbst begründet und aus sich selbst heraus produktiv. Gerade dadurch aber betreibt das Kapital die fortgesetzte und fortschreitende Negation der lebendigen Arbeit sowie der lebendigen Natur⁷ – und beschneidet und bedroht somit die Daseinsgrundlage der Menschen (Marx 23, 170). Daher kommt es nicht nur zu einem sich perpetuierenden Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital, sondern auch zu einem Selbstwiderspruch des Kapitals, denn „diese der kapitalistischen Produktion eigentümliche und sie charakterisierende Verkehrung, ja Verrückung des Verhältnisses von toter und lebendiger Arbeit“ (Marx 23, 329) impliziert einen Selbstwiderspruch, der auf eine Selbstzerstörung des Kapitals zutreibt. (Marx 42, 600 f.)

Nicht *direkt* – denn die *Kritik der politischen Ökonomie* ist ja nur immanente Aufdeckung der widersprüchlichen Logik der kapitalistischen Produktionsweise – aber *indirekt* endet die *Kritik der politischen Ökonomie* in der Sichtbarmachung der *praktischen Notwendigkeit*, dass die arbeitenden Menschen nicht umhinkommen, in bewusster gemeinsamer Aktion die „Despotie des Kapitals“, dieses „Machwerk [ihrer] eigenen Hand“ (Marx 23, 669) umzuwälzen, um die weitere Geschichte in gemeinsamer Verantwortung fortführen zu können.

Die Marxsche *Kritik der politischen Ökonomie* ist ihrer dialektischen Struktur nach eine *negative Theorie*, die das, was sie analysiert, die kapitalistische Wertökonomie, in ihrer grundsätzlichen Negativität aufzudecken und bloßzustellen trachtet. Sie ist also – wenn auch nur als Theorie – Negation der Negation und als solche gründet sie in etwas und intendiert etwas, was sie selbst als Theorie nicht darzulegen vermag. Als Kritik gründet sie in der gesellschaftlichen Arbeit und Praxis, die als solche durch die kapitalistische Ökonomie negiert wird, und sie intendiert deren revolutionäre Überwindung, ohne dass sie dies in ihrer immanenten Rekonstruktion der Negativität der kapitalistischen Ökonomie direkt thematisieren kann. Nur indirekt an ihren Rändern kommt ihr positives Fundament in der gesellschaftlichen Arbeit und Praxis zum Vorschein (Marx 23, 192) und schimmert ihre Ziel-

⁷ Siehe Wolfdietrich Schmied-Kowarzik, *Das dialektische Verhältnis des Menschen zur Natur. Eine philosophiegeschichtliche Studie zur Naturproblematik bei Karl Marx*, Freiburg/München (Alber) 1984

perspektive einer revolutionären Praxis und höheren Gesellschaftlichkeit durch. (Marx 23, 791)⁸

Halten wir also fest: Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie ist negative Theorie, die lediglich dazu taugt, die Logik des Kapitals in ihrer negativen Stoßkraft gegenüber der lebendigen Arbeit und der lebendigen Natur aufzuzeigen. Weder ist sie das Fundament einer Ökonomie im Sinne herkömmlicher Wissenschaftlichkeit, noch lassen sich von ihr ohne Weiteres sozialistische Alternativen ableiten.

Unzureichende Einschätzungen der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie

Vor dem Hintergrund der Vergewisserung des Kerns der kritischen Philosophie gesellschaftlicher Praxis von Marx wende ich mich nun zwei neueren Arbeiten zur Marxschen Theorie zu. Die beiden hier behandelten Arbeiten sind nicht die Hauptschriften der angesprochenen neuen ökonomischen Marxrezeption bzw. der „neuen Marx-Lektüre“, sondern sind erklärtermaßen theoriegeschichtliche Darstellungen: einerseits der Marx-Rezeption der letzten 100 Jahre in Deutschland, wie sich das Buch von Christoph Henning anpreist, andererseits einer Marx-Rezeption der letzten 50 Jahre rund um den Globus, wie dies die Arbeit von Jan Hoff darstellt.⁹ Nur in der Auswahl dessen, was sie für untersuchenswert halten, geben sie sich als Anhänger der einen oder anderen Richtung im Zusammenhang des neuen Trends der ökonomischen Marx-Lektüre zu erkennen. Dabei gehören sie beide extrem unterschiedlichen Richtungen innerhalb dieser Strömung an. Während Christoph Henning sich der alt-neuen Tradition des empirisch-wissenschaftlichen Marx-Verständnisses zuordnen lässt, kann Jan Hoff als Anhänger der struktural-dialektischen „neuen Marx-Lektüre“ identifiziert werden – und beide strafen aus wissenschaftstheoretischen Erwägungen heraus die jeweilige Gegenseite mit Verachtung.

In seiner großangelegten wissenschaftsgeschichtlichen Untersuchung *Philosophie nach Marx. 100 Jahre Marxrezeption und die normative Sozialphilosophie der Gegenwart in der Kritik* (2005) geht Christoph Henning von der durchaus zutreffenden Beobachtung aus, dass die ökonomische Entwick-

8 Siehe Hans Immler und Wolfdietrich Schmied-Kowarzik, *Marx und die Naturfrage. Ein Wissenschaftsstreit*, Hamburg (VSA) 1984

9 Die folgenden Ausführungen lehnen sich an meine Besprechung dieser beiden Bücher in *Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau* 60 (2010) an.

lung der letzten hundert Jahre im Allgemeinen und die Globalisierung der letzten Jahrzehnte im Besonderen die Aktualität der Marxschen Theorie unter Beweis gestellt habe. „Zumal seit 1989 wird erkennbar, dass der Kapitalismus nach wie vor existiert. *Alles* wird der Logik des Marktes unterstellt, auch vormals geschützte Bereiche wie Verkehr, Gesundheits- und Sozialwesen, Kultur und Bildung.“ (Henning 14)¹⁰

Weshalb aber wurde dieser überlegene wissenschaftliche Charakter der Marxschen *Kritik der politischen Ökonomie*, zunächst in früheren Phasen der Arbeiteremanzipationsbewegung und dann in Ost und West, so gründlich verkannt? Henning führt dies auf die bereits mit Friedrich Engels einsetzende „verfehlte Philosophierung“ (Henning 179) zurück, durch die die wissenschaftliche Ökonomie von Marx „entökonomisiert und re-ideologisiert“ (Henning 129) wurde. Im Osten geriet die Marxsche Wissenschaft der Ökonomie seit Lenin unter einen „Primat der Politik“ (Henning 27) und im Westen entwickelte sich dagegen eine „ethisierende Sozialphilosophie“ heraus, die sich als „theoretische Marxvermeidung“ (Henning 29) entlarven lässt.

In den ersten drei Kapiteln verfolgt Christoph Henning auf 170 Seiten die „Genese theoretischer Fehlrezeptionen“ in der Sozialdemokratie der frühen Jahrzehnte, im Kommunismus der ersten zwei Drittel des 20. Jahrhunderts sowie in der ökonomischen Theorie des Westens. Diese drei Kapitel sind im Rückgriff auf die einschlägigen Werke zur Geschichte des Marxismus von Predrag Vranicki, Iring Fetscher und Leszek Kolakowski¹¹ historisch prägnant und interessant dargestellt. Man wundert sich nur, dass die Marxsche Theorie selbst nur indirekt und schemenhaft von den „Verfehlungen“ her zur Sprache gebracht wird. Henning wählt diesen Weg bewusst, denn da das Marxsche Werk „gut ediert“ vorliegt, ist er der Meinung, dass es keiner eigenen Darstellung und Kommentierung mehr bedarf. „Statt, wie so oft, unmittelbar einen neuen Marx als den ‚wirklichen‘ zu präsentieren, zu dem man ‚zurück‘ müsse, der aber doch wieder nur dem einen oder anderen traditionellen Verständnis entstammt, geht diese Arbeit den umgekehrten

10 Christoph Henning, *Philosophie nach Marx. 100 Jahre Marxrezeption und die normative Sozialphilosophie der Gegenwart in der Kritik* (= Edition Moderne Postmoderne), Bielefeld 2005

11 Predrag Vranicki, *Geschichte des Marxismus*, 2 Bde., Frankfurt a.M 1972; Iring Fetscher, *Der Marxismus. Seine Geschichte in Dokumenten*, 3 Bde., München 1976; Leszek Kolakowski, *Die Hauptströmungen des Marxismus*, 3 Bde., München 1979

Weg einer *Destruktion des Überlieferungsgeschehens*“, um so zu einer „Neubelebung des Marx’schen Denkens“ beizutragen. (Henning 23)

Dies erweist sich bei näherer Betrachtung allerdings als ein doppelter Irrtum und Irrweg: Erstens hat sich noch nie ein Werk einfach dadurch erschlossen, dass es vorliegt. Es bedarf vielmehr immer der mühevollen Aneignung durch immer wieder erneute Lektüren und Interpretationen, die selbst durch die vorausgehenden Studien und Interpretationen hindurch müssen. Zweitens bedient sich Christoph Henning im schlichten Voraussetzen ebenfalls eines bestimmten „traditionellen Verständnisses“ von Marx, ohne dieses jedoch am Originaltext argumentativ aufzudecken. Um also den „wahren, weil wirklichen“ Marx aufzufinden, muss der historische Weg durch die Rezeptionsgeschichte zum Original selbst zurück beschritten werden. Nur so lassen sich Abweichungen von Marx und deren Konsequenzen, aber auch Rückfindungen zu ihm aufklären und kann eine fundierte „Neubelebung des Marxschen Denkens“ herbeigeführt werden.

Christoph Henning wählt dagegen den Weg, das Marxsche Werk schlicht vorliegen zu lassen und gleichzeitig gegen alle *philosophischen* Aneignungsversuche der Marxschen Theorie polemisch zu Felde zu ziehen. Dass eine solche Strategie nicht zu Marx zurückführt, sondern sich im Irgendwo verliert, zeigt sich in den auf die ersten drei oben genannten Kapiteln folgenden 350 Seiten des Buches, in denen in sieben Kapiteln die deutsche Soziologie, Sozialphilosophie und Gegenwartsphilosophie abgehandelt wird. Denn anstatt auf die rund 100 Jahre des Ringens des „westlichen Marxismus“ (Korsch) um eine philosophische Wiedergewinnung der Marxschen Theorie einzugehen, eine Tradition die mit Antonio Labriola in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts einsetzt, und zumindest bis Henri Lefebvre in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts reicht¹², wirft Henning nun alles in einen einzigen Topf „deutschsprachiger“ Soziologie und Sozialphilosophie. In diesem Topf finden wir Max Weber, Helmut Schelsky, Niklas Luhmann ebenso wie Georg Lukács, Martin Heidegger und Theodor W. Adorno sowie schließlich als jüngere Zugänge: Jürgen Habermas, John Rawls und Peter Koslowski zusammengewürfelt – um hier nur einige aus diesem Kunterbunt zu nennen. Bei alledem ist anzuerkennen, dass die Darstellungen der einzelnen Positionen – wie etwa auf den 20 Seiten zu Heidegger oder den 50

12 Siehe Wolfdietrich Schmied-Kowarzik, „Kritische Philosophie der gesellschaftlichen Praxis. Die Marxsche Theorie und ihre Weiterentwicklung bis in die Gegenwart“, in: Pragmatik. Handbuch pragmatischen Denkens, 3. Bd., hg. v. Herbert Stachowiak, Hamburg 1989

Seiten zu Habermas – durchaus kundig und informativ entfaltet werden. Nur bleibt die Frage, was all diese in Hennings Buch referierten Positionen mit Marx zu tun haben sollen. Was all diese verschiedenen Ansätze verbindet – so meint Henning –, ist die ihnen gemeinsame philosophische „Ethisierung“ der ökonomischen und gesellschaftlichen Realität, deren einziges Ziel es sei, von der wissenschaftlichen Brisanz der Marxschen Theorie abzulenken.

Verzweifelt fragt sich der Leser: Warum er gerade über die „Destruktion“ dieser Soziologen und Sozialphilosophen zu einer „Neubelebung des Marxschen Denkens“ gelangen sollte, warum nicht anhand ganz anderer wie beispielsweise Georg Simmel, Martin Buber oder Karl Raimund Popper? Auch könnte der Leser geradezu Mitleid mit jenen an Marx orientierten Denkern bekommen, die – wie Georg Lukács – wohl aufgrund von frühexistentialistischen ‚Jugendsünden‘ oder – wie Theodor W. Adorno – aufgrund seiner *Minima Moralia* auf die Strafbank der „ethisierenden“ Sozialphilosophen gekommen sind, wo sie nun zusammen mit Martin Heidegger sitzen müssen, der doch wahrlich nichts mit Ethik oder Sozialphilosophie im Sinn hatte?

In den abschließenden 30 Seiten mit „Folgerungen für die Philosophie nach Marx“ gibt Christoph Henning über sein Marx- und Wissenschaftsverständnis dann doch noch spärlichen Aufschluss. Die Marxsche *Kritik der politischen Ökonomie* versteht er als eine empirisch-pragmatische Wissenschaft und wendet sich daher mit besonderer Vehemenz gegen alle an Marx anknüpfenden – aber auch gegen ihn antretenden – philosophischen Begründungsbemühungen. So kann er in Georg Lukács und Karl Korsch oder in Max Horkheimer und Theodor W. Adorno nur „Mittelsmänner“ zu einer „normativen Sozialphilosophie“ (Henning 546) erblicken, zu der er in gleicher Weise John Dewey und Rudolf Eucken sowie Martin Heidegger und John Rawls zählt. Für Henning geht es im Grunde um einen heiligen Kampf der Wissenschaften gegen die Philosophie, denn jene sind wertneutral und diese ist normierend – eine Behauptung, die Henning beständig selbst widerlegt, denn er ist durchtränkt, ja besessen von wertender Polemik gegen die Philosophie. Für Henning ist Marx ein reiner Wissenschaftler, der in seine „empirische Forschung“ keine „normative Gehalte einschmuggelt“ (Henning 539 f.) und der gerade deshalb die bis heute „stringenteste Theorie des Kapitalismus“ (Henning 543) vorlegen konnte, die keiner philosophischen Begründung bedarf, da sie – wie alle Wissenschaften – im „*common sense*“ (Henning 546) gründet.

Dass man mit einer solchen, von Henning vertretenen empirisch-pragmatischen „Theorie des Kapitalismus“ gar nicht mehr den Anspruch erheben kann, den Kapitalismus überwinden zu wollen, versteht sich von selbst, denn sie muss die bestehende „Realität als Maß der Verortung“ (Henning 544) behalten. Der Kapitalismus ist die Realität, den die Marxsche Theorie treffend erforscht, um so – wie Henning wohl meint – an ihr sozial-technische Reparaturen durchführen zu können. In diesem Sinne unterstreicht Christoph Henning im Schlusssatz seines Buches: „Etwas anderes als *trial and error* hat die Wissenschaft nicht zu bieten – drum frisch ans Werk“. (Henning 569)

Im Gegensatz zu Hennings polemischer Geschichtsschreibung legt Jan Hoff in seinem Buch *Marx global. Zur Entwicklung des internationalen Marx-Diskurses seit 1965* (2009)¹³ eine historisch differenzierte und materialreiche Übersicht über die Entwicklung der internationalen Diskussion der Marxschen Ökonomie-Kritik vor. In einem ersten Kapitel skizziert er zunächst den Zustand des „dogmatischen Marxismus“ in der Sowjetunion und in China (Hoff 27), behandelt sodann den „globalen Aufschwung des Marxismus zur Anfangs- und Hochzeit politischer Emanzipationsbewegungen“ (Hoff 34) in den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts in Europa und Nordamerika, in Lateinamerika und in Asien, um schließlich auf die „Ausrufung der ‚Krise des Marxismus‘ bis zum Untergang des Marxismus als Massenideologie“ (Hoff 58) einzugehen. Nach diesem einführenden Überblick folgen im zweiten Kapitel historische Regionalanalysen zur Diskussion der *Kritik der politischen Ökonomie* (Hoff 78) in Westdeutschland, in Japan, in den sozialistischen Ländern, in Westeuropa, in Lateinamerika und in der angelsächsischen Welt sowie schließlich im dritten Kapitel eine systematische Analyse der wichtigsten kontroversen Diskussionspunkte zur *Kritik der politischen Ökonomie* (Hoff 199).

Die etwas ungewöhnliche Anordnung der Regionalanalysen erklärt sich daraus, dass Hoff's zentraler Anknüpfungspunkt die sog. „neue Marx-Lektüre“ ist, die seit den 60er Jahren in Deutschland in zwei Schulrichtungen aufkam: Zum einen in der an Hegel angelehnten Marx-Lektüre (Hans-Georg Backhaus und Helmut Reichelt)¹⁴ und zum anderen in der

¹³ Jan Hoff, *Marx global. Zur Entwicklung des internationalen Marx-Diskurses seit 1965*, Berlin 2009

¹⁴ Hans-Georg Backhaus, *Dialektik der Wertform. Untersuchungen zur marxschen Ökonomiekritik*, Freiburg 1997; Helmut Reichelt, *Neue Marx-Lektüre. Zur Kritik sozialwissenschaftlicher Logik*, Hamburg 2008

strukturalanalytischen Marx-Lektüre (Michael Heinrich und Ingo Elbe)¹⁵. Diese „neue Marx-Lektüre“ hat eine doppelte Stoßrichtung:

Zunächst wenden sich beide genannte Ansätze in ihren akribischen und umfangreichen Analysen der Marxschen *Kritik der politischen Ökonomie* gleichermaßen ganz entschieden gegen den „naiven Realismus“, wie er schon von Friedrich Engels vertreten wurde und beispielsweise von Christoph Henning wieder aufgefrischt wird. Will man dem Anspruch der Marxschen *Kritik* gerecht werden, so kann man dies prinzipiell nur dann, wenn man nicht empirisch von Oberflächenphänomenen des Kapitalismus ausgeht, sondern das Kapital als ein System versteht, das es struktur-dialektisch zu entschlüsseln gilt. Wer die *Kritik der politischen Ökonomie* zu einer empirisch-historischen Wissenschaft umdeutet, verdreht die grundlegende Kategorie des Wertes zu einer ontologischen Größe und verfehlt dadurch von vornherein die Pointe der Marxschen Wertformanalyse, die eine grundlegende Kritik des Kapitals darstellt. Die Behandlung des philosophisch hochkomplexen Fetisch-Kapitels im *Kapital* wird daher zum entscheidenden Test, ob jemand in die dialektische Struktur der Marxschen *Kritik der politischen Ökonomie* einzudringen vermag oder an einer empirischen Oberfläche verbleibt, ohne je zum Anliegen der Kritik vordringen zu können. (Hoff 296 ff.)

Darüber hinaus wendet sich die „neue Marx-Lektüre“ in ihrer zweiten Stoßrichtung gegen alle philosophischen Lesarten von Marx, die von der Einheit des Marxschen Gesamtwerks ausgehen, die also im Denkweg von den philosophischen Frühschriften über die politischen Schriften bis hin zum Spätwerk der *Kritik der politischen Ökonomie* ein einheitliches, auf die „menschliche Emanzipation“ ausgerichteten Gesamtanliegen erkennen. Demgegenüber bestehen beide Richtungen der „neuen Marx-Lektüre“ darauf, dass die *Kritik der politischen Ökonomie* nicht nur allein das wahre Anliegen des Theoretikers ausspricht, sondern auch ganz losgelöst von den philosophischen Frühschriften allein aus sich selbst heraus erschlossen werden könne. Nur in ihren unterschiedlichen Bezugnahmen auf die dialektische Logik Hegels (Hans-Georg Backhaus, Helmut Reichelt) bzw. der partiellen Anlehnung an den Strukturalismus von Louis Althusser (Michael Heinrich, Ingo Elbe) unterscheiden und bekriegen sich die beiden Richtungen untereinander.

¹⁵ Michael Heinrich, *Die Wissenschaft vom Wert. Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition*, 2. Aufl. Münster 1999; Ingo Elbe, *Marx im Westen. Die neue Marx-Lektüre in der Bundesrepublik seit 1965*, Berlin 2008

Da Jan Hoff an diese „neue Marx-Lektüre“ anschließt, stellt er in seinen systematischen Vertiefungen auch besonders die Wertformanalyse, das Gesamtanliegen der *Kritik der politischen Ökonomie* und die Debatte um die Hegelsche Dialektik ins Zentrum seiner Darstellung, und bringt gleichzeitig seine eigene Sympathie für die dialektische Richtung zum Ausdruck. Mehr als alle anderen Richtungen arbeitet die an Hegel orientierte „neue Marx-Lektüre“ heraus, dass es sich bei der Marxschen Kapitalanalyse zwar um die Analyse eines Systems handelt, das die Fähigkeit hat – auch bei sich verändernden äußeren Bedingungen – sich selbst immer wieder zu reproduzieren. Allerdings erscheint dieses System dabei als eines der Verkehrung und der Negation mit negativen Folgen für die unmittelbaren Produzenten. Insofern ist die Systemanalyse – wie Jan Hoff unterstreicht – zugleich *Kritik* im emphatischen Sinne, sie versteht sich als Negation der Negation: „Doch der Marxsche Theorieansatz, den inneren Zusammenhang der ökonomischen Kategorien und Verhältnisse zu explizieren, und dabei mit einer kritischen Fetischismus- und Mystifikationstheorie eine ‚Entzauberung‘ der ‚verkehrten Welt‘ der Ökonomie zu leisten, ist für das Verständnis der ‚Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht‘, nach wie vor von Aktualität und theoretischer Bedeutung.“ (Hoff 297 f.)

Indem Jan Hoff seine entwicklungsgeschichtliche Regionalanalyse in Deutschland der 60er Jahre beginnen lässt und dabei die Marx-Rezeption allein auf diese beiden Richtungen der „neuen Marx-Lektüre“ eingrenzt, so als hätte es nicht noch andere politische und philosophischen Auseinandersetzungen mit Marx gegeben, kommt in seine sonst so verdienstvollen Darlegungen eine einseitig parteinehmende Verzerrung herein, die sich auch auf die Berichte über Japan, Lateinamerika und die weiteren europäischen und angelsächsischen Diskussionen auswirkt. Abgesehen davon gehören die Referate zu Japan und Ostasien sowie zu den beiden Amerikas sicherlich zu den bisher besten Darstellungen zu diesem Thema.

Mit Erstaunen stellt Hoff bei der Besprechung der Diskussion in Japan fest, dass hier schon seit den 40er Jahren ein Zentralpunkt der Diskussion in der Klärung des Verhältnisses zwischen Hegels *Logik* und Marx' *Kritik der politischen Ökonomie* besteht. Hätte sich Jan Hoff nicht so einseitig auf die „neue Marx-Lektüre“ versteift, so hätte er anerkennen müssen, dass auch in Deutschland und im übrigen Europa die Hegel-Marx-Debatte eine kontrovers geführte Diskussionstradition hat, die von Lukács und Korsch, Bloch und Adorno, Marcuse und Lefebvre bis zu heutigen Vertretern einer philosophischen Marx-Rezeption reichen, zu denen sich der Autor dieser Zeilen

ebenfalls zählt. Darüber hinaus sind viele aus diesem Kreis seit langem mit der ostasiatischen und lateinamerikanischen Diskussion persönlich und durch Übersetzungen vernetzt.¹⁶

Erfreulich ist, dass die Regionaldarstellungen, je weiter sie von Deutschland weggehen, auch an Einseitigkeit verlieren. Zwar werden auch aus der französischen und italienischen Diskussion ganze Schulrichtungen ausgeblendet, aber der Blick weitet sich doch auf den ganzen Marx. Die Highlights der Regionaldarstellung bilden sicherlich die genaue Nachzeichnung der japanischen sowie der lateinamerikanischen Diskussion. Bei letzterer lässt Jan Hoff endgültig alle Scheuklappen fallen und bringt neben einer Reihe offener Referate zur Gesamtheit der dortigen Marx-Rezeption eine schöne Darstellung der Position von Enrique Dussel¹⁷: „Der Argentinier [Enrique Dussel] vertritt die Auffassung, die ‚lebendige Arbeit‘ sei die dem Kapital äußerliche Quelle des Werts und des Mehrwerts [gemeint ist natürlich des Reichtums]. Diese Quelle werde jedoch dem Kapital subsumiert. Die Pointe von Enrique Dussels Marx-Interpretation besteht darin: Für ihn ist die Kategorie ‚lebendige Arbeit‘ der wirkliche Ausgangspunkt der dialektischen Darstellung. Für Dussel ist eigentlich die ‚lebendige Arbeit‘ ein Erstes innerhalb der Struktur der Kategorien, eben die allererste Kategorie.“ (Hoff 236)

Was Dussel durch das Referat von Hoff hindurch ausspricht, ist der entscheidende Kritikpunkt, den auch andere Philosophen in Deutschland, die jedoch bei Hoff weggeblendet wurden, an der „neuen Marx-Lektüre“ schon im voraus ausgesprochen haben. So aber kommt über seinen Lateinamerika-Bericht doch noch das entscheidende Argument gegen alle strukturdialektische Wertformanalyse zur Sprache, dass nämlich die *Kritik der politischen Ökonomie* niemals aus sich selbst fundiert zu werden vermag, da diese von Marx als bloß negative Theorie konzipiert ist, die in etwas anderem gründet, nämlich in der lebendigen Arbeit, die in der *Kritik der politischen Ökonomie* nur indirekt vorkommt und als vorausgehendes Fundament nur über die philosophischen Frühschriften von Marx erschlossen werden kann.

16 Um nur auf die eigenen Arbeiten zu verweisen: Wolfdietrich Schmied-Kowarzik; *Pedagogia dialética. De Aristóteles a paulo Freire*, 2. Aufl. Sao Paulo 1988; ders., *Práxis e responsabilidade*, Porto Alegre 2002 sowie ders., *Die gesellschaftliche Praxis, Natur und Dialektik* (Koreanisch), Seoul 1992; ders., *Die philosophische Untersuchung der Natur* (Koreanisch), Seoul 1994

17 Enrique Dussel, *Towards an Unknown Marx. A Commentary on the Manuscripts of 1861-1863*, London 2001

Es spricht für Jan Hoff, dass er wahrheitsgetreu, wenn auch etwas ungläubig berichtet, dass Dussels in diesem Zusammenhang darauf hinweist, dass Marx hierbei mehr auf Schelling als auf Hegel zurückgreift. (Hoff 173) Leider fehlt jedoch auch hier der Rückverweis auf Ernst Bloch und die deutschen Philosophen, die dieser Frage näher nachgegangen sind.¹⁸

Die Unmöglichkeit, Marx nur von der Kritik der politischen Ökonomie her zu verstehen

Bei allen drei Varianten – der empirisch-pragmatischen sowie den beiden Richtungen der „neuen Marx-Lektüre“ geht die eigentliche Pointe der Marxschen *Kritik der politischen Ökonomie* verloren, nämlich dass sie *ex negativo* durch die Entschlüsselung der Wertlogik des Kapitals aufweisen will, dass diese Logik strukturell die Negation der arbeitenden Menschen und der Natur betreibt, obwohl sie doch ohne beide nicht sein könnte. Diese Argumentation *ex negativo* ist als *Kritik* nur deshalb möglich, weil sie selbst in der gesellschaftlichen Praxis gründet und sich als ein Moment im Dienste der emanzipativen Bewegung versteht, durch die die arbeitenden Menschen die Negativität der wertökonomischen Logik des Kapitals durchschauen und deshalb vereint durchbrechen können.

Wer dagegen die *Kritik der politischen Ökonomie* aus diesem praxisphilosophischen Zusammenhang herauslöst und sie als (kritische) Wissenschaft für sich behandelt, entzieht der *Kritik* den Standort, der ihr die Möglichkeit gibt, auf eine Umwälzung des Kapitals hinwirken zu können. Leider bleibt auch bei Jan Hoff, wie er selbst sagt, die *Kritik* ein theoretisch-wissenschaftliches Unternehmen: „Marx hingegen ging es um eine fundamentale Kritik [der Politischen Ökonomie] und zugleich theoretische Revolutionierung der Wissenschaft der politischen Ökonomie“. (Hoff 243 f.) Damit wird Jan Hoff der emanzipatorischen Absicht der Marxschen *Kritik der politischen Ökonomie* nicht gerecht.

Noch einmal die anders lautende Sichtweise auf den Punkt gebracht: In Marx' *Kritik der politischen Ökonomie* geht es nicht aus rein theoretischem Erkenntnisinteresse um die Aufdeckung des zentralen wertökonomischen Motors der sich regional und global ausweitenden negativen Systemlogik,

¹⁸ Ernst Bloch, *Leipziger Vorlesungen zur Geschichte der Philosophie*, Bd. 4, Frankfurt a.M. 1985; Manfred Frank, *Der unendliche Mangel an Sein. Schellings Hegelkritik und die Anfänge der Marxschen Dialektik*, Frankfurt a.M. 1975; Wolfdietrich Schmied-Kowarzik, *Die Dialektik der gesellschaftlichen Praxis. Zur Genesis und Kernstruktur der Marxschen Theorie*, Freiburg/München 1981

sondern um die Aufklärung der arbeitenden Menschen, um diese zu befähigen, bewusst und gemeinsam die negative Logik des Kapitals zu überwinden. So unverzichtbar die *Kritik der politischen Ökonomie* auch ist, sie bleibt doch eingebettet in das auf die „menschliche Emanzipation“ zielende Gesamtunternehmen einer kritischen Philosophie gesellschaftlicher Praxis.¹⁹ Nur in diesem Sinne kann es um eine „Neubelebung des Marxschen Denkens“ gehen, das heißt ganz wesentlich um eine Fortentwicklung im Hinblick auf unsere heutigen sozialen und ökologischen Menschheitsprobleme.

Marx' Kritik und die Frage nach einer alternativen sozial-ökologischen Oikonomia

Mit Blick auf die vorstehende Untersuchung und Diskussion zum Grundanliegen und zum Zusammenhang der Marxschen *kritischen* Philosophie gesellschaftlicher Praxis und *Kritik der politischen Ökonomie* erhebt sich in unserer heutigen gesellschaftsgeschichtlichen Situation die Frage, ob und was von da gegebenenfalls zur Frage einer Alternative gesagt werden kann:

Sucht man nach alternativen Ansätzen einer über den Kapitalismus hinausweisenden sozialistischen oder sozial-ökologischen Oikonomia, so darf man nicht bei der negativen Theorie der *Kritik der politischen Ökonomie* ansetzen. Man kann aufzeigen, dass sich die *Kritik der politischen Ökonomie* – eben weil sie negative Theorie ist – sich nicht aus sich selbst zu begründen und auch nicht über sich hinaus zu verweisen vermag. Ihre geheime, sie fundierende Kategorie ist die lebendige Arbeit, obwohl diese in ihr nur am Rande auftaucht, da sie in ihr nicht analysiert werden kann. Die immanente Analyse des Kapitals lässt eine wesentlich weiter gehende oder einfach ins Positive springende Thematisierung der von ihr negierten Kategorie nicht zu.

Die abstrakt werterzeugende Arbeit, die für das *Kapital* fundierend ist, stellt bereits eine erste negative Kategorie für die immanente Analyse der Wertlogik des Kapitals dar. Aber gerade deshalb kann sie keine Grundbestimmung einer alternativen sozialistischen Gesellschaft sein. Nicht die Lohnarbeiter als integraler Bestandteil des Kapitals sind die Gegner des kapitalistischen Systems, sondern die lebendigen arbeitenden Menschen als

¹⁹ Auf weit reichende grundlagen- und gesellschaftstheoretische Implikationen und Konsequenzen der „Philosophie der Praxis“, die in deren reichhaltiger Theoriegeschichte konkreter wurden und ein weiter anhängiges Arbeitsprojekt darstellen, ging Horst Müller in seinem Co-Referat bei der PRAXIS-Tagung 2010 ein.

solche und ebenso die aus dem Arbeitsprozess Ausgeschlossenen, an deren Lebensschicksal das Kapital kein Interesse hat und haben kann.

Eine alternative sozial-ökologische Oikonomia kann an keine der negativen Kategorien der *Kritik der politischen Ökonomie* direkt anknüpfen, sondern sie hat mit der lebendigen Arbeit zu beginnen, die alle Bereiche der gesellschaftlichen Arbeit und Praxis mit einbezieht, die zur Reproduktion und Regeneration einer jeden Gesellschaft – auch der gegenwärtigen – erforderlich sind. Es gilt, bei dieser Fragestellung den Blick auf die Gesamtheit der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion zu richten – natürlich unter Einschluss der Güterproduktion, aber auch unter Berücksichtigung der Tätigkeitsbereiche der familialen Regeneration sowie der sozial-politischen Bereiche der Erhaltung und Erneuerung einer Gesellschaft. Aus all diesen Bereichen erwachsen letztlich auch die Widerstandspotentiale der arbeitenden Menschen gegen die zunehmende Bedrohung durch die Hegemonie der Wertökonomie.

Wenn es um die Transformation der kapitalistischen Gesellschaft geht, kann nur an die lebendige Arbeit, an die menschliche Praxis insgesamt in ihren Beziehungsstrukturen und in ihrem Verhältnis zur Natur sowie an die Zielperspektive der „menschlichen Emanzipation“ angeknüpft werden, d.h. mit anderen Worten: an all das, was durch die Logik der Wertökonomie negiert wird und woraus der Widerstand gegen die negative Logik des Kapitals erwächst. Henri Lefebvre sprach in diesem Zusammenhang von den Residuen, von den unintegrierbaren Resten menschlicher Leiblichkeit, menschlicher Emotionen, menschlicher Geistigkeit, die sich keine Systemlogik je ganz einzuverleiben vermag.²⁰ Aus diesen Residuen erwachsen die konkreten Utopien (Ernst Bloch²¹) und die Protestbewegungen (Herbert Marcuse²²).

Die Arbeiterbewegung um die Jahrhundertwende vom 19. zum 20. Jahrhundert war sicherlich die bisher stärkste revolutionäre Bewegung, aber auch sie wurde kapitalistisch gezähmt und in ihrer westlichen und östlichen Spielart in die wertökonomische Logik integriert. Auch die sozial-kulturelle Befreiungsbewegung, wie sie vor einem halben Jahrhundert in den Koloni-

20 Henri Lefebvre, *Metaphilosophie. Prolegomena* (1965), Frankfurt a.M. 1975 *Die Zukunft des Kapitalismus. Die Reproduktion der Produktionsverhältnisse* (1973), München 1974

21 Ernst Bloch, *Das Prinzip Hoffnung*, 3 Bde., Frankfurt a.M. 1967

22 Herbert Marcuse, *Versuch über die Befreiung*, Frankfurt a.M. 1969

alländern aufkam und in einer bestimmten Form auch heute noch in Lateinamerika eine wichtige Rolle spielt, sollte nicht unterschätzt werden. Die wichtigste Rolle wird jedoch in den kommenden Jahrzehnten die kritische Ökologie-Bewegung spielen: Je mehr die Zerstörung der menschlichen Lebenswelt voranschreitet und unseren Kindern und Kindeskindern ein menschenwürdiges Leben verbaut, wird sich Widerstand dagegen erheben.²³

Eine an Marx anknüpfende revolutionäre Emanzipationstheorie muss sich – wie dies Henri Lefebvre bereits forderte – all der widerständigen Bewegungen gegen das Kapital annehmen und sie miteinander zu vernetzen versuchen.²⁴ Hierbei wird die *Kritik der politischen Ökonomie*, als Aufdeckung des zentralen wertökonomischen Motors der sich regional und global ausweitenden negativen Systemlogik eine wichtige, unverzichtbare Rolle spielen, denn nur wenn man die Stärken und Raffinessen des Gegners kennt, wird man ihm entgegentreten können.

Aber die Ermutigung zum Widerstand gegen die wertökonomische Logik der Politischen Ökonomie kommt nicht aus der *Kritik der politischen Ökonomie* allein, sondern erwächst aus allen Reflexionsdimensionen der *kritischen Philosophie der gesellschaftlichen Praxis* von Marx, die in allen ihren Teilstücken dringend der Fortentwicklung im Hinblick auf unsere heutigen sozialen und ökologischen Menschheitsprobleme bedarf.

23 Siehe Wolfdietrich Schmied-Kowarzik, *Das dialektische Verhältnis des Menschen zur Natur. Eine philosophiegeschichtliche Studie zur Naturproblematik bei Karl Marx*, Freiburg/München (Alber) 1984

24 Henri Lefebvre, *Die Zukunft des Kapitalismus. Die Reproduktion der Produktionsverhältnisse* (1973), München 1974

Horst Müller

Zur kritischen und utopistischen Wissenschaftskonzeption des Praxisdenkens

Karl Marx und die Marxologie

Die Studien und Kontroversen über das Werk von Karl Marx, insbesondere hinsichtlich der dialektischen Wissenschaftlichkeit, die sich darin ausdrückt, sind keineswegs abgeschlossen. Hier gilt, dass bereits der Zugang zur Problematik durch eine komplexe Quellenlage und das Anspruchsniveau der Originalschriften erschwert ist. Hinzu kommt, dass die geschichtlich vorgängigen oder auch gegenwartsnahen Untersuchungen und Stellungnahmen zu „Marx!“¹ als bedeutender Philosoph, als Wirtschafts- und Gesellschaftsanalytiker und politischer Denker, inzwischen selbst für Spezialisten nahezu unüberschaubar sind. Sie konstituieren ein theoretisches Feld, das durch eine außerordentliche, auch durch den sozialgeschichtlichen Wandel bedingte Vielfalt der Perspektiven und eine letztlich überwiegende Inkommensurabilität der Standpunkte gekennzeichnet ist. Für uns Heutige macht sich noch etwas anderes geltend: Die wissenschaftspraktischen Bedingungen für ein qualifiziertes Studium der Marxschen Theorie sind inzwischen weitgehend eliminiert und die Zersplitterung der noch regen theoretischen Szene steht der Entfaltung einer kohärenten Debatte entgegen.

1 Der Titel „Marx!“ für das Heft 256 - 2010 der Zeitschrift Prokla verweist ungewollt auf die Problemlage: Den Herausgebern fiel kein gehaltvollerer Titel ein, der auf einen begrifflich-theoretischen Zusammenhang im angebotenen Theorie-Mix schließen lässt. Wenn es dort heißt, „Das Programm einer Theorie im Sinne eines kohärenten Systems ist nicht einlösbar, es ist ein falscher Anspruch“, dann mag dies jene „Marxismen“ treffen, die bereits ausreichend der Kritik verfielen. Dazu etwa kurz und bündig Fleischer, Helmut: Nach dem Marxismus. Berliner Debatte INITIAL 3/1993, S. 19-24. Das von mir hier verteidigte und entwickelte „Praxiskonzept“ ‚aus der Marxschen Wurzel‘ versteht sich jedenfalls jenseits des Denkhorizontes eines Ökonomismus, des diesem verschwisterten ‚linken‘ Politizismus oder jeder sonstigen „autoritativen Doktrin“, die aus „Gedankenelementen des prometheischen Denkers Marx“ gewonnen wurde.

Plädoyer für die Wiederaufnahme des praxiszentrierten Ansatzes²

Wer sich unter den skizzierten Voraussetzungen um einen Zugang zur Sache bemüht, ist auf dem Feld der angebotenen Marxologie eher auf eine Zufallsauswahl verwiesen. Hier leben gutgemeint simplifizierende Marxismen fort, immer neue linksintellektuelle Volten, medienwirksame Hypes und linke Modephilosophien tragen zur Begriffsverwirrung bei. Wie kann in dieser prekären Situation der überaus bedeutsame, überlegene, zukunfts-fähige Kern des philosophischen und wissenschaftlichen Ansatzes freigelegt und vermittelt, weiter entwickelt und in konkreten Analysen fruchtbar gemacht werden?

Mit Blick auf diese Fragen möchte ich die Motivation zur Beschäftigung mit der fraglichen Materie durch die These anregen: Wer das *Praxisdenken* als Ariadnefaden im Labyrinth der Marx-Engels-Werkausgabe und der anhaltenden Marxismusdebatte, auch beim heutigen Studium gesellschaftswissenschaftlicher Grundlagen nicht in die Hand bekommt und schließlich im Sinne einer praxistheoretisch aufgeklärten, methodisch überlegten Erforschung der gesellschaftlichen und geschichtlichen Wirklichkeit veranschlagt, wird sich irren und verirren.

Die Nachforschung bezüglich tieferer Gründe für die Problemlage führt unter anderem auf den Punkt, dass die theoriegeschichtlich entscheidende Kontroverse über den Charakter des mit Marx in die Welt gekommenen Denkens als *dialektischer und historischer Materialismus* oder aber als *Philosophie der Praxis* nicht zu einer offenkundigen Durchsetzung der letzteren, im Grunde authentischen und schöpferischen Auffassung geführt hat. Die Schwäche des dezidiert praxisphilosophischen Interpretationsansatzes hängt aber wesentlich damit zusammen, dass es nicht zur weitergehenden Konkretion und Ausformung einer praxistheoretisch profilierten, sozialtheoretisch und politökonomisch operativen Position kam, die man etwa auch unmissverständlich beim Namen nennen könnte: Was die Präsenz des mit Marx in die Welt gekommenen neuen Denkens in der wissenschaftlichen Welt angeht, hat dies nicht wenig zu fundamentalen Missverständnissen

² Dazu ausführlicher Müller, Horst: Vom Marxismus zur Konkreten Praxisphilosophie. Einführung mit Untersuchungen zu Marx, Bloch, Habermas, Mead, Bourdieu. Helle Panke e.V., Berlin 2008.

und dem katastrophalen Endresultat einer nahezu gänzlichen Verdrängung und Nichtwahrnehmung beigetragen.³

Um all dem entgegenzuarbeiten und den Zugang zur Sache wieder zu öffnen, halte ich eine diskursive historisch-systematische Skizze für geeignet und knüpfe dazu an die allereinfachste und zugleich tiefgründigste Ansicht an, dass der Begriff „Praxis“ ganz richtig auf das abzielt und im Zuge einer konsequenten konstitutions- und erkenntnistheoretischen Explikation zu erschließen fähig ist, was man üblicherweise als das wirkliche Leben oder die menschliche, gesellschaftliche und geschichtliche Wirklichkeit bezeichnet: Eine sogenannte praktische Philosophie oder der Pragmatismus, geschweige denn die sogenannte Intersubjektivitätstheorie, bewegen sich diesbezüglich am Tellerrand.

Die reichhaltigsten Gedanken zur fraglichen Wirklichkeits- und Wissenschaftskonzeption wurden in einer europäischen Denkströmung vorgetragen, die definitiv mit dem Novum des Marxschen Praxisdenkens beginnt: Die Bedeutung, die für die Naturwissenschaft die Erkenntnis hat, dass sich die Erde um die Sonne dreht, hat für die Wissenschaft der gesellschaftlichen Wirklichkeit die 8. Feuerbachthese: „Alles gesellschaftliche Leben ist wesentlich *praktisch*“, das heißt im Sinne von *Praxis* konstituiert. Wie es allerdings eine Kosmologie jenseits des heliozentrischen Weltbilds gibt, ist auch die mit Marx in die Welt gekommene praxiszentrierte Wirklichkeitsauffassung auch heute noch als noch nicht zureichend durchdachtes und weiter anhängiges Projekt einer Philosophie und Wissenschaft gesellschaftlicher Praxis zu begreifen. Es geht also nicht etwa um eine philosophische Überwölbung der Marxschen Kritik⁴ als solcher, sondern um die überfällige Weiterbildung von etwas, was bei Marx selbst unzureichend geblieben ist,

3 Dass eine sei's einfache oder tiefere „soziale Wahrheit“, so ein tiefsinniger Marxscher Begriff, nicht an die Oberfläche gesellschaftlicher Bewusstheit dringen kann oder dort etwa sogar sozial- und geistpraktisch eliminiert wird, ist an sich nichts Ungewöhnliches. In dieser Hinsicht hat der moderne Bolognaprozess sogar etwas mit Bücherverbrennungen gemeinsam.

4 Was den Titel „Philosophie der Praxis“ angeht, ist Frieder O. Wolfs Hinweis auf Gramsci als deren Protagonist theoriegeschichtlich und in der Sache völlig unzureichend. Sein orthodoxer Ansatz, konkrete Forschung im Sinne der Marxschen „Kritik“ gegen eine philosophische Selbstvergewisserung auszuspielen, beruht von vornherein auf einer unzureichenden, unfruchtbaren Problemdefinition. Vgl. F.O. Wolf: Marx' Kritik der politischen Ökonomie sowie Epistemologie und Praxeologie seiner Theorie. In: Pankower Vorträge Heft 135, Helle Panke e.V., Berlin 2009.

um die Wirtschaftstheorie, konkrete Sozialforschungen und politische Projekte in der Wirklichkeit des 21. Jahrhunderts neu zu befruchten.

Das Praxis-Konzept ist also auch in unserer neuen Zeit weder überholt noch vollendet. Um dies zu verdeutlichen, möchte ich schrittweise, entlang einer zentralen Entwicklungslinie von Karl Marx über Ernst Bloch bis zu Pierre Bourdieu als letzthin bedeutendstem Praxisdenker, mit einigen theoriegeschichtlichen Seitenblicken auf Herbert Marcuse, den unsäglichen Jürgen Habermas und den französischen Marxisten Henri Lefebvre, auch mit Anmerkungen zu dem amerikanischen Praxisdenker G. H. Mead, das Profil einer operativen, praxistheoretischen Wirklichkeits- und Wissenschaftskonzeption konkreter machen. Wenn ich mich dabei auf innertheoretische Entwicklungen, auf die Entwicklung eines Begriffs oder Konzepts konzentriere, soll dies nicht vergessen machen, das es hier um eine Wissenschaftlichkeit und Weltsicht geht, die in allen historischen Grundsituationen vom 19. Bis zum 21. Jahrhundert in heftige gesellschaftliche Auseinandersetzungen verwickelt war, durch intellektuelle Borniertheit und Falschmünzerei sowohl wie gutgemeinte Buchgläubigkeit in jeder Weise abgebogen und entstellt, aber auch von ihren Protagonisten, unter teils schwierigsten Existenzbedingungen, immer wieder belebt und bereichert wurde.

Der gedankliche Weg soll also von der Philosophie der Praxis, von der Erhellung deren grundlagentheoretischer Implikationen, zur zunehmenden Ausformung einer konkreten, operativen, das heißt zur Konkretisierung der gesellschaftsgeschichtlichen Situation fähigen Praxiswissenschaft führen. Mit beabsichtigt ist dabei, durch die Konzentration auf originäre Begriffe und Schlüsseltexte auch einen Leitfaden für die Wiederaufnahme des Studiums der dialektischen Praxistheorie an die Hand zu geben. Führt dieses Vorhaben nicht von der eigentlichen Problemfront weg, so könnte jetzt der in Fragen der Verwertungsökonomie, der Überakkumulation und der System- und Weltkrise engagierte Politökonom einwenden? Im Gegenteil: Man wird meines Erachtens sogar das akuteste, alles durchdringende Problem einer sozial-ökologischen Alternative zur kapitalwirtschaftlichen Reproduktions- und Praxisform ohne die Denkmittel oder Methodologie einer höher entwickelten Praxisanalytik nicht richtig angehen können.

Insofern ist der Preis für die Verkümmerng des dialektisch-philosophischen Wissens und Gewissens auch in den Sphären, in denen die fortgeschrittenste Wirklichkeitswissenschaft ihren sozialorganischen Sitz haben sollte, immens. Der ungeheure Angriff gegen die vorherrschende Sozialphilosophie und Wirtschaftswissenschaft, der mit „ökonomisch-philosophischen“ Manuskripten begann, verläuft sich heute in einen Stel-

lungskrieg gegen einen Gegner, der ganz probat als „Neoliberalismus“ oder „Finanzkapitalismus“ identifiziert wird. Hinter der insofern festgefahrenen Situation steht aber, dass die über 100 Jahre gepflegte Fortschreibung, Aktualisierung und selbstverliebte Kultivierung einer negatorischen Kritik der politischen Ökonomie alias Wert-, Kapital- und Krisentheorie zwar den Unfrieden mit herrschenden Zuständen und Ideen mit guten Argumenten befeuern konnte, aber zugleich einen ursprünglichen utopistischen Impuls des Praxisdenkens geblockt hat.

Das Begreifen der Prozesszusammenhänge, die der gesellschaftlichen Praxis und dem Weltgeschehen den Stempel aufdrücken, und damit auch das Denken einer Alternative, nach der wach gerüttelte Geister und die sozialen Bewegungen in der uns bereits eröffneten Übergangszeit allenthalben rufen, wird ohne die ausstehende philosophisch-wissenschaftliche Selbstvergewisserung und vor allem ohne eine entsprechende, utopistische Erneuerung der Methode der politischen Ökonomie, nicht zum Kern kommen: Entsprechende Denkbemühungen verlaufen sich noch weithin, wenn nicht gar in Emanzipationsrhetorik, in eine Sammlung und bestenfalls grobe Aufordnung, in die wiederholte Präsentation eines Korbs von Verbesserungs- und Alternativideen, die so noch keine volle Schlagkraft gegen den kapitalistischen Schild entfalten können. Eine im Bestehenden fundierte, integrative Transformationsperspektive kann auf diese Weise schwerlich erarbeitet werden, Vertrauen gewinnen und die Durchschlagskraft einer tieferen gesellschaftlich-geschichtlichen Wahrheit und darin fundierten Hoffnung erlangen.

Praxisdenken im gesellschaftsgeschichtlichen Prozess

Worum geht es also bei dieser „Philosophie der Praxis“? Diese Bezeichnung verwendete ursprünglich der italienische Marxist Antonio Labriola (1843-1904) in seinen Schriften über „Sozialismus und Philosophie“.⁵ Es geht hierbei nicht nur um ein sozialtheoretisches Paradigma unter anderen. Es geht vielmehr ums Ganze, das heißt um die unumgänglichen Fragen bezüglich der ontologisch-existenziellen Verfasstheit des menschlichen Seins in der Welt. Es geht um die These, dass dieses Sein oder unsere Lebenswirklichkeit immer schon Praxis *ist* und dass die verschiedenen Vorverständnisse oder Vorbegriffe von Praxis, wie das Handeln, die Interaktion, das produktive gesellschaftliche Leben, schließlich die aus all dem er-

5 Vgl. Labriola, Antonio: Sozialismus und Philosophie, in: Ders., Über den historischen Materialismus. Frankfurt am Main 1974, S. 267-414.

wachsende Geschichtlichkeit, schon immer auf diese innere Verfasstheit oder Konstitution hindeuten. Genauer besehen ist auch die Dialektizität der Praxis und der ganzen Prozesswirklichkeit, die sich in ihrem universellen Horizont erschließt, schon immer im Geschehen impliziert und wirksam.

Aber nur an bestimmten Knotenpunkten der realen Gesellschafts- und Geistesgeschichte wurde die „Dialektik der Praxis“ als solche explizit, kristallisierte sich in Denkfiguren und philosophisch-wissenschaftlichen Wirklichkeitsbestimmungen, wurde so mehr oder weniger treffend konzeptualisiert und situationsanalytisch fruchtbar. Daher erscheint uns die zentrale Kategorie Praxis immer noch wie eine Chiffre, und dieser Eindruck kann nicht kurzerhand aufgehoben werden. Denn das mit der Schlüsselkategorie Praxis gestellte Grundproblem kann nur durch eine umfassende „Konstitutionstheorie gesellschaftlicher Wirklichkeit“ erhellt und demgemäß auch als Konzept einer spezifischen „Praxiswissenschaft“ konkretisiert werden. Diese eminente Problemstellung, welche außerhalb des gedanklichen Horizontes affirmativer Philosophie oder praktizistischer Wissenschaftlichkeit liegt, schließt die Frage nach einer Erkenntnistheorie der Praxis ein. Sie impliziert eine Geistphilosophie, die fähig ist, beispielsweise auch das Erbe der Hegelschen Lehre von der „Dialektik“, seine „Wissenschaft der Logik“, neu zu sichten und anzutreten.

Ein grundlegender Wandel der gesellschaftsgeschichtlichen Situation

Diese eigentliche Problemstellung und Arbeitsperspektive des Praxisbegriffs ist allererst von Karl Marx eröffnet worden. In der „Geschichte des Marxismus“⁶ spielte sich insofern ein Ringen um dessen Herausarbeitung und Weiterentwicklung ab. Es war zugleich ein Ringen um dessen immer neue Konkretisierung als „eingreifendes Begreifen“ in der jeweiligen historischen Situation. Daher korrespondiert die historische Entwicklung des Praxisdenkens intensiv mit der realen gesellschaftsgeschichtlichen Entwicklung und kann wie dieser Prozess auch jetzt nicht zu einem endgültigen Abschluss kommen.

Eben dies unterstreicht schon anfangs das Erfordernis, eine inzwischen eingetretene fundamentale Veränderung der gesellschaftsgeschichtlichen Situation zu bedenken, die in der einfachen Fortschreibung des traditionel-

⁶ Vgl. Vranicki, Predrag: Geschichte des Marxismus. Bd. I und II. Frankfurt am Main 1983.

len Marxismus und seiner Kapitalismuskritik nicht zur Sprache kommt: Als das Praxisdenken mit Marx in der Mitte des 19. Jahrhunderts in die Welt kam, stand dieser am Beginn der vollen Entfaltung der modernen, von der Kapitalwirtschaft durchdrungenen und dominierten Gesellschaftsformation. Nach den enormen inneren Umstrukturierungen und den Weltentwicklungen des 20. Jahrhunderts stehen wir noch immer in deren Horizont, aber sozusagen am anderen Ende der formationellen Entwicklung, in einer sich schon länger anbahnenden und inzwischen definitiv eröffneten Übergangsperiode.

Der Gedanke eines „Übergangs“, der die Chance einer neuen, möglicherweise und hoffentlich höheren Gestalt des gesellschaftlichen Lebens ebenso umfasst wie die Möglichkeit eines zivilisatorischen Absturzes, ist für die weiteren Überlegungen zentral. Die weit reichende These lautet: Das philosophisch-politische Projekt des Praxis-Konzepts gewinnt in der heutigen, wesentlich veränderten gesellschaftsgeschichtlichen Situation eine neue, gesteigerte Aktualität. Es hat in der jetzt eröffneten historischen Periode, einer historischen, formationellen Übergangsperiode, seiner Natur gemäß eine neue Einsatzstelle und Entwicklungschance. Es muss sich aber als Antwort auf diese neue Situation auch in bestimmter Weise regenerieren und neu formieren. Dieser Versuch würde allerdings misslingen und in die Seichtigkeit opportuner Praxistheorien führen, wenn sein Anker im Ursprungsort, im Marxschen Denken, verleugnet und über Bord geworfen würde.

Grundlegung des Praxiskonzepts: Gesellschaftliche Praxis, Begreifen der Praxis, Selbst- und Weltveränderung

Von der Entstehung der Philosophie der Praxis künden uns die frühen Schriften von Karl Marx (1818-1883), vor allem die Pariser Manuskripte von 1844 und das wenig später geschriebene Feuerbach-Kapitel der „Deutschen Ideologie“. Ihre Geburtsurkunde sind aber jene 11 „Thesen ad Feuerbach“⁷ von 1845. Diese bezeugen, wie aus der Auseinandersetzung mit Ludwig Feuerbachs vollständig diesseitiger Lebensphilosophie⁸ und aus der großen Inspiration der „Dialektik“, die Marx durch Hegels „Logik“ und Ge-

7 Marx, Karl: Thesen ad Feuerbach. In: MEW 3, S. 5 ff. Siehe auch die Bemerkungen zu Hegel S. 536.

8 Von besonderer Bedeutung ist Feuerbach, Ludwig: Grundsätze der Philosophie der Zukunft. L. Feuerbach Werke 3, Frankfurt am Main 1975.

schichtsphilosophie empfangenen hat⁹, in der Tat etwas ganz Neues, definitiv ein „Novum“ entstanden ist.

Die erste Feuerbachthese legt sozusagen den Grundstein der Marxschen Philosophie der Praxis: Die präzise Aussage, dass nicht nur der besondere „Gegenstand“, sondern die „Wirklichkeit“ überhaupt als „sinnlich menschliche Tätigkeit“, als „Praxis“ zu „fassen“ ist, fordert dazu auf, den Beobachterstandpunkt, das heißt jede ohnehin nur eingebildete theoretische Exterritorialität, bewusst aufzugeben. In der Innenperspektive der Praxis erweist sich als „Gegenstand“ eben das, was im bestimmten Praxisvollzug gegenständlich wird. Die gesamte sinnlich-materielle „Wirklichkeit“ konstituiert sich so innerhalb der Perspektive der „lebendigen sinnlichen Tätigkeit“¹⁰. Das Bewusstsein ist involviert in diesen Zusammenhang realisierender Praxis. Genauer: Die bestimmten, sich in der Sprache niederschlagenden Bedeutungen und was sonst als Wirklichkeit bewusst wird, sind Bestandteil von praktischen Verhältnissen und ergriffenen oder auch ergreifbaren Vollzugszusammenhängen. Derart ist die menschliche Wirklichkeit als unabgeschlossene und auch nicht abschließbare Praxistotalität konstituiert, wie es die achte Feuerbachthese ausspricht.

Es heißt dort: „Alles gesellschaftliche Leben ist wesentlich *praktisch*. Alle Mysterien, welche die Theorie zum Mystizismus veranlassen, finden ihre rationelle Lösung in der menschlichen Praxis und in dem Begreifen dieser Praxis.“ Es heißt genau „*Alles gesellschaftliche Leben*“: Praxis ist demnach unser Sein, die menschliche Lebensform. Diese hat infolge ihres spezifischen Naturells, ihres universellen Charakters, der noch weiter zu untersuchen und zu belegen ist, einen universalen Horizont. Die in diesem Praxisdenken implizierte philosophische Anthropologie verweist auf einen der Anlage nach offenen, universalen Charakter der menschlichen Wesen, ihrer naturdurchwirkten¹¹ gesellschaftlichen Praxis und ihres Erkenntnisvermö-

9 Vgl. Marx, Karl: Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahr 1844. MEW Erg.Bd. I, S. 465-588. Darin S. 568-588: Kritik der Hegelschen Dialektik und Philosophie überhaupt. Ferner: Ders., Das Kapital, Nachwort zur zweiten Auflage. MEW 23, S. 25-28. Marx schließlich: „Wenn ich die ökonomische Last abgeschüttelt, werde ich eine Dialektik schreiben ...“. In: Marx an Dietzgen 9.5.1868, MEW 32, S. 547. Dazu ist es nicht mehr gekommen.

10 Marx, Karl: Die Deutsche Ideologie. In: MEW 3, S. 45

11 Marx spricht etwa von der Natur, soweit sie nicht selbst schon menschlicher Körper ist, als dem „unorganischen Leib des Menschen“.

gens, in dem sich die eigene Existenz und die der ganzen Welt in eine Frage verwandelt .

Mit diesem Konzept ist auch der analytische Schlüssel zum „Begreifen“ gegeben, denn Praxis bildet demnach die definiten Vollzugs- und Konkretionseinheiten des Geschehens. Der Ausdruck „Begreifen der Praxis“ stellt eine ganz spezifische kategoriale Prägung dar, die in keiner anderen Erkenntnistheorie angemessen reflektiert wird. „Begreifen“ ist etwas anderes und weit mehr als etwa analysieren oder verstehen. Gemeint sind die voll ausgebildeten, also nicht unterentwickelte oder gebrochene Erkenntnisfunktionen eines konkreten, praktisch-kritischen Entwurfs- und Vollzugsdenkens von Praxis. Die weiter ausgeführte Erkenntnis- und Kommunikationstheorie der Praxis kann auch erhellen, inwiefern solches generierendes, dialektisch geschultes, totalisierendes Begreifen misslingt oder ideologisch verkehrt wird.

Um den angesprochenen Theorie-Praxis-Zusammenhang deutlicher zu machen, verwende ich den Begriff „Praxisperspektiven“. Dieser Begriff soll den Zusammenhang der mentalen Repräsentationen mit den real betätigten Verhältnissen, mit den Entwurfs- und Vollzugszusammenhängen des lebendigen, tätigen Seins ausdrücken. Er beinhaltet insofern nicht nur eine Kritik des „Handwerkermodells“ der Praxis, sondern zugleich die Zurückweisung jener irreführenden sogenannten Konsenstheorie der Wahrheit. Was wir „Objektivität“ nennen, erwächst demnach als eine Antwort der Welt, aller ihrer Gegenständlichkeiten¹², die durch ihr Eigenleben zum Mit- und Gegenspieler werden, auf den Entwurf und Vollzug so oder so bestimmter Praxis.¹³ Schließlich stellt gesellschaftliche Wirklichkeit insgesamt eine vieldimensionale, multiperspektivische Synthesis gesellschaftlicher Praxen dar. Als entsprechender grundlegender Realitätsbegriff einer eman-

12 Antonio Labriolas Bemerkung, dass „die Dinge selbst ein Tätigsein sind“, kann in diesem Sinne noch konkreter verstanden werden. Vgl. Ders., *Über den historischen Materialismus*. Frankfurt am Main 1974, S. 340.

13 Dies gilt auch für das naturwissenschaftliche Experiment als „Praxis“ und bedeutet insgesamt den Zusammenbruch des Objektivitätsideals der Wissenschaften. Die Konsequenz ist aber nicht die Leugnung objektiven Sinnes, sondern im Gegenteil, dessen praxistheoretische Bestätigung im Gegenzug gegen wiederum haltlose subjektivistische oder intersubjektivistische Wirklichkeitsbestimmungen.

zipierten Wirklichkeitswissenschaft ergibt sich „widersprüchliche gesellschaftliche Praxis“¹⁴.

Widersprüchliche Praxis realisiert sich naturgemäß als eine Prozesswirklichkeit im stets sozial umkämpften Wandel von gesellschaftlichen Situationen, Formierungen und historischen Gesellschaftsformationen. Sie kann und soll eben in dieser Art einer unaufhebbaren Geschichtlichkeit, immanent, mit ebenso geschichtlich erworbenem, menschlichem Richtungssinn gefasst werden. Der in der Tat geforderte Richtungssinn des Praxiskonzepts stützt sich wesentlich auf den endlich durchschaute, realiter immer noch überwiegenden Entfremdungscharakter der gesellschaftlichen Praxis, der im Marxschen Entwurf keineswegs nur eine Selbst- oder zwischenmenschliche Entfremdung, sondern definitiv zugleich die Entfremdung von der Natur umfasst. Das „Begreifen der Praxis“, von dem Marx in der 8. Feuerbachthese spricht, geht insofern mit einem „Ergreifen“ von Praxis zusammen, wie es die 11. These als Quintessenz aus dem Vorhergehenden fordert. Es geht in solchem Ergreifen um ein Gelingen der Praxis, das heißt zugleich darum, dem Auszug aus allen noch entfremdeten Verhältnissen den Weg zu bahnen und damit die „Welt“, das heißt das Selbstsein und die ganze menschliche, weltverbundene und weltoffene Existenzform zu verändern.

Ernst Bloch wird später von einer „Invariante der Richtung“ dieser Weltveränderung hin „auf ein menschenwürdiges Leben“ sprechen. Was damit gemeint ist, erschließt sich keineswegs nur von dem von Marx formulierten „kategorischen Imperativ“, mit dem zunächst „die Kritik der Religion endet“¹⁵. Marx zieht aus der Lehre, „dass der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei“, zunächst die unabweisbare praktische Konsequenz, dass Appelle und Bemühungen hinsichtlich einer Ethik des Handelns zu kurz greifen, dass vielmehr allen unmenschlichen Verhältnissen definitiv der Krieg erklärt werden muss. Die eigentliche Zielrichtung seiner „radikalen Theorie“ ist dabei aber nur praxistheoretisch zu verstehen: Es geht um die Verwirklichung einer bewusst solidarischen, gesellschaftlichen Produktion der Existenz- und Sozialform¹⁶, das heißt um eine durchschaute, wesentliche Produktion der gesellschaftlichen Praxis *als solcher*. Diese Perspektive bedeutet deren Befreiung aus einem Modus nicht wirklich begriffener

14 Siehe dazu den Abschnitt: Marx, Mead und das Konzept widersprüchlicher Praxis. In: Müller, Horst: Praxis und Hoffnung. Studien zur Philosophie und Wissenschaft gesellschaftlicher Praxis von Marx bis Bloch und Lefebvre. Bochum 1986.

15 Vgl. Marx, Karl: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. MEW 1, S. 385.

16 Vgl. Marx, Karl: Deutsche Ideologie. MEW 3, S. 35 u. 70 ff.

oder nur halbbewusster, sozial und ökologisch antagonistischer Produktion gegenständlichen Reichtums, die Befreiung aus quälenden Elends- und Subordinationsverhältnissen, also die Überwindung der bestehenden, historisch vorläufigen Gestalt der Selbsterzeugung, deren Resultate stets unkontrolliert und nunmehr sogar existenzgefährdend auf die Menschheit zurückschlagen.

Die von Marx notierten, erst nach seinem Tod von Engels publizierten 11 Thesen sind derart ein großes theoriegeschichtliches Dokument gegen den Fetischismus der vermeintlichen „Tatsachen“, gegen Empirismus und Positivismus, auch gegen halbgare Sollensbestimmungen jeglicher Provenienz, aber dies nicht derart, dass es sich dabei nur um eine praktizistische Wende der Philosophie, um eine instrumentelle Vernunft oder eine Propaganda der Tat handelte.

Ganz anders, sie bedeuten viel mehr, worauf Friedrich Engels 1888 anspielte. Er sah darin den „genialen Keim“ einer ganz neuen Weltsicht. Was da keimt, muss nun allerdings heute anders präzisiert werden: Die Feuerbachthesen stellen meines Erachtens ein hochkonzentriertes Exposé für eine integrale Konstitutionstheorie gesellschaftlicher Praxis dar, welche die traditionellen Gegensatzbestimmungen zwischen Materialismus und Idealismus, zwischen Naturalismus und Humanismus, zwischen Realismus und Utopistik überwindet. Das Praxiskonzept bildet damit die äußerste Spitze realistischer Wirklichkeitsauffassung und einer durch diesen Realismus erst möglichen menschengemäßen Selbstbestimmung. Es stellt, in der Marxschen Rohfassung, den Entwurf eines im emphatischen Sinne „menschlichen“ Realismus oder wie auch gesagt wurde „revolutionären Humanismus“ dar.

Bei genauerer Untersuchung des hier skizzierten Ansatzes wird allerdings auffällig, dass Marx' „Selbstverständigung“ über die Grundlagenfragen, ebenso wie verstreute Ausführungen zur „Dialektik“, sehr knapp formuliert wurden und insgesamt ziemlich unfertig blieben. Nehmen wir zum Beispiel den Grundgedanken, dass das Bewusstsein als „Bewusstsein der bestehenden Praxis“¹⁷ zu fassen ist. Man könnte darüber vergessen, dass es hier durchaus keine Theorie der Genesis des Geistes, keine ausgearbeitete dialektische Logik, also keine durchgeführte Erkenntnistheorie der Praxis oder erweiterte Konzeption einer gesellschaftlichen Bedeutungswirklichkeit gibt. Die, modern gesprochen, Identität, Intelligenz und ganze Natur des Subjekts, das sich hier bewusst ist, wird nicht sehr viel weiter hinterfragt. Es wundert daher nicht, dass bestimmte grundlegende Fragen im Fortgang des

17 Marx, Karl: Die Deutsche Ideologie. MEW 3, S. 26, 31, 38 ff.

20. Jahrhunderts in Debatten über die sogenannte „Widerspiegelungstheorie“ und in Diskussionen zwischen Marxismus und Phänomenologie, Interaktionismus sowie Wissenssoziologie wieder aufbrachen – und in wesentlichen Aspekten sogar als subjektivitäts- und kognitionswissenschaftliche Rätsel ins 21. Jahrhundert weitergereicht wurden.

Für das Verständnis und unsere Interpretation der Marxschen Ideen selbst ist die Erkenntnis entscheidend, dass dieser sein dialektisch inspiriertes Praxisdenken ohne weiter gehende, ausdrückliche Ausformung sozusagen innerlich lebendig gehalten und in seinen Forschungen betätigt hat. Es bildet daher das eher implizite generative Zentrum seines theoretischen Schaffens. Eben dieses befähigte, in die konkreteren wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und geschichtlichen Verhältnisse tiefer einzudringen als alle Sozialtheorie vor ihm.

Ein entsprechendes Instrumentarium praxisanalytischer Kategorien wird ansatzweise im Manuskript der „Deutschen Ideologie“ entwickelt: „Da, wo die Spekulation aufhört, beim wirklichen Leben, beginnt also die wirkliche, positive Wissenschaft, die Darstellung der praktischen Betätigung, des praktischen Entwicklungsprozesses der Menschen“¹⁸. So begonnen drängte sich rasch eine zentrale Erkenntnis auf: Dass der bestehende gesellschaftliche Lebensprozess nicht unter der bewussten Kontrolle und Gestaltungsmacht der Gesellschaft steht. Er schlägt auf die Individuen „als eine fremde, außer ihnen stehende Gewalt“¹⁹ zurück.

Es war die dialektisch-abstraktive Erkenntniskraft des Praxisdenkens, die Marx schließlich zu seiner „Kritik der politischen Ökonomie“ befähigte. Diese Kritik erfasste gesamtwirtschaftliche Prozesszusammenhänge auf neue Art und enthüllte dabei die elementaren Formbildungen und Entwicklungsantriebe der kapitalistischen Wertökonomie. Sie erfasste deren unaufhebbaren Verwertungszwang und Verwertungstrieb als Motor zivilisatorischer Entwicklung und zugleich große Wirkmacht der Entfremdung: Indem die bürgerliche Wirtschaftswissenschaft die von Marx vorgetragenen, entscheidenden Kategorien der Wert- und Kapitalwirtschaftstheorie verworfen hat und heute nicht mehr kennt, ist sie bis in die Gegenwart grundsätzlich nicht in der Lage, mit ihren Theoremen, Kalkulationsverfahren, volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und Prognosen die wirklichen Prozesszusammenhänge und Tendenzen der modernen Ökonomie zu fassen, ge-

18 Marx, Karl: A.a.O., S. 27.

19 Marx, Karl: A.a.O., S. 33, 34.

schweige denn einen vernünftigen Gedanken über eine mögliche Ökonomik jenseits der zunehmend dysfunktionalen Kapital- und Krisenwirtschaft zu erwägen.

Bei alledem ist der untrennbar ökonomisch-praxisphilosophische Zusammenhang des Werks von Marx schon dadurch gegeben, dass die Welt der Arbeit und ökonomischen Reproduktion als eine Formbildung und Ebene der Praxis, der Praxis einer entnaturalisierten, noch sozial zerspaltenen und halbblinden Gesellschaft aufgefasst wird. Die „Kritik der politischen Ökonomie“ ist also keine Systemtheorie, sondern stellt eine Praxisanalytik des wirtschaftlichen Lebens im Gesellschaftsganzen dar. Sie erfasst dessen Widerspruchs- und Prozesscharakter und hält von da den geschichtlichen Horizont ganz bewusst utopistisch offen. Es heißt:

„Diese Reproduktion ist aber zugleich notwendig Neuproduktion und Destruktion der alten Form“²⁰. Im Gesamtplan der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie sollte die Kapitalwirtschaft dem entsprechend untersucht werden bis dahin, wo „foreshadowing der Zukunft, werdende Bewegung sich andeutet“²¹. Dem Praxiskonzept entsprechend ist diese radikale Enthüllungs- und Entwicklungsforschung als ein immanentes Orientierungswissen gesellschaftlich bewusster werdender Subjekte, der Selbst- und Weltveränderung in umwälzender Praxis zu verstehen.

Marx' Praxisdenken im historischen Horizont

Ich habe den vorläufigen Charakter der praxistheoretisch-methodologischen Selbstverständigung von Karl Marx angesprochen. Auch aus der Tatsache, dass die ökonomisch-philosophischen Manuskripte von 1844 erst 1932 an die Öffentlichkeit kamen, erwachsen für die Nachkommen erhebliche Interpretationsprobleme. Um die Wende zum 20. Jahrhundert dominierte schließlich, auch als Ausdruck reformistischer sozialdemokratischer Praxis, eine Marxorthodoxie. Aus dem Kreis der Marxinterpreten um die Jahrhundertwende ragt insofern der italienische Marxist Antonio Labriola (1843-1904) hervor, indem er so spät nach Marx erstmals von einer impliziten „Philosophie der Praxis“ sprach. Er bemerkte in seinen Schriften über „Sozialismus und Philosophie“, diese sei die dem histori-

20 Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf). Berlin 1983, S. 401 ff.

21 Marx, Karl: A.a.O., S. 365.

schen Materialismus „immanent“ zugrunde liegende Philosophie²²: Im Grunde wurde damit schon vor über 100 Jahren ein Rückgriff auf die Quelle und ein Arbeitsauftrag zur notwendigen weiteren Erforschung des Praxisproblems beziehungsweise der Konstitutionsproblematik erteilt.

Aus heutiger Sicht gibt es aber noch eine andere grundsätzliche Problematik an der Quelle selbst: Der Raum der Marxschen „Kritik“ der politischen Ökonomie umfasst die Konstitution und Entwicklung der damals erst noch *werdenden*, industriekapitalistisch geprägten Gesellschaft. Die Analyse sollte innere Entwicklungen deren widersprüchlicher Praxis aufweisen, die auf eine Aufhebung und Ablösung dieser Formierung zutreiben. Die der gesellschaftsgeschichtlichen Entwicklung viel zu weit vauseilende Hoffnung bestand darin, dass demnächst ein finales Entwicklungskrisenszenario durch die geschichtswendende Kraft der aufsteigenden proletarischen Klasse besiegelt würde.

Abgesehen davon, dass dieser Prospekt einer Geschichtsprozessordnung nicht zureichend fundiert war, sich aus einer ganzen Reihe von Gründen und Umständen nicht erfüllt hat und schließlich die von Marx treffend antizipierte Vollendung des „Weltmarkts“, des „internationalen Charakters des kapitalistischen Regimes“²³ sogar noch in unserer Zeit andauert: Die historische Situierung und demgemäß Horizontbeschränkung des Marxschen Entwurfs wird im Inhaltlichen daran deutlich, dass seine Problemexposition zwar das Werden einer gesellschaftlichen Formtotalität, deren Entwicklung aus inneren Widersprüchen und bis an ihre historischen Schranken umfasst, aber nicht eigentlich den historischen Raum eines vollen Übergangs und Praxisformwechsels konzeptualisiert. Anders gesagt: Marx' Ökonomiekritik ist historisch angemessen und vorläufig als „Kritik“, aber nicht ausdrücklich im Sinne einer realutopistischen Alternativ- und Transformationsforschung angelegt, wie sie in einer Übergangsgesellschaft und Übergangsperiode möglich und sogar unumgänglich ist.

Die an diesem Punkt unvermeidliche Provokation traditioneller Marxistinnen und Politökonominnen möchte ich so formulieren: Die dialektische Methode im Zusammenhang der Marxschen Kapitaltheorie repräsentiert nur eine sozusagen halbierte „Dialektik der Praxis“, und ohne deren Konzeptualisierung auf dem Niveau des 21. Jahrhunderts, kann es in der

22 Labriola, Antonio: Über den historischen Materialismus, S. 318.

23 Marx, Karl: Das Kapital. MEW 23, S. 790.

bis heute offen gebliebenen, nunmehr brennenden Frage keine Lösung geben:

Aus der Beschränktheit des geschichtlich möglichen Blickhorizonts, die sich in der Marxschen politökonomischen Methodologie in bestimmter Hinsicht sogar historisch angemessen reflektiert, ergab sich die überaus folgenreiche Konsequenz, dass kein konkretes Konzept für eine alternative Wirtschaftsverfassung in Sicht kam und kommen konnte. Die vorliegende, methodologisch durchaus bewusst gehandhabte, das heißt nur relativ gültige Konstruktion von „Totalität“ lässt in der weitergehenden Frage nach der Alternative praxislogisch nur eine „abstrakte Negation“ zu. Damit blieb aber die „Basis“ der eigentlich intendierten sozialistischen Gesellschaft unbestimmt und ist es in dieser Hinsicht bis heute. Der proklamierte wahre „Sozialismus“ ist insofern seither eine Richtungsanzeige mit grundlegenden Wegmarkierungen und in großen Umrissen, wenn man so will ein Hohlraum geblieben, der sich leider auch als Projektionsraum für jede Art von Konstruktivismus, Spekulation und Phantasmagorie anbietet.

Über eine Selbstbeschränkung speziell in der Ausführung seiner „Kritik“ hinaus greift allerdings die naturwüchsige, revolutionär gestimmte Intentionalität des Marxschen Praxisdenkens mit prospektiven, positiven Gedanken immer wieder vortastend in den Raum einer noch nicht wirklich eröffneten Zukunft. „Stellen wir uns endlich, zur Abwechslung, einen Verein freier Menschen vor, die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten ...“, heißt es bereits im ersten Kapitel des Kapitalwerks²⁴. Gegen die „innerlich verzweifelte Armut, die die Grundlage des bürgerlichen Reichtums und seiner Wissenschaft bildet“, gegen „die bürgerlichen Ökonomen“, die „eingepfercht in den Vorstellungen einer bestimmten historischen Entwicklungsstufe der Gesellschaft“ bleiben, wird in historischer Sichtweise sondiert, inwiefern „ein andres System an die Stelle des Systems des Privataustauschs treten“ kann und soll. Die Theorie orientiert stets implizit und an wesentlichen Stationen ausdrücklich auf eine noch ausstehende, ganz andersartige Wirtschaftsweise und zivilisatorisch höher stehende gesellschaftliche „Assoziation“ oder Kommunität, worin die Menschen ihre gesellschaftliche Verhältnisse „als ihre eignen, gemeinschaftlichen Beziehungen auch ihrer eignen gemeinschaftlichen Kontrolle“ unterworfen haben.²⁵ Marx vertraute dabei auf die von der Kapitalwirtschaft ausgelöste

24 Marx, Karl: MEW 23, S. 92.

25 Vgl. Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf), S. 139, 409, 79.

Produktivkraftexplosion und immer wieder erweckte befreiende, praxisgeerative Kräfte, die den „gesellschaftlichen Individuen“ zugeschrieben werden.²⁶

Mit all dem hält sich das Gesamtwerk im Koordinatensystem einer Philosophie der Praxis, auf dessen Zeitachse in einem Frühstadium, sondiert und markiert von da weiteste Horizonte, mit dem Praxiskonzept als eher implizites, generatives, in verschiedener Hinsicht aber noch wenig entwickeltes Zentrum.

Ringens um die Kerngestalt und neue Einsatzstellen in der Weltkriegsepoche

Unter den neuen historischen Bedingungen um und nach der Wende zum 20. Jahrhundert, in den Verwerfungen der Weltkriegsepoche, das heißt unter den Vorzeichen der sozialdemokratischen Tendenz im Westen sowie der russischen Revolution im Osten, der Weltwirtschaftskrise und des zerfallenden demokratischen Staates, des faschistischen Vormarschs, des antifaschistischen Kampfes und großen Kriegs bis zur Niederringung Hitlerdeutschlands durch die Siegermächte, strukturierte sich auch das theoretische Feld neu. Eine kurze Sondierung theoretischer Spuren in dieser interimistischen Periode soll im folgenden Abschnitt dazu dienen, zu wesentlichen Einsatzstellen und Entwicklungsforen des Praxisdenkens in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts überzuleiten:

Die von Anfang an, auch für den Weggefährten Engels nicht leicht erfassbare philosophisch-wissenschaftliche Kerngestalt des Marxschen Theoretisierens begünstigte einen seit dem Anbruch der neuen Zeit nicht mehr enden wollenden Streit über den Grundcharakter der Marxschen Theorie als „Dialektischer Materialismus“, als „Philosophie der Praxis“, oder aber gar als zu reformierender Vorläufer einer „Kritischen Theorie“. In diesen drei typischen Positionierungen artikulierten sich verschiedene soziale Milieus, intellektuelle Strömungen und geschichtliche Mächte.

Zugleich wurde das Bewusstsein einer fundamentalen „Krise des Marxismus“ wach. Mit Blick auf den grassierenden Vulgärmarxismus, die

²⁶ Dazu erläutert Michael Brie: „Entgegen weit verbreiteter Vorstellungen ist dieses Werk [Das Kapital] tatsächlich reich an Hinweisen und Ausführungen über eine nachkapitalistische Gesellschaft. Sie bildet einen durchlaufenden Bezugspunkt ..“. Brie, Michael: Bildungselemente einer neuen Gesellschaft in Marx' Kapital. In: Pan-kower Vorträge Heft 135, Helle Panke e.V., Berlin 2009.

Marxorthodoxie der Theoretiker der Zweiten Internationale (1889-1914) und die aberrante Entwicklung des Sowjetmarxismus als „marxistisch-leninistische Schulphilosophie“²⁷ fand Karl Korsch (1886-1961) in „Marxismus und Philosophie“²⁸ scharfe Formulierungen für die Aufgabe einer theoretischen Selbstkritik und schöpferischen Weiterentwicklung. Das Wort von einer „Krise des Marxismus“²⁹ sollte von da an und bis heute nicht verstummen, meiner Ansicht nach auch zu Recht: In gängigen Marxismen sind weder die philosophisch-wissenschaftlichen Grundlagen des Praxiskonzepts ausreichend reflektiert noch ist die traditionell fortgeschriebene „Kritik der politischen Ökonomie“, trotz aller möglichen Selbstbestätigung und Neuformatierung in der aktuellen System- und Weltkrise, auf der Höhe der Zeit einer Übergangsgesellschaft.

Parteintellectuelle gegen den Sowjetmarxismus

In der nach der Jahrhundertwende eröffneten neuen Periode ist die vorderste Frontlinie der Auseinandersetzung über die Zukunft der Marxschen Theorie markiert durch die Auseinandersetzung zwischen einem Marxismus als scholastischer DiaMat oder stalinistische Parteidoktrin einerseits, mit Moskau als Hort und Bewegungszentrum, und einem später und etwas unscharf so genannten Westlichen Marxismus.³⁰ Lenins anfängliche Versuche, die Inspiration der Hegelschen Dialektik wieder lebendig werden zu lassen, haben die doktrinäre Erstarrung und Entstellung des Marxismus nicht verhindert³¹. Dagegen erhob sich eine praxiszentrierte Grundströmung im Westen. Es intensivierte sich die Auseinandersetzung mit dem zur Legitimationswissenschaft erstarrenden Dialektischen Materialismus.

Im Westen fand die Rückbesinnung auf die philosophisch-wissenschaftlichen Ursprünge bei einigen bedeutenden Parteintellectuellen statt. Auf andere, nicht in die organisierte Bewegung involvierte Denker

27 Vgl. Fleischer, Helmut: Sozialphilosophische Studien. Kritik der marxistisch-leninistischen Schulphilosophie. Berlin 1973.

28 Korsch, Karl: Marxismus und Philosophie. In: Karl Korsch Gesamtausgabe Bd. 3. Amsterdam 1993, S. 299-367

29 Korsch, Karl: Krise des Marxismus. Schriften 1928-1935, hrsg. und eingel. von M. Buckmiller, Amsterdam 1996

30 Vgl. Anderson, Perry: Über den westlichen Marxismus. Frankfurt am Main 1978.

31 Vgl. Lenin, W.I.: Konspekt zu Hegels ‚Wissenschaft der Logik‘, geschrieben 1914. In: Lenin Werke 38, S. 77-229.

möchte ich danach einen Blick werfen: Zunächst ist zu erinnern an Karl Korsch's „Marxismus und Philosophie“ (1923), an Antonio Gramsci's 10. Und 11. Gefängnisheft zur „Philosophie der Praxis“, an Georg Lukacs (1885-1971) „Studien über marxistische Dialektik“, so der Untertitel seiner damals viel beachteten Marxinterpretation in „Geschichte und Klassenbewusstsein“ (1923).

Die verbindende praxisphilosophische Linie, die hier interessiert, kommt bei Gramsci am Entschiedensten zum Ausdruck. Es heißt: „In Wirklichkeit ist Labriola mit seiner Aussage, dass die Philosophie der Praxis unabhängig von jeder anderen philosophischen Strömung ist, sich selbst genügt, der einzige, der versucht hat, die Philosophie der Praxis wissenschaftlich zu konstruieren“. ³² Gramsci schlug vor, man solle die „philosophische Problemstellung“ von Labriola zur „vorherrschenden“ machen, dachte an eine wissenschaftstheoretisch „systematische Behandlung der Philosophie der Praxis“ und verwies auf den Kardinalfehler von Georg Lukacs. Dieser sprach sich gegen Engels „Dialektik der Natur“ aus, denn die „Dialektik“ stellte in seiner Sicht ein im Grunde rein gesellschaftliches Phänomen dar. Der Praxist Gramsci erkannte: „Wenn seine Aussage einen Dualismus zwischen Natur und Mensch voraussetzt, hat er unrecht“³³.

Kritische Theorie im Frankfurter Kreis

Einen anderen Ansatz verfolgten fortschrittliche Intellektuelle im Milieu des Exils. Adorno und Horkheimer erarbeiteten gemeinsam eine Kritische Theorie der Gesellschaft und durchaus eigenwillige Interpretation der geschichtlichen Entwicklung, die „Dialektik der Aufklärung“.³⁴ Diese negative Gesamtdeutung des bürgerlich-abendländischen zivilisatorischen Prozesses als „Aufklärung“, welche durch ihre eigene Ausgeburt, eine „instrumentelle“ Vernunftgestalt, schließlich in ihr Gegenteil und in einen modernen Totalitarismus umschlägt, ist zwar mit einer facettenreichen Gesellschafts- und Kulturkritik verbunden, die sich mit marxistischen Gedanken kreuzt. Es ist aber kein Werk, das auf den übergreifenden Entwurf von Marx au-

³² Gramsci Gefängnishefte Bd. 6. Hamburg 1994, S. 1492 f.

³³ Gramsci Gefängnishefte Bd. 6. Hamburg 1994, S. 1441. Auch Lukacs' später Anlauf „Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins“ bleibt im Dualismus gefangen und konnte infolge seiner Fokussierung auf „Arbeit“ in der Konstitutionsproblematik nicht weiterführen.

³⁴ Max Horkheimer und Theodor W. Adorno: Dialektik der Aufklärung. Amsterdam 1947.

thentisch rückbezogen oder, trotz zahlreicher Berührungspunkte, damit produktiv zusammenklingen könnte. Die spätere „Negative Dialektik“ aus der Feder von Adorno radikalisierte die intellektuelle und theoretische Tendenz, in welcher die Phänomene der „Verdinglichung“ und von „Herrschaft“ verabsolutierend behandelt werden: Die Dialektik der gesellschaftlichen Praxis erscheint in Adornos verspanntem Totalitätsdenken wie im Spiegel eines traumatisierten Denkens entstellt und gebrochen. Eine „unbeirrte Negation“, die „sich nicht zur Sanktionierung des Seienden hergibt“³⁵ und zudem noch die Basiswissenschaft der politischen Ökonomie weitgehend aus dem Blick verliert, kann keine tragfähige Plattform für ein Weiterdenken bieten und zu nichts wirklich Positivem kommen.

Predrag Vranicki, aus dem Kreis der jugoslawischen Praxisdenker, resümierte: „Es setzte ein negativer, resignativer Schwenk der Theorie ein, der immer mehr vom Marxismus weg führte“. Ich sehe in der Entwicklung der Kritischen Theorie insgesamt eine Verfallsgeschichte, mit weit gehenden Missverständnissen hinsichtlich des Marxschen philosophischen und politökonomischen Entwurfs, inadäquaten Textinterpretationen und wachsendem Antimarxismus bis hin zu Jürgen Habermas und seinen heutigen Epigonen: Wie kann man derart grobe, unverständige Behauptungen in die wissenschaftliche Welt setzen, das Marxsche Praxisdenken beinhalte eine Reduktion auf die „Selbstkonstitution“ und „Selbstverwirklichung“ der Gattung „allein durch Arbeit“?³⁶ Der frankfurterisch filtrierte Versuch zu einer „Rekonstruktion des Historischen Materialismus“ kann hinsichtlich seiner Wirkungen nur als eine der folgenreichsten Marxverfälschungen der Nachkriegszeit bezeichnet werden. Ohne Verständnis für alles Gesagte und Gemeinte verwarf Habermas das Praxiskonzept als „holistisch“ und profilierte sich dagegen mit einer opportunen Philosophie der „Intersubjektivität“, die auf dem im Grunde bereits überwundenen Dualismus von „instrumentellem“ und „kommunikativem Handeln“, auf neuen Gebietstrennungen der gesellschaftlichen Praxis wie „System“ und „Lebenswelt“ aufsitzt und in der Bodenlosigkeit dieses Entwurfs nicht nur Erbe der Dialektik, sondern auch die gesamte Basiswissenschaft der politischen Ökonomie praktisch ins Nichts durchfallen lässt: Nachdem Horkheimer auch persön-

35 Vgl. Adorno, Theodor W.: Negative Dialektik. Frankfurt am Main 1975, S. 162.

36 Vgl. Habermas, Jürgen: Erkenntnis und Interesse. Frankfurt am Main 1968, S. 58 f. In diesen Fußstapfen Honneth, Axel: Kampf um Anerkennung. Frankfurt am Main 1994, S. 231 ff.

lich resigniert hatte und Adorno in der Pose des Anklägers verharrte, verflüssigte sich Habermas auf seinem bepreisten Weg letztendlich als staatstragender Moralphilosoph, der mit Blick auf „Pathologien der Moderne“ zur Besinnung ruft.³⁷ In seinen aktuellsten Schriften führt der Rabulist mit antikommunistischem Akzent die „Menschenrechte“ als endlich „realistische Utopie“ warnend gegen angeblich immer nur vorgegaukelte „sozial-utopisch ausgemalte(n) Bilder eines kollektiven Glücks“ ins Feld.

Marcuse als Marxismus- und Praxisdenker

In den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts trat auch der junge Herbert Marcuse (1898-1979) hervor. Dieser hat sich später, in der Nachkriegszeit, als Zeitgenosse und geistesverwandter Praxisdenker neben Ernst Bloch positioniert, und zwar in deutlicher Distanz gegenüber dem Frankfurter Kreis. Das Denken von Bloch und Marcuse konvergiert im Angelpunkt eines utopistisch inspirierten Praxisdenkens mit unabdingbarem Rückbezug auf die Marxsche Quelle³⁸.

Im frühen Entwurf seiner „Beiträge zur einer Phänomenologie des historischen Materialismus“ (1928) formuliert er auf seine Weise den springenden Punkt: „ES geschieht überhaupt nichts, sondern das handelnde Sein des Daseins geschieht und macht den gesamten Bereich des Geschehens aus“.³⁹ Er skizzierte von da eine Wirklichkeitsauffassung, worin das materiale gesellschaftliche Sein und die gesellschaftlichen, auch unvereinbaren Sinn- oder „Bedeutungswelten“ als Seinstotalität und diese wesentlich als Feld der Freisetzung eigentlicher, „neuer Existenz“ durch die befreiende geschichtliche Tat erscheint. Der Text drückt vorzüglich aus, wie Marcuse, noch von Heideggers hochabstrakter Existenzialontologie eines In-die-Weltgeworfen-Seins beeinflusst, die konzeptionelle Überlegenheit und Konkre-

37 Vgl. Habermas, Jürgen: Das utopische Gefälle. Das Konzept der Menschenwürde und die realistische Utopie der Menschenrechte. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/2010, S. 43-53. Ein abschließendes Wort zu Habermas stellt Sibylle Tönnies' Essay dar, im Deutschlandfunk, geschrieben anlässlich des 80. Geburtstags von Jürgen Habermas im Jahr 2009: „Des Kaisers neue Kleider – keine Hommage“.

38 Eine Bloch-Biographie bestätigt diesen Zusammenhang und wurde gerade deshalb bei antimarxistischen Blochinterpreten befeindet. Vgl. Münster, Arno: Ernst Bloch. Eine politische Biographie. Berlin 2009.

39 Marcuse, Herbert: Beiträge zu einer Phänomenologie des Historischen Materialismus. In: Marcuse Schriften 1. Frankfurt am Main 1981, S. 347-384.

theit des Marxschen Praxisdenkens erkannte und sich davon in seinem selbständigen Weiterdenken, bei seinem Syntheseversuch maßgeblich inspirieren ließ. Dieser Beitrag ist ein bis heute unterschätztes praxistheoretisches Exposé. Im unvermeidlichen Abschied von Heidegger heißt es, dieser habe „sein radikales Forschen zu dem äußersten Punkt vorangetrieben, zu dem die bürgerliche Philosophie bisher gelangte – und überhaupt gelangen kann“.⁴⁰

Die weitere intellektuelle Biographie von Herbert Marcuse zeigt, wie der rote Faden der praxisphilosophischen Denklinie geradewegs mit ihm verknüpft ist. Sein Denken wurde durch Hegelstudien befruchtet und er war es, der die frühen Marxschen Schriften, die im Jahr 1932 erstmalig zugänglich wurden, emphatisch als „Neue Quellen zur Grundlegung des Historischen Materialismus“ feierte: „Die Veröffentlichung der Ökonomisch-philosophischen Manuskripte von Marx aus dem Jahre 1844 muss zu einem entscheidenden Ereignis in der Geschichte der Marx-Forschung werden.“⁴¹

So begann Marcuse, an einer praxisphilosophisch reflektierten Erneuerung des Marxschen Projekts unter den neuen sozialökonomischen und politischen Bedingungen des fortschreitenden 20. Jahrhunderts zu arbeiten. Sein späteres Werk, in dem er die Gefahren einer „eindimensionalen“ Menschlich- und Gesellschaftlichkeit aufwies und angesichts der Schwäche der Opposition und des Niedergangs der organisierten Bewegung auf eine unaustilgbare, in psychischen Tiefenschichten verankerte Potentialität, auf die befreiende Rolle menschlicher Subjektivität verwies, ist in der Tat ein „Versuch über die Befreiung“, so ein Titel in der stürmischen Phase von 1969. Bezeichnenderweise verband Marcuse wie Bloch eine tiefe persönliche

40 Als ein Grundlagenwerk fortschrittlicher bürgerlicher Sozialphilosophie nach Heidegger kann Hans Jonas „Das Prinzip Verantwortung“ genannt werden, das sich wiederum durch seinen Titel als Gegenentwurf zu Blochs praxisphilosophischem „Prinzip Hoffnung“ zu erkennen gibt. Jonas bemerkte in einem Rundfunkinterview 1987, Heidegger sei vielleicht „der bedeutendste philosophische Denker dieses Jahrhunderts“. Eine kritische Auseinandersetzung mit Jonas' Prinzip Verantwortung legte Arno Münster vor: Prinzip Verantwortung oder Prinzip Hoffnung? Versuch einer Entgegnung auf Hans Jonas' Kritik an Marx und Ernst Bloch. Ein am 4.11.2004 auf dem Nürnberger „Forum für politische Philosophie“ - einer öffentlichen Veranstaltung der Initiative für Praxisphilosophie - gehaltenen Vortrag. Siehe den Online-text bei praxisphilosophie.de

41 Vgl. Marcuse, Herbert: Neue Quellen zur Grundlegung des Historischen Materialismus. In: Marcuse Schriften 1, Frankfurt am Main 1981, S. 509.

Sympathie mit den Rebellierenden, vor denen Adorno floh und die sich von Habermas auch schon einmal als faschistoid bezeichnen lassen mussten.

Marcuse bekräftigte in seinem Werk die Einsicht, dass „die Situation des Kapitalismus“ „eine Katastrophe des menschlichen Wesens“ sei, die eine „totale“ Umwälzung herausfordere. Er registrierte, dass sich dieser Katastrophe eine „neue Sensibilität“ entgegenzustellen beginnt, die weiter treibt: „Die neue Sensibilität ist eben deswegen *Praxis* geworden; sie entsteht gegen Gewalt und Ausbeutung, in einem Kampf für wesentliche neue Weisen und Formen des Lebens; sie impliziert die Negation des gesamten Establishments, seiner Moral, seiner Kultur; die Behauptung des Rechts, eine Gesellschaft zu errichten, in der die Abschaffung von Armut und Elend Wirklichkeit wird und das Sinnliche, das Spielerische, die Muße Existenzformen und damit zur *Form* der Gesellschaft selbst werden.“⁴²

Weltsicht des Praxisdenkens: Theorie-Praxis, Konkrete Utopie, Experimentum Mundi

In der Weltkriegsepoche wurde auch Ernst Bloch (1885-1977) ins Exil gezwungen und bereitete in den USA sein weiteres Werkschaffen vor. Das Schicksal gewährte ihm dazu eine produktive Lebensspanne, die das von dem marxistischen Historiker Eric Hobsbawm so genannte „Kurze 20. Jahrhundert“ oder „Zeitalter der Extreme“ fast vollständig umfasst. Nicht mehr erlebt hat der Philosoph den Zusammenbruch des sowjetischen Modells, der das daran geknüpfte Gespinnst von Sozialismusillusionen, den Schein eines vermeintlichen „Schon-da-des-Sozialismus“ zerriss und zur jetzt eröffneten Periode kapitalwirtschaftlicher Globalisierung und Weltkrisenproduktion überleitete.

Als Kind des hinter uns liegenden Jahrhunderts war der Philosoph von der Russischen Revolution fasziniert. Aus dem Exil zurück dachte er zunächst daran, an einem sozialistischen Aufbau vor Ort in der DDR mitzuwirken, geriet aber, wie die gesamte nicht betonköpfige Linke in den Verwerfungen des 20. Jahrhunderts, in tiefe persönliche, theoretische und politische Zwiespalte: Diese erwachsen aus dem Spannungsverhältnis zwischen der von Marx philosophisch und gesellschaftskritisch fundierten Emanzipationsidee und den irritierenden, höchst fatalen Entwicklungen im Gefolge der Oktoberrevolution, die als realpolitische Vollstreckung des Marxerbes

⁴² Marcuse, Herbert: Versuch über die Befreiung. In: Marcuse Schriften 8. Frankfurt am Main 1984, S. 262.

erscheinen konnten und auch so propagiert wurden: Der immer noch verbreitete, unangemessene Begriff „Realsozialismus“ transportiert diese Spannung und damit verbundene fundamentale Unklarheiten weiter.

Für die denkgeschichtliche Verortung Blochs bietet seine Übersiedelung 1961 von Leipzig nach Tübingen, die ebenso Flucht wie Vertreibung war, einen wesentlichen Anhaltspunkt. Sie signalisiert die Inkompatibilität seines schöpferischen Marxismusdenkens mit der theoretischen Scholastik und der repressiven Gesellschaftlichkeit, die sich im Osten entwickelt hatte: Die untrennbar im Vordenker Marx verwurzelte, praxisphilosophische Substanz und Gesamtkontur des Blochschen Werks ist vom Hauptwerk „Das Prinzip Hoffnung“ bis zu dem abschließenden Theorie-Praxis-Kapitel in der systematisch abschließenden Zusammenfassung des „Experimentum Mundi“ dokumentiert. Maßgebliche Bloch-Biographien⁴³ weisen auf, inwiefern die Philosophie hier ebenso gelebtes Leben ist. In der geschichtlichen Situierung Blochs wird dies besonders daran deutlich, wie die Protest- und Weltbewegungen um 1968 von ihm mit Sympathie und Engagement begleitet und umgekehrt von der Idee der „Konkreten Utopie“ inspiriert wurden.

Gegen alle Versuche in neuerer Zeit, Bloch seinen Marx auszutreiben oder Marx philosophisch oder politökonomisch gegen Bloch in Stellung zu bringen, lautet im vorliegenden Zusammenhang die konstruktive Frage: Welchen Beitrag wollte Bloch oder hat dieser zur Verdeutlichung und Entwicklung des mit Marx in die Welt gekommenen Praxiskonzepts geleistet?

Die Praxisphilosophie erhielt durch Blochs Ausnahmeintellekt einen äußerst gesteigerten Impuls. Er vertiefte sich in ontologische und naturphilosophische, geistes- und sozialgeschichtliche, existenzielle und universalhistorische Fragen und hat auf diesem Wege vor allem den seinstheoretisch fundamentalen Prozess- oder Möglichkeitscharakter von Wirklichkeit erforscht. Das Hauptwerk belegt durch eine enorme Spurensicherung die Zukunftshaltigkeit des sozialen Prozesses und fundiert und exemplifiziert dadurch die bis dato unterentwickelte utopistische Dimensionierung des Praxiskonzepts. Auf diesem Wege hat er das Praxisdenken, das von Marx wesentlich als Wirtschafts- und Gesellschaftsanalyse konkretisiert wurde, im Sinne einer im „Prinzip Hoffnung“ verankerten Weltsicht geweitet, welche die ganze Natur, Gesellschaft und Zukunft in ihren Horizont fasst.

43 Zur Einführung Silvia Markun: Ernst Bloch. In neuer Auflage Halle/Saale 2010. Treffend und lebendig: Peter Zudeick, Der Hintern des Teufels. Leben und Werk von Ernst Bloch. Zürich 1985. Zur philosophisch-politischen Vertiefung: Arno Münster, Ernst Bloch. Eine politische Biographie. Berlin 2009.

Der „rote Faden“ der praxisphilosophischen Denklinie hat in Blochs Kommentar zu den Feuerbachthesen wieder einen zentralen Knotenpunkt. Mit Blochs Nachforschungen zur „Weltveränderung oder die Elf Thesen von Marx über Feuerbach“ wurde der regressive Charakter des scholastischen Marxismus offenbar und der praxisphilosophische Diskurs neu inspiert. Der Abschnitt zu den Elf Thesen hat auch einen hohen Stellenwert im Zusammenhang der „Grundlegung“ des Blochschen Hauptwerks „Prinzip Hoffnung“⁴⁴, das erstmals 1949 erschien.

Bloch erkannte den definitiven geistesgeschichtlichen Bruch: "Die Praxisbegriffe bis Marx sind also völlig verschieden von dessen Theorie-Praxis-Konzeption, von der Lehre der Einheit zwischen Theorie und Praxis"⁴⁵. Es geht hier also um ein Novum der Denkgeschichte, das in keiner vorhergehenden oder sonstigen modernen „praktischen Philosophie“ oder in neueren soziologischen „Praxistheorien“ eine Entsprechung findet.

Was vordem vielleicht einfach „Natur“ genannt wurde, wird jetzt als Prozessmaterie bestimmt, die aus sich selbst über sich hinaus zu neuen und auch höheren Gestaltbildungen treibt. Bloch revolutioniert im Grunde den „Materie“-Begriff des traditionellen Marxismus: In der menschgeschichtlichen, zu Bewusstsein kommenden „Materie“ potenziert sich der Möglichkeitscharakter der Wirklichkeit, ja die ganze Welt erscheint als Experimentierprozess aus unabgeschlossener Potentialität, als „Experimentum Mundi“⁴⁶.

Diese Wirklichkeit gibt Raum für die praktisch-kritische Tätigkeit des Menschen, die an der „Front“ des Weltprozesses spielt. „Nur solche Praxis kann die im Geschichtsprozess anhängige Sache: die Naturalisierung des Menschen, die Humanisierung der Natur aus der realen Möglichkeit zur Wirklichkeit überführen.“⁴⁷. Damit werden hochkarätige, existenzielle Grundbestimmungen der Marxschen Manuskripte von 1844⁴⁸ wieder aufgegriffen - die tiefgründige Perspektive „Naturalisierung des Menschen“

44 Bloch, Ernst: Das Prinzip Hoffnung. In: Gesamtausgabe Bd. 5. Frankfurt am Main 1977.

45 Bloch, Ernst: A.a.O, S. 288 ff., 315.

46 Bloch, Ernst: Experimentum Mundi. Frage, Kategorien des Herausbringens, Praxis. In: Gesamtausgabe Bd. 15.

47 Bloch, Ernst: A.a.O. S. 285.

48 Marx, Karl: Ökonomisch-philosophische Manuskripte von 1844. In: MEW Ebd. I, S. 536, 538.

und „Humanisierung der Natur“ ist bis in unsere Tage, beispielsweise im Hinblick auf die sozial-ökologische Debatte oder die Frage nach der Grundgestalt einer zukünftigen Gesellschaftlichkeit, noch kaum ausgelotet.

Zur intendierten Weltveränderung resümiert Bloch: "So bekundet die Gesamtheit der ‚Elf Thesen‘: Die vergesellschaftete Menschheit im Bund mit einer ihr vermittelten Natur ist der Umbau der Welt zur Heimat"⁴⁹. Der vielleicht seltsam anmutende Begriff „Heimat“ wird hier als Gegenbegriff zur „Entfremdung“ oder entfremdeten Existenz, als Horizontbegriff eines Positivum ins Spiel gebracht. „Umbau der Welt zur Heimat“ ist meint nichts anderes als das, was Marx 1845 „Kommunismus“ als „wirkliche Bewegung“ genannt hat: Um davon abzulenken und abzublenden, dass Blochs Philosophie derart in Marx verwurzelt ist und in allen theoretischen Partien mit ihm verbunden bleibt, bedarf es schon eines erheblichen Maßes an intellektueller Ignoranz, Eklektizismus und interpretatorischer Willkür. Marx und Bloch sind ein Amalgam, auch wenn der Einwand greift, dass mit Blochs fernstem Ausblick auf ein welt- und menschgeschichtlich „noch ausstehendes Ultimatum“⁵⁰ die Limits einer radikal diesseitigen, menschlich-irdischen Philosophie überschritten werden.

Das Praxisdenken stützt sich bei Bloch, wie bei allen seinen Protagonisten, nicht auf einen abstrakten Ethikdiskurs oder apriorischen Wertekanon, sondern orientiert sich im Sinne eines historischen „Entwurfs“ an Maßstäben einer Humanität, die sich in geschichtlichen Kämpfen und Wünschen kristallisiert haben und sich derart auch hinsichtlich ihrer situativen und juridischen Ausdruckformen geschichtlich weiterbilden. Es orientiert, nach Kräften, auf das fundierte Projekt eines geglückteren, glücklicheren Lebens bewusst gewordener gesellschaftlicher Individuen und ist insofern ein aufklärerischer, mit einem Wort von Leo Kofler, „revolutionärer Humanismus“.

Dieser praktische Humanismus im Praxisdenken auch von Ernst Bloch macht das grundsätzliche Ungenügen einer nurmehr „Kritischen Theorie“ noch deutlicher. Die Philosophie der Praxis und der Hoffnung überschreitet diese offenkundig. Und sie bereichert im Zuge dieser Denkbewegung zugleich den Begriff der „Kritik“ durch Tiefenschärfe und praktisch-konstruktive Konsequenz. Noch genauer besehen geht es hier um den spezifischen Wissenschaftscharakter eines „Begreifens der Praxis“: „Die dialekt-

49 Bloch, Ernst: A.a.O., S. 334.

50 Bloch: Experimentum Mundi, S. 247 f.

tisch-historische Tendenzwissenschaft Marxismus ist derart die vermittelte Zukunftswissenschaft der Wirklichkeit plus der objektiv-realen Möglichkeit in ihr; all das zum Zweck der Handlung.⁵¹ Hier wird der paradigmatisch-gesellschaftswissenschaftliche Kern des Praxiskonzepts in enormer Abbreiviatur angesprochen. Die vulgärmarxistische Widerspiegelungstheorie wird zurückgewiesen und es tritt hervor, dass der neue Wissenschaftstyp wesentlich utopisch-kritische, antizipative und konstruktive Erkenntnisfunktionen mobilisiert, die im realen gesellschaftlichen Prozess ihr Korrelat finden können.

Das entsprechende „Begreifen der Praxis“ wird nun durch zentrale praxisanalytische Kategorien bereichert und gestützt, deren Spitze sich in der Kategorie der „Konkreten Utopie“⁵² konzentriert. Diese hat vor allem den Aufbruchsbewegungen im Fortgang des 20. Jahrhunderts einen enormen Impuls gegeben Sie stößt heute, am Beginn des 21. Jahrhunderts, wieder auf zunehmende Resonanz im Zusammenhang der Suche nach positiven Alternativen. Die häufig vernehmliche Proklamation von „Konkreter Utopie“, etwa Oskar Negts Platitüde „Nur noch die Utopien sind realistisch“, ist aber längst nicht das, was praxisphilosophisch angesprochen und gefordert ist: Eine dialektisch-methodisch erhellte Analytik widersprüchlicher gesellschaftlicher Praxis, welche die „Front“ und das „Novum“, die „Tendenz“ und den „Vorschein“, die reale „Latenz“ und so fundiert schließlich auch „Konkrete Utopie“ in der jeweiligen sozialen Situation und auf dem jeweiligen Feld der gesellschaftlichen Arbeit, Produktion und Praxis konkret identifiziert.⁵³

Die Blochsche Prozesswirklichkeit und die entsprechenden praxisanalytischen Kategorien bedeuten im Grunde die endgültige Sprengung eines auf

51 Bloch, Ernst: A.a.O., S. 331.

52 Bloch, Ernst: A.a.O., S. 226.

53 In diesem Sinne Raulet, Gerard: Die Überwindung des bürgerlichen Wissenschaftsbegriffs durch Blochs objektiv-reale Prozeßerkenntnis. In: Zeitschrift Praxis International Vol. 2 Nr. 1, April 1982. Hans Heinz Holz' Feststellung, bei Bloch liege ein „mit vielen idealistischen Denkfiguren verquickte(r) Utopismus“ vor, verfehlt dagegen das Wesentliche: Konkrete Utopie ist ein philosophischen Vorbegriff für eine wissenschaftliche Utopistik im Begreifen der Praxis, für die im „Philosophiebegriff des Marxismus-Leninismus“ oder im traditionellen „Marxismus“ gerade kein Platz war und ist. Vgl. den Wiederabdruck von 1985 „Auf der Epochenschwelle. Zum 125. Geburtstag von Ernst Bloch“. Junge Welt, am 08.07./09.07.2010.

dem Feld der Gesellschaftstheorie herumgeisternden falschen Begriffes von „Totalität“. Dass der Philosoph, der sich als Partizipant eines ganzen Zeitalters bei mancher Lagebeurteilung kolossal irrte und in fachlichen Fragen der politischen Ökonomie kaum eine Ahnung hatte, auf diesem Terrain die utopistische Konkretion selbst nicht leisten konnte, liegt auf der Hand. Aber seine Philosophie der konkreten Utopie hat unausgesprochen die, kaum je ausreichend reflektierte, innermarxistische Spannung zwischen einem genuin utopistisch dimensionierten Praxisdenken und einer sich beharrlich im Negatorischen entfaltenden Politökonomie gesteigert - nicht auf seiner Seite ist man eine Antwort schuldig geblieben.

Die europäische Denkströmung der Philosophie der Praxis

Ernst Bloch darf natürlich nicht isoliert betrachtet werden. Er ist Exponent einer ehemals lebendigen europäischen Strömung, die sich im fortgehenden 20. Jahrhundert breiter entfaltete und von der 68er-Bewegung befeuert wurde. Damals, und nur dieses einzige Mal in der bisherigen Geschichte, trat eine beständigere, wenn auch keineswegs homogene Gruppierung auf, deren Beteiligte sich ausdrücklich den Fragen einer Philosophie der Praxis widmeten. Ich meine die Gruppe der jugoslawischen Praxisdenker, die sich während der west-östlichen Konfrontation des Kalten Krieges, vorübergehend in einem geschichtlichen Zwischenreich, im sozialhistorischen Milieu des blockfreien ehemaligen Jugoslawien formieren konnten.

Durch bedeutende Denker wie Gajo Petrovic und Milan Kangrga, durch die Zeitschrift *Praxis* (1965-1974) und internationale Konferenzen, die sogenannten Sommerschulen auf der Adria-Insel Korcula, insbesondere auch durch Predrag Vranickis „Geschichte des Marxismus“ wurden die Praxisdenker zu einem intellektuellen Kristallisationskern mit gesamteuropäischer Ausstrahlung. Es war ein Netzwerk und ein Forum des Austauschs geschaffen. Zu den beteiligten Philosophen und Wissenschaftlern zählen unter anderem Ernst Bloch, Thomas Bottomore, Erich Fromm, Lucien Goldmann, Agnes Heller, Leszek Kolakowski, Karel Kosik, Henri Lefebvre, Herbert Marcuse und Enzo Paci.⁵⁴

Der rote Faden des Praxisdenkens bindet sozusagen auch die Blätter der ersten Ausgabe der Zeitschrift *Praxis* zusammen, die zweifellos einen programmatischen Charakter aufweist. Gajo Petrovic erklärt: „Was den Men-

54 Vgl. Veljak, Lino: Die Erbschaft der Praxis-Gruppe und die antithetische Solidarität. Wien 2006.

schen zum Menschen macht, ist nicht diese oder jene nur ihm eigene Eigenschaft oder Tätigkeit, ... es ist vielmehr die allgemeine Struktur seines Seins, die Marx 'Praxis' nannte. Der Mensch ist, nach Marx dasjenige Seiende, das auf die Weise der Praxis ist".⁵⁵ Praxis wird hier als der „authentischste Modus des Seins“ gefasst und die Frage gestellt, inwiefern sie als solche Ausgangspunkt einer möglichen umfassenden Welterkenntnis und menschlichen Schöpfertums zu fassen ist.

Während also im Osten, im Anschluss an Stalins (1879-1953) Diktat „Über dialektischen und historischen Materialismus“⁵⁶ der davon durchtränkte Kanon der marxistischen Schulphilosophie als Denkgebot galt, wurde hier wieder die Philosophie aus der Marxschen Wurzel lebendig. In grundlagentheoretischer Hinsicht ist eine unvermeidliche Konfrontation beider Ansätze besonders hervorzuheben: Bei einer Tagung 1968 im jugoslawischen Bled eklatierte die Auseinandersetzung zwischen den Vertretern einer Erkenntnistheorie der Praxis auf der einen und der dogmatischen Abbild- oder Widerspiegelungstheorie auf der anderen Seite und es entstand der Eindruck der Überlegenheit der ersteren. Dennoch spielte diese Offensive des Praxisdenkens, bei der der schöpferische Charakter und die wirklichkeitskonstitutive Kraft geistiger Praxis, der reflektiven menschlichen Intelligenz ins Feld geführt wurden, auf einer hohen Abstraktionsebene. Damit blieben, wie schon bei der von Petrovic formulierten fundamentalen These, geistphilosophische und epistemologische Fragen offen, die auch heute noch kaum als gelöst gelten können.

Was wurde schließlich aus der Praxisgruppe? Im Gefolge der konservativen Wende in Jugoslawien setzten Repressalien ein und 1975 wurden die Sommerschule und die Zeitschrift aufgehoben. In der Folge gab es noch den Versuch, eine Plattform für die Philosophie der Praxis zu erhalten. Der Doyen der jugoslawischen Praxisdenker, Gajo Petrovic, organisierte zusammen mit dem Kasseler Philosophen Wolfdietrich Schmied-Kowarzik in Dubrovnik und in Kassel noch bis zu Anfang der 90er-Jahre internationale Kurse und Tagungen, die auch in Publikationen dokumentiert sind. Der programmatische Titel des Symposiums 1982 in Kassel lautete: „Grundlinien und Perspektiven der Philosophie der Praxis“.

55 Vgl. Petrovic, Gajo: Praxis und Sein. In: Praxis Nr. 1 1965, S. 26-40.

56 Stalins „Über dialektischen und historischen Materialismus“ findet sich in der „Geschichte der KPdSU (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang“, gebilligt vom ZK der KPdSU 1938, S. 126-160. Es markiert den Ausgangspunkt der schulphilosophischen Tradition.

Die reichhaltigen praxiszentrierten Ansätze und Debatten über die Zukunft des Marxismus, die sich von den 60er- bis zu Anfang der 90er-Jahre in verschiedenen Ländern entfalteten, können hier nur angedeutet werden:

Stellvertretend für die Philosophen, die sich im sowjetischen Machtbereich unter schwierigsten Bedingungen artikulierten, sei der Tscheche Karel Kosik und sein Werk „Dialektik des Konkreten“⁵⁷ genannt. Kosik orientierte auf die „Destruktion der Pseudokonkretheit“, jener gesellschaftlichen Erkennens- und Bewusstseinschicht, „die unter der trügerischen Gegenständlichkeit der Erscheinung ihre wirkliche historische Gegenständlichkeit nicht enthüllt“ und so „in den Bann fetischistischer Anschauungen“ gerät. Für Deutschland sind insbesondere Autoren wie Helmut Fleischer und Alfred Schmidt zu nennen, die sich in Fragen einer „Wende der Philosophie zur Praxis“, deren philosophische und sozialanalytische Konsequenzen, und in Probleme einer „marxistischen Historik“ vertieften. Alfred Lorenzer hat, auf seinem Weg zu einer materialistisch gehaltenen Sozialisationstheorie, zur „Praxis-Diskussion“ und zur grundlagentheoretischen Klärung des Praxisproblems beigetragen.⁵⁸ Sogar in der ehemaligen DDR gab es einen schnell unterdrückten Versuch, Praxis als „Zentralkategorie des Marxismus“⁵⁹ zu rehabilitieren.

Anders als im Osten erlaubten die Verhältnisse im Westen eine vielseitige Debatte. Hier ragen französische Intellektuelle wie Jean Paul Sartre mit „Marxismus und Existenzialismus“⁶⁰ und seiner „Kritik der dialektischen Vernunft“, auch Henri Lefebvre mit der „Metaphilosophie“, seiner „Kritik des Alltagslebens in der modernen Welt“ und weiteren Analysen zur modernen Lebenswirklichkeit heraus. Auch in anderen europäischen Ländern

57 Kosik, Karel: Dialektik des Konkreten. Eine Studie zur Problematik des Menschen und der Welt. Frankfurt am Main 1970, S. 56 f.

58 Vgl. Lorenzer, Alfred: Symbol, Interaktion, Praxis. In: Ders. u.a., Psychoanalyse als Sozialwissenschaft. Frankfurt am Main 1971, S. 48 f.

59 „Die Kategorie Praxis steht nicht nur im Mittelpunkt des historischen Materialismus, wie meist interpretiert wird; eben weil sie dort steht, ist sie die Zentralkategorie der marxistischen Philosophie überhaupt“. Vgl. Seidel, Helmut: Vom praktischen und theoretischen Verhältnis der Menschen zur Wirklichkeit, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Heft 10/1966, S. 1177-1191.

60 Sartres „Existenzialismus und Marxismus. Versuch einer Methodik“ erschien alsrororo-Bändchen schon 1964, die von Lefebvre kritisch gesehene „Kritik der dialektischen Vernunft“ folgte 1967.

in Nord und Süd, von Schweden bis nach Italien wurden geistige Kräfte wach, die einen praxiszentrierten Ansatz verfolgten.

George Herbert Mead: Ein ‚missing link‘ der Praxisphilosophie?

Die Offenheit und Lebendigkeit vormaliger Diskussionen ist beispielsweise auch dadurch bezeugt, dass in den Jahren 1975-1978 im Interuniversitären Zentrum Dubrovnik internationale Tagungen zum Thema „Phänomenologie und Marxismus“ stattfanden. Demgegenüber ist aus heutiger Sicht zu beklagen, dass eine eingehende Auseinandersetzung auch mit Spielarten des amerikanischen Pragmatismus wegen tief verwurzelter Abneigungen auf Seiten der Praxisphilosophen nicht stattfand: Die Dialektiker sahen sich von vornherein in Opposition und Bloch sprach gar vom „Schandpragmatismus“ der Nazis.

Infolgedessen blieb auch der von Hegels Dialektik und von der Prozessphilosophie Alfred North Whiteheads beeinflusste Sozialphilosoph George Herbert Mead (1863-1931), der in Chicago wirkte, völlig außer Blickweite der kritischen Intellektuellen im amerikanischen Exil und später der praxiszentrierten Theoretiker: Die spätere Vereinnahmung des Praxisdenkers Mead in Habermas „Theorie des kommunikativen Handelns“ hatte wegen dieser theoriegeschichtlichen Konstellation leider keinen vorinformierten Widerpart, und noch in der Gegenwart kümmert sich marxistisch so gut wie niemand um den von Mead selbständig entwickelten praxistheoretischen Ansatz. Dieser stellt meiner Ansicht nach in erkenntnistheoretischer und subjektivitätstheoretischer Hinsicht so etwas wie ein „missing link“ der Praxisphilosophie auf dem Weg zur gesellschaftswissenschaftlichen Konkretion dar.⁶¹

Im Zentrum des Meadschen Denkens steht ein Demonstrationsmodell oder Konzept der „gesellschaftlichen Handlung“, das Aufschluss über die Genesis und das Naturell der Sprache und des Intellekts, das Wesen des Geistigen, über die Entstehung und Konstitution des menschlichen Selbsts als personaler, innerlich dialogisch und widersprüchlich strukturierter Identität, überhaupt über den Zusammenhang von Handeln, Bedeutung und Kommunikation. Zudem hat Mead einen Begriff mit praxislogischem Tiefsinn hervorgehoben, der sowohl den vulgärmaterialistischen Objektivismus als auch Intersubjektivitätsideale aufbricht und tatsächlich

⁶¹ Ausführlicher bei Müller, Horst: Marx, Mead und das Konzept widersprüchlicher Praxis. Als Onlinetext <http://www.praxisphilosophie.de/marxmead.pdf>

eine „Position von strategisch wichtiger Bedeutung“ markiert. Es ist der Begriff der „Perspektivität“, oder das grundsätzliche Verständnis für eine „objektive Realität von Perspektiven“⁶², der in dem von mir vorgeschlagenen konstitutionstheoretischen Grundbegriff „Praxisperspektiven“ aufgehoben sein soll.

Immerhin wird in neuerer Zeit, etwa im Soziologie-Reader von Gertraude Mikl-Horke⁶³, schon einmal treffend auf den „Pragmatismus Meads als eine Form der Praxisphilosophie“ hingewiesen. In politischer Hinsicht vertritt Mead eine fortschrittliche, radikaldemokratische Tendenz. Im Kontext der vormaligen Praxis-Diskussion hegte aber wohl niemand die Erwartung, man könne von irgendeiner Spielart des amerikanischen Pragmatismus etwas lernen. In diesem Sinn erging Blochs im Kern treffendes Verdikt⁶⁴ gegen den „Pragmatismus in Amerika“, gegen die „Verfälschbarkeit der (Feuerbach-)These 11 im Kopf von Intelligenzverächtern und Praktizisten“, auch schon vorab gegen die „trial-and-error-method“, die Sir K.R. Popper später zur Ehrenrettung bürgerlicher Sozialtechnologie und 1971 auch im Disput gegen Herbert Marcuse aufbot. Ein Artikel der Zeitschrift „Praxis“ zur Frage des Verhältnisses zur „modernen Soziologie“⁶⁵ läuft auf die grundsätzliche, abwehrende Feststellung hinaus: „Clearly the requirements of a sociological theory of action based on the philosophy of the early Marx differ greatly from the fundamental pre-occupations and categories of modern sociology“.

Metaphilosophie der Praxis:

Kritik des Alltagslebens, urbane Praxis und kulturelle Revolution

Eine nachhaltige institutionelle Verankerung, schulenbildende Kontinuität und öffentliche oder gar mäzenatische Unterstützung, die beispielsweise für die Resonanz des Frankfurter Kreises und ihrer Kritischen Theorie in

62 G. H. Mead: Die objektive Realität von Perspektiven. In: Ders., Philosophie der Sozialität. Abschnitt 6. Frankfurt am Main 1969, S. 213-228.

63 Mikl-Horke, Gertraude: Soziologie. Historischer Kontext und soziologische Theorie-Entwürfe. München 2001, S. 193. Im Anschluss an diese und ähnliche Arbeiten wäre allerdings dringend zur Lektüre zu empfehlen von Immanuel Wallerstein: „Die Sozialwissenschaften kaputtdenken. Die Grenzen der Paradigmen des 19. Jahrhunderts“, Weinheim 1995.

64 Bloch, Ernst: Das Prinzip Hoffnung, S. 319-322.

65 Netti, J.P.: The early Marx and modern Sociology. In: Praxis Nr. 3-4 / 1968, S. 346-363.

der wissenschaftlichen Welt mit ausschlaggebend waren, hat die Praxisphilosophie und haben praxiszentrierte Wissenschaftler bis heute nicht erreicht. Abgesehen von der keineswegs homogenen Gruppe der jugoslawischen Denker hat sie sich in der Vergangenheit maßgeblich im Werkschaffen von Einzeldenkern manifestiert und fortgebildet. Zu diesen muss ohne Zweifel auch Henri Lefebvre gezählt werden.

Der französische Marxist Henri Lefebvre (1905-1991) zeichnet sich durch eine außerordentliche Intensität und Kreativität hinsichtlich der philosophischen und gesellschaftswissenschaftlichen „Praxis“-Orientierung aus. Er unternahm bedeutende Schritte hin zu einer zeitgemäßen Konkretisierung der Idee, vor allem durch die praxistheoretische Erschließung der „Alltäglichkeit“: jenes zunehmend auskristallisierten, massiven Geflechts gesellschaftlicher Wirklichkeit, welches die traditionellen marxistischen Konzeptualisierungen von Staat und Ökonomie, von Basis und Überbau real überschreitet und auch für die Wissenschaft der politischen Ökonomie neue Probleme aufwirft.

Mit der zunächst einfach erscheinenden, aber höchst folgenreichen Grunderkenntnis, dass das eigentliche Resultat der Industrialisierung in der Urbanisierung besteht, in der im 20. Jahrhundert fortschreitenden Formierung einer verstädterten Gesellschaft, wird im Grunde die urbane Praxis zu einem neu zu fassenden Gegenstand und zu einem meiner Ansicht nach auch bis heute politisch und ökonomisch⁶⁶ noch nicht zu Ende gedachten Problem. Lefebvre zieht Konsequenzen hinsichtlich der erhofften gesellschaftlichen Umwälzung, die allzu oft politökonomisch verengt und politokratisch gedacht wurde: „Eine Revolution im Marxschen Sinne verändert das Leben, sie formt die Alltäglichkeit um“.⁶⁷

Predrag Vranicki bemerkte: „Mit vollem Recht können wir sagen, daß Henri Lefebvre der bisher luzideste französische Marxist ist ...“⁶⁸. Dieser besorgte die 1931 entdeckten Pariser Manuskripte von Marx in französischer Erstausgabe und nahm an der in Frankreich einsetzenden Hegelre-

66 Klassische Arbeiten wie Manuel Castells „La question urbaine“ (1972) bzw. „Die kapitalistische Stadt“ (1977) oder David W. Harveys „Social Justice and the City“ (1973) öffneten das Tor zu einer stärker politökonomisch reflektierten kritischen Soziologie der Stadt, des Raums und Stadtpolitik.

67 Lefebvre, Henri: Vorwort zur „Kritik des Alltagslebens“ Bd. I-II-III. Kronberg/Ts. 1977, S. 10.

68 Vranicki, Predrag: Geschichte des Marxismus. Frankfurt am Main 1983, S. 903.

zeption⁶⁹ teil. Es kristallisierte sich die praxistheoretische Grundposition, die ihren Niederschlag in der 1934/35 geschriebenen, 1939 herausgegebenen Schrift „Der dialektische Materialismus“ fand. Es ging ihm in diesem ersten, vorläufigen Anlauf um das weiterhin „legitime und notwendige Ziel“ einer „Wiederherstellung der Philosophie .. im Marxismus“.⁷⁰

Lefebvre bezeichnete den Ausgangspunkt dieses Projekts mit der Aussage, welche der gesamten bürgerlichen Philosophie als solcher und im Zusammenhang der akademischen philosophiegeschichtlichen Eklektik „Von Platon bis Derrida“ bis heute weder in den Sinn noch über die Lippen kommt: „Praxis im präzisen Sinne wäre demnach das Wirkliche des Menschen“ und „Totale Geschichte wäre demnach eine Geschichte der Praxis“⁷¹. Er destruierte das mit dem Begriff Praxis noch oft assoziierte „Denkbild des Machens“, indem er den Universalcharakter des Herausbringens betonte. „Die Praxis ist der Ausgangs- und Endpunkt des dialektischen Materialismus. Dieses Wort bezeichnet philosophisch, was der gesunde Menschenverstand 'das wirkliche Leben' nennt ... Das Ziel des dialektischen Materialismus ist nichts als der durchsichtige Ausdruck der Praxis, des wirklichen Lebensinhalts - und dementsprechend die Umgestaltung der tatsächlichen Praxis zu einer bewußten, kohärenten und freien Praxis. Das theoretische Ziel und das praktische - Erkenntnis und schöpferische Aktion - sind untrennbar“⁷². Dieses „Projekt einer radikalen Veränderung ist nicht abtrennbar von der Aufhebung der Philosophie und ihrer Verwirklichung“. Zur Charakterisierung dieser auf Marx zurückverweisenden praxisphilosophischen Selbstreflexion und ihres emanzipierten Wirklichkeitsbegriffs schlägt der Denker den Begriff „Metaphilosophie“ vor.⁷³

„Sie umschließt die Analyse der Praxis und zugleich die Darlegung der Praxis in der Totalität (der wirklichen und der möglichen, mit Schließungen und Öffnungen, Ebenen und Entnivellierungen), und im gleichen Zuge forscht sie nach der praktischen Energie, das heißt nach den gesellschaftli-

69 1933 -1938 hielt Alexandre Kojève seine berühmten Vorlesungen über die Phänomenologie des Geistes. Zu den Hörern gehörten auch J.-P. Sartre, Merleau-Ponty, Raymond Aron und Hannah Arendt.

70 Lefebvre, Henri: Der dialektische Materialismus. Frankfurt am Main 1969. Vorwort zur 4. Auflage, S. 11.

71 Lefebvre, Henri: Metaphilosophie. Prolegomena. Frankfurt am Main 1975, S. 13.

72 Lefebvre, Henri: Der dialektische Materialismus, S. 90.

73 Lefebvre, Henri: Metaphilosophie. Prolegomena, S. 126.

chen Kräften, die zur Intervention imstande sind“. Für solches totalisierendes Denken wird eine Fülle von praxisanalytischen Konzeptualisierungen entwickelt, die ein eingreifendes Begreifen im konkreten Fall anleiten können: Aus der „Widersprüchlichkeit“ der Praxis erwächst eine dauernde Herausforderung zu ihrer Reorganisierung. Gegen ein falsches Totalitätsdenken wird eingewandt, dass die Praxis einen prinzipiell gebrochenen und offenen Charakter aufweist. Lebenswirklichkeit ist von da etwas „transitorisches“, ist voller „Latenz“ und „Virtualität“, beinhaltet nicht vereinnahmte „Residuen“. Es entstehen kritische Situationen voller Ambiguität, denen ein realer Doppelsinn innewohnt, bis der Moment der Entscheidung kommt, eine neue „Option“, ein neues Projekt, eine neue Praxis ergriffen wird. Weitere Passagen zeigen die Geistesverwandtschaft zum Praxisdenker Blochs: „Das Gegenwärtige impliziert das Mögliche im Aktuellen, und die Gegenwart spielt sich nicht ohne das Licht und den Horizont der Zukunft ab“⁷⁴

Die metaphilosophische, praxiswissenschaftliche Grundkonzeption bildet den Schlüssel für das gesamte Werk und wurde in der Nachkriegszeit im Zuge der „Kritik des Alltagslebens“, durch die „Grundrisse einer Soziologie der Alltäglichkeit“ und Untersuchungen wie „Soziologie nach Marx“ weiter entwickelt. Dies mündete in immer erneute Versuche, die historische Situation des fortgehenden 20. Jahrhunderts neu zu fassen. „Die Modernität, deren Konturen und Begriff sich jetzt allmählich herauschälen“, mit „ihrer durchgängigen, alle Bereiche erfassenden Dauerkrise“⁷⁵, entsteht „im Gefolge weitreichender Veränderungen innerhalb der gesellschaftlichen Praxis des 20. Jahrhunderts“.

Lefebvre resümierte und aktualisierte seine früheren Studien in dem 1968 erschienenen „Das Alltagsleben in der modernen Welt“. Titel wie „Revolution der Städte“ - im Original *La révolution urbaine* - und „Die Zukunft des Kapitalismus“ signalisieren eine weitere Vertiefung des Ansatzes: Die Alltäglichkeit ist eingebettet in die bürokratische Gesellschaft des gelenkten Konsums auf neokapitalistischer Grundlage. Deren alltägliche „städtische Praxis“ vermittelt die - auch ökonomische - Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse maßgeblich. „Nun trat aber die Bedeutung des Begriffs Alltag in der Folge viel deutlicher hervor. Der Alltag, und nicht mehr das Ökonomische ganz allgemein, ist die Ebene, auf der der Neokapitalismus sich einrichtet. Er gründet sich auf den Alltag als auf etwas festes, als gesellschaftliche Substanz, die von politischen Instanzen genährt wird.“

74 Lefebvre, Henri: Kritik des Alltagslebens III, S. 25.

75 Lefebvre, Henri: Kritik des Alltagslebens III, S. 159.

Die Alltäglichkeit bzw. die urbane Praxis erscheint als riesiger Komplex, in dem die „Entfremdung“ haust, der aber auch „Residuen“ aufweist und dem eine unausgeschöpfte Potentialität innewohnt. Dieser Komplex ist ein politisches Projekt des Kapitalismus, kann und soll angegriffen und aufgebrochen werden. Es geht Lefebvre um das Konzept einer umfassenden, permanenten „kulturellen Revolution“⁷⁶.

„Könnte eine Erklärung für die Krise der ‚Linken‘ nicht unter anderem darin zu finden sein, daß sie unfähig ist, diese Fragen zu analysieren bzw. darin, daß sie sie zu eng absteckt?“ Ein auch in die Situation des 21. Jahrhunderts einschlagender Grundgedanke lautet: „Die Schaffung eines umfassenden urbanen Programms, das ebenfalls ein Projekt der Veränderung der Alltäglichkeit sein müßte und nichts mit einem repressiven und banalen Urbanismus oder einer zwangsweisen Gebietsbereinigung zu tun hätte, wäre die wichtigste politische Wahrheit, die man dem Rest der ‚Linken‘ in Frankreich eintrichtern müßte, damit sie sich erneuern könnte“.⁷⁷

Dabei ist klar: „Das Problem der Verstädterung ist kein Problem mehr, das die Stadtverwaltung angeht; es hat die ganze Nation, die Erde erfaßt“. Lefebvre lenkt damit den Blick auf eine für die Zukunft notwendig erscheinende zivilisatorische Umwälzung. Sein Begriff von „Mondialisierung“ erweitert die Sichtweise auf das, was heute „Globalisierung“ genannt wird und erlaubt ihm, darin eine humane Entwicklungsperspektive aufzuzeigen: „Jede menschliche Gemeinschaft hat eine Qualität, einen Stil. Es gibt bereits menschliche Gemeinschaften und Stile: Nationen, Kulturen, Traditionen. Der totale Humanismus beabsichtigt nicht, diese Gemeinschaften zu zerstören, sondern will sie im Gegenteil von ihren Beschränkungen befreien, sie dergestalt bereichern, daß sie zu einer konkreten Universalität tendieren, ohne etwas von ihrer Wirklichkeit einzubüßen ... Für diesen Humanismus ist die oberste Instanz nicht die Gesellschaft, sondern der totale Mensch ...“, das heißt die „vollentfaltete Individualität“ in der „freien Gemeinschaft“.

Solches tritt freilich nicht unabwendbar ein: „Es kann weder aus einem ökonomischen Schicksal hervorgehen noch aus einer geheimnisvollen Finalität der Geschichte, noch aus einem Dekret 'der Gesellschaft'. Die lebendigen Individuen, die sich für es einsetzen, können besiegt werden. Die Menschheit kann in Verwirrung und Chaos geraten“: Davon zeugen nicht

76 Vgl. Lefebvre, Henri: Das Alltagsleben in der modernen Welt. Frankfurt am Main 1972. Dort der Abschnitt „Auf dem Wege zur permanenten kulturellen Revolution“, S. 263-278.

77 Lefebvre, Henri: Revolution der Städte. Frankfurt am Main 1972, S. 158.

nur die furchtbaren Ereignisse am Beginn des kurzen 20. Jahrhunderts, sondern das Weltgeschehen in seinem Fortgang und in der neuen Situation des 21. Jahrhunderts: Nach dem „Jahrhundert der Extreme“ wurde anscheinend eine Epoche voller zivilisatorischer Desaster eröffnet.

Praxeologische Sozialforschung: Konstituenten der Praxis, Praxeologie und Realpolitik der Vernunft

Die Debatten der 60er-, 70er- und vielleicht noch 80er-Jahre sind heute Geschichte: Zwischen ihnen und unserer neuen Zeit liegt die Wende von 1989, der Zusammenbruch der Gesellschaftsexperimente im Osten und der unerwartet schnelle, stürmische Aufstieg Chinas zu einer Weltmacht, die zur Zeit der „Wende“ bereits fortschreitende neoliberale Offensive auf nationaler und internationaler Ebene, die, wie erst ein Vierteljahrhundert später offenbar werden sollte, zu einer neuen interkontinentalen Kräftekonstellation und in die gegenwärtige System- und vieldimensionale Weltkrise führte.

Vormalige Erwartungen, dass nach dem Wegfall der institutionellen Basis des Dogmatismus wieder ein schöpferisches Marxismusdenken ins Blickfeld rücken und sich entfalten könnte, haben sich nicht erfüllt. Die ideologisch verwirrte Linke fand vor allem in der Pflege und Aktualisierung der traditionellen politökonomischen Analytik und Systemkritik Halt. Auf der gegnerischen Seite setzte ein antisozialer und antisozialistischer Rollback ein, der nach einem Vierteljahrhundert Hegemonie tiefe Spuren hinterlassen hat. In dieser Zeit wurde das Denken von und mit Marx aus dem wissenschaftlichen Feld, aus der Welt der Medien, aus dem öffentlichen Bewusstsein weit abgedrängt, wenn nicht gar eliminiert.

Angesichts dieser Entwicklung war es umso erfreulicher, dass in der Welt der instituierten Wissenschaftlichkeit und in der öffentlichen Debatte wieder ein bedeutender Theoretiker hervortrat, der den roten Faden des Praxisdenkens weiter gesponnen und zu seiner substanziellen Regenerierung beigetragen hat. Ich meine Pierre Bourdieu (1930-2002). Dieser steht mit seinem Schaffen, anders als Bloch und Lefebvre, schon an der Wende zum 21. Jahrhundert. Das zeigt seine Positionierung in der gesellschaftlichen und politischen Debatte: Es geht jetzt um den „Widerstand gegen die

neoliberale Invasion“⁷⁸, die Verteidigung des Sozialstaats und die noch unabgeschlossene Zukunft Europas.

Der intellektuelle Dissident suchte den praxistheoretischen Impuls unter dem unverfänglichen Titel einer „Praxeologie“ in soziologische Fragestellungen und empirische Untersuchungen zu übersetzen. Bourdieu greift im Grunde den Marxschen Grundgedanken von Praxis als Integral und Konstitution gesellschaftlicher Wirklichkeit wieder auf und wendet sich insofern gegen die Partikularismen, Dualismen und den affirmativen Charakter moderner Sozialtheorien, etwa gegen Strukturfunktionalismus und Systemtheorie, Interaktionismus und Intersubjektivitätstheorie: Sein „Entwurf einer Theorie der Praxis“ legt die Borniertheiten eines ganzen Spektrums von Sozialtheorien bloß, deren jeweils eigentümlich beschränkter Zugang zur Wirklichkeit sie Entscheidendes der Praxiskonstitution verfehlen lässt. Die so entwickelte und verteidigte Wirklichkeitsauffassung wird als „Bedingung einer strengen Wissenschaft von den Praxisformen und praktischen Handlungen“⁷⁹, einer „praxeologischen“ Erkenntnis aufgefasst.

Dazu werden neue Begrifflichkeiten entwickelt, welche der Komplexität des Praxisgeschehens Rechnung tragen: Soziales Feld, Habitus und objektive Struktur, ökonomisches, kulturelles und symbolisches Kapital, Feld der Macht, symbolische Gewalt. Die kategorialen Zurüstungen zielen darauf, den Subjekt-Objekt-Konnex, aber auch die möglichen Öffnungen der Praxis, die Kräfte für einen Wandel zu erfassen, zu denen sich nun auch Wissenschaftler und Intellektuelle gesellen sollen. Bourdieu fragt: „Wie läßt sich der ‚überlegte Utopismus‘ den Ernst Bloch mit Blick auf Bacon formulierte, neu beleben und mit gesellschaftlicher Durchsetzungskraft versehen?“⁸⁰

Die Grundlagen seines Denkens hat Bourdieu in den 70er-Jahren als „Entwurf einer Theorie der Praxis“ vorgelegt. Er zitiert unter diesem Titel sogleich die 1. Feuerbachthese⁸¹, den Grundstein der Praxisphilosophie, in der nämlich die Absicht, jenseits der *falschen* Alternative von Materialismus

78 Bourdieu, Pierre: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion. Konstanz 1998.

79 Bourdieu, Pierre: Entwurf einer Theorie der Praxis. Frankfurt am Main 1979, S. 139, 147 f.

80 Bourdieu, Pierre: Neo-Liberalismus als konservative Restauration. In: Horst Müller (Hg.), Das PRAXIS-Konzept im Zentrum gesellschaftskritischer Wissenschaft. Norderstedt 2005, S. 178.

81 Bourdieu, Pierre: Entwurf einer Theorie der Praxis, S. 137, 228.

oder Idealismus zur Wahrheit der Praxis zu kommen.⁸² Im Folgenden kommt es zu erkenntnistheoretischen, auch ideologiekritischen Präzisierungen: Der „Sinn einer Information“ liegt definitiv in ihrer „Handlungsorientierung“, in ihrer Orientierung des Handlungsvollzugs⁸³. Aber die Handlungen und Werke schließen einen objektiven Sinn und eine objektive Intention ein, welche die bewusste Absicht übersteigt. Bourdieu dazu: „Weil die Handelnden nie ganz genau wissen, was sie tun, hat ihr Tun mehr Sinn, als sie selber wissen“⁸⁴.

Die damit eröffnete differenziertere Sicht bezüglich des widersprüchlichen Zusammenhangs von Handeln und gesellschaftlicher Praxis, implizitem Sinn und expliziter Bedeutung ruft den amerikanischen Praxisdenker und Sozialphilosophen George Herbert Mead in Erinnerung: Bourdieu bemerkt, dass in bestimmter Hinsicht, zur Entschlüsselung des Praxisgeschehens, das „typisch hermeneutische Paradigma des Austauschs von Worten zweifellos weniger angemessen ist als das des Schlagabtauschs, das G.H. Mead zur Anwendung brachte“. Ein Blick hinter die Kulissen der Kommunikation zeigt, man kann „die Handlungen und nicht allein die Gedanken anderer formen“.⁸⁵

Die „Theorie der Praxis“ trägt weiter zur Erhellung des Praxisproblems bei, indem sie den „Erzeugungsmodus der Praxis“⁸⁶ untersucht. Das heißt: Die für einen spezifischen Typus von Umgebung, für ein soziales Feld konstitutiven objektiven Strukturen erzeugen „Habitus“-Formen, eine kognitive und motivationale Strukturiertheit, Systeme dauerhafter Dispositionen, die als Erzeugungsprinzip von Praxisformen und Repräsentationen wirken. Aber es gibt keine determinierte habituelle Reaktionsform auf objektive Bedingungen. Die Welt der Praxis bietet Möglichkeitsspielräume, auch wenn sie nur eine „bedingte Freiheit“ zu gewähren vermag.

Die praxeologisch geschärfte Sichtweise des gesellschaftlichen Lebens überschreitet traditionelle Objektivitätsauffassungen und lässt die allgegenwärtige Widersprüchlichkeit der Praxis besser begreifen: So kann eine implizite oder explizite Objektivität der Praxis und können deren objektiv-reale Möglichkeiten gegen bornierte Praktiken und Praxisformen ins Feld

82 Bourdieu, Pierre: A.a.O., Anmerkung 17, S. 412.

83 Bourdieu, Pierre: A.a.O., S. 146.

84 Bourdieu, Pierre: A.a.O., S. 179.

85 Bourdieu, Pierre: A.a.O., S. 146.

86 Bourdieu, Pierre: A.a.O., S. 164, 169.

geführt werden. Hinter den Kulissen der Kommunikation wird deutlicher, wie sich die Strategien der Akteure kreuzen. Die gesellschaftliche Lebenswirklichkeit ist wesentlich mitbestimmt durch einen „Kampf um knappe Ressourcen und Positionen“.⁸⁷ Es gibt „die Möglichkeit von unterschiedlichen oder antagonistischen Überzeugungen“⁸⁸ und infolgedessen einen Kampf um die Bestimmung der Realität. An deren Frontlinie findet eine Auseinandersetzung statt mit der herrschenden Orthodoxie als ein System von „schicklichen Weisen“, die Welt zu denken.

In die Auseinandersetzung sind unausweichlich auch die Wissenschaftler hineingezogen, sie sollen „Militante der Vernunft“⁸⁹ werden, sie können eine „Realpolitik der Vernunft“ unterstützen.

Die Stadt Ludwigshafen am Rhein, wo Bloch geboren wurde, hat Bourdieu 1997 mit dem „Ernst-Bloch-Preis“ gewürdigt. Im Essay im Anschluss an seine Bloch-Preisrede forderte Bourdieu in bester praxisphilosophischer Tradition auf: „Gemeinsam müssen die Intellektuellen an Analysen arbeiten, mit deren Hilfe realistische Projekte und Aktionen in Angriff genommen werden können, abgestimmt auf die Prozesse einer Ordnung, die sie verändern wollen. Dieser theoretisch begründete Utopismus fehlt Europa wahrscheinlich am meisten“⁹⁰. Und: „Es ist höchste Zeit, die Voraussetzungen für den kollektiven Entwurf einer sozialen Utopie zu schaffen“, zu deren wesentlichen Bestandteilen eine ganz neue „Ökonomie des Glücks“⁹¹ gehört.

87 Axel Honneths Versuch, unter Rückgriff auf die von Hegel geborgte Idee der „Anerkennung“ und mit den „Konstruktionsmitteln“ der „Sozialpsychologie Meads“ endlich eine „normativ gehaltvolle Gesellschaftstheorie“ zu kompilieren, ist der letzte Rettungsversuch einer Intersubjektivitätstheorie, die den Halt im Praxisdenken verloren hat. Vgl. Honneth, Axel: Kampf um Anerkennung. Frankfurt am Main 1994, S. 148 f. Die 2005 von Honneth nachgeschobene „anerkennungstheoretische Studie“ zu Lukacs' „Verdinglichung“ kommentierte Ralf Konersmann: „Selten ist dem Authentizitätsverlangen moderner Sozialromantik derart unverhohlen Ausdruck gegeben worden“.

88 Bourdieu, Pierre: Entwurf einer Theorie der Praxis, S. 325, 331 ff.

89 Bourdieu in einem Interview in den 90er-Jahren: "Man müsste es fertig bringen, Wissenschaft und Militanz zu versöhnen, den Intellektuellen die Rolle von Militanten der Vernunft wiederzugeben, die sie etwa im 18. Jahrhundert hatten“.

90 Bourdieu, Pierre: Neo-Liberalismus als konservative Restauration, S. 178.

91 Bourdieu, Pierre: Gegenfeuer, S. 9, 76.

Marxismus- und Praxisdenken im 21. Jahrhundert

Die Sondierung zu praxistheoretischen Konzepten und theoriegeschichtlichen Verbindungslinien von Marx bis Bourdieu, zusammen mit Kernaussagen der Protagonisten sowie interpretativen Präzisierungen, sollten das Bewegungszentrum, auch offen gebliebene Fragen und unerledigte Aufgaben des Praxiskonzepts, alles in allem seine Potentialität verdeutlichen. Blickt man nun zurück auf die Jahrzehnte, in denen sich das Marxismus- und Praxisdenken in einer lebendigen intellektuellen Strömung und durch bedeutende Werkbeiträge manifestierte, dann tritt jedoch umso mehr die gegenwärtige randständige und problematische Situation einer Philosophie und Wissenschaft gesellschaftlicher Praxis ‚aus der Marxschen Wurzel‘ vor Augen, ebenso die Schwierigkeiten der Aufgabe, im beginnenden 21. Jahrhundert wieder neu zur gesellschaftsgeschichtlichen Konkretion, zum „Begreifen der Praxis“ vorzudringen.⁹² Ich möchte zu den Problemen, aber auch zu den Forschungs- und Entwicklungsperspektiven des Ansatzes noch drei Thesen formulieren:

Erste These:

Zur paradigmatischen Ausformung des Wissenschaftskonzepts auf der Grundlage einer Konstitutionstheorie der Praxis

Wie konnte es geschehen, dass jene regsame Philosophie der Praxis und die darin fundierte Wissenschaftlichkeit so unzureichend wahrgenommen, verkannt und aus dem geistigen Leben abgedrängt wurden? So sucht man in Publikationen zu soziologischen Theorien und Paradigmen zumeist vergeblich nach einer praxistheoretischen Position und wird stattdessen, wenn überhaupt, mit platten Marxismusversionen abgespeist. Ein anderes Beispiel: Pierre Bourdieus „Praxeologie“ wird in der Regel nicht als ein Praxisdenken aus der Marxschen Wurzel identifiziert, sondern als eine Spielart der Kulturosoziologie angesehen, und seine Orientierung auf einen „überleg-

⁹² Siehe dazu Wallerstein, Immanuel (1998): Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts. Wien 2002; Anderson, Perry: Zwei Revolutionen. Zur historischen Bilanz der Umwälzungen in China und der Sowjetunion. In: *Lettre International* Nr. 89/2010, S. 54-65; Immanuel Wallerstein / Horst Müller: Systemkrise: Und was jetzt? Utopistische Analysen. Supplement der Zeitschrift *Sozialismus* 4/2010. Zinn, Karl Georg: Wirtschaftskrise, das Versagen der Eliten und die Zukunft des Kapitalismus. Als Onlinetext bei der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Juni 2010.

ten“ oder „theoretisch begründeten Utopismus“⁹³ wird schon gar nicht ernst genommen. Kommt sie doch gar noch mit einer Konnotation „Bloch“ daher - für den Geschmack affirmativer Soziologen ein Brechmittel.

Für die schwierige Situation könnten eine Menge äußerer, hemmender Existenz- und Entwicklungsbedingungen des Praxiskonzepts⁹⁴, aber auch eine Reihe hausgemachter Probleme benannt werden, nicht zuletzt ein Mangel an kollektiver Theoriearbeit und Selbstorganisation. Ich möchte jetzt nur auf einige immanente Hauptgründe für die entstandene Problemlage hinweisen:

Im Verhältnis zur sozialphilosophischen Reflexionsdimension ist die Entwicklung und Ausformung des Wissenschaftskonzepts zurückgeblieben. Ein Kernpunkt liegt meiner Ansicht nach in der vernachlässigten Erkenntnistheorie der Praxis oder Geistphilosophie, in nicht hinreichend behandelten Fragen der Subjektkonstitution und nicht zuletzt in bisher nicht wirklich überzeugenden Bemühungen um eine Wiederaufnahme und Fortbildung der Dialektik.⁹⁵

Zu all diesen Fragen lassen sich enorme Vorleistungen aus einer - vielfach bereits nicht mehr im Blickfeld befindlichen - Denktradition einholen. Aber deren konzise Vergegenwärtigung und die Weiterbildung des Ansatzes setzen überhaupt ein entwickelteres Verständnis für die Fragestellung und die Problemdimensionen einer nicht cartesianischen, nicht dualistischen Konstitutionstheorie gesellschaftlicher Wirklichkeit sub specie „widersprüchlicher gesellschaftlicher Praxis“ voraus.

93 Vgl. Bourdieu, Pierre: Neo-Liberalismus als konservative Restauration. In: Horst Müller (Hg.), *Das PRAXIS-Konzept im Zentrum gesellschaftskritischer Wissenschaft*, S. 178.

94 Max Horkheimer in seinem tiefeschürfenden Versuch über „Traditionelle und kritische Theorie“: „Auch die Wahrheit ist in ihrem Bestand an Konstellationen der Realität geknüpft“. Vgl. Ders. in: *Kritische Theorie. Eine Dokumentation*, Hg. v. Alfred Schmidt, Bd II. Frankfurt am Main 1968, S. 137-200.

95 Aus der Feder von H.H. Holz stammt der vorerst letzte groß angelegte „Versuch einer Grundlegung der Dialektik“, der schon ob seines orthodoxen Duktus und erdrückenden Umfangs vom weiteren Studium der „Verfassung des menschlichen Weltverhältnisses als eines Widerspiegelungsverhältnisses“ abschreckt. Holz, Hans Heinz: „Weltentwurf und Reflexion“. Stuttgart 2005, S. 63, bes. 502-522. Als Versuch eines praxisphilosophischen „Weltentwurfs“ von höchster Warte kann Blochs „Experimentum Mundi“ gelten, das in seiner systematischen Anlage zum „Theorie-Praxis-Verhältnis allerzentralster Art“ hinführt. Ebd. S. 239ff.

Einen wesentlichen Ertrag aus der theoriegeschichtlichen Spurensicherung sehe ich in der Erkenntnis, dass diese Grundlagentheorie notwendigerweise eine, wenn man so will komplementäre, Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie der Praxis impliziert und dass die Arbeit in Anknüpfung an diese Problemexposition, mit Blick über marxistische Kreise hinaus, eine notwendige Bedingung für die Weiterbildung des Ganzen darstellt: Auf dem Boden der traditionell antiutopischen bürgerlichen Philosophie und mit einem undialektischen wissenschaftlichen Verstand, der die gesellschaftliche Praxis kategorial und disziplinär zertrümmert, kann es zu der entsprechenden integralen Konzeptualisierung im Sinne einer konkreten Praxisphilosophie nicht kommen. Insofern führen auch linke, scheinbar aufgeklärte Ansichten wie „das Programm einer Theorie im Sinne eines kohärenten Systems ist nicht einlösbar, es ist ein falscher Anspruch“ gründlich in die Irre.⁹⁶

Das Fazit lautet: Es ist an der Zeit, die erheblichen theoretischen Ressourcen eines kritischen und wesentlich utopistischen Praxisdenkens zu mobilisieren und dessen paradigmatische Gestalt weiter zu profilieren. Von da kann auch eine produktive Diskussion mit benachbarten Denkansätzen, die Auseinandersetzung mit andersartigen sozialtheoretischen Positionen und der Kampf um die Festigung einer Contra-Position auf dem wissenschaftlichen Feld und im gesellschaftlichen Bewusstsein neu aufgenommen werden. Vor allem aber sehe ich in der anvisierten grundlagentheoretischen „Selbstverständigung“ die notwendige Bedingung für ein erneutes Konkretwerden des „Praxiskonzepts“ heute - die Wissenschaft der politischen Ökonomie ist dabei das wichtigste, zugleich schwierigste und letztlich entscheidende Terrain.

Zweite These:

Die Wissenschaft gesellschaftlicher Praxis und der Schritt von der Kritik zur Utopistik der politischen Ökonomie

Die praxistheoretische Anforderung einer wissenschaftlichen „Utopistik“, welche die traditionelle „Kritik“, in Korrespondenz mit einem

⁹⁶ So Alex Demirovic in seinem Elaborat über „Struktur, Handlung und der ideale Durchschnitt“ in der eingangs schon genannten „Marx!“ - Publikation. Ich halte Hegels Wort „Ein Philosophieren ohne System kann nichts Wissenschaftliches sein“ gerne jeder intellektualistischen Zerfledderung des Werkschaffens von Karl Marx entgegen. Vgl. Band 1 von Hegels Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften, in Hegel Werke Band 8, auch die „kleine Logik“ genannt, S. 59 f.

realen historischen Prozedere, bewusst überschreitet, wird vor allem jenen Politökonomien in den Ohren klingen, die auf das Dogma eingeschworen sind, dass die Marxsche „Kritik“ der politischen Ökonomie ein vollendetes Grundmuster und einen unüberschreitbaren Horizont wissenschaftlich vertretbarer Analytik im „Kapitalismus“ umreißt. Der dogmatische, kontroproduktive Charakter solcher Fixierung verbindet sich naturgemäß gerne mit der Tendenz zur Abtrennung der „Kritik der politischen Ökonomie“ vom tragenden philosophisch-wissenschaftlichen Kern- und überwölbenden gesellschaftsgeschichtlichen Rahmenkonzept des Praxisdenkens.

Im Gegensatz dazu künden schon die „Ökonomisch-philosophischen Manuskripte“ oder auch die Marxschen Überlegungen über eine Relevanz der Dialektik für die „Methode der politischen Ökonomie“ von einer ursprünglichen produktiven Einheit. Diese Einheit wird vollends zerrissen, wenn die „Kritik der politischen Ökonomie“ im Grunde nur als Wert-, Kapital- und Krisentheorie, analog einer Systemtheorie interpretiert wird. Tatsächlich ist sie eine Praxisanalyse mit wissentlichen methodischen Selbstbeschränkungen und nicht gewussten geschichtlichen Limitierungen, über die ständig hinaus, mit Blick auf die eigentlich angestrebte „höhere Neubildung“⁹⁷ der Gesellschaft visiert wird.

In einer tieferen Schicht des Sinnverstehens liegt der ökonomistischen Fixierung und Reduktion ein schlechtes, nicht zureichend dialektisch geschuldetes Totalitätsdenken und eine ahistorische Sichtweise zugrunde. Hier wird, in Verbindung mit einem priesterlichen Anspruch auf absolute kapitaltheoretische Authentizität, ein für die Entfremdungen und die Widersprüchlichkeit, die Latenzhaltigkeit und den Übergangscharakter der gesellschaftlichen Praxis kompetentes Praxisdenken abgewehrt und letztlich das von Marx inaugurierte Projekt destruiert.

Ich sehe in solchem Ökonomismus, das heißt in der Perpetuierung der Trennung zwischen politischer Ökonomie einerseits und Praxisphilosophie sowie praxiswissenschaftlicher Methodologie andererseits, ein Hauptmoment der „Krise des Marxismus“. Diese Trennung ist keineswegs nur eine theoretische in *einem* Kopf, sondern hat sich praktisch und institutionell sogar beidseitig manifestiert: Alle genannten praxisphilosophischen Denker nach Marx waren keine Experten der politischen Ökonomie. Ich kenne auch keinen bedeutenden Politökonomien, der durch eine praxisphilosophische Denkschulung gegangen wäre.

97 Vgl. Marx, Karl: Das Kapital. MEW 23, S. 827 f.

Die Problematik der Trennung zwischen Philosophie, das heißt einer philosophisch reflektierten Konzeption der menschlichen Lebenswirklichkeit, und ökonomischer Wissenschaft tritt scharf darin hervor, dass sich der internationale Mainstream der politischen Ökonomie fast nur als eine negatorisch pointierte, nunmehr auch ökologiekritisch vertiefte Kapital- und Krisentheorie entwickelte, welche ein höheres Wissen über die faktische Funktionsweise und Tendenz der Kapitalwirtschaft reklamiert als deren Praktikanten und Ideologen, währendem das Praxiskonzept im 20. Jahrhundert seine Spitze in einem relativ abstrakten Konzept von „Konkreter Utopie“ schärfte. Dadurch hat sich eine enorme innertheoretische Spannung zwischen der traditionellen Kritik entfremdeter Verhältnisse und einer philosophisch erkannten, wirklichkeitswissenschaftlich unabdingbaren Utopistik aufgetan, die als solche zumeist noch nicht einmal wahrgenommen wird.

Die seit über 100 Jahren auf dem Fundament einer allgemeinen Theorie über „die innere Organisation der kapitalistischen Produktionsweise, sozusagen in ihrem idealen Durchschnitt“⁹⁸ fortgeschriebene und im Verlauf dieser Geschichte immer wieder nach veränderten äußeren Umständen modifizierte, aktualisierte, hundertfach rekonstruierte, repetierte und reinterpretierte „Kritik der politischen Ökonomie“ ist bei alledem negatorisch, ohne die letztlich entscheidende Überschreitung ins Positive geblieben. Dass selbst die „Kritik“ erst aus der Perspektive der konkreten Alternative zur vollen Bestimmtheit und Treffsicherheit kommen kann, ist zwar praxislogisch per se klar, kommt aber den von der „Kritischen Theorie“ und ihrer kupierten Dialektik Infizierten nicht in den Sinn: Dass mit dieser Benennung des Problems seine Lösung noch nicht im Blick stehen kann, ist eine Selbstverständlichkeit. Aber wie erst die Einsichtnahme eines Problems als solchem, eine richtig gestellte Frage zur erhofften Antwort führt, so bedarf es einer entsprechenden Problemexposition, um den Weg zur Lösung freizumachen, um eine zielführende kollektive Anstrengung freizusetzen:

Den Lösungsweg des Problems sehe ich in einer praxistheoretischen Erneuerung des Verständnisses für die Forschungsmethode der politischen Ökonomie, welches sich nicht in der üblichen Fetischisierung des Maxschen Exposés verfängt, sondern auch die Genealogie eines Jahrhundertversagens der ökonomischen Theorie aufdeckt, dessen ungeheure, weiter lastende Konsequenzen sich in den misslungenen Versuchen zur Formierung einer

98 Vgl. Marx, Karl: Das Kapital, III. Band. MEW 25, S. 839.

nichtkapitalistischen Ökonomik und im Zusammenbruch von 1989/90 am deutlichsten herauskehrten. Dies in Verbindung mit einer weiter entwickelten Modellierung und daran neu ansetzenden Analytik der Reproduktionsverhältnisse, der ökonomischen Formbildungen und des Praxisformwandels, welche der Entfaltung der nationalökonomischen, sozialkapitalistischen Formierung im 20. Jahrhundert und schließlich der extrem widersprüchlichen, globalen Übergangssituation des beginnenden 21. Jahrhunderts entspricht.

Die gegenwärtig populären Ideen für eine Wirtschaftsweise jenseits der Kapitalwirtschaft, mit denen etwa eine „Solidarische Ökonomie“ oder „Gemeinwesenökonomie“ angemahnt werden, sind selbst im Hinblick auf die hier mit angesprochene traditionelle politisch-ökonomische Wert- und Reproduktionsanalytik in erheblichem Ausmaß uninformiert. Soll es auf der anderen Seite aber genügen, nachdem durchschaut ist, dass in den vormaligen Experimenten einer sogenannten „sozialistischen Planwirtschaft“ keine wirklich alternative, funktionsfähige und zivilisatorisch höher stehende Reproduktionsweise realisiert wurde, einfach nur theoretische Anleihen bei J.M. Keynes zu zeichnen, der weder über eine werttheoretische Fundierung verfügte, noch überhaupt an eine definitiven Überwindung der Kapitalwirtschaft dachte? Es ist eher wahrscheinlich, dass das an Keynes anschließende Memento einer „Alternativen Wirtschaftspolitik“ angesichts der katastrophischen Resultate der kapitalistischen Produktionsweise wieder und wieder zu spät kommt.

Mit einem Wort: Es geht um die unabweisbare Überschreitung der „Kritik“ im Zuge der Entfaltung einer neu ansetzenden Analytik und „Utopistik der politischen Ökonomie“. Das Ziel besteht darin, so schwierig dies immer erscheinen mag, vorwärtsdrängenden gesellschaftlichen Bewegungen, aber auch im Hinblick auf ein allgemein wachsendes Problembewusstsein bezüglich der im Grunde nicht mehr behebbaren Dysfunktionalität der gegenwärtigen gesellschaftlichen Selbstorganisation, eine tragfähige Antwort auf die Frage nach der konkreten Alternative zu geben.

Dritte These:

Der historische Formationswechsel, die moderne Übergangsgesellschaft und die Perspektive einer gesellschaftlichen Transformation

Die anvisierte utopistische Erweiterung des Untersuchungshorizontes schließt die Frage nach der Systemalternative wesentlich ein. Diese Frage, die in der ökonomischen und politischen Debatte, in allen wirklich relevan-

ten Publikationen und Podien akut ist und in der öffentlichen Debatte latent gärt, wäre allerdings haltlos und spekulativ, wenn ihr nicht etwas aus der Wirklichkeit, das heißt aus der widersprüchlichen gesellschaftlichen Praxis entgegenkäme. Diese praktisch-materialistische Sichtweise führt zu einem grundlegenden Aspekt des Marxismus- und Praxisdenkens: Dessen bewusst angenommene Aufgabenstellung war stets die Konzeptualisierung der jeweiligen geschichtlichen Situation als eine Situation der Entscheidung für die gesellschaftlichen Kräfte der Emanzipation. Für eine derartige Evaluierung der Situation heute ist aber heute anscheinend eine fundamentale Veränderung in Rechnung zu setzen.

Marx stand zu Lebzeiten erst am Beginn der Entfaltung der modernen, seinerzeit noch industriekapitalistisch geprägten Gesellschaftsformation, die er praxistheoretisch als eine noch werdende Totalität konzipierte und seinem Entwurf zugrunde legte. Auch wenn sein revolutionärer Prospekt in wesentlichen Gesichtspunkten nicht realistisch war, stehen wir in bestimmter Hinsicht noch immer im formationellen Horizont der alten Produktionsweise und Gesellschaftsform, aber nach erheblichen Neuformierungen im Verlauf des 20. und beginnenden 21. Jahrhundert sozusagen an dessen anderem Ende. Der marxistisch inspirierte Weltsystemtheoretiker Immanuel Wallerstein analysiert und bestimmt diese Situation richtig als eine des Übergangs: Wir sind in eine „Zeit der Unruhe oder eine Übergangsperiode des bestehenden Weltsystems“ eingetreten.⁹⁹ Der Begriff „Übergangsperiode“ betrifft dabei die globale Situation, in die inzwischen alle mehr oder weniger kapitalwirtschaftlich durchwirkten Gesellschaften involviert sind. Das planetarische ökologische Desaster, das alle verkettet, verschärft nur noch die Problemsituation eines mit objektiven Unausgemachtheiten und Ungewissheiten andrängenden formationellen Übergangs.

Demnach ist an der Schwelle zum 21. Jahrhundert eine, voraussichtlich Jahrzehnte umfassende Periode des Formationswechsels eröffnet, mit unterschiedlichen Wegbahnungen auf allen kontinentalen Terrains, einer noch unentschiedenen Wegrichtung des Prozesses und Zukunftsgestalt der gesellschaftlichen Praxisformierung. Bildlich gesprochen leben wir in der Schnittmenge von zwei ineinander übergehenden Praxisformationen, also in der Entscheidungssituation, auf die Marx anspielte mit den Worten: „ ... wenn wir nicht in der Gesellschaft, wie sie ist, die materiellen Produktionsbedingungen und ihnen entsprechende Verkehrsverhältnisse für eine klas-

⁹⁹ Wallerstein, Immanuel: Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts. Wien 2002, S. 8 f., 58.

senlose Gesellschaft verhüllt vorfänden, wären alle Sprengversuche Donquichoterie.“¹⁰⁰

So gesehen ist aber in der Periode des Übergangs das Alte und das Neue gleichzeitig virulent, macht sich in den praktisch betätigten Verhältnissen und Praxen, mehr oder weniger latent oder bewusst, bereits eine werdende neue Formierung geltend. Praxistheoretisch gesprochen bietet diese reale Latenz den Ansatzpunkt einer materialistisch fundierten Utopistik, welche den theoretischen Raum der Analyse und Konzeptualisierung jetzt auf die volle Dialektik der Praxis, das heißt auf den vollständigen Formationswechsel ausdehnen kann.

In der Übergangswirklichkeit des 21. Jahrhunderts ist die Widersprüchlichkeit der gesellschaftlichen Praxis extrem, zur formationellen Kontradiktion gesteigert und fordert als solche die spezifische, dialektische Logik des Praxiskonzepts und einen inventiven, konstruktiven Geist heraus. Die Realität „krisisiert“ sich jetzt nicht nur selbst in „Krisen“, sondern beginnt, sich an „Front“-Linien der Ereignisse, in noch zu identifizierenden alternativen Auszugsgestalten zu formieren. Begriffe wie die Formbestimmtheit der Praxis, Widersprüchlichkeit und Perspektivität, Latenz und Potentialität, Novum und konkrete Utopie artikulieren den tieferen objektiven Sinn, der in der Übergangssituation beschlossen liegt und an der Oberfläche, noch unbegriffen oder unkonkret, in „Paradoxien“ und „Ambivalenzen“ in Erscheinung treten mag. Anders gesagt: In einer solchen Zeit des sozialökonomischen, formationellen Übergangs, in einer solchen Situation der Entscheidung angesichts unterschiedlicher Perspektiven der Entwicklung, vor offenen Horizonten, werden die Kategorien und Konzepte des Praxisdenkens sozusagen „praktisch wahr“.¹⁰¹

Zum eigentlichen Problem oder zur Aufgabe der Theorie wird in dieser Situation, jene Produktivkräfte oder jenes Produktivkraftensemble, jene Reproduktionsfigur zu identifizieren, die sich im Schoße der alten Gesellschaft kristallisiert und der Geburtshilfe geleistet werden muss, um im Praxisformwandel das Ufer einer anderen, besseren Wirtschaft und Gesellschaft zu erreichen. Infolgedessen steht am Ausgangspunkt der Gesell-

100 Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf). MEW 42, Berlin 1983, S. 93.

101 Marx meinte mit seinem Hinweis, dass etwas wie die „Arbeit“ sans phrase „praktisch wahr“ wird, dass ein bestimmter objektiver Sinn in der Praxis impliziert ist, der sich dann im Bewusstsein Bahn bricht, zur definiten Bedeutung, zum Begriff wird.

schaftsanalyse heute nicht der übliche, schlecht totalisierende Begriff von „Kapitalismus“, sondern der Begriff einer noch von kapitalistischen Formanten dominierten „Übergangsgesellschaft“ - Praxiswissenschaftlichkeit mündet in eine entschiedene Transformationstheorie.

Die These lautet also, dass eine „Konkrete Praxisphilosophie“¹⁰² oder das „Praxiskonzept“ in der vor uns liegenden Periode als eine neue Aktualität, eine neue Präsenz gewinnen kann und wird. Die zunehmende Erhellung der gesellschaftsgeschichtlichen Situation als einer des Übergangs und die mögliche konkretere Identifizierung des Wegs und Ziels der Emanzipation kann eine gesellschaftliche Praxis und „Realpolitik“ der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen „Transformation“ fundieren.

¹⁰² Siehe Müller, Horst: Theoretische Wurzeln und Arbeitsaufgaben des Praxiskonzepts. In: Zum philosophischen Praxis-Begriff. Die zweite Praxis-Diskussion in der DDR. Texte zur Philosophie Heft 12. Hrsg. v. Volker Caysa / Helmut Seidel / Dieter Wittich. Leipzig 2002. S. 141-164. Meine umfassendere, dabei immer noch teils skizzenhafte Arbeit trägt den Titel: Vom Marxismus zur Konkreten Praxisphilosophie. Einführung mit Untersuchungen zu Marx, Bloch, Habermas, Mead, Bourdieu. Helle Panke e.V., Berlin 2008.

**Wirtschaftstheorie
und
gesellschaftliche Transformation**

Günter Buchholz

Das Verhältnis zwischen Ökonomie und Staat in der Neoklassik, bei Keynes und in der marxistischen Theorie

1. Problemstellung und Gedankengang

Ökonomische Theorien, seien sie nun mikro- oder makroökonomischer Art, beanspruchen auf unterschiedliche Art und Weise, die Funktionszusammenhänge in ihrem Gegenstandsbereich zu erklären. Sobald der Übergang von der Theorie zur Wirtschaftspolitik vollzogen wird, wäre eine diese Politik fundierende Staatstheorie erforderlich, die aber übersprungen wird. Statt dessen wird von der ökonomischen Theorie methodisch beansprucht, auch Politik und Staat mikroökonomisch modellieren zu können.

Während die neoklassische oder mikroökonomische Theorie dem Staat Abwehr und Misstrauen entgegen bringt, hat die makroökonomische, keynesianische Theorie ein beträchtliches Maß an Vertrauen in den Staat, seine Steuerungskompetenzen und seine Gemeinwohlorientierung.

Beide Positionen sind allerdings eher schwach begründet, und eine Staatstheorie fehlt ganz. Daraus ergibt sich ein Dualismus von Ökonomie und Staat¹, der sich in den strittigen wirtschaftspolitischen Konzeptionen - Angebots- versus Nachfrageorientierung - wiederholt. Kann dieser Dualismus das letzte Wort sein?

Das jeweilige Verständnis hinsichtlich der Rolle des Staates ist von großer Bedeutung, nicht nur im Hinblick auf die Wirtschaftspolitik, sondern mehr noch im Hinblick auf eine transformationspolitische Perspektive. Da die in diesem Zusammenhang relevanten ökonomischen Denkschulen (Neoklassik, Keynes, Marx) bekannt sind², geht es um die Frage nach dem Staatsverständnis einerseits und um das Verständnis der Beziehung zwischen Staat und Ökonomie andererseits.

In der marxistischen Theorie ist die Konstitution und die Reproduktion des Besitzbürgertums als herrschender Klasse ein Ergebnis der sozioökonomischen Analyse des Kapitalverhältnisses³. Hiermit liegt, so lautet die

1 vgl. Brümmerhoff 1988

2 vgl. Buchholz/Müller 2009

3 vgl. Marx/Engels MEW 23 - 25, MEW 25 Abschnitt 7: Die Revenuen und ihre Quellen.

erste These, zugleich der Ausgangspunkt der Staatstheorie vor. Die zweite These lautet, dass die gesellschaftliche Herrschaft des Besitzbürgertums einen Doppelcharakter besitzt, nämlich als Kapital und Staat.

Kapital bezeichnet die ökonomische und Staat die außerökonomische Seite desselben Herrschaftsverhältnisses, aber diese beiden Seiten müssen auseinander treten, um die kapitalistische Ökonomie überhaupt zu ermöglichen und sie sodann zu pazifizieren und abzusichern.

Der bürgerliche Staat ist seinem Wesen nach Gewaltmonopolist bzw. Sicherheitsstaat, der aber notwendig als Rechtsstaat erscheint. Durch die Entwicklung gesellschaftlicher Gegenmacht waren ggf. Modifikationen des staatlichen Herrschaftsverhältnisses in Gestalt des Sozialstaats und des Wohlfahrtsstaats möglich, und auf dieser realen Grundlage konnten sich temporär Illusionen über das Wesen des Staates als Teil der Produktionsverhältnisse bilden⁴.

Politische Transformationsstrategien dürfen sich folglich nicht vom realen Schein der Nicht-Identität von Kapital und Staat leiten lassen, sondern sie müssen sich der beides übergreifenden Klassenherrschaft des Besitzbürgertums bewusst sein, durch die alle am Staat orientierten Strategien problematisch bleiben.

Ich werde die aufgeworfenen Probleme nach dieser Einleitung (1) in drei Hauptteilen behandeln: (2) Ökonomie und der Staat in der Neoklassik, (2) bei Keynes und schließlich (3) in der marxistischen Theorie. Der Eigenart der marxistischen Theorie entsprechend ist dafür einzig eine historische Behandlung des Themas angemessen. Die Fragen werden in Einzelabschnitten behandelt: (4.1) Die Doppelung der Herrschaft des Besitzbürgertums, (4.2) Historische Genese der Doppelung von Kapital und Staat, (4.2.1) Feudale Gesellschaft, (4.2.2) Ständische Gesellschaft, (4.2.3) Ökonomisches System und bürgerlicher Staat, (4.2.4) Bürgerlicher Staat und Demokratie, (4.2.5) Bürgerlicher Staat und Wirtschaftspolitik, (4.2.5.1) Geschichte der Wirtschaftspolitik, (4.2.5.2.) Weltmarkt, Globalisierung und bürgerlicher Staat. Am Ende erhebt sich die Frage nach einer (4.2.5.3.) Strategie der Demokratisierung. Im Ausblick (5) werden auch offene Fragen zur Sprache gebracht.

⁴ vgl. Müller/Neusüß 1971.

2. Ökonomie und Staat in der Neoklassik

Die neoklassische Theorie, die im letzten Drittel des 19. Jh. entstand (Gossen, Menger, Wieser, Jevons, Walras, Pareto, Marshall), weist ganz bestimmte Merkmale auf. Dazu gehören die Abwendung von der Arbeitswertlehre der klassischen Politischen Ökonomie und ihrer Kritik, ein methodischer Individualismus, ein Rationalismus (logisches Konstrukt des homo oeconomicus) sowie die rein logische Analyse der Märkte, schließlich ihre Ahistorizität. Damit wird eine zuvor objektive Analyse der gesellschaftlichen Ökonomie durch eine subjektive Analyse des individuellen, strikt als rational konzipierten Handelns der Wirtschaftssubjekte ersetzt⁵.

Das Problem der empirischen Geltung dieser mathematisch formulierten Theorie der Märkte ist bis heute methodisch ungelöst geblieben: es fehlt an einer wirksamen empirischen Kontrolle der deduzierten Aussagen. Ebenso wird eine Analyse der geschichtlichen Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft bzw. der gesellschaftlichen Verhältnisse und ihrer strukturellen Wirksamkeit für das - tatsächlich nicht autonome, sondern gesellschaftsstrukturell bedingte - Handeln der Wirtschaftssubjekte vermieden, indem an diese Stelle die vorausgesetzten und nicht hinterfragten Anfangsbedingungen der logischen Analyse gesetzt werden.

Hauptströmung der Neoklassik war - zumindest bis in die 80er Jahre des 20. Jahrhunderts - die Theorie des allgemeinen Marktgleichgewichts von Walras bis Debreu, die seitdem weitgehend mit dem Monetarismus (Milton Friedman) verschmolz, indem dieser sich positiv auf sie bezog. Sie war schon von Pareto zu einer Wohlfahrtstheorie ohne Staat erweitert worden. Durch das Pareto-Optimum konnte die bürgerliche Gesellschaft als die beste aller möglichen Welten dargestellt und begriffen werden.

Ihre erste große Krise erlebte diese Markttheorie, die fast ausschließlich auf die Stabilität durch Preismechanismen vertraute, in der Weltwirtschaftskrise von 1929 - 1932 und den folgenden 30er Jahren. Dies begründete ihre Ablösung durch den linksliberalen Keynesianismus. Die zweite Krise dieser heute wirtschaftspolitisch mit dem Neoliberalismus verschränkten Theorie erleben wir gegenwärtig in der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008.

Nach der Epoche des Keynesianismus, die von der Weltwirtschaftskrise bis Ende der 70er Jahre reichte, hat sich seit Beginn der 80er Jahre des 20.

⁵ vgl. Hofmann 1971

Jh. eine zur Gleichgewichtsidee eher kritisch stehende Strömung in den Vordergrund geschoben – dies allerdings weniger in theoretischer als in ideologischer und wirtschaftspolitischer Hinsicht⁶: Die auf der Idee der spontanen Ordnung der gesellschaftlichen Entwicklung aufbauende, heute zumeist als „Neoliberalismus“ bezeichnete rechtsliberale Variante. Kern dieser Ideologie ist die Stärkung und Rechtfertigung der Macht des Besitzbürgertums durch die Legitimation von zunehmender sozialer Ungleichheit. Dies ist mit dem Übergang von einer sozialen zu einer naturalistischen Deutung der Gesellschaft verbunden.

Es geht zwar leider nicht ohne ihn, aber es geht eben auch nicht mit ihm – so kann die höchst ambivalente Wahrnehmung des bürgerlichen Staates durch das Besitzbürgertum auf eine kurze Formel gebracht werden. Da die Gesellschaftstheorie im Denken des Besitzbürgertums und seiner Vertreter auf eine ökonomische Theorie verkürzt worden ist, wird eine eigene Analyse des bürgerlichen Staates vermieden. Dadurch tritt der Staat dem System der ökonomischen Beziehungen, mit dem er doch tatsächlich untrennbar verbunden ist, unvermittelt gegenüber.

In der ökonomischen Theorie der Politik wird zwar nicht der Staat selbst, wohl aber das mit dem Staat identifizierte Handeln der Politiker als Markt modelliert. Während die Wahrnehmung des Verhältnisses zwischen Ökonomie und Staat im ersten Fall strikt dualistisch bleibt, werden beide Seiten im Zusammenhang der ökonomischen Theorie der Politik durch das übergreifende Nutzenmaximierungspostulat miteinander verbunden⁷.

Wird die Ökonomie theoretisch als immer oder als tendenziell im Gleichgewicht befindlich begriffen, dann folgt daraus, dass sich der Staat als Steuerstaat dem einfügen muss, indem er gleichgewichtskonforme öffentliche Haushalte ermöglicht. Die Gleichgewichtsidee ist damit nicht länger Resultat einer mathematischen Deduktion, sondern schlägt um in eine Handlungsanweisung. Die neoklassische Finanzwissenschaft⁸ ist daher keine explikative, sondern eine normative Theorie. Es geht ihr darum, den Steuerstaat mittels ökonomischer Regeln in die private Ökonomie einzubinden und damit deren Primat zu sichern: zu hohen Steuern zu Lasten der Besitzbürger und ebenso zu hohen Staatsausgaben muss entgegengewirkt werden. Selbstredend sind sowohl die Steuern als auch die Staatsausgaben fast

6 vgl. Conert 2002, Harvey 2007

7 vgl. Frey/Meissner 1974

8 vgl. Musgrave 1990

immer zu hoch⁹. Diese zentrale, ständig akute Problematik wird durch die konflikthafte Entstehung und Entwicklung des Sozialstaats und der Demokratie (Gewerkschaften, Allgemeines Wahlrecht, Parteien) dramatisch verschärft. Beide entwickelten sich historisch durch die zunehmende gesellschaftliche Macht der subalternen Klassen und die von diesen artikulierten und an den bürgerlichen Staat adressierten Interessen.

Der Neoliberalismus radikalisiert die besitzbürgerliche Wahrnehmung des Staates wirtschafts- und sozialpolitisch, indem er die historisch errungenen sozialstaatlichen und demokratischen Kompromisse - auch die institutionell und verfassungsrechtlich im Staat verankerten - aufkündigt und den Sozialstaat offen bekämpft, z. B. durch Rückbau und Privatisierungen, während zugleich die kontrollierenden und repressiven Staatsfunktionen ausgebaut werden. Legitimiert wird dies mit einer falschen naturalistischen Deutung der bürgerlichen Gesellschaft, welche die Gestalt einer sozialdarwinistisch bis nietzscheanisch interpretierten Wettbewerbstheorie Hayek'scher Prägung aufweist. Daraus ergibt sich - neben der Rechtfertigung und Tendenz zur Bereicherung und Steuerhinterziehung - der sozialpolitische Zynismus, der heute das Denken der Besitzbürger bis hin zu ihrem Apologeten Peter Sloterdijk bestimmt. „Wenn sie kein Brot haben, sollen sie doch Kuchen essen“, sagte einst Marie Antoinette.

Eine weiter gehende, offen repressive und antidemokratische politische Radikalisierung des Neoliberalismus ist nicht nur möglich, sondern als Tendenz bereits angelegt - das historische Beispiel Chiles (Militärputsch gegen Allende, anschließende Diktatur unter Pinochet mit neoliberaler Wirtschaftspolitik) hat dies exemplarisch gezeigt. Das Besitzbürgertum ist nicht demokratisch gesonnen, nirgendwo. Es ist allein daran interessiert, seine Privilegien zu konservieren. Soweit es sich der Demokratie - und das heißt dem maßgeblichen politischen Einfluss der subalternen Klassen - anpasst und dabei temporär Kompromisse eingeht, hat dies lediglich strategische oder taktische Gründe. Das historische Beispiel hierfür ist die keynesianische Epoche vom Ende des II. Weltkrieges bis zum Ende der 70er Jahre.

3. Ökonomie und Staat bei Keynes

Keynes' Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und Geldes (1936) ist - vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise von 1929 - 32

⁹ Brümmerhoff 1988

und der nachfolgenden Depression sowie der Erfahrung der die Krise verschärfenden Wirkungen der neoklassisch inspirierten Wirtschaftspolitik - eine tief gehende makroökonomische Kritik an der mikroökonomisch fundierten neoklassischen Theorie.

Die Ökonomie wird hier nicht mehr nur als ein durch Preise selbstregulierter Marktmechanismus begriffen. Es wird nicht mehr unterstellt, dass es keinen Nachfragemangel geben könne - eine These von Jean Baptiste Say (1803), die von Walras aufgenommen worden war. Das Konstrukt des homo oeconomicus wird überflüssig, weil die Makroanalyse die Konsumenten, Investoren und Spekulanten jeweils als statistische Gesamtheiten betrachtet, so dass sich die Wirtschaftssubjekte individuell rational oder irrational verhalten können. Das Ergebnis ist eine kreislauftheoretisch begründete makroökonomische Theorie. Diese ist zwar nicht dynamisch, was auch für die Neoklassik gilt, thematisiert aber Ungleichgewichte und Krisen und ist in der Lage, diese sowohl zu erklären als auch wirtschaftspolitische Konzepte anzubieten.

Diese Wirtschaftspolitik läuft in kurzfristiger Sicht bekanntlich darauf hinaus, die gesamtwirtschaftliche Nachfragerücke durch ein „deficit spending“ seitens der staatlichen Finanzpolitik zu schließen. Daraus entwickelte sich eine keynesianische Finanzwissenschaft als makroökonomische Wissenschaft zur Steuerung des gesamtwirtschaftlichen Kreislaufs¹⁰.

Der Staat wird in dieser wirtschaftspolitischen Konzeption mittels Finanz- und Geldpolitik zum Steuermann der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, während die Privatwirtschaft einschließlich der Märkte zwar zurückwirken, aber nachgeordnet bleiben. Diese neue Verteilung der Steuerungsmacht von den Privatunternehmen zum Staat war für erstere nur im Notfall akzeptabel. Die erfolgreiche Durchsetzung der Angebotspolitik im letzten Drittel des 20. Jh. zielte folglich vor allem darauf ab, diese Steuerungsmacht wieder zurück auf die Privatunternehmen zu verlagern.

Bemerkenswert ist hierbei, dass Keynes den Staat als eine außerhalb und neben der Ökonomie existierende, kompetente Steuerungsinstanz nicht hinterfragt, sondern schlicht unterstellt.

Unter dem Druck der Depression der 30er Jahre war zwar die gewonnene Einsicht, die den Weg zur Überwindung der Krise wies, entscheidend und zunächst auch hinreichend. Aber die staatstheoretische Lücke bei Key-

¹⁰ Bombach 1976

nes hinderte ihn seinerseits, den neoklassischen Dualismus von Ökonomie und Staat zu überwinden. Auch bei seinen Nachfolgern ist in dieser Hinsicht noch kein Ansatz zu erkennen. Der Grund dürfte darin bestehen, dass die Dualität von Privatwirtschaft und Staat als nicht hinterfragter Ausgangspunkt des Denkens eben dieses weiter und durchgehend bestimmt. Zuerst einmal müsste also diese Dualität selbst erklärt und verstanden werden, was allerdings ohne eine Untersuchung der historischen Entwicklung nicht möglich ist.

Ohne die weitere Erläuterung des dualistischen Staatsverständnisses¹¹ musste im Verlauf der keynesianischen Epoche zum Problem werden, wie sich die Rolle und die Gewichtung des Staates in längerfristigen Perspektive verändert: Wenn der bürgerliche Staat nicht nur kurz-, sondern auch langfristig gegenüber der Marktwirtschaft (deren kapitalistischer Charakter bei Keynes ebenso wie in der Neoklassik ausgeblendet blieb) eine makroökonomische Lenkungsfunktion übernehmen sollte, dann implizierte dies eine Führungsfunktion gegenüber der Ökonomie und damit eine strukturelle und nachhaltige Machtverlagerung von der Ökonomie hin zum Staat. Indem man auch noch zu der Überzeugung kommen konnte, dass dieser Staat von nicht verlässlichen bürgerlichen Parteien dominiert wird, konnte dessen Charakter und Weiterbestehen als bürgerlicher Staat überhaupt zweifelhaft werden.

Die Unklarheiten und Zweifel nährten, insbesondere in der europäischen Sozialdemokratie, Vorstellungen von einer Neutralität des Staates, die von der marxistischen Kritik aufgegriffen und mit dem Hinweis auf die „Sozialstaatsillusion“¹² zurückgewiesen wurde.

Schumpeter (2005) sah in längerfristiger Perspektive - aus einer verzerrenden liberalen Perspektive - bereits in den 40er Jahren den Sozialismus heranrücken; aber was dann tatsächlich kam, war, beginnend mit der Konferenz von Bretton Woods im Jahre 1944, die keynesianische Epoche oder der Fordismus der Nachkriegszeit. Während Schumpeter sich hierzu noch relativ positiv stellte, dürften die von Walter Lippman und Friedrich August von Hayek seit 1937 in der Mont Pélerin Society organisierten rechten Liberalen¹³ eben darin den Grund für ihre ideologischen Kriegserklärungen gegenüber dem linken Keynesianismus gefunden haben; von Hayek's 1944

¹¹ Hödl 1986

¹² Müller/Neusüss 1971

¹³ Walpen 2004, Nordmann 2005

erschienenes, in den USA einflussreiches Buch „Der Weg zur Knechtschaft“ (2004) brachte dies deutlich zum Ausdruck. Es wurde zum Ausgangspunkt der um 1980 einsetzenden neoliberalen Konterreform unter Thatcher (UK) und Reagan (USA).

Insgesamt sind die bis hierher skizzierten Entwicklungen Ausdruck der realen ökonomischen und gesellschaftlich-historischen Probleme des Besitzbürgertums. Wir haben es mit theoretischen, ideologischen und machtpolitischen Flügelkämpfen innerhalb des Liberalismus zu tun. Dabei war die Arbeiterbewegung bzw. die Sozialdemokratie, die in Deutschland im Verlauf der 50er Jahre ihren Bezug zur Marxschen Theorie aufgab, dadurch einbezogen, dass sie sich während der 60er und 70er Jahre des 20. Jh. Zunächst mit dem Linkliberalismus bzw. dem Keynesianismus, danach - allmählich und in Teilen - mit dem Rechtsliberalismus identifizierte. In diesem Zusammenhang spielte die Regierung Schröder ihre Rolle; genau hiermit aber hat sich die deutsche Sozialdemokratie ruiniert.¹⁴

4. Ökonomie und Staat in der marxistischen Theorie

4.1 Die Doppelung der Herrschaft des Besitzbürgertums in Kapital und Staat

Der Dualismus zwischen Ökonomie und Staat ist nicht nur ein Problem der liberalen Theorien, sondern auch der marxistischen Theorie¹⁵. Denn auch wenn der bürgerliche Staat als nicht-neutral angesehen wird, bleibt die Frage nach der Art der Beziehung zwischen Ökonomie und bürgerlichem Staat offen. Zunächst kann festgestellt werden, dass diese Beziehung widersprüchlich ist.

Denn einerseits war und ist der bürgerliche Staat für das Besitzbürgertum eine unverzichtbare Voraussetzung, weil die gesellschaftlichen Beziehungen durch seine Monopolisierung der physischen Gewalt pazifiziert, normiert und kodifiziert werden (Hobbes 1996); die absolute Monarchie war daher die erste Gestalt des bürgerlichen Staates (Ludwig XIV. sagte wortwörtlich und zu Recht: „l'état c'est moi“; „der Staat bin ich“)¹⁶. Die dem Staat zugeschriebene Rolle bezieht sich nicht nur auf die Fehden des

¹⁴ vgl. Buchholz 2006

¹⁵ Marx/Engels 1974

¹⁶ Anderson 1979

Adels, sondern ebenso auf die wirtschaftlichen Konkurrenzbeziehungen der Besitzbürger untereinander. Sie gilt aber auch für die Beziehungen des Besitzbürgertums zu den subalternen sozialen Klassen. Zudem ist festzuhalten: Der absolute Monarch war auf die aktive Unterstützung der Bürger angewiesen; sie besetzten den Staatsapparat bis an die Spitze¹⁷.

Nach Ablösung des Monarchen ist daher *der Sicherheitsstaat* als Gewaltmonopolist, d. h. Polizei, Geheimdienst und Militär auf der einen sowie Recht und Justiz auf der anderen Seite, unabhängig von der Frage seiner Legitimation im gesellschaftlichen Binnenverhältnis sowie in den zwischenstaatlichen Außenverhältnissen *der bürgerliche Staat*. Hierin war für die Besitzbürger freilich das gefürchtete Risiko enthalten, dass sich diese monopolisierte Gewalt möglicherweise einmal gegen sie wenden könnte. Daher wurden, insbesondere zu noch absolutistischen Zeiten, verfassungsrechtliche Sicherungen durch Menschenrechte gesucht, um diese Gefahr zu minimieren.¹⁸

War der Staat also einerseits genehm als Garant der bestehenden Verhältnisse, so benötigte er doch für seine willkommenen Leistungen auch Mittel, also Personal, das als Bürokratie organisiert wird, und Geld, das durch Steuern aufgebracht werden muss. Und da für das Besitzbürgertum beim Geld bekanntlich die Gemütlichkeit aufhört, ist ihm der bürgerliche Staat als Steuerstaat verhasst und gilt ihm die Steuerhinterziehung im Großen bloß als eine lässliche Sünde.

In der Perspektive einer Überwindung des Dualismus von Ökonomie und Staat ist aufgrund der Vermögensverteilung davon auszugehen, dass die bürgerliche Gesellschaft eine Klassengesellschaft ist, in der die Besitzbürger über die Arbeiterschaft und die subalternen Klassen Herrschaft ausüben. Dieses klassengesellschaftliche Herrschaftsverhältnis ist kein persönlich direktes wie im Feudalismus, sondern es ist gesellschaftlich-struktureller Natur, und es stellt sich, das ist hier die These, doppelt dar, zum einen rein ökonomisch, zum anderen außerökonomisch-politisch. Es ist ökonomisch und politisch. Beide Seiten, die ökonomische und die politische schließen sich wechselseitig aus, und zugleich bedingen sie sich wech-

¹⁷ Toqueville 1978

¹⁸ Meilensteine waren: Magna Charta (1215), Petition of Rights (England/1628), Habeas Corpus Act (England/1679), Bill of Rights (England/ 1689), Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten (1776), Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte (Frankreich 1789), Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (1948)

selseitig, sie können ohne einander nicht existieren, sie ergänzen sich wechselseitig, sie sind zwei Seiten derselben Medaille, und sie sind dennoch ihrer Logik nach gegensätzlich. Sie erfüllen damit die Merkmale einer dialektischen Beziehung.

Das Kapitalverhältnis, wie Marx es im *Kapital* analysiert hat, manifestiert sich einerseits ökonomisch durch Eigentum an Produktionsmitteln sowie die Anwendung von Lohnarbeit, zum anderen politisch durch die Unterordnung unter eine Rechtsordnung, die eben dieses Kapitalverhältnis kodifiziert und faktisch garantiert. Der bürgerliche Staat ist daher die außerökonomische Seite des Kapitalverhältnisses.

Der Staat ist Recht und Gewalt, die Ökonomie Kapital und Arbeit. Beide Bestimmungen sind dialektischer Natur. In der Sprache der dialektischen Philosophie: Kapital und Arbeit sind identisch und nicht-identisch, und ebenso sind Recht und Gewalt nicht-identisch und identisch. Wir haben es mit zwei dialektischen Beziehungen zu tun, und diese beiden Beziehungen sind ihrerseits dialektisch aufeinander bezogen. Das Ganze ist somit eine Beziehung zwischen zwei Beziehungen. Aber während die Nicht-Identität von Staat und Kapital augenfällig ist, wird ihre gleichzeitige Identität verkannt. Der springende Punkt: Die Fixierung auf die Nicht-Identität mit dem Kapitalverhältnis ermöglicht die isolierende Darstellung des Staates und die Illusion der Staatsneutralität, während in Wirklichkeit ein unlöslicher Zusammenhang besteht. Wie hat sich diese ganze Konstellation entwickelt?

4.2 Historische Genese der Doppelung bürgerlicher Herrschaft in Kapital und Staat

Die moderne Demokratie ist jung; entstanden erst zur Zeit der einsetzenden Industriellen Revolution durch den amerikanischen Unabhängigkeitskrieg und durch die Französische Revolution, auch mit geistigem Rückgriff auf die Antike, das heißt auf die Römische Republik und die Polis von Athen; von dort her beispielgebend und ausgreifend auch auf andere Gesellschaften (Reinhard 1999).

Das Bürgertum suchte eine politische Form, die seiner gesellschaftlichen, insbesondere seiner ökonomischen Führungsrolle entsprach, und es fand sie im Parlamentarismus, in der Staatsform der Republik. Die politische Gleichheit aller Staatsbürger war, z.B. im Hinblick auf die Wahlberechtigung, keineswegs von Beginn an gewährleistet. Vielmehr mussten sich die diskriminierten Klassen, Schichten und Gruppen das Allgemeine Wahlrecht erst erkämpfen.

Wenn heute aufgrund eines oberflächlichen Augenscheins behauptet wird, dass die Marktwirtschaft die Demokratie begünstige und diese wiederum den Frieden, dann wird verkannt oder verleugnet, dass eine kapitalistische Marktwirtschaft keineswegs demokratische Verhältnisse erfordert, wohl aber einen Staat. Aber was ist überhaupt der Staat? Dieser Frage, die im Vorhergehenden bereits thesenhaft beantwortet wurde, soll nun mit Blick auf die historische Entwicklung genauer nachgegangen werden.

Die Probleme, die dabei besonders interessieren¹⁹: In welchem Verhältnis steht der Staat zur Ökonomie einerseits und zur Demokratie andererseits? Wie wirken sich in der Ära der „Globalisierung“ die ökonomischen und politischen Veränderungen auf die Demokratie aus? Welche politischen Risiken bestehen, und wie kann ihnen begegnet werden?

4. 2. 1 Feudale Gesellschaft

Die bürgerliche Gesellschaft ist aus einer inneren Selbsttransformation der historisch älteren, auf die Fronhofswirtschaft zentrierte und dabei auf der bäuerlichen Leibeigenschaft aufbauende, politisch dezentralisierten Feudalgesellschaft sowie der nachfolgenden Ständegesellschaft hervorgegangen.²⁰

Die Feudalgesellschaft entwickelte sich über einen Zeitraum von etwa 1000 Jahren ausschließlich in Westeuropa, und zwar etwa ab Mitte des ersten Jahrtausends (500 n. Chr.) auf der Grundlage des politischen Zerfalls des weströmischen Reiches. Germanische Stämme überschichteten die weströmischen Gesellschaften und passten sich zugleich weitgehend an deren spätantike römisch-christliche kulturelle Tradition an. Durch die offensive Christianisierung auch anderer europäischer Gebiete wurden auch diese an die spätantiken Traditionen angeschlossen. Weil damit aber die Feudalisierung, d. h. die Einführung des Lehenssystems mit persönlicher Unfreiheit der unmittelbaren Produzenten in Form der Leibeigenschaft und in Kombination mit einer feudalen und klerikalen Hierarchie direkter Herrschaft verbunden war, lief dies nur gegen Widerstände ab, z. B. der Sachsen unter Widukind gegen das Karolingische Reich.

Die Feudalgesellschaft beruhte politisch-strukturell auf prekären, wechselseitig-vertikalen Loyalitätsbeziehungen zwischen den persönlichen Trägern der gesellschaftlichen Herrschaft. Störungen dieser Loyalitäten wur-

¹⁹ Buchholz 2006

²⁰ Krieser 1990; Hoffmann 2000

den immer wieder zur Quelle von Konflikten innerhalb des Adels einschließlich der hohen Geistlichkeit. Ein typisches Beispiel hierfür ist der Konflikt des Welfen Heinrich des Löwen mit dem deutschen Kaiser Friedrich I. Barbarossa; aber auch die Königsdramen Shakespeares reflektieren dieses strukturelle Problem des Feudalismus. Hinzu traten zusätzlich horizontale Konflikte zwischen Mitgliedern der feudalen Hierarchie.

Diese innere Widersprüchlichkeit und Instabilität des feudalen Herrschaftsgefüges tendierte daher im Grenzfall zur „feudalen Anarchie“, deren Überwindung erst - mit dem Übergang zur „ständischen Gesellschaft“ - durch den Absolutismus erfolgte²¹.

Die sozioökonomischen Voraussetzungen des Absolutismus waren insbesondere die Entwicklung des Fernhandels mit Luxuswaren für die adlige und geistliche Oberschicht, die Herausbildung der „freien“ mittelalterlichen Städte durch Handwerk und Handel, in denen sich das Bürgertum herausbildete, z. B. der Städtebund der Hanse, die allenthalben ansteigende Produktivität und damit der Anstieg der gesellschaftlichen Produktion und des gesellschaftlichen Überschusses, d. h. des Mehrprodukts, sowie der besonders wichtige Übergang von der Natural- zur Geldwirtschaft, d. h. zum auf Märkten regelmäßig durch (Silber-) Geld vermittelten Gütertausch: also zur „einfachen Warenzirkulation“²².

4. 2. 2 **Ständische Gesellschaft**

Der Beginn der Neuzeit setzte mit dem ökonomisch motivierten maritimen Ausbruch der Europäer aus ihrer geographischen Isolation durch Portugal - gefolgt von Spanien - ein und mündete sofort in Eroberungen (Mittel- und Südamerika). Im Zuge dieser Entwicklung wurde nun einerseits immer mehr Geld in Form von Edelmetallen benötigt - und durch Raub angeeignet²³, andererseits boten dieses Gold und Silber als Geld innovative Möglichkeiten. Damit konnten nicht nur stehende Heere unterhalten werden, ebenso wurde eine neuartige, mit Personen aus dem Bürgertum besetzte Verwaltungsbürokratie unter zentralem, absolutistischem Kommando ermöglicht. Diese wiederum machte das Zentrum von den dezentralen Mächten unabhängig und ermöglichte damit zugleich deren Entmachtung. Diese Schwächung seiner Stellung wurde jedoch für den Adel erträglich

²¹ Hobbes 1996

²² Motteck 1973

²³ Galeano 1980

gestaltet, indem die alten feudalen Rechte in eine zentral abgesicherte Privilegienstruktur übergeleitet wurden. Das typische Beispiel hierfür ist Frankreich unter Ludwig dem XIV. In Deutschland lief später ein ähnlicher Prozess auf der mittleren Ebene des Adels, jener der Landesfürsten, ab - z. B. in Brandenburg / Preußen. (Anderson 1979)

Die neu formierte ständische Gesellschaft, die geistig-kulturell bereits der Neuzeit angehört, war nicht mehr feudal, sondern „postfeudal“, und sie war noch nicht bürgerlich, sondern „protobürgerlich“. In dieser Gesellschaft, deren Privilegiensystem - ein System rechtlicher Ungleichheit - ein Erbe des Feudalismus war, wurden aber gleichwohl alle Voraussetzungen entwickelt, die zur letztendlichen Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaft führen sollten.

Mehrere Aspekte können dabei hervorgehoben werden: In soziopolitischer Hinsicht die mehr oder weniger gewaltförmige Umwandlung der Kleinbauern in die eigentumslose Lohnarbeiterschaft, in ökonomischer Hinsicht die Entwicklung des Handwerks zu kaufmännisch geführten Verlagen und Manufakturen, aus denen später die mechanisierten Fabriken hervorgehen sollten (Marx 1890 [1972]). Hinzu kommen die vermittelten und vermittelnden Wandlungen des gesellschaftlichen Bewusstseins, bezeichnet durch Renaissance und Protestantismus sowie der Neuansatz der Philosophie und der Wissenschaften. Hierdurch wurde die Ablösung von der mittelalterlichen Geisteswelt eingeleitet und vollzogen. Die postfeudale Gesellschaft wandelte sich allmählich um in eine neue, eine bürgerliche. Durch diese Veränderungen schuf sich das aufsteigende, in den Städten ansässige Bürgertum die Voraussetzungen für seine spätere gesellschaftliche Führungsrolle.

Die Dialektik der merkantilistischen Wirtschaftspolitik des absolutistischen Staates bestand darin, dass sie nur zur Förderung des Reichtums des Monarchen bzw. Fürsten dienen sollte. Dazu musste dieser freilich alles tun, um die Wirtschaft des Landes, also Landwirtschaft, Handwerk, Gewerbe, Transportwesen usw. zu fördern. So mehrte sich aber zwangsläufig zugleich der Reichtum des städtischen Bürgertums, und eben dadurch wurde dieses befähigt, zu gegebener Zeit die Machtfrage zu stellen.

Schließlich setzte in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in England die Industrielle Revolution ein, die einen schnellen, tief gehenden und anhaltenden gesellschaftlichen Wandel auslöste. Erst als diese Prozesse evolutionär bereits weit fortgeschritten waren, kam es gelegentlich auch zu sozialen Revolutionen, die die bürgerliche Gesellschaft dann endgültig durch-

setzen. In dieser Hinsicht ist wiederum die Entwicklung in Frankreich (1789 und die Napoleonische Ära) typisch.

4. 2. 3 **Ökonomisches System und bürgerlicher Staat**

Das ökonomische System der bürgerlichen Gesellschaft beruht auf individuellem Privateigentum an Kapital und ist daher durch Privatinteressen und Wettbewerb bestimmt. Aus Sicht der bürgerlichen Theorie soll es durch Bildung stabiler Gleichgewichtspreise auf allen Märkten über selbst regulative Marktmechanismen verfügen. Aufgrund der dabei methodisch ausgeblendeten sozialen Klassenstruktur, die die ökonomische Verteilung der Vermögen und Einkommen bestimmt, bleibt es aber grundsätzlich in sich widersprüchlich und erzeugt so immer wieder ökonomische und soziale Krisen.

Der Wettbewerb ist auf diesem Boden wegen der Interessenskonflikte der Privateigentümer einerseits unvermeidlich, andererseits aus Sicht der bürgerlichen Theorie auch notwendig, weil er wirtschaftliche Dynamik zur Folge haben soll. Er erfordert aber eine wirksame und allgemein gültige Beschränkung, sonst würde der „Krieg aller gegen alle“, also der destruktive „Naturzustand“ im Sinne von Thomas Hobbes eintreten - und damit ein geordnetes Wirtschaftsleben letztlich überhaupt unmöglich werden: die Bürger können nur dann ihren Geschäften nachgehen, wenn Recht und Ordnung herrschen, wenn also ein normativ und zugleich faktisch gesicherter, verlässlicher gesellschaftlicher Normalzustand besteht.

Dies gilt nicht nur im Hinblick auf die Austauschprozesse auf den Güter- und Finanzmärkten, sondern mehr noch im Hinblick auf den Arbeitsmarkt und die Arbeitskontrakte. Auf die Einhaltung letzterer muss wegen des Interesses an der maximalen Nutzung des Gebrauchswerts der Arbeitskraft, von der ja die Wertschöpfung abhängt, unbedingt bestanden werden. Daher wurde gegen die frühen Streiks der Arbeiter umgehend die staatliche Gewalt mobilisiert, und aus dem gleichen Grund ist das demokratisch gegen den bürgerlichen Staat und seine Gesellschaft durchgesetzte Streikrecht der Arbeiter für diese eine so zentrale Errungenschaft.

Die Ökonomie erfordert also sowohl aus Sicht der Marktprozesse und der Konkurrenz wie aus Sicht der Produktion (d. h. der Wertschöpfung) eine entsprechende Rechtsetzung. Das der Ökonomie gemäße Rechtssystem „muss Zähne haben“: es muss wirklich gelten, muss also mittels einer Justiz und in letzter Instanz eben auch mit Hilfe legaler Polizeigewalt durchsetzbar sein.

Notwendig ist somit ein das Recht garantierender „Gewaltmonopolist“ außerhalb der Konkurrenz, das heißt mit gleicher Geltung gegen alle Bürger: eben der bürgerliche Staat. Er erscheint als eine mit der bürgerlichen Gesellschaft nicht-identische, gesonderte Institution, als Rechtsstaat, der sich neutral gegenüber den gesellschaftlichen Individuen verhält, d.h. sie rechtlich als Gleiche behandelt.

Diese selbst nicht-ökonomische Instanz kodifiziert die Regeln, die für die Ökonomie erforderlich sind (z. B. Vertragsrecht), und nur sie ist in der Lage, deren Gültigkeit zu garantieren. Deshalb ist sie für das Wirtschaftsleben konstitutiv und unverzichtbar.

Die konstitutive Rolle des Staates für die Wirtschaft weist einen weiteren bedeutenden Aspekt auf: Nachdem infolge des I. Weltkrieges die Ära der Goldwährung (d. h. Umlauf von Edelmetallmünzen oder durch Edelmetalle „gedecktes“ Geld) zu Ende ging, trat die staatliche Garantie des Papiergeldes (Geldmengensteuerung) durch eine Notenbank an die Stelle der natürlichen Edelmetallknappheit, ergänzt durch die Kriminalisierung der Geldfälschung. Hand in Hand damit ging - nach den Erfahrungen mit den durch die Kriegsfinanzierung bedingten Inflationen - eine Politik der Geldwertstabilität. Mit der Institution der Zentralbank (Bundesbank bzw. Europäische Zentralbank) und der - mehr oder weniger strikten - Regulierung des Bankensystems ist seither der Staat innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft als ebenso zentraler wie privilegierter ökonomischer Akteur präsent.

Es zeigte sich, dass die Ökonomie den Rechtsstaat braucht, aber das Umgekehrte gilt ebenso. Der bürgerliche Staat muss sich finanzieren und benötigt dazu die private Ökonomie. Er schöpft, nun gerade nicht mittels des Tausches von Äquivalenten, sondern durch Besteuerung diejenigen Mittel ab, die er für seine Aufgaben, deren Erfüllung der bürgerlichen Gesellschaft dient, benötigt. Die Steuern repräsentieren das gegenteilige Prinzip zum Äquivalententausch: Sie sind im Grunde eine legalisierte Form der Aneignung durch Enteignung und werden vom Besitzbürgertum auch genau so wahr genommen. Das auffällig ambivalente Verhältnis der liberal gesonnenen Bürger zum Staat knüpft sich so an die Besteuerung und an die Furcht vor dem staatlichen Gewaltmonopol.

Im Falle des Nationalsozialismus hat sich diese Furcht als tatsächlich berechtigt erwiesen. Im Zuge des Umschlags des Rechtsstaats in den Gewaltstaat, der durch die Politik des Besitzbürgertums überhaupt erst ermöglicht wurde, ordnete sich der totalitäre Gewaltstaat durch seine Exponenten die Gesellschaft und Wirtschaft unter, ohne allerdings das Eigentumsrecht

prinzipiell anzugreifen. Die Märkte büßten ihre koordinierende Funktion zugunsten einer kriegswirtschaftlichen Planung ein. Nach dem zweiten Weltkrieg stellte sich daher die Aufgabe einer liberalen Rekonstruktion der bürgerlichen Gesellschaft, die hauptsächlich aufgrund des amerikanischen „Marshall - Plans“ gelang.

Die fundamentale ökonomische Abhängigkeit des bürgerlichen Staates von der privatwirtschaftlichen Ökonomie zwingt ihn, sich der privatwirtschaftlichen Funktionslogik - d. h. den Anforderungen seitens der Kapitalverwertung - prinzipiell unterzuordnen, d. h. sich politisch an betriebswirtschaftlicher Rentabilität und Wettbewerbsfähigkeit zu orientieren. In der Sprache der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik formuliert heißt dies, der Staat solle sich darauf beschränken, einen ausgeglichenen Haushalt anzustreben, die Geldpolitik einer unabhängigen Zentralbank überlassen, die öffentlichen Betriebe möglichst privatisieren und im Hinblick auf „die Wirtschaft“ für „günstige Rahmenbedingungen“ sorgen, insbesondere durch die Senkung von Steuern und Abgaben.

Welche Rolle spielte andererseits Keynes im Zusammenhang der Gesamtentwicklung von Staat und Ökonomie? John Maynard Keynes (Keynes 1936; [974]) Entdeckung der makro-ökonomischen Kreislaufzusammenhänge ist vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise (1929 - 32) zu sehen. Er stellte seine Ideen 1936 in der „Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ vor. Dieser Ansatz eröffnete dem Staat in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts die wirtschaftspolitische Möglichkeit, insbesondere durch seine Fiskalpolitik eine - wenn auch begrenzte - wirtschaftspolitische Lenkungsfunktion zu übernehmen, um die damalige weltwirtschaftliche Stagnation, in Keynes' Sprache ein „Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung“, zu überwinden.

Dieses kurzfristige Ziel dominierte, weil es unmittelbar um den Bestand der bürgerlichen Gesellschaft ging. Demgegenüber blieben die langfristigen Überlegungen von Keynes, welche Zukunftsfragen des ganzen ökonomischen Systems berührten, im Hintergrund; gerade sie verdienen angesichts der tiefgreifenden Krisen unserer Zeit besonderes Interesse.

Keynes trug als wirtschaftspolitischer Berater maßgeblich zur Etablierung des „Bretton Woods Systems“ bei. Dieses ermöglichte nach dem 2. Weltkrieg die weltwirtschaftliche Expansion, erodierte aber in den 70er Jahren wegen der Finanzierung des Vietnam-Krieges und aufgrund der neuartigen Probleme, welche die „Stagflation“ (Stagnation und zugleich Inflation) aufwarf. Mit der schrittweisen Durchsetzung des Monetarismus,

einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik und der Deregulierung der Finanz- und Gütermärkte sind diese wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume weitgehend wieder verloren gegangen.

4. 2. 4 Bürgerlicher Staat und Demokratie

Es zeigte sich, dass die bürgerliche Ökonomie und der ihr gegenüber als eine gesonderte Institution erscheinende Rechtsstaat sich in dieser bestimmten historischen Form, die sich praktisch als Nationalstaat kristallisiert hat, einander wechselseitig voraussetzen und in ihrem Bestand und in ihrer notwendigerweise widersprüchlichen Weiterentwicklung bedingen. Der Umstand, dass es noch kein allgemein verbindliches und zugleich wirksames, durchsetzbares Völkerrecht gibt, dass sich die internationale Welt der Staaten also trotz mancher supranationaler institutioneller Ansätze bis heute noch nicht wirklich aus einem quasi Naturzustand (Hobbes 1996) herausgearbeitet hat, geht mit der Notwendigkeit einher, dass die Staaten auch über ein äußeres Gewaltpotenzial in Gestalt des Militärs verfügen. Dies erscheint umgekehrt wiederum als Hindernis für die Entwicklung eines verbindlichen Völkerrechts, indem es ermöglicht, ein solches zu brechen

Im Innern ist der bürgerliche Staat konstitutiv auf die sozioökonomische Struktur der bürgerlichen Gesellschaft - insbesondere ihre Eigentumsordnung - bezogen. So kann er ihr gegenüber nicht neutral sein. Als außerökonomische Seite des Kapitalverhältnisses (d. h. der dialektischen Beziehung von Kapital und Arbeit) ist der bürgerliche Staat normativer und gewalthaltender Garant der bürgerlichen Gesellschaft und zugleich selbst ein besonderes Feld gesellschaftlicher Konflikte, in dem auch die relative Machtposition der Beherrschten mit zur Geltung gebracht wird. (Poulantzas 2002).

Deshalb sind Staatseinnahmepolitik (Steuerpolitik) und Staatsausgabenpolitik aufgrund der unterschiedlichen bis gegensätzlichen gesellschaftlichen Interessen stets umkämpft. Die schrittweise Herausbildung des (deutschen) Sozialstaats seit dem späten 19. Jahrhundert und sein Rückbau seit Beginn des 21. Jahrhunderts zeigen, dass der Staat keine monolithische Institution, sondern ein umkämpftes besonderes Machtfeld ist, ähnlich der bürgerlichen Gesellschaft selbst (vgl. Müller/Neusüß 1971).

Dabei verbessern sich für die abhängig Beschäftigten unter den - keineswegs selbstverständlichen - Bedingungen einer politischen Demokratie die Chancen, ihre Interessen zur Geltung zu bringen. Der demokratisierte bürgerliche Staat laviert deshalb beständig in dem Widerspruch, den Anforderungen seitens der Kapitalverwertung und eben auch den Interessen der

abhängig Beschäftigten bzw. der beherrschten Wahlbürger - nicht zuletzt der Erwartung und dem reklamierten Anspruch auf demokratische Führung - zu entsprechen.

Davon unberührt bleibt, dass in der Dialektik von Gewalt und Recht, die den bürgerlichen Staat konstituiert, die Gewalt dem Recht vorgeht: Erst durch sie wurden reale Machtverhältnisse geschaffen, die um einer notwendigen allgemeinen Ordnung willen in ihr Gegenteil, in das positive Recht, umschlagen müssen. Dieses wiederum kann, weil es faktisch gelten muss, auf die legale Gewalt als „letztes Mittel“ nicht verzichten. Auf diese Weise fungiert der bürgerliche Staat als Garant des Bestehenden.

Hinzu kommt, dass die doppelte Bindung des bürgerlichen Rechtsstaates an das Kapitalverhältnis einerseits und an den ihn fundierenden und legitimierenden demokratischen Prozess andererseits asymmetrisch ist. Praktisch bleibt die demokratische Willensbildung, auch soweit sie politische Konzessionsspielräume gegen das Kapital erweitern konnte, z. B. in Form der deutschen Mitbestimmung, dem konstitutiven Zusammenhang von Staat und Kapitalverhältnis untergeordnet.

Die primäre Funktion des Staates, den Bestand der bürgerlichen Gesellschaft, d. h. im Kern das Kapitalverhältnis sowie die Konkurrenz normativ und praktisch zu garantieren, wird ergänzt durch eine sekundäre Funktion. Diese ergibt sich innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft aus dem „Marktversagen“.

Ein Marktversagen resultiert zum einen aus den Konkurrenzverhältnissen, die bedingen, dass nur direkt profitable Investitionen privat getätigt werden können. Notwendige, aber nur indirekt profitable Investitionen (in die sogenannte „Infrastruktur“) müssen daher, wenn sie nicht zum Schaden der Ökonomie ganz unterbleiben, vom bürgerlichen Staat getätigt und über Steuern finanziert werden. Der Markt versagt zum anderen insofern, als der Klassencharakter der bürgerlichen Gesellschaft zu sehr ungleichen Verteilungsverhältnissen führt, aus denen sich wiederum sozioökonomische Spannungen und Wirtschaftskrisen ergeben.

Unter solchen Umständen ist die gesellschaftliche Reproduktion zwar nicht zu jedem Zeitpunkt, wohl aber strukturell gefährdet, und diese Gefährdung erhöht die soziale Spannung innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft sowie zwischen ihr und dem bürgerlichen Staat. Diesem fällt daher die Aufgabe der korrigierenden und kompensierenden sozioökonomischen Stabilisierung zu; in Deutschland z.B. durch den Aufbau des „Sozialstaats“,

durch den sehr lange und erfolgreich soziale Spannungen reduziert und auch ökonomischen Ungleichgewichten entgegengewirkt werden konnte.

Eine Garantie, dass entsprechendes Handeln zum Erfolg führt, gibt es jedoch nicht. Im Gegenteil: durch Staatsversagen kann das Marktversagen noch verstärkt werden. Insofern aber der bürgerliche Staat tatsächlich beansprucht oder suggeriert, er sei zur Kompensation oder Steuerung des Marktversagens grundsätzlich in der Lage, bringt ihn das Staatsversagen in zusätzliche Schwierigkeiten. Er kann im Grunde nicht offen bekennen, dass er der übernommenen Verantwortung faktisch nicht oder nur eingeschränkt gerecht werden kann, weil dieses Eingeständnis im Sinne einer Delegitimation der bestehenden ökonomischen und politischen Ordnung wirken würde.

Dies alles zeigt: Die neuzeitliche Demokratie ist für den bürgerlichen Staat weder konstitutiv gewesen, noch war sie die Verwirklichung eines idealistischen politischen Konzepts. Sie hat sich vielmehr aus inneren ständegesellschaftlichen Konflikten entwickelt, die bis hin zu politischen und sozialen Revolutionen eskalierten.

In der Französischen Revolution trat beispielsweise zunächst das Bürgertum auf, als sei es das gesellschaftliche Ganze, indem es die funktionslos gewordenen Stände (Adel und Klerus) entprivilegierte, die Funktion des Monarchen aufhob und durch ein besitzbürgerlich dominiertes Parlament ersetzte. Nach der gelungenen bürgerlichen Emanzipation geriet aber schnell die „Soziale Frage“, d. h. die Emanzipation des „Vierten Standes“ - oder der Arbeiterklasse - in den Brennpunkt der sozialen Auseinandersetzungen. Allgemeines Wahlrecht und Gleichberechtigung, Streikrecht und der Anspruch auf Existenzsicherheit (im Hinblick auf die Lebensrisiken Unfall, Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit), die Wahl der Regierung durch das Parlament, später auch die Demokratisierung der Wirtschaft (Naphtali 1977; Huber/Kosta 1978) waren die jetzt erhobenen, legitimen Forderungen.

Die bürgerliche Demokratie war demnach zunächst keineswegs offen gegenüber dem „Vierten Stand“ bzw. der Arbeiterklasse. Diese musste ihre politische Gleichberechtigung vielmehr in jahrzehntelangen sozialen Kämpfen und gegen staatliche Unterdrückung durchsetzen. Erst durch die Novemberrevolution 1918 (Verfassung der Weimarer Republik) erreichten die Arbeiterklasse und mit ihr die Frauen zumindest im Prinzip ihre „Anerkennung als menschliches Subjekte“ in Gesellschaft und Staat.

Woher kommt bei all dieser Konflikthaftigkeit die relative Stabilität der Demokratie? Sie erklärt sich daraus, dass unter normalen ökonomischen Reproduktionsbedingungen die Verfahren demokratischer Willensbildung durchaus funktional sind, d. h. so ausgestaltet werden können, dass das Ergebnis in Befriedung und Zustimmung besteht, so dass die Legitimation für die ungleich bleibende Verteilung der Vermögen und der Einkommen nicht grundlegend erschüttert wird.

In Zeiten ökonomischer Krisen aber erweist sich die demokratische Willensbildung als nicht länger funktional für die Privatökonomie und für den etablierten Staat. Die politische Demokratie gerät dann unter Druck, wird tendenziell eingeschränkt und ausgehöhlt, oder, wie 1933, ganz beseitigt, um grundlegende Veränderungen und letztlich eine historisch fortschrittliche Transformation der bürgerlichen Gesellschaft zu verhindern.

Die Demokratie muss daher von den demokratischen Staatsbürgern nicht nur erkämpft, sondern sie muss auch bewahrt werden – und vor dieser politischen Aufgabe stehen wir heute.

4. 2. 5 Bürgerlicher Staat und Wirtschaftspolitik

4. 2. 5. 1 Geschichte der Wirtschaftspolitik

Die Weltwirtschaftskrise ab 1929 war nicht nur eine der mehr oder weniger regelmäßig auftretenden konjunkturellen Krisen, sondern sie trug deutlich die Züge eines systemischen Zusammenbruchs. Dieser drückte sich zugleich sozioökonomisch, politisch und in gesellschaftlichen Bewusstseinsformen aus, insbesondere aber im Zerfall des Weltmarkts (James 2005). Unter diesen Voraussetzungen konnte in Deutschland der Rechtsstaat in den NS-Gewaltstaat umschlagen, welcher sich das gesellschaftliche Ganze unterordnen konnte: Abschaffung der Demokratie und der bürgerlichen Freiheiten, Zerschlagung der Arbeiterbewegung, Militarismus, Krieg, Rassenwahn, Auschwitz. (Neumann 1984).

Die reale Krise war aber auch die Grundlage für die Suche nach vernünftigen Auswegen. Keynes außerordentliche Leistung, die ihn zum mit Abstand bedeutendsten Ökonomen des 20. Jahrhunderts machte, bestand darin, auf Grundlage einer Kritik der neoklassischen Gleichgewichtstheorie eine makroökonomische Kreislauftheorie zu entwickeln, die es ermöglichte, die Krise zu diagnostizieren und die Ansatzpunkte und Handlungsspielräume der staatlichen Wirtschaftspolitik neu zu bestimmen. Kurzfristig

dachte er vor allem an die Steigerung der „effektiven Nachfrage“ durch „deficit spending“, langfristig an eine „Sozialisierung der Investition“.

Neu daran war nicht nur die Erkenntnis der Relevanz der „effektiven Nachfrage“, sondern mehr noch die Einsicht in eine makroökonomische Rationalität, die der mikroökonomischen der Neoklassik ebenso wie der Rationalität der Betriebswirtschaftslehre übergeordnet ist. Im übergeordneten gesamtwirtschaftlichen Kreislaufzusammenhang gelten danach spezifische Gesetzmäßigkeiten, die den unmittelbaren Erfahrungen der Wirtschaftssubjekte nicht und ihrer individuellen Handlungslogik nur teilweise entsprechen.

Aus Keynes Einsicht in die Schranken einer Selbststeuerung der Marktwirtschaft, in diesem Sinne also in das fundamentale Marktversagen, folgt die Notwendigkeit einer Lenkung, die nur der bürgerliche Staat übernehmen kann. Dazu muss dieser die Geld- und Fiskalpolitik für eine indirekte Wirtschaftslenkung instrumentalisieren. Auf Seiten der Privatökonomie ruft die so gelockerte Abhängigkeit des Staates von der Privatökonomie allerdings ebenso Unbehagen hervor wie der jetzige Anspruch des Staates gegenüber der privaten Ökonomie, wenn auch in deren Interesse, eine übergeordnete wirtschaftspolitische Lenkungsfunktion zu übernehmen (Hödl 1986).

Im Verlauf der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts begannen sich die institutionellen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen einer keynesianischen Wirtschaftspolitik, das Bretton-Woods-System, aufzulösen. Im Vorstehenden wurde darauf bereits hingewiesen: Ein maßgeblicher Aspekt war der nicht zuletzt durch die Finanzierung des Vietnamkrieges bedingte währungspolitische Übergang zu einem System freier Wechselkurse. Ein anderer die - auch durch die Vorherrschaft oligopolistischer, d. h. durch relativ wenige marktmächtige Großunternehmungen bestimmten Marktformen bedingte - unerwartete Herausbildung einer „Stagflation“, d.h. durch das neuartige gleichzeitige Auftreten von Stagnation und Inflation.

Dieses Problem wurde in Verbindung mit den theoretischen Arbeiten Milton Friedmans zum praktischen Ausgangspunkt der monetaristischen Konterrevolution. Das Vordringen des Monetarismus brachte die Anerkennung der neoklassischen Gleichgewichtstheorie zurück, die in Kombination mit der neoliberalen Wettbewerbstheorie (F. A. von Hayek) und der monetaristischen Geldpolitik als sogenannte Angebotstheorie wirtschaftspolitisch dominant wurde und nach 1980 den Keynesianismus ablöste.

Nach mehr als 25 Jahren Praxis mit einer angebots- und wettbewerbsorientierten Wirtschaftspolitik war allerdings in Deutschland die Arbeitslosigkeit im Februar 2005 auf über 5 Millionen angestiegen. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum war nach wie vor so schwach, dass eine spürbar ansteigende Beschäftigung nicht erwartet werden konnte, insbesondere weil das Investitionsverhalten auf immer wieder deutlich verbesserte steuerpolitische und rechtliche Rahmenbedingungen nicht positiv reagierte. Damit wiederum geriet das Problem der schwachen Binnennachfrage ins Zentrum der Überlegungen (Bofinger 2005, S. 225 ff.). Die Situation verschärfte sich in den Folgejahren krisenhaft und kulminierte ab 2008 in einer tiefen weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, die auch im Jahre 2010 noch nicht in eine selbst tragende Erholung übergegangen ist. Diese noch längst nicht überwundene Krise dürfte eine ähnliche historische Reichweite erlangen wie die von 1929 - sie ist ein starker Hinweis auf die Labilität des Systems.

Dennoch wird die in der Wirtschaftspolitik nachhaltig gescheiterte „Angebotspolitik“ paradoxerweise und interessenbedingt nicht mit einem konzeptionellen wirtschaftspolitischen Wechsel beantwortet. Es heißt vielmehr, dass weiterhin eine sogar noch verstärkte Angebotspolitik erforderlich sei. Allerdings verliert diese dogmatische Haltung, trotz medialer Multiplikation, bis in eine breitere Öffentlichkeit hinein zunehmend an Glaubwürdigkeit. Erste Ansätze eines grundlegenden Wandels sind erkennbar. Denn unübersehbar und unmittelbar erfahrbar ist, dass die im Hinblick auf ein selbsttragendes Wachstum und die Beschäftigung versprochenen Erfolge immer wieder ausgeblieben sind.

Scheint so der Boden für ein alternatives wirtschaftspolitisches Konzept bereitet, so fehlt es doch im Hinblick auf grundlegende Veränderungen und eine Transformation der Wirtschaft und Gesellschaft an hinreichenden Gegenkräften, ausgestattet mit hinreichend durchdachten Konzepten: Trotz seiner Fehlfunktionen und immer wieder eintretender Krisensituationen wird das System, auch wegen dieser Schwächen, die gesellschaftliche Entwicklung in der eröffneten historischen Periode zunächst weiter dominieren.

4. 2. 5. 2. Weltmarkt, Globalisierung und bürgerlicher Staat

Als Weltmarkt wurde traditionell die Gesamtheit der externen Austauschbeziehungen der Volkswirtschaften (Importe und Exporte von Waren und Dienstleistungen sowie zugehörige Finanzströme) bezeichnet. Die „Globalisierung“ oder „Mondialisation“ soll demgegenüber etwas Neues

darstellen (Conert 2002). Aus ökonomischer Sicht wird postuliert, dass sich, ausgehend von der Finanzsphäre, ein die Volkswirtschaften dominierender, politisch und kulturell „entbetteter“, völlig verselbständigter Weltmarkt gebildet habe, der von den ökonomischen Aktivitäten der transnationalen Unternehmungen, den „global players“ getragen werde und dem zwar verschiedene supranationale Institutionen wie die Weltbank, der Internationale Währungsfonds und die Welthandelsorganisation, aber kein bürgerlicher Staat gegenüber stünden.

Insbesondere der vereinheitlichte Weltfinanzmarkt gebe faktisch die maßgeblichen ökonomischen Entscheidungskriterien vor, der sich die Volkswirtschaften, die Unternehmungen und auch die Staaten zu beugen hätten. Die nationalen bürgerlichen Staaten seien geschwächt, der Weltökonomie untergeordnet und zum betriebswirtschaftlich orientierten „Wettbewerbsstaat“ transformiert worden. Wenn selbst rentable Unternehmen geschlossen und verlagert werden, weil andernorts eine noch höhere Rentabilität erwartet werde, dann müsse dies hingenommen werden.

Eine staatliche Lenkungsfunktion im keynesianischen Sinne sei nicht mehr denkbar. Möglich sei nur noch die Herstellung wettbewerbsfähiger Rahmenbedingungen. Es bliebe, und zwar unabhängig von der Frage, ob dies vernünftig sei oder nicht, lediglich noch die Möglichkeit, sich zu bemühen, in diesem weltweiten Wettbewerb möglichst erfolgreich zu werden.

Wesentliches Ergebnis dieser Entwicklung ist, dass den Wählern bis etwa zur Krise 2008 eine wirkliche inhaltliche Wahlalternative fehlt; sie quittieren das weitestgehend ohne Verständnis und reagieren mit Frustration, Ratlosigkeit, Wahlenthaltung oder auch Protestwahlverhalten. Kaum verhüllte Rat- und Hilflosigkeit ist aber allem Anschein nach auch in den Parteien weit verbreitet; es ist dies nicht das unbedeutendste Moment einer mehr oder weniger offenbaren politischen Krise. Man fordert daher, die unpolitische oder antipolitische Passivität breiter Schichten müsste überwunden werden, und dies verlange, dass Zukunftsperspektiven angeboten werden müssten.

Eine schon seit langem vorgetragene Entwicklungsperspektive besteht darin, den Prozess der durch die ökonomische Globalisierung bedingten Schwächung des bürgerlichen Staates rückgängig zu machen oder dem Problem auch auf einer höheren Ebene, vor allem etwa der der Europäischen Union, zu begegnen. Durch die grundsätzliche Strategie einer „Re-Regulierung“, die auch die Option für eine tendenzielle Weiterentwicklung der EU zu einem Bundesstaat einschließen könnte, bestünde aus dieser

Sicht die Möglichkeit, politische Steuerungskapazitäten auf zentraler Ebene zurück zu gewinnen (Röttger 1997). Ist dies ein gangbarer Weg?

4. 2. 5. 3 Die Strategie der Demokratisierung

In der heutigen Ära der „Dominanz der Vermögensbesitzer“, einer wirtschaftlichen Stagnation, einer dauerhaften Massenarbeitslosigkeit und der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben haben sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse so verändert, dass nicht nur ein Prozess der Reallohnsenkung und ein Rückbau des Sozialstaats vorangetrieben werden kann, sondern auch die Demokratie selbst unter Druck gerät: Der schon lange anhaltende Umverteilungsprozess kann nur durchgesetzt werden, wenn die betroffenen erheblichen Bevölkerungsteile daran gehindert werden, eine demokratische Gegenmacht zu bilden, mit der die wachsende Ungleichheit und Polarisierung gestoppt werden könnte.

In Deutschland lässt sich empirisch feststellen, dass die Freiheitsrechte der Staatsbürger gegenüber dem Staat einem langfristigen Erosionsprozess unterliegen. Dieser Prozess wird durch jede neue, in der Regel durchaus reale Gefährdung der Sicherheitslage verstärkt – es handelt sich um eine anhaltende Tendenz, die auch von linksliberaler Seite zu Recht immer schon kritisch beobachtet und bekämpft worden ist.. Durch die Aushöhlung der staatsbürgerlichen Schutzrechte werden zwar nicht unbedingt der Absicht nach, wohl aber faktisch die Voraussetzungen für einen erneuten Verlust der Demokratie geschaffen. Insgesamt zeichnet sich die Möglichkeit repressiver postdemokratischer Verhältnisse deutlich ab. Als Warnung mag der derzeitige Zustand der italienischen Demokratie dienen, in der eine dubiose Parteienkonstellation unter Einschluss der Neofaschisten die Regierung stellt und sich im permanenten Konflikt mit der eigenen Justiz befindet: Ein Menetekel für andere europäische Demokratien, die ebenso mit Massenarbeitslosigkeit und ökonomischer Stagnation konfrontiert sind. Wolfgang Reinhard (1999) schrieb hierzu:

„Es wäre naiv, allein von einer „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ die definitive Überwindung des totalen Staates zu erwarten, zumal sie wahrscheinlich ohnehin nur eine weiche Variante des totalen Staates ist, weniger wegen personeller Kontinuitäten, als wegen der strukturellen Verwandtschaft dieser beiden Endstufen von 1000 Jahren Wachstum europäischer Staatsgewalt. Wie der allmähliche Abbau der verfassungsmäßigen Grundrechte in der Bundesrepublik Deutschland zeigt, sind sie auch beim demokratischen Staat, dem das Grundgesetz ihre Garantie anvertraut hat,

keineswegs in den besten Händen. Möglicherweise wurde dabei sogar der Bock zum Gärtner gemacht, denn von Haus aus stammen die Grund- und Freiheitsrechte ja aus dem Widerstand gegen die Staatsgewalt. Was von dieser und ihren Juristen unter Umständen zu erwarten ist, schrieb Ernst Rudolf Huber 1937: „Es gibt keine persönliche, vorstaatliche und außerstaatliche Freiheit des Einzelnen, die vom Staat zu respektieren wäre.“

Im Freiheitsinteresse, aber auch im ökonomischen Interesse der großen Mehrheit der Staatsbürger muss daher vor allem dieser Tendenz eines weiteren Substanzverlustes der Demokratie entgegengewirkt werden. Das kann geschehen, indem Widerstand gegen die weitere Aushöhlung von Grundrechten geleistet wird, und sodann, indem die Funktionsweise der repräsentativen Demokratie basisdemokratisch reformiert wird. Dafür gibt es verschiedene Möglichkeiten, z. B. im Hinblick auf den abgehobenen Status der Abgeordneten und die verselbständigte Rolle der Parteien, das zu wenig basisdemokratische Wahlrecht und die Bewahrung der vorhandenen institutionellen Partizipationsrechte, insbesondere der Mitbestimmung. Hans Herbert von Arnim hat hierzu in zahlreichen Publikationen Kritik vorgetragen und konkrete Vorschläge unterbreitet, an die angeknüpft werden könnte.²⁴

Bei alledem sollte bewusst bleiben, dass der bürgerliche Rechtsstaat nicht notwendigerweise auch ein demokratischer sein muss. Er wird vielmehr überhaupt nur demokratisch, oder er bleibt es, soweit der Anspruch auf Demokratie von der Bevölkerung in der politischen Praxis zur Geltung gebracht wird. Dieser fundamentale demokratische Gestaltungsanspruch muss, um eine fortschrittliche gesellschaftliche Entwicklung zu ermöglichen, nicht nur aufrecht erhalten, sondern offensiv verfochten werden. Die noch anhaltende politische Passivität breiter Bevölkerungsschichten, mit der sie sich selbst schaden, ist hierfür das Haupthindernis.

Voraussetzung für einen Aufbruch und den Erfolg wird sein, dass der passive, sich überwiegend nur in Wahlenthaltung manifestierende Widerstand des Wahlvolks in Lernprozesse und aktivere Formen des Widerstands übergeht. Sodann kann die bestehende, sozusagen halbierte Demokratie weiterentwickelt werden, indem - entgegen der gegenwärtigen Tendenz und der Gefahr einer autoritären Herrschaft - Demokratisierungsprozesse auf die gesamte Gesellschaft, auf alle ihre Ebenen ausgedehnt werden.

²⁴ Hans Herbert von Arnim: 1993a, 1993b, 1997, 2001, 2003, 2004, 2006, 2008, 2009

Hinsichtlich der realen Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens geht es darum, die Gesellschaft zu befähigen, einen Entwicklungspfad in Richtung auf den Abbau politischer, sozialer und ökonomischer Ungleichheit zu öffnen (vgl. Bontrup 2010) und den alles durchdringenden Ökonomismus zu überwinden. Gegen den medial vermittelten Schein der angeblichen Alternativlosigkeit müssen, um die Desorientierung und die Resignation zu überwinden und um populistische Risiken zu vermeiden, neue und zukunftsfähige Wege für das politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben aufgezeigt werden.

5. Fazit und offene Fragen

Im Ausblick möchte ich darauf hinweisen, dass das Thema des vorliegenden Beitrages sicherlich erfordert, kritisch überprüft, erweitert und weiter vertieft zu werden. Ansatzpunkte dafür sehe ich beispielsweise in den hier noch kaum berücksichtigten Publikationen von Gerstenberger (1990), Poulantzas (2002), Hirsch (2005) und Fisahn (2008).

Im Hinblick auf die reale gesellschaftliche und geschichtliche Lage ist jedoch klar, dass sich das kapitalistische System in einer schweren weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise befindet. Diese ist zugleich eine politische Krise, weil die seit dreißig Jahren vorherrschende neoliberale Ideologie durch die Entwicklung empirisch widerlegt ist.

Dasselbe gilt für die neoliberale Angebots- und Wettbewerbspolitik, insbesondere für die Privatisierungsstrategie und vor allem für die Deregulierung der Finanzmärkte. Bezogen auf diese offenkundigen, bedrängenden Probleme sind Analysen und alternative Konzepte notwendig und wurden teilweise schon glaubwürdig vorgetragen.

Weitaus schwieriger ist die unabweisbare Frage nach dem letztlich entscheidenden sogenannten „subjektiven Faktor“. Ein Transformationspfad, der aus kapitalistischen Produktionsverhältnissen herausführt, kann letztlich nur besritten werden, wenn die Bevölkerung hierzu mehrheitlich, auf Grundlage neu gewonnener Sichtweisen, einen entschlossenen politischen Willen entwickelt. Dem stehen allerdings schwere Hemmnisse entgegen - von der Weiterwirkung neoliberaler und anderer Ideologien bis hin zur Desinformation der Medien. Wie kann eine politische Kommunikation und Aktivierung der betroffenen Menschen gelingen, die von deren unmittelbaren Interessen ausgeht, und zugleich vermittelt, dass es notwendige und erreichbare Alternativen gibt und was für deren Verwirklichung zu tun ist?

Literatur

Anderson, Perry (1979): Die Entstehung des absolutistischen Staates, Frankfurt am Main

Arnim, Hans Herbert von (1993 a): Staat ohne Diener: was schert die Politiker das Wohl des Volkes, München

Arnim, Hans Herbert von (1993 b): Demokratie ohne Volk : Plädoyer gegen Staatsversagen, Machtmißbrauch und Politikverdrossenheit, München

Arnim, Hans Herbert von (1997): Fetter Bauch regiert nicht gern. Die politische Klasse – selbstbezogen und abgehoben, München

Arnim, Hans Herbert von (2006): Das Europa-Komplott. Wie EU-Funktionäre unsere Demokratie verscherbeln, 4. Aufl., München

Arnim, Hans Herbert von (2001): Das System. Die Machenschaften der Macht, München

Arnim, Hans Herbert von (2003): Korruption. Netzwerke in Politik, Ämtern und Wirtschaft, München

Arnim, Hans Herbert von (2008): Die Deutschlandakte. Was Politiker und Wirtschaftsbosse unserem Land antun, München

Arnim, Hans Herbert von (2009): Volksparteien ohne Volk. Das Versagen der Demokratie, München

Brümmerhoff, D. (1988): Finanzwissenschaft, 3. Aufl., München – Wien

Bofinger, Peter (2005): Wir sind besser als wir glauben, München

Bombach, G.. / Ramser, H. - J. / Timmermann, M. / Wittmann, W. (1976): Der Keynesianismus I – Theorie und Praxis keynesianischer Wirtschaftspolitik, Berlin

Bontrup, H. - J., Perspektive Wirtschaftsdemokratie, Sozialismus 2/2010, S. 21 – 26.

Buchholz, G. (2006): Kritik des Ökonomismus, Hannover, AP 110, S. 22 - 33

Buchholz, G. / Müller, A. (2009): Ein Vergleich von Neoklassik, Keynesianismus und Marxismus, Wien, in: grundrisse 31/2009

Conert, Hansgeorg (2002): Vom Handelskapital zur Globalisierung, 2. Aufl., Münster, S. 275 ff.

Fisahn, Andreas (2008): Herrschaft im Wandel, Köln

Frey, Bruno S. / Meissner, Werner (1974): *Zwei Ansätze der politischen Ökonomie: Marxismus und ökonomische Theorie der Politik*, Frankfurt am Main

Galeano, Eduardo (1989): *Die offenen Adern Lateinamerikas*, 14. Aufl., S. 20 ff.

Gerstenberger, Heide (1990): *Die subjektlose Gewalt – Theorie der Entstehung bürgerlicher Staatsgewalt*, Münster

Harvey, David (2007): *Kleine Geschichte des Neoliberalismus*, Zürich

Hayek, Friedrich August von (2004): *Der Weg zur Knechtschaft*, Tübingen

Hirsch, Joachim (2005): *Materialistische Staatstheorie*, Hamburg

Hobbes, Thomas (1996): *Leviathan*, Meiner Verlag, Hamburg

Hödl, Erich (1986): *Der Staat in der keynes'schen Theorie*, Wuppertal, Arbeitspapiere des FB Wirtschaftswissenschaft der Universität – Gesamthochschule Wuppertal, Nr. 101

Hofmann, Werner (1964): *Sozialökonomische Studientexte*, 3 Bde., Bd. 1 Wert- und Preislehre, Berlin

Hoffmann, Jürgen (2000): *Politisches Handeln und gesellschaftliche Struktur - Grundzüge deutscher Gesellschaftsgeschichte*, 2. Aufl., Münster, S. 14 ff.; Hoffmann stützt sich stark auf Gerstenberger (1990)

Huber/Kosta (1978): *Wirtschaftsdemokratie in der Diskussion*, Frankfurt am Main

James, Harold (2000): *Der Rückfall*, München

Keynes, J. M. (1936 [1974]): *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, Berlin

Krieser, Hannes (1990): *Gesellschaftsordnung, feudale*, in: *Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften*, Bd. 2, Hrsg. H.-J. Sandkühler, Hamburg, S. 405 ff.

Marx, Karl / Engels, Friedrich (1974): *Staatstheorie. Materialien zur Rekonstruktion der marxistischen Staatstheorie*, Hg. v. Eike Hennig, Joachim Hirsch, Helmut Reichelt, Gert Schäfer. Frankfurt am Main – Berlin – Wien.

Marx, Karl (1890 [1972]): *Das Kapital – Kritik der politischen Ökonomie*, 3 Bde., MEW 23 – 25, Erster Bd., 13. Kapitel, S. 391 ff.; 24. Kapitel, S. 741 ff.

Motteck, Hans (1973): *Wirtschaftsgeschichte Deutschlands*, Bd. 1, Berlin, S. 119 ff.

-
- Müller/Neusüß (1971): Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital, in: PROKLA, Juni 1971, S. 7 ff.
- Musgrave, R. A. (1990): Die öffentlichen Finanzen in Theorie und Praxis, Tübingen
- Naphtalie, Fritz (1928 [197]): Wirtschaftsdemokratie, 4. Aufl., Frankfurt am Main
- Neumann, Franz (1984) Behemoth – Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933 – 44, Frankfurt am Main
- Nordmann, Jürgen (2005): Der lange Marsch zum Neoliberalismus, Hamburg
- Poulantzas, Nicos (2002): Staatstheorie, Hamburg, S. 154 ff.
- Reinhard, Wolfgang (1999): Geschichte der Staatsgewalt, München, S. 479
- Röttger, Bernd (1997): neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation, Münster
- Rotermundt, Rainer (1997): Staat und Politik, Münster, S. 174
- Schumpeter, J. A. (2005) Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Tübingen
- Toqueville, Alexis de (1978): Der alte Staat und die Revolution, München
- Walpen, Bernhard (2004): Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft, Hamburg

Horst Müller

Zur wert- und reproduktionstheoretischen Grundlegung und Transformation zu einer Ökonomie des Gemeinwesens

„Was an dem Wandel der Lehrmeinungen abgelesen werden kann, ist die Lähmung, welche eine Theorie, die zum Dogma versteinert ist, auf das menschliche Bewußtsein und Vorstellungsvermögen übertragen kann, und mit der es Wahrnehmung und Denken gegen über Erfahrungen blind machen, ja selbst die Fähigkeit, die richtigen Fragen zu stellen, hemmen kann.“

Maurice Dobb: Wert- und Verteilungstheorien seit Adam Smith. Suhrkamp, Frankfurt a. M. 1977, S. 234

Überblick über den Gedankengang

Die nachstehende Untersuchung geht davon aus, dass eine historische Übergangsperiode eröffnet ist (1) und verweist von da auf notwendige Umorientierungen der Wissenschaft der politischen Ökonomie. Im ersten Hauptteil wird die Entwicklung vom Industriekapitalismus (2) zur sozialkapitalistischen Formierung des 20. Jahrhunderts (3) mit neuen Argumenten interpretiert und bis zum Eintritt in das widersprüchliche, finalisierende Stadium dieser Gesellschaftsformation (4) verfolgt. Dabei soll deutlich werden, inwiefern eine Systemalternative bereits latent vorhanden ist und sich an Frontlinien der gesellschaftlichen Auseinandersetzung bemerkbar macht. Nach Zwischenüberlegungen (5) zum wert-, reproduktions- und praxistheoretischen Charakter einer Transformationsanalyse werden das ökonomische Kalkül, wesentliche Konstitutionselemente und die Wirtschaftsverfassung einer Sozialwirtschaft als Systemalternative (6) herausgearbeitet. Im Resümee (7) ergeben sich Ansatzpunkte einer bewussten Praxis und Politik der sozialwirtschaftlichen Transformation. Der Ausblick (8) gilt offenen Fragen und Forschungsaufgaben.

1. Herausforderungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts

1.1 Die Systemkrise und der Eintritt in die Übergangsperiode

In der politischen Philosophie geht es um ein *Begreifen der Praxis* in der konkreten gesellschaftsgeschichtlichen Situation, das heißt um ein ebenso analytisches wie prospektives, kritisches wie konstruktives Weg- und Wirklichkeitswissen. Wo also stehen wir heute, oder besser, wohin sind wir im

Begriff zu gehen?¹ Wir hören von einer Klima- und Energiekrise, von einer Ressourcenkrise und von Rohstoffkonflikten, von einer Finanz- und Wirtschaftskrise, von einer Wachstums-, Beschäftigungskrise und einer Krise der Staatsfinanzen, von Ernährungskrisen und von Überbevölkerung, von Unterentwicklung und sogenannten gescheiterten Staaten. Auf die in aller Welt gärenden Problemlagen wird überwiegend mit sozialtechnologischen Mitteln und in kurativer Absicht reagiert. Kaum angesprochen und noch zum allerwenigsten erkannt ist, dass es sich insgesamt um eine *formationelle Systemkrise* handelt. Der *historische, finalisierende* Charakter dieser Krise, die eine *Praxis und Politik der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformation* herausfordert, bleibt im aktuellen wissenschaftlichen und öffentlichen Diskurs weitgehend ausgeblendet. Hier kurz vier Stimmen zur Lageeinschätzung:

Nach der Analyse von *Walden Bello*², liegt hinter der Finanzkrise noch eine andere Problematik. „Was wir beobachten können ist die Intensivierung einer der zentralen Krisen oder Widersprüche des globalen Kapitalismus: Die Krise der Überproduktion, auch bekannt als Überakkumulationskrise oder Krise der Überkapazitäten“. Und weiter: „Wir sprechen darüber, die Wirtschaft wieder in die Gesellschaft einzubetten, anstatt in einer Gesellschaft zu leben, die durch die Wirtschaft gelenkt wird“.³

*Martin Khor*⁴ erklärt zur Krise im globalen Süden, die sich zu einer Ernährungskrise zuspitzt: „Wir könnten wegen dieser Krise über eine Milliarde mehr Menschen in den Entwicklungsländern in neue Armut abstürzen sehen. Daher müssen wir die Art und Weise, wie die globale Wirtschaft betrieben wird, überdenken“. Auch „müssen wir den Entwicklungsländern den Freiraum geben, politische Optionen zu ergreifen, die sie benötigen, um

¹ So gesehen ist klar, dass weder eine Kritische Theorie noch eine Kritik der politischen Ökonomie als solche zureichende Antworten auf die bedrängenden Zukunftsfragen geben können. Nach der hier vertretenen Auffassung bietet ein Praxisdenken ‚aus der Marxschen Wurzel‘ oder kurz gesagt das ‚Praxiskonzept‘ den weiter reichenden, positiven Ansatz einer politischen Philosophie für unsere Zeit.

² Professor für Soziologie an der University of Philippines, international bekannter Globalisierungskritiker, unter anderem Direktor von ‚Focus on the Global South‘.

³ Bello, Walden: Kleine Einführung in die Ursachen des Zusammenbruchs der Wall Street. In: SiG 69 v. 19.10.2008. <http://sandimgetriebe.attac.at/6802.html> Ders.: De-Globalisierung – Widerstand gegen die neue Weltordnung. VSA, Hamburg 2005. Ferner: Politik des Hungers. Assoziation A, Berlin 2010.

⁴ Journalist und Ökonom, Direktor des Third World Network in Penang, Malaysia.

ihre Wirtschaften wieder aufzubauen, mit finanzieller und technologischer Hilfe - und gleichzeitig mit dem, was sie brauchen, um den Klimawandel parallel anzugehen.“⁵

Dennis Meadows ⁶ bekräftigt: „Die Menschen verlangen der Erde so viel ab, dass ihre Tragfähigkeit überschritten ist“. Wir sollen uns vom „Postulat des Wachstums“ verabschieden, „Es geht darum, weniger zu konsumieren“.⁷ Damit ist der ganze Lebensstil, die Wachstumsorientierung, überhaupt der Typus der modernen Zivilisation infrage gestellt.

Einen Schritt weiter geht der Weltsystemtheoretiker *Immanuel Wallerstein*⁸. Seine Diagnose: Die Lebensfähigkeit des kapitalistischen Weltsystems, ein 500 Jahre überaus erfolgreiches System, das auf „endloser Kapitalakkumulation als Leitprinzip gesellschaftlicher Organisation“ beruht, nähert sich in einer asymptotischen Bewegungskurve einem Stadium der Erschöpfung. „Deshalb sind wir in eine Zeit der Unruhe oder eine Übergangsperiode des bestehenden Weltsystems eingetreten“.⁹

Aus alldem kristallisiert sich eine Generalthese: Wir sind heute, mit der im 21. Jahrhundert akut gewordenen Krise, in eine Übergangsperiode eingetreten und stehen an einer gesellschaftsgeschichtlichen Wegscheide. Wallerstein: „The choice of a new system is the major worldwide political struggle of our times.“ Der Prospekt für die kommenden Jahrzehnte lautet: „Sooner or later, a new system will be installed“.

⁵ Khor, Martin: Eine Milliarde Menschen mehr in Armut? Die Krise im globalen Süden. In: SiG 74 v. 28.06.2009. <http://sandimgetriebe.attac.at/index.php?id=8153>

⁶ US-amerikanischer Ökonom und Systemanalytiker, Mitverfasser der Studie „Grenzen des Wachstums“, 1972 im Auftrag des Club of Rome. Im Jahr 2004 veröffentlichten die Autoren das 30-Jahre-Update der Studie. Demnach führte ein unverändertes business as usual bis 2030 zum Kollaps.

⁷ Es geht darum, weniger zu konsumieren. Dennis Meadows im SZ-Interview, am 20.10.2008.

⁸ Direktor des Fernand Braudel Center in New York von 1976 - 2005, heute Senior Research Scholar an der Yale University. Einflussreicher Weltsystemforscher, beteiligt am Weltsozialforum.

⁹ Wallerstein, Immanuel: Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts. ProMedia Verlag, Wien 2002, S. 8 f., 58. Vgl. Wallerstein Commentary Nr. 243, Oct. 15, 2008: “We can assert with confidence that the present system cannot survive. .. sooner or later, a new system will be installed. This will not be a capitalist system but it may be far worse .. or much better.. than such a system.“

Die entscheidende Frage nach all diesen Einschätzungen, im angenommenen historischen Ringen lautet aber meiner Ansicht nach: Haben sich, wie Marx sagt, „im Schoß“ der gesellschaftlichen Wirklichkeit inzwischen reale Ansätze und Potentiale einer alternativen Produktionsweise und Gesellschaftsform herausgebildet?¹⁰ Und worin besteht die alternative Reproduktionsordnung, Systemfunktionalität oder Wirtschaftsverfassung als Grundlage einer ersehnten höheren Zivilisation?

1.2 Überfällige begriffliche und konzeptuelle Umorientierungen

Die Bestimmung der globalen Grundsituation als „Übergangsperiode“ impliziert die Annahme, dass die Kategorie der *Übergangsgesellschaft* den entscheidenden Ansatzpunkt darstellt: Allein die Tatsache, dass der Schlüsselbegriff in dieser Fassung so gut wie keinen Platz im gegenwärtigen Diskurs über Alternativen, geschweige denn in der öffentlichen Debatte hat, verweist auf tiefgreifende Denkblockaden, Unsicherheiten und auf das Erfordernis einer „Neuordnung des theoretischen Feldes“.¹¹

Mit der Konzeption des formationellen Übergangs wird zunächst die übliche, falsch totalisierende Sprechweise von „Kapitalismus“ aufgegeben und das tief verwurzelte, lineare Geschichtsprozessschema von Krise, Revolution und Aufbau einer neuen Gesellschaft verabschiedet: Wir leben nicht schlechthin im „Kapitalismus“, sondern in einer noch kapitalistisch dominierten Übergangsgesellschaft, in deren Prozesszusammenhang bereits wirkmächtige Elemente und Formbildungen einer anders gearteten, höheren Gesellschaftlichkeit gegenwärtig sind. Aus dieser gegenwärtigen Situation kann sich im Rückblick auch ein besseres Verständnis entwickeln, dass die eher aus Verlegenheit immer noch *realsozialistisch* genannten Gesellschaften, trotz großer Abweichungen von westlichen Mustern, in ihrer konkreten historischen Situation nicht die erhoffte historische Alternative darstellen konnten.

Im Hinblick auf den kapitalwirtschaftlichen Weltsystemzusammenhang folgt aus der Leitthese, dass es sich weltweit um Gesellschaftsbildungen mit verschiedenartiger sozial- und kulturgeschichtlicher Ausprägung, in verschiedenen Entwicklungsstadien und Situationen der wirtschaftsgesell-

¹⁰ Marx im Vorwort ‚Zur Kritik der Politischen Ökonomie‘, MEW Bd. 13, S.9.

¹¹ Vgl. Müller, Horst: Zur Neuordnung des theoretischen Feldes der politischen Ökonomie. S. 182-206 in: Ders. (Hg.): Das PRAXIS-Konzept im Zentrum gesellschaftskritischer Wissenschaft. BoD-Verlag, Norderstedt 2005.

schaftlichen Wegfindung *im Übergang* handelt.¹² Dabei ist der Ausgang des in Gang gekommenen historischen Experimentierens und Ringens, und damit die Situation selbst, aufs Ganze gesehen offenkundig nicht vorherbestimmt. Es bietet sich das Bild einer verwirrenden, instabilen und chaotischen Szene, deren wirkliches Spielgeschehen sich mit den im kritischen Denken noch vorherrschenden negatorischen Konzeptualisierungen nicht richtig fassen lässt.

Ein starkes Bollwerk negatorischer Fixierungen stellt die als pure Kapital- und Krisentheorie unschöpferisch fortgeschriebene, fetischisierte Kritik der politischen Ökonomie dar. Diese Denkrichtung transportiert zwar auch unhintergehbare Einsichten, fördert aber zugleich und im Unterschied zur sonstigen immer neu auflebenden Sozialismus-Debatte¹³, dass in den verbleibenden Hohlraum der Sozialismusidee mehr oder weniger nur abstrakte Negationen oder schemenhafte Orientierungspunkte im Verhältnis zum schlecht Bestehenden eingeschrieben werden können: Dass die Wissenschaft der politischen Ökonomie heute gefordert ist, die „Kritik“ methodisch bewusst im Sinne einer „Utopistik“ zu überschreiten, das heißt im Sinne einer „Zukunftswissenschaft der Wirklichkeit plus der objektiv-realen Möglichkeit in ihr“¹⁴, und die Zivilisation als solche als das Totum und Politikum zu verstehen, kommt dabei kaum in den Sinn.

In der angesprochenen Position, wie in anderen traditionellen Konzeptualisierungen oder Marxismen, liegt ein eklatanter Entwicklungsrückstand im Hinblick auf den Charakter der gesellschaftlichen Wirklichkeit selbst: Gesellschaftliche Wirklichkeit in einer geschichtlichen Übergangsperiode, in der das brüchige, überlebte Alte in seiner weiter treibenden Tendenz zugleich mit anrückenden Neubildungen der gesellschaftlichen Praxis einher geht und beide Formen miteinander ringen, kann nur aufgrund eines wirklichkeitswissenschaftlichen Paradigmas von „widersprüchlicher Praxis“ und mit „utopistischer“ Forschungsorientierung me-

¹² Eine in diesem Sinne vorzügliche Untersuchung bietet Anderson, Perry: Zwei Revolutionen. Zur historischen Bilanz der Umwälzungen in China und der Sowjetunion. S. 54-65 in: Lettre International Nr. 89/2010.

¹³ Eine neuere synoptische Darstellung findet sich bei Michael Brie / Christoph Spehr: Was ist Sozialismus? In: kontrovers. Beiträge zur politischen Bildung, hg. von der Rosa-Luxemburg Stiftung und WISSENTransfer, Nr. 01/2008.

¹⁴ Bloch, Ernst: Das Prinzip Hoffnung. Gesamtausgabe Bd. 5, S. 331.

thodisch, praxisanalytisch aufgeschlossen und wirklich begriffen werden.¹⁵ Mit einem abstrakten Utopisieren oder einer „Konstruktion der Zukunft“ aus dem hohlen Bauch hat das nichts zu tun, vielmehr sind damit sogar die höchsten Anforderungen an Wissenschaftlichkeit gestellt.

1.3 Viele Ideen und noch keine konkrete Alternative

Dass es ohne eine Neubesinnung in grundlegenden philosophischen-ökonomischen und insbesondere wissenschaftstheoretischen Fragen nicht weiter geht, tritt vor allem darin zutage, dass das inzwischen allenthalben, in den sozialen Bewegungen und Debatten, von der lokalen Ebene bis hinauf zu den Weltsozialforen, geforderte Gegenmodell zum Neoliberalismus bislang nicht zureichend identifiziert werden konnte. Angesichts der zerfledderten Alternativendiskussion mit mittlerweile unüberschaubaren Einzelbeiträgen mag es sinnvoll sein, sich erst einmal über den Ernst der Problemstellung zu verständigen: Solange nicht, jenseits aller Flickenteppichweberie, ein politisch-ökonomisches Gegenmodell zur Kapitalwirtschaft wenigstens annähernd auf dem Niveau der Marxschen Wert-, Reproduktions- und Praxisanalyse vorgeklärt ist, kann von einer vertrauenswürdigen Alternative und fundierter Politik der gesellschaftlichen Transformation nicht die Rede sein.

Mit dieser Idee und zugleich Messlatte stoßen wir allerdings auf einen im Grunde merkwürdigen Umstand: Bereits bei Marx, der den größten theoretischen Angriff gegen das bestehende System vorgetragen hat, finden sich zwar zahlreiche Andeutungen und Wegweisungen, aber kein auch nur halbwegs ausgearbeitetes Konzept einer alternativen Ökonomik und darin fundierten Gesellschaftlichkeit. Wurzeln die heutigen Schwierigkeiten bei der Frage nach der Systemalternative vielleicht schon in den Vorgaben von Marx selbst? Rund 150 Jahre später erweisen sich jedenfalls noch alle bisherigen Konzepte und Experimente als letzten Endes unzulänglich. Das gilt für alle Antworten von traditionellen Genossenschaftsmodellen über die jugoslawische Arbeiterselbstverwaltung, die gescheiterte Staatsplanwirtschaft, Ansätze einer sozialistischen Marktwirtschaft, bis hin zur Realpolitik unter dem Banner eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Der desaströse Zusammenbruch der sowjetstaatlichen, bürokratischen und planwirtschaftlichen Formierung hat in diesem Sinne das härteste Urteil vollstreckt.

¹⁵ Siehe dazu meinen Beitrag zur „Wissenschaftskonzeption des Praxisdenkens“ im vorliegenden Sammelband.

Im wieder vereinigten Mainstream, auf dem Feld der Gegenwart liegen nun überall Teile eines Puzzles wie mehr oder weniger ausgefeilte oder verbogene Formstücke von etwas Zukünftigem herum, die sich nicht zu einem stimmigen Ganzen zusammenfügen wollen: Arbeitszeitverkürzung und Grundeinkommen, Vergesellschaftung von Banken und Schlüsselindustrien, Geldreform, Non-Profit-Ökonomie, Wirtschaftsdemokratie¹⁶, Finanzmarktregulierung und Transaktionssteuern, eine ganze Alternative Weltwirtschaftsordnung¹⁷ und einiges mehr. Die viel zitierten Ansätze Solidarischer Ökonomie¹⁸ bilden zunächst auch nur Inseln im Meer eines kapitalistischen Weltsystems. Wo es aber praktisch ums Ganze geht, bleibt am Ende der Ruf nach neuen ökologischen Stimulationen, ökonomischen Regulierungen und einer Global Governance des Bestehenden oder lediglich eine neokeynesianische Alternative Wirtschaftspolitik. Auch die Verweise auf ein skandinavisches Modell¹⁹ oder auf die vom venezolanischen Präsidenten Hugo Chavez ausgerufene boliviarische Revolution können die allgemeine Ratlosigkeit im Grundsätzlichen nicht verbergen.

All dies ist auch ein Ausdruck dafür, dass die Hegemonie der liberalistischen Ideologie erschüttert ist. Der „Autismus“ der noch vorherrschende neoklassisch-neoliberale Wirtschaftstheorie wird durch eine angriffslustige, internationale „Heterodoxie“ in Frage gestellt. Aber es gibt bis heute, trotz vorhandener Grundorientierungen, trotz theoriegeschichtlicher Vorsondierungen und Erfahrungen aus gescheiterten Experimenten des 20. Jahrhunderts, trotz zahlreicher phantasievoller Eingaben keine wirtschaftswissenschaftlich fundierte, überzeugende und praktische Konzeption für eine nichtkapitalistische Wirtschaftsweise und eine damit verbundene zivilisato-

¹⁶ Vgl. Vilmar, Fritz: Wirtschaftsdemokratie - Zielbegriff alternativer Wirtschaftspolitik. Kritische Bilanz und Aktualität nach 40 Jahren. Onlinetext der Memorandum-Gruppe. Nicht zu vergessen ist Sik, Ota: Humane Wirtschaftsdemokratie. Ein Dritter Weg. München 1979.

¹⁷ Siehe das aufschlussreiche, kollektiv bei Attac erarbeitete AWWO- Positionspapier, dokumentiert bei <http://www.praxisphilosophie.de/awwo.htm>

¹⁸ Dazu Müller-Plantenberg, Clarita: Solidarische Ökonomie existiert schon. Arbeitspapier der Akademie auf Zeit - Solidarische Ökonomie. <http://www.akademie-solidarische-oekonomie.de/index.php/bausteine.html>

¹⁹ Heintze, Cornelia: Der aufhaltbare Abstieg in die polarisierte Ungleichheitsgesellschaft. Deutschlands magersüchtiger Staat und die skandinavische Alternative. Heft 120 der Pankower Vorträge bei Helle Panke e.V. Berlin, im Juni 2008. Als überarbeiteter Onlinetext zugänglich.

risch höher stehende Gesellschaftlichkeit. Die Frage nach der Alternative ist wie ein gordischer Problemknoten, der sich nicht lösen lassen will.

2. Rekonstruktion und Kritik der traditionellen Kapitalanalyse

2.1 Modellierung der industriekapitalistischen Warenproduktion

Auf der Suche nach Antworten gehe ich an den Ursprung zurück und stelle die ungewöhnliche Frage: *Warum* ist Marx selbst und warum sind marxistische Politökonomen bis heute nicht zu einer echten Alternative gekommen? Die Gründe dafür sehe ich schon in der Kritik der politischen Ökonomie, im Kern der Kapitalanalyse angelegt. Die Gesellschaftsformation, in der die kapitalistische Wirtschaftsweise herrscht, stand damals offenkundig erst in einer Frühphase ihrer Entfaltung. Marx vermutete, utopisch vorgreifend, dass die Industriewirtschaft in der sich abzeichnenden Fassung einmal zur alles beherrschenden Form werden und letztlich den Weltmarkt ausfüllen würde.

So beruhte seine Kapitaltheorie auf der Modellierung jener industriewirtschaftlichen Warenproduktion als Totalität. Die gedankliche Durchdringung der inneren Strukturen der gesellschaftlicher Arbeit führte zur Konzeptualisierung eines in sich zurückkehrenden Reproduktionsprozesses. Die Inspiration dazu lieferte ihm Quesnay's *Tableau Economique*, Marx zufolge „ein höchst genialer Einfall, der genialste, dessen sich die politische Ökonomie bisher schuldig gemacht hat“.²⁰ Es handelt sich um das puristische Modell eines Industriekapitalismus mit den Abteilungen für Produktionsmittel, für Konsumtionsmittel sowie der Reproduktionssphäre der Arbeitskraft, wie sie notwendigerweise miteinander verschlungen sind. Dieser Forschungsansatz lieferte die entscheidenden Erkenntnisse über die Wert- und Verwertungs-Ökonomie des „Kapitals“.

Diese Modellierung der Kapitalwirtschaft als *Totalität* implizierte eine eingeschränkte Orientierung der Analyse auf die Entfaltung deren *innerer* Widersprüche und der daraus entspringenden historischen Grundtendenzen der privatwirtschaftlichen, gesellschaftlich nicht kontrollierten Praxis. Der Arbeitstitel „Kritik“ der politischen Ökonomie heißt aber nun in keiner Weise, dass Marx dabei stehen bleiben wollte. Sein Werkplan sah vor, die fundamentale Kritik in nie geschriebenen weiteren Büchern auf die konkretere Ebene einer nationalökonomischen Analyse und noch darüber hinaus

²⁰ Vgl. Marx, Karl: Anmerkung zur Bedeutung des *Tableau Economique* in der Geschichte der politischen Ökonomie. MEW 26.1, S. 319.

auf die internationalen Verhältnisse auszudehnen, um sodann fundierter über den Zaun in die Zukunft blicken zu können. Selbst vollenden konnte er von diesem Werkplan sogar nur den ersten seiner auf 3 Bände angelegten kapitaltheoretischen Grundlegung. Unzweifelhaft hat er bereits dabei in vielen Bemerkungen immer wieder auf die intendierte Alternative angespielt.²¹ So heißt es bereits im ersten Kapitel des Kapitalwerks: „Stellen wir uns, zur Abwechslung, einen Verein freier Menschen vor, die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten.“ Das Grundthema einer „gemeinschaftlichen Produktion“, künftigen „Ökonomie der Zeit“ und höheren gesellschaftlichen „Assoziation“ scheint auch sonst allenthalben auf.²²

Wir haben also mit einem historisch situierten, auch methodologisch bewusst limitierten, utopistisch inspirierten, am Ende ziemlich fragmentarisch hinterlassenen Ansatz zu tun. Dass ein traditioneller Marxismus Aussagen der Marxschen Kritik wie bare Münze einstrich und sich marxistische politische Ökonomie weiter und weitestgehend im Denkmodus negatorischer Kritik übte und schärfte, hatte Konsequenzen: Es blieb bei allen reproduktionstheoretischen Vertiefungen, Weiterungen zur Imperialismustheorie, Aktualisierungen hinsichtlich einer staats- oder monopolkapitalistischen Entwicklung²³ bis hin zum neoliberalen, globalen und finanzgetriebenen Kapitalismus - bei der substanziellen Rückbindung an das industriewirtschaftliche Grundmodell und den damit verbandelten, wesentlich politischen und kapitalwirtschaftlich dienstbaren Klassenstaat. So überließ man die Idee einer konkret zu machenden Utopie der Philosophie, ohne die eigene Entwicklungshemmung als solche zu begreifen und sich neu inspirieren zu lassen.²⁴

²¹ Siehe die Marx-Studie von Krätke, Michael R.: Jenseits des Kapitalismus oder wo die kapitalistische Entwicklung über sich hinausweist. In: Marcus Hawel und Gregor Kritidis (Hg.), Aufschrift der Utopie. Möglichkeiten einer anderen Welt. Offizin Verlag, Hannover 2006. Als Onlinetext bei praxisphilosophie.de

²² Vgl. Marx, Karl: Grundrisse. MEW 42, S. 92 f., 104 f.

²³ Als Standardwerk zu Grundlagen der Marxschen politischen Ökonomie, theoretischen Weiterentwicklungen sowie wirtschaftsgeschichtlichen Transformationen bis hin zur Schlussfrage nach dem „Übergang“ verdiente m.E. wieder genannt zu werden Sweezy, Paul M. (1942): Theorie der kapitalistischen Entwicklung, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1974.

²⁴ Vgl. Müller, Horst: Ernst Bloch und die Frage nach einer konkreten Utopie der politischen Ökonomie. In: Bloch-Akademie. Forum einer virtuellen Bloch-Akademie

2.2 Errungenschaften und Auslassungen der Kritik der politischen Ökonomie

Die wirtschaftswissenschaftlich einzig angemessene historisch-formationelle Analytik führte zu den bleibenden großen Errungenschaften der Marxschen Theorie. Dazu gehört vor allem die Enthüllung der Quelle des Mehrwerts in der Mehrarbeit der Lohnbeschäftigten, die Erkenntnis der für die Marxsche Wirtschaftslehre essentiellen wertfunktionalen Rolle des konstanten Kapitals und damit die Widerlegung der grundlegenden Produktionsfunktion und nach wie vor haltlosen Faktorpuzelei der bürgerlichen Wirtschaftsideologie. Die Spitze der Kritik bildet die Enttarnung des immanenten Verwertungszwangs oder des Krebskalküls der Kapitalwirtschaft. Dieses macht „die freie, ungehemmte, progressive und universelle Entwicklung der Produktivkräfte“ zwar zur Haupttendenz, welche eben dadurch aber der eigenen, im Grunde noch „bornierten Produktionsform“ widerspricht und „zu seiner Auflösung treibt“.²⁵

Diesen Erkenntnissen gegenüber setzt die übliche Kritik an einer „Gier nach Reichtum“ nur an der Oberfläche an. Es geht primär nicht um ein „Wachstumscredo“, sondern um eine historische Gestalt der ökonomischen Praxis, ein speziell konfiguriertes Wirtschaftssystem, dessen ökonomisches Kalkül das Ganze wie von einer unsichtbaren Hand auf schrankenlose, nicht abschaltbare Rationalisierung, Kapitalakkumulation und Expansion in die Wirtschaftsräume in aller Welt programmiert, die Gesellschaft in einen permanenten Innovationsrausch stürzt und dabei die natürliche Sphäre der menschlichen Existenz gewissenlos vernutzt. Es ist ein Wirtschaftssystem, das sich nur wert-, reproduktions- und praxistheoretisch, nicht aber etwa ökonometrisch oder systemfunktionalistisch verstehen lässt. Das von Marx bereits antizipierte Resultat des Ganzen ist der kapitalwirtschaftliche Weltmarktverkehr, die mit entfesselter Erfindungskraft und diabolischer Gewaltsamkeit durchgesetzte globale Hegemonie der Produktionsweise.

Bei alledem war die von Marx hinterlassene speziell ökonomische Partie aber im Wesentlichen nur eine Theorie des Kapitals oder der kapitalistischen Gesamtproduktion in ihrer Grundgestalt, im Kern eine Theorie des industriewirtschaftlich geprägten „Kapitals im Allgemeinen“ oder wie es später hieß, der kapitalistischen Produktionsweise „in ihrem idealen Durch-

des Thalheimer-Verlags seit 1999. Als Onlinetext bei praxisphilosophie.de und <http://www.bloch-akademie.de/page4.htm>

²⁵ Marx, Karl: Grundrisse. MEW 42, S. 445-447.

schnitt“²⁶. Darin steckten für die Nachfolger und im Hinblick auf die wirtschaftsgeschichtliche Weiterentwicklung erhebliche Probleme:

Marx hat nach einiger Überlegung die sogenannte unproduktive, soll heißen nicht Mehrwert produzierende Arbeit, insbesondere die Kategorie persönlicher Dienstleistungen, aus seiner Modellierung ausgeschlossen. Eine Annahme besagt, dass auch eine staatlich vermittelte Infrastrukturproduktion nichts grundsätzlich Neues bedeutet.²⁷ Es handelt sich dabei um theoretische Operationen, die zwar der Wirtschaftswirklichkeit des 19. Jahrhunderts noch entsprochen haben und den Realismus der grundlegenden Wert- und Kapitalanalyse, für welchen den als „breimäulige Faselhänse“ gescholtenen bürgerlichen Nationalökonomien der Verstand fehlte, auf der fokussierten analytischen Ebene nicht beeinträchtigen. Aber dies förderte eine gewisse Betriebsblindheit für jene *nach* Marx unabsehbar anwachsenden neuen Fraktionen der gesellschaftlichen Arbeit, die ich mit dem Sammelbegriff *sozialwirtschaftlichen Dienste* anspreche. Die Marxschen Dispositionen lenkten den Blick auch ab von den im fortgehenden 20. Jahrhundert immer mehr zunehmenden sozialökonomischen und infrastrukturellen Aufgabengebieten des Staates. Der Staatshaushalt, etwa auch staatliche Verwaltungsaufgaben als eine besondere Form sozialwirtschaftlicher Dienste, spielen im Marxschen Modell so gut wie keine Rolle. Der Staat galt ihm zunächst und vor allem als ein politischer Staat, ein Instrument der Klassenherrschaft und Sicherheitsdienst für das Terrain, auf dem die Kapitalwirte ihr eigenes, stets expansives Geschäft betreiben und dadurch getrieben werden.

Das fehlende Zukunftswissen hinsichtlich kommender sozialkapitalistischer Entwicklungen verweist auch wieder darauf, dass die Kapitaltheorie die im Arbeitsplan vorgesehenen Konkretionsebenen einer nationalökonomischen Formierung und des internationalen Verkehrs nicht erreichte: Planentwürfe sahen 6 Bücher vor, die in Marx' Lebensspanne ohnehin niemals zu bewältigen waren. Nach dem „Kapital“ inclusive Kapital in der

²⁶ Marx, Karl: Das Kapital, Bd. 3, MEW 25, S. 839.

²⁷ Siehe Marx, Karl: Grundrisse, MEW 42, S. 440, auch 437. An dem Punkt, an dem Marx auf das Problem stößt, heißt es: „Nur hat sich uns nebenbei die Aussicht eröffnet, die an diesem Punkt noch nicht scharf gezeichnet werden kann, von einem spezifischen Verhältnis des Kapitals zu den gemeinschaftlichen, allgemeinen Bedingungen der gesellschaftlichen Produktion ..“. Das Konzept der sozialwirtschaftlichen Transformation setzt hier an und versucht die ausstehende Scharfzeichnung entsprechend den heutigen Verhältnissen.

Form von Kredit, dem „Grundeigentum“ und der „Lohnarbeit“, hinter denen die gesellschaftlichen Hauptklassen stehen, sollten der Staat, die Steuern und sogar die Staatsschuld, die Bevölkerung, internationale Verhältnisse wie auswärtiger Handel, Wechselkurse, internationales Geldwesen, auch Kolonien, schließlich der Weltmarkt und die unvermeidlichen Krisen behandelt werden, die „das Drängen zur Annahme einer neuen geschichtlichen Gestalt“ signalisieren, zu einer „Auflösung der auf den Tauschwert gegründeten Produktionsweise und Gesellschaftsform“²⁸: Der Zukunftsdenker Marx behielt stets die krisenhaft verlaufende innere Selbstveränderung der ökonomischen Praxis bis zur Aussicht auf eine finale Sprengung der Form im Blick.

Richtig verstanden ist der Marxsche praxisanalytische, politisch-ökonomische Grundansatz der ahistorischen Borniertheit, dem bodenlosen Konstruktivismus, der haltlosen Modellspielerei und dem der Kapitalwirtschaft angedienten oberflächlichen, korrupten Praktizismus der modernen Wirtschaftswissenschaft grundsätzlich überlegen. Dass man die Sozial- und Nationalökonomie bereits des fortgehenden 20. Jahrhunderts mit den Grundkategorien der Marxschen Kapitalanalyse nicht mehr voll erfassen kann, ist eine andere Frage: Die Kraft der bleibenden Wahrheiten zeigt sich nicht nur in der offenkundig ins Schwarze der neoliberalen Globalisierung und sogar noch der Finanzkrise treffenden historischen Tendenzkunde, sondern auch in der Ein- und Voraussicht hinsichtlich anderer heute zunehmend bedrängender Probleme, nicht zuletzt was die ‚Ökologie‘ betrifft:

2.3 Ökologieprobleme und die Allianzperspektive

Mit Blick auf die Grundfunktionalität der Wert- und Verwertungsökonomie konnte Marx bereits die Ökologieprobleme als systemisch verursachte und unlösbare, als nach allen möglichen provisorischen Scheinlösungen zwangsläufig wieder akut werdende Grundprobleme erkennen. Er fasste die Angelegenheit in lapidaren Gedanken zusammen: „Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles wahren Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter“ und schließlich überhaupt die „Zukunft verwüstet“.²⁹ Das ist die Erkenntnis der

²⁸ Marx, Karl: Grundrisse. MEW 42, S. 154, 188.

²⁹ Vgl. Marx, Karl: MEW 23, S. 530; MEW 25, 821; besonders MEW 26.3, S. 303. Dazu in der Serie ‚Marx neu entdecken‘ Altvater, Elmar: Ein System, das die Springquellen alles Reichtums untergräbt. Online bei MARX21 unter

Deprivation, welche die gesellschaftlichen Individuen als Wesen der *Praxis* unter kapitalistischen Verhältnissen erleiden und zugleich die Vorausahnung der uns heute bedrängenden progressiven Ausplünderung aller natürlichen Ressourcen und Kräfte, der fortschreitenden Umweltzerstörung durch den hemmungslosen Produktivismus, enthemmten Konsumismus und die Exkremente der gesellschaftlich nicht unter Kontrolle zu bringenden Kapitalwirtschaft, die die Welt- in Plastikmeere verwandelt.

Anders als in grün verblendeter Appeasementpolitik wird hier die menschgeschichtliche Grundsituation und die definitive Wurzel des Verhängnisses, die daraus entspringende exterministische Tendenz mit bedacht. In der Ökologiefrage zeigt sich zudem wieder das Unzureichende der Marxinterpretation, die hier nur einen scharfsinnigen Vordenker der modernen Ökologiekritik und der Nachhaltigkeitsidee sehen kann, die utopistische Perspektive eines wirklich neuartigen Mensch-Natur-Verhältnisses insgesamt aber nicht fasst: Im Praxiskonzept wird die praxisphilosophische Marxsche Idee einer Naturalisierung des Menschen und zugleich Humanisierung der Natur³⁰ wieder aufgegriffen und darin eine buchstäblich alles durchdringende Kernfrage der Gestaltung menschlichen Lebens und der angestrebten höheren Zivilisation erkannt.

Die Lösung der Kalkülfrage, das heißt die Aushebelung des Verwertungszwangs, welche die sozialwirtschaftliche Umstimmung der Wert- und Wirtschaftsrechnung bezweckt, wäre die wesentliche Voraussetzung nicht nur für die Behandlung der heutigen Fragen einer gesamtgesellschaftlichen „Ökonomie der Zeit“³¹ einschließlich der „disposable time“, sondern auch für die Lösung des kapitalwirtschaftlichen ökologischen Desasters, das heißt für die Realisierung eines von Ernst Bloch so genannten Allianz-Verhältnisses zwischen Natur und Gesellschaft³², welches weit über die Konzepte einer „Nachhaltigkeit“ hinausgeht. Diese Fragen müssten an anderer Stelle, eben nach der Gewinnung einer klareren Sicht auf eine Wirt-

<http://marx21.de/content/view/617/1> Zur Vertiefung siehe Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich: Das dialektische Verhältnis des Menschen zur Natur. Philosophiegeschichtliche Studien zur Naturproblematik bei Marx. Alber Verlag, Freiburg / München 1984.

³⁰ Vgl. Marx, Karl: Ökonomisch-philosophische Manuskripte von 1844. MEW Ebd. 1, Schriften bis 1844, bes. S. 515 f., 536, 538, 579.

³¹ Das Grundlegende findet sich bei Marx, Karl: Grundrisse, MEW 42, S. 607 f., 105.

³² Eine entscheidende Passage ist Bloch, Ernst: Experimentum Mundi. Werke Bd. 15, S. 251.

schaftsweise ohne Verwertungs- und Wachstumszwang, aufgegriffen und könnten insofern dann auch gründlicher behandelt werden.

2.4 Statt der Systemalternative abstrakte Negationen

Zurück zur Frage: Warum konnte Marx und dann der Marxismus zu der zweifellos immer virulenten und erhofften Alternative nicht kommen? Das Bild einer erst noch *werdenden Totalität*, bietet den Ansatz für eine Analytik der Entfaltung deren widersprüchlicher Praxis, umschreibt aber definitiv nicht das Szenario des *vollen* Übergangs von einer Praxisform in eine andere. Der Ansatz einer insofern *halbierten Dialektik der Praxis* entspricht einer historischen Situation, in welcher ein system-transzendierendes Produktivkraftensemble realiter nicht existierte, ein Übergang nicht fundiert und bei weitem nicht eingeleitet war. Insofern hatte die Konzentration auf den Arbeitsschritt der „Kritik“ damals auch ihre volle Berechtigung. Aber dieser totalisierende Ansatz hatte eben auch zur Konsequenz, dass die erwünschte Identifizierung der Alternative *auf dieser Grundlage* im Wesentlichen nur im Sinne einer abstrakten Negation, das heißt in praxisanalytisch nicht fundierten Umkehrschlüssen möglich ist: Wer etwa meint, man könne eine alternative Ökonomie im Grunde so konstruieren, dass man einfach das Privateigentum an Produktionsmitteln durch ein Genossenschafts- oder Staatseigentum und den „Markt“ durch den „Plan“ beziehungsweise eine Staatsplankommission ersetzt, fällt in den Abgrund der Haltlosigkeit, den er damit selbst geöffnet hat.

Natürlich erhebt sich die Frage, warum innertheoretische Limits in den Marxschen Vorgaben nicht klarer angesprochen wurden und eine schöpferische Weiterbildung im eigentlichen Sinne nicht erfolgte. Vielleicht am tiefsten zu ihrer Zeit hat Rosa Luxemburg die Bedeutung wie auch Probleme der Marxschen Reproduktionskonzeption erkannt und im historischen „Streit um die Marxschen Reproduktionsschemata“³³ den entscheidenden Punkt benannt: „Die Sache bekommt aber gleich Gestalt und strengen Umriß, wenn wir die kapitalistische Produktion als Ganzes, vom Standpunkt des Gesamtkapitals ... betrachten. Dies ist eben der Standpunkt, den Marx im zweiten Band seines Kapitals zum erstenmal systematisch entwickelt,

33 Rosdolsky, Roman: Der Streit um die Marxschen Reproduktionsschemata, S. 524-596 in: Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen Kapital, Band II. Frankfurt am Main 1969.

den er aber seiner ganzen Theorie zugrunde gelegt hat.“³⁴ Während Rosa Luxemburg bestrebt war, möglichst authentisch und ungebrochen sozialrevolutionär weiterzudenken, verliefen sich die Überlegungen auf dem Flügel der Sozialdemokratie seinerzeit in eine Theorie des „Organisierten Kapitalismus“³⁵. Man dachte an ein Hineinwachsen in ein Stadium bewusster gesamtgesellschaftlicher Regelung, das sich als Durchgang zu einem demokratischen Sozialismus erweisen würde: Die weitere Entwicklung hat erwiesen, dass weder in einer Selbstüberschreitung der kapitalistischen Formierung, noch in der immer wieder beschworenen proletarischen Gegen Gewalt das geschichtswendende Moment liegt.

Die Schwierigkeit der Nachkommenden, den eigentlichen Marxschen Forschungsansatz zu erfassen und in Auseinandersetzung mit dem realen sozialgeschichtlichen Progress schöpferisch weiterzubilden, gründet nicht zuletzt in der verklausulierenden Darstellungsweise des Kapitalwerks: In deren akribischer Rekonstruktion haben sich Politökonomen bis heute immer wieder versucht, wenn nicht sogar verbohrt. Marx entschied sich in der äußerst schwierigen Frage für eine „artistische“, nahezu hermetische Darstellungsweise „im Aufstieg vom Abstrakten zum Konkreten“, beginnend mit einer angestregten Analytik der Ware und der Wertprobleme, des „Kapitals“ und dann immer weiter bis hinauf zu generellen Tendenzen und Oberflächenerscheinungen der Produktionsweise. Diese Arbeitslinie lenkt von seiner ursprünglichen Forschungsstrategie, von dem reproduktions- und praxisanalytischen Ansatz ab. Außerdem stellte die infolge der ange deuteten, dialektisch inspirierten Gestalt der Begriffsbildung schwer zu rezipierende Materie nicht nur seinen theoretischen Gegnern Fallen. Sie führte künftige Studierende und Forschende der politischen Ökonomie in das Labyrinth einer komplexen Konstruktion, die inklusive hinterlassener gewaltiger Manuskripte nicht nur auf den ersten Blick fast undurchdringlich und unüberbietbar erscheint.

³⁴ Rosa Luxemburg: Antikritik, S. 420, 466. Dazu Müller, Horst: Vom Streit über die Marxschen Reproduktionsschemata zu einer Theorie der ökonomischen Transformation. Ein Beitrag zur Rosa-Luxemburg-Tagung der Ernst-Bloch-Assoziation, S. 142-158 in: Jahrbuch der Ernst-Bloch-Assoziation 2002, VorSchein Nr. 22/23, Nürnberg 2003. http://www.praxisphilosophie.de/luxemburg_artikel.pdf

³⁵ Das Finanzkapital war auch die Basis von Hilferdings Theorie des „Organisierten Kapitalismus“. Der Ansatz bot eine theoretische Grundlage für die Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften in Deutschland und Österreich zwischen den Weltkriegen.

2.5 Zum Scheitern der staatsplanwirtschaftlichen Experimente

An einem Knotenpunkt der geschichtlichen Entwicklung, nach der Machteroberung durch die Bolschewiki, eröffnete sich scheinbar die Möglichkeit, die Sache des Sozialismus positiv in die Hand zu nehmen. Aber die zur Unterstützung der jungen Sowjetrepublik erhoffte Revolution im Westen blieb aus und das eigene Land lag völlig darnieder. In der extremen Notsituation war Lenin³⁶ noch so realistisch, das neue Staats- und Gesellschaftsgebilde auf einem schwierigen Weg zu sehen, auf dem es galt, erst einmal gewaltige Entwicklungsarbeit zu leisten. Es heißt lapidar: „Uns mangelt es (ebenfalls) an Zivilisation, um unmittelbar zum Sozialismus überzugehen, obwohl wir die politischen Voraussetzungen dafür haben.“³⁷ Die unter den Regimes nach Lenin und dann unter sowjetischer Oberhoheit im Osten instituierten bürokratisch-planwirtschaftlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsformen waren keine Verwirklichung einer Idee, sondern in erster Linie Versuche, das eigene Staats- und Gesellschaftswesen durch Bildung einer vom westlichen Muster abweichenden, in bestimmter Hinsicht konträren Formierung zu behaupten: Staatseigentum statt Privateigentum, Planung statt Markt, Kollektivität und Kommandantur statt bürgerlicher Individualismus und Privatismus. Verschiedene Wirtschaftsreformbestrebungen im sowjetstaatlichen Einflussbereich konnten diese Einklammerungen der Ökonomie letztlich nicht sprengen oder wiesen keinen wirklichen Ausweg.³⁸

Im Rückblick aus der heutigen Übergangssituation stellt sich diese Entwicklung deutlicher als Versuch dar, *formations- und weltgeschichtlich vor der Zeit*, ohne dass eine eigentliche Systemalternative bekannt gewesen, erkannt worden oder bereits latent angelegt gewesen wäre, einen nichtkapitalistischen Weg einzuschlagen. Dessen Charakteristika sind die einer abstrakten Negation im Verhältnis zum westlichen Muster und stellen insofern auch relativ starke Abweichungen dar, ohne aber als Ansatz einer höheren Zivilisation gelten zu können. Am Ende war der Versuch zur Aufrechterhaltung

³⁶ Vgl. Zizek, Slavoj: Die Revolution steht bevor. Dreizehn Versuche über Lenin. Einleitung. S. 7-16, bes. S. 14 ff. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2002. Dazu auch Lenins ‚Testament‘ http://www.praxisphilosophie.de/lenin_testament.pdf

³⁷ Vgl. Lenin, W.I.: Lieber weniger, aber besser. In: Lenin Werke, Bd. 33, S. 471-490, auch: Ausgewählte Werke Bd. III, S. 876-890.

³⁸ Dazu im Einzelnen Boyer, Christoph (Hg.): Zur Physiognomie sozialistischer Wirtschaftsreformen: Die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, die DDR und Jugoslawien im Vergleich. Klostermann Verlag, Frankfurt am Main 2007.

eines politisch-administrativen Dirigats über die Gesellschaft und über eine industriewirtschaftlich geprägte Reproduktionsordnung, deren eigengesetzliche, widerständige Formbildungen und Wertfunktionalitäten Marx analysiert hatte, zum Scheitern verurteilt.

Insofern waren Markt- und Planwirtschaft, die Grundbegriffe großer vormaliger Debatten zur Systemfrage, unzureichend durchdachte Scheingegensätze und Scheinalternativen des 20. Jahrhunderts. In marktsozialistischen und reformkommunistischen Ansätzen artikulierten sich Versuche, die offenkundig im Wettlauf mit dem Westen unterlegen Kommandowirtschaft umzumodeln und eine Synthese von Plan und Markt vielleicht auf einen Dritten Weg zu bringen: Was hätte sich daraus entwickeln können, wenn den Ideen und Experimenten in Ungarn, der Tschechoslowakei und Polen ein längerer Atem beschieden gewesen wäre? Im Westen gehen marktsozialistische Ideen auch heute noch um, können aber auf diesem synthetischen und nicht transformatorischen Weg keine überzeugende Alternative vorstellen. Was also vormalig als Sozialismus reklamiert und in einigen Oststaaten praktiziert wurde, vielleicht am gründlichsten und ökonomisch am interessantesten in der DDR³⁹, führte auf einen Seitenzweig der gesellschaftsgeschichtlichen Entwicklung, auf ein Experimentier- und Erfahrungsfeld mit weltgeschichtsmächtiger Ausstrahlung und Auswirkung, am Ende jedoch in ein Desaster von säkularem Ausmaß. Der Weg führte schließlich im Zuge der Wende von 1989 zurück in den global ausgespannten Geltungsbereich und Mainstream der Kapitalwirtschaft.

2.6 Politökonomische Kritik als ohnmächtige Begleitforschung

In wirtschaftsgeschichtlicher Perspektive liegt die entscheidende formationelle Neuordnung auf der anderen Seite, im Westen, in der Entwicklung des *Wohlfahrts- oder Sozialstaats*, der nach Ende des Zweiten Weltkriegs, im Zusammenhang der weltwirtschaftlichen Expansion der 50er- und 60er-Jahre seine Hochphase hatte. Die kapitalistische Produktionsweise hatte bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert begonnen, dem Typus eines Industriekapitalismus zu entwachsen. Diese Entwicklung beschleunigte sich nach dem Ersten Weltkrieg. Auf der Basis fordistischer Massenproduktion, im Zuge neuer Sozialgesetzgebung, durch wachsende staatliche Fonds,

³⁹ Vgl. Steinitz, Klaus: Scheitern des Realsozialismus im 20. Jahrhundert – Konsequenzen für einen zukünftigen Sozialismus. S. 156-182 in: Horst Müller (Hg.), Die Übergangsgesellschaft des 21. Jahrhunderts. BoD-Verlag, Norderstedt 2007. Auch als Onlinetext bei praxisphilosophie.de

Zuständigkeiten und Interventionen, mit weitergehender weltkapitalistischer Expansion und wachsendem Weltverkehr entstand eine veränderte Figuration. Von daher war spätestens seit der Boomphase der Kapitalwirtschaft eine neue Modellierung und neu ansetzende Analytik der formationell veränderten Reproduktionsordnung des reiferen Kapitalismus überfällig gewesen.

Aber dieser Anforderung entsprach die im Westen weiter gepflegte Kritik oder Zeitdiagnostik der politischen Ökonomie gerade nicht: Die dafür typischen Theorien eines Monopol- oder Staatskapitalismus, auch die Generalformel eines Spätkapitalismus, sind in grundlegender Hinsicht, also ganz abgesehen von ihrer wirklichen Erschließungskraft, als Ansätze zu werten, weiterhin eine *Totalität* von *Kapitalismus* entsprechend den je neuen Gegebenheiten zu restrukturieren. Das Marxsche politökonomische Exposé konnte natürlich auch durch anderweitige Untersuchungen über den dialektischen Darstellungsmodus des Kapitalwerks, mit Beweisversuchen für den von Marx angenommenen Ausgleich oder auch tendenziellen Fall der Profitraten nicht überschritten werden.

Mangels der Entwicklung einer eigenen positiven Konzeption oder Transformationsperspektive blieb eine marxistisch ambivalente Haltung gegenüber den planwirtschaftlichen Experimenten und autoritären Staatsverfassungen im Osten und ein ebenso ambivalentes Verhältnis zur ideologischen Proklamation und zur Realität der *sozialen Marktwirtschaft*. Diese konnte alles in allem nur als vorübergehendes Zugeständnis in der Systemkonkurrenz, als reformistisches Machwerk mit faulem Klassenkompromiss, als große Entfremdungs- und Illusionsmaschine erscheinen, aber jedenfalls nicht als eine *reifere, bereits latenzhaltige neue Formierung der kapitalistischen Produktionsweise*: Einen definitiven Begriff dafür gibt es bis heute nicht. Der vielleicht geeignete Ausdruck *Sozialkapitalismus* enthält eine derartige Provokation gegenüber traditionellen Denkmustern, dass er innermarxistisch nicht in Betracht kam.⁴⁰ Diesen Denkmustern kam noch am ehesten der dem linearen Geschichtsschema entsprechende Begriff von *Spätkapi-*

⁴⁰ Das distanziert-ambivalente Verhältnis der Linken zum Sozialkapitalismus führt einfach auf den Punkt zurück, dass er das ‚Proletariat‘ vexierte und sich historisch vor die erhoffte Krise und Revolution stellte. Demgegenüber hat sich die Sozialdemokratie wesentlich auch aus dem schönen Schein der Formierung genährt und leidet jetzt, nachdem der Busen schlaff wurde, deutlich sichtbar an Kalorienmangel.

talismus oder, mit Blick auf die imperialistische Expansion, *Weltkapitalismus* entgegen.⁴¹

Auf diese Weise verurteilte sich marxistische politische Ökonomie selbst dazu, mit immer neuen System-, Problem- und Krisenanalysen inmitten der jeweiligen wirtschaftsgeschichtlichen Situation oder imperialistischen Konstellation in der Position einer ohnmächtigen kritischen Begleitforschung im Verhältnis zur transformistisch⁴² weiter treibenden kapitalwirtschaftlichen Entwicklung im fortgehenden 20. Jahrhundert zu verharren oder vielmehr mitzugehen. Immer nur besser zu wissen, dass und warum es nicht gut gehen kann und dass ein neuer Kladderadatsch ins schief gebaute Haus mit Folterkeller steht, kann aber eine politische Vorwärtsbewegung auf Dauer nicht inspirieren und mobilisieren.

Vor dem skizzierten theoriegeschichtlichen Hintergrund wird klar, dass heute, in der Übergangssituation des 21. Jahrhunderts, in der es immer noch an einer tragfähigen positiven Konzeption und auch sonst an sichtbaren großräumigen Alternativen mangelt, praktisch und politisch nur der Rekurs auf linkssozialdemokratisch-keynesianische Rezepturen und, abgesehen von einem Green New Deal mit der Kapitalwirtschaft, aus der gar ein ökologisch umgepoltes „Wachstum ohne Reue“⁴³ entspringen soll, die Orientierung auf eine volksfreundlichere Moderation oder Regulation der Kapitalwirtschaft bleibt. Ich möchte die scharfe These eines fundamentalen Entwicklungsrückstandes des negatorischen politökonomischen Konzepts noch durch den Zusatz aufladen, dass in der Tat die Theorie eines John Maynard

⁴¹ Als immer noch bedeutendes Grundlagenwerk muss an dieser Stelle zumindest Paul M. Sweezy's „Theorie der kapitalistischen Entwicklung“ genannt werden. Im Ausblick geht Sweezy in bemerkenswerter Weise auch auf Keynes' „General Theory“ oder die „Aussichten der liberalen kapitalistischen Reform“ ein. Im Anhang zur deutsche Ausgabe von 1958 referiert zudem Shigeto Tsuru über die Marxschen Reproduktionsschemata und ihre Vergleichbarkeit mit Keynes' Aggregaten.

⁴² Vgl. Altvater, Elmar: Kapitalismus. Zur Bestimmung, Abgrenzung und Dynamik einer geschichtlichen Formation, Hauptartikel S. 281-292 in: Erwägen Wissen Ethik, EWE 13 (2002), Heft 3, Westdeutscher Verlag, Opladen. Dazu eine vormalige Kritik: Müller, Horst: Politische Ökonomie heute: Krisen- oder Transformationstheorie? http://www.praxisphilosophie.de/mue_altvater_kapkrit.pdf

⁴³ So versprechen es sich jedenfalls Andrea Ypsilanti und der jüngst verstorbene Hermann Scheer im „Denkanstoß“ des Instituts Solidarische Moderne „Der Weg aus der Systemkrise des Wirtschaftens“.

Keynes⁴⁴ theoriegeschichtlich gewissermaßen die Stelle besetzt hatte, oder in der Nähe des Platzes situiert war, an der eigentlich eine in dem hier skizzierten Sinne weiter entwickelte Wissenschaft der politischen Ökonomie hätte stehen können und sollen. Die unabgeschlossene Diskussion zwischen Marxismus und Keynesianismus bleibt daher weiter brennend aktuell.⁴⁵

3. Die Formierung des latenzhaltigen Sozialkapitalismus

3.1 Die Entfaltung der sozialwirtschaftlichen Dienste

Die vorstehende Untersuchung verstärkt die Frage, worin denn die angedeuteten formationellen Veränderungen und Widersprüche der polit- und sozialökonomischen Praxis im fortgehenden 20. Jahrhundert bestehen, an die heute in der Perspektive einer gesellschaftlichen Transformation angeknüpft werden könnte. Ich versuche in einem ersten Schritt zunächst einige Hauptaspekte aufzuzeigen, welche die Formierung eines Sozialkapitalismus⁴⁶ als eine reife, wie sich später zeigen wird auch bereits *und durchaus nicht nur* positiv latenzhaltige Formierung verständlicher machen soll:

Aus dem, was zu Marx' Zeiten noch unproduktive, nicht mehrwertbildende Dienste waren und aus der durch den Staat vermittelten Infrastrukturproduktion, in der er kein wesentliches neues Element⁴⁷ sah, ist im Fortgang der wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung eine neue Hauptabteilung der gesellschaftlichen Arbeit geworden: An Stelle des Hausdoktors, der einen persönlichen Dienst verrichtet, ist ein institutionell hoch organisiertes

⁴⁴ Vgl. Rudolf Hickel: Die keynessche Botschaft: Wiederbelebung Gesamtwirtschaftlicher Analyse und Politik. S. 34-55 in: Herbert Schui / Holger Paetow (Hg.): Keynes heute. VSA-Verlag, Hamburg 2003.

⁴⁵ Siehe Stützle, Ingo: To be or not to be a Keynesian – ist das die Frage?, besonders den Schlussabschnitt "Reform oder Transformation". In: Zeitschrift Prokla 157/2009.

⁴⁶ Ich greife diesen sowohl rechts wie links unüblichen Begriff auf, weil er, anders als traditionelle eindimensionale Nennungen wie etwa Staats-, Monopol-, Spät-, Finanzkapitalismus usw. den von Anfang an bereits darin angelegten, sich in unserer Zeit bis zum ‚Kampf der Gegensätze‘ zuspitzenden Widerspruch zwischen ‚Kapitalwirtschaft‘ und ‚Sozialwirtschaft‘ mit andeutet. In diesem Sinne enthält der Begriff ‚Kapitalismus‘ eine falsche Totalisierung, wogegen ‚Sozialismus‘ hier weiter als realgeschichtlich gärende Richtungsanzeige verstanden wird, aber weder als ‚Realsozialismus‘ noch im Sinne einer traditionellen Endzeiterwartung, dass nächstens der Phönix aus der Asche jenes ‚Kapitalismus‘ steigt.

⁴⁷ Siehe Marx, Karl: Grundrisse, MEW 42, S. 440, auch 437.

Gesundheitswesen getreten. Wir haben auch nicht mehr nur mit einem aus Abgaben finanzierten öffentlichen Wegebau zu tun, von dem man ohne Weiteres annehmen könnte, dass dergleichen in Zukunft sowieso von Aktiengesellschaften übernommen würde, sondern mit sozialstaatlich vermittelten und verwalteten oder betriebenen Produktionen auf Gebieten wie der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur und des Wohnungs- und Städtebaus, vom Erziehungs-, Schul- und Bildungswesen ganz zu schweigen.

Die beispielhaft angezeigten, systemrelevanten Gestaltveränderungen setzten bereits im ausgehenden 19. und dann verstärkt im fortgehenden 20. Jahrhundert ein.

Die quantitative Ausdehnung und institutionelle Entfaltung der gemeinten sozialwirtschaftlichen Dienste⁴⁸ sowie der ökonomischen Funktionen moderner Staatlichkeit sind das Nebenprodukt der im 20. Jahrhundert rapide fortschreitenden sozial-ökonomischen und urban-zivilisatorischen

⁴⁸ Im ersten Zugriff, also noch im Vorfeld der notwendigen Analyse der ökonomischen Formbildung, könnten die eher weichen, personen-orientierten sozialen Dienstleistungen wie im Erziehungs-, Bildungs- und Gesundheitswesen unterschieden werden von der Herstellung und Aufrechterhaltung eher harter infrastruktureller Voraussetzungen des gesellschaftlichen Lebens wie etwa der Energie- und Wasserversorgung, des Städte- und Straßenbaus, der öffentlichen Medien und Kommunikationsnetze. Empirisch umschreibbare Betätigungsfelder sind zum Beispiel Familienarbeit, Erziehung und Jugendpflege, Grund- und Erwachsenenbildung, berufliche Aus- und Fortbildung, Wissenschaft und Forschung, sozialkulturelle Gemeinschaftsdienste, staatliche Verwaltung und gesellschaftliche Körperschaften auf allen Ebenen, Rechtspflege, Wirtschafts- und Landwirtschaftsförderung sowie Gewerbe- und Wirtschaftskontrolle, Unternehmungen und Wirtschaftsbereiche mit gesellschaftlichem Auftrag, Arbeitsverwaltung und Arbeitsförderung, Sozialversicherung aller Zweige und deren soziale Dienste, kommunale Verwaltung, kommunale Betriebe und Zweckverbände, öffentliche Sicherheit, Verbraucherdienste, Energieversorgung und Entsorgung, Wohnungsbau und Stadterneuerung, Natur- und Landschaftspflege, öffentlicher Verkehr, Bildung und Medien, Sportwesen und öffentliche Freizeiteinrichtungen, alle Kulturpflege in gesellschaftlicher Verantwortung, Integrationsarbeit, Umwelt- und Naturschutz, gesellschaftliche Notdienste, allgemeine Wohlfahrtspflege und spezielle sozialpflegerische Aufgaben, die allgemeine Gesundheitsversorgung sowie nicht zuletzt der weite Bereich internationaler Aufgaben und Hilfen. Eine praxiswissenschaftlich fundierte, in ihrer Art systematisch und mit 10.000 Positionen empirisch umfassende Registratur stellt der von mir in Buchausgabe 1986-2006/7 (890 S.) für die Stadt Nürnberg verfasste „Stadtwegweiser“ dar: <http://www.stadtwegweiser.nuernberg.de>

Entwicklung.⁴⁹ Es geht also um Formveränderungen im Reproduktionsgefüge, die durch den ursprünglichen Marxschen Entwurf nicht abgedeckt sind und daher in der traditionellen politisch-ökonomischen Begriffswelt auch nicht angemessen identifiziert wurden:

Ich spreche die gesellschaftliche Arbeit und Produktion auf den fraglichen Gebieten mit dem neuen Begriff „sozialwirtschaftliche Dienste“ an. Er fasst infrastrukturelle und sozial-kulturelle Leistungen oder Produktionen zusammen, die wesentlich durch den Steuer- und Sozialstaat vermittelt werden und der Reproduktion geographisch und sozialräumlich beschränkter, gesellschaftsgeschichtlich konstituierter Gemeinwesen gelten. Er bezieht sich somit keineswegs nur auf das Soziale im engeren Sinne und richtet sich auch gegen die liberalistisch infizierte Idee einer bloßen sozialstaatlichen „Daseinsvorsorge“, bei der ausgeblendet bleibt, dass sozialwirtschaftliche Dienste heute ebenso und in anderen Verhältnissen in erster Linie der menschlichen und zivilisatorischen Lebensentfaltung und -erhöhung dienen.

Im Hinblick auf die Begriffsbildung fällt auf, dass es eine ganze Reihe von Versuchen im Sinne einer „Verortung der Sozialwirtschaft im gesellschaftlichen Feld“ gibt. Es werden Kriterien veranschlagt wie öffentliche Eigentümerschaft oder Public Service, keine Markt- oder Gewinnorientierung oder auch die Ausrichtung auf gemeinnützige und lebensdienliche Ziele. In Begriffen wie „Sozialökonomie“ oder „Dritter Sektor“ deuten sich bereits weiter gehende Ordnungsversuche im Hinblick auf gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge an. Alle derartigen Begriffsbildungen bleiben aber so oder so unscharf oder inkonsequent. Das gilt auch für den zunehmenden Gebrauch des Begriffs „Sozialwirtschaft“ im engeren Sinne eines Wirtschaftssektors und Lehrgebiets oder einer „Socio-Economy“ im weiteren Sinne einer ganzheitlichen politischen Ökonomie.

In der neuen Grundkategorie der „sozialwirtschaftlichen Dienste“ sollen, im Unterschied zur industriewirtschaftlichen Produktion für den Warenmarkt und für privaten Verbrauch, im Grundansatz jene wirtschaftlich bedeutsamen Aktivitäten zusammengefasst werden, durch welche allgemeine

⁴⁹ Untersuchungen wie etwa Rudolf Goldscheids Arbeit über „Staat, öffentlicher Haushalt und Gesellschaft sind in diesem Zusammenhang belegkräftig und können neu bewertet werden: Goldscheid, Rudolf (1926): Staat, öffentlicher Haushalt und Gesellschaft. Wieder abgedruckt S. 253-316 in Rudolf Hickel (Hg.), Die Finanzkrise des Steuerstaats. Beiträge zur politischen Ökonomie der Staatsfinanzen. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1976.

Grundlagen, gemeinschaftliche Existenzbedingungen oder überhaupt das sozial-zivilisatorische Gehäuse der modernen Gesellschaft hervorgebracht und besorgt werden. Sozialwirtschaftliche Dienste sind aufgrund ihres Naturells nicht auf eine Produktion in Warenform zugeschnitten, obwohl sie auch diese Form annehmen können oder in sie gezwängt werden: Der unmittelbar kostenfreie Dienst einer Poliklinik kann auch einem Gesundheitskonzern übereignet werden. Obwohl jedermann den Unterschied spürt, bietet sich empirisch ein verwirrendes Bild, dessen innere Komposition nur durch eine abstraktive Modellierung und Formanalytik aufgedeckt werden kann.

Offenkundig erfordert die historische Entfaltung und das Gewicht der sozialwirtschaftlichen Dienste im volkswirtschaftlichen Zusammenhang eine Überschreitung der Marxschen Reproduktionsschemata. Es handelt sich um eine Neuformierung der ökonomischen Praxis. Um sie kenntlicher zu machen, können die beiden klassischen Reproduktionsabteilungen für Produktionsmittel und Konsumtionsgüter vorerst als Bereich „industriewirtschaftlicher Warenproduktion“ zusammengefasst und die neue Abteilung „sozialwirtschaftlicher Dienste“ als eine damit notwendig verknüpfte, komplementäre Abteilung konfiguriert werden. Diese wird, in Reinform betrachtet, durch institutionelle Organe des Gemeinwesens, also hauptsächlich durch Steuern, Sozialabgaben und öffentliche Haushalte, *quasi öffentliche* Institute eingeschlossen, vermittelt und kollektiv finanziert. In diesem Sinne können auch Subventionen betrachtet werden, was darauf hinweist, in welchem enormen Ausmaß die sozialwirtschaftliche Form das sonstige ökonomische Leben schon infiltriert hat.

3.2 Der Staat in der neu konfigurierten Reproduktionsordnung

Wie kam es überhaupt dazu, dass der moderne Staat seine Rolle als ökonomische Zentral- und Vermittlungsinstanz immer mehr entfaltete? Mit der Industrialisierung ging die Urbanisierung einher und es entstanden damit neue Anforderungen und Möglichkeiten der Erziehung und Bildung, hinsichtlich der Entwicklung von Verkehr und Kommunikation, überhaupt was das sozial-infrastrukturelle Gehäuse und die darin entfalteten zivilisatorischen Praktiken, nicht zuletzt den Weltverkehr einer modernen Gesellschaft angeht. Der ‚politische‘ Staat⁵⁰ veränderte sich im Zuge der notwen-

⁵⁰ Die Systembindung der Politik oder der Klassencharakter des Staates in der bürgerlichen Demokratie, unter der Hegemonie der Kapitalwirtschaft, werden hier nicht ausdrücklich thematisiert. Den Gesichtspunkt beleuchtet Günter Buchholz mit

digen Übernahme und Entfaltung wirtschaftsgesellschaftlicher Grundfunktionen im Sinne des modernen Steuer- und Haushalts-, Sozial- und Interventionsstaates. Er wurde auf der Basis von Steuern und Abgaben und vermittelt der Haushalte von Staat, Kommunen und Sozialversicherung zu einer ungeheuren ökonomischen Transferagentur und zu einem regulatorischen Zentrum für die entsprechende gesellschaftlich notwendige sozialwirtschaftliche Arbeit und Produktion.

Im Resultat handelt es sich nunmehr um eine wert- und reproduktionstheoretisch notwendige Verknüpfung zwischen industrieller Warenproduktion, sozialwirtschaftlichen Diensten und durchgreifenden sozialökonomischen Funktionen moderner Staatlichkeit. Diese Figuration gewann in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in den formationell höher entwickelten Wirtschaftsgesellschaften mit einer Staats- und Sozialquote von 40-60% ihr charakteristisches volkswirtschaftliches Profil.⁵¹ Sie bildet die dreistellige Kernstruktur der modernen Zivilisation, in der sich zugleich die urbane, kommunal verfasste Praxis als sozioökonomische Basiseinheit der gesellschaftlichen Selbstorganisation und des Lebensvollzugszusammenhangs kristallisiert hat.

Es ist damit offenkundig, dass etwa das traditionelle Schema von Basis und Überbau die innere Gliederung der gesellschaftlichen Praxis nicht mehr richtig beschreibt. Aber auch die liberalistische Ideologie hinsichtlich des Verhältnisses von Markt und Staat verfehlt die Realität: Ohne staatliche, das heißt hier instituierte allgemeingesellschaftliche Regulierung, das heißt auf kapitalwirtschaftlicher Grundlage ohne Staatsverschuldung, ohne staatliche Vermittlung oder Verteilung sowohl als Subvention in die industriewirtschaftliche Warenproduktion wie als Transfer in die sozialwirtschaftlichen Dienste, ohne öffentliche, sozialwirtschaftliche Dienste und Angebote im weitesten Sinne des Wortes, ohne massive staatliche Intervention an den immer neu aufbrechenden Problem- und Leerstellen oder bezüglich der destruktiven externen Konsequenzen des privatistischen Wirtschaftshandelns funktioniert überhaupt nichts mehr. Das reale, hegemoniale ökonomische System ist eine staatlich durchdringend vermittelte und moderierte, mit dem Komplement entfalteter sozialwirtschaftlicher Dienst untrennbar verwachsene Kapitalwirtschaft. Die internationale Verflechtung und trans-

dem Beitrag im vorliegenden Sammelband: „Das Verhältnis zwischen Ökonomie und Staat in der Neoklassik, bei Keynes und in der marxistischen Theorie“.

⁵¹ Vgl. Müller, Horst: Die Staatsquote und Transformationstendenzen in Wirtschaft und Gesellschaft, S. 909-924 in: UTOPIE kreativ Nr. 132, Oktober 2001.

nationale Agenturen der im Kern industriewirtschaftlichen Warenproduktion heben diese Formbildung nicht etwa auf, sondern setzen darauf auf und verschärfen deren innere Widersprüchlichkeit.

Im ideologischen Selbstverständnis der vorliegenden Praxisfiguration als *Sozialstaat* und *soziale Marktwirtschaft* werden die tatsächlich zugrunde liegenden kapitalökonomischen Formbildungen, die durch die Existenz des Sozialwirtschaftlichen gesteigerte innere Widersprüchlichkeit und der letztlich transitorische Charakter dieser Ökonomik verkannt. So konnte es dazu kommen, den Sozialstaat des 20. Jahrhunderts oder die soziale Marktwirtschaft als mehr oder weniger optimalen Kompromiss, jedenfalls im Grunde als nicht mehr überholbare Gestalt des Wirtschaftslebens anzusehen. Erzbischof Reinhard Marx, der in einem fiktiven Brief „Marx schreibt an Marx“ mit seinem Namensvetter kokettierte, forderte in geblendetem missionarischen Geist sogar eine „Globalisierung der sozialen Marktwirtschaft“.

3.3 Soziale Marktwirtschaft als reifer Kapitalismus

Eine Streitfrage im Anschluss an die bisherigen Überlegungen lautet: War die Herausbildung jener sozialstaatlich durchdrungenen Marktwirtschaft oder des Sozialkapitalismus nur die vorübergehende Verkleidung eines alten Naturells, das sich auch im Imperialismus schon hinlänglich offenbart hatte und in neuerer Zeit in Gestalt der neoliberal radikalisierten Kapitalwirtschaft wieder deutlich zu erkennen gibt? Nach der hier entwickelten Ansicht stellt die neue Formierung eben nicht nur ein vorübergehendes Zugeständnis aufgrund gewerkschaftlichen Drucks in der Boomphase oder unter den Bedingungen der west-östlichen Systemkonkurrenz, nicht einfach nur einen Reparaturbetrieb im Hinblick auf die sattsam bekannten sozialen Dysfunktionen der Markt- und Kapitalwirtschaft oder ein probates Besänftigungs- und Manipulationsinstrument dar, für das im Zuge der Entfaltung der fordistischen Massenproduktion einmal ein Spielraum gegeben war. Er war und ist zugleich und wesentlich Ausdruck einer verwandelten Prozesstotalität der Kapitalwirtschaft, welcher in bestimmter Hinsicht bereits eine Transformationsfigur eingeschrieben ist.

Ich spreche von einer neu gestalteten, dreistelligen Reproduktionsordnung, für welche die ökonomischen Funktionen moderner Staatlichkeit konstitutiv sind. Diese unterscheidet sich grundlegend von der Modellierung, an die Marx ursprünglich ansetzte und auf die er im zweiten Band des Kapitalwerks zurückkam. Dem politökonomischen Schematismus, der sich dieser Einsicht entziehen möchte, sei entgegengehalten: Im Grunde ist

im Zuge der wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung, noch im Rahmen der alten Ordnung, nur eingetreten, was Marx in bestimmter Hinsicht erst für eine postkapitalistische Gesellschaft erwartet hatte: Ein bedeutendes Anwachsen des zur Befriedigung von gemeinschaftlichen Bedürfnissen Bestimmten, wie Erziehung, Bildung und Gesundheit, eine Ausweitung der gesellschaftlichen Fonds für die allgemeinen, ökonomisch-zivilisatorischen Bedingungen der gesellschaftlichen Praxis.⁵²

3.4 Zur Latenz des Transformationspotentials in der Boomphase

Die vorgeschlagene Neubewertung der als frei und sozial proklamierten kapitalwirtschaftlich-liberaldemokratischen Ordnung im Hinblick auf den Reifestatus der Reproduktionsverhältnisse und ihren Doppelcharakter bedeutet zunächst, dass eben darin die reale Ausgangsbasis der systemisch-historischen Weiterentwicklungen zu sehen ist. Die These, dass die neuartige Figuration einen in sich widersprüchlichen Sozialkapitalismus repräsentiert, der schon bestimmte Transformationspotentiale beinhaltet, ist aber damit zunächst immer noch eine Hypothese. Für deren Beleg wird allerdings besser die heutige, wiederum veränderte Praxisfiguration zugrunde gelegt, weil darin der immanente Konflikt schärfer zutage tritt:

In jener Aufbau-, Wachstums- und Expansionsphase der Kapitalwirtschaft nach dem großen Krieg, man sprach vom angebrochenen Zeitalter des Massenkonsums, Eric Hobsbawm von einem „goldenen Zeitalter“, das dann doch in den 70er Jahren auslief, machte sich das Andere noch nicht auffällig geltend. Im Rahmen der vorliegenden Darlegung genügt an dieser Stelle die These, dass die Expansion der sozialwirtschaftlichen Dienste und die Entfaltung der Sozialstaatlichkeit zunächst selbst ein integriertes, auch stimulierendes Moment der damaligen kapitalwirtschaftlichen Wachstumsbewegung darstellte. Insofern kann im Grunde auch jede spätere Wachstumsbewegung Momente aufweisen, welche in diesem Sinne eine Sozialstaatsillusion neu beleben.

Erst in dem Moment, in dem die Kapitalwirtschaft selbst dem Boom entwachsen ist und sich, durch die zurückliegende Phase der liberalistischen Radikalisierung hindurch, in die Wachstumsklemme und in das Krisengemenge der Gegenwart manövriert hat, erscheint der Sozialstaat oder das Sozialwirtschaftliche aus der Perspektive der Kapitalwirtschaft als nunmehr ungeliebter Bettgenosse, den man am liebsten hinauswerfen

⁵² Siehe Marx, Karl (1875): Kritik des Gothaer Programms. MEW 19, S. 13-39.

möchte., Wo das nicht so einfach ist, ist man bestrebt, es möglichst zurechtzustutzen, einzuhegen oder zu assimilieren: Dass das, was jahrzehntelang als Errungenschaft des Sozialstaats gepriesen wurde und das Politik- und Staatsverständnis in den Kernländern Europas entscheidend geprägt hat, nunmehr ganz opportun und, auf der bestehenden Systemgrundlage irreversibel, zurückgebaut und zersetzt wird, kostet dem Wohlfahrt versprechenden System zunächst nur seine Reputation, dagegen dessen Mitläufer und Promotor, der Sozialdemokratie, deren Agenda von 1914 bis 2010 an den Schwanz des Kapitals gebunden war, Kopf und Kragen.⁵³

In jener Boomphase und in der Konfrontation des Kalten Krieges fehlten noch die wesentlichen theoretischen wie praktischen Voraussetzungen, um auf ein vorhandenes Transformationspotential Bezug zu nehmen. Lediglich auf hochabstrakter philosophischer Ebene wurde die Latenzhaltigkeit des „Spätkapitalismus“ angesprochen. So formulierte Herbert Marcuse, „Alle materiellen und intellektuellen Kräfte, die für die Realisierung einer freien Gesellschaft eingesetzt werden können, sind da ... die sogenannten utopischen Möglichkeiten ... [sind] gar nicht utopisch ...“.⁵⁴ Erst jetzt, in der Übergangsperiode als einer systemischen Grenzsituation, macht sich das Neue in einer verschärften Widersprüchlichkeit zum Alten deutlicher bemerkbar. Um das deutlicher zu machen, sollen zunächst weiter gehende Veränderungen der Praxisform ins Auge gefasst werden.

4. Die finalisierende Entwicklung der Kapitalwirtschaft

4.1 Konzentration auf realwirtschaftliche Zusammenhänge

Wir suchen eine Antwort auf die Frage, warum und wie der Sozialkapitalismus im ausgehenden 20. Jahrhundert sein Gesicht oder vielmehr inneren Formbildungen weiter verändert hat. Alle Reproduktion ist zugleich notwendig Neuproduktion und Destruktion der alten Form, so Marx: Im

⁵³ "Does Social-Democracy Have a Future?", fragt Immanuel Wallerstein in seinem Commentary No. 290, October 1, 2010: "The consequence of this, however, was that Social-Democracy ceased to be a 'movement' that could rally the strong allegiance and support of large numbers of persons. It became an electoral machine that lacked the passion of yesteryear [...] Does social-democracy have a future? As cultural preference, yes; as movement, no."

⁵⁴ Vgl. Fuchs, Christian: Fortschritt und Utopie bei Marcuse und Bloch. In: Vorschein, Jahrbuch der Ernst-Bloch-Assoziation No. 24/25, Philo-Verlag Berlin 2004: <http://fuchs.icts.sbg.ac.at/infogestechn/fortschrittutopie.html>

Durchgang durch Krisen- und Reorganisationsprozesse jener Periode wandelten sich die Parameter der gesellschaftlichen Reproduktion und Praxis.

Das kapitalwirtschaftliche Welt-System begann in den 70er-Jahren in eine langgezogene, heute noch tiefer greifende Stagnationsperiode einzutreten. Die in der Vergangenheit so glänzend erfolgreiche politisch-ökonomische Reproduktionsweise schien den Betreibern in der gewohnten Gestalt nicht mehr aufrecht zu erhalten. Eine Wegmarke der Entwicklung bildet die Regierungsübernahme von Margret Thatcher in Großbritannien (1979) und Ronald Reagan in den USA (1981). Unter den Vorzeichen der nun einsetzenden, neoliberal gepuschten Ökonomisierung und Globalisierung veränderte die sozial-ökonomische Formierung ihren Aggregatzustand.

Bezüglich dieser Entwicklung interessieren im Folgenden bestimmte wert- und reproduktionstheoretische Aspekte dessen, was man mit Blick auf den volkswirtschaftlichen Zusammenhang „Realwirtschaft“ nennen kann. Der Bereich industrieller Warenproduktion samt unternehmensnaher Dienst- und breit ausgelagerter warenwirtschaftlicher Vermittlungsleistungen steht dabei an erster Stelle, der Sozialstaat und das Sozialwirtschaftliche inklusive seiner Dienstleistungspalette an zweiter Stelle. Schließlich dürfen auch Fragen der kapitalwirtschaftlichen Globalisierung als konstitutive Momente der modernen Reproduktionsorganisation nicht ausgelassen werden.

Dagegen können Probleme des Kreditwesens, Fragen nach dem *Finanzkapital* oder den Hintergründen von Finanzkrisen zunächst außer Betracht bleiben: Eine politische Ökonomie des Finanzsektors⁵⁵, die Untersuchung der Entwicklung hin zum „finanzmarktgetriebenen Kapitalismus“⁵⁶, auch neuere Untersuchungen über die aktuelle Großkrise von Wirtschaft und Finanzen⁵⁷ bleiben zwar, etwa im Schlusswort, nicht ohne alternative Regulationsvorschläge, liegen aber auf der Hauptlinie einer aufklärerischen,

⁵⁵ Vgl. Zeise, Lucas: Geld – der vertrackte Kern des Kapitalismus. Versuch über die politische Ökonomie des Finanzsektors. PapyRossa Verlag, Köln 2010.

⁵⁶ Vgl. Huffs Schmid, Jörg: Kapitalismuskritik heute. Zeitdiagnosen: Vom Staatsmonopolistischen zum Finanzmarktgetriebenen Kapitalismus. VSA-Verlag, Hamburg 2010.

⁵⁷ Vgl. J. Bischoff / S. Krüger / K.G. Zinn: Finanzkrise, Überakkumulation und die Rückkehr des Staates. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 12/2008. Altvater, Elmar: Der große Krach oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen, von Politik und Natur. Westfälisches Dampfboot, 2010.

kritischen kapital- und krisentheoretischen Begleitforschung. In diesem Sinne erkannte bereits Marx im „Banksystem“ „das künstlichste und ausgebildetste Produkt, wozu es die kapitalistische Produktionsweise überhaupt bringt“ und im „Kreditwesen“ einen „Haupthebel der Überproduktion und Überspekulation“. Es beschleunigt die „materielle Entwicklung der Produktivkräfte und die Herstellung des Weltmarkts“, damit zugleich die Entfaltung der „materiellen Grundlagen der neuen Produktionsform“ und „die gewaltsamen Ausbrüche dieses Widerspruchs, die Krisen“ beziehungsweise das Vordrängen der „Elemente der Auflösung der alten Produktionsweise“.⁵⁸

Die Marxschen positiven Hinweise, „daß das Kreditsystem als ein mächtiger Hebel dienen wird während des Übergangs aus der kapitalistischen Produktionsweise in die Produktionsweise der assoziierten Arbeit“ sind selbst mit dem Zusatz verbunden, „jedoch nur als ein Element im Zusammenhang der andren großen organischen Umwälzungen der Produktionsweise selbst“⁵⁹. Aus all dem ist eine weitere Bestätigung der wesentlichen Einsicht herauszulesen, dass via Geld- oder Bankreform weder die großen systemisch-strukturellen Krisen vermieden noch eine nichtkapitalistische Reproduktionsordnung initialisiert werden kann: Auch die heutige Geldreformbewegung läuft insofern weiter ins Abseits.

Für die angestrebte Identifizierung von positiven Elementen jener „großen organischen Umwälzung“ hin zu einer „neuen Produktionsform“ erscheint es also sinnvoll, sich auf die Aspekte einer realwirtschaftlich alternativen Reproduktionsordnung zu konzentrieren. Wie dieser Neuordnung auch andere Formbildungen des Geld-, Kredit- und Bankenwesens entsprechen, kann vielleicht besser auf der so gewonnenen Grundlage diskutiert werden: Zur Institutionalität der Finanzsphäre als sozialwirtschaftlicher Dienst in gesellschaftlicher Verantwortung und Kontrolle sind einige Bemerkungen am Schluss der vorliegenden Ausführungen möglich.

4.2 Aggregatzustand der Ökonomie und Wachstumsklemme

Motor der realen wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung ist der unstillbare Rationalisierungs-, Akkumulations- und Expansionstrieb der Kapitalwirtschaft und die damit einhergehende Ausfaltung und Reorganisation

⁵⁸ Vgl. Marx, Karl: Das Kapital Bd. 3, MEW 25, S. 620 und Kapitel 27: Über die Rolle des Kredits in der kapitalistischen Produktion, bes. S. 457.

⁵⁹ Marx, Karl: Das Kapital, MEW Bd. 3, S. 621.

technisch-wissenschaftlicher, sozialökonomischer und infrastruktureller, überhaupt zivilisatorischer Bedingungen, die schließlich in die Gestaltbildung der modernen Urbanität mündet. In der industriewirtschaftlichen Sphäre führte die forttreibende Entwicklung aber nicht nur viel weiter an die Kreation des "automatischen Systems der Maschinerie"⁶⁰ heran, wie Marx sich die industrietechnische Fertigungsautomatisierung vorgestellt und antizipiert hatte: Durch die digitale Revolution und die seit den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts voranschreitende Computerisierung, im Zuge der Verschmelzung der Informatik mit elektronischen technischen Elementen und die vergleichzeitigenden Kommunikationsabläufe ist der Produktionsorganismus nunmehr in hohem Maße durch eine mechatronisch perfektionierte Automatisierung und informatische Regulierung gekennzeichnet, die ihren wertökonomischen, konzentrierten Ausdruck in dessen tendenziell maximierter organischer Zusammensetzung findet.

Die Implementierung dieser Prozesselemente in die gesamte Betriebs- und Unternehmensorganisation, darüber hinaus aber auch in die Abläufe aller Lebens- und Wirtschaftsbereiche einer „Informationsgesellschaft“ hat nunmehr die gesellschaftlich notwendige Arbeit derart vermindert, dass eine chronische, kapitalwirtschaftlich nicht mehr zu behebende Massenarbeitslosigkeit entstand. Es handelt sich daher bei der massenhaften Ausgrenzung von Arbeitsvermögen und der Prekarisierung in deren Vorhof nicht mehr nur um das klassische Phänomen einer gestaffelten konjunkturellen Reservearmee, sondern auch um die Konsolidierung einer von der Kapitalwirtschaft überhaupt überflüssig gemachten Erwerbslosen- und Armutsbevölkerung, die in einem sozialen Ghetto gehalten wird: Die Vernebelung dieser gesellschaftlichen Lebenswirklichkeit wurde fortan ein Nebenjob der offiziellen Arbeitsmarktstatistik, während ein abstrakt utopisierendes Alternativdenken aus alldem unvermittelt die Schussfolgerung gezogen hat, dass der Gesellschaft „die Arbeit ausgeht“ oder, in einer närrischen Variante, ein Manifest zur „Aufhebung der Arbeit“ verfasste.

Die angezeigte Entwicklung hat weitere Konsequenzen: Durch die grenzwertige Steigerung der „organischen Zusammensetzung“ des Kapitals wird relativ zu wenig Lohnarbeit aktiviert und es fällt die zur Kapitalverwertung notwendige Massenkaufkraft am anderen Ende des Wirtschaftskreislaufs zurück. Das bedeutet vor allem, dass weitere herausgepresste Wachstumsschübe im Grunde keine relevante Mehrbeschäftigung mehr mit

⁶⁰ Vgl. Marx, Karl: Grundrisse. MEW 42, S. 592.

sich bringen können. Sie induzieren vielmehr, durch die Ersetzung älterer Anlagen und Arbeitsformen, tendenziell eine noch weitergehende, unverhältnismäßige Freisetzung von Arbeitskräften aus der industriewirtschaftlichen Produktionssphäre: Wie sollten ein „Green New Deal“ oder eine solarenergetische Revolutionierung, abgesehen von partiellen Milderungen der ökologischen Existenzprobleme oder vorübergehenden Stimulierungen der Wachstumseffekten, gegen die Problemakkumulation der Kapitalwirtschaft in ihrem finalisierenden Stadium ankommen? Wenn etwa ein Konsortium großer Konzerne wie geplant riesige Solarkraftwerke in den afrikanischen Wüsten errichtet, wird dies nichts gegen die chronische Wachstumsschwäche bewirken, welche alle höher entwickelten Industriegesellschaften wie eine Krankheit befällt und gegen die es mit herkömmlichen Methoden kein Heilmittel gibt. Die ritualisierten Beschwörungen von „Wachstum!“⁶¹ aus Regierungsbänken und konformistischen Instituten, nicht nur der Wirtschaft, erinnern insofern an die Beschwörungen heidnischer Regenmacher, die Lügner bleiben, auch wenn es einmal regnet.

4.3 Staatsquote, Staatsverschuldung und Regression des Sozialen

Während sich also im Fortgang systemische Schranken im Bereich der industriewirtschaftlichen Warenproduktion geltend machten, kam es im fortgehenden 20. Jahrhundert zu einer schier unaufhaltsamen Steigerung der Staatsquote und zugleich der Staatsverschuldung. Die sachgemäß wachsenden Anforderungen an die gesellschaftliche Infrastruktur und die sozialen und kulturellen Dienste einer urbanen Gesellschaft überstiegen offenkundig stets die Finanzkraft des an das spezifisch kapitalwirtschaftliche Hebelwerk von Steuern und Abgaben gebundenen Sozialstaates, dessen Schuldenkonto sich durch eine permanent überschießende Kreditnahme erhöhte: Angaben zum Stand der Staatsschulden im Euroraum sprechen von einer Größenordnung zwischen etwa 35 und über 115, für Deutschland etwa 70 Prozent des BIP, und die verzweifelt anmutenden Bemühungen um

⁶¹ Dass eine am BIP orientierte Wachstumsmessung wenig über die Lebensdienlichkeit oder eine Wohlfahrtssteigerung durch jenes Mehr besagt, ist bekannt. In eine qualitative Lebensqualitäts- oder Wohlstandsmessung fließt dann aber wieder jene Ideologie ein, die in der Vorstellung vom guten Leben steckt. Und wie will man das alles objektiv beziffern? Mehr dazu <http://www.stiglitz-senfitoussi.fr/en/documents.htm>

einen europäischen Stabilitätspakt werden in keiner Weise aus der grundsätzlichen Problemlage herausführen.⁶²

Die Folge ist eine Tendenz zur Subordinierung und Strangulierung des Sozialstaats⁶³, durch die Kapitalwirtschaft und ihre perversen finanzwirtschaftlichen Ausgeburten, zu einer Vernachlässigung und chronischen Unterfinanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben und Bedürfnisse, die insbesondere auf der unteren kommunalen Ebene spürbar wird. Dabei belastet der wachsende Zinsdienst an die privaten, in- und ausländischen Kreditgeber die öffentlichen Haushalte immer drückender und erzeugt eine zusätzliche grobe Verteilungsungerechtigkeit.

Die Rücknahme sozialer Standards im Zusammenhang der deutschen Agenda 2010 und die weiter treibende liberalistische Reorganisation der Sozialsysteme sind ein direkter Ausdruck dieser Zusammenhänge und unverblümt wird jetzt berichtet: es „toppen die europäischen Sparpläne alles Dagewesene.“⁶⁴

⁶² „Damit die Währungsunion wieder stabiler wird, sollen es nun schärfere Schuldenregeln richten. Ein neuer Stabilitätspakt. Einer, der endlich wirkt, statt aus scharfen Normen auf Papier zu bestehen, die Politiker nach ihren Vorstellungen umbiegen können. Die EU-Kommission arbeitete lange an den Regeln, sie sollten die Sanktionen für Schuldenländer quasi automatisieren, um sie politischer Willkür zu entziehen. Das Ergebnis ist nach Meinung vieler Beobachter ein Pakt, der genau das nicht leistet - sondern der ein Spielball der Politiker bleibt, der er immer war. Quelle: Süddeutsche Zeitung Nr.226, Donnerstag, den 30. September 2010, S. 19.

⁶³ Siehe dazu das Grundlagenwerk von Christoph Butterwegge: *Krise und Zukunft des Sozialstaats*. 2. durchgesehene Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005. Aktuell spricht der Autor mit Blick auf die politische Manipulation der Hartz-IV-Regelsätze davon, dass der Sozialstaat „immer stärker in Richtung eines Fürsorge-, Almosen- und Suppenküchenstaates“ deformiert wird. Er verweist ausdrücklich auf die einmal angestrebte „Abkoppelung der sozialen Sicherung von der Erwerbsarbeit durch eine Wertschöpfungsabgabe“, die ein interessanter Ansatzpunkt für das Konzept der Sozialwirtschaft ist. Vgl. ebd. S. 283-286.

⁶⁴ „Deutschland will trotz des Aufschwungs bis 2014 80 Milliarden Euro sparen, Frankreich kürzt 40 Milliarden, Portugal kappt die Beamtengehälter und will die Mehrwertsteuer auf 23 Prozent erhöhen. In Spanien gehen die Pensionäre leer aus, Italiens Regierung hat Einsparungen von 25 Milliarden Euro angekündigt. Großbritannien will die Ausgaben um ein Viertel kürzen, Bukarest senkt die Beamten-Löhne um 25 Prozent und hebt die Mehrwertsteuer um fünf Prozentpunkte an.“ SZ Nr.246, Samstag, den 23. Oktober 2010, Seite 25.

Aus der hier entwickelten Sicht zeigt die schließlich auf 40-60% der Haushalte gestiegene Staats- und Sozialquote vor allem die gewachsene Bedeutung des sozialwirtschaftlichen Sektors an, während die auf moderate Weise, friktionslos nicht mehr lösbare Problematik der Staatsverschuldung auf fundamentale Disproportionalitäten und Dysfunktionen der zugrunde liegenden Reproduktionsordnung verweist. Ein wirkliches Wissen, woher diese kommt und wie dem überhaupt noch einmal wirklich abzuhelpen sei, ist im Grunde nicht vorhanden.⁶⁵

Während aus dieser Verlegenheit die säkulare Erweckungs- oder Wiederauferstehungslehre des „Wachstums“ weiter gepredigt wird, bietet sich Kapitalwirten wie haushälterisch klammen Wirtschaftspolitikern der Königsweg einer Orientierung auf verstärkten Waren- und Kapitalexport an: Wirtschaft und Gesellschaft sollen sich „fit machen für den Weltmarkt“. Aber auch dieses sportive Rezept verweist erneut nur weiter auf eine höhere Ebene der an Schranken stoßenden, finalisierenden Gesamtentwicklung.

4.4 Wurzeln, Spielräume und Schranken der Globalisierung

Was ist die Wurzel der in der zurückliegenden wirtschaftsgeschichtlichen Periode forcierten neoliberalen Globalisierung, oder auch der auf einer Ebene darunter vorangetriebenen Instituierung und Integration erweiterter, kontinentaler Wirtschaftsräume wie der Europäischen Union. Diese bieten für das kapitalwirtschaftliche Triebleben so oder so ein erweitertes Spielfeld. Es handelt sich weder um eine Initiative aus unternehmerischem Tatendrang oder etwa um ein Gebot schlichter volkswirtschaftlicher Vernunft: Aufgrund des stets weiter treibenden kapitalwirtschaftlichen ökonomischen Kalküls wird die viel gepriesene Exportorientierung und Expansionsstrebung vielmehr zur Überlebensbedingung, zu einer Zwangsveranstaltung. Der in seiner gesamten ökonomischen Existenz unmittelbar an eine funktionierende Kapitalwirtschaft gekettete Sozialstaat passt sich dieser Situation durch die Annahme einer zweiten Identität als nationalökonomisch interessierter, global konkurrierender „Wettbewerbsstaat“ an, der unter dem

⁶⁵ Die herrschende Lehre weiß zur Erklärung nicht viel mehr zu sagen, als was ein Studierender dieser Tage auf seiner Folie für das volkswirtschaftlichen Seminar, im Internet, so formulierte: „Ursachen: Falsche Finanzpolitik - Der Staat gibt mehr Geld aus als er einnimmt“. Diese Vogel-Strauß-Wissenschaft verläuft sich von da nur noch in Fragen eines Schuldenmanagements für potentielle Fiskalpolitiker, die demnächst vielleicht über eine Insolvenzordnung und wirtschaftspolitische Ausflüchte für den Ernstfall des kapitalistischen Staatsbankrotts sinnieren dürfen.

Druck der Weltökonomie und nicht zuletzt des angestachelten Konsumismus der eigenen Bevölkerung laviert.

Die eigentliche Motorik dieser kapitalwirtschaftlichen Praxis ist an den immer neu hervorgetriebenen *produktiven Mehrwert* und dessen materiale, praktische Bestimmung zur Akkumulation geknüpft. Wenn aber, wie gezeigt wurde, eine Reinvestition im Kontext der inländischen Wachstumshemmung nicht recht lohnt, bleibt der systemkonforme Ausweg⁶⁶, das überbordende Mehrprodukt durch internationalen Austausch zu realisieren und den Gewinn oder das Mehrkapital in möglichst profitable externe Anlagesphären zu investieren.

Bei genauerem Hinsehen zeichnet sich hier die krisistheoretisch schwer verdauliche Möglichkeit ab, dass ein ausgebrachtes produktives oder auch konsumtives Mehrprodukt im internationalen Austausch vergoldet werden kann, ohne dass *unmittelbar* eine systemische Schranke in den Blick kommt: Die Globalisierung oder besser die tendenzielle, progressive Steigerung des weltweiten Austauschs und allseitige Aufschließung von Investitionsfeldern wäre in dieser Hinsicht so etwas wie ein Goldesel für die Kapitalwirtschaft, der insbesondere exportstarken Konzernen und Volkswirtschaften wie der deutschen erhebliche Vorteilsnahmen ermöglicht. Nur von vorne gesehen, nährt dessen Anblick die liberalistische Doktrin des freien Welt Handels. Die Profitquelle kann in der Tat auch das Weltsystem, mit besonderer Stimulierung durch ökonomisch-zivilisatorische Nachrücker bzw. Schwellenländer, allen voran die BRIC-Staaten Brasilien, Russland, Indien und China, ein Stück Wegs weiter auf einem mäßigen Wachstumspfad halten.⁶⁷

Von hinten, in der weiteren Marschrichtung gesehen wird allerdings deutlich, dass die Entwicklung in den folgenden Akten, im Zuge der realen Akkumulation oder Investition auf ausgesuchten Zielgebieten, wie auch immer in großen Perioden verzögert oder überlagert, zu einer Wiederkehr aller fundamentalen Probleme führt.

⁶⁶ Andere, vorübergehend kompensatorische Methoden sind beispielsweise die Ableitung akkumulationsfähigen Produktivkapitals in megalomane Investitionsprojekte, für die als Extremfall der schnelle Brüder steht, oder Investitionen in Weltraum- und Kriegsabenteuer, mit denen sich die kapitalwirtschaftliche Überproduktion Ventile sucht: Ohne Irrsinn als Treibstoffzusatz und die Schmiere der Korruption kommt der ‚Wirtschaftsmotor‘ ins Stottern!

⁶⁷ Wachstumsprognosen der OECD für die globale Wirtschaft bewegen sich zur Zeit in der Größenordnung zwischen 1,5% und 2,5 %. Siehe <http://www.oecd.org>

In diesem Sinne signalisiert die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise das Ende des großen Hypes der neoliberalen Globalisierung, das Aufleben von Überproduktionskrisen und die weitere Ausbreitung extremer sozialer Polarisierungen und Verelendungszustände, die mit diesem Weltentwicklungsmodell unlösbar sind. Zu seiner sozialpathologischen Erscheinung trägt besonders bei, dass auch ein *konsumtiver Mehrwert* im globalen Wirtschaftsverkehr realisiert werden kann, ohne dass ein gutes Ende in Sicht kommt. Der zwischen den Besitzenden international verteilte, hypertrophierende Über- und Luxuskonsum wird in schreiendem Gegensatz zu der prekären Situation der überflüssig gemachten, marginalisierten Armutsbevölkerung und der Entwurzelten und Verelendeten in aller Welt, vor allem auch in Gegensatz zur überall sichtbarer hervortretenden Erschöpfung der natürlichen planetarischen Lebensbedingungen zelebriert.

Der Umschlag der Verhältnisse kündigt sich insbesondere dadurch an, dass an die Stelle der Rhetorik und Praktik des freien Welthandels zunehmend die eigene unverhohlene Vorteilsnahme tritt, eine zunehmend kontradiktorische Konkurrenz um Ressourcen, Absatzmärkte und Investitionsfelder einsetzt und sich die Kontrahenten zu mehr oder weniger offenen oder versteckten protektionistischen Maßnahmen⁶⁸ und existenzsichernden imperialen Strategien genötigt sehen.

Der kapitalwirtschaftliche Produktivismus und zwanghafte Overflow führt dazu, dass der Weltmarkt mitsamt den darin verflochtenen, extrem unterschiedlichen nationalökonomischen Terrains am Ende zu einem Konkurrenz- und Wirtschaftskriegsschauplatz⁶⁹ wird: Nach den im Streit und ohne wirkliche Wende endenden UN-Klimagipfeln, nach rund 10 Jahren spannungsgeladener Doha-Verhandlungsrunden der Welthandelsorganisation WTO gibt jetzt der so genannte „Währungskrieg“, ein Kampf um nationalökonomische Positionierung durch Abwertungswetlauf, Schutzzölle und andere Regulierungen, ein lautes Signal der Wende in den globalen Beziehungen. Eine Restrukturierung der Institutionen einer „Global

⁶⁸ „G-20-Staaten wie Russland, die USA, Indien, Argentinien und Brasilien führen die Liste der neuen Protektionisten an. Insgesamt gehen 172 neue Abschottungsmaßnahmen seit dem Ausbruch der globalen Krise auf das Konto der 20 Mächtigsten. Hunderte weitere Maßnahmen werden vorbereitet.“ Vgl. SZ/Kommentar „Der ewige Handelskrieg“, am 6./7. November 2010.

⁶⁹ Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung warnt inzwischen vor den Folgen eines weltweiten „Handelskrieges und den herben Einbußen für die Unternehmer“.

Governance“ wird schwerlich dazu führen, dass sie realen, eklatierenden Widersprüche im Weltzusammenhang restrukturiert und befriedet werden.

Für den hier verfolgten positiven Untersuchungszweck genügt an dieser Stelle der Verweis auf das generelle Marxsche Diktum, dass im verwirklichten Weltmarktzusammenhang *alle Widersprüche* „zum Prozess kommen ... Die Krisen sind dann das allgemeine Hinausweisen über die Voraussetzung, und das Drängen zur Annahme einer neuen geschichtlichen Gestalt“. Die Herausbildung des verselbständigt wirkenden Weltmarkts, signalisiert eine „solche Höhe“ der Entwicklung der kapitalwirtschaftlichen Formation, dass dieser „zugleich schon die Übergangsbedingung aus ihm selbst enthält“. ⁷⁰ Worin bestehen die von Marx angesprochenen „Übergangsbedingungen“, inwiefern zeichnet sich die „neue geschichtliche Gestalt“ ab?

4.5 Die formationell widersprüchliche Praxis im Übergang

Marx' kritische Analyse wurde in der Mitte des 19. Jahrhunderts formuliert, als die kapitalistische Produktionsweise erst im Entstehen und Werden begriffen war. Die realen Elemente einer höheren Zivilisation waren noch längst nicht vorhanden. Wir stehen aber, nach der wirtschaftsgeschichtlichen Ausformung eines reifen Kapitalismus im 20. Jahrhundert und weiteren Gestaltveränderungen bis hin zu der schließlich eingetretenen säkularen Krise, sozusagen am anderen Ende dieser Gesellschaftsformation.

Die für die industriewirtschaftliche, sozialstaatliche und sozialwirtschaftliche sowie globale Sphäre aufgezeigten Trends verweisen auf eine finalisierende Entwicklung der bestehenden Formierung. Das meint weder einen finalen Crash, einen nach krisentheoretischer Endzeitprophetie bevorstehenden „Weltbankrott des Kapitals“, noch beinhaltet der Ausdruck die Annahme einer schier grenzenlosen „transformistischen Flexibilität“, auf die Elmar Altvater verweist. Immanuel Wallerstein spricht, mit Blick auf eine offenkundig zunehmende Gefährdung der „operativen Mechanismen“ des Systems, von einer Annäherung an dessen Grenzen in einem asymptotischen Trendverlauf und betont die notwendige Hinwendung zu einer utopistischen Evaluierung der verschiedenen Entwicklungsperspektiven.⁷¹

⁷⁰ Marx, Karl: Grundrisse, S. 154, 95.

⁷¹ Vgl. Immanuel Wallerstein / Horst Müller: Systemkrise: Und was jetzt? Utopistische Analysen. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 4/2010. Auch Karl Georg Zinn verweist neuerdings auf Wallerstein: Ders., Wirtschaftskrise, das Versagen der

In diesem Sinne stellt die finalisierende Entwicklung der Kapitalwirtschaft, die Domäne traditioneller Kapital- und Krisentheorie, nur die eine Dimension der gesellschaftlichen Praxis dar. Wir sind in eine Übergangsepoche eingetreten, in der, so die Generalhypothese, die Grundelemente des Neuen bereits als eine Realität in Latenz existieren. Das erinnert an den Marxschen Gedanken: Wenn wir nicht in der Gesellschaft, wie sie existiert, die Elemente und Kräfte des Neuen vorfinden würden, wären alle Sprengversuche Donquichoterie. Die klassische Formel von einer gegebenen „Reife der Produktivkräfte“ reflektierte den Sachverhalt auf einer höchsten Abstraktionsstufe. Zur Erfassung des Entwicklungspfades hin zu einer anderen Zivilisation ist 150 Jahre nach Marx ein transformationstheoretisch konkretes Situations- und Orientierungswissen angefordert.

In erster Annäherung kann der praxistheoretische Ansatz in einem Denkbild veranschaulicht werden: Die Übergangsperiode umfasst die Schnittmenge zweier Formationen, bildlich zweier sich überschneidender flacher Ellipsen. Die gesellschaftliche Praxis in diesem Bereich ist daher eine doppelt dimensionierte, ihrem Wesen nach *formationell* widersprüchliche Wirklichkeit. Es handelt sich nicht um eine negative „Totalität“ von „Kapitalismus“, sondern um die spannungsgeladene Lebenswirklichkeit einer Übergangsgesellschaft. Die reale historische Situation als Übergang zu begreifen erfordert jetzt die Denkmittel des Praxiskonzepts, eine utopistische Forschungsorientierung und streitbare Wissenschaftlichkeit.⁷²

Nach der veranschaulichten Auffassung sind zwei Gestaltbildungen der Ökonomie gleichzeitig in Prozess gesetzt, werden im Praxisprozess als reale Praxisperspektiven betätigt und ringen miteinander: Der innere Widerspruch zwischen Kapitalwirtschaft und Sozialwirtschaft hat sich, anders als in der vergangenen Hochzeit des Sozialkapitalismus, verschärft. Damit steht die Frage nach der Transformationsperspektive praktisch und theoretisch auf der Tagesordnung. Die antisoziale Mobilisierung des liberalistischen Lagers versteht sich insofern als Angriff auf das werdende Andere, das längst zu einer mittragenden Wirkschicht der gesellschaftlichen Praxis geworden ist. Dagegen werden von der anderen Seite, in den politisch-ökonomischen Beiträgen und Debatten unserer Krisen- und Wendezeit,

Eliten und die Zukunft des Kapitalismus. Als Onlinetext m1610.pdf der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Juni 2010.

⁷² Wo eine reale Auseinandersetzung um den einen oder anderen Weg stattfindet, ist ein aufrechter Gedankengang, die ganze Wahrheit über den Konflikt, und jedenfalls alles andere als ein moralinhaltiger Habermasianischer Konsens am Platz.

zunehmend Aspekte und Elemente einer möglichen und wünschenswerten Neuordnung eruiert⁷³. Es kommt daher jetzt darauf an, ein vorhandenes transzendierendes Produktivkraftensemble zu identifizieren und eine daraus zu entbindende gesellschaftliche Alternative konkreter zu machen.

Ich nenne die Alternative nicht Sozialismus, sondern verstehe diesen im Sinne einer grundsätzlichen Richtungsanzeige. Aufgrund der Auffassung, dass die Entwicklung des Sozialstaats und der sozialwirtschaftlichen Dienste am deutlichsten auf eine neue und höhere Formbildung des Ökonomischen verweisen, erscheint der Ausdruck „Sozialwirtschaft“ als Bezeichnung einer nächstliegenden, nichtkapitalistischen Alternative geeignet. Demnach kann der zentrale, gärende und bewegende Widerspruch, der die Frontlinie der entscheidenden gesellschaftlichen Auseinandersetzung markiert, als der zwischen der noch hegemonialen Kapitalwirtschaft und einer sich kristallisierenden sozialwirtschaftlichen Formierung verstanden werden. Wie dem nun beizukommen ist? In der Analyse ökonomischer Formbildungen kommt es Marx zufolge wesentlich auf die „Abstraktionskraft“⁷⁴ an, und dazu sehe ich hier nun noch die Notwendigkeit einer abstraktiven Modellierung plus die Zumutung des gedanklichen Experimentes.

5. Methodologische Überlegungen zur Transformationsanalyse

5.1 Anknüpfung an den höchsten Entwicklungsstand

Aufgrund der bisherigen Vorüberlegungen über innerliche Veränderungen der kapitalwirtschaftlichen Produktionsweise im nunmehr vernetzten Weltzusammenhang zeichnet sich ab, dass die angestrebte Form- und

⁷³ Es hätte keinen Sinn, hier Dutzende relevanter Artikel und Werke, Autoren und Diskussionen zu zitieren. Als Beispiele profunder Skizzen und geeignetes Studienmaterial seien genannt: Joachim Hirsch: „Die Krise des neoliberalen Kapitalismus: welche Alternativen?“ in: Altvater u.a., KrisenAnalysen, VSA-Verlag, Hamburg 2009; Joachim Bischoff / Christoph Lieber: „Staat, Akkumulationsregime und linke Alternativen“ in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 5/2006. Bontrup, Heinz-J. (2010), Perspektive Wirtschaftsdemokratie, in: Zeitschrift Sozialismus Nr. 2/2010, S. 21 - 25; Krätke, Michael: Demokratisierung der Wirtschaft - Sozialisierung der Märkte. In: Widerspruch Nr. 43, Zürich 2002; Krause, Günter: Über konzeptionelle Grundlagen alternativer Wirtschaftspolitik. 9 Thesen. S. 60-69 in Ders. (Hg.): Wirtschaftsalternativen im Diskurs. Berlin 2005.

⁷⁴ Vgl. Marx, Karl: Das Kapital Bd. 1, MEW 23, S. 12: „Bei der Analyse ökonomischer Formen kann außerdem weder das Mikroskop dienen noch chemische Reagenzien. Die Abstraktionskraft muss beide ersetzen.“

Transformationsanalyse an den Entwicklungsstand kapital- und sozialökonomisch höher entwickelter Gesellschaften anknüpfen muss. Mit dieser Disposition ist allerdings keineswegs eine Entscheidung über den gesellschaftsgeschichtlichen Ort einer möglichen gesellschaftlichen Transformation getroffen:

Das traditionelle lineare Geschichtsprozessschema, das etwa der Hoffnung der russischen Revolutionäre auf eine zunächst anstehende Umwälzung im höher entwickelten Westen zugrunde lag, das sich auch im gesamten konventionellen Unterentwicklungs- und Entwicklungs-Denken des 20. Jahrhunderts reflektierte, kann nicht veranschlagt werden. Einerseits ist es aufgrund der formationell widersprüchlichen und dabei realiter unentschiedenen, offenen Situation obsolet, andererseits aber auch wegen der durchschlagenden *Gleichzeitigkeit* im globalen Ereigniszusammenhang des Übergangs.

In dieser gleichzeitigen Betroffenheit im Weltsystemzusammenhang erweist sich die Frage des Übergangs zu einer anderen gesellschaftlichen Selbstorganisation und zu einer Revision der internationalen Ordnung für alle Länder zu einem Existenzproblem, die sich nicht länger als Werkbank und offenes Investitionsfeld, als Monokultur, Ressourcenquelle und Müllhalde zu Diensten und unter der Superiorität Anderer ausplündern und missbrauchen lassen wollen. Entsprechende Frontlinien zeichnen sich beispielsweise ab in der Gespaltenheit der WTO, im Verhältnis zwischen der Gruppe der G20, der größten Industrie- und Schwellenländer, und der G90, der größten Gruppierung von schwächeren Entwicklungsländern, sowie anderen interessengeleiteten Partnerschaften und Zusammenschlüssen, die sich im Verlauf der WTO-Verhandlungsrunden zusammengefunden haben.⁷⁵ In den Reihen der Entwicklungsländer wächst das Bewusstsein, dass das bestehende weltwirtschaftliche Gefüge disparitätisch und grob ungerecht ist und dass es eines grundlegenden Wandels bedarf: Das liberalistische Modell taugt im Grunde nicht zur Lösung der eigenen und globalen Grundprobleme.

⁷⁵ Vgl. tagesschau.de: Die Doha-Runde der Welthandelsorganisation. <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/doharunde102.html> Stand: 29.07.2010

5.2 Eine praxistheoretische Form- und Transformationsanalyse

Der forschende Blick muss sich zunächst auf sozialkapitalistisch höchstentwickelte Gesellschaften richten.⁷⁶ Dort sind jedenfalls Grundvoraussetzungen für eine radikalreformerisch ansetzende Transformation identifizierbar: Im Kreis der industriewirtschaftlichen Warenproduktion kommt auf breiter Front die Produktivkraft automatisch-informationeller Systeme zur Geltung, und insgesamt ist ein Niveau materieller Produktivität und zivilisatorischer Anforderungen erreicht, auf dem die Arbeit an den allgemeinen und gemeinschaftlichen Bedingungen des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens, also sozialwirtschaftliche Arbeit und Produktion, ein hinreichendes Gewicht als Wirtschaftsabteilung hat. Damit verbunden sind ausgeweitete und unverzichtbare sozial-ökonomische Direktions- und Transferfunktionen staatlicher Organe. Schließlich verweist der Overflow der Verwertungsökonomik auf eine reale Potentialität, welche die Möglichkeit einer Rücknahme der entbetteten Produktionskräfte in gesellschaftliche Verantwortung und Kontrolle anzeigt.

Wenn in diesem Zusammenhang eine Systemalternative angelegt ist, wie kann sie gefasst werden? Mein Vorschlag zielt auf eine Form- und Transformationsforschung, deren Kern eine *szenische dialektische Praxisformanalyse* darstellt. Der Ausdruck „szenisch“ verweist darauf, dass nicht nur ein Wertetabellau, sondern ein qualitativ bestimmtes und geschichtlich bewegtes Szenario zugrunde zu legen ist. Der Zusatz „dialektisch“ zeigt an, dass es darauf ankommt, eine quasi historische Entwicklungsbewegung des Szenarios zu modellieren, an der sich der entscheidende systemisch-formationelle Umschlag der Praxisform, der damit verbundene Wechsel der hegemonialen Position aufweisen lässt. Die wirtschaftlich und geschichtlich indexierte, gehaltvolle Gesamtanordnung eines solchen Gedankenexperimentes stellt insoweit einen vollen Praxisformwechsel dar und *nicht nur* die schon bezeichnete halbierte Dialektik der Praxis, welche auf die Kritik einer Praxistotalität zielt: Deren entscheidende Aspekte sollen in der praxistheoretisch erweiterten Konzeptualisierung aufgehoben sein. Diese drückt nichts ande-

⁷⁶ Unter Berücksichtigung aller historischen, sozialökonomischen und kulturellen Bedingungsbeziehungen fallen in erster Linie die Kernländer des „Old Europe“ ins Auge. Das hat, so wenig wie Marx' ökonomisch-philosophisches Konzept, nichts mit einem „Eurozentrismus“ zu tun, sondern beruht auf einer historisch-formanalytischen Situationseinschätzung. Welcher Stellenwert in der globalen Gleichzeitigkeit etwa den Entwicklungen in China und in Lateinamerika zukommt, ist eine andere, meiner Ansicht nach offene Frage.

res aus als den realen, gemischten oder kontradiktorischen Charakter der gesellschaftlichen Wirklichkeit einer Übergangsgesellschaft, die damit in der Tat zwei Dimensionen oder Praxisperspektiven aufweist, doppelbödig und widersprüchlich konstituiert ist.

Der konkrete transformationstheoretische Ansatz liegt demnach in einer kreisläufigen Modellierung der dreistelligen modernen Reproduktionsordnung, welche die beiden Hauptabteilungen der industriewirtschaftlichen Warenproduktion und der sozialwirtschaftlichen Dienste sowie eine gesamtwirtschaftliche, staatliche Vermittlungsinstanz im Zusammenhang einer umgreifenden wertökonomischen Gesamthaushaltung komplementär und paritätisch integriert. Was so vielleicht schwer verständlich anmutet, zielt auf eine auch auf Quesnay und Marx zurück verweisende, neu ansetzende Wert-, Reproduktions- und Praxisanalyse, wie sie überhaupt zur Grundlegung einer realistischen Wirtschaftstheorie unverzichtbar ist.⁷⁷

Ich versuche im Folgenden, diese Zusammenhänge diskursiv aufzubereiten und verständlicher zu machen. Es wird zu einem Gedankenexperiment eingeladen, aus dem sich transformationstheoretische Schlussfolgerungen ergeben.

6. Modellierung und Analytik der Systemalternative

6.1 Erweiterung der Kritik der politischen Ökonomie

Die von Marx begründete Kritik und wegweisende Rechenschaftslegung über den sozialökonomischen Prozess zielte auf den verwertungsökonomischen Charakter der Kapitalwirtschaft als eine historische, für die gesellschaftliche Praxis insgesamt äußerst problematische, sich weltweit durchsetzende Form, in der die gesellschaftliche Arbeit, Produktion und Praxis unter die Oberhoheit von Profiteuren gerät. Aus der speziellen Reproduktionsorganisation erwachsen enorme progressive wie destruktive, am Ende

⁷⁷ Die Marxsche Forschungsmethode beruht auf diesem Ansatz: Man kann die Wirkzusammenhänge und die Formbildungen einer *Praxis* nicht bestimmen, wenn man nicht von ihrer Erscheinung als Ganzheit und der notwendigen inneren Gliederung ausgeht, in diesem Fall als reproduktiv in sich zurückkehrenden Zusammenhang. Dazu passt auch Keynes' Bemerkung, die R. Skidelsky in „Die Rückkehr des Meisters“ zitiert, die Volkswirtschaft sei „eine Wissenschaft des Denkens in Modellen, ergänzt durch die Kunst, für die zeitgenössische Welt relevante Modelle auszuwählen“. Die Modellkonstruktionen, mit denen man im neoklassischen Robinson Klub spielt, sind das genaue Gegenteil, eine „Wissenschaft, die keine ist“, so Alexander B. Voegele in „Das Elend der Ökonomie“, Rotpunktverlag, Zürich 2007.

transformatorische Tendenzen und Konsequenzen. An der Wende zum 21. Jahrhundert ist die Zeit des Übergangs eröffnet.

Auf der fortgeschrittenen Entwicklungsstufe wird im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben, neben den bekannten und verstärkten Übelständen, ein kardinaler Konstruktionsfehler der Produktionsweise offenkundiger, der in der klassischen Kritik der politischen Ökonomie nicht scharf formuliert werden konnte: Die disparitatische, repressive Behandlung der sozialwirtschaftlichen Dienste, die heute als sozusagen zweite Hand der gesellschaftlichen Arbeit die Grundlagen oder das Gehäuse der modernen, urbanen Zivilisation reproduzieren. Diese rangieren im ökonomischen Kalkül der Kapitalwirtschaft als negativer Posten oder notwendiges Übel: Steuern und Sozialabgaben, welche sozialwirtschaftliche Dienste finanzieren, setzen systemgemäß so an, dass sie die Kosten der Arbeitskraft und der aus kapitalwirtschaftlicher Perspektive sozusagen toten gesellschaftlichen Gemeinkosten erhöhen und so oder so den Mehrwert reduzieren. Die daraus finanzierte sozialwirtschaftliche Arbeit gilt in diesem System also effektiv nicht als paritätisch wertschaffend: Das nicht enden wollende, stupide liberalistische Lamento, inwiefern der Staat, die öffentlichen Angebote und sozialen Leistungen „die Wirtschaft“ belasten, besagt nichts anderes. Die sozialwirtschaftlichen Produktionen werden auf das aus der hegemonialen Perspektive notwendige oder gerade nützliche beschränkt und bleiben in kapitalwirtschaftliche Fesseln gelegt.

Als wertschaffende Arbeit rangiert hier im Wesentlichen, was sich der waren- und kapitalwirtschaftlichen Form beugt und in deren Reproduktionskreise einfügt, während im Grunde *alle* andere gesellschaftlich notwendige, nützliche und sinnvolle Tätigkeit als mehr oder weniger brauchbares Beiwerk, Ballast oder gar Übel behandelt wird: Die Kapitalwirtschaft war insofern von vornherein ein historisch beschränktes, wenngleich in anderen Aspekten progressives Konstrukt. Aber sie ist am Ende unfähig, eine stimmige und zukunftsfähige Organisation des gesamten Systems der gesellschaftlichen Arbeit hervorzubringen. Aus einer freieren Sicht lautet der Befund: Sozialwirtschaftliche Dienste wie Erziehung und Bildungsarbeit, Straßenunterhalt, öffentliche Medien und Pflege Tätigkeiten sind heute gesellschaftlich und insbesondere wirtschaftlich notwendige und überaus sinnvolle Arbeit, kommen aber in dem Prokrustesbett, das die Kapitalwirtschaft ihnen in der Dienstbotenkammer anbietet, als solche nicht wirklich zur Geltung und Entfaltung.

Der prekäre Mangel führt auf die Tatsache zurück, dass der Staat, die Organe der Gemeinschaft und folglich auch die sozialwirtschaftlichen

Dienste, sich überwiegend und mehr oder weniger notdürftig aus einer, sei es unmittelbar oder auf Umwegen, Besteuerung oder Belastung von kapitalwirtschaftlich abgeleiteten *Einkommen*, politökonomisch gesprochen aus Löhnen und Gewinnen finanzieren. Betrachtet man jedoch den Zusammenhang der wirtschaftlichen Hauptabteilungen, in denen beide Seiten auf dem Niveau hoher organischer Komposition, also mit einer enormen Sachausstattung operieren, wie zum Beispiel Universitäten, Krankenhäuser oder der öffentlichen Nahverkehr, dann wird klar: Aus den kapitalwirtschaftlich residualen Einkommensgrößen kann der für die sozialwirtschaftlichen Dienste nötige Transfer vor allem an Investitionsmitteln, politökonomisch gesprochen an konstantem Kapital, grundsätzlich niemals zureichend geschöpft werden. In kapitalwirtschaftlicher Perspektive goutiert man daher Freiwilligen- und Ehrenamtsarbeit mit dem Besen und aus dem Handkoffer, aber ein flächendeckendes Netz kommunaler Kommunikations- und Kulturzentren oder des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs, eine anständige Lebensmittel- und Gewerbekontrolle in öffentlicher Regie kann nicht sein, weil es „die Wirtschaft“, die sich fälschlich allein als solche versteht, zu sehr belastet.

Tut der Staat daher, was man von ihm allseits erwartet, um den zivilisatorisch anwachsenden Grundanforderungen der Wirtschaft und Gesellschaft zu genügen, ist er unweigerlich zur Verschuldung genötigt. Er bleibt wie die an ihn angebundene Klasse der sozialwirtschaftlichen Dienste auf das Funktionieren der industriewirtschaftlichen Warenproduktion angewiesen und steht sozial- und wirtschaftspolitisch unter deren Oberhoheit. Die scharfe These lautet also: Die sonst kaum vernünftig erklärliche und heute immer mehr überbordende Staatsverschuldung wurzelt in einem fundamentalen Kalkül- und Konstruktionsmangel der kapitalwirtschaftlich dominierten Reproduktionsordnung, und die mit der öffentlichen Finanznot zusammenhängende chronische Unterfinanzierung der Kommunen⁷⁸ und sozialwirtschaftlichen Dienste ist infolgedessen ein sekundär induziertes, systemisches Grundproblem, in dem eine immanente historische Schranke der sozialkapitalistischen Formierung zutage tritt.

78 Die Präsidentin des Deutschen Städtetags, Petra Roth, erklärte auf einer kommunalen Fachtagung: „Es darf nicht sein, dass Städte sich immer weiter verschulden müssten, um auch nur die elementarsten Leistungen für ihre Bürger finanzieren zu können.“ Die Rede ist von einer „Fahrt ins fiskalische Nirwana“. Siehe den WDR-Bericht „Städtetag: Schulden bergen Sprengkraft“ am 19.02.10: http://www.wdr.de/themen/wirtschaft/oeffentliche_finanzen/kommunen/rekordverschuldung/100219.jhtml

6.2 Die sozialwirtschaftlichen Reproduktionsordnung

Gibt es eine Lösung des ansatzweise identifizierten, praktisch allenthalben durchschlagenden Problems? Zum besseren Verständnis muss noch einmal das Reproduktionsgefüge in jener einfachen Grundgestalt vergegenwärtigt werden, die für die weiter gehende Analyse der wertgesetzlichen Zusammenhänge und Formbildungen zunächst unterstellt werden muss. Außer Betracht bleiben vorab innere Differenzierungen wie etwa die Unterscheidung der beiden klassischen Abteilungen in der Sphäre der industriewirtschaftlichen Warenproduktion, oder das große, heute und auch in Zukunft bedeutsame Feld jener *persönlichen Dienstleistungen*, welche sich nicht geschichtlich in sozialwirtschaftliche Dienste transformiert haben, sondern auch auf heutigem Entwicklungsniveau aus kapitalwirtschaftlich abgeleitetem Einkommen bezahlt werden.

In der reinen Grundform gibt es zunächst die Abteilung der Waren produzierenden, industriewirtschaftlichen Wirtschaftseinheiten, die man sich inklusive der so genannten unternehmensnahen Dienstleistungen denken kann. Daneben existieren als zweiter Wirtschaftssektor, die „sozialwirtschaftlichen Dienste“. Diese würden in der Grundkonstellation, wie Immanuel Wallerstein ausführt, „von nicht profitorientierten Institutionen getragen und kollektiv bezahlt“⁷⁹. Man mag dabei etwa an kommunale Kindergärten, ein staatliches Museum, das Opernhaus oder den öffentlichen Rundfunk denken. Eben diese Bezahlung erfordert aber eine dritte, gesamtgesellschaftliche Instanz. Diese muss über ein hochorganisiertes Steuer-, Finanz- und Haushaltswesen verfügen und kann so kraft ihrer Dispositionsbefugnisse die Unterhaltung allgemeingesellschaftlicher Aufgaben oder Befriedigung gemeinschaftlicher Bedürfnisse aus den kollektiven Fonds vermitteln.

Diese dritte Instanz ist das, was man pauschal „Staat“ nennt, sich jetzt aber einmal genauer vor Augen führen sollte: Der moderne Staat stellt ein sehr ausdifferenziertes Ensemble dar, das verschiedene subsidiär verknüpfte Ebenen sowie spezialisierte Institutionen aufweist, wie wir sie von staatlichen Behörden, kommunalen Ämtern, Körperschaften des öffentlichen Rechts, etwa auch als Arbeitsverwaltung oder Sozialversicherungsträger kennen. Das Wirtschaftsleben fußt somit auf dem Dreigestirn von industriewirtschaftlicher Warenproduktion, sozialwirtschaftlichen Diensten und so oder so beauftragten und befugten Organen des Gemeinwesens, die durch Steuern und Haushalte den Prozess vermitteln.

⁷⁹ Vgl. Wallerstein, Immanuel: Utopistik. ProMedia Verlag, Wien 2002, S. 86, 91.

In dem möglichen besseren Zustand, in welchem der Konstruktionsmangel und die Entwicklungshemmung der Kapitalwirtschaft aufgehoben wären, würden etwa verfassungsgemäß legitimierte, demokratische wirtschaftsgesellschaftliche Organe auf allen Ebenen und in allen Bereichen über Mittel aus Steuern und Abgaben verfügen und gemäß Haushaltsplänen zu einer unverkürzten „kollektiven Finanzierung“ sozialwirtschaftlicher Dienste in der Lage sein. Auf Grundlage der heute überschießenden materialen Produktivität und unter Mobilisierung auch noch der sonst brachliegenden Arbeitskraft würden, in der reinen Grundform, die Gemeinschaftsaufgaben über entsprechende Haushalte finanziert und können auf diese Weise unmittelbar kostenfrei, in der Praxis womöglich gegen Gebühren und Beiträge, genutzt oder angeeignet werden.⁸⁰

Der anvisierte Akt der Befreiung erforderte jedenfalls eine Besteuerung der Warenproduktion, um vor allem auch die ökonomische Hardware für den notwendigen Transfer zur anderen Abteilung zu requirieren. Exakt an dieser Stelle erhebt sich aber die große Frage oder der übliche Einwand: Wer soll das bezahlen?⁸¹ Ernsthafte Untersuchungen und auch Freiheitsphantasien, die zunächst richtig darauf verweisen, dass die materiale Produktivität nicht das Problem ist, sind Legion. Dennoch wird heute erklärt, dass die Wert- und Kapitalwirtschaft die Last zusätzlicher Steuern und Sozialabgaben und damit sozialwirtschaftlicher Dienste nicht tragen könnte. Hier scheint eine absolute Schranke oder ein Fundamentalproblem für die angeforderte Emanzipation des Staates und der sozialwirtschaftlichen

⁸⁰ Es geht hier zunächst um eine reine Formanalyse. Beispiele ließen sich aufzeigen oder entwickeln, etwa was den Öffentlichen Nahverkehr, Polikliniken, Kultureinrichtungen oder die Kommunikationsinfrastruktur angeht.

⁸¹ Der schon zitierte Ingo Stützle verweist auf eine – exakt mit der Theorie der Sozialwirtschaft als Systemalternative in den Vordergrund rückende – „Ausweitung der öffentlichen Güter“ als ein in der Tat „radikalreformerisches Projekt“ und wiederholt die entscheidende Frage „Wer soll das wie bezahlen?“, ohne aber dafür eine Lösung anzugeben. Immerhin wird auf die Konsequenz hingewiesen, dass das Ganze Konsequenzen hinsichtlich der Eigentumsordnung und der politischen Herrschaftsverhältnisse nach sich zieht. Sehr viel näher am Kern, mit Untersuchungen zum Bildungs- und Gesundheitssystem werden Fragen einer sozialwirtschaftlichen Transformation aufgegriffen von der AG links-netz: Joachim Hirsch, Heinz Steinert u.a.: Sozialpolitik als Bereitstellung einer sozialen Infrastruktur. AG links-netz, Februar 2010. Die Gedankenrichtung Sozialpolitik ist jedoch viel zu eng und das Ganze so oder so aus den kapitalwirtschaftlichen Steuerquellen mit Umverteilungseffekt finanzieren zu wollen illusorisch.

Dienste aus der Fessel der Kapitalwirtschaft zu bestehen.⁸² Die Erklärung der dennoch gegebenen Möglichkeit ist der Kernpunkt für das Verständnis der Theorie der Sozialwirtschaft und entscheidet in der Sache:

6.3 Das Wertgesetz der sozialwirtschaftlichen Ökonomik

Der „Springpunkt“ in der vorliegenden Angelegenheit ist die Unterscheidung des unterschiedlichen Naturells von industriewirtschaftlicher Warenproduktion und sozialwirtschaftlichen Diensten und die Durchdenkung ihres notwendigen Zusammenhangs: Letztere stellen eine notwendige Voraussetzung oder Existenzbedingung, ökonomisch gesprochen eine *Vorleistung* für die industrielle Warenproduktion dar. Die Sache erscheint vertrackt, insofern die Unternehmen diese als solche, wie überhaupt eine Masse sonstiger nie erfasster gesellschaftlicher Vorgaben und Geschenke, nicht wirklich bezahlen, etwa wenn die Gesellschaft eine urbane Struktur oder gebildete Arbeitskräfte bereitstellt. Vom Standpunkt einer unvoreingenommenen Wertanalyse kann allerdings diagnostiziert werden, dass der Wert dieser Vorleistung als solcher realiter existiert und so einen *in der kapitalwirtschaftlichen Perspektive* unsichtbaren, nicht anerkannten oder besser gesagt nicht praktisch und funktional bestätigten Bestandteil des in der Warenproduktion eingesetzten Kapitals ausmacht.

Eine gewisse Analogie für diese zunächst seltsam anmutende Wertübertragung findet sich in der Marxschen Denkfigur bezüglich der Rolle des konstanten Kapitals, dessen Wert ohne jedes besondere Zutun im Vollzug des Arbeitsprozesses, sozusagen unmerklich, mit auf das Produkt übertragen wird.⁸³ Ein hier vielleicht hilfreiches Denkbild ist das eines Systems kommunizierender Röhren, bei dem der Pegel auf einer Seite steigt, obwohl die Zugabe ganz am anderen Ende erfolgt. Das Ganze, was ich das *Wertgesetz der sozialwirtschaftlichen Reproduktion* nenne, erklärt sich so:

Wenn jetzt, nicht nur wie jetzt schon auf Lohnzahlungen, sondern in größerem Ausmaß auf Sachkapitalanteile Steuern für gesellschaftliche Aufgaben erhoben werden, stellen diese einen Zugriff auf existierende Werte dar, die ohne dies im Kapitalbestand der Wirtschaft unsichtbar blieben. Diese

⁸² Eine „Reichensteuer“, „Vermögenssteuer“ oder überhaupt eine „Umverteilung“ im herkömmlichen Sinn kann das grundsätzliche Problem offenkundig nicht lösen.

⁸³ Der Ausdruck „Arbeitswertlehre“ ist insofern unzureichend und eine Vulgarisierung im Hinblick auf die Marxsche Analytik der Wertformen und des Kapitals.

Sozialwert- oder besser Kapitaltransfersteuer⁸⁴ erhöht die Kosten und den Preisausdruck der Erzeugnisse. Damit erscheint jetzt im Gesamtprodukt der industriellen Warenproduktion, in den erzeugten Produktionsmitteln und Konsumtionsgütern, jetzt auch der für den Unterhalt der sozialwirtschaftlichen Dienste nötige Sach- und Wertanteil in der volkswirtschaftlich benötigten Proportion. Die Staatseinnahmen beziehungsweise die entsprechende Ausgaben von Seiten sozialwirtschaftlicher Dienste, die diesen Sach- und Wertanteil vom Markt holen, sind so eine Bestätigung der vormals nicht offenbaren, immanenten Warenwerte. Die ganze Neuordnung der Verhältnisse bedeutet aber nichts anderes als eine *paritätische Inwertsetzung der sozialwirtschaftlichen Dienste*, die in der geld-, finanz- und realwirtschaftlich konsequent konfigurierten Wirtschaftsweise keinen Negativposten mehr darstellen.

Wenn die Kapitalwirte aus ihrer Sicht gegen die sozialwirtschaftliche Umdisposition geltend machen würden, dass der Staat bei diesem Verfahren ihnen ein Kapital abzöge, was ihnen als Privatwirtschaftlern gehört, stimmt dies also praktisch-objektiv, auf der Grundlage der bestehenden fortgeschrittenen Verhältnisse nicht. Es wird ihnen überhaupt nichts weggenommen, was ihnen gehört. Im Gegenteil, der private, noch übliche, verborgene Einbehalt der in bestimmter Proportion latent existierenden gesellschaftlichen Werte ist bereits im jetzigen Zustand als rechtswidrig zu betrachten. Er stellt insbesondere eine zwar vom verständlichen Privatinteresse geleitete, aber sozialökonomisch unbegründbare Missachtung der in sozialwirtschaftlichen Diensten tätigen Menschen und ihrer Leistung dar. Tatsächlich sind die Produktionen der sozialwirtschaftlichen Dienste *in gesamtgesellschaftlicher Perspektive* reale Vorleistungen, jetzt Produkte gesellschaftlich anerkannter gleichwertiger Arbeit, die nur nicht die Gestalt von Waren privater Produzenten annehmen, weil sie im Grundsatz staatlich bzw. durch Organe des Gemeinwesens gesellschaftlich finanziert und auch ganz sachgerecht, im Hinblick auf ihre Nützlichkeit und gesellschaftliche Bestimmung, nicht wie Waren gehandelt werden.

Für die Verweigerung der Bezahlung der Transfersteuern, welche sich vor allem auf Macht und Unbewusstsein stützen kann, könnten die Kapitalwirte noch auf die Argumentation verfallen, dass Wirtschaft und Staat ins Wanken kämen: Eine höhere Besteuerung würde die Preise erhöhen, zu

⁸⁴ Der Begriff „Kapitaltransfersteuer“ trifft den Kern und ich verwende ihn in dem beschriebenen spezifischen Sinn, auch wenn er sonst etwa im Zusammenhang der Diskussion über eine Tobin-Tax bzw. eine Finanztransaktionssteuer benutzt wird.

Nachteilen in der Konkurrenz und zum Umsatzeinbruch führen. Damit müssten auch die Steuereinnahmen des Staates wegbrechen und alle leiden: eine Spirale des Grauens, die der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ ein teures Thema wäre. Aber auch auf diese so gängige wie stupide liberale Denkfiktion gibt es eine Antwort: Die neu austarierte Besteuerung von Einkommen und jetzt vor allem auch direkt in Bezug auf Sachkapital, wie bei einer Automatensteuer oder im Zusammenhang einer Wertschöpfungssteuer, veränderte natürlich die Wertzusammensetzung der Waren und erhöht die Preise. Die ausgelöste Umbewertung oder Wertrevolution hätte aber zur Folge, dass die Verwandlung der Staatseinnahmen in eine Nachfrage der sozialwirtschaftlichen Abteilung letztlich zu entsprechendem Absatz und zu betriebs- und volkswirtschaftlich ausgeglichenen Bilanzen führt, also sogar zur Existenzsicherung der industriellen Warenproduktion.

Das vorläufige Ergebnis lautet: Die konsequente Instituierung der beschriebenen Reproduktionsordnung bedeutet die paritätische Inwertsetzung oder Befreiung der sozialwirtschaftlichen Dienste aus ihrer reprimierten Stellung. Sie integriert die Hauptabteilungen der industriewirtschaftlichen Warenproduktion und der sozialwirtschaftlichen Dienste, wesentlich durch die Vermittlung wirtschaftsgesellschaftlicher Organe, im Zusammenhang einer ökonomischen und politischen Gesamthaushaltung komplementär, paritätisch, bilanziell und nicht zuletzt auf eine volkswirtschaftlich transparente Weise. Diese neue Ordnung verlangt und ermöglicht die Stärkung der staatlichen Hoheit im gesamten Finanz- und Haushaltswesen⁸⁵, vor allem die angemessene finanzielle Ausstattung der öffentlichen Haushalte, relativ weniger durch Einkommensteuern und stattdessen in erster Linie auf dem Weg der unverkürzten Veranschlagung einer Kapitaltransfersteuer⁸⁶, der die reale Wertschöpfung durch die sozialwirtschaftlichen Dienste entspricht. Mit der konsequenten Erhebung der Sozialquote wird die bisherige Form der Staatsverschuldung überflüssig, hinter der

⁸⁵ In der entwickelten Sichtweise sind das Bank-, Finanz- und Versicherungswesen zentral vermittelnde Organe einer modernen Wirtschaftsgesellschaft und können insofern sinnvoll nur in der Form besonderer sozialwirtschaftlicher Dienste bzw. Organe instituiert werden, also jedenfalls nicht markt- und kapitalförmig. Die jetzige abgehobene Notenbankverfassung markiert in dieser Sphäre einen Gipfel liberalistischer Erfindungskraft.

⁸⁶ Umgekehrt müssten die auf Einkommen bezogenen Steuern gesenkt werden. Es hätte aber keinen Sinn, an dieser Stelle weiter ins Detail zu gehen: Eine Steuerreform, die in die anvisierte Richtung geht, kann jedenfalls nur zu unkomplizierteren Verhältnissen führen als den heute bestehenden.

nichts anderes als ein theoretisch und praktisch verdeckter privatökonomischer Raubzug gegen das Gemeinwesen steht.

6.4 Ökonomisches Kalkül, Eigentums- und Betriebsverfassung

Nehmen wir einmal an, dass ein Reproduktionszusammenhang auf die beschriebene Weise konfiguriert und ein ökonomisch und sozial-ökologisch stimmiger, nicht mehr von kapitalistischen Konjunkturen und Krisen gebeutelter Wirtschaftskreislauf in Gang gesetzt werden kann. Inwiefern liegt darin eine Entmächtigung der Verwertungsökonomie, ein „Bruch mit dem Profitprinzip“ oder Lösungsansatz im Hinblick auf die nicht mehr zu übersehende Problematik kapitalwirtschaftlichen „Wachstums“? Die Frage verweist auf das kardinale Problem einer alternativen Wirtschaftsweise: Wie sehen die Prozessstrukturen aus, die objektiv-real ein andersartiges ökonomisches Kalkül, eine andere Wirtschaftsrechnung in Kraft setzen? Alle Vorschläge über wünschenswerte Umwälzungen hinsichtlich der Eigentumsfrage, einer sozial-ökologischen Wirtschaftsweise und Wirtschaftsdemokratie, auch für eine Postwachstumsgesellschaft führen letztlich auf diese Grundfrage zurück:

In der neuen Reproduktionsfigur tritt, durch die paritätische Inwertsetzung der sozialwirtschaftlichen Dienste, an die Stelle eines strukturell antagonistischen Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit und der Übermacht der Kapitaleseite ein komplementäres Verhältnis von zwei Händen der gesellschaftlichen Arbeit mit einer Reihe zentraler Institutionen, das heißt wirtschaftsdemokratischen Organen, als Prozessvermittler in gesellschaftlicher Verantwortung.

Im paritätischen und gesellschaftlich regulierbaren Grundverhältnis zwischen zwei Händen der gesellschaftlichen Arbeit ist aber die Verwertungsökonomie ausgehebelt: Wollte die eine Seite in alter Manier einen Aufschlag auf die Kosten kalkulieren oder einfordern, würde ihr das von der anderen Seite im Gegenzug verrechnet. Die neue Ordnung impliziert eine Wirtschaftsrechnung mit ausgeglichener Bilanzierung, wobei sich die Mehrwert- in eine Ersparniskalkulation verwandelt. Für diesen Kernpunkt des Wandels gibt es eine Analogie in der Marxschen Analyse, dass nämlich der Mehrwert nicht aus einem Austausch zwischen den Kapitalwirten entstehen kann. Im Verkehr zwischen zwei Händen der gesellschaftlichen Arbeit können oder sollen vielleicht sogar, aber müssen nicht unbedingt und überall Überschüsse hervorgehen, die sich jetzt als eine *disponible gesellschaftliche Ersparnis* rechnen.

Das damit nur angerissene Problemgebiet einer einzelbetrieblichen Rechnungslegung, Investitions- und Wirtschaftlichkeitsrechnung, Vergütung und Motivierung erforderte erheblich tiefergehende Untersuchungen und Diskussionen. Wie würden sich die Verfahren einer integrierten Wirtschaftlichkeits- und volkswirtschaftlichen Gesamtwirtschaftsrechnung gestalten? Entscheidend ist allemal, ob ein in der Grundstimmung andersartiges, haushälterisches ökonomisches Kalkül zur Geltung kommt. Wenn über die bestehenden und reproduzierten Fonds hinaus Überschüsse erzielt werden, die eine gesellschaftliche Ersparnis repräsentieren, sei es etwa durch sparsamen Umgang mit Ressourcen oder eine produktivere Organisation der Abläufe, kann damit auf betrieblicher Ebene Leistung prämiert oder können gesellschaftliche Entwicklungsaufgaben finanziert werden.

Erst auf dieser nicht mehr antagonistischen Grundlage kann ökonomische Ersparnis auch ohne Friktionen in eine gesellschaftliche Einsparung von Arbeitszeit umgesetzt und als allgemeine Arbeitszeitverkürzung realisiert werden.⁸⁷ An dieser Stelle kann an die Marxsche Idee einer „Ökonomie der Zeit“ erinnert werden: „Ökonomie der Zeit, darein löst sich schließlich alle Ökonomie auf“. Eine sozialwirtschaftliche Mess- und Zielgröße wäre demnach die Ersparnis von Zeit für notgedrungene Arbeiten und die Freisetzung kreativer Arbeits- und disponibler Lebenszeit.⁸⁸

Mit dem ökonomischen Kalkül müssen sich auch die anderen Wertcharaktere ändern. Wie sich, bei gleich aussehender Arithmetik, der Mehrwert oder Profit in eine Ersparnis verwandelt, so verändern sich auch die Charaktere des fixen bzw. konstanten und des variablen Kapitals: Die Fixierung auf eine nominelle Werterhaltung ist ein Problem von Kapitaleignern oder Zinssaugern und überhaupt eine kapitalwirtschaftliche Krankheit. Nun würde das fixe oder sogenannte *konstante* Kapital nach Maßgabe des gesellschaftlichen Produktivitätsfortschritts immer wieder abgewertet werden: Es ist dann praktisch-objektiv weniger wert, und eine realistische Wirtschaftsrechnung und gesellschaftliche Buchführung kann dem endlich Rechnung tragen müssen. Oder wie verändert sich der Wertcharakter des *variablen Kapitals*? Es ist nicht mehr die Quelle eines *Mehrwerts*, sondern ein Agens

⁸⁷ Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. MEW 42, S. 89.

⁸⁸ An diesem Punkt sehe ich den gewählten Forschungsansatz bestätigt. Was sonst schon zum Thema Arbeitszeitverkürzung, Umverteilung der Arbeit oder Wiederaneignung der Zeit überlegt wurde, hat ohne alternative Reproduktionsordnung keinen Halt. Vgl. dazu Gorz, Andre: Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft. Rotbuch Verlag, Berlin 1989.

für die Vernunft und Effektivität des Wirtschaftens. Im Zuge der effektiven gesellschaftlichen Integration der beiden Reproduktionsabteilungen entspricht der unmittelbare Lohn auch nur teilweise den Erhaltungs- und Entwicklungskosten der Arbeitskraft. Die Produktionen oder Leistungen sozialwirtschaftlicher Dienste, der andere Teil der Reproduktionskosten der Arbeitskraft, werden im Prinzip unentgeltlich angeeignet und bedeuten soziale Sicherheit. Nennen wir also das ehemals variable Kapital jetzt probalber *kreatives Kapital*, die sachlichen Produktionsmittel dagegen *instrumentelles Kapital* und gehen davon aus, dass es per Saldo auch disponible Ersparnisse oder einen wünschenswerten *Spar- oder Dispower* gibt.

Es liegt nicht im Interesse der vorliegenden Ausarbeitung, in solchen Aspekten, die eine erhebliche weitere Klärung und Diskussion erforderten, weiter in Details zu gehen. Lediglich der Aspekt einer durchgängigen Formbestimmtheit ökonomischer Charaktere, ohne den man in der Wirtschaftswissenschaft buchstäblich nichts versteht, sollte auf anregende Weise angerissen werden. Eine andere Frage kann aber nicht unbehandelt bleiben: die Eigentumsfrage und damit zusammenhängend auch die Frage der Betriebsverfassung.

Infolge der gesellschaftlich finanzierten Sachkapitalausstattung im Bereich sozialwirtschaftlicher Dienste handelt es sich hier von vornherein um Gemeineigentum, das aufgrund einer gesellschaftlich zu entscheidenden Betriebsverfassung fungieren kann. Im warenproduzierenden Bereich ist von vornherein klar, dass aufgrund der sozialwirtschaftlichen Vorleistung eine entsprechende Quote des Sachkapitals als gesellschaftliches Eigentum reklamiert werden müsste, wobei diese Quotierung eigentlich künstlich erscheint: Im Grunde bedeutet die vorliegende Gestalt einer durchsichtigen, kooperativen Selbstorganisation der gesellschaftlichen Gesamtarbeit deren vergesellschafteten Charakter⁸⁹ und damit auch die praktisch-funktionelle, reale Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Diese gibt der Gesellschaft das Recht und die Möglichkeit einer wie auch immer gearteten und gewünschten Instituierung ihrer Kooperativen.

Die neuen praktisch-objektiven Wertbildungs- und Aneignungsverhältnisse konstituieren daher ein Recht auf gesellschaftliche Eigentumsformen bezüglich der Produktionsmittel sowie auf eine Betriebsverfassung, welche Mitverwaltung und Mitbestimmung durch die Beschäftigten einschließt,

⁸⁹ Dieser gesellschaftliche Charakter ist nicht durch Warenaustausch, sondern durch die Kooperationsbeziehung zwischen den beiden Reproduktionsabteilungen gegeben. Zur Problematik siehe Marx, Karl: Grundrisse, S. 104 f.

aber auch gesellschaftliche Kontrolle auf Betriebsebene. Dem angemessen wäre beispielsweise eine gemeinnützig-genossenschaftliche oder gemeinwirtschaftliche Betriebs- und Unternehmensverfassung in Verbindung mit wirtschaftsdemokratischen Organbildungen. Auf überbetrieblicher Ebene gäbe es etwa kommunale, sektorale und regionalen Ratsinstanzen und selbst ins Betriebsgeschehen hinein reichten Institute der Gewerbe-, Gesundheits-, Produktions- und Rechnungskontrolle.

6.5 Eine gemischte Wirtschaft als Entwicklungssystem gesellschaftlicher Arbeit und Reproduktion

Die vorstehenden Überlegungen galten der Konfiguration einer Sozialwirtschaft, die aus kapitalwirtschaftlichen Fesseln entbunden werden könnte. Darin scheint die Möglichkeit auf, jene immer wieder beklagte „Entbettung“⁹⁰ der Ökonomie aus dem gesellschaftlichen und politischen Kontext aufzuheben. War die Untersuchung dazu bisher eher kreislauf- und formanalytisch angelegt, so muss diese zunächst notwendige methodische Abstraktion schließlich zurückgenommen werden. Die Wirtschaft der Zukunft entpuppt sich dadurch insgesamt als eine *formationell umgestimmte, gemischte Ökonomie*, der eine veränderte *Wirtschaftsverfassung* entspricht:

Ein Ensemble wirtschaftsdemokratischer Organe⁹¹ auf allen Ebenen⁹², gesellschaftsgeschichtlich höher entwickelte, den realen Verhältnissen praktisch-objektiv entsprechende Eigentumsverhältnisse, ein an entscheidenden

⁹⁰ Vgl. Polanyi, Karl: *The Great Transformation*. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1978. Elmar Altvater kommt darauf zurück in: *Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik*. Westfälisches Dampfboot, Münster 2005.

⁹¹ Die fortgeschrittenen Denkansätze einer Wirtschaftsdemokratie auf Mikro-, Meso- und Makroebene, die etwa Fritz Vilmar resümierte, sollten in diesem Konzept aufgehoben sein, im formationell umgestimmten sozialwirtschaftlichen Zusammenhang allerdings in entsprechend verwandelter Form. Man kann das Kapital nicht durch Mitbestimmung oder Mitarbeitergesellschaften neutralisieren, sondern die Verwertungsökonomie muss als ökonomische Form und Funktion der zugrunde liegenden Reproduktionsordnung aufgehoben, folglich eine andere Ordnung mit inhärent anderen Wertverhältnissen und Wirtschaftsrechnungen instituiert werden.

⁹² Die regionale Ebene wäre gesondert zu betrachten. Hier geht es etwa um die gegenwärtig eher ökonomisch definierten Industrie- oder Metropolregionen und speziell in Deutschland die merkwürdige Konstruktion von Bundesländern, die teilweise sogar als sogenannte ‚Freistaaten‘ operieren.

Punkten renoviertes Steuersystem und öffentlich bestimmte und kontrollierte Haushalte. Genossenschaftlich-gemeinnützige Betriebe, deren Aktivitäten im warenproduzierenden Sektor durch Märkte vermittelt sind. Öffentlich verantwortliche Betriebe im Bereich der sozialwirtschaftlichen Dienste, die im Grundansatz gesellschaftlich finanziert werden und deren Leistungen allen, teils gegen Gebühren und Abgaben, zur Verfügung gestellt werden. Dazu kommen noch assoziierte Bereiche wie persönliche Dienstleistungen oder mit privatwirtschaftlichen Betriebsformen, wo dies sinnvoll ist.

Das bedeutet, dass es auch im neuen, wirtschaftsdemokratisch moderierten Wirtschaftsleben Marktverhältnisse gibt: Waren und Werte weisen im Zusammenhang der Kapitalwirtschaft einen spezifisch historischen Charakter auf, was aber nicht heißt, dass nicht auch entsprechende Formbildungen in Vergangenheit existierten und in Zukunft fungieren können.⁹³ Unabdingbar für eine funktionsfähige Symbiose von Marktbeziehungen und gesellschaftlichen Dispositionen erscheint dagegen die Aufhebung der Funktionalität und der manisch-euphorischen Orientierung entsprechend der Verwertungsökonomie.

Eine entscheidende Rolle spielt ferner die Erweiterung der finanziellen und rechtsstaatlichen Möglichkeiten des aktiven Wirtschafts- und Sozialstaats. Diese kann mit der gebotenen Entfaltung seiner Organe einhergehen, das heißt den Institutionen einer demokratischen Selbstorganisation auf allen Ebenen, in allen Bereichen und für verschiedenste Aufgabenstellungen, bis in die Betriebe hinein. Diese Organe einer realen und partizipativen Demokratie können in einer gesamtgesellschaftlich abgestimmten Weise mit entsprechenden Mitteln ausgestattet werden.

Im Zusammenhang der somit handlungsfähigen Organe kommt schließlich der kommunalen Ebene eine geschichtlich neue, herausragende Rolle zu: Die gleichen wirtschaftsgeschichtlichen Prozesse, welche im Gefolge der Industrialisierung die Ausfaltung der sozialwirtschaftlichen Dienste be-

⁹³ Marx beispielsweise: „Der Wert der Ware (ist) so nur eine bestimmte historische Form von etwas, was in allen Gesellschaftsformen existiert“ oder "Zweitens bleibt, nach Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise, aber mit Beibehaltung gesellschaftlicher Produktion, die Wertbestimmung vorherrschend in dem Sinn, daß die Regelung der Arbeitszeit wesentlicher denn je wird." Vgl. Das Kapital, Dritter Band, S.859. Im kapitalwirtschaftlichen Reproduktionszusammenhang selbst entspringt das Übel nicht daraus, dass es Waren und Werte gibt, so eine sektiererische These, sondern aus der Instituierung des Kapitals als selbstbezüglich prozessierender abstrakter Wert.

dingten, haben die kommunal verwaltete urbane Praxis, ohnehin primärer Lebensraum ‚von der Wiege bis zur Bahre‘, als spezifischen Grundzusammenhang des gesellschaftlichen Lebens konstituiert. Es ist der Ort des von Henri Lefebvre⁹⁴ marxistisch entdeckten und ergründeten „Alltagslebens in der modernen Welt“. Hier bilden die konzentrierte materielle Versorgung und Befriedigung kultureller Bedürfnisse, die organische Kombination sozialwirtschaftlicher Dienste und die potentiell unmittelbarste demokratische Partizipation ein basales, synergetisches Ensemble gesellschaftlicher Praxis.

6.6 Beschäftigung, soziale Sicherheit und Emanzipation gesellschaftlicher Bedürfnisse

Die paritätische Inwertsetzung der sozialwirtschaftlichen Dienste und Inkraftsetzung einer stimmigen und transparenten Reproduktionsordnung bringt mit sich, dass nun jede Art gesellschaftlich notwendiger, als nützlich oder sinnvoll erkannter und bestätigter Tätigkeit zu gleicher Wertgeltung und Verwirklichung kommen kann. In Verbindung mit den Dispositionsmöglichkeiten der wirtschaftsgesellschaftlichen Organe kann nunmehr jegliche Tätigkeit, *auch im warenproduzierenden Bereich, in der sozialwirtschaftlichen Form* instituiert werden, soweit das allgemeine Produktivitätsniveau es erlaubt.

Was man „Befreiung der Arbeit“ genannt hat, hieße dann also nicht einfach nur Freizeit und Ruhestand und schon gar nicht schlechthin Abschaffung von Arbeit, sondern zunächst eine Freisetzung von Arbeit in der spezifisch sozialwirtschaftlichen Form, als Dienstleistung am Gemeinwesen, individuell zunehmend als Lebensäußerung im Sinne von „Selbstverwirklichung, Vergegenständlichung des Subjekts“.⁹⁵ Das sozialwirtschaftliche Entwicklungssystem der gesellschaftlichen Arbeit ermöglichte damit die Verwirklichung eines *Rechts auf Arbeit* und zugleich einer allgemeinen Reduzierung der Arbeitszeit als Grundlage persönlicher Freiheit, gesellschaftlicher Partizipation und überhaupt der persönlichen Entfaltung des „reichen all- und tiefsinnigen Menschen“, von „universellen“ gesellschaftlichen

⁹⁴ Zur Einführung empfehle ich Lefebvre, Henri: Das Alltagsleben in der modernen Welt. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1972. Siehe weiterhin die Beiträge von Fernand Guelf und Rainer Fischbach im vorliegenden Sammelband und <http://www.praxisphilosophie.de/lefebvre.htm>

⁹⁵ Vgl. Marx, Karl: Grundrisse. MEW 42, S. 512. Das Wesentliche zur „Schöpfung von viel disposable time“ siehe MEW 42, 603 f.

Individuen.⁹⁶ Was mit der einmal erkämpften „disposable time“ anzufangen⁹⁷ ist, werden diese selbst herausfinden.

Die skizzierte *Zukunft der Arbeit* bedeutet soziale Sicherheit, jetzt wesentlich auch aufgrund der allgemein verfügbaren sozialwirtschaftlichen Leistungen und Angebote z.B. auf den Gebieten Bildung, Gesundheit, Mobilität, Pflege. Das neue Entwicklungssystem der gesellschaftlichen Arbeit und das Recht auf Arbeit und Einkommen bilden zugleich die reelle Grundlage für die Verwirklichung persönlicher sowie gesellschaftlich garantierter Solidarität jenseits des bestehenden, unwürdigen Systems von Arbeitslosen- und Behindertenhilfen, Armenspeisungen und Sozialsponsoring mit Markenlogo.

Die ganze Lebensführung kann sich nach der Umstimmung des Wirtschaftslebens ändern, indem die gestaltete Produkt- und Lebenswelt nicht mehr den Imperativen und Überformungen durch das Verwertungskalkül unterliegt. Dieses bedingt geplanten Verschleiß, künstlichen Modewechsel, technologische Hypertrophie, sinnlose Produktvarianten, konsumistische Indoktrination, ökologische Belastungen. Die jetzige Gehirnwäsche durch tägliche Börsennachrichten wäre dann nur noch eine Reminiszenz kapitalwirtschaftlichen Schwachsinn. Der veränderten Lebenswelt und den veränderten Zeitverhältnissen entsprechen auf der anderen Seite ebenso veränderte gesellschaftliche Bedürfnisse. Eine andere Grundstimmung im Haushalten, Verbrauch und in der Gestaltung des Alltags, der Interessenbetätigung und Freizeitgestaltung kann die Entfaltung emanzipierter Bedürfnisse fördern. Dem entgegen stehen der überwältigende Produktivismus, die Sachzwänge und Suggestionen der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise und suchen den Sinn für ein mögliches anderes Leben und Arbeiten, für eine andersartige „Assoziation“ gesellschaftlicher Individuen und für eine höhere Zivilisation auszulöschen.⁹⁸

⁹⁶ Vgl. Marx, Karl: Ökonomisch-philosophische Manuskripte von 1844. MEW Ebd. 1, S. 539, 544; Ders., Grundrisse. MEW 42, S. 447.

⁹⁷ In Kontroversen über Studierzeiten, Arbeitszeitordnungen oder das Renteneintrittsalter geht es natürlich auch immer um eine Auseinandersetzung über die gesellschaftlich oder individuell verfügbare Zeit, aber eben unter den noch dominierenden antagonistischen Verhältnissen und noch ohne ein deutlicheres Bewusstsein von Transformationsperspektiven.

⁹⁸ Siehe Marcuse, Herbert: Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft. Herbert Marcuse Schriften Bd. 7. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1989.

6.7 Sozialwirtschaft, Nationalökonomie und Weltwirtschaft

Die Frage nach der Rolle und der Zukunft des Nationalökonomischen im global vernetzten Wirtschaftsleben erfordert einen Konkretionsschritt des Denkens, der in eine schwierige, sehr umstrittene Problemdimension führt. Dennoch kann zumindest ein Leitgedanke formuliert werden, der den provozierenden Kontrapunkt zum kapitalwirtschaftlichen Globalismus setzt: Die veränderte Konstellation des Wirtschaftslebens ermöglicht eine Grundorientierung auf die Konsolidierung der sozialwirtschaftlich kombinierten Reproduktionsbereiche und ermöglicht eine Gestaltung politisch-ökonomischer Beziehungen ohne waren- und kapitalwirtschaftliche Wachstums- und Expansionszwänge.

Aus der Sicht einer sozialwirtschaftlichen Reproduktionsordnung sind der gegenwärtig wirksame Export- und Expansionstrieb und deren Pendant, eine liberalistische Offenmarktpolitik und Weltwirtschaftsordnung, eine Zwangsveranstaltung und Entwicklungsfalle. Diese Praxis führt zu innerlich inadäquaten, disproportionalen Entwicklungen der eigenen und der andren Volkswirtschaften, zur permanenten internationalen Ungleichgewichten zwischen Ländern mit Leistungsbilanzüberschüssen und Defiziten sowie zu extremen Polarisierungen, wie sie sich etwa im Begriff des „globalen Südens“ ausdrücken - der kapitalwirtschaftliche Progress geht mit unverhältnismäßigen Deformationen, Opfern und Verwüstungen einher. Die Kapitalwirtschaft, die sich im Zuge der Globalisierung ihres operativen Feldes transnational zu organisieren und der gesellschaftlichen Verankerung und Verantwortung zu entziehen sucht, verwandelt die Gesellschaften mehr oder weniger in Werkbänke für globale Abenteuer, in Stützpunkte für die Austragung ihrer internationalen Konkurrenz.

Hinter dem verkehrten Internationalismus der kapitalwirtschaftlichen Entwicklung und Entwicklungspolitik verbirgt sich eine Produktivkraftexplosion, die sich nach außen Luft verschafft, weil sonst im Innern eine Implosion des ganzen Systems unausweichlich wäre: Die von dieser Ökonomie entbundenen und von ihr zugleich gebundenen produktiven Kräfte, denen sowohl beispiellose technologisch-ökonomische und zivilisatorische Entwicklungen wie wirkmächtige Kräfte der Selbstzerstörung zu verdanken sind, sind am Ende prädestiniert, von einem „general intellect“⁹⁹ antatt von Schatzjägern gemanaged und von Geistern der Allmachbarkeit inspiriert zu werden. Sie reichten *an sich* längst aus, um etwa statt einer überschießenden

⁹⁹ Marx, Karl: Grundrisse. MEW 42, S. 602

Warenproduktion und globaler Investitionsabenteurer die sozialzivilisatorischen Angebote auszuweiten, die Arbeitszeit allgemein zu reduzieren und friedlichen internationalen Austausch und Partnerschaften zu pflegen: Ein gutes Jahrhundert liberalistischer Gehirnwäsche und eine mit reichlich Zuckerbroten und gelegentlichen Peitschenhieben habitualisierte Praxis haben dazu geführt, dass einfachste Vernunftgedanken aus dem wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Diskurs eliminiert wurden.

Eine Wirtschaftspolitik auf der neuen Grundlage setzte auf das neue Entwicklungssystem gesellschaftlicher Arbeit auf und zielt dem Grundtenor nach auf die Konsolidierung eines stimmigen Reproduktionszusammenhangs der gegebenen Wirtschaftsgesellschaft. Die nötige Wiedergewinnung außenwirtschaftlicher Kontrolle und Herstellung einer neuen außenwirtschaftlichen Balance wird nun dadurch unterstützt, dass es auf Basis einer sozialwirtschaftlichen Reproduktionsordnung, einer proportionalen oder organischen Entwicklung im Innern, keine dem Verwertungszwang geschuldete Notwendigkeit für die Betriebe gibt, den Warenexport oder Auslandsinvestitionen in dem jetzigen volkswirtschaftlich disproportionalen und langfristig äußerst risikoreichen Maß zu forcieren.¹⁰⁰

Diese Konzeption einer Konsolidierung der wirtschaftsgesellschaftlichen und verfassungsmäßigen, nationalstaatlichen Souveränität auf der neuen Grundlage hat nichts mit einem Nationalismus zu tun, der Ideen und Gefühle verkehrt und missbraucht, auch nicht mit einem Autarkiebestreben im Sinne der gängigen Wirtschaftslehren: Der Primat einer sozialwirtschaftlichen Selbstorganisation steht weder der Pflege jeglicher Wirtschaftsbeziehungen noch einem freundschaftlichen Miteinander in partnerschaftlich erweiterten Wirtschaftsräumen entgegen, dagegen sehr wohl den Praktiken der Verwertungskonkurrenz und des kapitalwirtschaftlichen, allzu oft imperialen Internationalismus. In diesem Sinne wäre ein entsprechend konzentriertes Europa die Alternative zu dem jetzigen Europaprojekt, das seine ganz überwiegend bürokratisch-kapitalwirtschaftliche Formatierung und entsprechend aufgeladene inner- und zwischenstaatliche Widersprüchlich-

¹⁰⁰ Als einen immer noch wertvollen Ansatz für weitergehende Diskussionen möchte ich an das sogenannte AWWO-Paper erinnern: Attac Deutschland (Hg.): Attac Deutschland zu einer Alternativen Weltwirtschaftsordnung (AWWO). Verabschiedet vom Attac-Ratschlag in Oktober 2004. Als Onlinetext bei [praxisphilosophie.de](http://www.praxisphilosophie.de) <http://www.praxisphilosophie.de/attacwwo.pdf>

keit, seine wirtschaftsliberale, demokratiefeindliche, unsoziale und militaristisch-imperiale Schlagseite kaum noch kaschieren kann.¹⁰¹

7. Praxis und Politik der sozialwirtschaftlichen Transformation

7.1 Ein möglicher Richtungswechsel in der eröffneten Periode

Worauf läuft das nun alles praktisch hinaus, nachdem sich eine widersprüchliche, krisengeschüttelte, aber positiv latenzhaltige Übergangssituation abzeichnet, in der die Option für eine gesellschaftliche Transformation möglich und realistisch scheint?

Bei allen hier notgedrungen nur thesenhaft behandelten Aspekten und Beispielen, die für einen sozialwirtschaftlichen Richtungswechsel stehen könnten, ist zunächst zu bedenken: Die Aufgaben der Geburtshilfe für das aus der Latenz andrängende Produktivkraftensemble sind, entsprechend den wirtschaftsgeschichtlichen und weltstheoretischen Vorüberlegungen¹⁰², nicht nur auf wenige Legislaturperioden zu veranschlagen, sondern zunächst mindestens auf ein Vierteljahrhundert oder länger. In der Folge mögen sich, gestützt auf weiter ausgefaltete sozialwirtschaftliche Potentiale, genährt durch zugespitzte Problemlagen, die Auseinandersetzungen der kontradiktorischen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Kräfte um die hegemoniale Positionierung¹⁰³ einem Umschlagspunkt annähern oder in neue Phasen eintreten.

¹⁰¹ Für die unumgängliche Auseinandersetzung mit Europaeuphorikern und bedingungslosen Internationalisten empfehle ich Mouffe, Chantal: Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2007.

¹⁰² Immanuel Wallerstein geht davon aus, dass die Übergangsperiode, in der die Auseinandersetzung über die Zukunft geführt und entschieden wird, jedenfalls mehrere Jahrzehnte und vielleicht bis zu 50 Jahren umfassen wird. Siehe dazu Immanuel Wallerstein / Horst Müller: Systemkrise: Und was jetzt? Utopistische Analysen. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 4/2010.

¹⁰³ Der transformationstheoretische Ansatz aktualisiert auf seine Weise erneut das auf Gramsci zurückverweisende Konzept eines Ringens um Hegemonie. Ich verweise zur Einführung gerne auf Annegret Kramer: ‚Gramscis Interpretation des Marxismus‘, man müsste den Titel ergänzen: ‚als Philosophie der Praxis‘. Siehe S. 65-118 in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 4. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1975. Ganz aktuell: Walter Baier, Die Transformation. Erinnerung an Überlegungen von Antonio Gramsci und Karl Polanyi. Neues Deutschland / Inland, am 28.06.2010.

Im Ausblick erscheint es angebracht, nur noch eine kurze Zusammenfassung der Zielperspektive voranzustellen und dann einige Ansatzpunkte zu benennen, welche zur Orientierung der rührigen Initiativen im Horizont einer transformatorischen Praxis und Politik beitragen können sowie die weitergehende Diskussion und vor allem künftige Forschungsanstrengungen anregen sollen. Das programmatische Konzentrat sollte verständlich sein, insofern dabei Grundgedanken aus den vorhergehenden Analysen erneut aufgegriffen werden oder darauf zurückverwiesen wird.

7.2 Die Zielperspektive einer demokratischen Wirtschaftsgesellschaft auf sozial-ökonomischer Grundlage

Der hier entwickelte grundlegende Gedanke besagt, dass die hoch entwickelten Wirtschaftsgesellschaften als Übergangsgesellschaften begriffen werden können, in denen die Theorie sowohl wie die Praxis einer sozialwirtschaftlichen Transformation eine materielle Basis hat und auf praxisformative Kräfte verweisen kann. Dabei geht es nicht um einen einmaligen kolossalen Bruch, sondern darum, in einer real unausgemachten, chaotischen, aber positiv latenzhaltigen Situation, angesichts äußerster Gefährdungen, Geburtshilfe für eine fortgeschrittene Gestalt des Wirtschafts- und ein lebenswerteres Gesellschaftsleben zu leisten. In der heute vorgegebenen globalen Gleichzeitigkeit könnte im Grunde jedes Land nach seinen Bedingungen den Richtungswechsel angehen, indem sich hier ein wirtschafts- und sozialinformatisch transparentes, in gesellschaftlicher Selbstkontrolle operables und effektives politisch-ökonomisches Systemkonzept anbietet.

Sozialwirtschaft als Systemalternative beruht auf einer formationellen Umstimmung der bestehenden Reproduktionsverhältnisse mit Konsequenzen, die über die immer neu ins Spiel gebrachten Ansätze zu einer Alternativen Wirtschaftspolitik oder bloßen Reformation der sozialkapitalistischen Grundfiguration hinausgehen. Sie verläuft sich dergestalt weder in eine Kommandowirtschaft noch einen Marktsozialismus, in keinen Ökosozialismus oder gar in einen grün-alternativ verblendeten Ökokapitalismus. Eine Praxis und Politik der sozialwirtschaftlichen Transformation stellte den Antagonisten zur krisenhaft weitertreibenden liberalistisch-demokratischen Formierung dar. Ihre Ziel, eine konkrete Form des Gemeinwesens, kann als *demokratische Wirtschaftsgesellschaft auf sozialwirtschaftlicher Grundlage* bezeichnet werden. Diese stellt ein gemischt erscheinendes, sozial-ökonomisches Entwicklungssystem der gesellschaftlichen Arbeit, Reproduktion und Praxis dar. Infolge der Neutralisierung des Verwertungszwangs, auf Grundlage einer transparenten, stimmigen Wirtschafts-

formatik und Wirtschaftsrechnung, können wirtschaftsdemokratische Verfahren und Organe eine informierte, abgestimmte, planvolle ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung in Gang halten.¹⁰⁴ In diesem Sinne versteht sich Sozialwirtschaft als Grundlage einer zivilisatorisch höher stehenden Gesellschaftlichkeit, auch als Ermöglichungsbedingung menschengemäßer Naturverhältnisse, einer „Allianztechnik“¹⁰⁵, sowie künftiger Partnerschaft und Brüderlichkeit der Nationen.¹⁰⁶

7.3 Wissenschaftliche Erkenntnis und gesellschaftliches Bewusstsein

Die vorgestellte, wie überhaupt jede ernst zu nehmende Alternativkonzeption, kann nur in einer kollektiven Anstrengung wissenschaftlich entwickelt werden und so als ganzheitliches Konzept Vertrauen gewinnen. Die unhintergehbare Anforderung an jedes entsprechende Konzept ist eine geschichtsmaterialistisch und methodisch ausgewiesene, mit der Marxschen Kapitalanalyse korrespondierende Wert-, Reproduktions- und Praxisanalytik und ein Entwurf, der eine produktive, sich aneinander berichtigende Auseinandersetzung mit den zahlreichen historisch schon vorgetragenen und aktuell neu entwickelten Ideen ermöglicht.¹⁰⁷ Ein solcher, unvermeidlich und erheblich strittiger Klärungsprozess kann zur Entwicklung eines

¹⁰⁴ Für die hier weiter notwendige Vertiefung möchte ich auf Ausführungen rund um das Thema „Wirtschaftsplanung und radikaldemokratische Verfassung“ an anderer Stelle verweisen. Müller, Horst: Alternativkonzepte der politischen Ökonomie – Sozialismus des 21. Jahrhunderts? S. 204-266 in Ders. (Hg.), Die Übergangsgesellschaft des 21. Jahrhunderts. BoD-Verlag, Norderstedt 2007.

¹⁰⁵ Allianztechnik wird hier im Sinne von Ernst Bloch verstanden. Die Quintessenz siehe Ders., Experimentum Mundi. Gesamtausgabe Bd. 15, S. 251 f.

¹⁰⁶ Zur Nation-Frage verweise ich auf Michael Löwy, „Die Nationale Frage und die Klassiker des Marxismus“, S. 102-126 in: Tom Nairn / Eric Hobsbawm / Régis Debray / Michale Löwy (Hg.), Nationalismus und Marxismus. Anstoß zu einer notwendigen Debatte, Rotbuch Verlag, Berlin 1978. Ferner auf die ins Rote treffenden Erläuterungen zu „Die Linke und die Nation“, S. 85 ff. in: Domenico Losurdo, Die Deutschen. Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes? Kai Homilius Verlag, Berlin 2010.

¹⁰⁷ Ich sehe darin eine Antwort auf die Frage „Welches Wissen gegen die Krise?“, die der BEIGEWUM-Beirat im November 2010 „in einer Bilanzdiskussion mit Perspektive“ nach 25 Jahren seiner Kritik, Gegenexpertise und Alternativendiskussion stellt.

klarerem Bewusstsein der in Vollzug gesetzten gesellschaftlichen und politischen Praxis und zur Orientierung in ihr beitragen.

Diese Bewusstseinsbildung, ebenso ein Umbildungsprozess im medial vielfach geblendeten alltäglichen Bewusstsein, ist wesentlich mit der Grundansicht verknüpft, dass die gegenwärtigen Krisen den Eintritt in eine Übergangsepoche signalisieren, dass die eigene Gesellschaft den definitiven Charakter einer Übergangsgesellschaft aufweist und dass eine noch mehr oder weniger latente, aber bereits andrängende und konkreter fassbare Alternative vorhanden ist.¹⁰⁸ Von diesem positiven Grundgedanken ist man gegenwärtig weit entfernt: Zunächst verschiebt sich das Gewicht der intellektuellen Bemühungen noch ohne rechten Halt von Problemanalysen zur Ideensammlung für eine bessere Zukunft. In den anschwellenden Bürger-, Sozial- und Alternativbewegungen sind heterogene Motive wirksam und gehen eher diffuse Gedanken um, dass es so nicht weiter gehen kann und soll.

Positive, konkretere und aktivierende Gedanken sind nach dem Zusammenbruch der großen, vorfristigen Hoffnungen des 20. Jahrhunderts und einem anschließenden Vierteljahrhundert liberalistischer Kopfwäsche von elementarer Bedeutung: Die immer neu angestrengte Sozial- und Systemkritik des Bestehenden kann die Nebelbänke, welche die Aussicht auf eine andere und bessere Zukunft verstellen, allein nie vertreiben. Für diese Aktivierung ist auch die vielfältig keimende Entwicklung einer „neuen Sensibilität“¹⁰⁹ und davon durchdrungenen progressiven Kultur von Bedeutung. Diese reagieren auf die alltäglichen Grundverkehrungen der Praxis und tragen zur Entfaltung eines erweiterten Bewusstseins und einer höheren Zivilisation bei.

7.4 Sozialstaat und Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste

Das werdende Positivum kündigt sich zunächst am deutlichsten in der gewandelten Rolle von Sozialstaat und sozialwirtschaftlichen Diensten an, und die anvisierte Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste stützt sich maßgeblich auf Dispositionen und Transferleistungen gesellschaftlicher

¹⁰⁸ Die Wandparole an der Sorbonne, im Mai 1968, „Unter dem Pflaster liegt der Strand“ bekommt mit dem Latenz-Begriff einen überraschenden neuen Sinn.

¹⁰⁹ Siehe Marcuse, Herbert: Versuch über die Befreiung. Herbert Marcuse Schriften Bd. 8, S. 237-317.

Organe. Es kann daher nicht um eine Rückbildung des Staates gehen, sondern liberalistischen Tendenzen entgegen um seine Ausfaltung, von der kommunalen und regionalen bis zur gesamtgesellschaftlichen Ebene, als erweitertes Ensemble partizipatorischer und demokratischer, handlungs- und interventionsfähiger Organe einer modernen Wirtschaftsgesellschaft.

Mit Blick darauf kann in jeder Hinsicht entschieden auf die Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste hingewirkt werden, das heißt auf eine praktische Bestätigung ihrer wahren Bedeutung durch sozialstaatliche Finanzierung, Förderung und Regieleistung, durch das Hinwirken auf eine völlig paritätische ökonomische Stellung der Beschäftigten in sozialen Einrichtungen, Kulturinstitutionen und öffentlichen Diensten, durch eine dem realen Charakter und den gesellschaftlichen Bedürfnissen entsprechende Ausstattung, gemeinwirtschaftlich ausgerichtete Instituierung und tendenzielle Verstärkung ihres gesamtökonomischen Gewichtes. All dies kann schon jetzt in den Tarifauseinandersetzungen und vielen akuten Kontroversen geltend gemacht werden. Der Gewerkschaftspolitik und der gesellschaftspolitischen Positionierung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di kommt in diesem Zusammenhang und in Verbindung mit Initiativen und Protesten aus der Zivilgesellschaft eine besondere Bedeutung zu: Die ver.di-Fachbereiche und -Branchen lesen sich wie eine Checkliste sozialwirtschaftlicher Dienste.

Aufgrund der Bedeutung von Sozialstaat und sozialwirtschaftlichen Diensten für eine transformatorische Praxis und Politik ist die zentrale Frontlinie der gegenwärtigen Kontroversen um eine bessere Zukunft relativ klar gezeichnet: Durch die vielseitigen Bewegungen gegen die Privatisierung des Öffentlichen, gegen die Tendenz zur privatwirtschaftlichen Ausplünderung und „neoliberalen Umgründung“ des Sozialstaats. Aus dieser Sicht geht es auch in der aktuellen Auseinandersetzung um das Verkehrs- und Städtebauprojekt „Stuttgart 21“ darum, ob weiterhin mit schuldentreibenden, megalomanischen Großprojekten unmittelbare kapitalwirtschaftliche Interessen bedient, oder in sinnvolle gesellschaftliche Infrastrukturen und sozial-kulturelle Dienste investiert werden soll. Damit ist zunächst eine Richtung angegeben, aber entsprechende Kämpfe können auf Dauer nicht erfolgreich sein, wenn nicht zugleich auf grundlegende Reformen des Steuer-, Finanz- und Haushaltswesen des Sozialstaates gedrungen wird.

7.5 Steuerreform, Finanzwesen und gesellschaftliche Buchführung

Die gegenwärtig eskalierende Staatsschuldenproblematik wird zu einer extremen Verschärfung der Lage an der bezeichneten systemischen Bruchlinie führen, insofern die weitergehende Demontage des Sozialstaats und vermehrte kapitalwirtschaftliche Übernahmen aus den verwertbaren Grund- und Restbeständen der öffentlichen und sozialwirtschaftlichen Dienste bevorstehen. Die aktuelle Ankündigung der britischen Regierung, das Land durch drastische Haushaltseinsparungen aus der Schuldenkrise zu führen und dabei innerhalb von etwa 5 Jahren 500 000 Stellen zu streichen, kündigt eine neue Welle reaktionärer Aktivitäten aus kapitalwirtschaftlicher Rat- und Gewissenlosigkeit an.

Im direkten Gegenzug erforderte die Verteidigung und Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste, so wie letztlich die Instituierung der Sozialwirtschaft als effektive und bedürfnisgerechte Systemalternative, zwingend die Schaffung einer Finanzierungsgrundlage beziehungsweise einen entsprechenden staatlichen Transfer. Die Wert- und Reproduktionsanalyse ergab, dass dieser letztlich nur durch eine neuartige, dem reziproken praktischen Verhältnis der beiden grundlegenden Wirtschaftsabteilungen gemäße, beiderseits existenzsichernde, volkswirtschaftlich proportionale Besteuerung der industriellen Warenproduktion in Anbindung an die werttheoretisch so genannten konstanten Sachkapitalwerte gewonnen werden kann.

Das heißt, dass die für die Arbeit und Ausrüstung der emanzipierenden Abteilung notwendigen Werttransfers *niemals* zureichend aus einer überwiegenden, direkten oder indirekten Besteuerung von kapitalwirtschaftlich residualen Lohn- oder Gewinneinkünften oder mit Hilfe anderer steuerlicher Hebel geschöpft werden können.¹¹⁰ Die provokative These lautete, dass im Grunde darin eine Hauptquelle der unaufhaltsamen Staatsverschuldung liegt. Die den entwickelten realen Wertverhältnissen entsprechende und durchschlagende, effektive Lösung kann nur durch eine direkt auf das marxistisch so genannte konstante Kapital bezogene Kapitaltransfersteuer er-

¹¹⁰ Ein sehr grober und vorläufiger Anhaltspunkt bezüglich der Sachlage liegt in der Schätzung, dass der Anteil der staatlichen Investitionsquote in Deutschland um 1990 ein Drittel und mehr betrug. Vgl. Ambrosius, Gerold: Staat und Wirtschaft im 20. Jahrhundert. Oldenbourg, München 1990, S. 65.

reicht werden.¹¹¹ Das bedeutet auch eine Schranke für jede Alternative Wirtschaftspolitik, die alles in allem auf eine Umverteilung¹¹² noch im Rahmen des herkömmlichen Steuersystems und eine dadurch gestützte, linkskeynesianisch umgepolte Wirtschaftspolitik setzt. Deutlichere transfersteuerliche Momente enthält dagegen bereits die Forderung nach Einführung einer „solidarischen Bürgerversicherung“, die alle Einkommen, also auch die von Selbständigen, Beamten und Spitzenverdienern einbezieht sowie die Arbeitgeberseite beteiligt.

Auf der Oberfläche tritt die Frage einer Kapitaltransfersteuer, also einer – praktisch vielleicht in kleinen Schritten – ausgeweiteten direkten Besteuerung in Anbindung an Sachkapitalwerte zusammen mit einer dadurch möglichen relativen Senkung der einkommensbezogenen Besteuerung, in der fast nicht mehr geführten Diskussion über eine Maschinensteuer oder eine Wertschöpfungssteuer zutage. Beispielsweise sind die in einer Fußnote schon genannten politökonomische Beiträge zur Frage „Mit Steuern steuern“ in diesem Punkt erblindet und überantworten damit einschlägige frühere Beiträge dem Vergessen.¹¹³ Ein anderer einschlägiger Lösungsvorschlag ist die Forderung nach einer künftigen „Internalisierung“ der von den Kapitalwirten nicht wirklich bezahlten gesellschaftlichen Folgekosten. Das mag gesellschaftlich entlastend und partiell steuerungswirksam sein,

¹¹¹ Was ich hier Kapitaltransfersteuer nenne, ist früher als „Maschinen-“ oder „Automatensteuer“ angesprochen worden und ein implizites Element der sogenannten „Wertschöpfungssteuer“, siehe den Beitrag von Andreas Willnow im vorliegenden Sammelband. Für die weitere Vertiefung und Auseinandersetzung über die Probleme ist eine informative Vorgabe Krätke, Michael: Kritik der öffentlichen Finanzen. S. 119-139 in: Prokla 154 zum Thema „Mit Steuern steuern“, im März 2009.

¹¹² Das von Attac geschnürte „Umverteilungspaket“ soll „zeigen, dass es sehr wohl auch anders geht – vorausgesetzt, der politische Wille ist da“: Die geforderte „Wiedereinführung der Vermögenssteuer, eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommenssteuer, Modifizierungen bei der Erbschaftssteuer und der Kapitalertragssteuer, eine umfassende Unternehmensteuerreform sowie ein entschiedenes Vorgehen gegen Steuerflucht und -hinterziehung“ würde das Staatsschuldenproblem nicht wirklich lösen und für die Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste nicht ausreichen. Hier fehlt es noch an Bewusstsein für die historisch-systemische Schranke, die durchbrochen werden muss.

¹¹³ Auch im 1. Entwurf für ein Programm der Partei DIE LINKE kommt im Abschnitt „Umverteilung und gerechte Steuern“ eine Maschinen- oder Wertschöpfungssteuer nicht vor. Das Thema soll mit dem Beitrag von Andreas Willnow im vorliegenden Sammelband wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden.

überschreitet jedoch ansonsten den Horizont der gegebenen kapital- und staatswirtschaftlichen Ökonomik nicht und zündet keinen Funken für die Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste. Diese sind nicht wie Folgekosten, sondern insgesamt als nicht unmittelbar bezahlte Vorleistungen zu fassen, deren transfersteuerliches Inkasso naturgemäß und rechtens dem Sozialstaat obliegt.

Die unverzichtbare Forderung nach einer Kapitaltransfersteuer gewinnt ihre eigentliche Durchschlagskraft in Verbindung mit Begründungen, die im Vorhergehenden erläutert wurden. In erster Linie ist die systemisch disparitätische und reprimierte Stellung der sozialwirtschaftlichen Dienste unter dem Regiment des Kapitals zu nennen, die den gesellschaftlichen Fortschritt blockiert. Die Aufdeckung einer praktisch-objektiven Inadäquanz der bestehenden Eigentumsordnung und insbesondere die Aussicht auf eine Systemkorrektur, die das Problem der Staatsverschuldung grundsätzlich angeht, legen eine grundlegende Veränderung der Verhältnisse nahe. In dieses sozialwirtschaftliche Konzept fügen sich auch die gegenwärtigen Forderungen nach einer Neuordnung des Finanz- und Bankwesens ein: Aus der gewonnenen Perspektive stellt dieses im Grunde nichts anderes als eine gesellschaftliche Infrastruktur ganz besonderer Art dar. Es soll und kann infolgedessen so instituiert werden, dass seine verwertungswirtschaftliche Verkleidung und Verkehrung aufgehoben wird und es als sozialwirtschaftlicher Dienst zur Wirtschaftsförderung unter öffentliche Verantwortung und Kontrolle kommt.

7.6 Sozialwirtschaftliche betriebliche Organisationsformen

Die angestrebte sozialwirtschaftliche Konfigurierung der Reproduktionsverhältnisse, also die entsprechende Umstimmung der betriebs- und gesamtökonomischen Funktionalität, bildet auf längere Sicht die entscheidende Existenzbedingung für neue einzelwirtschaftliche Organisationsformen. Sonst würden diese nicht über das hinauskommen oder das Schicksal erleiden, was von bisherigen genossenschaftlichen Betriebsformen, von der ehemaligen jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung oder auch von deutschen Mitbestimmungsmodellen bekannt ist. So sind auch die Projekte einer Solidarischen Ökonomie zunächst noch Insellösungen und vorbereitende Experimente im Meer des kapitalistischen Weltsystems.

Dass die einzelwirtschaftliche Instituierung im Sinne einer sozialgenossenschaftlichen Eigentums- und Betriebsverfassung den heutigen realen Wertbildungs- und Aneignungsverhältnissen entspricht, ging aus

der Reproduktionsanalyse hervor. Um die Dinge voranzubringen, könnte beispielsweise eine neue sozialwirtschaftlich-gemeinwirtschaftliche, wirtschaftsdemokratische Betriebs- und Unternehmensverfassung ausgearbeitet und, wie Aktiengesellschaft, GmbH und Genossenschaft, als Gesellschaftstyp bis auf europäische Ebene institutionalisiert werden. Dieser könnte in künftigen Auseinandersetzungen, ob es sich um Wohnungsbau, Nahverkehr oder Wasserwirtschaft handelt, als Alternative ins Feld geführt werden, best-practice Beispiele abgeben und weitergehend auch im Bereich industrieller Warenproduktion erprobt und eingeführt werden. Eine solche Instituierung antwortet auf gesellschaftliche Bedürfnisse nach einer besseren sozial-kulturellen und infrastrukturellen Versorgung und nach vermehrten Angeboten in der Produktwelt, die nicht nur ein ökologisches, sondern ein sozialwirtschaftliches Gütesiegel verdienen.

Im Zusammenhang einer umgreifenden Sozialwirtschaft wären die vielfältigen Betriebe weiter mit Märkten verbunden und können sich mit Wett-eifer positionieren. Sie wären aber nicht einer kapitalwirtschaftlichen Verwertungswettbewerb ausgesetzt, stünden nicht unter dem Zwang zur Akkumulation, Konzentration und Expansion und es gäbe Schutzschilde für Betriebe und Branchen gegen verwertungswirtschaftliche „feindliche Übernahmen“ und gegen Diktate eines verselbständigten Weltmarkts. Märkte blieben also Grundbestandteil eines zukünftigen entspannteren Wirtschaftens, das sich mit den notwendigen gesellschaftlichen Dispositionen und Regulierungen produktiv verbinden lässt.¹¹⁴ Die mit einer sozialwirtschaftlichen Umstellung verbundenen Veränderungen im Wertgefüge wirken darauf hin, dass auch kleine und mittlere Betriebe nicht per se im Nachteil wären, beziehungsweise organisch höher organisierte Großbetriebe nicht von vornherein die wirtschaftlich überlegene Lösung darstellten. So kann man aufhören mit der Vergötzung der Vergrößerung industrieller und landwirtschaftlicher Betriebe und organisatorischer Strukturen. Schließlich kann „Effizienz“ ganz anders, nämlich nach gesellschaftlichen, sozialwirtschaftlichen Maßstäben definiert werden.

¹¹⁴ Eine Vorahnung schwingt mit, wenn Marx 1871 in seiner Schrift zu Pariser Kommune als Grundform einer gesellschaftlich „assozierten Arbeit“ „genossenschaftliche“ Betriebe annahm, welche die „nationale Produktion“ dann „nach einem gemeinsamen Plan regeln, sie damit unter ihre eigne Leitung nehmen“. Das ist eine utopistische Idee entsprechend den Denkmöglichkeiten in der Zeit des Industriekapitalismus, die man nicht staatsplanwirtschaftlich missinterpretieren muss.

Es versteht sich von selbst, dass mit alledem nur angedeutet sein kann, was das Feld einer neuen Sozial- und Betriebswirtschaftslehre ausmacht und in den gegenwärtigen Ansätzen und Diskussionen über eine „Ökonomie des Gemeinwesens“, „Sozial- und Nonprofitwirtschaft“ oder „Social Economy“ virulent ist. Es gilt insgesamt, auch betriebswirtschaftliche Überlegungen zur „Funktionsweise eines alternativen historischen Systems“ voranzutreiben, das entsteht, wenn der „Primat endloser Kapitalakkumulation eliminiert“ ist.¹¹⁵

7.7 Kommunalverfassung und neue urbane Praxis

Die kommunal verfasste urbane Praxis, das heißt unser modernes Leben in Städten oder urbanen Räumen und unter kommunaler Verwaltung, spielt eine zentrale Rolle als primärer Lebensraum. Sie ist ein Ort demokratischer Selbstorganisation, die in kommunaler Politik und Verwaltung einen Ausdruck findet, ebenso ein Ort vielseitigster zivilgesellschaftlicher Vereinigung im Hinblick auf Interessen der Individuen und praktische Fragen ihres Gemeinwesens.

Sie ist vor allem der konkrete Ort der individuellen, auch familialen Reproduktion, das Medium unserer allseitigen Lebensäußerung als gesellschaftliche Individuen und als solches der maßgebliche Ort der Produktion und Realisierung sozialwirtschaftlicher Dienste.¹¹⁶ Diese umfassen das ganze Spektrum von Geburtskliniken, Kindergärten und Schulen über die Stadtverwaltung, die Ver- und Entsorgung, den Wohnungs- und Städtebau, die Medien- und Kulturlandschaft bis hin zu Krankenhäusern und Senioreneinrichtungen.

¹¹⁵ Vgl. Wallerstein, Immanuel: Utopistik. S. 80-88. Diese Überlegungen gehen am weitesten im Hinblick auf eine Sozialwirtschaft als Systemalternative. Zur Anregung nur noch zwei interessante Quellen: Das Portal <http://www.socialnet.de/> und Elsen, Susanne: Die Ökonomie des Gemeinwesens. Sozialpolitik und Soziale Arbeit im Kontext von gesellschaftlicher Wertschöpfung und -verteilung. Juventa Verlag, Weilheim und München 2007.

¹¹⁶ „Daher ist das Lokale ein ausgezeichnete Ort, um Infrastruktur für alle zugänglich her- und zur Verfügung zu stellen. Sozialarbeiterische Gemeinwesenarbeit weiß darüber ziemlich viel ... Daher muss das Planen und Betreiben der sozialen Infrastruktur möglichst dezentral, auf lokaler oder regionaler Ebene erfolgen, d.h. da, wo sie bedarfsgerecht und so weit wie möglich selbstverwaltet gestaltet werden kann.“ Vgl. AG links-netz: Joachim Hirsch, Heinz Steinert u.a.: Sozialpolitik als Bereitstellung einer sozialen Infrastruktur. AG links-netz, Februar 2010.

All das legt den Schluss nahe, dass die gegenwärtige kapitalistisch-liberalistische Organisations- und Verfassungswirklichkeit der gesellschaftlichen Realität nicht gemäß ist: Die konkreten lebensbedeutsamen Dispositionen, die produktiven Kräfte und Gestaltungsprozesse und die ursprüngliche gesellschaftliche Selbstorganisation vor Ort sind völlig unangemessen repräsentiert, ermächtigt und ausgestattet. Der kommunalen Ebene werden die von dort praktisch angeforderten ökonomischen und juristischen Bewegungs- und Entfaltungsmöglichkeiten unter kapitalwirtschaftlicher Dominanz und Hegemonie nicht zugebilligt. Diese Konstruktionsmängel reflektieren sich wiederum innerhalb des kommunalen Raums, indem den vorhandenen partizipatorischen Elementen, an den Nahtstellen zwischen legitimierte kommunalen Organen und zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation, deutliche Grenzen gesetzt sind: Die Bewegungen für Bürgerbegehren und Volksentscheide arbeiten sich an diesen Grenzen ab und suchen sie partiell zu überspringen, während die Wirtschaft derweil noch ihr eigenes Spiel spielt: Die die konsequenteste Antwort auf die Selbstherrlichkeit der Bonikaste wäre die Erkämpfung des bisher verweigerten Grundrechts auf den politischen Generalstreik.

Im Konzept einer sozialwirtschaftlichen Transformation liegt eine Antwort auf die Fragen, die sich in den aufbrechenden Bürgerprotesten stellen: Die Zukunft liegt in einer höher entwickelten Gesellschaftlichkeit, in welcher die Kommunen als Basiseinheit der gesellschaftlichen Praxis verfassungsmäßig bestätigt und wirtschaftsdemokratische Organe auf kommunaler und regionaler Ebene instituiert sind. Das bedeutet eine Entwicklungsrichtung hin zu partizipatorischer Demokratie und bürgerlicher Mitentscheidung, zur weiter gehenden institutionellen Integration von zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation und kommunalen Organbildungen, beispielsweise im Rats-, Beirats- und Ausschusswesen, überhaupt weiter hin zu einem beidseitig geöffneten Verhältnis zwischen Stadt und Bürger. Es sollte also, wie mit dem Beteiligungshaushalt in Porto Alegre begonnen, über eine neue Kommunalverfassung nachgedacht werden.

Für die Emanzipation des kommunalen, urbanen Lebens ist jedoch am Ende entscheidend, inwiefern Mittel und Befugnisse, überhaupt die entsprechende Gestaltungsmacht gegeben sind: Der Schuldenberg und die Finanznot der Städte sind ein Sekundäreffekt der überlebten Reproduktionsverhältnisse, welche den notwendigen Transfer für die Unterhaltung und Ausweitung der sozialwirtschaftlichen Dienste, ihre Übergabe in öffentliche, gesellschaftliche Regie und Verantwortung verhindern und praktisch das Gegenteil bewirken: Die Strangulierung der Kommunen und Pri-

vatisierung des Öffentlichen. So bleibt die Finanzierung der Städte aus der Gewerbesteuer ein kapitalwirtschaftlicher Notbehelf und weder ein Bettelgang der Kommunen nach Berlin, noch die jetzt vorgeschlagene „kommunale Einkommensteuer“ können die Situation wesentlich ändern.

Daher wäre es an der Zeit, eine angemessene Repräsentanz und Beteiligung am Staatshaushalt zur eigenen wirtschaftspolitischen Verfügung anzustreben. Beispielsweise könnten die subsidiären Kompetenzen ausgeweitet und letztlich aus dem Deutschen Städtetag ein Verfassungsorgan entsprechend Bundestag und Bundesrat entwickelt werden. Die eigentlichen Akte der Befreiung, das Einschlagen einer neuen Richtung der Stadtentwicklung und die Entfaltung einer neuen Stadtkultur, sind aber wesentlich an die Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste, eine Steuerreform und an eine sozialwirtschaftliche, wirtschaftsdemokratische Gesamtverfassung geknüpft.

7.8 Sozialwirtschaftliche Konsolidierung und internationale Kooperation

In dem Maße, in dem sich neue politisch-ökonomische Organe einer Selbstregulation konstituieren, in dem auf die Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste und insgesamt auf die Festigung der neu konfigurierten Reproduktionsordnung hingearbeitet wird, wird der aus der Verwertungswirtschaft entspringende Export- und Expansionsdrang und damit die Weltmarktabhängigkeit verringert und kann schließlich in Schranken gehalten werden. Durch die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ausrichtung auf die Konsolidierung der sozialwirtschaftlichen Reproduktionsform kann sich die demokratische Wirtschaftsgesellschaft in gemäßer Weise das internationale und weltwirtschaftliche Beziehungsgeflecht eingliedern.

Diese Umpolung ist notwendig und vorteilhaft mit souveräner außenwirtschaftlicher Kontrolle und Regulierung verbunden. Mit einem Autarkiestreben, das in der liberalistischen Welt des Teufels war und ist, hat die Aktivierung im Sinne einer Selbst- statt Fremdbestimmung nichts zu tun. Vielmehr sollte es möglich sein, durch die formationelle Veränderung der inneren Reproduktionsverhältnisse aus dem Teufelskreis von Verwertungszwang, Standortkonkurrenz, Wettbewerbsstaatlichkeit, Exportmeisterschaft und Kapitalexportoffensiven auszubrechen: Die Pathologie des kapitalwirtschaftlichen Internationalismus und des damit verschwisterten Imperialismus ist damit längst nicht erschöpft.

Ein Denkbild kann die Alternative veranschaulichen: Die systemisch neu, sozialwirtschaftlich organisierten Wirtschaftsgesellschaften schwimmen im Meer einer global verflochtenen Ökonomie, aber mit unterschiedlicher Eintauchtiefe oder Anteil an internationaler warenwirtschaftlicher Verflechtung. Die demgegenüber auf die Reproduktion der eigenen existenziellen und zivilisatorischen Gegebenheiten ausgerichtete, die Tragfähigkeit und den Komfort des Ganzen garantierende sozialwirtschaftliche Arbeit und Produktion stellt den anderen Teil dar. Eine solche Gesellschaft kann und muss die Reproduktionsordnung ihres Raums und den ganzen Kurs je nach den gegebenen Bedingungen und Möglichkeiten selbst organisieren. Mit anderen Worten: Anständige außenwirtschaftliche Beziehungen können nur solche auf Gegenseitigkeit oder zur uneigennütigen Hilfestellung sein, was in der Welt der kapitalwirtschaftlichen Egomane und Konkurrenz unmöglich und in der hermetischen, sauerstoffarmen liberalistischen Gedankenwelt undenkbar war und ist.

Innere Selbstbestimmung, außenwirtschaftliche Kontrolle und freigestaltbare Beziehungen auf der Grundlage einer sozialwirtschaftlich möglichen Konsolidierung verlangen die Beibehaltung der demokratischen, verfassungsmäßigen Souveränität auch für Gesellschaften, die sich in erweiterte Wirtschaftsräume wie die Europäische Union eingliedern.¹¹⁷ Auf dieser Ausgangsbasis können jegliche partnerschaftliche Angleichungen und Beziehungen im Verkehr und Miteinander instituiert werden, auch im Interesse einer friedlichen Welt. Das heißt am Ende, dass die Zukunft des Weltsystems nicht einem freien Weltmarkt überantwortet und schon gar nicht durch eine hegemoniale oder imperiale Politik gesichert werden kann, sondern auf Gegenseitigkeit und Entwicklungspartnerschaft gründen sollte: Die Kapitalwirtschaft bietet dafür keinerlei geeignete Grundlage und Gewähr. Auf dem anderen Weg wird ist das Geflecht bilateraler, multilateraler Kooperationen und auch gemeinsamer Governance auf kontinentaler und globaler Ebene anders geknotet. Das wäre keine Weltentwicklung im Sinne neoliberaler Globalisierung, sondern im Sinne einer zivileren und zivilisierteren Mondialisierung.

¹¹⁷ Zahlreiche Argumente, die Chantal Mouffe gegen die „kosmopolitische Illusion“ aufbietet, würde ich auch gegen eine ‚integrationistische Illusion‘ wenden. Vgl. Mouffe, Chantal: Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2007.

8. Ausblick auf offene Fragen und Forschungsaufgaben

Das Konzept Sozialwirtschaft als Systemalternative weist zwar scharfe Thesen auf und ist im Grundriss profiliert, hat aber vorerst noch einen prototheoretischen Status. Es ist mit seiner vorläufigen Methoden- und Problemexposition angelegt auf weitertreibende Diskussionen und Forschungsbemühungen.¹¹⁸ Die Zusammenhänge und Schlussfolgerungen wurden hier diskursiv vorgestellt, sozusagen in einem Gedankenexperiment.

Ich behaupte aber, dass der umrissene Ansatz mit modernen Mitteln der medialen Simulation und unter Einsatz höherer mathematischer Methoden beweiskräftig demonstrierbar ist. In den Kernfragen kann eine historisch-empirisch, wesentlich durch Daten aus der volkswirtschaftlichen Statistik und Gesamtrechnung gestützte wert- und reproduktionstheoretische Modellierung weiter führen. Für die dabei ganz wesentliche Diskussion auf dem Feld Marx und Keynes¹¹⁹ besteht die Schwierigkeit, dass Keynes Aggregate und Konzepte nicht werttheoretisch fundiert sind. Nach vorliegender Untersuchung kommt das Problem hinzu, dass sie nicht unmittelbar mit den Marxschen Reproduktionsschemata zu vergleichen oder zu korrelieren sind. Vielmehr müsste die mit Blick auf die sozialkapitalistische Neuformierung politisch-ökonomisch weiter entwickelte Reproduktionsordnung zugrunde gelegt werden, wie sie hier umrissen wurde.

Nicht erst damit bricht eine fundamentale Kontroverse auf: Zwischen einer wert-, kapital- und transformationstheoretisch weiter entwickelten Wissenschaft der politischen Ökonomie einerseits und den ansonsten für normal erachteten Kategorien der volkswirtschaftlichen Statistik und Interpretationen der vorherrschenden Wirtschaftslehren. Dabei stößt man nicht nur ganz allgemein auf die „innerlich verzweifelte Armut, die die Grundlage

¹¹⁸ Eine ähnliche Anstrengung hat, in einer ganz anderen historischen Situation, Charles Bettelheim unternommen: *Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen. Zur Theorie der Übergangsgesellschaft*. Wagenbach Verlag, Berlin 1970. Eben diese Problematik gilt es im Rückblick auf die Erfahrungen des 20. und entsprechend der neuartigen Übergangssituation des 21. Jahrhunderts wieder aufzugreifen.

¹¹⁹ Hierher gehörte eine umfangreichere Recherche über Beiträge zum Verhältnis zwischen Marxscher Reproduktionstheorie, moderner Kreislaufanalyse und entsprechenden keynesianischen Konzepten und Interpretationen. Einen aktuellen Anstoß zur Diskussion gibt Stütze, Ingo: *To be or not to be a Keynesian – ist das die Frage?*, besonders den Schlussabschnitt *“Reform oder Transformation“*. In: *Zeitschrift Prokla* 157/2009.

des bürgerlichen Reichtums und seiner Wissenschaft bildet“¹²⁰, sondern vor allem auf die These, dass ausschließlich in der Marxschen Theorie „die Arbeitsgegenstände, die die Masse der Zwischenprodukte darstellen, als wichtiger Bestandteil des volkswirtschaftlichen Gesamtprodukts betrachtet“ werden.¹²¹ Hinzu kommt eine fundamentale Differenz infolge des sonst auch „dialektisch“ genannten, praxistheoretischen Wirklichkeits- und Methodenverständnisses. Es bedarf daher einer grundlegenden Dekonstruktion oder Reinterpretation der vorhandenen Vorgaben und Vorbegriffe, um die Zusammenhänge mit politisch-ökonomischen Grundkategorien besser zu fassen und eine informationelle Basis für die Modellierung des Systems der gesellschaftlichen Arbeit, der real fungierenden Reproduktionszusammenhänge und für eine transparente Wirtschaftsrechnung zu schaffen. Hier scheint auch die künftige Aufgabe einer sozialwirtschaftlichen „gesellschaftlichen Buchführung“ auf.

Um die angesprochene Lücke wahrzunehmen, genügt hier der Hinweis auf den ritualisierten Hokusfokus der Wirtschaftsweisen, die sich auf normierte Begriffe und von der Oberfläche geschöpfte Informationen stützen, damit regelmäßig den kapitalwirtschaftlichen Kapriolen nachhinken und über die eigenen Füße stolpern. Oder der Hinweis darauf, dass sich die gewerkschaftlichen Forschungsinstitute so wie die Memoranden der alternativen Wirtschaftspolitik auf theoretische Projektionen der sozialökonomischen Wirklichkeit stützen, aus denen zunächst nicht mehr als linkskeynesianische Alternativen abgeleitet werden können, jedoch keine eigentlichen transformationstheoretischen Schlussfolgerungen. Das heißt hier zunächst nur so viel, dass eine weitergehende Argumentation und Realpolitik im Sinne der sozialwirtschaftlichen Transformation eine kollektive theoretische Anstrengung und eine konkreter zu erarbeitende wirtschafts- und sozialinformativische Basis benötigt. In solchem Prozedere mögen sich dann auch praxistheoretische und methodologische, wert- und reproduktionstheoretische Fragen weiter klären und die im Grundansatz kenntlichen praktischen und politischen Konzepte fortentwickeln.

¹²⁰ Marx, Karl: Grundrisse. S. 155. Eine schöne Bemerkung!

¹²¹ Vgl. Müller, Eva: Marxsche Reproduktionstheorie. Kritik der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. VSA-Verlag, Hamburg 2005. Dort spricht Eva Müller auch einen frühen Entwurf der Konzeption der Sozialwirtschaft als Systemalternative viel zu kurz an und ohne die Spur weiter zu verfolgen. Vgl. ebd. S. 25.

**Reformprojekte
für Wirtschaft und Gesellschaft**

Andreas Willnow

Die Wertschöpfungsabgabe als Bestandteil eines Transformationskonzeptes?

Die Diskussion über eine Transformationskonzeption bedarf nicht nur gesellschaftswissenschaftlicher und philosophischer Beiträge, sondern vor allem auch ökonomischer Überlegungen dahingehend, wie eine „solidarische Ökonomie“ jenseits des neoliberalen Kapitalismus konzipiert sein könnte. Auf diese Frage hin wurden inzwischen zahlreiche Vorschläge gemacht, wie die Bausteine einer Systemalternative beschaffen sein könnten.¹ Mit alledem ist unvermeidlich eine zweite Frage verbunden: An welche Elemente des Wirtschaftslebens kann in einer Reform- oder Umbauperspektive praktisch angeknüpft werden?

Im vorliegenden Beitrag wird ein früher zwar schon immer wieder angesprochener, aber aus der gegenwärtigen Debatte zu Unrecht verdrängter Aspekt aufgegriffen, um seine Tragweite auszuloten und weitere Untersuchungen anzuregen:

Inwieweit ist die sogenannte „Wertschöpfungsabgabe“ geeignet, als Bestandteil in ein alternatives gesellschaftliches Reformprojekt integriert zu werden? Ein zentraler Aspekt bei dieser betrieblichen Abgabe besteht darin, dass hierbei der Faktor Kapital als solcher direkt in die Bemessung einbezogen würde.² Ansonsten zielt das bestehende Steuersystem ganz überwiegend auf Einkommensgrößen ab.

Um den aufgeworfenen Fragen nachzugehen, wird zunächst, ausgehend von einer Einführung in die ökonomischen Grundbegriffe, dargestellt, wie sich die Wertschöpfung als möglicherweise neue Bemessungsgrundlage zusammensetzt. Danach soll ausführlich auf die Funktionsweise sowie die Vor- und Nachteile einer Wertschöpfungsabgabe eingegangen werden.

¹ Siehe zum Beispiel den Reader: Giegold, S./Embshoff, D. (Hrsg.), 2008: Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus, Hamburg 2008 oder auch Schuhler, K., 2010: Wirtschaftsdemokratie und Vergesellschaftung. Zu einer solidarischen Gesellschaft jenseits des Kapitalismus, ISW-Report 79, Januar 2010.

² In früheren Diskussionen, etwa Ende der 70er-Jahre in Deutschland, hat man daher auch von einer „Maschinensteuer“ gesprochen und darin eine Antwort auf den zunehmenden Ersatz des „Faktors“ Arbeit durch den „Faktor“ Kapital im Zuge der fortschreitenden Automatisierung gesucht.

1. Überblick über einige ökonomische Grundbegriffe

1.1. Die Wertschöpfung

1.1.1. Der Begriff der Wertschöpfung

Für das heute in der deutschsprachigen Literatur überwiegend mit Wertschöpfung bezeichnete Phänomen wurden im Laufe der Zeit auch andere Bezeichnungen verwendet wie z.B. Werterhöhung, Wertzuwachs, Wertauftrieb und Mehrwert.³ Dagegen haben sich in der angelsächsischen bzw. französischen Literatur die Begriffe des value added bzw. des valeur ajoutée eingebürgert. Beide Begriffe sind treffend und anschaulich. Übersetzt man sie wörtlich, so ergibt sich mit „hinzugefügter Wert“ ein deutschsprachiger Ausdruck, der nicht geeignet ist, die Bezeichnung „Wertschöpfung“ zu ersetzen.⁴

Ehlert et al. verstehen unter der Wertschöpfung im allgemeinen „die in einzelnen wirtschaftlichen Bereichen erbrachte wirtschaftliche Leistungskraft bzw. der zahlenmäßige Wertzuwachs, den ein Unternehmen in einem bestimmten Zeitraum erwirtschaftet.“⁵

In der Betriebswirtschaft gehen die Definitionen von Wertschöpfung auseinander. Laut *Nicklisch* versteht man unter der Wertschöpfung, die von ihm synonym als Betriebsertrag bezeichnet wird, die Summe aus Löhnen und Gehältern sowie Gewinnen.⁶ Der Begriff des Ertrages wird aber heute in der betriebswirtschaftlichen Literatur in einem anderen Zusammenhang verwendet, weshalb hier nicht auf ihn zurückgegriffen wird. Die Aufaddition von Löhnen, Gehältern und Gewinnen entspricht der Theorie der Einkommensverteilung im Betrieb von *Nicklisch*.

³ Vgl. Schäfer, E., 1951: Vom ‚Mehrwert‘ zur ‚Wertschöpfung‘, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft (ZfB), 21. Jg., 1951, S. 449- 459, S. 450. Dabei wird der Begriff des Mehrwerts hier in Abgrenzung zum Mehrwert-Begriff von Karl Marx verwendet. Karl Marx verstand unter dem Mehrwert den Wert, den der Arbeiter über den Wert hinaus schafft, den er zur Bestreitung seines Lebensunterhalts bzw. zur Sicherung seines Existenzminimums vergütet erhält.

⁴ Vgl. Weber, H.K., 1980: Wertschöpfungsrechnung, Stuttgart 1989, S. 4.

⁵ Vgl. Ehlert, H. et al., 1998: Kurzfassung des Gutachtens *Möglichkeiten für die Neugestaltung der Finanzierung der Sozialversicherung über eine ‚Wertschöpfungsabgabe‘*, erstellt von einem Autorenkollektiv der pro Urban - Gesellschaft für kommunale Entwicklung mbH, in Auftrag gegeben von der PDS-Bundestagsgruppe, Berlin, Februar 1998, S. 7.

⁶ Vgl. Nicklisch, H., 1932: Die Betriebswirtschaft, 7. Auflage, Stuttgart 1932, S. 525f.

In Anlehnung an *Lehmann* wurde die Wertschöpfung auch als Differenz zwischen den Roherträgen und den Vorleistungskosten bzw. als die Summe der Arbeits-, Gemein- und Kapitalerträge definiert.⁷ Allerdings ist die Begriffsterminologie von *Lehmann* mehr als unglücklich. So definiert er den Rohertrag als die Umsatzerlöse, korrigiert um die Bestandsänderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen sowie die selbsterstellten Anlagen. Damit verwendet er eine andere Definition als den aktienrechtlichen Begriff des Rohertrages bzw. der Gesamtleistung. Die Vorleistungen sind laut *Lehmann* die Summe der Stoffkosten, der Abschreibungskosten, der Fremd- oder Außendienstkosten und der Wagniskosten. Zusätzliche Verwirrung bewirkt *Lehmann* dadurch, indem er zum einen mit dem Rohertrag einen Begriff der Aufwands- und Ertragsrechnung benutzt, zum anderen aber für die Vorleistungen Begriffe der Kosten- und Leistungsrechnung verwendet.

Die wohl bisher beste Begriffsabgrenzung der betrieblichen Wertschöpfung haben *Bußmann/Koch/Warneke* vorgelegt. Sie definieren die betriebliche Wertschöpfung als „die Summe der durch die Kombination von Produktionsfaktoren im Betrieb/Unternehmen geschaffenen Gesamtleistung abzüglich der von Dritten bezogenen Vorleistungen ... Güterwirtschaftlich ist die Wertschöpfung der periodenbezogene Produktionsbeitrag, der die im betrieblichen Leistungserstellungsprozess den Vorleistungen hinzugefügte Wertsteigerung umfasst. Sie ist Ausdruck der Leistungsfähigkeit des Betriebes und repräsentiert als Erfolgsgröße die im Leistungsprozess entstandenen Einkommen für die Arbeitnehmer, den Staat und die Kapitalgeber.“⁸

Die Wertschöpfung eines Produktionsunternehmens als Kenngröße für seine erbrachte wirtschaftliche Leistungskraft⁹ wird vom ermittelten Bruttoproduktionswert abgeleitet.

1.1.2. Definition der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung

Das begriffliche Grundverständnis im Hinblick auf die (volkswirtschaftliche) Definition der Wertschöpfung stimmt in der vorhandenen Literatur überein. Danach versteht man unter der Wertschöpfung die Summe der in

⁷ Vgl. *Lehmann, M.R., 1954: Leistungsbemessung durch Wertschöpfungsrechnung, Essen 1954, S. 12 f.*

⁸ Vgl. *Bußmann, L./Koch, W. A.S./Warneke, P., 1997: Der Wertschöpfungsbeitrag zur Finanzierung der Gesetzlichen Rentenversicherung, 2. Auflage, Frankfurt/Main - New York 1997, S. 95.*

⁹ Vgl. *Ehlert, H. et al., 1998, a.a.O., S. 7.*

einem Unternehmen, einem öffentlichen oder privaten Haushalt, einem Sektor oder in einer Volkswirtschaft entstandenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen.¹⁰ Die Wertschöpfung umfasst in der VGR „alle in einer Periode entstandenen Faktoreinkommen (Löhne, Gehälter, Zinsen, Mieten, Pachten, Vertriebsgewinne) und entspricht dem Volkseinkommen.“¹¹ Zur Ableitung der Wertschöpfung eines Produktionsunternehmens¹² geht man zunächst vom Bruttoproduktionswert aus:

	1. Käufe von Vorleistungen 1.1 aus dem Ausland 1.2 von inländischen Unternehmern		1. Verkäufe von Vorleistungen 1.1 an Unternehmen 1.2 an Staat		
Netto- produk- tions- wert	2. Abschreibungen		2. Verkäufe Konsumgüter an Haushalte	Brutto- produk- tions- wert	
	3. Indirekte Steuern minus Subventionen		3. Verkäufe Investitionsgüter 3.1 an Unternehmen 3.2 an Staat		
		4.1 Löhne und Gehälter			4. Verkäufe von Vorprodukten zur Lageraufstockung an Unternehmen
	4. Wert-schöpfung	4.2 Zinsen			5. Bestandsänderungen an eigenen Erzeugnissen
		4.3 Verteilter Gewinn			6. Selbsterstellte Anlagen
		4.4 Unverteilt. Gewinn			7. Verkäufe an das Ausland

Abb. 1: Produktionskonto eines Unternehmens U für das Jahr t ¹³⁾

Der Bruttoproduktionswert ist der Wert aller mit Marktpreisen bewerteten Verkäufe von Gütern und Dienstleistungen einschließlich der zu Herstellkosten bewerteten Bestandsänderungen an eigenen Erzeugnissen und der selbst erstellten Anlagen. Von dem ermittelten Bruttoproduktionswert

¹⁰ Vgl. Stobbe, A., 1976: Volkswirtschaftslehre I: Volkswirtschaftliches Rechnungswesen, 4. Auflage, Berlin - Heidelberg - New York 1976, S. 331; Weber H.K., 1980, a.a.O., S. 4.

¹¹ Vgl. Rürup, B., 1991: Fischer Wirtschaftslexikon, Frankfurt/Main, Dezember 1991, S. 246.

¹² Vgl. Stobbe, A., 1976, a.a.O., S. 99 f.

¹³ Quelle: Bußmann, L./Koch, W. A.S./Warneke, P., 1997: Der Wertschöpfungsbeitrag zur Finanzierung der Gesetzlichen Rentenversicherung, 2. Aufl., Frankfurt a. M. - New York 1997, S. 93 und 214; Stobbe, A., 1976: Volkswirtschaftslehre I: Volkswirtschaftliches Rechnungswesen, 4. Aufl., Berlin - Heidelberg - New York 1976, S. 126.

werden zunächst die Käufe von Vorleistungen subtrahiert. Damit erhält man als erste Saldogröße den sog. Nettoproduktionswert, der auch Bruttowertschöpfung genannt wird.

Wertschöpfung und Inlandsprodukt		
	Verkäufe von Waren und Dienstleistungen aus eigener Produktion (Sowie von Handelswaren)	
÷	Bestandsänderungen von Halb- und Fertigwaren aus eigener Produktion	
÷	Wert der selbsterstellten Anlagen	8.692
=	Produktionswert einschließlich Handelswaren	6.820
÷	Vorleistungen	- 3.267
=	Bruttowertschöpfung (unbereinigt) (Summe der Wirtschaftsbereiche)	≈ 3.553
÷	unterstellte Bankdienstleistungen	- 138
=	Bruttowertschöpfung (bereinigt)	≈ 3.416

÷	(Netto-)Gütersteuern	- 388
÷	Gütersteuern; nicht abzugsfähige Umsatzsteuer, Importabgaben, Verbrauchsabgaben, Versicherungssteuer, Vergnügungssteuer u.a.m. Gütersubventionen	- 20
=	Bruttoinlandsprodukt	= 3.784
÷	Abschreibungen	- 562
=	Nettoinlandsprodukt	= 3.223
	*Nettoproduktionsabgaben (Produktions- und Importabgaben abzgl. Subventionen)	* 383
	*Arbeitnehmerentgelt (Inland)	* 2.004
	*Betriebsüberschuss / Selbständigeneinkommen	* 836

Inlandsprodukt, Nationaleinkommen und Volkseinkommen		
=	Bruttoinlandsprodukt	= 3.784
÷	Primäreinkommen aus der übrigen Welt	- 151
=	Bruttonationaleinkommen (Bruttosozialprodukt)	= 3.754
÷	Abschreibungen	- 562
=	Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	= 3.193
÷	Produktions- und Importabgaben (vom Staat empfangen)	- 439
÷	Subventionen (vom Staat geleistet)	- 69
=	Volkseinkommen	= 2.823
	*Arbeitnehmerentgelt (Inländer)	* 2.002
	*Unternehmens- und Vermögenseinkommen	* 821

Abb. 2: Bruttowertschöpfung in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Zahlen für 1998 in Mrd. DM)

Von dem ermittelten Nettoproduktionswert werden in einem zweiten Schritt die Abschreibungen sowie die indirekten Steuern, verkürzt um die Subventionen, abgezogen. Damit erhält man als zweite Saldogröße die Nettowertschöpfung. Die Nettowertschöpfung setzt sich aus den Löhnen und den Gehältern, den Zinsen, dem ausgeschütteten und dem nicht ausgeschütteten Gewinn sowie den direkten Steuern zusammen.

Die Bruttowertschöpfung kann gemäß der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung aus dem Bruttoproduktionswert einer Periode abzüglich der erbrachten Vorleistungen berechnet werden. Damit entspricht die Bruttowertschöpfung dem Bruttoinlandsprodukt nach Abzug von nichtabzugsfähigen Umsatzsteuern und Einfuhrabgaben.¹⁴

Mit der Bruttowertschöpfung wird die gesamte volkswirtschaftliche Leistung (der neu geschaffenen Werte) abgebildet, unabhängig von ihrer Verteilung auf verschiedene Einkommensarten, Steuern, Abgaben und Investitionen. Sie beinhaltet die Löhne, Gehälter und die heutigen Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen, auch die „Betriebsüberschüsse“ und Selbständigeneinkommen sowie ihre Verteilungsgrößen (verbliebene und entnommene Gewinne und „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“).¹⁵

Mit der Bruttowertschöpfung, die für die Unternehmen ermittelt wird, wird das Nettoergebnis der Produktionstätigkeit und damit der Beitrag des Unternehmens zum Sozialprodukt gemessen.

¹⁴ Vgl. Abb. 2. Quelle: Christen, Ch./Kahrs, H./Weise, K. 2000: Wertschöpfungsabgabe statt lohnbezogener Arbeitgeberanteile zu den gesetzl. Sozialversicherungen, Berlin 2000, S. 7 und 27

¹⁵ Vgl. Abb. 3; vgl. Christen, Ch./Kahrs, H./Weise, K., 2000, a.a.O., S. 7.

Zusammensetzung des Volkseinkommens Steuern, Abgaben, Nettoeinkommen		
	Betriebsüberschuss / Selbständigeneinkommen	836
	Betriebsüberschuss Kapitalgesellschaften (Saldo finanzielle / nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften)	351
+	empfangene Vermögenseinkommen (Zinsen, Ausschüttungen...)	+ 780
-	geleistete Vermögenseinkommen (ohne Ausschüttungen, Entnahmen.)	- 606
=	Unternehmensgewinne	525
	< Einkommens- und Vermögenssteuer	< 52
	< Geleistete Ausschüttungen und Entnahmen	< 413
	< im Unternehmen verbliebene Gewinne	< 112

	Selbständigeneinkommen (Priv. Haushalte o. Arbeitnehmerentgelt)	488
-	Geleistete Zinsen	- 181
+	Empfangene Zinsen	+ 120
+	Empfangene Ausschüttungen und Entnahmen	+ 303
+	Empfangene Vermögenseinkommen aus Versicherungsverträgen	+ 80
-	Geleistete Pachteinkommen	- 2
+	Empfangene Pachteinkommen	+ 4
=	Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	812
-	Einkommens- und Vermögenssteuer (ohne Lohnsteuer)	- 56
=	Nettoeinkommen Unternehmertätigkeit und Vermögen	= 703

	Arbeitnehmerentgelt (Inländer)	2.002
-	Tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitgeber	- 349
-	Unterstellte Sozialbeiträge der Unternehmer	- 47
=	Bruttolöhne und Gehälter	= 1.606
-	Sozialbeiträge der Arbeitnehmer	- 268
-	Lohnsteuer der Arbeitnehmer	- 316
=	Nettolöhne und -gehälter	= 1.039

Abb. 3: Zusammensetzung des Volkseinkommens ¹⁶

In der volkswirtschaftlichen Literatur wurde lange ein Streit darüber geführt, ob die Bruttowertschöpfung, die Nettowertschöpfung, die Summe aus Bruttolohn- und -gehaltssumme plus Abschreibungen oder eine andere Größe als alternative Bemessungsgrundlage für die Festsetzung der Arbeitgeberbeiträge gewählt werden sollte. Brutto- und Nettowertschöpfung unterscheiden sich vor allem durch die Abschreibungen; folglich ist die Entscheidung davon abhängig, inwieweit die Abschreibungen einen Bezug zur Leistung des Unternehmens haben.

¹⁶ Quelle: Christen, Ch./Kahrs, H./Weise, K., 2000, a.a.O., S. 28

1.2. Bundeshaushalt, direkte Steuern, Staats- und Sozialquote

Der Bundeshaushaltsplan muss gemäß Artikel 110 des Grundgesetzes jährlich oder zweijährlich vom Deutschen Bundestag für das kommende Jahr oder die kommenden zwei Jahre beschlossen werden. Der Haushaltsplan des Bundes gliedert die Einnahmen und Ausgaben des Bundes nach Ressorts und Fallgruppen. Gegenwärtig umfasst der Bundeshaushaltsplan Ausgaben in Höhe von 283,2 Mrd. € (2008) bzw. 290,0 Mrd. € (2009).¹⁷

Die Staatsquote ist eine Kennzahl, die den Anteil der staatlichen und staatlich bedingten wirtschaftlichen Aktivität an der wirtschaftlichen Gesamtleistung einer Volkswirtschaft aufzeigt. Sie wird als das Verhältnis der Summe der Haushaltsausgaben von Bund, Ländern und Kommunen sowie der gesetzlichen Sozialsysteme zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) definiert.

Je nachdem, ob man eine weite oder eine enge Definition der Staatsquote anlegt, kann man diese wie folgt berechnen:

$$\frac{C_{\text{Staat}} + I_{\text{Staat}}}{Y} \quad \text{bzw.} \quad \frac{C_{\text{Staat}} + I_{\text{Staat}} + Z + S}{Y}$$

(Y = Bruttoinlandsprodukt; C_{Staat} = Konsum des Staates; I_{Staat} = Investitionen des Staates; S = Ausgaben für Sozialtransfers und Subventionen; Z = Zinsausgaben).

Die Staatsquote in der Bundesrepublik lag im Jahr 2005 beispielsweise bei 46,8 %.¹⁸

Die Sozialquote (oder Sozialleistungsquote) wird ermittelt, indem die Sozialleistungen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt gesetzt werden. Mit dieser statistischen Größe wird gemessen, welcher Anteil am Bruttoinlandsprodukt für soziale Zwecke verwendet wird. Nachdem die Sozialquote in der Bundesrepublik von 26,8 % (1972) auf 32,3 % anstieg, ging sie bis zum Jahr 2006 wieder auf 30,3 % zurück.

¹⁷ Vgl. Bundesministerium der Finanzen, 2009: Gesamtplan des Bundeshaushaltsplans 2009, S. 4.

¹⁸ Vgl. Statistisches Bundesamt, 2006: Anteil der Gesamtausgaben des Staates am Bruttoinlandsprodukt (Stand: 1. November 2006).

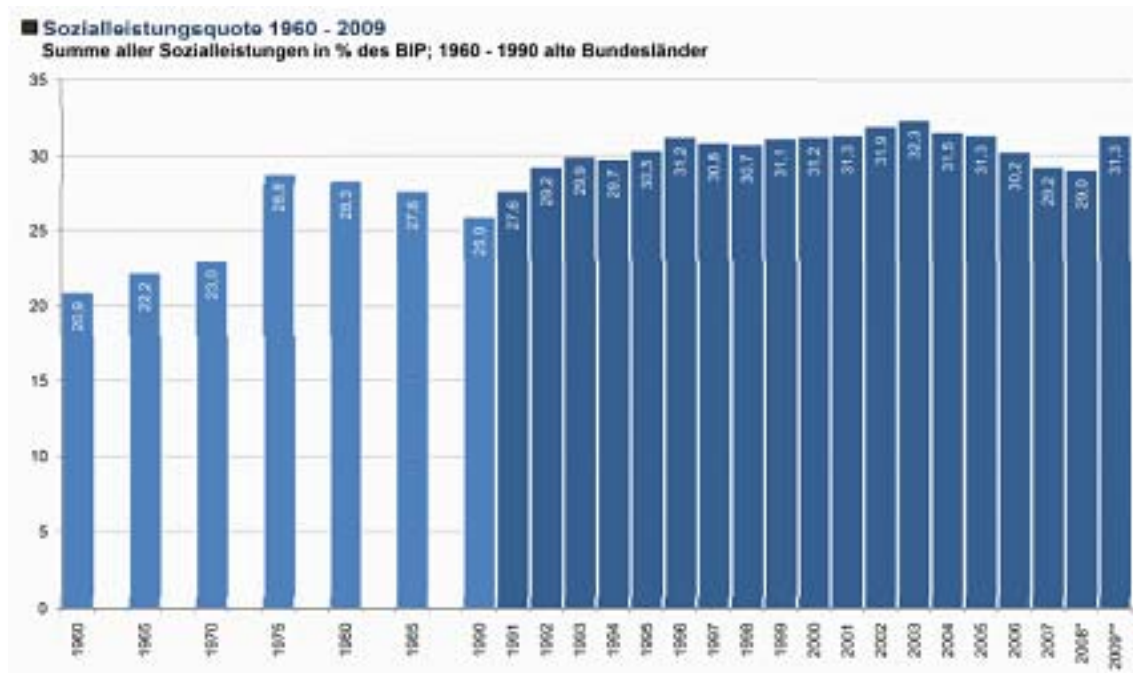


Abb. 4: Entwicklung der Sozialleistungsquote in Deutschland ¹⁹⁾

Steuern sind eine Geldleistung, die ein öffentlich-rechtliches Gemeinwesen allen Personen zur Erzielung von Einnahmen auferlegt. Damit sind die Steuern eine öffentlich-rechtliche Abgabe, denen keine bestimmte staatliche Leistung gegenübersteht und die alle Personen ohne Ansehen der Person zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs zahlen müssen, die den Tatbestand der Steuerpflicht erfüllen. Dabei haben die Personen, die die Steuer erbringen müssen, keinen Anspruch auf eine individuelle Gegenleistung.

Man unterscheidet (in Bezug auf die wirtschaftliche Belastung) direkte und indirekte Steuern. Bei den direkten Steuern sind der Steuerschuldner und der -träger identisch, während bei den indirekten Steuern die Steuerlast vom Steuerschuldner auf den -träger überwältzt wird. In Deutschland gehören z.B. die Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer, der Solidaritätszuschlag und der Zinsabschlag zu den direkten Steuern, die Steuern auf das Einkommen und das Vermögen darstellen. Die Steuerquote, d.h. der Anteil der erhobenen Steuern im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen

¹⁹ Quelle: Sozialbudget 2009, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Berlin 2010, zitiert nach: Sozialpolitik aktuell, 2010: Grafiken zur Sozialpolitik: Entwicklung der Sozialleistungsquote in Deutschland, in: http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Finanzierung/

oder dem Bruttoinlandsprodukt, betrug in Deutschland im Jahr 2007 (nach unterschiedlichen Erhebungsmethoden) 22,2 % bzw. 23,8 %.²⁰

2. Wertschöpfungsabgabe

2.1. Neue Finanzierungsquellen für die sozialen Sicherungssysteme durch Einführung einer Wertschöpfungsabgabe?

Es gilt zu untersuchen, welche Gründe für eine Umbasierung der Arbeitgeberbeiträge sprechen und welche Absichten damit verfolgt werden:

Angesichts der Erosion ihrer Finanzierungsbasis wird über neue Finanzierungsquellen für die sozialen Sicherungssysteme nachgedacht. Ein Vorschlag, der in diesem Zusammenhang auf die Tagesordnung gesetzt wird, ist die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe. Die von den Unternehmen zu leistenden Beiträge für die sozialen Sicherungssysteme würden dann nicht mehr auf Basis der gezahlten Lohn- und Gehaltssumme berechnet werden, sondern in Abhängigkeit vom produzierten bzw. Dienstleistungen erbrachten Neuwert, d.h. von der Wertschöpfung.

Mit dem „radikal-reformistischen“ Vorschlag, die Sozialabgaben der Unternehmen nicht mehr nach ihrer Lohnsumme, sondern nach ihrer Wertschöpfung zu berechnen, ist die Intention verbunden, (aus sozialen Gründen) die Beiträge der Unternehmen für die sozialen Sicherungssysteme nicht weiter zu reduzieren, gleichzeitig aber kleine und mittlere, arbeitsintensiv produzierende Unternehmen, für die die Höhe der Lohnnebenkosten tatsächlich ein Ärgernis darstellt, nicht weiter zu belasten.

Das bestehende soziale Sicherungssystem basiert auf dem Grundgedanken, dass die Zahl der abhängig Beschäftigten und folglich die Lohnsumme eines Unternehmens ein wesentliches Kriterium für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Unternehmens und für die sozialen Risiken sind, die mit der Arbeit am Ort der betrieblichen Tätigkeit verbunden sind. Die Basisgröße „Löhne und Gehälter“ als Bemessungsgrundlage für die Festlegung der Arbeitgeberbeiträge ist nach Auffassung der Kritiker des gegenwärtigen Finanzierungssystems kein gerechter Maßstab für die Bestimmung der Höhe der Sozialbeiträge, die von den Arbeitgebern getragen werden muss. Während bei den Arbeitnehmern noch ein direkter Zusammenhang zwi-

²⁰ Vgl. Bundesministerium der Finanzen, 2008: Monatsbericht des Bundesministeriums der Finanzen, Februar 2008, S. 121 und 127.

schen der erbrachten Leistung und der Höhe der Sozialbeiträge besteht, ist das bei den Arbeitgeberbeiträgen nicht der Fall.²¹

Die Debatten über die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe bzw. einer Maschinensteuer reichen bis in die Mitte der 1970er Jahre zurück. Bis Ende der 1980er Jahre spielte dieser Vorschlag in der Öffentlichkeit eine wichtige Rolle, wobei es allerdings aufgrund von Bedenken nicht zu einer konkreten Umsetzung kam.

Mitte der 1990er Jahre wurde der Vorschlag der Einführung einer Wertschöpfungsabgabe von der PDS-Bundestagsfraktion²² aufgegriffen. Die Erhebung der Sozialbeiträge müsse laut *Ehlert et al.* nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Betriebe erfolgen. Die Beteiligung der Arbeitgeber am gesamten Beitragsaufkommen der Sozialversicherung sei aber bei dem jetzigen System, das die (Brutto-)Lohn- und Gehaltssumme als Basis hat, im Hinblick auf ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sehr verschieden. Arbeitsintensive Unternehmen würden im Verhältnis zu ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit stärker belastet werden als die kapitalintensiven. Eine Umbasierung der Beitragsfinanzierung durch die Arbeitgeber wäre zu unterstützen, weil damit besser an die wirtschaftliche Leistungskraft der Unternehmen angeknüpft werden könnte.²³

Weiter wurde mit dem Argument der gesellschaftlichen Solidarität argumentiert. Auch die entwickelten, kapitalintensiven Betriebe, die im Hinblick auf ihre wirtschaftliche Leistungskraft verhältnismäßig geringe Sozialabgaben zahlen, seien auf das gesellschaftliche Solidarsystem sowie auf motivierte Arbeitnehmer angewiesen. Gerade sie seien es, die das System der sozialen Sicherung nutzen, wenn sie Beschäftigte wegrationalisieren. Es sei nicht zu begründen, dass jene Unternehmen, die mit am meisten vom Solidarsystem partizipieren, mit am wenigsten zu seiner Finanzierung beitragen würden.

²¹ Vgl. Ehlert, H. et al., 1998: Kurzfassung des Gutachtens Möglichkeiten für die Neugestaltung der Finanzierung der Sozialversicherung über eine ‚Wertschöpfungsabgabe‘, erstellt von einem Autorenkollektiv der pro Urban - Gesellschaft für kommunale Entwicklung mbH im Auftrag der PDS-Bundestagsgruppe, Berlin, Februar 1998, S. 4.

²² Vgl. zur Argumentation der PDS-Bundestagsfraktion z.B. Ad-hoc-Gruppe „Wertschöpfungsabgabe“ der PDS-Bundestagsfraktion, 1999: Wertschöpfungsabgabe - Argumente und Daten, Berlin, November 1999, S. 1ff.; Ehlert, H. et al., 1998, a.a.O., S. 1ff.

²³ Vgl. Ehlert, H. et al., 1998, a.a.O., S. 4.

Zudem wirken sich die Beitragssatzsteigerungen auch auf jene Unternehmen aus, die in weniger dynamischen, kapitalintensiven Branchen tätig sind und in überdurchschnittlichem Maße Lohnanteile haben. Schaffen dynamischere, kapitalintensivere Sektoren nicht mehr neue Arbeitsplätze entsprechend ihres Wertschöpfungszuwachses, so verschlechtern sich (im Hinblick auf die Beitragsbelastung) auch die Bedingungen für jene Sektoren, die nicht die Möglichkeit zur Wertschöpfungssteigerung haben.²⁴

Die Umbasierung der Arbeitgeberbeiträge auf eine wertschöpfungsbezogene Bemessungsgrundlage wird auch deshalb angestrebt, weil unterstellt wird, dass die bisherige lohnbezogene Bemessung der Arbeitgeberbeiträge beitragsinduzierte Rationalisierungsinvestitionen fördern würde. Nach Ansicht der Kritiker des bisherigen Systems begünstigt die relativ geringe Abgabenbelastung der kapitalintensiven Unternehmen den Einsatz des Faktors Kapital anstelle des Faktors Arbeit, da der Kapitaleinsatz bei der Berechnung der Sozialbeiträge nicht zu Buche schlägt.²⁵ Die These, wonach die lohnbezogene Beitragsbemessung über eine zunehmende Belastung des Faktors Arbeit den Rationalisierungsdruck erhöhe, fand vor dem Hintergrund der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit viele Anhänger. Die lohnbezogene Beitragsbemessung würde zusätzliche Anreize schaffen, die Arbeitnehmer durch Maschinen zu ersetzen.

Ein langfristiger Entwicklungstrend besteht darin, dass arbeitsintensive Produktionsverfahren durch kapitalintensivere ersetzt werden. Die forcierte Ersetzung des Faktors Arbeit durch den Faktor Kapital, aber auch die anhaltende Schwäche der Gewerkschaften, führte zu einer „Erosion der Lohnsumme“ und damit auch zur Erosion der Finanzierungsgrundlage (der Basisgröße „Lohn“) für die sozialen Sicherungssysteme.²⁶ Die langfristige

²⁴ Vgl. Ad-hoc-Gruppe-„Wertschöpfungsabgabe“ der PDS-Bundestagsfraktion, 1999, a.a.O., S. 4.

²⁵ Vgl. Scherf, W., 1987: Die beschäftigungspolitische und fiskalische Problematik der Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung. Eine Auseinandersetzung mit der Kritik an der lohnbezogenen Beitragsbemessung, Finanzwissenschaftliche Schriften, Band 32, Frankfurt/Main 1987, S. 11 ff.; Frank, M., 1976: Substitution de la valeur ajoutée aux salaires comme base de calcul des cotisations des employeurs à la sécurité sociale, in: Cahiers Economiques de Bruxelles 18/1976, S. 437ff., Übersetzung in: Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung e.V., Informationsdienst Nr. 122, Mai 1979, S. 7-16, S. 9.

²⁶ Vgl. Rürup, B., 1980: Finanzpolitische Konsequenzen und Optionen, in: Besters, H. (Hrsg.), Bevölkerungsentwicklung und Generationenvertrag, Baden-Baden 1980, S. 37-65, S. 58.

Aushöhlung der Beitragsbemessungsgrundlage „Lohn“ erzwingt laut den Befürwortern der Reform geradezu die Anpassung des sozialen Sicherungssystems an die neuen Produktionsmethoden: „Wird das Sozialprodukt nicht mehr überwiegend von menschlichen Arbeitskräften geschaffen, sondern überwiegend von automatisierten ... Maschinen, so müssen diese - als die Schöpfer des Sozialprodukts - auch zur Finanzierung der Sozialversicherung nach Maßgabe ihres Beitrags zum Sozialprodukt herangezogen werden.“²⁷

Weiter erhofft man sich von der Umbasierung der Arbeitgeberbeiträge auf eine wertschöpfungsbezogene Bemessungsgrundlage eine höhere Ertragskraft und Stetigkeit der Einnahmeströme für die Sozialversicherung. Eine Voraussetzung für die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe ist aber, dass die These von der sinkenden Lohnquote auch für die folgenden Perioden zutrifft.²⁸

2.2. Berechnung der Größe ‚Bruttowertschöpfung‘ im Falle der Einführung einer Wertschöpfungsabgabe

Bei der Einführung einer Wertschöpfungsabgabe erfolgt die Umstellung der Arbeitgeberbeiträge von einer lohn- auf eine wertschöpfungsbezogene Bemessungsgrundlage. Wird die Wertschöpfungsabgabe eingeführt, könnte das in Deutschland dominierende System des staatlichen Umlageverfahrens grundsätzlich beibehalten werden. Lediglich die Basen für die Beitragsermittlung müssten umgestellt werden.

Die Wertschöpfung lässt sich prinzipiell auf zwei Arten ermitteln: durch die subtraktive und die additive Methode. Bei der subtraktiven Methode, die dem Mehrwertsteuersystem ähnelt, geht man von den Umsatzerlösen (Erhebung auf Basis der Umsatzsteuerermittlung) aus und zieht die Vorleistungen ab; daraus ergibt sich die Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen:²⁹

²⁷ Köhler, H., 1979: Eine ergänzende Finanzierungsmethode für die Rentenversicherung, in: Der Betriebs-Berater (BB), Heft 7, 1979, S. 333- 339, S. 337.

²⁸ Vgl. Ditz, J., 1985: Maschinensteuer - Ein Trojanisches Pferd für die österreichische Gewerkschaftsbewegung, in: Finanznachrichten, Wien, 1985, S. 1.

²⁹ Vgl. Breuss, F./Schebeck, F./Walterskirchen, E., 1997: Wertschöpfungsabgabe als Alternative zu lohnbezogenen Dienstgeberbeiträgen zum Familienlastenausgleichsfonds, Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag der Bundesarbeiterkammer, Wien, Februar 1997, S. 10; Ehlert, H. et al., 1998, a.a.O., S. 9; Vorbach, J., 2001, a.a.O., S. 167.

Umsätze bzw. Handelswarenerlöse
- Vorleistungen
= Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen
+ Subventionen
- indirekte Steuern
= Bruttoinlandsprodukt zu Faktorkosten (Bruttowertschöpfung)

Abb. 5: Einfaches Berechnungsschema zur Ermittlung der Bruttowertschöpfung als Bemessungsgrundlage des Arbeitgeberanteils (subtraktiv)³⁰

Bei der additiven Methode erfolgt die Erhebung der Wertschöpfung nach der Einkommens- bzw. Körperschaftssteuerbilanz. Bei dieser Ermittlungsmethode geht man von der Lohn- und Gehaltssumme aus und addiert noch alle übrigen Komponenten der Wertschöpfung, die in die Bemessungsgrundlage mit einbezogen werden sollen, dazu.³¹ Die Bruttowertschöpfung kann wie folgt berechnet werden:

Lohn- und Gehaltssumme
+ Abschreibungen
+ Gewinne
+ Fremdkapitalzinsen, Mieten und Pachten
+ Steuern
= Bruttowertschöpfung

Abb. 6: Einfaches Berechnungsschema zur Ermittlung der Bruttowertschöpfung als Bemessungsgrundlage des Arbeitgeberanteils (additiv)³²

Ich spreche mich an dieser Stelle prinzipiell für die additive Methode aus, bei der die einzelnen Komponenten der Wertschöpfung aufaddiert werden. Dabei besteht auch die Möglichkeit, politisch zu entscheiden, welche Komponenten in die Bemessungsgrundlage einbezogen werden. Zu-

³⁰ Quelle: Breuss, F./Schebeck, F./Walterskirchen, E., 1997: Wertschöpfungsabgabe als Alternative zu lohnbezogenen Dienstgeberbeiträgen zum Familienlastenausgleichsfonds, Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag der Bundesarbeiterkammer, Wien, Februar 1997, S. 10

³¹ Vgl. Breuss, F./Schebeck, F./Walterskirchen, E., 1997, a.a.O., S. 14; Ehlert, H. et al., 1998, a.a.O., S. 8.

³² Quelle: Vorbach, J., 2001: Wertschöpfungsabgabe zur Sicherung der Altersvorsorge, in: WISO, 24. Jg., Heft 3, 2001, S. 159- 173, S. 168.

dem ist diese Methode aus Gründen der Praktikabilität vorzuziehen.³³ Andere Autoren lehnen die subtraktive Methode mit dem Argument ab, dass sie aufgrund ihrer Ähnlichkeit zum Mehrwertsteuer EU-rechtlich bedenklich wäre.³⁴

2.3. Ergebnisse der Studien im Hinblick auf die Umstellung auf wertschöpfungsbezogene Arbeitgeberbeiträge

Die Studien, die die ökonomischen Auswirkungen der Umbasierung der Arbeitgeberbeiträge untersuchten, kamen zu stark divergierenden Ergebnissen.

Zunächst ist es unstrittig, dass mit der Umstellung der Bemessungsgrundlage ein Beitrag zu mehr Gerechtigkeit bei der Beitragserhebung, gemessen an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Unternehmen, geleistet werden würde. Derzeit sind die lohnintensiven Unternehmen benachteiligt und die kapital- und gewinnintensiven Unternehmen begünstigt. In jedem Fall werden die arbeitsintensiven Unternehmen bei dieser Reform entlastet, die kapitalintensiven stärker belastet.

Eine Umbasierung der Arbeitgeberbeiträge hätte auch unmittelbare Auswirkungen auf die Belastung der einzelnen Sektoren. Zu den Gewinern einer Umstellung der Arbeitgeberbeiträge auf eine wertschöpfungsbezogene Bemessungsgrundlage gehören arbeitsintensive Branchen wie z.B. die Sachgüterproduktion, die Sektoren Handel und Verkehr sowie der personalintensive Dienstleistungssektor. Mit zusätzlichen Belastungen müssten dagegen die kapitalintensiven Bereiche wie z.B. die Landwirtschaft, die Energieerzeugung und -versorgung, die Wohnungsvermietung sowie der Bereich Banken und Versicherungen rechnen.³⁵

Das wichtigste Argument, das zugunsten der Umbasierung der Arbeitgeberbeiträge vorgebracht werden kann, besteht darin, dass mit der Umstellung der Bemessungsgrundlage ein Beitrag zu einem ergiebigeren und stetigeren Beitragsaufkommen geleistet wird. Eine wertschöpfungsbezogene

³³ Vgl. Ehlert, H. et al, 1998, a.a.O., S. 10.

³⁴ Vgl. Walterskirchen, E., 1998: Zur Wertschöpfungsabgabe, in: UnternehmensGrün (Hrsg.), Wertschöpfungsabgabe als Alternative zur lohnbezogenen Finanzierung der Sozialversicherung, Reader zum Hearing am 25. März 1998, Stuttgart 1998, S. 5- 11, S. 6 f.

³⁵ Vgl. Vorbach, J., 2001, a.a.O., S. 170.

Bemessungsgrundlage wäre wohl (geringfügig) ergiebiger und stetiger als lohnbezogene Bemessungsgrundlagen.³⁶

Im Hinblick auf die Beschäftigungswirkungen dieser Reform würden sich kurzfristig positive Beschäftigungseffekte ergeben. Begründet wird dies mit der Senkung der Arbeitskosten. Wird der Arbeitgeberbeitrag zur Gesetzlichen Rentenversicherung nicht mehr vom Arbeitslohn berechnet, so verringerten sich die Sozialabgaben für eine menschliche Arbeitskraft.³⁷ Verteuert sich der Faktor Kapital und verbilligt sich der Faktor Arbeit, so ist damit zu rechnen, dass Rationalisierungsinvestitionen verlangsamt werden und der teurer gewordene Faktor Kapital durch den Faktor Arbeit substituiert wird.³⁸ Inwieweit sich aus der Umbasierung auf wertschöpfungsbezogene Arbeitgeberbeiträge langfristig tatsächlich positive Beschäftigungseffekte ergäben, bleibt fraglich.

Aus dem Blickwinkel der sozialen Gerechtigkeit wäre der Ansatz der Umbasierung der Arbeitgeberbeiträge zu begrüßen. Geht man vom Prinzip der gesellschaftlichen Solidarität aus, so sind auch die entwickelten kapitalintensiven Unternehmen, die im Hinblick auf ihre wirtschaftliche Leistungskraft verhältnismäßig geringe Sozialbeiträge zahlen, auf das gesellschaftliche Solidarsystem und motivierte Arbeitnehmer angewiesen, die sich keine Angst um ihr Alter, Krankheit oder Arbeitslosigkeit machen müssen.

2.4. Einwände gegen die Wertschöpfungsabgabe

Bei einer Umstellung der Bemessungsgrundlage zur Erhebung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung könnten sicherlich administrative Probleme auftauchen, die aber insgesamt nicht sehr gravierend sind. Die erforderlichen Unterlagen und Daten, die für die Ermittlung der jeweiligen Wertschöpfung erforderlich sind, stehen bereits heute zur Verfügung.

³⁶ Vgl. Krelle, W./Elixmann, D. et al., 1985: Der Maschinenbeitrag, Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen alternativer Bemessungsgrundlagen für die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, Tübingen 1985, S. 6; Schmähl, W./Henke, K.-D./Schellhaaß, H.-M., 1984: Änderung der Beitragsversicherung in der Rentenversicherung?, Ökonomische Wirkungen des „Maschinenbeitrags“, Baden-Baden 1984, S. 99 ff.

³⁷ Vgl. Kubka, G., 1989: Der Wertschöpfungsbeitrag, WISO-Dokument Nr. 20, Linz 1989, S. 13.

³⁸ Vgl. Vorbach, J., 2001, a.a.O., S. 170.

Die Umstellung der Bemessungsgrundlage für die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung wäre bei einer aufkommensneutralen Umbasierung mit einer Verteuerung der Kapitalnutzung gekoppelt. Eine Verteuerung des Faktors Kapital hätte allerdings auch Auswirkungen auf die Rentabilität der Investitionen und würde zu einem Anstieg der Rentabilitätsschwelle führen. Folglich wäre als Resultat mit einem tendenziellen Rückgang der Real-kapitalbindung zu rechnen.

Der Haupteinwand gegen die Wertschöpfungsabgabe besteht darin, dass die Investitionstätigkeit zurückgeht und sich (im internationalen Maßstab) der Zuwachs der Arbeitsproduktivität verringert. Ist diese Argumentation stimmig, würde die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes abnehmen, was in letzter Konsequenz zu einer Absenkung der Nachfrage, einem dadurch ausgelösten Beschäftigungsrückgang und einem verringerten Beitragsaufkommen für die Sozialversicherung führen könnte.³⁹

Durch die Umstellung auf wertschöpfungsbezogene Arbeitgeberbeiträge würden jene Unternehmen, die ein geringes Produktivitätswachstum aufweisen, im Hinblick auf ihre Kostensituation entlastet werden. Im Gegensatz dazu wären Wachstumsindustrien von derartigen Maßnahmen negativ betroffen, da sie durch ein hohes Investitionsvolumen und die rasche Umsetzung technischer Innovationen gekennzeichnet sind. Folglich würde eine derartige veränderte Belastungsverteilung langfristig zur Beeinträchtigung des Strukturwandels führen.⁴⁰

Ein weiterer Einwand gegen die Wertschöpfungsabgabe ist die Gefahr, dass durch die Verteuerung des Kapitals der Einsatz neuer Technologien und die Investitionen in F&E-Technologien behindert werden. Es ist davon auszugehen, dass bei der Einführung einer Wertschöpfungsabgabe die Nutzungsdauer der Anlagen tendenziell zunehmen würde.⁴¹

Aus wettbewerbspolitischer Sicht wäre (infolge der Umstellung auf wertschöpfungsbezogene Arbeitgeberbeiträge) mit Belastungsverschiebungen zwischen den Wirtschaftssektoren zu rechnen. Problematisch ist in diesem Zusammenhang, dass davon besonders wettbewerbsfähige Arbeitsplätze in Wirtschaftszweigen mit einem hohen Kapitaleinsatz negativ betroffen wä-

³⁹ Vgl. Huber, G., 1996: Die Wertschöpfungsabgabe, Graz 1996, S. 60; Krelle, W./Elixmann, D. et al., 1985, a.a.O., S. 6.

⁴⁰ Vgl. Huber, G., 1996, a.a.O., S. 60, Krelle, W./Elixmann, D. et al., 1985, a.a.O., S. 6.

⁴¹ Vgl. Krelle, W./Elixmann, D. et al., 1985, a.a.O., S. 47.

ren.⁴² Argumente im Hinblick auf eine „Technologiestrafsteuer“ sind dagegen weit übertrieben.⁴³

3. Fazit der Untersuchung

Ich komme zu dem Schluss, dass die Grundüberlegung, neue Finanzierungsquellen für die Sozialversicherung zu erschließen, in jedem Fall unterstützt werden sollte. Allerdings sind weitere Studien und Überlegungen im Hinblick auf eine Ausdifferenzierung des (neuen) Systems, Ausnahmeregelungen für stark belastete Bereiche und eine differenzierte Umsetzung der Wertschöpfungsabgabe notwendig. Denn neben unbestreitbaren Vorteilen (mehr Gerechtigkeit bei der Beitragsfinanzierung, größere finanzielle Ergiebigkeit und Stetigkeit) ist das gesamte Projekt mit Risiken verbunden (extreme Zusatzbelastung für die Wohnungsvermietung, Belastung innovativer Unternehmen, Verlangsamung der Arbeitsproduktivität im internationalen Wettbewerb), die die Gesamtbeurteilung des Projektes erschweren.

Je nachdem, ob man Anhänger oder Gegner dieses Reformvorschlages ist, werden die verschiedenen Argumente ins Feld geführt. Die Gegner der Wertschöpfungsabgabe heben hervor, dass infolge der Einführung der Wertschöpfungsabgabe über die Verteuerung der Kapitalnutzung die Investitionen gebremst, das Wachstum verlangsamt und der technische Fortschritt gebremst werden. Die Befürworter halten den Gegnern entgegen, dass sich aufgrund der geringeren Arbeitskosten die preisliche Wettbewerbsfähigkeit verbessern würde, Rationalisierungsinvestitionen verlangsamt und bestehende Barrieren gegen Neueinstellungen gelockert würden.⁴⁴ Wer für die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe eintritt, müsste Antworten auf diese ungelösten Problemkreise geben.

Literatur

Ad-hoc-Gruppe-„Wertschöpfungsabgabe“ der PDS-Bundestagsfraktion, 1999: Wertschöpfungsabgabe – Argumente und Daten, Berlin, Nov. 1999.

Breuss, F./Schebeck, F./Walterskirchen, E., 1997: Wertschöpfungsabgabe als Alternative zu lohnbezogenen Dienstgeberbeiträgen zum Familienlas-

⁴² Vgl. Huber, G., 1996, a.a.O., S. 60.

⁴³ Vgl. Bruno-Latocha, G., 1999: Finanzierung der Sozialversicherung über eine Wertschöpfungsabgabe?, Anmerkungen aus volkswirtschaftlicher Sicht, in: Deutsche Rentenversicherung, Heft 10-11, 1999, S. 633- 649, S. 636.

⁴⁴ Vgl. Vorbach, J., 2001, a.a.O., S. 171.

tenausgleichsfonds, Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag der Bundesarbeiterkammer, Wien, Februar 1997.

Bruno-Latocha, G., 1999: Finanzierung der Sozialversicherung über eine Wertschöpfungsabgabe?, Anmerkungen aus volkswirtschaftlicher Sicht, in: Deutsche Rentenversicherung, Heft 10-11, 1999, S. 633- 649.

Bundesministerium der Finanzen, 2009: Gesamtplan des Bundeshaushaltsplans 2009, Berlin 2009.

Bundesministerium der Finanzen, 2008: Monatsbericht des Bundesministeriums der Finanzen, Berlin, Februar 2008.

Bußmann, L./Koch, W. A.S./Warneke, P., 1997: Der Wertschöpfungsbeitrag zur Finanzierung der Gesetzlichen Rentenversicherung, 2. Auflage, Frankfurt/Main - New York 1997.

Christen, Ch./Kahrs, H./Weise, K., 2000: Wertschöpfungsabgabe statt lohnbezogener Arbeitgeberanteile zu den gesetzlichen Sozialversicherungen, Berlin 2000.

Ditz, J., 1985: Maschinensteuer - Ein Trojanisches Pferd für die österreichische Gewerkschaftsbewegung, in: Finanznachrichten, Wien, 1985.

Ehlert, H. et al., 1998: Kurzfassung des Gutachtens Möglichkeiten für die Neugestaltung der Finanzierung der Sozialversicherung über eine ‚Wertschöpfungsabgabe‘, erstellt von einem Autorenkollektiv der pro Urban - Gesellschaft für kommunale Entwicklung mbH, in Auftrag gegeben von der PDS-Bundestagsgruppe, Berlin, Februar 1998.

Frank, M., 1976: Substitution de la valeur ajoutée aux salaires comme base de calcul des cotisations des employeurs à la sécurité sociale, in: Cahiers Economiques de Bruxelles 18/1976, S. 437ff., Übersetzung in: Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung e.V., Informationsdienst Nr. 122, Mai 1979, S. 7- 16.

Giegold, S./Embshoff, D. (Hrsg.), 2008: Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus, Hamburg 2008.

Huber, G., 1996: Die Wertschöpfungsabgabe, Graz 1996.

Köhler, H., 1979: Eine ergänzende Finanzierungsmethode für die Rentenversicherung, in: Der Betriebs-Berater (BB), Heft 7, 1979, S. 333- 339.

Krelle, W./Elixmann, D. et al., 1985: Der Maschinenbeitrag, Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen alternativer Bemessungsgrundlagen für die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, Tübingen 1985.

-
- Kubka, G., 1989: Der Wertschöpfungsbeitrag, WISO-Dokument Nr. 20, Linz 1989.
- Lehmann, M.R., 1954: Leistungsbemessung durch Wertschöpfungsrechnung, Essen 1954.
- Nicklisch, H., 1932: Die Betriebswirtschaft, 7. Auflage, Stuttgart 1932.
- Rürup, B., 1980: Finanzpolitische Konsequenzen und Optionen, in: Besters, H. (Hrsg.), Bevölkerungsentwicklung und Generationenvertrag, Baden-Baden 1980, S. 37- 65.
- Rürup, B., 1991: Fischer Wirtschaftslexikon, Frankfurt/Main, Dez. 1991.
- Schäfer, E., 1951: Vom ‚Mehrwert‘ zur ‚Wertschöpfung‘, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft (ZfB), 21. Jg., 1951, S. 449- 459.
- Scherf, W., 1987: Die beschäftigungspolitische und fiskalische Problematik der Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung. Eine Auseinandersetzung mit der Kritik an der lohnbezogenen Beitragsbemessung, Finanzwissenschaftliche Schriften, Band 32, Frankfurt/Main 1987.
- Schmähl, W./Henke, K.-D./Schellhaaß, H.-M., 1984: Änderung der Beitragsversicherung in der Rentenversicherung?, Ökonomische Wirkungen des „Maschinenbeitrags“, Baden-Baden 1984.
- Schuhler, K., 2010: Wirtschaftsdemokratie und Vergesellschaftung. Zu einer solidarischen Gesellschaft jenseits des Kapitalismus, ISW-Report 79, Januar 2010.
- Sozialpolitik aktuell, 2007: Grafiken zur Sozialpolitik: Entwicklung der Sozialleistungsquote in Deutschland, in: <http://www.sozialpolitik-aktuell.de/datensammlung/2/ab/abbIII1a.pdf> vom 25. März 2010.
- Statistisches Bundesamt, 2006: Anteil der Gesamtausgaben des Staates am Bruttoinlandsprodukt (Stand: 1. November 2006).
- Stobbe, A., 1976: Volkswirtschaftslehre I: Volkswirtschaftliches Rechnungswesen, 4. Auflage, Berlin – Heidelberg – New York 1976.
- Vorbach, J., 2001: Wertschöpfungsabgabe zur Sicherung der Altersvorsorge, in: WISO, 24. Jg., Heft 3, 2001, S. 159- 173.
- Walterskirchen, E., 1998: Zur Wertschöpfungsabgabe, in: Unternehmens-Grün (Hrsg.), Wertschöpfungsabgabe als Alternative zur lohnbezogenen Finanzierung der Sozialversicherung, Reader zum Hearing am 25. März 1998, Stuttgart 1998, S. 5- 11.
- Weber, H.K., 1980: Wertschöpfungsrechnung, Stuttgart 1989.

Andreas Willnow

Bedingungsloses Grundeinkommen als Bestandteil eines Transformationskonzeptes?

Die Diskussion über eine Transformationskonzeption bedarf nicht nur gesellschaftswissenschaftlicher und philosophischer Beiträge, sondern auch ökonomischer Überlegungen dahingehend, wie eine „solidarische Ökonomie“ jenseits des neoliberalen Kapitalismus konzipiert sein könnte. In vielen Beiträgen wird das Bedingungslose Grundeinkommen als ein Reformprojekt zur Überwindung des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus genannt. In diesem Beitrag wird die Frage diskutiert, inwieweit das Bedingungslose Grundeinkommen dazu geeignet ist, als Bestandteil in ein alternatives gesellschaftliches Reformprojekt integriert zu werden.

1. Begründung für die Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens

Von den Befürwortern des Bedingungslosen Grundeinkommens werden drei Argumente für seine Einführung genannt. Zum einen wird auf die *gestiegene Produktivität* und den *Wandel der Arbeitswelt* hingewiesen. Die Produktivität habe sich seit 1960 mehr als verdreifacht, so dass mit immer weniger Personen immer mehr Waren produziert werden können. In Verbindung mit dem Gewinnstreben und der Kostenorientierung der Unternehmen führt dies sowohl im Bereich des produzierenden Gewerbes als auch im Dienstleistungssektor zu einem Rückgang der Arbeitskräftenachfrage. Damit werden die „klassischen Erwerbsbiographien“ immer seltener und Brüche in den Erwerbsbiographien immer häufiger. Hinzu komme die „doppelte Krise der Lohnarbeit“¹, wonach zum einen durch die zunehmende Massenarbeitslosigkeit die Finanzierungsbasis der sozialen Sicherungssysteme geschmälert wird, während zum anderen das „protestantische Arbeitsethos“ an Bedeutung verliert und Arbeit nicht mehr automatisch als Wert an sich empfunden wird.²

Ein weiteres Argument, das von den Anhängern eines Bedingungslosen Grundeinkommens angeführt wird, ist die *Verfasstheit der sozialen Siche-*

¹ Vgl. Vobruba, G., 2000: Alternativen zur Vollbeschäftigung. Die Transformation von Arbeit und Einkommen, Frankfurt/Main 2000.

² Vgl. Kipping, K., 2005: Und weil der Mensch ein Mensch ist: Garantiertes Grundeinkommen, in: Utopie kreativ, Heft 176, Juni 2005, S. 520- 524, S. 521.

run gssysteme. In der Tat zeichnet sich das System der sozialen Sicherung durch seine Kopplung an die Erwerbsarbeit und seine Lohnzentriertheit aus. Nach Auffassung der Anhänger des Grundeinkommens wären die Sicherungssysteme dadurch in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit besonders krisenanfällig.³ Durch die Zahlung von Arbeitslosengeld I bzw. Arbeitslosengeld II („Hartz IV“) würden zwar Menschen in Not aufgefangen. Jedoch ermöglichen diese Sozialleistungen kein Leben jenseits der Armut. Die Bedarfsprüfung wird von vielen Leistungsempfängern als besonders demütigend empfunden. Hinzu kommen weitere Abhängigkeitsverhältnisse, die durch die Anrechnung der Einkommen des Lebenspartners entstehen. Die Menschen wären einer ausufernden Bürokratie ausgeliefert, der die wirklichen sozialen Härtefälle nicht gewachsen seien. Zudem wird von den Leistungsempfängern die Annahme (fast) jeder zumutbaren Arbeit zu (fast) jedem Preis, auch zu Niedriglohnbedingungen, verlangt. Im Sinne der Menschenwürde und der Selbstbestimmung sei es notwendig, die Bedarfsprüfung und den Arbeitszwang abzuschaffen, um ein Leben jenseits des „Terrors der Ökonomie“ zu ermöglichen.⁴

Ein drittes Argument, das von den Anhängern des Grundeinkommens ins Feld geführt wird, ist *die zunehmende Verarmung und die Spaltung der Gesellschaft in „arm“ und „reich“*. Durch die hohe Arbeitslosigkeit würden immer weniger Menschen ausreichende Ansprüche an das soziale Sicherungssystem erwerben, um in Würde leben zu können. Aufgrund der sinkenden Sozialleistungen lebten viele Menschen knapp oberhalb oder unterhalb der Armutsschwelle. Ein Anteil von einem Viertel bis zu einem Drittel der Bevölkerung in Deutschland ist zumindest kurzzeitig von Armut betroffen. Zudem ist durch die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, die hohe Arbeitslosigkeit und die fehlende Zielgenauigkeit der sozialen Sicherungssysteme inzwischen jedes siebente Kind von Armut betroffen. Soziale Ausgrenzung wird in Generationen weitergegeben, es entstehen „Sozialhilfebographien“ in der zweiten und dritten Generation, und es wird eine dauerhafte Armutsbevölkerung etabliert. Diese sozialen Unterschiede würden durch das bestehende soziale Sicherungssystem nicht aufgelöst, sondern durch seine Lohnzentriertheit noch weiter zementiert.⁵ Eine alleiner-

³ Vgl. Ptak, R., 1998: Zur Entwicklung des deutschen Sozialstaates, in: Sozialstaat und neoliberale Hegemonie, Berlin 1998.

⁴ Vgl. Kipping, K., 2005, a.a.O., S. 521f.

⁵ Vgl. Opielka, M., 2003: Solidarität zwischen den Generationen – Zwischen Verzichtsverzicht und neuen Vorbildern, in: Universitas 11/2003, S. 1113- 1126.

ziehende Mutter mit einer klassischen Arbeiterkarriere könne so weder für die Arbeitslosigkeit noch für die Rente ausreichende Ansprüche erwerben.⁶ Die Anhänger des Grundeinkommens versprechen sich nun von ihrem Modell, dass es diese Widersprüche und Probleme löst.

Blaschke fasst die Bedeutung und den Zweck des Bedingungslosen Grundeinkommens wie folgt zusammen: „Ein Bedingungsloses Grundeinkommen eröffnet Freiräume für selbstbildendes, kreatives und schöpferisches Wirken jenseits der Erwerbs-/Lohnarbeit, ohne Unterwerfung unter einen fremden Willen. Ebenso wird durch ein Bedingungsloses Grundeinkommen die Gestaltungsmacht der Erwerbs-/Lohnarbeitenden erhöht - mit entsprechenden Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen, Arbeitsorganisation und Produktionsziele. Die doppelt befreite Arbeit (Befreiung von und Befreiung in der Arbeit) kann zum Selbst-Genuss, zum Genuss der eigenen schöpferischen Anstrengung werden.“⁷

2. Ziele eines Bedingungslosen Grundeinkommens⁸

Mit der Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens wird das Ziel verfolgt, durch die Gewährung eines bedarfsunabhängigen, individuellen und armutsfesten Einkommens eine umfassende, lückenlose Existenzsicherung der Bürger sicherzustellen. Gleichzeitig geht es darum, die Teilhabe aller am Wohlstand und den Zugang zu Bildung, Kultur und Politik zu garantieren, ohne dass von den Empfängern der Leistung ein Beitrag zur Erwerbsarbeit, eine Arbeitsbereitschaft oder -verpflichtung abgefordert wird. Für dieses radikal-reformerische „Transformationsprojekt“ würde eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums erfolgen, wobei zur Finanzierung dieses Reformvorschlages (auf dem Weg der Besteuerung) vermögens- und einkommensstarke Personen herangezogen würden.

⁶ Vgl. Kipping, K., 2005, a.a.O., S. 522.

⁷ Vgl. Blaschke, R., 2005b: Arbeitszwang/Arbeitsverpflichtung - Verschiedene Bestimmungen und deren Bedeutung für ein Bedingungsloses Grundeinkommen (im Januar 2005 überarbeitete und ergänzte Fassung des Vortrages auf der Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung "Zukunft der Gerechtigkeit" am 11. Dezember 2004 in Berlin), Berlin 2005, S. 17.

⁸ In Anlehnung an Blaschke, R., 2005a: Garantierte Mindesteinkommen. Aktuelle Modelle von Grundsicherungen und Grundeinkommen im Vergleich, Dresden, Oktober 2005, S. 19; Mitschke, J., 2000: Grundsicherungsmodelle - Ziele, Gestaltung, Wirkungen und Finanzbedarf. Eine Fundamentalanalyse mit besonderem Bezug auf die Steuer- und Sozialordnung sowie den Arbeitsmarkt der Republik Österreich, Baden-Baden 2000, S. 48.

Es wird angestrebt, dass die Menschen für alle Phasen der Unterbrechung von Erwerbsarbeit (Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter) abgesichert sind. Ebenso können alle Bildungs-, Aus- und Weiterbildungsphasen finanziert werden. Daneben wäre das Bedingungslose Grundeinkommen ein Instrument, die finanzielle Unabhängigkeit der Frauen und die geschlechtsspezifische Benachteiligung im Erwerbsleben aufzuheben. (Auf der anderen Seite besteht aber auch die Gefahr, dass die Frauen wieder aus dem Erwerbsleben an den Haushalt zurückgedrängt werden.)⁹

Gleichzeitig geht es den Initiatoren darum, mit Hilfe des Bedingungslosen Grundeinkommens als einem „Trojanischen Pferd“ die Erwerbsarbeit von ihrem entfremdeten und ausbeuterischen Moment zu befreien. Ein weiteres Ziel besteht darin, die alten Formen der Arbeitsorganisation sowie der Arbeitszeitgestaltung zu flexibilisieren. Zudem sollen mit einer solchen bedingungslosen Transferleistung gesellschaftlich nützliche Arbeiten finanziert werden, für die am Markt kein Bedarf in Form einer Erwerbsarbeit besteht, wie z.B. häusliche Erziehungsarbeit, Kinderbetreuung sowie bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement.

Die Befürworter eines Bedingungslosen Grundeinkommens verfolgen mit seiner Einführung das Ziel, die sozialen Sicherungssysteme von der Erwerbsarbeit zu entkoppeln, zu entbürokratisieren und zu vereinfachen. Als Rechtsanspruch aller Bürger würde das Grundeinkommen eine Art „Demokratiepauschale“¹⁰ darstellen. Mit der Verankerung eines Grundeinkommens sollen zudem herrschaftsfreie Räume erweitert, neue Formen des Zusammenlebens erprobt und die demokratische Gestaltung des Gemeinwesens gefördert werden.¹¹

3. Verfechter des Bedingungslosen Grundeinkommens

3.1. Vertreter der Wirtschaft

Einer der bekanntesten Befürworter des Bedingungslosen Grundeinkommens ist der Drogerie-Unternehmer *Götz Werner*. Für ihn ist ein Bedingungsloses Grundeinkommen zwischen 800 und 1.000 Euro für jeden

⁹ Vgl. Riester, P., 2007: Ladies Lunch – Grundeinkommen vs. Grundsicherung, Beitrag vor der Grünen Jugend vom 23. März 2007, o.O. 2007, S. 1f.

¹⁰ Vgl. Kipping, K., 2009: Ausverkauf der Politik. Für einen demokratischen Aufbruch, Berlin 2009, S. 131; Kipping, K., 2006: Wir müssen mit der alten Ideologie brechen, in: Junge Welt vom 18. Dezember 2006, S. 2.

¹¹ Vgl. Blaschke, R., 2005a, a.a.O., S. 19.

nicht nur möglich, sondern auch notwendig. Angesichts der Tatsache, dass nicht mehr genug Arbeit für alle vorhanden sei, sei es unsinnig, Empfängern von Arbeitslosengeld II ständig Kürzungen und Armut anzudrohen. Deutschland sei ein so reiches Land, das genügend Wohlstand produziere, um allen Bürgern eine Teilhabe zum sozialen und gesellschaftlichen Leben auf einem Grundniveau zu ermöglichen. Es bedürfe keiner Verpflichtung zur Arbeit. Im Gegensatz dazu könnte die Bedarfsprüfung abgeschafft werden, für die ohnehin Unsummen an Geld und Verwaltungsaufwand aufgewendet werden müssten.¹²

Allerdings ist Werner unter den Vertretern der Wirtschaft eher eine Ausnahme. Auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) lehnt das Bedingungslose Grundeinkommen ab. Die Vereinigung sieht eher Fortentwicklungsmöglichkeiten beim Arbeitslosengeld II, worunter der Verband Korrekturen bei Hartz IV sowie die Abschaffung „leistungsfeindlicher Zuschläge“ versteht.¹³

3.2. Vertreter der Wissenschaft

Zu den entschiedensten Befürwortern eines Bedingungslosen Grundeinkommens gehören die Sozialwissenschaftler *André Gorz*, *Michael Opielka* und *Georg Vobruba*. Gorz geht bei seinen Überlegungen von einer Kritik der Erwerbsarbeit aus, bei der jegliche (Erwerbs-)Arbeit den Profitzwängen des Kapitals unterliegt, das die Arbeits- und Reproduktionsbedingungen des menschlichen Lebens und der Gesellschaft diktiert. Entsprechend ist für ihn (Erwerbs-)Arbeit von außen aufgesetzter Zwang, der der individuellen Not entspringt. Für ihn stellt auch nicht entfremdete Arbeit eine Tätigkeit jenseits des Reichs der Freiheit dar. *„Das unabdingbare Bedürfnis nach einem ausreichenden und sicheren Einkommen ist eine Sache, das Bedürfnis, zu werken, zu wirken, zu handeln, sich an anderen zu messen und von ihnen anerkannt zu werden, eine andere, die weder in der ersten aufgeht noch mit ihr zusammenfällt. Der Kapitalismus dagegen verkoppelt diese beiden Bedürfnisse systematisch, ver-*

¹² Vgl. Koch, H., 2006: Das sind die Befürworter, in: tageszeitung vom 27. November 2006, in: <http://www.taz.de/pt/11/27/a0145.1/text> vom 30. November 2009, S. 1.

¹³ Vgl. Knott, T./Koch, H., 2006: Das sind die Skeptiker, in: tageszeitung vom 27. November 2006, in: <http://www.taz.de/pt/11/27/a0143.1/text> vom 30. November 2009, S. 2.

wirrt und verschmilzt sie und gründet darauf die Macht des Kapitals und seine ideologische Vorherrschaft ...“¹⁴

Als Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnis müsse die Lohnarbeit abgeschafft werden, fordert Gorz. Aus dieser Analyse heraus fordert er die Einführung eines allgemeinen und bedingungslos garantierten Grundeinkommens, die gerechte Verteilung der (Erwerbs-)Arbeit, die Erlangung von Zeitsouveränität sowie die Schaffung von Freiräumen, an denen sich die individuellen und kollektiven autonomen Tätigkeiten entfalten können.¹⁵

Gorz leitete seine Auffassung von der Notwendigkeit eines allgemeinen, bedingungslos garantierten und ausreichenden Grundeinkommens davon ab, dass

die Bedeutung des gesellschaftlichen Wissens gestiegen ist, das zur Produktivkraft wird und die (Re-)Produktion des „knowledge“, der Fähigkeiten für die wissensbasierte Produktion, verlange,

bei der wissensbasierten Produktion die Arbeitszeit nicht mehr als das Maß des gesellschaftlichen Reichtums und des Individualeinkommens gelten kann,

der Entwicklung entgegenzuwirken sei, wonach die (Re-)Produktion des „knowledge“, d.h. der Fähigkeiten für die wissensbasierte Produktion, durch die Unternehmen beherrschbar und kontrollierbar wird, und

im Falle einer pflichtgemäßen Kopplung des Grundeinkommens an eine Art von Arbeit oder Tätigkeit nicht mehr die Unbedingtheit und Freiwilligkeit dieser Tätigkeiten gelten würden.¹⁶

Gorz, der noch im Jahr 1994 die Auffassung vertrat, dass das Recht auf Einkommen nur bedingt von einer Pflicht auf Erwerbsarbeit entkoppelt werden dürfe,¹⁷ kam daher zu dem Schluss, dass die Einführung eines allgemeinen, bedingungslos garantierten und ausreichenden Grundeinkommens notwendig sei. Es sei „die beste Handhabe (...), um so weit wie

¹⁴ Gorz, A., 2000: Arbeit zwischen Misere und Utopie, Frankfurt/Main 2000, zitiert nach Blaschke, R., 2005b, a.a.O., S. 16.

¹⁵ Vgl. Blaschke, R., 2004b: Garantiertes Grundeinkommen. Entwürfe und Begründungen aus den letzten 20 Jahren. Frage- und Problemstellungen, 4. Auflage, Dresden, August 2004 (Fassung vom 14. August 2004), S. 41.

¹⁶ Vgl. Blaschke, R., 2004b, a.a.O., S. 42f.

¹⁷ Vgl. Gorz, A., 1994: Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft. Hamburg 1994, S. 294f.

möglich die bezahlte Arbeit auch als die unbezahlten Aktivitäten umzuverteilen.“¹⁸ Zudem Sorge es für Zeitsouveränität der Beschäftigten, die damit das „Recht auf Arbeit mit Unterbrechungen und auf ein multiaktives Leben“ erhielten, „in dem Berufsarbeit und unbezahlte Aktivitäten einander ablösen und ergänzen.“¹⁹

Georg Vobruba spricht sich für ein Recht auf eine staatliche Transferleistung als ein garantiertes Grundeinkommen aus, das unabhängig von der Bereitschaft zur Erwerbsarbeit und vom Erwerb sozialer Anwartschaften besteht. Mit dem garantierten Grundeinkommen wäre eine „staatliche Garantie materieller gesellschaftlicher Teilhabe für jedermann“ verbunden.²⁰ „Der Vorschlag eines garantierten Grundeinkommens ergänzt die eine Regulierungsfunktion des Arbeitsmarktes: die Verteilung (3). Damit löst sich die Simultanität der Regelung von Verteilungsfrage und Arbeitseinsatzfrage auf. Somit stellt sich die Frage nach der Regelung des Arbeitseinsatzes nun gleichfalls isoliert (...)“²¹

Einer der wichtigsten Vertreter der Wissenschaft ist zudem der Sozialwissenschaftler *Michael Opielka*. Er tritt für ein Grundeinkommen ein, das einen eigenständigen Transferanspruch an den Staat darstellt, mit dem das Existenzminimum gedeckt werden kann.²² Es müsse derart bemessen sein, dass es Armut verhindert und eine normale Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sichergestellt wird. Später konkretisierte *Opielka* seine Vorstellungen und trat für eine „Grundeinkommensversicherung“ ein, aus der (nach dem Vorbild der Schweizer Rentenversicherung) ein Einkommen zwischen 700 und 750 Euro für jede Person finanziert werden könnte. Denjenigen Personen, die nicht krank oder kindererziehend sind, aber trotzdem nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, sollte die Hälfte der Leistung nur in Form eines Darlehens zur Verfügung gestellt werden.²³

¹⁸ Gorz, A., 2000, a.a.O., S. 120

¹⁹ Gorz, A., 2000, a.a.O., S. 137; Blaschke, R., 2004b, a.a.O., S. 43.

²⁰ Vgl. Vobruba, G., 1989: *Arbeiten und Essen: Politik an den Grenzen des Arbeitsmarktes*, Wien 1989, S. 107.

²¹ Vobruba, G., 1989, a.a.O., S. 147f.

²² Vgl. Opielka, M., 2000: *Grundeinkommenspolitik. Pragmatische Schritte einer evolutionären Reform*, in: *Verband der Öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs (Hrsg.), Garantiertes Grundeinkommen?, Zeitschrift für Gemeinwirtschaft*, 38. Jg., N.F. 3- 4, August 2000, S. 43- 59, S. 46.

²³ Vgl. Knott, T./Koch, H., 2006, a.a.O., S. 2.

Für das Grundeinkommen, das laut *Opielka* ohne eine Pflicht zur Arbeit auskommen müsse und auch nicht andere Leistungen der Sozialversicherung ersetzen solle, müsse das Prinzip „Individual- statt Haushaltbezug“ gelten. Schlecht bezahlte und weniger attraktive Tätigkeiten sollten so anerkannt und bezahlt werden, dass sie auch trotz eines Grundeinkommensanspruch verrichtet werden.²⁴

Zudem befürwortet auch der Chef des Hamburger Weltwirtschafts-Archivs (HWWA), *Thomas Straubhaar*, ein Grundeinkommen in Höhe von 800 Euro. Er ist aber wohl eher den Vertretern der neoliberalen Fraktion innerhalb der Befürworter eines Grundeinkommens zuzuordnen.²⁵

3.3. Vertreter der Politik

Zu den energischsten Vertretern des Bedingungslosen Grundeinkommens in der Politik gehört die Dresdner Bundestagsabgeordnete *Katja Kipping*, die auch stellvertretende Vorsitzende der Partei DIE LINKE ist. Nach ihrer Ansicht würde jeder Bürger in Deutschland monatlich ein Grundeinkommen in Höhe von 950 Euro erhalten - unabhängig davon, ob er bereit ist, eine Erwerbsarbeit anzunehmen oder nicht. Zu dieser Pauschale kämen das Wohngeld und andere Leistungen hinzu. Laut *Kipping* dient die Einführung eines Grundeinkommens dazu, in der Gesellschaft Armut und Existenzangst zu überwinden, die Teilhabe aller am kulturellen und gesellschaftlichen Leben zu sichern und mit ihm ein Transformationsprojekt zu begründen, mit dem der Ausstieg aus dem Kapitalismus hin zu Formen von solidarischer Ökonomie begründet wird. Die Bedarfsprüfung entfielen komplett. Das Modell, das bis zu 1.600 Milliarden Euro kosten würde, würde eine Umverteilung von über 50 % des Bruttonettoproduktes in Deutschland erfordern. Auch wenn sich die Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE gegen das Konzept des Bedingungslosen Grundeinkommens aussprach, konnte sich *Kipping* bei der Formulierung des Modells einer be-

²⁴ Vgl. *Opielka, M., 1985: Ökologische Sozialpolitik. Überlegungen zu einer ökologischen Sozialreform, in: Opielka, M. (Hrsg.), Die ökosoziale Frage. Entwürfe zum Sozialstaat. Frankfurt/Main 1985, S. 282- 309, S. 293ff.*

²⁵ Vgl. *Straubhaar, T. (Hrsg.), 2008: Bedingungsloses Grundeinkommen und Solidarischer Bürgergeld - mehr als sozialutopische Konzepte, Hamburg 2008, S. 1ff.; Knott, T./Koch, H., 2006, a.a.O., S. 2.*

darfsorientierten Grundsicherung der Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE in vielen Punkten durchsetzen.²⁶

Neben dem parteiunabhängigen Netzwerk Grundeinkommen wird das Bedingungslose Grundeinkommen auch von den Bundes- und Landesarbeitsgemeinschaften Grundeinkommen der LINKEN unterstützt. Nach den Vorstellungen der BAG Grundeinkommen der Partei DIE LINKE würde an jede erwachsene Person ein Grundeinkommen in Höhe von 950 Euro (an Kinder unter 16 Jahren die Hälfte) ohne Arbeitszwang und ohne Bedürftigkeitsprüfung gezahlt werden. Sozialleistungen wie Hartz IV, Bafög, Elterngeld und Kindergeld würden durch das Bedingungslose Grundeinkommen ersetzt werden, andere Leistungen blieben bestehen. Die Finanzierung dieses Reformprojektes, dessen Kosten sich auf 855 Milliarden Euro belaufen, sollen durch eine Sozialabgabe in Höhe von 35 % auf alle Einkommen, eine Reihe von Steuern (Börsenumsatz-, Sachkapital-, Primärenergie- und Vermögensteuer, Tobin Tax und Luxusumsatzsteuer) sowie einen Bundeszuschuss in Höhe von rund 16 Milliarden Euro erfolgen.²⁷

Auch bei den Grünen wurde das Bedingungslose Grundeinkommen in den letzten Jahren diskutiert. Auf einem Parteitag im November 2008 erhielt ein Vorschlag zum Grundeinkommen zwar noch keine Mehrheit, aber immerhin die Stimmen von 40 % der Delegierten. Die FDP machte sich Vorstellungen eines „liberalen Bürgergeldes“ zu eigen, das aber kein Grundeinkommen darstellt. Es enthält eine Arbeitsverpflichtung, soll aus einem Steuer-Transfersystem finanziert werden und der Reduzierung der Lohnnebenkosten dienen.²⁸

²⁶ Vgl. Stern.de, 2006: Debatte über Grundeinkommen: Soll Nichtstun bezahlt werden, Frau Kipping? (24. Januar 2006), in: <http://www.stern.de/politik/deutschland/debatte-ueber-grundeinkommen-soll-nichtstun-bezahlt-werden-frau-kipping-553889.html> vom 30. November 2009, S. 1f.; Volmer, H., 2009: Streitfrage Grundeinkommen. Interview von ntv mit Katja Kipping (DIE LINKE) vom 2. März 2009, in: <http://www.katja-kipping.de/article/45.streitfrage-grundeinkommen.html> vom 25. März 2010, S. 1.

²⁷ Vgl. Volmer, H., 2009, a.a.O., S. 2; o.V., 2006b: ND zum Grundeinkommen: 855 Mrd. Kosten, 35 % Sonder-Einkommensteuer. ND-Artikel zur Finanzierung des Bedingungslosen Grundeinkommens, in: Neues Deutschland vom 18. Juli 2006, in: http://www.axel-troost.de/article/178.neues_deutschland__855_mrd__kosten__35__sonder_einkommensteuer.html vom 25. März 2010, S. 1 f.

²⁸ Vgl. Kommission Bürgergeld – Negative Einkommensteuer, 2005: Das Liberale Bürgergeld: aktivierend, transparent und gerecht, Ergebnisbericht der Kommission

Aufsehen erregte, als auch die CDU ein Konzept des damaligen Thüringer Ministerpräsidenten *Dieter Althaus* über ein „Solidarisches Bürgergeld“ diskutierte. CDU-Generalsekretär *Ronald Pofalla* musste einräumen, dass mit dem Modell jede Form von Sozialbürokratie (Bedürftigkeitsprüfung, Formulare) entfielen. Andererseits könne das Grundeinkommen auch dazu beitragen, dass sich Menschen „endgültig aus der Arbeitsgesellschaft zurückziehen.“²⁹ Dieses Modell wurde auch von der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung diskutiert und tendenziell befürwortet.³⁰

Die Diskussion in der CDU könnte für die Idee des Bedingungslosen Grundeinkommens vielleicht eine Art „Türöffner“ spielen. Bei diesem Modell würde allerdings das Bürgergeld an die Stelle der meisten steuer- und beitragsfinanzierten Sozialleistungen treten. Einer erwachsenen Person würden nach dem Althaus-Modell nur 600 Euro ohne zusätzliche Leistungen verbleiben. Es ginge mit einem Steuermodell einher, das die vermögens- und einkommensstarken Personen begünstigt: Je mehr ein Mensch verdient, desto stärker profitiert er im Vergleich zu heute. Zudem solle das Bürgergeld laut *Althaus* die Schaffung eines Niedriglohnbereiches begünstigen. Der Ansatz, Lohndumping zu finanzieren, hat aber mit der Grundeinkommens-Idee nicht mehr viel zu tun. Während in der CDU aber immerhin das Bürgergeld-Modell diskutiert wird, haben Grundeinkommens- und Bürgergeld-Modelle in der SPD keine Anhänger.

4. Grundlegende Merkmale eines Bedingungslosen Grundeinkommens

Bei dem Bedingungslosen Grundeinkommen handelt es sich um ein individuelles Einkommen, das ohne Bedürftigkeitsprüfung gezahlt wird und nicht an die Pflicht zur Aufnahme einer Arbeit gekoppelt ist. Damit soll eine Mindestabsicherung aller Erwerbslosen, aber auch aller Lohnabhängigen und Rentner gewährleistet werden.

Bürgergeld – Negative Einkommensteuer (KoBüNE) vom 28. Januar 2005, Berlin 2005, S. 1 ff.

²⁹ Vgl. Birnbaum, R./Eubel, C., 2006: „Ich verspüre keine Fesselung“, Interview mit CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla, in: Der Tagesspiegel vom 29. Oktober 2006, in: <http://www.tagesspiegel.de/politik/art771,2265615> vom 25. Februar 2010, S. 1f.

³⁰ Vgl. o.V., 2006a: 800 Euro für jeden? CDUler findet's gut (Die Tageszeitung vom 25. Oktober 2006), in: <http://www.taz.de/pt/2006/10/25/a0070.1/text> vom 30. November 2009, S. 1; Volmer, H., 2009, a.a.O., S. 1f.

Laut *Blaschke* handelt es sich bei dem Bedingungslosen Grundeinkommen um „ein individuell garantiertes, ohne Berücksichtigung/Prüfung anderer individueller Ressourcen sowie ohne Arbeits- oder bestimmte Tätigkeitsverpflichtung gezahltes und existenzsicherndes Einkommen. Es können zwei Formen des bedingungslosen Grundeinkommens unterschieden werden: die ex ante ausgezahlte Sozialdividende und die ex post ausgezahlte bzw. gegen gerechnete Negative Einkommenssteuer.“³¹

Zu den charakteristischen Merkmalen des Bedingungslosen Grundeinkommens gehören:

- seine Bedingungslosigkeit,
- die Individualität seiner Höhe und
- sein Verhältnis zu anderen sozialen Leistungen.

4.1. Bedingungslosigkeit des Grundeinkommens

Bei dem Modell einer bedarfsorientierten Grundsicherung wird diese nur an Personen gezahlt, die über kein oder nur ein geringes Einkommen oder/und Vermögen verfügen. Bei der bedarfsorientierten Grundsicherung werden weder die Bedürftigkeitsprüfung noch die Pflicht zur Aufnahme einer (gut entlohnten, zumutbaren) Arbeit abgeschafft.³² Anhänger des Bedingungslosen Grundeinkommens argumentieren, dass damit der Arbeitszwang bestehen bleibe und viele Bedürftige aus Angst vor Repressionen auf ihren Leistungsanspruch verzichten würden.³³

Im Gegensatz zum Modell einer bedarfsorientierten Grundsicherung stellt das Grundeinkommen (nach Ansicht seiner Befürworter) einen konsequenten Bruch mit der Hartz-IV-Logik dar. Das Grundeinkommen wird *bedingungslos* an alle Bürger ohne Bedarfsprüfung (gemeint ist die Prüfung von verfügbarem Einkommen und Vermögen sowie der Arbeitsbereit-

³¹ Blaschke, R., 2004a: Weniger arbeiten!, in: Blaschke, R./Leibiger, J. (Hrsg.), Arbeitszeitverkürzung. Begründungen, Probleme, Lösungsansätze. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Texte zur politischen Bildung, Heft 32, Leipzig 2004, S. 11- 82, S. 29.

³² Vgl. Riester, P., 2007, a.a.O., S. 1.

³³ Vgl. BAG Grundeinkommen der Partei DIE LINKE, 2009: Menschenrecht Grundeinkommen. Eine andere Politik ist nötig, eine andere Politik ist möglich, Nürnberg 2009, S. 2.

schaft) gezahlt. Es wird als ein Menschenrecht betrachtet, das jedem Bürger ab dem 18. Lebensjahr zusteht.³⁴

Mit dem Bedingungslosen Grundeinkommen würden materielle Sicherheit geschaffen und Existenzängste abgebaut. Weiter versprechen sich die Befürworter von diesem Modell, dass die Bürokratie und die Verwaltungskosten in einem erheblichen Umfang abgeschafft werden. Mit dem Ende der unwürdigen Bedürftigkeitsprüfungen würden zudem die Ausgrenzung und die Stigmatisierung armer Bevölkerungsteile abgeschafft.³⁵

Da gegenwärtig ohnehin nicht ausreichend qualifizierte Arbeitsplätze vorhanden sind, führten die angebotenen Arbeits- und Trainingsmaßnahmen nicht zur Steigerung des Selbstbewusstseins der Erwerbslosen, sondern zu ihrer Demütigung und zu permanenter Unsicherheit, so die Argumentation. Zudem würde die Bedürftigkeitsprüfung einschließlich der dazu erforderlichen Offenlegung und Anrechnung von Einkommen und Vermögen die Betroffenen stigmatisieren und „Sozialhilfebiographien“ verfestigen. Mit der Pflicht, das angesparte Vermögen für die Phasen der Erwerbslosigkeit aufzubrauchen, steht dieses auch für die Rente bzw. die private Vorsorge sowie die zukünftigen Phasen der Erwerbslosigkeit nicht mehr zur Verfügung.³⁶

4.2. Individualität des Grundeinkommens

Beim Bedingungslosen Grundeinkommen handelt es sich um ein Entgelt, das an alle Bürgerinnen und Bürger individuell und unabhängig von Einkommen, Vermögen und Haushaltsgröße gezahlt wird.³⁷ Jede erwachsene Person erhält unabhängig vom Beziehungsstatus bzw. von der Lebenspartnerschaft den gleichen Betrag. Damit würden die gegenwärtigen sozialen Sicherungssysteme ersetzt werden, deren Leistungen (und Ansprüche) aus der gesetzlichen Kranken- und Arbeitslosenversicherung zwar bestimmte Unterbrechungen der Erwerbsbiographie, gewisse Lebensrisiken und den Lebensstandard absicherten, aber das Armutrisiko und geschlechtsspezifische Nachteile nicht grundsätzlich bekämpften.

³⁴ Vgl. BAG Grundeinkommen der Partei DIE LINKE, 2009, a.a.O., S. 2.

³⁵ Vgl. Lazar, M., 2007: Stichwort Grundeinkommen, Ausgabe Nr. 1, Leipzig, Oktober 2007, S. 3.

³⁶ Vgl. Lazar, M., 2007, a.a.O., S. 3.

³⁷ Vgl. Riester, P., 2007, a.a.O., S. 1.

In diesem Sinne würde ein Bedingungsloses Grundeinkommen zu mehr Autonomie und mehr Selbstverwirklichung führen. Es würde damit dem Anspruch gerecht werden, eine individuelle Lebensgestaltung jenseits des klassischen Normalarbeitsverhältnisses sowie finanzieller Abhängigkeiten zu ermöglichen.³⁸

4.3. Verhältnis des Grundeinkommens zu anderen Sozialleistungen

Mit einem Bedingungslosen Grundeinkommen lassen sich zwei Ziele verfolgen: Zum einen wird auf diesem Weg Armut bekämpft und materielle Sicherheit hergestellt, indem den sozial Schwächeren durch ein Grundeinkommen monetäre soziale Leistungen bereitgestellt werden. Damit würde eine Schwäche des bisherigen sozialen Sicherungssystems beseitigt werden, das den Erwerbslosen lediglich ein Existenzminimum unterhalb der Armutsgrenze (in Form von Arbeitslosengeld II) ermöglicht. Zum anderen soll durch das Bedingungslose Grundeinkommen der Zugang aller zu Bildung, Kultur und dem Öffentlichen Personennahverkehr ermöglicht werden. Damit würden sich für die ärmeren Bevölkerungsschichten die Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe verbessern. Zudem würde das Bedingungslose Grundeinkommen auch die Eigeninitiative der Betroffenen fördern, da sie eine Tätigkeit auf dem ersten Arbeitsmarkt aufnehmen und weiteren Zuverdienstmöglichkeiten nachgehen könnten, ohne Angst zu haben, ihre Mindestsicherung in Form des Grundeinkommens einzubüßen.³⁹

Außerdem würde ein solches Grundeinkommensmodell auch nicht das Leistungsprinzip abwürgen. Da das Grundeinkommen sowohl den Erwerbslosen als auch den Erwerbstätigen zustünde, würde jede Person, die einer Erwerbsarbeit nachgeht, automatisch mehr Einkommen erhalten als eine nichterwerbstätige Person. Der Vorteil bestünde aber darin, dass keine Person mehr dazu gezwungen wäre, eine Erwerbsarbeit anzunehmen.⁴⁰

³⁸ Vgl. Lazar, M., 2007, a.a.O., S. 3.

³⁹ Vgl. Lazar, M., 2007, a.a.O., S. 3.

⁴⁰ Vgl. BAG Grundeinkommen der Partei DIE LINKE, 2009, a.a.O., S. 3; Riester, P., 2007, a.a.O., S. 1.

4.4. Das Bedingungslose Grundeinkommen als Teil eines Transformationsprojektes

So verschieden, wie die Unterstützer von Grundeinkommensmodellen sind, so unterschiedlich sind auch ihre Intentionen. Während Bürgergeld-Konzepte neoliberaler Prägung (z.B. des früheren Thüringer Ministerpräsidenten *Dieter Althaus*) eher darauf abzielen, über die Pauschalisierung der Sozialleistungen diese insgesamt (und damit auch die Lohnnebenkosten der Unternehmen) abzusenken, betonen linke Grundeinkommensmodelle das ihnen zugrunde liegende transformatorische Potential. Als „Trojanisches Pferd“ solle das Bedingungslose Grundeinkommen Herrschafts- und Lohnarbeitszwänge aufheben und damit einen Weg zum kommunistischen „Reich der Freiheit“ eröffnen.

Linke Befürworter eines Grundeinkommensmodells sehen dieses Modell als Teil einer Trias, bestehend aus Grundeinkommen, Mindestlohn und Arbeitszeitverkürzung. Entsprechend soll das Bedingungslose Grundeinkommen mit einem gesetzlichen Mindestlohn von mindestens acht Euro je Stunde und einer radikalen Arbeitszeitverkürzung auf (mindestens) 30 Wochenstunden gekoppelt sein. Parallel zur Zahlung eines Grundeinkommens sollen öffentliche Investitionen in Bildung, Kultur und die öffentliche Daseinsvorsorge getätigt werden, so die Ideengeber. Die Gleichberechtigung von Frau und Mann solle durch die gleichmäßige Verteilung sozialer Reproduktionsarbeit erreicht werden. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik solle dazu beitragen, dass viele Menschen nicht mehr vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen, sondern in diesen integriert werden. Die Sozialversicherungssysteme blieben erhalten, würden aber von ihrer einseitigen Zentrierung auf die Erwerbsarbeit entkoppelt werden.

5. Argumente für das Bedingungslose Grundeinkommen

5.1. Instrument gegen Armut und zur Verringerung des Armutsrisikos

In den letzten Jahren hat sich die Spaltung zwischen „oben“ und „unten“ in Deutschland vertieft. Die Zahl derjenigen Personen, die in unverschuldete Armut geraten sind oder schlecht bezahlten Beschäftigungsverhältnissen nachgehen, ist in den letzten Jahren weiter gestiegen. Nach einem Arbeitspapier von *Irene Becker* gelten heute 2,5 Millionen Menschen in Deutschland

als verdeckt arm.⁴¹ Ein Bedingungsloses Grundeinkommen kann nun tatsächlich – wie andere Instrumente wie z.B. eine bedarfsorientierte Grundsicherung oder ein aufgestocktes Arbeitslosengeld II ohne Androhung von Sanktionen auch – ein adäquates Mittel sein, um etwas gegen die verdeckte Armut vieler Menschen zu tun. Viele dieser Menschen leben am Rande der wirtschaftlichen Existenz und sind Opfer von Stigmatisierung und Ausgrenzung. Ihre Lage würde sich durch die Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens sicher verbessern.⁴²

5.2. Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben sowie Absicherung unterschiedlicher Lebensphasen

Durch ein Bedingungsloses Grundeinkommen kann nicht nur die existentielle Not beseitigt werden. Es würden sich zugleich die Möglichkeiten der Betroffenen verbessern, am kulturellen und gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und ihren individuellen Interessen und Lebensbedingungen nachzugehen. Gegenwärtig ist es eher so, dass einkommensschwache Personen Probleme haben, die Kinokarte oder den Theaterbesuch zu finanzieren. Diese Probleme fielen bei der Einführung eines Grundeinkommens weg.

Zudem könnte ein Bedingungsloses Grundeinkommen ein geeignetes Mittel sein, um Brüche in der Erwerbsbiographie abzusichern. Das Normalarbeitsverhältnis, das über viele Jahrzehnte Bestand hatte, wurde durch den steten Wechsel von Arbeitsverhältnissen abgelöst. Mit dem Bedingungslosen Grundeinkommen könnten gegebenenfalls anfallende Auszeiten, ein Sabbatjahr oder Phasen, die zur Aus- und Weiterbildung für das weitere Erwerbsleben genutzt werden könnten, finanziert werden. Zudem könnten damit wirksam Phasen der Erwerbslosigkeit überbrückt werden. Die Betroffenen könnten sich ohne Existenzangst um häusliche Erziehungsarbeit und Kinderbetreuung kümmern oder in bürgerschaftlichem und ehrenamtlichem Engagement üben. Zudem besteht die Möglichkeit, sich durch soziales Engagement in Vereinen und Projekten, in Selbsthilfe- und Nachbarschaftsgruppen einzubringen, das zur Regeneration der Arbeitskraft der

⁴¹ Vgl. Becker, I., 2006: Armut in Deutschland – Bevölkerungsgruppen unterhalb der ALG-II-Grenze. Arbeitspapier der J. W. Goethe-Universität Frankfurt/Main (gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung), Frankfurt/Main, Oktober 2006.

⁴² Vgl. Kipping, K., 2009, a.a.O., S. 133.

Betroffenen *und* zum Erwerb neuer Fähigkeiten führt, die wieder im Erwerbsleben genutzt werden können.⁴³

5.3. Bruch mit der Logik der Erwerbsarbeit

Mit der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens würden die Sozialsysteme von der Lohnarbeit entkoppelt werden. Mit ihrer Entkopplung von Arbeit und Einkommen fände tatsächlich ein radikaler Bruch der klassischen Distribution, die bisher an die Erwerbsarbeit gekoppelt ist, statt. Damit würden nach Auffassung der Anhänger des Reformprojektes nicht nur kapitalistische Defekte repariert, sondern es würde das gesamte System, das auf Lohnarbeit, Profit und Ausbeutung beruht, in Frage gestellt. Die Befürworter des bedingungslosen Grundeinkommens versprechen sich davon eine Gesellschaft ohne Knechtschaft und Ausbeutung, ohne ökonomischen Zwang zur Arbeit.

Durch dieses „Trojanische Pferd“ könnte die Erwerbsarbeit von ihrem entfremdeten und ausbeuterischen Moment befreit werden und das kapitalistische, auf Ausbeutung beruhende System aus den Angeln gehoben werden, so die Initiatoren. Das Grundeinkommen eröffne „den gesellschaftlichen Diskurs über die Um-Gestaltung von gesellschaftlicher (Re-)Produktion und Gemeinwesen, impliziter Herrschaftsverhältnisse“ und verhindere „ungewollte Fremdheitsverfügungen aufgrund existentieller Bedrohungen.“⁴⁴ Leider haben die Unterstützer dabei nicht die Nebenwirkungen eines solchen Konzepts im Blick.

5.4. Kein Arbeitszwang und weniger Repressionen gegenüber den Arbeitslosen

Die verstärkte Diskussion über die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens kann als Gegenbewegung zum „Modernisierungsdiskurs“ der Schröder-Regierung verstanden werden, den Sozialstaat um- bzw. abzubauen. Dieser Diskurs wurde mit dem Argument der (Nicht-)Finanzierbarkeit, der fehlenden Kosteneffizienz und der mangelnden Zielgerichtetheit des Sozialstaates geführt und mündete in Forderungen nach der „Aktivierung“ der Erwerbslosen unter dem Stichwort „Fördern und

⁴³ Vgl. Kipping, K., 2007: Und weil der Mensch ein Mensch ist... Zur Debatte um das bedingungslose Grundeinkommen, Version vom Februar 2007, Berlin 2007, S. 3.

⁴⁴ Blaschke, R., 2006: Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE), Mindestlohn, Arbeitszeitverkürzung, Dresden, Juni 2006, S. 7.

Fordern“. Dieser Diskurs des Umbaus zum aktivierenden Staat mündete in die Hartz-Gesetzgebung, nach der den Anspruchsberechtigten des Arbeitslosengeldes II seit dem 1. Juli 2007 ein einheitlicher Regelsatz von 347 Euro plus Miete zustand. Neben der Maßgabe, dass die Langzeitarbeitslosen vor der Inanspruchnahme der Leistung von ihrem jeweiligen anrechenbaren Vermögen leben müssen, wurde in die Hartz-IV-Gesetzgebung auch die Forderung nach der Pflicht zur Aufnahme *jeglicher Form zumutbarer Arbeit* aufgenommen. Das erhebliche Druckpotential, das laut SGB II auf die Bezieher sozialer Leistungen aufgebaut wurde, war auch für den Aufschwung des „entgegengesetzten Diskurses“, der sich mit der Einführung einer Einkommenssicherung ohne Arbeitsverpflichtung befasste, mit verantwortlich.⁴⁵

Mit dem entgegengesetzten Vorschlag, einer Einkommenssicherung ohne Arbeitsverpflichtung, würde die noch aus der Bismarck-Zeit bestehende Arbeitspflicht und die für viele diskriminierend wirkende Bedürftigkeitsprüfung entfallen. Die Probleme des bisherigen Systems, nach dem jemand, der eine angebotene zumutbare Arbeit ablehnt, Sanktionen in Form von Streichungen verhängt bekommt und aus dem Leistungsbezug ausgegrenzt wird, entfielen. Die Armen würden nicht mehr durch Almosen alimentiert, sondern könnten selbstbewusst ihre Ansprüche geltend machen.⁴⁶

5.5. Weniger Bürokratie durch Zusammenlegung auf eine Transferleistung

Ein garantiertes Mindesteinkommen hat zunächst einen bestechenden Vorteil: Anstatt wie im bisherigen System der sozialen Sicherung den Menschen, die nicht über ein ausreichendes Erwerbseinkommen oder Leistungsansprüche aus der Sozialversicherung verfügen, eine differenzierte Transferleistung (Arbeitslosengeld II oder Grundsicherung im Alter bzw. bei Erwerbsminderung) zur Verfügung zu stellen, würde ohne Berücksichtigung des Ansehens der Person, der Größe des Wohnraums, des Zwangs zur Annahme jeglicher Form von Arbeit oder besonderer Nachweise eine pauschalisierte finanzielle Zuwendung gezahlt werden. Damit könnten die Komplexität des Wohlfahrtsstaates, die Bürokratie, der Verwaltungsaufwand und die Sanktionsmechanismen reduziert werden. Mit einer solchen Neure-

⁴⁵ Vgl. Opielka, M., 2007: Grundeinkommen als Sozialreform, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Heft 51-52 vom 17. Dezember 2007, S. 5- 10, S. 5f.

⁴⁶ Vgl. Butterwegge, Ch., 2007: Grundeinkommen und soziale Gerechtigkeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Heft 51-52 vom 17. Dez. 2007, S. 25- 30, S. 29.

gelung, so hat es zunächst den Anschein, könnte auch der bestehende „Flickenteppich“ im System der sozialen Sicherung überwunden werden.⁴⁷

6. Argumente gegen das Bedingungslose Grundeinkommen

6.1. Argument der (Nicht-)Finanzierbarkeit

Ein Argument gegen das Bedingungslose Grundeinkommen ist das seiner (Nicht-)Finanzierbarkeit. Einige Befürworter des Bedingungslosen Grundeinkommens (wie z.B. die BAG Grundeinkommen der Partei DIE LINKE) verfechten ein Konzept, nach dem an jede erwachsene Person ein Grundeinkommen in Höhe von 950 Euro (an Kinder unter 16 Jahren die Hälfte) gezahlt werden soll. Sie räumen selbst ein, dass sich die Kosten des Projektes auf 855 Milliarden Euro belaufen würden.⁴⁸ *Bischoff/Radke/Troost* weisen darauf hin, dass für dieses Modell 71 % des gesamten Bruttoinlandsproduktes umverteilt werden müssten.⁴⁹ Entsprechend wäre die Frage zu stellen, wie ein solches Projekt unter den gegenwärtigen Bedingungen der Verschuldung der öffentlichen Haushalte überhaupt finanziert werden könnte.

Die Verfechter dieses Konzeptes versuchen das Argument der Nicht-Finanzierbarkeit durch ein detailliertes Modell aus einigen Steuern, einer Sozialabgabe in Höhe von 35 % auf alle Einkommen und einem Bundeszuschuss in Höhe von rund 16 Milliarden Euro zu entkräften.⁵⁰ Dennoch bleibt aus meiner Sicht das Argument der Nicht-Finanzierbarkeit bestehen. Denn aus welchen finanziellen Mitteln sollten im Falle der Einführung dieses Großprojektes dann die Aufwendungen für die soziale Infrastruktur (Verbände, Vereine, Sozialarbeiter usw.) und großzügige Investitions- und Konjunkturprogramme finanziert werden? Die finanzielle Tragbarkeit des Konzeptes bleibt zweifelhaft.

⁴⁷ Vgl. Butterwegge, Ch., 2007, a.a.O., S. 28f.

⁴⁸ Vgl. Volmer, H., 2009, a.a.O., S. 2; o.V., 2006b, a.a.O., S. 1 f.

⁴⁹ Vgl. Bischoff, J./Radke, J./Troost, A., 2006: *Aufregung um ein „bedingungsloses“ Grundeinkommen*, Hamburg 2006, S. 3.

⁵⁰ Vgl. BAG Grundeinkommen der Partei DIE LINKE, 2006: *Konzept der BAG Grundeinkommen in und bei der Linkspartei. PDS für ein Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) in Höhe der Armutsrisikogrenze* (Fassung vom 16. Juli 2006), Berlin 2006, S. 2.

6.2. Mangelnde Treffsicherheit und Kritik aus der Perspektive der Geschlechtergerechtigkeit

Die Verfechter des Grundeinkommens sprechen sich für eine solche „Demokratiepauschale“ aus, weil durch eine solche Reform die Armut und das Armutsrisiko gesenkt werden sollen. Dies verträgt sich aber kaum damit, dass diese Abgabe auch an die Besitzer von hohen Kapital- und Vermögenseinkommen gezahlt werden soll. Dies würde die Treffsicherheit einer solchen Reform untergraben. Der Verzicht auf die Bedürftigkeitsprüfung würde auch bedeuten, dass auch Lebenspartnerinnen von einkommensstarken Unternehmern diese Pauschale erhielten. Auch Millionäre und Milliardäre erhielten das Grundeinkommen. Damit würden finanzielle Mittel in Größenordnungen ausgegeben, die besser für die Finanzierung anderer sozialer Projekt ausgegeben werden sollten.⁵¹

Hinzu kommt die Kritik aus der Perspektive der Geschlechtergerechtigkeit: Auf der einen Seite könnte das Bedingungslose Grundeinkommen tatsächlich ein wirksames Mittel sein, die finanzielle Unabhängigkeit von Frauen und ihre geschlechtsspezifische Benachteiligung im Erwerbsleben aufzuheben, indem sie eine pauschale Leistung erhielten. Daneben besteht aber auch die Gefahr, dass die Frauen wieder aus dem Erwerbsleben an den Haushalt zurückgedrängt werden. Es ist zu fragen, ob die Zahlung einer Pauschale nicht eher als eine „Herdprämie“ wirkt, die den Männern wieder die Möglichkeit gibt, die Frauen wieder gezielt an den Herd zurückzudrängen.⁵² Verdi-Chefökonom *Michael Schlecht* meint dazu, dass viele Frauen „das BGE geradezu katastrophal“ fänden, „weil es im Grunde wieder auf eine Prämie hinausläuft, die Frauen an Heim und Herd binden wird.“⁵³

6.3. Mit einem Bedingungslosen Grundeinkommen zur Systemtransformation?

Brangsch weist darauf hin, dass viele Vertreter des Grundeinkommens versuchen, „einen archimedischen Punkt zu finden, von dem aus das Sys-

⁵¹ Vgl. Roth, R., 2006: Zur Kritik des bedingungslosen Grundeinkommens, Frankfurt/Main 2006, S. 17 f.

⁵² Vgl. Riester, P., 2007, a.a.O., S. 1 f.

⁵³ Schlecht, M., 2006a: M. Schlecht zum Grundeinkommen: „Das ist keine sozialistische Position“. Interview zur Kritik des Bedingungslosen Grundeinkommens, in: Neues Deutschland vom 20. Juli 2006, S. 1.

tem aus den Angeln zu heben wäre.“⁵⁴ Damit bleibt das Grundeinkommen eine Art Ein-Punkt-Forderung, das die Risiken der verschiedenen Lebenslagen unzulässig vereinheitlicht. Das gegenwärtige soziale Sicherungssystem bietet gerade für unterschiedliche Lebenslagen verschiedene (in der Höhe vielleicht zu geringe) Leistungen. An dem Prinzip „unterschiedliche Absicherungen für verschiedene Lebenslagen und -risiken“ sollte aber festgehalten werden.

6.4. ‚Recht auf Arbeit‘ oder ‚Recht auf Faulheit‘ ?

Die Aussage, dass im Zuge von Produktivitätssteigerungen die Arbeit ausgeht, kann so nicht aufrecht erhalten werden. Zutreffend ist, dass mit immer weniger Menschen immer mehr Güter hergestellt werden können. Arbeit wird es immer geben; wenn es einen Rückgang gibt, dann ist es der von bezahlter Erwerbsarbeit.

Zudem ignorieren die Autoren die Sinnstiftung von Arbeit, die für viele Personen unter humanen Arbeitsbedingungen und bei gerechter Entlohnung nach wie vor besteht. Die Forderung nach der Humanisierung der Arbeitswelt und „guter Arbeit“ muss auf der Agenda der Politik bleiben. Entsprechend wären die Losungen „In Freiheit tätig sein!“ und „Gute Arbeit für alle!“ angemessenere Botschaften als „Grundeinkommen für alle!“ Hinzu kommt, dass sich viele Erwerbslosen bei Einführung eines Grundeinkommens entsorgt fühlen müssen.⁵⁵ Getreu dem Slogan: „Es gibt keine Möglichkeit mehr, dich in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren, wo du dein Geld entsprechend deiner Fähigkeiten selbst verdienen kannst. Wir können dich lediglich alimentieren.“

Zudem ist es umstritten, ob es gesellschaftlich akzeptabel ist, wenn sich ein kleiner Teil von nicht Arbeitswilligen von den Arbeitnehmern finanzieren lässt und sich ihre Arbeitsergebnisse aneignet. *Tesch* spricht davon, dass mit einem Bedingungslosen Grundeinkommen unter den kapitalistischen Verhältnissen „die doppelte Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“⁵⁶ eingeführt werden würde. Hinzu käme die beträchtliche Entsolidi-

⁵⁴ Vgl. Brangsch, L., 2006: Grundsicherung: Ein vergessenes PDS-Konzept, in: *Utopie kreativ*, Heft 187, Mai 2006, S. 417- 426, S. 423.

⁵⁵ Vgl. Schlecht, M., 2006c: Die Überflüssigen entsorgt, in: *tageszeitung* vom 2. November 2006, S. 11.

⁵⁶ Vgl. *Tesch, J.*, 2006: *Kommunismus schon im Kapitalismus?*, Zur Grundeinkommens-Debatte in *Utopie kreativ und anderswo*, Leipzig, 13. Juli 2006, S. 3.

risierung zwischen den Erwerbstätigen und den Erwerbslosen, der ein solches Projekt Vorschub leisten würde.

Zudem kommen Probleme der Akzeptanz gegenüber diesem Modell. Das Modell eines Bedingungslosen Grundeinkommens hat zwar in den letzten Jahren an Akzeptanz gewonnen, stößt bei den Gewerkschaften und vielen Bürgern aber immer noch auf Ablehnung. So schreibt *Steinitz*: „Ein solches Konzept“ sei „weder in der Bevölkerung noch in den Gewerkschaften mehrheitsfähig.“⁵⁷ Große Teile der Bevölkerung und die Gewerkschaften sind nach wie vor von arbeits- und lohnzentriertem Denken geprägt, und selbst Losungen wie „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!“ stoßen partiell noch auf Zustimmung. Es ist bereits schwer genug, Mehrheiten in der Bevölkerung für die (sinnvolle) Forderung nach einer bedarfsorientierten Grundsicherung zu erzielen. Als zentrales Projekt wäre hier die Forderung nach „Existenzsichernder Arbeit für alle!“ angemessener, wobei klar ist, dass es in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit immer Phasen der Erwerbslosigkeit geben wird, die durch die sozialen Sicherungssysteme und die Gemeinschaft abgesichert werden müssen.⁵⁸

6.5. Gefährdung der gesellschaftlichen Reproduktion für ein menschenwürdiges Leben

Bei dem Projekt des Bedingungslosen Grundeinkommens handelt es sich um ein gigantisches Programm zur Umverteilung des Sozialproduktes. Dabei wird aber häufig übersehen, dass ein Überfluss an Reichtum nur dann möglich ist, wenn er ständig reproduziert wird. Dazu ist und bleibt menschliche Erwerbsarbeit notwendig. Durch die Entlohnung wird für den arbeitenden Menschen ein wirksames Anreizsystem zur Aufnahme von Arbeit gesetzt.

Zudem sind die Auswirkungen des riesigen Umverteilungsprozesses, den die Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens erfordern würde, auf die gesamte Volkswirtschaft nicht endgültig abschätzbar, da das Modell bisher nirgendwo eingeführt und praktiziert wurde. Keineswegs würde das Hauptproblem darin bestehen, dass die Vermögenden mehr

⁵⁷ Steinitz, K., 2005: Chancen für eine alternative Wirtschaftspolitik. Linke Wirtschaftspolitik heute, Hamburg 2005, S. 148.

⁵⁸ Vgl. Busch, U., 2005: Schlaraffenland – eine linke Utopie? Kritik des bedingungslosen Grundeinkommens, in: Utopie kreativ, Heft 181, November 2005, S. 978- 991, S. 987.

Steuern entrichten müssten. Vielmehr wäre Frage zu stellen: „Wie soll bei fortschreitender Privatisierung, sinkenden Lohnfonds, wachsendem Aufkommen für das BGE eine gesellschaftliche Reproduktion möglich werden, die zunehmend mehr Menschen ein selbstbestimmtes Leben in Würde ermöglicht?“⁵⁹ Bereits der DDR-Staatssozialismus ist an der mangelnden Reproduktion des gesamtwirtschaftlichen Reichtums und der umverteilten Sozialleistungen gescheitert.

Hinzu kommt, dass mit einem solchen Modell eine Spirale aus Inflation und dem Anwachsen des nominalen Grundeinkommens in Gang gesetzt werden würde.⁶⁰ Die Auswirkungen auf das Verhältnis von Löhnen und Preisen wären nicht abschließend abschätzbar. Zudem müssten die Befürworter dieses Reformprojektes wohl die Mehrwertsteuer deutlich anheben, um es zu finanzieren.

6.6. Keine Aufnahme einer Arbeit trotz weitreichendem Zumutbarkeitsschutz?

Zudem erfolgt gesellschaftliche Wertschöpfung immer noch durch individuelle Erwerbsarbeit. Nicht jede Erwerbsarbeit kann automatisiert werden, wie sich das viele Befürworter des Grundeinkommens vorstellen. Für die Kinderbetreuung, die Pflege und andere soziale Dienste wird immer auch manuelle Arbeit benötigt werden. Hinzu kommt, dass auch „unangenehme“ Arbeiten in der Straßenreinigung, im Gewässerschutz und bei der Kanalisation verrichtet werden müssen.

Zudem würden wohl selbst viele Erwerbslose liberale Zumutbarkeitskriterien akzeptieren. Dazu gehören ein Qualifikations- und Abgruppierungsschutz ebenso wie das Verbot, zu menschenunwürdigen Bedingungen und sittenwidrigen Löhnen arbeiten zu müssen.⁶¹ Für jene Personen, die trotz weitreichendem Zumutbarkeitsschutz nicht arbeiten möchten, sollte dennoch von Sanktionen und Leistungsstreichungen abgesehen werden, weil das bisherige Niveau von Arbeitslosengeld II kaum den Ansprüchen auf ein menschenwürdiges, existenzsicherndes Leben gerecht wird.

⁵⁹ Dellheim, D., 2006: Zur Debatte um Grundsicherung oder Grundeinkommen, in: Utopie kreativ, Heft 197, Mai 2006, S. 427- 437, S. 429.

⁶⁰ Vgl. Tesch, J., 2006, a.a.O., S. 3.

⁶¹ Vgl. Schlecht, M., 2006b: Suche nach grenzenloser Freiheit, in: Neues Deutschland vom 29./30. April 2006, S. 5.

7. Ungelöste Probleme des Bedingungslosen Grundeinkommens

Die Verfechter des Bedingungslosen Grundeinkommens übersehen häufig, dass es sich bei einigen Vorschlägen für seine Ausgestaltung nicht um eine zusätzliche Leistung, sondern um ein alternatives Modell von Transferansprüchen handelt. Entsprechend würden die anderen sozialen Leistungen entfallen und durch eine Zuwendungspauschale ersetzt werden. Damit wäre aber auch die gesamte Basis des bisherigen Wohlfahrtsstaates gefährdet, die die soziale Absicherung für unterschiedliche Lebenslagen, -bereiche und -risiken, also Alter, Unfall, Erwerbslosigkeit, Krankheit und Pflege, garantieren soll.

Nach dem bisherigen Modell werden zunächst Versicherungsleistungen in Form von Zahlungen gewährt, wobei Leistungsansprüche vorher gezahlten Beiträgen folgen. Auf steuerfinanzierte Leistungen wird erst dann zurückgegriffen (Arbeitslosengeld II, früher: Arbeitslosen- und Sozialhilfe), wenn der individuelle Leistungsanspruch durch Erwerbslosigkeit erschöpft ist. Dabei erfolgt die Zahlung der steuerfinanzierten Leistungen *nach* einer Bedürftigkeitsprüfung, d.h. nach der Prüfung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse.⁶²

Würde man das bisherige System von versicherungs- und steuerfinanzierten Leistungen durchbrechen, geriete der Gesetzgeber in das Dilemma, auch bei Vorliegen keiner Bedürftigkeit zu zahlen, d.h. entweder ein höheres Finanzvolumen aufbringen zu müssen oder bisher gewährte, durch Versicherungsbeiträge erworbene Leistungsansprüche von Arbeitnehmern zu kürzen. Die Durchbrechung des Äquivalenzprinzips, nach dem jede Gegenleistung (nur) einer vorhergehenden Leistung folgt, muss erst einmal noch kein Problem sein, denn der Lebensstandard von Facharbeitern mit hohem Einkommen würde auch bei geringen Kürzungen gewahrt bleiben. Auch im Hinblick auf das Versprechen, die Sozialbürokratie zu reduzieren, ist das Modell nicht widerspruchsfrei: Entweder erhielte jeder Bürger das Grundeinkommen ohne Bedarfsprüfung, was den Bundeshaushalt bis an seine Grenzen belasten würde. Oder wohlhabende und reiche Bürger erhielten das Grundeinkommen nicht. Dann müsste die Politik im Kern an der Bedarfsprüfung und der Sozialbürokratie festhalten, und das Grundeinkommen wäre nicht mehr bedingungslos.⁶³

⁶² Vgl. Butterwegge, Ch., 2007, a.a.O., S. 29.

⁶³ Vgl. Butterwegge, Ch., 2007, a.a.O., S. 29 f.

Generell stehen alle Vorschläge zur Ausgestaltung eines Grundeinkommens vor einem unauflösbaren Dilemma: Entweder die Leistungen werden zusätzlich zu den anderen Sozialleistungen gezahlt. Dann würde man damit schnell an die Grenzen des Bundeshaushaltes stoßen, so dass nur massive Steuer- und Abgabenerhöhungen (und damit auch Belastungen für die Beschäftigten mit kleinen und mittleren Einkommen) als Ausweg blieben. Oder das Grundeinkommen bzw. Bürgergeld würde das bisherige System der Sozialleistungen ersetzen. Dann wäre es vielleicht finanzierbar, aber da es anstelle anderer sozialer Leistungen treten würde, wäre es für viele Beziehende von Transferleistungen mit empfindlichen Einschnitten verbunden. Aus diesem Grund wird die Grundeinkommensidee bereits heute von bürgerlichen Politikern wie *Dieter Althaus* oder der FDP dazu benutzt, um den Vorschlag zu unterbreiten, durch die Zahlung niedriger Pauschalbeiträge die Sozialleistungen und die Lohnnebenkosten zu senken („Bürgergeldkonzepte“). Damit wird die Grundeinkommensidee umgedeutet und zum Teil in ihr Gegenteil verkehrt.

Die Wirtschaft argumentiert ähnlich, befürchtet aber (wie auch bei jedem vernünftigen Reformvorschlag) die Anhebung der Lohnnebenkosten und die Verschlechterung ihrer Wettbewerbsfähigkeit: *„Entweder es [gemeint ist das Grundeinkommen] hat negative Konsequenzen auf Wachstum und Beschäftigung, weil die gesamtwirtschaftliche Abgabenlast und insbesondere die Grenzbelastung der Einkommen deutlich steigt, oder aber es ist so niedrig bemessen, dass ein sozio-kulturelles Existenzminimum nicht mehr erreicht wird.“*⁶⁴

8. Ausblick

Aufgrund der vielfach ungelösten Probleme eines *Bedingungslosen* Grundeinkommens empfiehlt sich eher der Rückgriff auf das Konzept der bedarfsorientierten Grundsicherung, das finanzierbar ist und eher die Akzeptanz bei größeren Teilen der Bevölkerung finden würde.⁶⁵ Dagegen bleibt das Bedingungslose Grundeinkommen – wenn es nicht sogar von den Verfechtern neoliberaler Politik unter anderen Schlagworten zur Senkung

⁶⁴ Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, 2006: Grundeinkommen: Radikalkur für den Sozialstaat? Volkswirtschaftlicher Argumentationsdienst Nr. 56, Berlin, 10. November 2006, S. 11.

⁶⁵ Vgl. Brangsch, L., 2006, a.a.O., S. 417 ff.

der Lohnnebenkosten missbraucht werden kann⁶⁶ – eher eine Vision, die einen Beitrag zum Nachdenken über die Ausgestaltung eines Grundsicherungs- oder eines (anderen) Grundeinkommenskonzeptes leistet. Dazu wären allerdings folgende Fragen weiter zu diskutieren: Wer erhält die Grundsicherung? In welcher Höhe soll sie gezahlt oder nicht gezahlt werden? Und ist die Grundsicherung an Zumutbarkeitskriterien oder Sanktionen gebunden, oder sollte auf beide besser verzichtet werden?

Literatur

BAG Grundeinkommen in und bei der Linkspartei.PDS, 2005: Erklärung zur Kritik Ulrich Buschs am Bedingungslosen Grundeinkommen, Berlin 2005.

BAG Grundeinkommen der Partei DIE LINKE, 2006: Konzept der BAG Grundeinkommen in und bei der Linkspartei.PDS für ein Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) in Höhe der Armutsrisikogrenze (Fassung vom 16. Juli 2006), Berlin 2006.

BAG Grundeinkommen der Partei DIE LINKE, 2009: Menschenrecht Grundeinkommen. Eine andere Politik ist nötig, eine andere Politik ist möglich, Nürnberg 2009.

Becker, I., 2006: Armut in Deutschland – Bevölkerungsgruppen unterhalb der ALG-II-Grenze. Arbeitspapier der J. W. Goethe-Universität Frankfurt/Main (gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung), Frankfurt/Main, Oktober 2006.

Birnbaum, R./Eubel, C., 2006: „Ich verspüre keine Fesselung“, Interview mit CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla, in: Der Tagesspiegel vom 29. Oktober 2006, in: <http://www.tagesspiegel.de/politik/art771,2265615> vom 25. Februar 2010.

Bischoff, J./Radke, J./Troost, A., 2006: Aufregung um ein „bedingungsloses“ Grundeinkommen, Hamburg 2006.

Blaschke, R., 2004a: Weniger arbeiten!, in: Blaschke, R./Leibiger, J. (Hrsg.), Arbeitszeitverkürzung. Begründungen, Probleme, Lösungsansätze. Rosa-

⁶⁶ Es sollte nicht vergessen werden, dass angesichts der politischen Kräfteverhältnisse die Unternehmer- bzw. Arbeitgeberverbände eher die Deutungshoheit zur Umsetzung eines solchen „Grundeinkommens“-Modells besitzen, z.B. in Form arbeitspflichtiger Bürgergeld-Modelle unterhalb des sozio-kulturellen Existenzminimums.

Luxemburg-Stiftung Sachsen, Texte zur politischen Bildung, Heft 32, Leipzig 2004, S. 11- 82.

Blaschke, R., 2004b: Garantiertes Grundeinkommen. Entwürfe und Begründungen aus den letzten 20 Jahren. Frage- und Problemstellungen, 4. Auflage, Dresden, August 2004 (Fassung vom 14. August 2004).

Blaschke, R., 2005a: Garantierte Mindesteinkommen. Aktuelle Modelle von Grundsicherungen und Grundeinkommen im Vergleich, Dresden, Oktober 2005.

Blaschke, R., 2005b: Arbeitszwang/Arbeitsverpflichtung - Verschiedene Bestimmungen und deren Bedeutung für ein Bedingungsloses Grundeinkommen (im Januar 2005 überarbeitete und ergänzte Fassung des Vortrages auf der Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung „Zukunft der Gerechtigkeit“ am 11. Dezember 2004 in Berlin), Berlin 2005.

Blaschke, R., 2006: Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE), Mindestlohn, Arbeitszeitverkürzung, Dresden, Juni 2006.

Brangsch, L., 2006: Grundsicherung: Ein vergessenes PDS-Konzept, in: Utopie kreativ, Heft 187, Mai 2006, S. 417- 426.

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, 2006: Grundeinkommen: Radikalkur für den Sozialstaat? Volkswirtschaftlicher Argumentationsdienst Nr. 56, Berlin, 10. November 2006.

Busch, U., 2005: Schlaraffenland - eine linke Utopie? Kritik des bedingungslosen Grundeinkommens, in: Utopie kreativ, Heft 181, November 2005, S. 978- 991.

Butterwegge, Ch., 2007: Grundeinkommen und soziale Gerechtigkeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Heft 51-52 vom 17. Dezember 2007, S. 25- 30.

Dellheim, D., 2006: Zur Debatte um Grundsicherung oder Grundeinkommen, in: Utopie kreativ, Heft 197, Mai 2006, S. 427- 437.

Gorz, A., 1994: Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft. Hamburg 1994.

Gorz, A., 2000: Arbeit zwischen Misere und Utopie, Frankfurt/Main 2000.

Kipping, K., 2005: Und weil der Mensch ein Mensch ist: Garantiertes Grundeinkommen, in: Utopie kreativ, Heft 176, Juni 2005, S. 520- 524.

Kipping, K., 2006: Wir müssen mit der alten Ideologie brechen, in: Junge Welt vom 18. Dezember 2006, S. 2.

Kipping, K., 2007: Und weil der Mensch ein Mensch ist... Zur Debatte um das bedingungslose Grundeinkommen, Version vom Februar 2007, Berlin 2007.

Kipping, K., 2009: Ausverkauf der Politik. Für einen demokratischen Aufbruch, Berlin 2009.

Knott, T./Koch, H., 2006: Das sind die Skeptiker, in: tageszeitung vom 27. November 2006, in: <http://www.taz.de/pt/11/27/a0143.1/text> vom 30. November 2009.

Koch, H., 2006: Das sind die Befürworter, in: tageszeitung vom 27. November 2006, in: <http://www.taz.de/pt/11/27/a0145.1/text> vom 30. November 2009.

Kommission Bürgergeld – Negative Einkommensteuer, 2005: Das Liberale Bürgergeld: aktivierend, transparent und gerecht, Ergebnisbericht der Kommission Bürgergeld – Negative Einkommensteuer (KoBüNE) vom 28. Januar 2005, Berlin 2005.

Lazar, M., 2007: Stichwort Grundeinkommen, Ausgabe Nr. 1, Leipzig, Oktober 2007.

Mitschke, J., 2000: Grundsicherungsmodelle - Ziele, Gestaltung, Wirkungen und Finanzbedarf. Eine Fundamentalanalyse mit besonderem Bezug auf die Steuer- und Sozialordnung sowie den Arbeitsmarkt der Republik Österreich, Baden-Baden 2000.

o.V., 2006a: 800 Euro für jeden? CDUler findet's gut (Die Tageszeitung vom 25. Oktober 2006), in: <http://www.taz.de/pt/2006/10/25/a0070.1/text> vom 30. November 2009.

o.V., 2006b: ND zum Grundeinkommen: 855 Mrd. Kosten, 35 % Sonder-Einkommensteuer. ND-Artikel zur Finanzierung des Bedingungslosen Grundeinkommens, in: Neues Deutschland vom 18. Juli 2006, in: http://www.axel-troost.de/article/178.neues_deutschland_855_mrd_kosten_35_sonder_einkommensteuer.html vom 25. März 2010.

Opielka, M., 1985: Ökologische Sozialpolitik. Überlegungen zu einer ökologischen Sozialreform, in: Opielka, M. (Hrsg.), Die ökosoziale Frage. Entwürfe zum Sozialstaat. Frankfurt/Main 1985, S. 282- 309.

Opielka, M., 2000: Grundeinkommenspolitik. Pragmatische Schritte einer evolutionären Reform, in: Verband der Öffentlichen Wirtschaft und Ge-

meinwirtschaft Österreichs (Hrsg.), *Garantiertes Grundeinkommen?*, Zeitschrift für Gemeinwirtschaft, 38. Jg., N.F. 3- 4, August 2000, S. 43- 59.

Opielka, M., 2003: Solidarität zwischen den Generationen – Zwischen Verzichtsvorwurf und neuen Vorbildern, in: *Universitas* 11/2003, S. 1113- 1126.

Opielka, M., 2007: Grundeinkommen als Sozialreform, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, Heft 51-52 vom 17. Dezember 2007, S. 5- 10.

Ptak, R., 1998: *Zur Entwicklung des deutschen Sozialstaates*, in: *Sozialstaat und neoliberale Hegemonie*, Berlin 1998.

Riester, P., 2007: Ladies Lunch – Grundeinkommen vs. Grundsicherung, Beitrag vor der Grünen Jugend vom 23. März 2007, o.O. 2007.

Roth, R., 2006: *Zur Kritik des bedingungslosen Grundeinkommens*, Frankfurt/Main 2006.

Schlecht, M., 2006a: M. Schlecht zum Grundeinkommen: „Das ist keine sozialistische Position“. Interview zur Kritik des Bedingungslosen Grundeinkommens, in: *Neues Deutschland* vom 20. Juli 2006.

Schlecht, M., 2006b: Suche nach grenzenloser Freiheit, in: *Neues Deutschland* vom 29./30. April 2006, S. 5.

Schlecht, M., 2006c: Die Überflüssigen entsorgt, in: *tageszeitung* vom 2. November 2006, S. 11.

Steinitz, K., 2005: *Chancen für eine alternative Wirtschaftspolitik. Linke Wirtschaftspolitik heute*, Hamburg 2005.

Stern.de, 2006: *Debatte über Grundeinkommen: Soll Nichtstun bezahlt werden, Frau Kipping?* (24. Januar 2006), in: <http://www.stern.de/politik/deutschland/debatte-ueber-grundeinkommen-soll-nichtstun-bezahlt-werden-frau-kipping-553889.html> vom 30. November 2009.

Straubhaar, T. (Hrsg.), 2008: *Bedingungsloses Grundeinkommen und Solidarisches Bürgergeld – mehr als sozialutopische Konzepte*, Hamburg 2008.

Tesch, J., 2006: *Kommunismus schon im Kapitalismus? Zur Grundeinkommens-Debatte in Utopie kreativ und anderswo*, Leipzig, 13. Juli 2006.

Vobruba, G., 1989: *Arbeiten und Essen: Politik an den Grenzen des Arbeitsmarktes*, Wien 1989.

Vobruba, G., 2000: *Alternativen zur Vollbeschäftigung. Die Transformation von Arbeit und Einkommen*, Frankfurt/Main 2000.

Volmer, H., 2009: Streitfrage Grundeinkommen. Interview von ntv mit Katja Kipping (DIE LINKE) vom 2. März 2009, in: <http://www.katja-kipping.de/article/45.streitfrage-grundeinkommen.html> vom 25. März 2010.

**Potentiale und Perspektiven
der urbanen Praxis**

Fernand Guelf

Kreativität in der urbanen Gesellschaft Henri Lefèbvres Projekt einer kulturellen Revolution

Kreativität und Ökonomie

In der aktuellen Diskussion wird der Begriff der „kreativen Stadt“ auf „innovative Milieus“, sogenannte „kreative Klassen“ reduziert. Angestrebt wird eine Erneuerung urbanen Kapitals in Form von Attraktivität, die insbesondere auf ökonomischer Basis ins Gewicht fällt. Die abgeleiteten Marktstrategien spiegeln sich im Wettkampf zwischen unterschiedlichen Stadtteilen und Städten. Das Ranking der 50 größten Städte der Bundesrepublik im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), das seit 2004 jährlich bekanntgegeben wird, definiert die Maßstäbe:

„Die[se] Vergleiche sollen dazu dienen, den Bürgern und Vertretern der Städte die Möglichkeit zu geben, die Entwicklung ihrer eigenen Region derer anderer (vergleichbaren) „Wettbewerber“ gegenüberzustellen. Die aktuellen, vor allem demografischen Entwicklungen machen deutlich, dass die Städte zukünftig nicht nur in Konkurrenz zu einander stehen, wenn es um Standortentscheidungen von Unternehmen geht. Zukünftig müssen die Städte vielmehr bemüht sein, die zahlenmäßig immer seltener anzutreffenden High Potentials für ihre Region zu gewinnen und sich somit einen Standortvorteil zu erarbeiten. Viele Städte haben diesen Trend erkannt und begreifen sich heute immer mehr als Serviceeinrichtung für ihre Bürger und Unternehmen. Nur wer besser ist als andere, kann heute im Standortwettbewerb bestehen.“¹

Die Anleitung zum Wettbewerb entspricht marktwirtschaftlichen Kategorien, der Begriff der Kreativität gerät in die Spirale des Erfolgs, Hoheitsgebiet modernen Managements. Sogenannte „Kreative Clusters“ (die geografische Konzentration einzelner sogenannter Kreativ-Branchen wie Musik, Film, Design usw.) zwecks Optimierung der Gestaltungsmöglichkeiten, das Anbieten optimaler Standplätze sollen Anreiz für die Niederlassung von Industrie und Banken sein, die ihrerseits den Wettbewerb der einzelnen Städte anfachen. Die Reduzierung auf die Ökonomie kennt Gewinner und Verlierer, das Individuum wird zur Spielfigur auf ökonomischem Terrain.

1 Siehe www.insm-wiwo-staedteranking.de/.../bericht_grossstadt_2009.pdf, S. 5 (Stand: 17.02.2010)

Der amerikanische Soziologe Richard Florida präsentiert vor diesem Hintergrund eine überzeugende Theorie, wegweisend für ein ökonomisch orientiertes Bewusstsein von Urbanismus und Kreativität. Zu den „eigentlich“ Kreativen – sie bilden die „creative class“ – zählen Künstler, Musiker, Designer, Architekten, aber auch Rechtsanwälte, Professoren, Manager, Berater, Softwareentwickler, Ingenieure und selbst Friseure. Als ökonomisch wichtigste Gruppen erwirtschaften sie in den USA – ihr Potential liegt bei 33% – 50% des Bruttosozialproduktes. Nur die jeweiligen Länder, Städte und Regionen wachsen, die eine genügend große Anzahl von Mitgliedern der Creative Class dauerhaft halten können. „Kreative“ werden zur gefragten Ware, das Werben um sie mutiert, nach Florida, zur Überlebensfrage.

Ein „Bohemian Index“ gibt Auskunft darüber, wie viele Künstler in einer Stadt oder Region leben. Toleranz, Offenheit, Aufgeschlossenheit für Neues und Fremdes bilden die bestimmenden Merkmale einer anziehungskräftigen Stadt oder Region. Maßstab für die Toleranz ist der Umgang mit Randgruppen, für Florida – neben Homosexuellen – vor allem Künstler. Das vermeintliche Plädoyer für Toleranz ist in letzter Instanz weniger moralischen Prinzipien als vielmehr ökonomischem Kalkül geschuldet: Integration als Rentabilitätskategorie.

Max Horkheimer und Theodor W. Adorno charakterisieren bereits in den späten dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts in der „Dialektik der Aufklärung“ – wenn auch unter den Bedingungen der aufkommenden Medien- und Filmindustrie im Exilland Amerika – die Kulturindustrie als Massenbetrug. Die Verschiebung der Akzente in der Moderne täuscht nicht über den tragischen Konflikt hinweg, der bestimmend für eine ‚ästhetische Kreation‘ steht, die durch die Möglichkeiten der Reproduzierbarkeit zum Produkt unter Produkten wird.

Walter Benjamins Analyse bereitet das Terrain, auf dem Henri Lefèbvre sich an die Thematik Stadt und Verstädterung herantastet. Beide Phänomene begleiten und illustrieren sein metaphilosophisches Konzept, das die Dynamik der Entwicklung des Menschen als Naturwesen vor dem Horizont der Kreation einer zweiten Natur nach dem Vorbild der ersten nachzeichnet, mögliche Perspektiven als Projektion gestaltet.

Annäherung an die Stadt

Max Webers Versuche, in den Strukturen der mittelalterlichen Stadt die Fundamente der Rationalität des Kapitalismus zu erkennen, kreisen die Stadt als „relativ geschlossene befestigte Siedlung“ mit einem eigenen

Markt und einer teilweisen Autonomie und Autokephalie ein.² In ihr lassen sich, im Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus, die Elemente herauskristallisieren, die sie als Träger von Rationalität, die Hauptvoraussetzung für die Entwicklung zur Moderne, auszeichnen. Eine Definition der Stadt ist hiermit nicht gegeben und jeder diesbezügliche Versuch tut sich in der Folge schwer, die Stadt auf eine schlüssige, allgemeingültige Basis zu reduzieren. Zudem verschieben die Interessenslagen und Methoden unterschiedlicher Disziplinen - Soziologie, Geschichte, Geographie, Architektur, Urbanismus - den Blickwinkel auf das für sie relevante Terrain.

In der „Kritik des Alltagslebens III“ fragt Lefèbvre 1981, nach einer intensiven Auseinandersetzung mit Stadt und Verstädterung in den sechziger und siebziger Jahren, erneut: Was ist der urbane Raum? Was ist die Stadt? Aus was und wie sind Raum und Stadt zusammengesetzt? Wie sind die Zusammenhänge zwischen Architektur, historischer Bausubstanz, Urbanismus und Alltagsleben im urbanen Raum?³ Lefèbvre erkennt den direkten Zusammenhang mit zentralen philosophischen Fragestellungen: Was ist der Mensch? Wie verhält er sich zum Sein? Was ist der Zusammenhang zwischen Sein und Raum? Wie steht es um die menschliche Zukunft?⁴ Die Analyse von Stadt und Verstädterung wird zum Ariadnefaden, entlang dem sich die Gedankengänge entwickeln, Vergangenheit, Gegenwart und projizierte Zukunft in ständiger Wechselwirkung die Dynamik der menschlichen Entwicklung thematisch zu erfassen suchen.

Die Stadt als Kreation und Inszenierung

Den Schwierigkeiten, sich dem Stadtbegriff zu nähern, begegnet Lefèbvre mit einer Bestimmung, die sich an der Analyse der Entwicklung des Menschen, seines Handelns, seines Wesens und seiner Perspektiven orientiert. Die Stadt wird zur Kreation, zum ‚opus magnum‘, zum „oeuvre magistrale“, zum krönenden Ausdruck menschlicher Aktivität. In ihr drückt sich der Handlungsbezug des Menschen zur Natur – die Stadt reproduziert in ihren Anfängen die Gesamtheit der sichtbaren und unsichtbaren Welt –, die sozialen Interaktionen und die menschliche Fähigkeit kreativ zu wirken aus.⁵

2 Max Weber (2000), *Wirtschaft und Gesellschaft* S. 1/11.

3 Vgl.: Henri Lefèbvre (1981), *Critique de la vie quotidienne III*, p. 131.

4 Vgl.: Henri Lefèbvre (1981), *Critique de la vie quotidienne III*, p. 131.

5 Vgl.: Henri Lefèbvre (1965), *Métaphilosophie*, p. 194; deutsch (1975), S. 228f.

Das Venedig des sechzehnten Jahrhunderts erlebt Lefèbvre als perfekte Inszenierung des Welttheaters, die den Menschen in all seiner Gestaltungsvielfalt präsentiert; Ausdruck seiner Kreativität, seines Verlangens, seines Spieltriebs vor selbstentworfener Kulisse ist. Als Kreation ist die Stadt Venedig Kunstwerk, einmalig in ihrer Ausführung, nicht reproduzierbar. In ihrer wirtschaftlichen Bestimmung folgt sie jedoch bereits den Mechanismen eines konsumorientierten Marktes, der verselbstständigt, allmählich die Verbindung zum Original verliert. In der Sprache der Metaphilosophie: „Die großen Bilder der Weltseele, der himmlischen Sphären, der Erde und der Harmonien sind fast völlig verschwunden. Die Symbole werden stumpf und machen Platz für die Zeichen, für den verbalen und geschriebenen Diskurs.“⁶

Die moribunde Stadt

Lefèbvre lässt die historische Stadt sterben. Ihr Ableben ist weder plötzlich noch unerwartet, trifft in der Nachfolge der Industrialisierung vor allem die Moderne. Die Gesetze der kapitalistischen Ökonomie, ihre Reproduktionsmechanismen hebeln wesentliche Aspekte der Entfaltung der menschlichen Existenz aus. Vorrangig der kreative, erneuernde Aspekt, verkörpert in der Idealvorstellung der Kreation Stadt, steht dem Versuch der Homologisierung zwecks Erhalts herrschender Strukturen entgegen. Mimesis und Poiesis sind die Modalitäten der Praxis, an denen sich das komplexe Zusammenspiel der menschlichen Fähigkeiten, sich die Natur anzueignen, erfassen lässt. Die Mimesis als nachahmende Tätigkeit bedarf, soll sie nicht im Dienste der Reproduktion und somit des Erhalts bestehender Strukturen stehen, des kreativen Impulses, der Poiesis, jenes schwer fassbare Potential an Dynamik, stets bestrebt, das Neue zu schaffen.

Die moribunde Stadt läutet einen entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte der menschlichen Entwicklung ein. Die einstige Dynamik wird versucht, unter Kontrolle gehalten, der Urbanisierungsprozess selbst in eine ‚Einbahnstrasse‘ manövriert zu werden.

Für jede weitere Bestandsaufnahme gilt festzuhalten, dass Lefèbvre in der historischen Stadt jene Aspekte erkennbar macht, die den Menschen in seiner Bestrebung charakterisieren, eine zweite Natur nach dem Vorbild der ersten zu schaffen und die Ausdruck seines kreativen, poetischen Vermögens sind. Eine Analyse des Alltagslebens ergibt, dass diese Dynamik fehl-

⁶ Vgl.: Henri Lefèbvre (1965), *Métaphilosophie*, p. 196; deutsch (1975), S. 231.

geleitet ist, der Prozess der Urbanisierung Gefahr läuft, nicht länger der Kreativität Vorrang zu geben, sondern, in Anlehnung an die Reproduktion der bestehenden Verhältnisse, nur mehr zum Erhalt der Macht genutzt wird.⁷

Traumwelt der Moderne

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstehen in Paris die ersten „Passagen“. Als Vorläufer der modernen Kaufhäuser sollen sie dem aufkommenden Bürgertum erlauben, fernab von dem Getöse, dem Dreck der Stadt, vor gefährlichen Pferdekutschen und unvorhergesehenen Unwettereinbrüchen geschützt, in der künstlich geschaffenen Welt im Zentrum der Stadt, unter dem freien Himmel der von Stahlkonstruktionen getragenen, schwebenden Glasdächer, inmitten von luxuriösen Boutiquen und Kaffeehäusern, sich in einer Welt des Luxus zu bewegen. „Menschen-Aquarien“ nennt der französische Surrealist Louis Aragon Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts die „Passages de l’Opéra“, die 1924/25 den Arbeiten zum Bau des Boulevard Haussmann zum Opfer fallen.⁸

Im März 1926 reist Walter Benjamin mit Franz Hessel nach Paris. Neben der ästhetischen, experimentellen Konfrontation, die Benjamin in ein komplexes Geflecht von Erinnerung, Erfahrung, Erkennen in geschichtshistorische Konstellationen einbringt, bergen die Passagen das Bild der Moderne, wie sie sich Mitte des 19. Jahrhunderts ankündigt. Sie spiegeln die Künstlichkeit, das Nicht-Authentische der modernen Welt im Kleinen. Der Zufluchtsort wird zur kollektiven Stube, die in nichts der bürgerlichen, häuslichen Idylle nachsteht.

„Das waren Räume für ein Geschlecht, das vom Wetter zu wenig wusste und sonntags, wenn es schneite, statt auf Skiern in den Wintergärten sich wärmte. Zu früh gekommenes Glas, zu frühes Eisen: das war ein und dieselbe Sippe, Passagen, Wintergärten mit der herrschaftlichen Palme und Bahnhofshallen, wo die falsche Orchidee ‚Abschied‘ mit ihren winkenden Blütenblättern gezüchtet wurde. [...] Und heute steht es mit dem Menschenmaterial im Innern wie mit dem Baumaterial der Passagen. Zuhälter

7 Vgl.: Henri Lefèbvre (1961), *Critique de la vie quotidienne II*, p. 317; deutsch (1987), S. 573 und Henri Lefèbvre (1973), *La survie du capitalisme*, p. 2/54; deutsch (1974), S. 8/69.

8 Louis Aragon (1969), *Pariser Landleben, Le paysan de Paris*, S. 18 f.

sind die eisernen Naturen dieser Straße und ihre gläsernen Spröden sind Huren.“⁹

Der Alltag passt sich der Warenförmigkeit des ‚artifizialen‘ Lebens an, wird in Anlehnung an Marx‘ Theorie vom Fetischcharakter der Ware zur Phantasmagorie, zum verdinglichten Denken; das Produkt wird aus seinem historischen Zusammenhang gerissen.

Die reflexartigen Reaktionen, die Benjamin als Resultat des Lebens in der Großstadt ausmacht, die Selbstständigkeit im Denken und Handeln, die durch den reflektorischen Charakter ersetzt werden, entsprechen einem „mythischen Bewusstsein“: des Analysierens unfähig, unfähig zu erkennen, dass das vermeintlich Neue ein Uraltes, das „nämliche“ ist.¹⁰ Das Neue, das die Moderne verspricht, ist einzig die Wiederholung des Immer-Gleichen. Der Mythos ist als solcher nicht mehr erkennbar, jeder Ansatz von wirklichem Fortschritt verliert sich in sich selbst. Benjamin spricht polemisch vom „Fortschritt der Naturbeherrschung“ und dem „Rückschritt der Gesellschaft.“¹¹

Diese Verblendung hat sich der Kapitalismus zu Eigen gemacht. Alle Versuche zur Veränderung scheitern, münden in der tragischen Einsicht, dass es so weiter geht, wie es ist. Die Katastrophe ist nicht das Kommende, sondern das jeweils Gegebene oder „Strindbergs Gedanke: Die Hölle ist nichts, was uns bevorsteht – sondern ‚dieses Leben hier‘.“¹² Als „letzter Dinosaurus“¹³ bewegt sich der Konsument in der Traumwelt der Großstadtpassagen.

Der abstrakte Raum

Dem Bild der Passagen bei Benjamin als Bestandsaufnahme der Großstadt, begegnet Henri Lefèbvre in den 60ziger Jahren des 20. zigsten Jahr-

9 Walter Benjamin (1980), Passagen, S. 1044.

10 „Es handelt sich nicht darum, dass ‚immer wieder dasselbe‘ geschieht, sondern darum, dass das Gesicht der Welt, das übergroße Haupt, gerade in dem, was das Neueste ist, sich nie verändert, dass dies ‚Neueste‘ in allen Stücken immer das nämliche bleibt. Das konstituiert die Ewigkeit der Hölle und die Neuerungslust der Sadisten.“ Walter Benjamin (1980), Passagen, S. 1011.

11 Hierzu: Walter Benjamin (1980), Über den Begriff der Geschichte, G. S. Bd. I. S. 699.

12 Vgl.: Walter Benjamin (1980), Zentralpark, G. S. Bd. I, S. 683.

13 Walter Benjamin (1980), Passagen S. 670 und S. 1045.

hunderts mit seiner Charakterisierung des „Abstrakten Raums“. Der Raum, nicht zu füllendes Gefäß sondern Produkt komplexer sozialer und politischer Interaktionen, Produkt der Praxis, des Alltagslebens, lässt sich im Hinblick auf die Moderne, zusammenhängend mit dem Rationalisierungsprozess im Allgemeinen und der von Marx erkannten „erweiterten Reproduktion“ analysieren.

Der abstrakte Raum ist in dem von Lefèbvre postulierten Urbanisierungsprozess der Raum der verordneten Homogenität. Gesellschaftliche Verhältnisse werden reproduziert, jeder Versuch Neues zu schaffen, aus dem infernaln Kreis auszubrechen, wird sanktioniert. Der Mensch verharret im benjaminschen Zustand des Traumes. Ihm gegenüber die rasante technische Entwicklung, die eine weitere Ausgrenzung des Menschen fördert, einem vermeintlichen Fortschrittsprozess apokalyptische Züge verleiht.

Bis dato sichere und allgemeingültige, dem Wissen und der sozialen Praxis inhärent erscheinende Codes, sind in einem unauffälligen Verfallsprozess begriffen. Bruchstücke aus Wörtern, Bildern, Metaphern vermögen nur zusammenhanglos die Welt wiederzugeben.¹⁴ Die Ökonomie als neue determinierende Kraft entfremdet Individuum und Gruppe von der eigenen Geschichte, macht sie, da ihr Handeln vom ökonomischen Prozess bestimmt wird, blind. Das Wachstum durch Akkumulation wird zur zentralen Achse, an der sich die Entwicklung der modernen Geschichte orientiert. Die Sinne, in den auf der einfachen, nicht-kumulativen Reproduktion gründenden Agrargesellschaften, Basis der Wahrnehmung, werden im Laufe der Entwicklung durch eine zunehmende Abstraktion durch Signale und Zeichen in den kumulativen Reproduktionsprozessen überdeckt. Die „zugleich äußerliche und abstrakte, Welt“ hat zur Konsequenz, dass das Individuum in all seinen Gesten und seinem Handeln orientierungslos, konditionierbar ist.

Urbanisierung

Der abstrakte Raum als Konsequenz des „Rationalisierungsprozesses“, als Urbanisierungsprozess birgt ein Doppeltes:

Den Gesetzen der Marktwirtschaft folgend wird die Ausbeutung des Landes und der Natur betrieben: der Fordismus steht für konsumorientierte und -fördernde ökonomische Programme, die geistige Entwicklung zeichnet sich durch zunehmende Abstraktion aus, die sich im Alltagsleben spiegelt, das das Naturwesen Mensch von der „ursprünglichen Quelle und

¹⁴ Vgl.: Henri Lefèbvre (1975), *La production de l'espace*, p. 34.

Mutter“¹⁵ endgültig zu trennen droht. So bedingt das Herausreißen aus dem natürlichen Zeitgefüge, der zerstörte Tag-Nacht-Rhythmus, dass der soziale Raum der Moderne sich als „ökonomischer Raum die Zeit unterordnet, die „société urbano-ético-marchande“¹⁶ zum Taktgeber im Alltagsleben wird. Die Konzentrierung der vielfältigsten geistigen wie materiellen Aspekte der menschlichen Entwicklung bietet die Möglichkeit der flächendeckenden Kontrolle und der intellektuellen Gleichschaltung der Individuen.

Aus dieser Konstellation ergibt sich ein Konfliktpotential, dazu geeignet, jede Form von Stillstand zu vermeiden. Dem Homologen, Austauschbaren setzt Lefèbvre „la différence“, die Verschiedenheit entgegen. Alle Reproduktion – selbst die des „Immergleichen“ – bewirkt Differenzen, jedes Zentrum schafft neue Peripherien. Mit den „Residuen“, den Restbeständen, gebliebenen Spuren einer ‚ursprünglichen, besseren Welt‘, dem Nichtreduzierbaren in der menschlichen Existenz und dem kreativen Streben nach Veränderung potenzieren sich durch den Urbanisierungsprozess die revolutionären Kräfte.

Neben konkret politischen Forderungen – das Recht auf die Stadt („droit à la ville“) steht in vorderster Front –, neben dem Widerstand gegen eine überwachte und gesteuerte Welt ist es der Ruf nach einer „kulturellen Revolution“. Im Alltagsleben verankert, soll ihre Dynamik über politische und soziale Forderungen hinausgehen. In Anlehnung an die situationistische Bewegung um Guy Debord in den fünfziger und sechziger Jahre in Frankreich ist die Kulturrevolution nicht als Idealisierung der klassischen Antike, wie sie der Gebrauch des Begriffs der Stadt (cité) als Ausdruck der menschlichen Kreativität erahnen lassen könnte, zu verstehen. Das „romantisch Revolutionäre“ – Lefèbvre selbst plädiert bereits im Oktober 1957 für einen „romantisme révolutionnaire“ – ist eine Zukunftsvision, in der der Riss zwischen Mensch und Gesellschaft, das Markenzeichen der Moderne, aufgehoben ist. Ein derartiges Projekt muss die gesellschaftliche Entwicklung als solche in Frage stellen, ihrem falschen Schein die Vorstellung einer anderen Gesellschaft entgegenstellen. Lefèbvres Zukunftsprojektion orientiert sich nicht an einem festgesetzten End-Zustand, auf den die Entwicklung der Menschheit hinsteuert, sie bleibt jederzeit „offen“, der Dynamik der Entwicklung verpflichtet, sich den verändernden Gegebenheiten anpassend.

15 Vgl.: Henri Lefèbvre (1966), *Der dialektische Materialismus*, S. 95.

16 Henri Lefèbvre (1992), *Éléments de rythmanalyse*, p. 15.

Das praxisphilosophische Konzept

Die These der globalen Urbanisierung setzt ein Praxisverständnis voraus, das den Menschen in all seinen Handlungen, die in ständiger Wechselbeziehung zu den Produktionsverhältnissen stehen, ins Zentrum rückt, den evolutionären Prozess selbst zum Inhalt der Theorie macht.

Die zentralen philosophischen Begriffe wie Freiheit, Vernunft, Vollendung sind die „jalons“ (Wegmarken), an denen es sich zu orientieren gilt. Vor allem muss der Mensch in seiner Vielfalt erkannt werden. Entgegen dem Vorhaben, ihn in seinem Potential einzuschränken, proklamiert Lefèbvre den „totalen Menschen“: „Der ‚totale‘ Mensch ‚ist‘ nicht ‚dies‘ oder ‚das‘: homo faber, sapiens, ludens, ridens etc. Er ist dies alles und noch ‚anderes‘, das noch nicht gesagt worden ist, weil es noch nicht erschaffen worden ist.“¹⁷ Die uneingeschränkt große Palette an Entfaltungsoptionen spricht für die Diversität der Gestaltungsmöglichkeiten des Alltagslebens, die durch die Zentralisierung in den Großstädten, das Aufeinandertreffen unterschiedlichster Charaktere, Situationen und Handlungsspielräume potenziert wird, als überdimensionierter Erlebnis-, Experimentier- und Handlungsraum überlebensnotwendige ‚Provokationen‘ bereithält. Dem Menschen, eingebettet in die Praxis, obliegt es durch Handeln im Alltagsleben, den Prozess der Urbanisierung nicht nur zu begleiten, sondern ihn zu gestalten. Die ‚Vision‘ beinhaltet ein Doppeltes: Eine Anlehnung an ästhetische Kategorien und eine mögliche Ausweitung auf ein noch zu bestimmendes Konzept von Kreativität.

Der „totale Mensch“

Die Integration des revolutionären Potentials in den Ablauf des Alltags ist die dominierende Herausforderung der praxisorientierten lefèbvreschen Theorie. Die Vermittlung zwischen Arbeit, technischer Rationalität, den konstitutiven Stoffwechsel zwischen Natur und Menschen, seine Reproduktion garantierend und die Vorstellung eines Lebens als ‚Selbstzweck‘, als Freiheit, nicht den Zwängen des Überlebenskampfes untergeordnet, erfährt in der klassisch marxistischen Tradition eine für Lefèbvre zu simple Lösung. Im Anschluss an Marx wird auf die Gegenüberstellung der Bereiche Arbeit und Freizeit mit der Schlussfolgerung zurückgegriffen, dass eine Reduktion der Arbeit – technische Errungenschaften erlauben eine Reduzierung von Arbeitszeit – ein Mehr an Freiheit bringe, die ihrerseits eine posi-

¹⁷ Henri Lefèbvre, *Metaphilosophie*, S. 324; orig. (1965), p. 268.

tive Akzentverschiebung, sowohl was die Einstellung zur Arbeit wie auch deren Qualität, habe. Diesem im bürgerlichen Reproduktionsschema verankerten Denken antwortet Lefèbvre: „Der sogenannte ‚moderne‘ Mensch hofft also in der Freizeit das zu finden, was ihm sein Familien- oder Privatleben nicht geben können. Von Glück weiß er kaum noch etwas und fragt auch nicht danach, wie es zu finden sei.“ Eine organisierte „Freizeitwelt“ lädt außerhalb des Alltäglichen ein, provoziert die endgültige Spaltung zwischen Arbeit und Spiel.¹⁸

Dem entgegen setzt Lefèbvre das Bild vom „totalen Menschen“, der in sich, als Projekt und Utopie, „Spiel, Liebe, Erkenntnis, Arbeit usw.“ versammelt.¹⁹ Dies steht in Zusammenhang mit Marcuses Vorstellung einer materiellen Produktion, die nicht allein durch Notwendigkeit charakterisiert ist: „Ich glaube, dass eine der neuen Möglichkeiten, die die qualitative Differenz der freien von der unfreien Gesellschaft darstellt, genau darin besteht, das Reich der Freiheit im Reich der Notwendigkeit zu finden, in der Arbeit und nicht jenseits der Arbeit.“²⁰ Das Zusammenwirken von Spiel und Arbeit im Sinne Fouriers, nach Marcuse „der historische Topos des Ästhetischen“²¹, hebt die durch Trennung von Arbeit, Freizeit und Vergnügen entstandene Entfremdung auf: „Die Trennung des Zweckmäßigen und Notwendigen vom Schönen und vom Genuss“ steht am Anfang einer Entwicklung, „welche das Feld freigibt für den Materialismus der bürgerlichen Praxis einerseits und für die Stillstellung des Glücks und des Geistes in einem Reservatbereich der ‚Kultur‘ andererseits.“²²

Kreative Utopie

Die Poiesis gruppiert bei Lefèbvre all jene Elemente, die durch „die Setzung des totalen Menschen, um die Arbeitsteilung zu überwinden (Fourier)“, erfasst werden und versteht sie als „Entscheidung das Alltagsleben zu verändern“.²³ Kreativität als Poiesis, als „menschliche Aktivität“ im umfassenden Sinn entspricht der Emanzipation des Kunstwerkes sowohl von

18 Vgl.: Henri Lefèbvre (1987), Kritik des Alltagsleben, S. 45.

19 Vgl.: Henri Lefèbvre, Metaphilosophie (1975), S. 143; orig. (1965), p. 129 und S. 348f; p. 286s.

20 Herbert Marcuse (1967), Das Ende der Utopie, S. 12.

21 Vgl.: Herbert Marcuse (1969), Versuch über die Befreiung, S. 72.

22 Vgl.: Herbert Marcuse (1965), Kultur und Gesellschaft I, S. 57.

23 Henri Lefèbvre (1975), Metaphilosophie, S. 15f, orig. (1965), p. 29.

der marxistischen Charakterisierung als Überbau als auch von der Umklammerung eines bürgerlichen Kunstverständnisses. Der Impact auf den Praxis-Begriff ist umso dramatischer, wird dieser um die Dimension der Utopie, erweitert: Die Zentralität des städtischen Raumes illustriert diese These:

„Es leuchtet ein, dass das U-topische [...] nichts mit dem imaginären Abstrakten gemein hat. Es ist wirklich. Es ist im Herzen dieses Wirklichen, es ist die urbane Wirklichkeit, die selber nicht ohne dieses Ferment besteht.“²⁴

Indem die U-topie aufklärerisch wirkt, wirkt sie verändernd und wirklich. Sie findet in der Totalität der globalen Verstädterung überall und nirgends ihren Ausdruck.²⁵ Die beiden „geschichtlichen Koordinaten der Praxis“, das Vergangene und das Zukünftige, treffen sich in der Gegenwart, die im dynamischen Prozess begriffen, sich an beiden orientiert („regressiv-progressiv Methode“). Der Dialektik vom Wirklichen und Möglichen als zentrales Element der marcuseschen Gesellschaftstheorie und Blochs Philosophie der „konkreten Utopie“ entspricht bei Lefèbvre der kreative Impetus, der sich in der Poiesis gegen die „mimetische Praxis“ der Gegenwart, bestimmt durch die Reproduktion nach Modellen – hierzu zählen auch Funktionalismus, Strukturalismus, Kybernetik, Informationstechnik – behaupten muss. Die „kreative Praxis“ orientiert sich an der Virtualität, dem Noch-nicht-Bestehenden („le rêve sinon l’utopie“), wobei die Poiesis als Modalität der Praxis die Schöpferin zukünftiger Werke („oeuvres“) und auch Handlungen ist.²⁶

Der quasi ‚anarchistische‘ Ansatz greift auf die Bedeutung des Spiels und der Charakterisierung des Menschen als „homo ludens“ zurück. Das Spiel ist untrennbar mit dem lefèbvreschen Begriff der Kreativität verbunden. Die situationistische Bewegung im Frankreich der fünfziger und sechziger Jahre – Lefèbvre stand zeitweise in enger Verbindung zu ihrem Protagonisten Guy Debord – versucht sich in einer Definition:

„Das gewöhnliche Leben, das bisher vom Versorgungsproblem bestimmt wurde, kann rationell beherrscht werden – diese Möglichkeit steht im Mittelpunkt aller Konflikte unserer Zeit – , und das Spiel muss in das gesamte

24 Henri Lefèbvre (1970), Die Revolution der Städte, S. 45; orig.(1970), p. 55.

25 Vgl.: Henri Lefèbvre (1970), Die Revolution der Städte, S. 141; orig.(1970), p. 175.

26 Vgl.: Henri Lefèbvre (1965), La proclamation de la Commune, p. 40.

Leben eindringen, es muss mit seiner räumlichen und zeitlichen Borniertheit radikal brechen.“²⁷

Gegen die räumliche und zeitliche Borniertheit steht die U-topie als Anreiz, Motivation und als Element der historischen Analyse; als „strategische Hypothese“. Das Noch-nicht-Denkbar bewegt sich auf ‚wertfreiem‘ Terrain, sammelt Erfahrungen, schließt das U-topische als Möglichkeit nicht aus, versteht es vielmehr als wesentliches Element der historischen Analyse (vgl.: regressiv-progressiv Methode) und der kreativen Anregung. Der „Eindimensionalität des Menschen“ (Marcuse) der Moderne entgegenzuwirken, gelingt nur indem der Mensch sich in der Diversität seiner Möglichkeiten erkennt, sie spielerisch einsetzt, jeder Bestrebung nach Gleichschaltung – Lefèbvre spricht von „Homologisierung“ – eine geballte Macht von Vielfalt, Unterschiedlichem – hier steht der Begriff „différence“ – entgegentritt.

Dichtung als Metapher

Die Poesie – einer bewussten Ausweitung auf andere künstlerische Ausdrucksweisen steht nichts im Wege – kann lebendiger Ausdruck dieser Dimensionen sein: „Das menschliche Wesen‘ (wir sagen nicht ‚der Mensch‘) kann nur als Dichter leben. Schenkt oder bietet man ihm nicht die Möglichkeit, dichterisch zu wohnen oder eine Poesie zu erfinden, so wird er sie auf seine Weise fabrizieren.“²⁸ Dichterisch wohnen im Anschluss an Hölderlins Zeilen und Heideggers Deutung heißt, die Elemente des Ästhetischen, des Kreativen zum lebensnotwendigen Bestandteil des Alltagslebens zu machen. Die Basis des Agierens, bzw. des revolutionären Eingreifens in den dynamischen Prozess, auf die künstlerische Ebene zu verlegen, weist nicht nur auf Lefèbvres frühe Nähe zum Surrealismus, dem Programm der Situationisten, seiner Liebe zur Musik und insbesondere der Literatur hin, steht nicht nur in der Tradition, neomarxistischer‘ Autoren (Georg Lukács, Theodor W. Adorno, Ernst Bloch, Max Horkheimer, Jean-Paul Sartre u. v. a.), sie bleibt als Möglichkeit, einem Denken jenseits des Systematischen, der Stagnation und Entfremdung eine Orientierung zu geben.

27 Beitrag zu einer situationistischen Definition des Spiels, in: Der Beginn einer Epoche, Texte der Situationisten, Edition Nautilus, Hamburg, S. 47-48., S. 47.

28 Henri Lefèbvre (1970), Die Revolution der Städte, S. 90f; orig. (1970), p. 112.

Vorrangig das, „was noch nicht erschaffen worden ist“, die Projektion eines Möglichen bestimmt innovatives Handeln und Schaffen. Die ‚Poesie‘ wird zur Metapher, die das Unfassbare sagen, das Getrennte zusammenzuführen, der unbekanntem Größe „U-topie“ ein ‚Zuhause‘ geben kann. ‚Dichten‘ gestaltet sich als Quelle der Freiheit, eigene Möglichkeiten zu erkennen, sie zu projizieren und zu verwirklichen. Sie selbst ist Teil des menschlichen Wesens, Ausdruck seines Verlangens, des „*élan de vie*“, des unbestimmten Lebenstriebes, immer wieder kreativ zu handeln.

Die Stadt als „Oeuvre“, der Urbanisierungsprozess als „Gesamtoeuvre“, als Kreation zu betrachten, verdeutlicht Lefèbvres Vorstellung, dem Entwicklungsprozess des Menschen jene Eigenschaften zuzuschreiben, die die Praxis bestimmen. Ihre Modalitäten, die Poiesis, die menschliche Aktivität, sich ‚kreativ‘ die Natur anzueignen, die Mimesis, das Vermögen praktisch zu formen, einst vereint, sind aus dem Gleichgewicht geraten. Die Mimesis, degradiert zur simplen Imitation, steht für Stagnation, Wiederholung des Immergleichen, Reproduktion der herrschenden Verhältnisse. Um den Teufelskreis zu durchbrechen, setzt Lefèbvre auf dem Menschen immanente Eigenschaften, die seinem eigentlichen Verlangen „eine zweite Natur nach dem Vorbild der ersten zu schaffen“, entsprechen. Der Spieltrieb als „*désir fondamental*“ („elementares Verlangen“) steht neben Liebe, Sexualität und einem schwer definierbaren „*élan de vie*“ am Eingang seiner kreativen Bedürfnisse. Die Notwendigkeit, sie verändernd in das Alltagsleben einzubringen, formuliert Lefèbvre in der „Kritik des Alltagslebens“:

„Der Mensch wird alltäglich sein oder nicht sein! Er wird alltäglich sein durch Überwindung der heutigen Alltäglichkeit, oder er wird vergehen. Solange das Alltagsleben nicht radikal anders geworden ist, wird die Welt nicht verändert worden sein.“²⁹

Radikal heißt, sich außerhalb vorgegebener Schemata zu bewegen; radikal bedeutet, dem Versuch innerhalb des Systems Nischen zu schaffen, zu widerstehen.

Dem Alltagsleben kreativ begegnen, bedeutet, den ökonomisch diktierten Richtlinien, dem entfremdeten Alltagsleben auf breitem Terrain die U-topie entgegenzustellen. In „*Vers un romantisme révolutionnaire*“ formuliert Lefèbvre: „*L’homme en proie du passé*“ wird zum „*homme en proie du possible*“.³⁰

29 Henri Lefèbvre (1987), *Kritik des Alltagslebens*, S. 278; orig., p. 29.

30 Vgl.: Henri Lefèbvre (1957), *Vers un romantisme révolutionnaire*, p. 664.

Lefèbvres Kreativitätsbegriff und sein Bezug zur Aktualität

Lefèbvres Kreativitätsbegriff bewegt sich nicht jenseits der aktuellen Diskussion um eine kreative Stadt, kreative Clusters, Oasen künstlerischer Kreativität. Vereinnahmt, absorbiert – Lefèbvre spricht von „*récupération*“ (Rückgewinnung, Aufnahme) – von der kapitalistischen Kulturmaschinerie, haben die Bestrebungen vor allem der situationistischen Bewegung in den fünfziger und sechziger Jahren – sie zeigt, in konkreten Beispielen wesentliche Parallelen zu Lefèbvres kreativem Urbanismus – Eingang in das Alltagsleben der Stadt gefunden und so auch die lefèbvresche Metaphilosophie konkretisiert:

„Unitärer Urbanismus“; die „Theorie der gesamten Anwendung aller Kunstmittel und Techniken, die zur vollständigen Konstruktion einer Umwelt in dynamischer Verbindung mit Verhaltensexperimenten mitwirken“,

New Babylon nach dem Niederländer und Aktivist des Situationismus Constant – „[...] die Welt des Homo Ludens, die Welt des spielerischen Menschen [...] eine Art Gesellschaftsmuster, das den Gedanken permanenter Veränderungen und Transformationen mit einbezieht“ – ,

„*dérive*“ und „*détournement*“ – das ziellose Umherschweifen, das Besetzen unterschiedlichster urbaner Räume, ihre spielerische Zweckentfremdung – ,

sie sind Muster des kreativen Impakts.

Die Forderung nach einer Aufhebung der Trennung von Kunst und Leben, die neue „Ästhetik des Performativen“ hat das subversive Terrain längst hinter sich gelassen: die Architektur bedient sich des Ideenpools der Stadt als „Readymade“, Trendforscher wie der Brite Charles Leadbeater werden zu Predigern einer Kreativwirtschaft, die in den neuen Medien unendlich viele Möglichkeiten – Lefèbvre erkannte sie in der fortschreitenden Zentralisierung durch die globale Urbanisierung – an kreativem Potential sehen.

Dagegen steht die brisante Forderung nach dem „Recht auf die Stadt“, dem „*droit à la ville*“, losgelöst von Rentabilitätskategorien und marktstrategischem Kalkül:

„Unmissverständlich kann man nicht klarstellen, was „Kreativität“ hier zu sein hat: ein *profit center* für die „wachsende Stadt“. Und da sind wir nicht dabei. Wir wollen nämlich keine von Quartiersentwicklern strategisch platzierten „Kreativimmobilien“ und „Kreativhöfe“. Wir kommen aus besetzten Häusern, aus muffigen Probenraumbunkern, wir haben Clubs in

feuchten Souterrains aufgemacht, unsere Ateliers lagen in aufgegebenen Verwaltungsgebäuden, und wir zogen den unsanierten dem sanierten Altbau vor, weil die Miete billiger war. Wir haben in dieser Stadt immer Orte aufgesucht, die zeitweilig aus dem Markt gefallen waren – weil wir dort freier, autonomer, unabhängiger sein konnten. Wir wollen jetzt nicht helfen, sie in Wert zu setzen. Wir wollen die Frage „Wie wollen wir leben?“ nicht auf Stadtentwicklungs-Workshops diskutieren. Für uns hat das, was wir in dieser Stadt machen, immer mit Gegenentwürfen zu tun, mit Utopien, mit dem Unterlaufen von Verwertungs- und Standortlogik. Wir sagen: Eine Stadt ist keine Marke. Eine Stadt ist auch kein Unternehmen. Eine Stadt ist ein Gemeinwesen.“³¹

Lefèbvres Konzept einer kreativen Praxis, die, nach dem Vorbild ästhetischer Kategorien, die U-topie einer Gesellschaft projiziert, die die Totalität des menschlichen Wesens begreift, trägt bis heute. Die Vereinnahmung zentraler Projekte und Ideen in die Marktmechanismen des kapitalistischen Systems ist nicht nur Ausdruck einer dialektischen Dynamik. Sie ist Teil des großräumig angelegten metaphilosophischen Projektes, das in dem Unterschiedlichen, dem Differentiellen den Bewusstseinsprozess erkennt, der das Alltagsleben immer aufs Neue um die Dimension des Imaginären erweitert. Im Spiel findet sich der kreative Impetus, ein Denken jenseits der festgefahrenen Strukturen, der „Reproduktion des Immergleichen“. Der praktische Bezug zum Alltag ist nicht immer ersichtlich, die Konkretisierung des Virtuellen in den wenigsten Fällen möglich. Der durch die Zentralsierung im Urbanisierungsprozess sich ständig ausweitende Gedankenpool steht für die kreative Kraft, die im Stillstand die benjaminsche „Hölle der Moderne“ lokalisiert. Auf den Menschen bezogen:

„Es geht also nicht darum, den Menschen und das Menschliche zu definieren, sondern es kommt darauf an, die Repräsentationen beiseite zu schaffen, die ihn zu definieren beanspruchen, um ihn frei in der Praxis *sich selbst* definieren zu lassen.“³²

31 Aus dem Künstler-Manifest gegen die Hamburger Kulturpolitik, die sich u.a. auf Richard Florida beruft. <http://www.zeit.de/2009/46/Kuenstlermanifest?page=1>. (Stand: 17.02.2010).

32 Henri Lefèbvre (1975), *Metaphilosophie*, S. 327; orig. (1965), p. 270.

Literatur

Lefèbvre, Henri (1939), *Le matérialisme dialectique*, Paris, Alcan Édition; deutsch (1966), *Der dialektische Materialismus*, Frankfurt am Main, Suhrkamp.

Lefèbvre, Henri (1957), *Vers un romantisme révolutionnaire*, en: *La Nouvelle Revue Française*, 1er octobre 1957, p. 664.

Lefèbvre, Henri (1961), *Critique de la vie quotidienne II, Fondements d'une sociologie de la quotidienneté*, Paris, L'Arche; deutsch (1987), *Kritik des Alltagslebens*, Frankfurt am Main, Fischer. (enthält: (1947), *Critique de la vie quotidienne, Introduction, Tome I*, Arche, Paris; (zweite ergänzte Auflage 1958), Paris, L'Arche; (1961), *Fondements d'une sociologie de la quotidienneté*.)

Lefèbvre, Henri (1965), *Métaphilosophie*, Paris, Editions de Minuit; Paris, Syllepse; deutsch (1975), *Metaphilosophie, Prolegomena*, Frankfurt am Main, Suhrkamp.

Lefèbvre, Henri (1965), *La proclamation de la Commune*, Paris, Gallimard.

Lefèbvre, Henri (1970), *La révolution urbaine*, Paris, Gallimard; deutsch (1970), *Die Revolution der Städte*, Frankfurt am Main, Athenäum Taschenbuch.

Lefèbvre, Henri (1973), *La survie du capitalisme, La reproduction des rapports de production*, Paris, Anthrapos; 3ème édition (2002), Paris, Anthrapos; deutsch (1974), *Die Zukunft des Kapitalismus*, München, List.

Lefèbvre, Henri (1974), *La production de l'espace*, Paris, Anthrapos; 4ème édition (2000), Paris, Anthrapos.

Lefèbvre, Henri (1981), *Critique de la vie quotidienne III, De la modernité au modernisme*, Paris, L'Arche.

Lefèbvre, Henri (1992), *Éléments de rythmanalyse*, Paris, Syllepse.

Aragon Louis (1969), *Pariser Landleben, Le paysan de Paris*, München, Rogner & Bernard.

Benjamin, Walter (1980), *Passagen, Gesammelte Schriften*, R. Tiedemann, H. Schweppenhäuser (Hrsg.), Frankfurt am Main, Suhrkamp, Bde. I&2.

Benjamin, Walter (1980), *Zentralpark*, , *Gesammelte Schriften*, R. Tiedemann, H. Schweppenhäuser (Hrsg.), Frankfurt am Main, Suhrkamp, Bd. I.

Benjamin, Walter (1980), *Über den Begriff der Geschichte*, Gesammelte Schriften, R. Tiedemann, H. Schweppenhäuser (Hrsg.), Frankfurt am Main, Suhrkamp, Bd. I.

Marcuse, Herbert (1965), *Kultur und Gesellschaft I*, Frankfurt am Main, Suhrkamp.

Marcuse, Herbert (1969), *Versuch über die Befreiung*, Frankfurt am Main, Suhrkamp.

Weber, Max (2000), *Wirtschaft und Gesellschaft*, Teilband 5, *Die Stadt, Die Wirtschaft und die gesellschaftlichen Ordnungen und Mächte*, Nachlass, Studienausgabe der Max Weber Gesellschaft, hrsg. von Wilfried Nippel, Band I/22 - 5, Tübingen, J.C.B. Mohr.

Rainer Fischbach

Die Zukunft ist die Stadt – doch was ist die Stadt der Zukunft?

Krise des Funktionalismus – Krise der Stadt

Als 1970 in Paris Henri Lefèbvres *La Revolution urbaine*¹ erschien, lag der Höhepunkt der Revolte der 1960er Jahre gerade zwei Jahre zurück. Der Charakter dieser Revolte blieb bis heute Gegenstand von Kontroversen, doch stellte sie auch eine Revolte gegen die Zwänge der Industriegesellschaft dar: gegen die Normierung des Lebens, von Arbeit, Bildung, Wohnung, Stadtwelt nach den Erfordernissen der industriellen Ökonomie.

Der Bezug zum städtischen Raum durchzog alle Aktionen der Bewegung. Was auch immer ihre konkrete Form, was auch immer der buchstäbliche Text ihrer Parolen war, gab es doch einen Subtext, der ein wesentliches Moment der Faszination ausmachte, die von ihnen ausging: den Subtext, der von der Aneignung des Raumes durch die leiblichen Menschen, durch deren sinnlich-praktische Aktionen handelte, davon, dass dort Tätigkeiten und Begegnungen jenseits der Funktionszwänge stattfinden konnten, denen das Leben sonst unterlag. Diese Botschaft in allen Botschaften erreichte die kinästhetische Empfindung bevor und selbst ohne dass der Intellekt sie wahrgenommen hätte. Demonstrationen, Sit-ins, Go-ins, Besetzungen, Straßentheater und Aktionskunst sprengten die funktionalistische Teilung des Raumes in monotone Zonen der (motorisierten) Bewegung, der Arbeit, des Konsums, der Rekreation, etc., die das Leben in einzeln beherrschbare Bereiche zerlegte und damit der industriellen Logik unterwarf.

Zugleich wuchs in den 1960ern auch die explizite Kritik an der funktionalistischen Architektur, am funktionalistischen Städtebau und der Förderung der Bodenspekulation durch diesen. Diese Kritik nahm nicht nur schnell praktische Gestalt an, sondern sollte auch über die damalige Bewegung hinaus lebendig bleiben: Von der Hausbesetzerszene im Frankfurter Westend bis zur Boheme im Hamburger Gängeviertel stellten Kämpfe um Häuser und Quartiere, in denen sich Bewohner gegen eine technokratische Stadtplanung sowie die sich in ihr durchsetzenden Verwertungsinteressen zur Wehr setzten, eine Facette der politischen und sozialen Auseinanderset-

¹ Eine Würdigung dieses Werkes liefert Fernand Guelf 2010. Umfangreiche Hinweise und Quellen zum Werk Henri Lefèbvres finden sich auf der von Horst Müller redigierten Webseite unter <<http://www.praxisphilosophie.de/lefebvre.htm>>.

zungen in den Metropolen dar – eine Facette, die in vielen Farben schillerte, da nicht nur die den Protest antreibenden Motive oft unterschiedlicher nicht hätten sein können und die Besitzstandswahrung privilegierter Schichten durchaus einschlossen, sondern auch die aus dem Protest hervorgehenden Bewegungen wiederum zum Bestandteil eines erweiterten Verwertungskalküls werden konnten.

Die funktionalistische Doktrin hatte sich nach dem Zweiten Weltkrieg weltweit durchgesetzt – mit Konsequenzen, die Widerspruch hervorriefen. Besonders die Realisierung des von ihren Vordenkern wie Le Corbusier propagierten und an zentraler Stelle in ihr wichtigstes Dokument, die *Charta von Athen*² eingegangene Prinzip der Trennung der Funktionen und Geschwindigkeiten erwies sich als fatal. Das Zielen wie Sauberkeit, Ruhe, reibungslosem Verkehrsfluss folgende Prinzip löste stadträumliche und lebensweltliche Zusammenhänge auf und ließ monofunktionale Teilräume zurück, die sich immer mehr als menschlichen Bedürfnissen inadäquat erwiesen. Wo die Umwandlung des Straßenraums in Raum für Automobile, der Innenstädte in außerhalb der Geschäftszeiten totenstarre Konsum- und Verwaltungszonen, deren Wachstum dem der nicht minder monotonen Schlafstädte draußen entsprach, nicht schon auf vom Krieg planiertem Terrain erfolgen konnte, fiel ihr in mancher Stadt mehr Bausubstanz und städtischer Raum zum Opfer als zuvor den Bomben. Dabei erwies sich als fatal, dass die Städtebauer nicht nur die explodierenden Ansprüche des Automobils – bis heute laufen sie dem rastlos expandierenden Automobilismus hinterher, um die Stadt *autogerecht* zu machen – völlig unterschätzten, sondern ebenso ignorierten, dass die *Charta* davon ausgegangen war, dass das Problem der Bodenspekulation gelöst wäre, bevor ihre Lehrsätze zur Anwendung kämen. So wurde die Funktionstrennung zu einer Treiberin der Bodenrente ebenso wie der Vernichtung urbaner Räume. Der Psychoanalytiker Alexander Mitscherlich war schon Mitte der 1960er Jahre mit einer Kritik am Städtebau der Nachkriegszeit hervorgetreten,³ in der er Eingriffe in das Privateigentum am Boden gefordert und dadurch nicht nur eine politische Diskussion ausgelöst, sondern auch eine neue Generation von Sozialwissenschaftlern, Architekten und Städtebauern beeinflusst hatte.

² Deren Lehrsätze dokumentiert Conrads 1975, 129-138.

³ Mitscherlich 1965

Die Idee der Stadt als unverwirklichte Utopie

Mitscherlich erkannte in dem, was einmal Städte waren, nur noch »stadtähnliche Agglomerationen,«⁴ die sich in einem Prozess der »großen Landzerstörung«⁵ immer weiter ausbreiteten und dabei nicht nur das Erlebnis freier Landschaft für die Massen in immer weitere Ferne rückten, sondern sich auch in monofunktionale Zonen zerlegten, in denen außer Arbeiten, Schlafen, Konsumieren und sich fortbewegen kaum Leben mehr möglich wäre, in denen insbesondere die »biologischen Minimalbedingungen,«⁶ derer das Heranwachsen von Kindern bedürfte, nicht mehr gegeben wären. Nicht nur dissoziales Verhalten wäre dadurch programmiert, sondern auch der Boden ausgetrocknet für die Ideen der Aufklärung, von Vernunft, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, die allesamt von städtischer Geburt wären. Letztere wären »Ausdruck einer Lebensweise in welcher die intellektuelle Auseinandersetzung – schon wegen des zur Verfügung stehenden beschränkten Aktionsraumes eines jeden – die Formen gewalttätiger Rivalität wenigstens ein Stück weit ersetzt hat.«⁷ In der Gestalt, welche die Städte annahmen, sah er ein neues System von Privilegien und des Entzugs von Rechten heraufkommen, das die Gleichheit in Frage stellte, mit der die Stadt erst erfüllen könnte, was Mitscherlich für ihre wichtigste Bestimmung hielt: »der Ort der Selbstbefreiung des Menschen zu sein.«⁸ Angesichts einer Entwicklung, die diese Bestimmung massiv gefährdete, hielt er es für geboten, »zur Verwirklichung der besseren Utopie beizutragen, die der Stadt die Qualität erhalten möchte, Raum des denkenden Aufstandes zu bleiben.«⁹

Mitscherlich appelliert hier an eine alternative Genealogie moderner Staatlichkeit: auf deren Herkunft aus dem Friedensschluss der Stadtbürger. Dieses Modell, das dem der absolutistischen Herrschaft unterlag, in dem sich die Bürger dem Souverän unterwerfen, dessen Eingriff den *bellum omnium contra omnes* beendet, verdient es, wieder erinnert zu werden. Die Stadtstaaten, in denen es sich nur vorübergehend oder teilweise gegen die Vorrechte der Adels- und Patriziergeschlechter durchzusetzen vermochte, mussten sich schließlich den absolutistisch regierten Territorialstaaten ge-

⁴ Mitscherlich 1965, 57

⁵ Mitscherlich 1965, 59

⁶ Mitscherlich 1965, 95; siehe dazu auch Wetterling 1971.

⁷ Mitscherlich 1965, 57

⁸ Mitscherlich 1965, 69

⁹ Mitscherlich 1965, 69

schlagen geben.¹⁰ Im gegenwärtigen Augenblick, in dem die globale Verstädterung einen Problemdruck erzeugt, der die Gefahr der Barbarisierung heraufbeschwört, scheint der Idee eines *Friedensschlusses* der Stadtbürger¹¹ – eines Friedensschlusses, der materielle, in der Angemessenheit und hinreichenden Gleichheit der Lebensverhältnisse und Ansprüche auf den städtischen Raum wurzelnde Bedingungen hat –, die darin zusammenkommen, um eine an Frieden und Gerechtigkeit, Gemeinwohl und Mäßigung orientierte, vom *Populo* regierte, *Kommune* zu bilden, das Potential einer konkreten Utopie innezuwohnen.¹² Die Idee, die während des Hochmittelalters in den Stadtstaaten ein kurzes Aufleuchten erfahren hatte, um sich dann der Allianz von Geld und Adel geschlagen zu geben,¹³ verdient es, aufgegriffen und im Lichte der aktuellen Herausforderungen reflektiert zu werden.

Doch die Kritik am Funktionalismus verlangt nach Differenzierung: Der Funktionalismus galt auch als moralisches, fortschrittliches Projekt, mit dem sich die Linke identifizierte und dem sie, wo sie über die Macht wie über die Ressourcen verfügte, schon in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen Chancen zur Verwirklichung bot. Sein historisches Recht bestand in der Opposition gegen die Erstickung des Lebens unter Repräsentations-, sprich: Dekorationszwang ebenso wie in der ausbeutungsbedingten Enge

¹⁰ Dazu ausführlich Hirst 2005, 27-48.

¹¹ Dieser Friedensschluss bezeichnet einen entscheidenden geschichtlichen Moment im Aufstieg italienischer Städte wie Florenz und Siena während des Mittelalters. Sichtbares Zeichen der Bereitschaft, die Vorherrschaft der adligen Clans und die permanente Rivalität zwischen diesen um jene zu beenden, war der Abbruch bzw. die Kappung der Geschlechtertürme, mit dem jene nicht nur auf ein Symbol ihrer Macht verzichteten, sondern sich durch Aufgabe einer befestigten Rückzugsmöglichkeit auch verwundbar und damit von der Einhaltung des Friedens abhängig machten. Das tat der Adel nicht ganz freiwillig, sondern auf Druck des aufstrebenden Bürgertums, das sich seinerseits zunehmend an dessen Lebensweise orientieren und sich andererseits scharf nach unten, gegen Tagelöhner und andere Habenichtse abgrenzen sollte. Siehe Cardini 1999, 35-54.

¹² Die Selbstregierung der Kommune sollte an diesen Idealen: Frieden und Gerechtigkeit, Gemeinwohl und Mäßigung, messbar sein. Die Unterordnung egoistischer Ambitionen, wie der zur Ansammlung von Ressourcen der Ausübung und Repräsentation von Macht unter beschneidende und angleichende Regulative war, wie Mittermaier 1995, 46-59 ausführt, konstitutiv für die Bürgerstädte des Hochmittelalters und der frühen Neuzeit. Darauf wies Mitscherlich 1965 immer wieder hin, der im Verlust solcher Regulative eine wesentliche Ursache einer asozialen Bautätigkeit und der daraus resultierenden städtischen Gestaltlosigkeit und Unwirtlichkeit sah.

¹³ Dazu ausführlich Mittermaier 1995, 60-75; Cardini 1999, 68-87.

der Hinterhöfe. Auch Mitscherlich konzedierte: »So angenehm waren die dunklen Werkstätten, die muffigen Wohnungen und der Unratsgestank der herkömmlichen Städte bis in dieses Jahrhundert hinein doch auch nicht.«¹⁴

Von der Objekt- und Raumwelt des Alltags schlichte Zweckmäßigkeit zu fordern, kann deren Befreiung sowohl von krankmachendem Übermaß wie auch von nicht minder krankmachendem Mangel bedeuten, solange noch ein Bewusstsein davon bleibt, dass in Verhältnissen, unter denen die Reproduktion des Lebens sich der des Kapitals fügt, der Begriff der Zweckmäßigkeit einer Deformation unterliegt. Zweckmäßigkeit bleibt auf das Reich der Zwecke verwiesen und dieses ist wie das der Mittel weder selbstverständlich gegeben noch abschließbar. Der Sündenfall des Funktionalismus bestand nicht nur darin, dass er ein endliches System von Zwecken für deren Totalität hielt, sondern auch ein historisch zufälliges Ensemble von Mitteln, von finanziellen und konventionellen Einschränkungen verabsolutierte,¹⁵ um den Raum, wenn nicht durch ihre Materialisierung, so doch durch Symbole der Rationalität und Zweckmäßigkeit zu besetzen. Selbst wo er den Anspruch auf Funktionalität und konstruktive Rationalität nicht einzulösen vermochte, versuchte er, diese zu symbolisieren und blieb dabei auf einen Vorrat von ebenso konventionellen wie ästhetisch dürftigen Formen und Materialien angewiesen; was oft auf nicht mehr hinauslief als darauf zu vertrauen, dass das Publikum diese Prinzipien und noch weitergehend: Vernunft und Fortschritt überhaupt, mit glatten Fassaden, Stahl und Glas konnotierte. Das nannte sich dann *Internationaler Stil* und fand bereits zu Zeiten den Widerspruch der reflektierteren Vertreter der Moderne.¹⁶

Gegenkultur als Revolte

Die Fetischisierung von symbolischer Technizität wurde damit zum Charakteristikum des Funktionalismus, in dem sich gesellschaftliche und psychodynamische Veränderungen widerspiegelten, die weit über den engeren Bereich der Architektur und des Städtebaus hinausreichten:

¹⁴ Mitscherlich 1971, 130

¹⁵ Sehr klar arbeitet dies etwa Hannes Meyer, in seiner Kritik am Wohnungsbau der Zwischenkriegszeit heraus. Siehe Meyer, 1965, 160-165.

¹⁶ So etwa den von Meyer, der dagegen setzte, dass eine wirklich funktionale Architektur keinen internationalen Stil hervorzubringen vermöchte, sondern auf die lokalen Verhältnisse eingehen müsse. Bruno Taut distanzierte sich in seiner späten Phase entschieden vom naiven Funktionalismus, indem er eine umfassende, über die Geometrie hinausreichende und die lokalen Bedingungen einbegreifende Proportionslehre entwickelte. Siehe Meyer 1965, 205-206 und Taut 1980, 38-64.

»Neu an ihm ist nicht, dass er die technologischen Bedingungen der industrialisierten Gesellschaft mit funktionsgerechten Strukturen versieht – funktionsgerecht und damit ein funktionaler Städtebau war auch die Architektur im Mittelalter; neu am Funktionalismus als ästhetischer Kunstrichtung ist die bewusste Armut seines Ausdrucksgehalts.

Der heutige Funktionalismus in der Architektur ist eine ›eindimensionale‹ Ästhetik. Er spiegelt jene Eindimensionalität der gesamten sozialen Entwicklungsrichtung wider, die Verselbständigung der technischen Mittel gegenüber gesellschaftlichen Zielsetzungen – eben die Verselbständigung der Zweckrationalität –, die Herbert Marcuse als die Ideologie der fortgeschrittenen Industrienationen, USA und UdSSR bezeichnet. [...]

Das Gefährliche der eindimensionalen Gesellschaftssysteme liegt in der Deformation frühester Triebregungen, ehe diese – in welcher abgewandelten ›sekundären‹ Form auch immer – ins Bewußtsein und zu sprachlicher Formulierung gelangen. Diese Deformationen reichen bis in den Wahrnehmungsapparat hinein; sie sind selbst nicht wahrnehmbar, weil sie stumm sind. Nur die widerspruchslose Anpassung auch an die ödesten ›eindimensional‹ funktionalisierten Landschaften lässt darauf schließen, wie geschwächt und deformiert die libidinöse Energie in ihrer ›emotionalen Ausdehnungsfähigkeit‹ bereits ist.¹⁷

Dies Sätze werfen aus einer Distanz von mehr als vier Jahrzehnten ein Licht auf die Gegenwart: auf das Ausmaß reduzierter Körperlichkeit, auf den Markenfetischismus, der sich an uniforme Waren heftet, auf die wachsende Dissozialität und diffuse Destruktivität, auf das Nachlassen der utopischen Energie, das Ermüden der gesellschaftsverändernden Kräfte und nicht zuletzt darauf, dass die Umkehr dieser Tendenz einer grundsätzlich neuen gesellschaftlichen und psychischen Dynamik bedürfte.

Damals schienen die Ressourcen, aus denen sich eine solche Dynamik hätte entwickeln können, noch vorhanden, ja, eine solche Dynamik schien sogar in Ansätzen erkennbar zu sein. Die damalige Bewegung unterschied sich von der traditionellen Linken dadurch, dass sie höchstens noch in ihren Randgruppen den Ansatzpunkt zur Umgestaltung der Gesellschaft in der Produktionssphäre sah. Sie war Studenten-, Frauen-, Schwulen-, Kommunen-, Hausbesetzer- und in ihren ferneren Ausläufern wurde sie schließlich auch Umwelt- und Friedensbewegung. Damit war sie primär *Gegenkultur* und erst sekundär *politische* Opposition. Die entscheidenden Impulse sollten

¹⁷ Berndt, Lorenzer, Horn 1968, 40-41. Die Erwähnung von Herbert Marcuse bezieht sich hier auf Marcuse 1964, das die Revolte der 1960er Jahre beeinflusste.

von der Revolutionierung des Alltags ausgehen. Darin lag sowohl ihre Stärke als auch ihre Schwäche, die sich darin zeigte, dass der mit Disziplin, Monotonie, Vermassung identifizierte industrielle Kapitalismus sich zu wandeln und gerade den Gruppen, die sich in ihrer Selbstwahrnehmung am weitesten von ihm entfernt hatten, Identifikationsangebote zu machen verstand, die diese als individualisierend und ermächtigend empfanden.¹⁸

Fallen der Reproduktionssphäre

Der Begriff der Reproduktion setzt das zu Reproduzierende als Norm voraus und diese Norm ist nicht selbstverständlich, sondern umkämpft. Die Zwecke, denen die Gestaltung der räumlich-gegenständlichen Welt, von Landschaft, Stadt, Wohnung und Gebrauchsgegenständen dienen soll, bemessen sich nach dem, was menschliches Leben ausmachen soll. Der Funktionalismus vermochte dabei weder über die kapitalistische Klassenstruktur hinauszudenken noch über das gegebene Reich der industriellen Mittel, das sich angesichts dieses Defizits als das wahre Reich der Zwecke durchsetzte, in dessen Reproduktion sich das menschliche Leben erschöpfte. Sie setzten das Leben mit dem gleich, was die Industriegesellschaft einerseits an (Massen-)Konsumgütern hervorbrachte, davon den einzelnen zuteilte und andererseits an Anpassungsleistungen von ihnen verlangte, und stießen damit auf einen Widerstand, in dessen Zentrum die (Wieder-)Entdeckung der individuellen Reproduktion jenseits des Massenkonsums standardisierter Industriewaren und der Disziplin der Fabrik- bzw. Büroarbeit stand. Als Norm hinter den Baunormen wurde das Schema einer massenhaften, reglementierten Reproduktion der industriellen Arbeitskraft sichtbar, das für darüber hinausgehende Bedürfnisse keinen Raum bot.¹⁹ Der Funktionalis-

¹⁸ Dazu gehörten sowohl eine Warenwelt, die im Gegensatz zu der Welt der normierten Massenwaren und der übermächtigen Großtechnik, die das 20. Jahrhundert dominiert hatte, den Individualisierungsbedürfnissen der den Protest tragenden Mittelschichten entgegenkam, als auch die Flexibilisierung und die damit verbundene Reorientierung von ›Routine‹ auf ›Kreativität‹ der Arbeitsverhältnisse, die ökonomischen Druck und Unsicherheit als Befreiung und Gewinn von Autonomie zu erleben oder wenigstens darzustellen erlaubte. An die Stelle der als entfremdend erfahrenen Imperative standardisierter industrieller Prozesse trat der willig internalisierte Zwang zur Selbstoptimierung. Dazu Boltansky, Chiapello 2003. Die Verwandlung gegenkultureller Impulse in zunächst elitäre und dann massenhaft imitierte Konsummodelle untersuchen Heath, Potter 2006, das hinter dem individualisierten Konsumkapitalismus stehende Technikmodell Fischbach 2008b.

¹⁹ Mitscherlich 1965, 91-95

mus in Architektur und Städtebau hatte einen Käfig erbaut, in dem sich das Leben zwischen Konsum-, Arbeits- und Mobilitätszwang verlor – und aus dem auszubrechen immer mehr Menschen das Bedürfnis empfanden.

Wie die Kritik des Funktionalismus war auch die Betonung der individuellen Reproduktion nicht eindeutig fortschrittlich. So berechtigt die Kritik an der Zurichtung des Lebens in einer durch Monotonie, Arbeitsdisziplin und kompensatorischen Massenkonsum geprägten Welt war, so sehr tendierte sie auch zu Lösungen, die sich einem regressiven Eskapismus verschrieben. Das Wiederaufleben lebensreformerischer und esoterischer Strömungen, die schon in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Entwicklung humaner Alternativen zu der krisenhaften Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaften lähmten, wenn nicht gar den Rückfall in die Barbarei beförderten, im Kontext der Alternativkultur zeigte, wie deren Fortbestehen bis in die Gegenwart, dass sich berechtigte Empfindungen nicht von selbst in rationale Einsichten und politischen Widerstand umsetzen. Die esoterisch-lebensreformerische Antwort auf das Leiden unter Zwang und Monotonie bestand vor allem darin, individuelle Alternativen jenseits industriegesellschaftlicher und urbaner Zusammenhänge zu suchen – Alternativen, die weder verallgemeinerbar waren noch die kapitalistische Ordnung in Frage stellten, ja oft sogar mit der Glorifizierung hierarchischer Ordnungen und einer Neigung zum Sozialdarwinismus einhergingen.

Die esoterisch-lebensreformerischen Antworten auf die Monotonie und die Zwänge der Industriegesellschaft, die der funktionalistische Städtebau in Beton gegossen hatte, implizierten meist auch die Flucht aus der Stadt. Doch auch weit über die subkulturellen Gruppen hinaus, die diese Antworten radikal praktizierten, verloren die Begriffe *Stadt* und *Urbanität* jegliche Attraktivität. Das hegemoniale Bewusstsein sehnte sich nach dem Eigenheim im Grünen und die Verwirklichung dieser Sehnsucht vollendete die Zerstörung städtischer Räume, indem sie noch mehr, noch breitere Schneisen für den Individualverkehr schlug und noch mehr Zonen monofunktionaler Monotonie entstehen ließ – ein wucherndes Schnellstraßennetz, Büroquartiere und Gewerbegebiete, Logistik- und Einkaufszentren, schließlich auch Vergnügungsmielen nicht mehr nur in den Innenstädten, sondern, da der Platz dort inzwischen ebenso knapp wie teuer geworden war und die prospektiven Kunden sich in immer weitere Distanz davongemacht hatten, auch draußen, auf der grünen Wiese, möglichst nahe an der nächsten Autobahn – und ergänzte sie durch die Zerstörung ländlicher Räume, indem sie jedes für motorisierte Tagespendler erreichbare Dorf durch einen Gürtel von Eigenheimen und Zufahrtsstraßen von den Resten dessen abschnitt,

was einmal eine Kulturlandschaft gewesen war. Das, was Mitscherlich noch als »eine aufwendige Form der Asozialität«²⁰ bezeichnet hatte, begann das Land zu überwuchern und zwischen den Städten und Dörfern wuchs nun die *Zwischenstadt*:²¹ ein formloser Siedlungsbrei, der keiner der Formen mehr zuzuordnen war, die das Bauen bisher hervorgebracht hatte.

Von der funktionalen zur polaren Stadt

Das große Verdienst Henri Lefèbvres bestand darin, die Idee des Städtischen, die zur Zeit des Erscheinens von *La Revolution urbaine* völlig in der Realität der Industriegesellschaft bzw. ihrer funktionalistischen Ausgestaltung untergegangen war und damit diskreditiert zu sein schien, noch einmal emphatisch vorzutragen, bevor die zeitgeistige Flucht ins Grüne sie vollends an den Rand drängte. Von Bedeutung war dabei nicht nur, dass er die Verstädterung als den entscheidenden, die Gesellschaft der Zukunft prägenden, globalen Prozess begriff, der perspektivisch im Werden der einen Weltstadt münden würde, sondern darin auch ein utopisches Potential wahrnahm, das über die kapitalistische Industriegesellschaft und die funktionalistische Interpretation ihrer Erfordernisse hinauswies.

»Der urbanistische Gedanke (sagen wir nicht: der Urbanismus), also die Reflexion über die Stadtgesellschaft, bringt Fakten wieder zusammen, die von der Geschichte geschaffen und getrennt wurden. [...] Er kann von keinem anderen Standpunkt als dem der Begegnung, der Gleichzeitigkeit, des Zusammenkommens ausgehen – das heißt von den spezifischen Merkmalen der verstädterten Form«.²²

Kulturelle Allmende

In der Stadt sollte nicht nur zusammentreffen, was den materiellen und geistigen Reichtum der menschlichen Gesellschaft ausmacht, sondern sie sollte eine Art *kultureller Allmende* bilden, den (wieder-)angeeigneten Raum, in dem Menschen sich begegnen und entfalten sollten, ja die Menschheit sich als solche erst konstituieren sollte.

Aus dem Zusammentreffen all dessen, worin gesellschaftlicher Reichtum besteht: der Menschen mit ihren Eigenheiten und Befähigungen sowie des Spektrums ihrer Produkte auf engstem Raum, also aus dem, was das Städti-

²⁰ Mitscherlich 1965, 53

²¹ Den Begriff *Zwischenstadt* prägte das einflussreiche Buch von Siewerts 1997.

²² Lefèbvre 1976, 43

sche ausmacht, resultieren positive und negative Externalitäten. Dazu gehören die Möglichkeiten, die ein großes Angebot von Waren, Diensten und Arbeitskräften bietet, oder die Chance, eine interessante Bekanntschaft zu machen, doch auch die damit verbundenen Emissionen. Eine solche Menge von Externalitäten stellt eine mögliche Allmende dar, doch nur dann, wenn dafür gesorgt ist, dass Nutzen und Schaden, Möglichkeiten und Einschränkungen sich egalitär verteilen. Doch unter der schrankenlosen Herrschaft des Privateigentums am Boden vermögen es besonders die Vermögenden sich die Möglichkeiten und den Nutzen, die aus dem Städtischen resultieren, anzueignen, während die Unvermögenden vor allem den Schaden und die Behinderungen teilen: drangvolle Enge, Lärm, schlechte Luft, mangelnde Sonne, eingeschränkten Zugang zur freien Landschaft, soziale Anomie etc. Eine Ressource allein stellt für sich keine Allmende dar; zu einer solchen wird sie erst, wenn Regulative nicht nur die egalitäre Verteilung von Nutzen und Lasten regeln, sondern sie auch vor Übernutzung schützen.²³

Während der bäuerlichen Allmende noch der Geruch der unvollkommen angeeigneten Natur anhaftete, an der die unmittelbare Naturabhängigkeit des Kollektivs zutage trat, stellt der durch beständig zu erhaltende Artefakte – öffentliche Wege und Plätze, Verkehrsmittel, Straßenbeleuchtung etc. – definierte städtische Raum eine Art zweiter Natur dar, von der die Bewohner unmittelbarer Gebrauch zu machen vermögen als von der primitiv angeeigneten ersten; diesmal auf der Basis nicht einer nur rohen, oberflächlichen, sondern einer fortgeschrittenen Naturbeherrschung.

Diese Unmittelbarkeit setzt die Arbeit von Generationen voraus an der äußeren Natur *und* an der inneren Natur des Menschen. Schon eine dauerhafte Nutzung der bäuerlichen Allmende, setzte Regulative voraus, die sie gegen Ausbeutung durch egoistische Interessen schützt, und das ist bezüglich der kulturellen Allmende des urbanen Raums nicht anders; wobei diese die Beschränkung des wirtschaftlichen und politischen Machtstrebens ebenso erfordert wie die Kultivierung der Affekte des Individuums. Gerade letzteres fällt immer schwerer in einer Gesellschaft, die zunehmend den quasi privaten Raum des Eigenheims und des Automobils an die Stelle des öffentlichen des Hofes, des Platzes, der Straße oder der Straßenbahn und virtuelle, durch individuellen Medienkonsum vermittelte, an die Stelle sinnlich-gegenständlicher Erfahrung setzt.

²³ Das Werk von Elinor Ostrom, der Trägerin des Wirtschaftsnobelpreises von 2009, zeigt auf, dass es vor allem kommunale Institutionen sind, die eine dauerhafte Bewirtschaftung von Allmenden gewährleisten. Siehe Ostrom 1990.

Lefèbvre erkannte, dass dieser zentrale Gehalt des Städtischen die auf Eigentum und Vertrag gebaute Ordnung überschreitet. Der Zugang zum öffentlichen Raum ist keine Ware.

»Das Urbane (das städtische Leben, das Leben der verstädterten Gesellschaft) impliziert bereits den Ersatz des Vertrags durch das Brauchtum. Im Urbanen begreift aber der Gebrauch den Brauch und räumt dem Brauch den Vorrang vor dem Vertrag ein. Die Verwendung städtischer Objekte (dieser Gehsteig, diese Straße, dieser Übergang, diese Beleuchtung usw.) ist ein Brauch und wird nicht vertraglich festgelegt, es sei denn, man nenne die Tatsache, dass man sich in den Gebrauch dieser Objekte teilt, um die Gewalt auf ein Minimum zu reduzieren, bzw. sie nur im Notfall anzuwenden, ein vertragliches Abkommen, bzw. einen permanenten Pseudo-Vertrag. [...]

Das Konzept des Urbanen zielt auch darauf ab, dass das menschliche Wesen sich die Voraussetzungen wieder *aneignen* möge, die ihm in Zeit, Raum und den Objekten zustehen. Es sind dies Voraussetzungen, die ihm entzogen wurden und werden und die es erst nach Kauf und Verkauf erneut erlangen kann«. ²⁴

Das in den späten 1970er Jahren einsetzende gesellschaftliche Rollback ließ solche Ideen höchstens noch in kleinen Zirkeln überleben. Doch um sie einfach nur wiederbeleben zu können, ist seither zuviel geschehen. Dass die These von der globalen Verstädterung sich in banaler Weise erfüllte, ist allein kein Grund zur Freude, betrachtet man die Umstände, unter denen sich dies vollzog: Der globale Verstädterungsprozess brachte einen globalen politischen, ökonomischen und ökologischen Problemdruck hervor, dessen Bewältigung sich dadurch verkompliziert, dass die politische Legitimität, die administrativen Kompetenzen und die ökonomischen Ressourcen der Problembewältigung immer noch auf der mit derjenigen seiner Entstehung inkongruenten Ebene der Nationalstaaten konzentriert sind, die im Grunde zugleich zu groß und zu klein sind, um ihn sowohl angemessen wahrzunehmen als auch ihm wirksam zu begegnen.

Planet der Slums

Inzwischen lebt zwar schon mehr als die Hälfte der menschlichen Erdbewohner in Städten, doch haben diese Städte immer weniger von dem, was nach europäischem Verständnis eine Stadt ausmacht. Zwar gehörten Klassengegensätze schon immer zum städtischen Sozialgefüge, doch

²⁴ Lefèbvre 1976, 189

durchzieht die Metropolen der Gegenwart, die im Gegensatz zu der Zeit vor hundert Jahren, als die meisten großen Städte ihren Ort noch in Europa hatten, überwiegend außerhalb des wohlhabenden, industrialisierten Nordens liegen, eine soziale Spaltung, deren Tiefe alles negiert, was sich seither als Leitbild gesellschaftlicher und städtischer Entwicklung etablierte.²⁵

Eine Landflucht, die nicht allein aus dem Versprechen eines besseren Lebens resultiert oder aus dem Zurückweichen vor Naturkatastrophen, sondern auch die Folge einer Vernichtung der Subsistenzwirtschaft zugunsten einer weltmarktorientierten, Land- bzw. Rohstoffwirtschaft ist, spült wachsende Bevölkerungsmassen in die Metropolen des Südens, wo sie meist nur außerhalb des formellen Sektors unterkommen: D. h. sie erwerben ihren Lebensunterhalt in Beschäftigungen, die weder steuerlich erfasst noch sozial abgesichert oder Schutzbestimmungen unterworfen sind, in oft illegalen Wirtschaftszweigen, wohnen oft in verseuchter, giftigen Emissionen oder Naturkatastrophen besonders ausgesetzter Lage auf Boden, auf den sie keinen rechtlichen Titel besitzen, und das in Siedlungen, die sich durch die Abwesenheit dessen auszeichnen, was die Produktion der neuzeitlichen europäischen Stadt erst ermöglichte: der Infrastrukturen des Verkehrs wie öffentliche Wege und Verkehrsmittel, der Telekommunikation, der Versorgung und Entsorgung. Und nicht zuletzt fehlt dort das, was als Kern von Staatlichkeit gilt: Eine auf Recht und das staatliche Gewaltmonopol gebaute öffentliche Ordnung. An deren Stelle treten dort mafiose Strukturen.

Die Slums, die in den Ländern des Nordens eine frühe Begleiterscheinung von Industrialisierung und Verstädterung waren, wachsen in den Ländern des Südens schneller als alle anderen Siedlungsformen: Der rapide Urbanisierungsprozess findet größtenteils als Wachstum der Slumpopulation statt.²⁶ Der Skandal besteht nicht allein im Fehlen dessen, was sich einmal als Antwort auf die Probleme der Verstädterung in Form von zivilisatorischen Standards etablierte, sondern in der Spaltung der Gesellschaft, die sich hierin ausdrückt, einer Spaltung, die sie barbarisiert und jeden Ansatz einer humanen Entwicklung abschneidet. Diese Spaltung nimmt sichtbare Gestalt an nicht nur in der städtebaulichen Isolation der betreffenden Quartiere, sondern noch mehr in den Mauern und Zäunen, hinter die sich der wohlhabende Teil der Gesellschaft zunehmend zurückzieht.

²⁵ Einen Überblick bietet z. B. das Jahrbuch des Worldwatch Institute 2007.

²⁶ Dazu besonders Davis 2006.

Diese Entwicklung stellt eine der größten Herausforderungen dar. Hoffnungsvoll stimmt, dass es Menschen gibt, die sie erkennen und annehmen – wie Marcelo Ebrard, den Bürgermeister von Mexiko-Stadt, der daran arbeitet, die nach Tokyo zweitgrößte Megalopolis der Erde und größte unter den Slum-Metropolen auf einen Entwicklungspfad zu bringen, der sich an Leitvorstellungen wie sozialer Ausgleich und Integration, öffentliche Infrastruktur, öffentlicher Verkehr und, auch begrünter, Raum für die Bewohner orientiert. Ebrard knüpft an das Denken von Lefèbvre an, indem er »die Menschen dazu bringen [will], ihre Stadt wieder in Besitz zu nehmen«.²⁷

Doch die Spaltung der Gesellschaft macht auch vor dem Norden nicht halt. War dort parallel zum Ausbau der öffentlichen Daseinsfürsorge in Form von Infrastruktur, sowie von Bildungs- Freizeit- und Betreuungseinrichtungen auch der Anteil des Produkts, der als individuell verfügbares Einkommen im unteren Verteilungsbereich ankam, seit dem späten 19. Jahrhundert angestiegen, so brachte die Wende von den 1970er zu den 1980er Jahren eine Umkehrung dieses säkularen Trends: Seither öffnet sich weltweit die Schere zwischen Arm und Reich wieder,²⁸ geht insbesondere der Anteil der Arbeitseinkommen am gesellschaftlichen Produkt zurück,²⁹ während das Angebot öffentlicher Dienste und die Investitionen in entsprechende Infrastruktur zurückgehen,³⁰ die Sozialausgaben jedoch, selbst bei gekürzten Leistungen, bedingt durch eine wachsende Arbeitslosigkeit und einen expandierenden Billiglohnssektor weiter steigen.

Es ist also nicht allein das Absinken des individuell verfügbaren Anteils am gesellschaftlichen Produkt via fallende Reallöhne bzw. Transferleistungen, das die unteren Einkommensschichten ausgrenzt, sondern auch das Schwinden des Anteils, der ihnen in Form kollektiver Güter, also von öffentlicher Infrastruktur und öffentlichen Diensten zur Verfügung steht. Die Verharmlosung von Ungleichheit durch den Hinweis, dass die Armen in den reichen Ländern doch immer noch viel reicher seien als selbst die Reichen in den armen Ländern, geht an der Sache vorbei. Zwar steigen, ausge-

²⁷ *Süddeutsche Zeitung*, Nr.186, 14. August 2010, 8

²⁸ Siehe etwa die Übersichten zur internationalen Entwicklung bei Glyn 2006, 104-128, 156-183.

²⁹ Dies ist ganz besonders in Deutschland der Fall, wo die Reallöhne bei steigender Produktivität seit einem Jahrzehnt schrumpfen. Siehe Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2009, 73-83.

³⁰ Zur Illustration siehe Fülberth, Wolf 2010, *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 54, 6. März 2010, 34 und Troost, Schuster 2010.

hend von einem Niveau der Armut mit steigendem Nationaleinkommen auch die Indikatoren gesellschaftlichen Wohlergehens an, doch wird dieser Zusammenhang jenseits einer gewissen Schwelle immer unbedeutender, während der negative Effekt von Ungleichheit auf das gesellschaftliche Wohlergehen auch in reichen Nationen ungebrochen bleibt: Mehr Ungleichheit bedeutet unabhängig vom Nationaleinkommen mehr Leiden, in Form von schlechterer Gesundheit, von mehr Selbstmorden, höherer Kriminalität, schlechterer allgemeiner Bildung etc. für *alle*, jedoch *besonders* für die Armen, die immer disproportional mehr daran zu tragen haben.³¹

Die Herausforderung der Ungleichheit

Damit ist die Frage nach unserem Selbstverständnis gestellt: Jede Gesellschaft muss sich an *ihren* Möglichkeiten messen lassen. Armut bedeutet Ausschluss und dieser bedeutet Leiden, selbst dann, wenn die davon Betroffenen in einer Wohnung mit Zentralheizung, Külschrank, Fernsehen und einem Auto vor der Tür sitzen. Er bedeutet mangelnde Anerkennung, die sich in schlechterer Gesundheit und geringerer Lebenserwartung äußert, und für die betroffenen Kinder u. a. eine schlechtere Umgebung und geringere Bildungschancen mit allem, was sich daran knüpft: Schulversagen, Teenager-Schwangerschaften, Kriminalitätskarrieren, etc. Wie viel Leiden sind wir bereit hinzunehmen? Wie lebenswert erscheinen Verhältnisse, unter denen die Privilegierten glauben, sich nur durch immer höhere Mauern zwischen sich und den Ausgeschlossenen schützen zu können? Das ist die Frage danach, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Implizieren diese Fragen nicht eine Verantwortung, zu deren Wahrnehmung sich die Gesellschaften – und dass es so etwas wie Gesellschaft nicht gäbe, ist doch *der* zentrale Artikel des neoliberalen Glaubensbekenntnisses³² – schließlich auch auf planetarischer Ebene als Subjekte des Handelns konstituieren müssen? Von der Antwort darauf wird die Gestalt der zukünftigen Stadt, die eine planetarische Stadt sein wird, abhängen, wird abhängen, ob die Mauern zwischen ihren Quartieren wachsen, ob diese Mauern mit aller Gewalt verteidigt werden, oder ob es dazu noch eine Alternative gibt.

³¹ Dazu ausführlich Wilkinson, Pickett 2010. Wilkinson und Pickett können eine starke negative Korrelation der gesellschaftlichen Wohlfahrt mit der Einkommensungleichheit finden, d. h. hohe Ungleichheit korreliert mit geringerem Wohlergehen, jedoch praktisch keine Korrelation mit dem Durchschnittseinkommen.

³² »There is no such thing as society«, lautete die Formel, in welche die damalige britische Ministerpräsidentin Margaret Thatcher ihn in einem Interview mit *Womans Own magazine*, 31. Oktober 1987 fasste.

Wollen wir uns damit abfinden, unser Leben als Monaden zu führen, denen jenseits ihres Markterfolges jegliche Wirkungsmöglichkeit und insbesondere jegliche Assoziation zum Zwecke kollektiven Handelns versagt bleibt, oder vermögen wir es, nicht nur die Möglichkeit, sondern sogar die *Pflicht* zu einem Handeln zu erkennen, das auf die Konstitution der Gesellschaft, ja der Menschheit als kollektive Subjekte zielt? Als solche können sie die Grundfragen ihres Verhältnisses zu ihren Mitgliedern wie zur äußeren Natur regeln – Fragen, wie die der materiellen Rechte, die allen zustehen, und des Umfangs wie der Gestalt des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur. Letztere erhält umso größere Dringlichkeit, als Technik längst nicht mehr allein als Erweiterung der individuellen Physis zu verstehen ist, sondern die erweiterte kollektive Physis der Menschheit bildet. Aus deren Operationen wächst letzterer eine kollektive Verantwortung zu. Von den Folgen ist sie ohnehin kollektiv betroffen. Stellt die Reduktion aller Motivation auf Nutzenmaximierung nicht einen Angriff auf die menschliche Selbstachtung dar? Diese fließt doch daraus, dass Menschen sich als Bürger zu vernünftigen, dem kollektiven Gut verpflichtetem Handeln befähigt wahrnehmen, dass sie sich in ihrer Arbeit den Begriffen von Qualität und den Prinzipien ihrer beruflichen Ethik verpflichtet fühlen

Sind wir dazu in der Lage, die Abhängigkeit nicht nur unseres Lebens, sondern auch unserer Leistungen von gesellschaftlichen Voraussetzungen – und damit auch von den Leistungen anderer – anzuerkennen und welchen Anteil am Produkt sind wir bereit, diesen anderen zuzugestehen? Das bedeutet, die Rechnung aufzumachen darüber, woraus der Körper der Gesellschaft bestehen und was in seine Reproduktion eingehen soll. Dabei ist zunächst das normative Problem, das sich im Reproduktionsbegriff verbirgt, zu adressieren – was soll reproduziert werden, welche Gesellschaft, welches Leben? – , um dann Rechenschaft davon zu geben, was dazu erforderlich ist. Im Gegensatz zu einer verkürzten Auslegung der Marxschen Theorie ist festzuhalten, dass die Norm, die festlegt, was als Reproduktion der Arbeitskraft gilt, kein Naturgesetz, sondern politisch definiert, also letztlich das Resultat, wenn nicht von Debatten, dann von Kämpfen ist. Der Abbau der öffentlichen Daseinsfürsorge und die Verarmung eines wachsenden Teils der Bevölkerung, mündet in eine Krise der Reproduktion, und zwar nicht nur der des individuellen Lebens, sondern der Zivilisation, weil sie eine wachsende Zahl, vor allem auch von Kindern, in eine Situation drängt, welche die Anpassungsleistungen erschwert, die eine Zivilisation verlangt. Eine Gegenoffensive muss genau diese Krise thematisieren und dagegen nicht nur ein humanes Reproduktionsmodell stellen, sondern auch

verdeutlichen, welche Produktivkräfte dafür zu entwickeln sind. Der Gestalt, und zwar auch der sozialen und politischen Gestalt der Stadt wird in diesem Model eine Schlüsselrolle zukommen.

Die Kommunen tragen einen großen Teil der Last, die aus der Verarmung eines wachsenden Teils der Gesellschaft resultiert. Rückläufige Einnahmen stehen einem steigenden Bedarf an sozialen Diensten gegenüber. Die Forderung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, ihm Verfassungsrang mit entsprechenden Mitwirkungsrechten im Gesetzgebungsprozess zu verleihen,³³ ist nachvollziehbar, dürfte jedoch bei leeren Kassen nur als weiterer Hebel zur Einschränkung sozialer Rechte funktionieren, denn was ist von den Kommunen schon anderes zu erwarten als die Exekution der Zwänge, denen eine verfehlte Politik sie aussetzt?³⁴

Die finanzielle Impotenz der Städte impliziert auch ihre planerische. Hatte Alexander Mitscherlich im Städtebau der Nachkriegszeit bereits bei allen Parteien eine »christlich dekorierte Unterwürfigkeit vor den Bodenbesitzern«³⁵ wahrgenommen, so fand diese Unterwürfigkeit seither noch mehr in den privaten Investorengruppen ihre Herren, die immer mehr die Rolle der Stadtplaner übernahmen. Mit dem Rückzug der Planung aus öffentlicher Hand ging der des öffentlichen Raumes einher – ein Prozess, der immer weiter verdrängte, was Henri Lefèbvre, für die Essenz des Städtischen hielt: die freie Begegnung und die schöpferische Tätigkeit der Menschen, die dieses erst hervorbringen.

Theatralische Urbanität

Urbanität nicht nur im Einzelfall zerstört, sondern als Leitbild entwertet zu haben, gehört zu den fatalsten Folgen des funktionalistischen Städtebaus. Ihr Wiederaufleben war mit der ökonomischen Funktion verbunden,

³³ Vorgetragen etwa von dessen Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg in einem Interview mit der Zeitschrift *Das Parlament*, Nr. 13/14, 29. März/6. April 2010, 2.

³⁴ Konsequenz ist deshalb die Forderung nach einer besseren Finanzierung der Städte, wie sie Münchens Oberbürgermeister Ude und sein Kieler Kollege Albig erheben. Ude macht dabei auch auf die Inkongruenz von Ressourcen und Problem- bzw. Leistungsverteilung aufmerksam, die man als Ausbeutung der Zentren durch den Speckgürtel bezeichnen kann: Diejenigen, die den größten Nutzen aus den städtischen Leistungen ziehen, leben meist draußen und sind für Besteuerung durch die städtischen Kommunen nicht erreichbar. Siehe *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 50, 2. März 2010, 2 und *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 106, 10. Mai 2010, 20.

³⁵ Mitscherlich 1965, 56

die Städte in einem sich die kulturelle Sphäre einverleibenden Kapitalismus erfüllten. Baulich fand sie als Simulation statt, die historische Bestände in eine teils neoeklektizistische, teils jegliche verbindliche Form negierende Architektursprache integrierte. Ob als Zitat oder als Solitär vom Zeichenbrett eines Stars des globalen Architekten-Jet-Sets, kam eine theatralische Urbanität auf, die gleichermaßen das Produkt Rendite suchenden Kapitals wie Prestige und Einnahmen suchender Verwaltungen war. Es entstanden ›Erlebniswelten‹, die ›Erlebnis‹ konsequent als ›Konsum‹ buchstabierten.

Der neue Geist des Kapitalismus, hatte die *Künstlerkritik*³⁶ am industriellen, ernst genommen, die dessen durch Monotonie und Zwang geprägten Alltag thematisiert hatte, und war daran gegangen, die Phantasie in Dienst zu nehmen. Den Identifikationsangeboten, die auf lebensweltliche Defizite antworteten, die noch im Zentrum der Kritik am industriellen Kapitalismus und der funktionalistischen Interpretation seiner Anforderungen gestanden hatten, kam dabei eine Schlüsselrolle zu. Zuvor revoltierende Gruppen wie z. B. die Frauen sollten nun eine Chance erhalten – was auch hieß: in Dienst genommen werden und dazu sich den Funktionsgesetzen des Marktes unterwerfen, die inzwischen auch die Räume der kulturellen Repräsentation durchdrangen und vom Individuum vor allem die Arbeit an der permanenten Selbstopтимierung verlangten.³⁷

Von zentraler Bedeutung war die Universalisierung des Wettbewerbsprinzips, dem sich auch die politischen Gebilde unterwerfen sollten: Für die Individuen trat an die Stelle der oder oft nur verhüllend vor die Abhängigkeit von expliziten Strukturen und Normen der Meta-Imperativ, ›selbstverantwortlich‹ – d. h. der Verantwortung für den eigenen Marktwert gerecht werdend – zu handeln,³⁸ während die politischen Einheiten sich dem Urteil der Finanzmärkte und dem von Evaluationen und Rankings zu unterwerfen hatten, mit denen transnationale Expertengruppen und Organisationen vorgaben, z. B. ihre Wettbewerbsfähigkeit zu messen. Von Nationen, Regionen und Städten sollte nicht mehr übrig bleiben als Schuldner mit schlech-

³⁶ Boltanski, Chiapello 2003, 81

³⁷ Zur Entsorgung des Feminismus durch ein neues Geschlechterregime, das zugleich neue Chancen zuteilt und neue Anpassungsleistungen erwartet, McRobbie 2010 und grundsätzlich zur Problematik einer Subjektivität und einer verdinglichten Körperlichkeit, die sich immer mehr in der Warenwelt verlieren, Hanzig-Bätzing, Bätzing 2005, 239-312.

³⁸ Wilkinson, Pickett 2010, 31-45

terer oder besserer Bonität und Standorte mit geringerer oder höherer Attraktivität für Unternehmen und gesuchte Fachkräfte.

Um diese Attraktivität zu steigern, sollten sie sich in Markenartikel verwandeln; was sich u. a. darin ausdrückte, dass Verwaltungen sich für *Urban branding* zu interessieren begannen und Werbeagenturen beauftragten, entsprechende Kampagnen zu entwerfen. Die gesteigerte Bedeutung kognitiver und kultureller Ressourcen im neuen Kapitalismus – ablesbar an der breiteren Differenzierung und schnelleren Erneuerung des Produktspektrums, der wachsenden Rolle von Software, des Designs nicht nur der Produkte, sondern der Gesamterscheinung von Unternehmen, von Marketing, Finanzoperationen, von sowohl finanz- als auch kulturorientierten Modellen der Unternehmenssteuerung, der wachsenden Internationalisierung der Unternehmen – hatte dazu geführt, dass kulturellen Standortfaktoren, die einen Bezug zum Urbanen aufwiesen, eine wachsende Bedeutung beigegeben wurde. Das Resultat war die neue Urbanität aus dem Kasten mit der Aufschrift ›kulturelle Standortfaktoren‹, deren Anhänger die Pfadabhängigkeit urbaner Entwicklung, mit dem für sie charakteristischen zirkulären Verursachungszusammenhang völlig verkannten. Dieser impliziert, dass kulturelle Standortfaktoren³⁹ nicht nur Ursache, sondern auch Resultat einer bestimmten Entwicklung sind,⁴⁰ Richard Florida, der nicht nur glaubte, in den Akteuren des neuen Kapitalismus die Umrisse einer *kreativen Klasse* zu erkennen, sondern sich auch in der Lage wähnte, einen Katalog der Ingredienzien einer neuen Urbanität aufzustellen, die diese neue Klasse anlocken würde, avancierte mit diesem offenkundig unterkomplexen Ansatz zum führenden Theoretiker der neuen, synthetischen Urbanität.⁴¹

Das neue Interesse an Urbanität verbog diese zu einer Funktion der Standortpolitik. Die Stadtentwicklung folgte einer Strategie der Aufwertung, die, was an attraktiven städtischen Quartieren übriggeblieben war, für die umworbene Klientel herrichtete und Druck auf die als minderwertig abgestempelten Schichten ausübte, die sich durch diesen, inzwischen als *Gentrifizierung* bekannten Prozess, immer weiter an den Rand gedrängt

³⁹ Wobei, was sich an Veränderungen ablesen lässt, die z. B. Flussläufe und Küstenlinien in historischen Zeiten erfahren haben, auch physische Standortfaktoren langfristig nicht unbeeinflusst von menschlichen Aktivitäten bleiben.

⁴⁰ Zur Zirkularität des Bedingungs-zusammenhangs urbaner Faktoren siehe Fischbach 2005a, 16, 27, 234-240. Ein neueres urbanistisches Werk, das dieser Zirkularität große Bedeutung beimisst, ist das von Scott 2008.

⁴¹ Siehe Florida 2002. Zur Kritik siehe Scott 2008, 80-83.

fanden, während Gruppen, die über ein hinreichendes kulturelles Kapital verfügten, d. h. die sich dadurch auszeichneten, dass sie ihrer prekären Situation einen farbigen Anstrich zu verleihen vermochten, sich in der Rolle von Pionieren wiederfanden, die der Gentrifizierung durch die kulturelle Aufwertung von Problemquartieren den Boden bereiten sollten.⁴²

Von den benachteiligten Quartieren, die den Verdrängten offen stehen, über die aufsteigenden, in denen subkulturelle Gruppen Aufwertungsarbeit leisten, bis zu den erfolgreich veredelten ergibt sich ein System der Nutzung städtischen Bodens, das sich an der Steigerung von Bodenrente, Kapitalrendite und Standortprestige orientiert. Die Ausgrenzung von Gruppen, die aus der Sicht der Privilegierten stören, ist dann nur konsequent. Dabei löst sich die Substanz staatlicher Einheit auf: An die Stelle der einen öffentlichen Ordnung treten die vielen Ordnungen, wie die privaten Hausordnungen der veredelten Zonen, und in den Randbereichen das Recht der Gangs. Die Einheitlichkeit der Lebensbedingungen, die durch öffentliche Daseinsfürsorge zu gewährleisten wäre, zerfällt, wo diese versagt, wo es unterschiedliche Standards der Infrastrukturen und der Dienste gibt.⁴³

Metropolisierung

Der Abkehr vom Leitbild des urbanen Lebens, in der die Abneigung gegen die Unwirtlichkeit der Städte immer mehr in antimoderne Regression umschlug, erhielt in den 1990ern einen Impuls aus unvermuteter Richtung: Waren bisher Technik und Urbanität in positiver Beziehung gestanden, so schienen die jüngsten Innovationen – die digitale Datenverarbeitung und Telekommunikation – die Stadt zu einem Auslaufmodell nicht nur als Siedlungsform, sondern mehr noch als politisches Gebilde zu machen: Wenn Arbeit sich auf die Manipulation digitaler Daten reduzierte und Telekommunikation sich schließlich zur Telepräsenz steigerte, entfielen nicht nur die Gründe für physische Nähe und damit für die Agglomeration von Arbeitsplätzen und Wohnungen sowie den Verkehr zwischen diesen, sondern auch für die Stadt als Arena der Begegnung und des Austauschs, als die herausragende Form, in der Politik, Kultur und Physis sich räumlich umfassen.

⁴² Zum Begriff und zur Auseinandersetzung um die aktuellen Erscheinungsformen der Gentrifizierung siehe Holm 2010 und besonders zum Hamburger Beispiel Twickel 2010.

⁴³ Einen unübersehbaren Indikator dieser Entwicklung stellt das Unvermögen der Berliner Stadtverwaltung dar, während mehrerer Monate im Winter 2009/2010 die Fußgängerwege der Stadt begehbar zu halten. Siehe dazu Waßmuth 2010.

Cybercommunities würden die räumlich-politisch definierten Kommunen und Nationen, das Treffen im *Cyberspace* das im physischen Raum ersetzen und körperlich ins Grüne, mental jedoch in den Cyberspace zu fliehen, hieße tatsächlich, an der Spitze des Fortschritts zu marschieren.

Die Stadt ist der Ort, am dem sich das Verhältnis der Zivilisation zur inneren menschlichen und zur äußeren Natur, die Herrschaft der Menschen über die Natur und die Herrschaft von Menschen über Menschen in dichter, lesbarer Form artikuliert und das Politische greifbar wird. Jede Veränderung der Herrschaftsverhältnisse, jede Umgestaltung des Naturverhältnisses der Menschheit wird hier ansetzen müssen. Der Aufbruch in den Cyberspace würde nicht nur den Auszug aus der Stadt im physischen Sinne bedeuten, sondern auch diese als Summe der Zivilisation und politischen Ort, ja schließlich Zivilisation und Politik als solche aufgeben. Schließlich leugneten die cyberenthusiastischen Stimmen jegliche Differenz von Geist und Natur und beanspruchten, für die Natur selbst zu sprechen:

»Regierungen der industriellen Welt, ihr trägen Giganten aus Fleisch und Stahl, ich komme aus dem Cyberspace, der neuen Heimat des Geistes. Im Namen der Zukunft fordere ich euch, die ihr der Vergangenheit angehört, auf, uns nicht zu belästigen. [...] Ich wende mich an euch mit keiner geringeren Autorität als der, mit der die Freiheit selbst zu sprechen pflegt. Ich erkläre den globalen sozialen Raum, den wir bauen, als naturgegeben unabhängig von dem tyrannischen Regiment, das ihr über uns zu errichten versucht. [...] Der Cyberspace liegt nicht innerhalb eurer Grenzen. Glaubt nicht, dass ihr ihn schaffen könnt, als ob es sich um ein öffentliches Bauvorhaben handelte. Er ist Tätigkeit der Natur selbst und er wächst durch unsere kollektiven Handlungen. [...] Unsere Welt ist zugleich überall und nirgends, doch sie ist nicht dort, wo Körper leben. Eure Rechtsbegriffe von Eigentum, Ausdruck, Identität, Bewegung und Kontext sind auf uns nicht anzuwenden. Sie gründen in der Materie, doch hier gibt es keine Materie.«⁴⁴

Die Beständigkeit des Urbanen

Dies war, neben einem Angriff auf den Staat, auch und besonders einer auf die Stadt als den Ort, an dem der Geist und das Politische in der Auseinandersetzung mit der Physis sichtbare Gestalt annehmen, ein Angriff, der bis heute anhaltende Verheerungen in den Köpfen hinterließ – auch auf der Linken, wo sich zu viele der Illusion hingaben, dass hier ein herrschaftsfreier Raum entstände, in dem die schon verloren Kämpfe doch noch zu ge-

⁴⁴ Barlow 1996

winnen wären. Darüber ließen sie entscheidende Felder, und unter diesen die Stadt, brachliegen. Zu erkennen, dass der Cyberspace bzw. das Internet, das ihn trägt, einen Körper hat und dass dieser umkämpft ist, dass besonders die ohnehin Mächtigen sich seiner zu bemächtigen versuchen und sich dies in konkreten materiellen, d. h. ökonomischen und raum-zeitlichen Konstellationen vollzieht, fiel lange Zeit schwer.⁴⁵

Doch nicht nur, dass die Erwartungen an den Cyberspace sich nicht erfüllten: Dafür, dass sie sich erfüllen könnten, gibt es kaum Anzeichen, sondern im Gegenteil dafür, dass der Verstädterungsprozess sich fortsetzt. Zwar heben die digitalen Techniken zusammen mit dem Hochgeschwindigkeitsverkehr manche Gründe für die Ansiedlung in der Nähe auf, doch nur, um andere umso stärker zur Geltung zu bringen. Deshalb wächst der physische Verkehr parallel zum digitalen und schreitet die Zentralisierung wirtschaftlicher und technischer Funktionen voran. Die Attraktivität der Metropolen bleibt ungebrochen, nicht allein, weil sie bevorzugten Zugang zu den Infrastrukturen des Verkehrs und der Telekommunikation bieten, sondern auch, weil die Dichte aller Angebote und Möglichkeiten dort unvergleichlich hoch ist und die Nähe zu den wichtigen Kommunikations- bzw. Kooperationspartnern von ungebrochener Bedeutung bleibt. Diese, zu den Externalitäten von Verdichtungsräumen gehörenden, Vorzüge gewinnen im neuen Kapitalismus, in dem Vielfalt und rascher Wechsel der Gestaltung, der Produkte und Verfahren entscheidend sind, gesteigerte Bedeutung, weil die dadurch geforderte Flexibilität den Zugriff auf ein ebenso dichtes wie differenziertes Angebot von Arbeitskräften bzw. Dienstleistungen und Vorprodukten voraussetzt.⁴⁶

Die Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg waren solche eines beispiellosen Metropolenwachstums, und zwar sowohl in der Zahl der Metropolen als auch in ihrer Größe. Dieses gewaltige Wachstum fand statt, *während* die digitale Technik sich immer weiter ausbreitete und viele Indizien sprechen

⁴⁵ Dazu ausführlich Fischbach 2007. Eine detaillierte Diskussion der Cybermythen und der durch sie transportierten Verzerrungen bieten Fischbach 1998, Fischbach 2005a.

⁴⁶ Von Schritt machender Bedeutung für die neuere urbanistische Metropolendiskussion, die von der Stadt als ausgezeichnetem Produktionsort des neuen Kapitalismus ausging, war Sassen 1991, 2. Aufl. 2001; einen Überblick bietet Bronger 2004. Den in vieler Hinsicht kontraintuitiven, d. h. gängigen Anschauungen zuwiderlaufenden Zusammenhang zwischen Metropolisierung und dem Wachstum der netzförmigen Infrastrukturen, insbesondere der digitalen Kommunikationsnetze untersucht Fischbach 2005a, 189-251.

dafür, dass es sich fortsetzen wird.⁴⁷ Eine Umkehrung dieses Trends würde tiefgreifende politische Interventionen erfordern oder, wahrscheinlicher, erst nach einem Zusammenbruch der Zivilisation, wie wir sie heute kennen, erfolgen.⁴⁸ Nicht minder aufschlussreich ist ein Blick auf die ökonomische Basis dieses Wachstums. Dabei zeigt sich eine überdurchschnittliche Präsenz der Beschäftigung in der Unterhaltungs- und Kommunikationsbranche, der Forschung, der Informationstechnik, der Rechtsvertretung, der Unternehmensberatung, im Finanzsektor und im Management, also in Bereichen, die im neuen Kapitalismus eine starke Aufwertung erfahren haben.⁴⁹ Auffällig ist auch die Konzentration bestimmter Sektoren in wenigen Zentren, so der Filmindustrie in Los Angeles, Mumbai, Berlin, des Modedesigns in Paris, Mailand, New York, Tokyo und der Finanzindustrie in London, New York, Tokyo und Zürich. Dies deutet darauf hin, dass hier ausgeprägte spezifische Agglomerationseffekte bzw. Externalitäten wirksam sind, welche die Ansiedlung nicht nur in der Verdichtung überhaupt, sondern speziell dort, wo ganz bestimmte Akteure und Ressourcen in großer Zahl und Dichte vorhanden sind, nahelegen.

Unter Bedingungen, die weder der Steigerung der Bodenrente noch der Zusammenballung wirtschaftlicher Macht politische Grenzen setzen, steigert Metropolisierung die Polarisierung des Raumes. Dies bedeutet die extreme Verdichtung hochwertiger Nutzungen, d. h. solcher, mit denen eine disproportionale Aneignung von Wert einhergeht, in den zentralen Geschäftsbezirken bei fortschreitender Zersiedlung der peripheren Zonen durch Einzelhaussiedlungen und die diversen Formen der Zwischenstadt bei gleichzeitigem Anschwellen des Individualverkehrs. Einer der stärksten Impulse zur Metropolisierung ging von der Finanzindustrie aus, die im

⁴⁷ Gab es 1950 noch 83 Städte mit einer Bevölkerung von einer Million oder mehr, wovon die meisten in den Industrieländern lagen, so waren es 2005 454, die meist davon in den Ländern des globalen Südens. Auch von den 30 Größten lagen 2005 die meisten dort und vor allem wiesen sie das stärkste Bevölkerungswachstum auf: meistens eine Verdopplung innerhalb der drei Jahrzehnte davor, während es in denen des industrialisierten Norden in der Größenordnung von 10-30 % lag. Siehe die übersichten bei Scott 2008, 4, 132.

⁴⁸ Fischbach 2005b

⁴⁹ Eine Analyse der Beschäftigungsstruktur US-amerikanischer Metropolen bietet Scott 2008, 41-63. Die des deutschen Städtesystems dürfte eher untypisch sein.

selben Zeitraum nicht nur ihr Transaktionsvolumen, sondern auch ihren Anteil am Mehrwert in schwindelerregende Höhen zu treiben vermochte.⁵⁰

Produktionsort von Herrschaft

Die Deregulierung der Finanzmärkte seit den 1980ern und die verbreiterte Nutzung der digitalen Techniken ermöglichten diesen Prozess. Doch obwohl die Finanzindustrie im Zuge dieses Prozesses die globale Wirtschaft bis in die letzten Winkel und zugleich auch immer tiefer zu durchdringen vermochte, führte dies nicht zu ihrer Verteilung, sondern zu ihrer räumlichen und organisatorischen Konzentration. Ein wachsender Teil der Geschäfte findet in den wenigen *Global Cities* statt und liegt dort in den Händen einer schwindenden Zahl von Spielern.

Digitale Technik sowie der Hochgeschwindigkeitsverkehr ermöglichen erst die Zentralisierung der Kontrolle über global verteilte Finanzströme, Produktions- sowie Logistikketten und den *Global Cities* kommt dabei eine beherrschende Rolle zu, weil sie ein besonders dichtes und differenziertes Angebot aller dazu erforderlichen Ressourcen beherbergen und damit außer dem privilegierten Zugang zu der Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastruktur auch kurze Entfernungen zwischen den daran Beteiligten bieten. Dabei reicht die benötigte Arbeitskraft von der mit akademischen Qualifikationen für hochspezialisierte Beratungstätigkeiten bis hin zu der von Kindermädchen, Küchenhilfen und Raumreinigern. Dies bedeutet, dass nicht nur die Erste Welt in die Dritte eindringt, indem sich auch dort Kno-

⁵⁰ Während z. B. der Anteil des US-amerikanischen Finanzsektors an allen inländischen Profiten in den 1960er Jahren bei 15 % gelegen hatte, stieg er nach den Berechnungen von Foster, Magdoff 2009, 54 bis in die Mitte des letzten Jahrzehnts auf nahezu 40 %. Im selben Zeitraum fiel der Profitanteil der fertigen Industrie von über 50 % auf 15 %. Das Transaktionsvolumen auf den internationalen Finanzmärkten näherte sich in den letzten Jahren dem Hundertfachen des Weltprodukts. Das hat auch damit zu tun, dass die dort angestrebte Eigenkapitalrendite bei den im Arbitragegeschäft oft sehr geringen Margen nur durch hohe *Hebelfaktoren*, also ein den massiven Einsatz von Kredit, aufgeblähtes Geschäftsvolumen erreichbar ist. Dass die Verschuldung des US-Finanzsektors zwischen 1981 und 2008 von 22 % auf 117 % des Brutto-Inlandsprodukts stieg, lag in der Logik dieser Entwicklung. Andererseits führte die immense Ausweitung der Geldmenge, d. h. des Kredits, nicht dazu, dass sich die Finanzierungssituation der fertigen Industrie verbessert hätte. Geld diente immer weniger der Finanzierung von Produktion und immer mehr der von komplexen Geschäften mit Wertpapieren und Devisen, vulgo: von Spekulation. Siehe Roubini, Mihm 2010, 80-85 und Allen 2009, 35-56.

ten der transnationalen Finanz-, Produktions- und Logistiknetze ausbilden, sondern dass auch die Dritte in die Erste einwandert, wo prekarierte Einwanderer die Arbeiten nicht nur im Dienstleistungsbereich, sondern auch in bestimmten Produktionssektoren, z. B. der Modeindustrie ausführen.

Die Kongruenz der metropolitanen Zentren mit den hochrangigen Knoten der Transport- und Telekommunikationsinfrastruktur hat zur Folge, dass jene in einem Raum, der Entfernungen nicht als geographische, sondern als Summe von direkten und Opportunitätskosten abbildet, aus der Sicht der über ausreichende finanzielle Dispositive verfügenden Eliten sich untereinander immer näher rücken, während sie sich von der Peripherie immer weiter entfernen. Dieser Prozess, der sich auch auf der regionalen und städtischen Ebene wiederholt, wo schnelle, komfortable Verkehrswege vor allem hochwertige Punkte und Quartiere verbinden, zerbricht die Kontinuität des Raumes, des geographischen ebenso wie dessen der Erfahrung, und hinterlässt Raumfragmente, zwischen deren privilegierten sich ein System ortloser Transiträume entwickelt, die brückenartig die weniger privilegierten auslassen. Unter diesen Bedingungen drückt sich Ungleichheit auch als ungleiche Verfügung über Mobilitätsdispositive aus: Manifest als Ausschluss von den Transiträumen – ikonisch verdichtet in den Highways, die auf Betonpfeilern über Elendsviertel hinwegführen – bis hin zu dem Fakt, dass Bezieher geringer Einkommen einen unverhältnismäßig großen Anteil ihrer Lebenszeit nicht nur für die Fortbewegung selbst, sondern für den Erwerb der dazu erforderlichen Mittel aufwenden müssen, und, wenn man Geschwindigkeit als zurückgelegte Entfernung pro aufgewandter Lebenszeit definiert, sich sehr langsam fortbewegen.⁵¹

Die Versuche, den heutigen Finanzkapitalismus aus hypostasierten Gesetzmäßigkeiten der Wertsphäre abzuleiten, verkennen, dass er vor allem eine modernisierte Form der Kapitalherrschaft darstellt und der Übergang vom Industriekapitalismus zu ihm ein *politisches und kulturelles* Projekt war, das sich zwar der durch die dynamische Entwicklung der digitalen Technik geschaffenen Möglichkeiten nicht nur bediente, sondern jener auch eine neue Richtung gab, doch aus ihr ebenso wenig zwangsläufig hervorging wie aus irgendwelchen Bewegungsgesetzen des Kapitals. Der Übergang

⁵¹ Zur Problematik eines Raumbegriffs und insbesondere einer Metrik, die ökonomische und soziale Sachverhalte ungemessen modelliert, siehe Fischbach 2008a, zur Erfahrung des Zerbrechens räumlicher Zusammenhänge Hanzig-Bätzing, Bätzing 2005, 199-237, sowie zu den Auswirkungen netzförmiger Infrastrukturen auf Kohärenz und Fragmentierung urbaner Räume Graham, Marvin 2001.

zum Finanzkapitalismus und zum Neoliberalismus als der dazu adäquaten Ideologie stellten Reaktionen dar sowohl auf die Stagnationstendenzen, die in den Schranken des kapitalistischen Verwertungsprozesses angelegt sind, als auch darauf, dass die Revolten in den Zentren wie auch der antikoloniale Widerstand an der Peripherie die kapitalistische Herrschaft in Frage zu stellen schienen, doch sie folgten keinem Naturgesetz. Erkennbar wird hier weniger eine Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus als vielmehr ein historisches Versagen der Linken, die weder die neuen kapitalistischen Optionen erkannte, noch zu einer politischen Gegenoffensive in der Lage war.

Dieser Übergang bedeutete auch nicht, dass die Industrie an sachlichem Gewicht eingebüßt hätte, sondern dass die Ebene der Steuerung der Produktion und der Aneignung von Mehrwert sich aus den Industrieunternehmen in die Finanzsphäre verlagerte.⁵² Diese Verlagerung ist vielmehr lesbar als Errichtung einer den säkularen Stagnationstendenzen des Kapitalismus adäquaten Herrschaftsform, denn als Ausdruck einer kapitalistischen Dynamik.⁵³ Die Global Cities sind die Produktionsorte der Herrschaft des Finanzkapitals, die Plätze, an denen eine sich aus vielen spezialisierten Dienstleistern zusammensetzende Industrie vor allem Kontrolle produziert: Ihre Hauptfunktion ist die Produktion der Institutionen der Finanzherrschaft und die Bereitstellung aller Ressourcen, deren diese bedürfen. Da diese Rolle die räumlich hochverdichtete Präsenz der unterschiedlichsten Akteure impliziert und außer deren biologischer auch deren kulturelle Reproduktion erfordert, zieht sie Kräfte an, die sie auch in Frage stellen.

Unter der Herrschaft des Finanzkapitals zeichnet sich die globale Stadt durch eine Polarisierung auf mehreren Achsen aus: eine Polarisierung zwischen den Metropolen der Herrschaft und des Reichtums und den Metropolen der Abhängigkeit und der Armut, die sich im Gegensatz zwischen den entsprechenden Quartieren sowohl der ersteren wie der letzteren wiederholt, wobei erstere auch Teile der letzteren und umgekehrt letztere Teile der ersteren umfassen, zwischen extrem verdichteten und ausgedünnten, zwischen hocherschlossenen und abgekoppelten Zonen etc.⁵⁴ Das, was das Urbane ausmacht: Das Zusammentreffen, der Austausch, die Entfaltung aller menschlichen Dinge und Möglichkeiten, erzeugt hier eine sich mit sich

⁵² Dazu Galbraith 2009, 115-125.

⁵³ Den Zusammenhang von Stagnation und Finanzialisierung entwickeln ausführlicher Foster, Magdoff 2009.

⁵⁴ Dieser Gegensatz ist in den Ländern des Südens weit extremer als in den europäischen Ländern. Siehe Bronger 2004, 90-125, 149-155.

selbst rückkoppelnde Dynamik, welche die Polarisierung – der Dichte des Verkehrs, der Kommunikation, von Nutzungen und Angeboten aller Art – und damit auch die Spreizung der Bodenpreise zum Extrem treibt. Mehr als alle natürlichen Faktoren, sind es die allgemeinen und spezifischen Agglomerationsvorteile, welche die Attraktivität der Metropolen ausmachen. Doch diese Urbanität entfaltet sich in einer verzerrten, zur Zerrissenheit gesteigerten, Form auf der Grundlage einer prekären, ungleichgewichtigen Konfiguration herrschaftstechnisch funktionalisierter und in extrem ungleicher Weise angeeigneter Ressourcen. Der Raum selbst erweist sich als zutiefst polarisiert. Die egalitäre Aneignung der Stadt durch die Menschen steht noch aus. Derweil entstehen dort, wo das Kapital unvorbelastet von einem, ihm letztlich immer wieder Grenzen setzenden, urbanen Erbe bauen kann, monströse Städte aus der Retorte, welche die Gegensätze, die doch unentrinnbar zu ihnen gehören, gewaltsam auszuschließen versuchen.⁵⁵

Stadt, Natur und menschliche Natur

Urbane Verdichtung bedeutet so Verdichtung von Gegensätzen und eine wachsende Verwundbarkeit, denn besonders unter den Bedingungen hoher, globaler Mobilität bedeutet sie nicht nur die gesteigerte Chance zu finden, was man sucht: die fehlende Ware, Information, Dienstleistung, Arbeitskraft oder persönliche Begegnung, sondern auch auf das zu treffen, was man lieber gemieden hätte: die Infektion, den Konflikt, das Attentat, den Unfall, etc., während das Schadenspotenzial von Katastrophen ins Unermessliche steigt. Auch die Ausbreitung von HIV, die Attentate des 11. September 2001 und die Überflutungskatastrophe von New Orleans sind im Grunde Phänomene der Urbanisierung – einer Urbanisierung, welche die zivilisatorischen Fähigkeiten der betroffenen Gesellschaften überfordert.⁵⁶

⁵⁵ Z. B. in Dubai, das sich als technische Synthese aus Las Vegas, Palm Beach und Manhattan und als ultimative Gated Community für die Reichen und Superreichen der Erde zu vermarkten versucht. Siehe Davis 2007.

⁵⁶ Schon die rasche Ausbreitung und die großen Opferzahlen der Pest im Hochmittelalter stellten die Kehrseite des Wachstums der Städte und des Verkehrs dar. Die Pest war eine Herausforderung, der die damalige Zivilisation nicht gewachsen war, und aus der sich schon lernen lässt, was sich in der Phase der stürmischen Urbanisierung des sich industrialisierenden Nordens zeigte und auch heute noch gilt: Die Gesundheit der Bevölkerung hängt viel weniger von singulären medizinischen Leistungen als vielmehr vom allgemeinen Stand einer Zivilisation ab, von der öffentlichen Hygiene und insbesondere der Infrastruktur, von den Wohnungs- und Ernährungsverhältnissen der Masse der Bevölkerung, etc.

Die soziale Polarisierung, die eine wachsende Zahl von Bewohnern essentieller Ressourcen beraubt und in immer prekärere Lagen abdrängt, erhöht diese Verwundbarkeit ebenso wie die Optimierung aller Strukturen und Prozesse unter dem Gesichtspunkt der Profitsteigerung, die eine Planung für Notfälle und das Anlegen von Reserven als Luxus erscheinen lässt. Die Stadt ist ein fragiles Gebilde, das auf einen kontinuierlichen Zustrom von Ressourcen angewiesen ist. So wie ihre Prosperität unter den Bedingungen einer auf Wachstum konditionierten Wirtschaft der Zuwanderung von Menschen mit den unterschiedlichsten Befähigungen bedarf, hängt ihr tägliches Leben von der Versorgung mit stofflichen Gütern ab.⁵⁷

Kultivierung der Affekte

Keine geringeren Herausforderung als die Beherrschung der äußeren Natur stellt im urbanen Kontext die der inneren Natur des Menschen dar. Das Leben in der Verdichtung bedeutet auch erhöhten emotionalen Stress. Ein friedliches Zusammenleben erfordert deshalb dort auch eine vertiefte Kultivierung der menschlichen Affekte, wobei deren Scheitern mit einem erhöhten Schadenspotential verbunden ist. Dies ist, anders als es die Ideologen der gesellschaftlichen Spaltung nahezulegen versuchen, kein exklusives Problem der Unterschichten, sondern der Gesellschaft als ganzer. Diese drängt einen wachsenden Teil ihrer Mitglieder in eine Lage ab, die eine emotionale Identifikation mit ihrer Umgebung extrem schwierig macht, indem sie diese mit Ambivalenzen auflädt, und schneidet sie vor allem von den Ressourcen ab, deren eine solche Kultivierung bedarf.

Mehr noch: Der Kult des Privatismus, der individuellen Erfolgs- und Statusorientierung bzw. -darstellung, des Automobilität und des individuellen Medienkonsums befördert eine Form der Asozialität, die sich in einer völligen Ignoranz der Logik des urbanen Kontextes ausdrückt und deshalb mit einer urbanen Kultur unverträglich ist. Den erkennbaren Auflösungstendenzen der urbanen Kultur mittels eines Sicherheitsdiskurses zu begegnen, der die Disziplinierung der als gefährlich markierten Bevölkerungsteile durch verschärfte Überwachung, Bestrafung und Ausgrenzung einerseits und den Ausbau befestigter Schutzzonen für die Wohlhabenden und sich Wohlverhaltenden zum Ziel hat,⁵⁸ wird die Spaltung der Gesellschaft ver-

⁵⁷ Die heutige Just-in-time-Logistik erfordert einen kontinuierlichen Güterstrom, da sie verbrauchsnahe Lager nicht mehr vorsieht. Dazu Fischbach 2005b

⁵⁸ Eine kritische Diskussion der Ansätze eines polizeistaatlich inspirierten Städtebaus mit einem Schwerpunkt auf der britischen Situation bietet Minton 2009.

tiefen, ihr Aggressionspotential erhöhen und dadurch die Unsicherheit verallgemeinern: Die durch Mauern, Zäune und Schusswaffen erkaufte Sicherheit ist immer prekär. Sicherheit gibt es letztlich nur in einer befriedeten Gesellschaft, die ihre Spaltung überwunden hat.

Die Erhaltung oder besser: Neuerfindung, Erweiterung und Vertiefung einer urbanen Kultur stellt eine Herausforderung dar, der eine Gesellschaft, die ob ihrer Besessenheit von individuellem Erfolg ihre eigene Spaltung ignoriert, nicht gewachsen ist, die vielmehr intrinsisch verbunden ist mit der Orientierung am Gemeinwohl, an Gerechtigkeit und Frieden. Die Kontrolle und Kultivierung der Affekte, die libidinöse Besetzung und die Identifikation mit der urbanen Umwelt werden nur dort zu erwarten sein, wo Mäßigung ein universelles Gebot, die Bemühung um Gerechtigkeit wahrnehmbar und das Gemeinwohl ein greifbares Ziel ist. Dies schließt ein, das erreichte Niveau der Naturbeherrschung in gesellschaftliche und individuelle Emanzipation zu transformieren. Das größte Hindernis auf diesem Weg liegt darin, dass die Menschheit ihre Naturbeherrschung nicht beherrscht – und zwar nicht nur deshalb, weil die diese unter der Herrschaft des Kapitals vornehmlich der Kapitalverwertung dient, sondern auch, weil – siehe die Gesellschaften des bürokratischen Sozialismus – jede eindimensionale Orientierung an isolierten Mechanismen der Naturbeherrschung die Komplexität der Naturabhängigkeit menschlicher Gesellschaften ebenso aus den Augen verliert und dadurch die Naturvoraussetzungen menschlicher Reproduktion nicht weniger untergräbt als die aus den Zwängen der Kapitalverwertung resultierende. Eine fortschreitende, sich immer weiter vertiefende und dabei bis in das molekulare Substrat des Lebens eindringende, Naturbeherrschung setzt sich nicht in proportional wachsende Emanzipation, sondern in wachsende Zwänge der individuellen Selbsterhaltung und Selbstperfektion um; wobei selbst Teilerfolge gesellschaftlicher Emanzipation, wie die der Frauen, sich nur in umso höhere Anforderungen umsetzen.

Während der Topos, dass die bisherige Form der Naturbeherrschung die Naturvoraussetzungen menschlicher Existenz zunehmend gefährde, inzwischen zum Gemeinplatz avancierte, befinden sich die Konzepte eines Handelns, das diesen verhängnisvollen Zusammenhang aufheben oder wenigstens lockern würde, im embryonalen Stadium, um von ihrer Umsetzung ganz zu schweigen. Dem Stoffwechsel der Menschheit mit der Natur eine Form, und zwar sowohl dem Volumen als auch seiner Zusammensetzung nach, zu geben, die das Risiko eines Zusammenbruchs der Zivilisation vermindert, stellt eine umfassende Aufgabe dar, die auch nach einem umfassenden Plan verlangt. Einzelne technische Ansätze wie die Steigerung der

Energieeffizienz, dezentral oder zentral erzeugte Solarenergie, etc. mögen innerhalb eines umfassenden Konzepts, nach einer sorgfältigen Bewertung zwar eine Rolle spielen, doch können sie einen solchen Plan, der Erschließung bzw. Regeneration und Verbrauch von Naturressourcen gesamtwirtschaftlich ins Verhältnis setzt und begrenzt, nicht ersetzen. Solange dies nicht geschieht, wird jede technische Effizienzsteigerung, jede Erschließung neuer, auch erneuerbarer Quellen durch Verbrauchssteigerungen kompensiert, wenn nicht gar überkompensiert werden. Insbesondere gilt es auch dem technikdeterministischen Aberglauben zu widerstehen, der in bestimmten Techniken bzw. Technikformen per se eine gesellschaftstransformierende Kraft vermutet oder annimmt, bestimmte technische bzw. ökologische Aufgaben machten einen gesellschaftlichen Wandel, insbesondere die Überwindung des Kapitalismus zur ›objektiven‹ Notwendigkeit. Die Entstehung des Kapitalismus ging nicht zwangsläufig mit der Nutzung der Dampfkraft, also nicht-regenerativer Energieträger einher, und es ist keinesfalls undenkbar, dass er auch ohne solche Energieträger weiterexistieren könnte. In Zeiten, in denen der Transport von Energie kein großes Problem mehr darstellt, dürfte er auch damit gut zurechtkommen. Die Frühindustrialisierung erfolgte in vielen Regionen unter Nutzung der regenerativen Energiequelle Wasserkraft. Die Dampfmaschine brachte nur eine Emanzipation von Standortbeschränkungen. Gleichfalls illusionär ist auch der sich in dem Leitsatz ›small is beautiful‹ ausdrückende Glaube in die systemtranszendierende Kraft kleiner, dezentraler Technik. Nicht allein, dass z. B. die Solarzellen für das kleine dezentrale Sonnenkraftwerk ganz ähnlich wie die kleinen, persönlichen Computer aus ziemlich großen, zentralen Produktionsanlagen kommen, auch über die Bedingungen, zu denen sie finanziert werden, zu denen sie Strom ins Netz speisen können und damit über ihre Abhängigkeiten, ist mit dem Hinweis auf ihre Kleinheit und Dezentralität noch nichts gesagt. Zudem trifft manchmal zu, was Jörg Schlaich so formuliert: Große Probleme brauchen große Lösungen.⁵⁹

Die Fixierung auf einzelne technische Lösungsansätze ist jedoch nur eine Weise, die Problematik des menschlichen Naturverhältnisses zu verfehlen. Die gegenwärtige Diskussion tut dies auch dadurch, dass sie sich ausschließlich auf die Klimafrage konzentriert. Dadurch ignoriert sie nicht nur, dass es um weit mehr geht als nur um die Reduktion des CO₂-Ausstoßes,

⁵⁹ Eine Kritik des durch den Leitsatz ›small is beautiful‹ formulierten und anderen Rezepten sogenannter alternativer Technik bietet Fischbach 2008b.

sondern macht sich auch zum Sklaven eines Katastrophenszenarios, das weder gewiss ist, noch starke, zum Handeln motivierende, Kräfte freisetzt.⁶⁰

Nicht nur, dass Katastrophenszenarien etwas Lähmendes haben und darüber hinaus noch eine Anzahl anderer ökologischer Katastrophen denkbar sind: Die stärksten Argumente für eine grundlegende Veränderung des Naturverhältnisses der menschlichen Gesellschaft müssten aus einer Vision vom guten und richtigen Leben entspringen, die sich von einer Regel der Achtsamkeit und der Mäßigung im Umgang der Menschen miteinander wie mit der außermenschlichen Natur leiten lässt. Das heutige System der extensiven Nutzung von Erdöl birgt, wie die Ereignisse im Golf von Mexiko zeigen, noch ganz andere Risiken als das der Klimaerwärmung. Der Automobilität bliebe auch ohne das CO₂-Problem eine natur-, gesellschafts- und Urbanität zerstörende Fehlentwicklung, die noch andere Emissionen verursacht. Die Individualmobilität stellt eine im Verhältnis zu denkbaren Alternativen ineffiziente Nutzung von Zeit, Rohstoffen und Landschaft dar, lädt zur Entwicklung asozialen Verhaltens ein und zerstört mit ihren maßlosen Ansprüchen, die jede andere Nutzung zur Restgröße verkümmern lassen, den städtischen Raum. Die Stadt, das urbane Leben, werden nur eine Zukunft haben, wenn es gelingt, ihn zu überwinden.

Denkfalle Nachhaltigkeit

In diesem Zusammenhang erscheint es angezeigt, vor der Denkfalle zu warnen, über deren Eingang das Wort *Nachhaltigkeit* prangt. Mit diesem Wort konnotiert der Zeitgeist die Beständigkeit, oder besser noch, die Zunahme aller Werte und vermutet hinter ihm die Formel, die solches sicherstellt, weshalb heute alles nachhaltig zu sein hat: die Politik, das Wachstum, die Geldanlage, etc. Die Summe der Güter und damit der in ihnen enthaltenen Optionen soll wachsen oder wenigstens erhalten bleiben. Seinen Ursprung hat der Begriff in der Forstwirtschaft. Er konkretisierte sich dort in der Regel, dass diese für eine Reproduktion der Naturressource Wald Sorge zu tragen habe, die mindestens den Holzeinschlag ausgleicht oder besser noch übertrifft. Die Brundtland-Kommission, die den Begriff zu einem

⁶⁰ So viele Indizien für die Annahme eines Einflusses des durch Menschen emittierten auf das Klima sprechen, wäre es verfehlt, das Wirken anderer Faktoren zu leugnen. Klimaschwankungen gab lange bevor es einen signifikanten menschlichen Ausstoß solcher Gase gab. Der Skandal um Wissenschaftler, die die Datenlage zu einseitig darstellten, offenbarte die Verwundbarkeit einer Strategie, die sich in die exklusive Abhängigkeit von einem einzigen Problem und Erklärungsmodell begibt.

Schlagwort der politischen Diskussion machte, betonte vor allem den Aspekt der Optionen, die sich mit Ressourcen verbinden:

»Sustainable development is development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs«. ⁶¹

Darin ist ein starkes Versprechen enthalten, denn wer kennt schon die Bedürfnisse zukünftiger Generationen? Wer eine Vorstellung von der Pfadabhängigkeit der technologischen, industriellen und urbanen Entwicklung hat, wird die Idee, dass sich die Menschheit alle Optionen offenhalten könnte, verwerfen: Jeder Pfad wird Ressourcen in irreversibler Weise binden und damit alternative Optionen verschließen. Dabei ist der Anspruch, mit der Förster-Formel über das Rezept zur Erhaltung der Natur mittels ihrer Reproduktion zu verfügen, in gefährlicher Weise naiv. Seine scheinbare Erfüllung besteht meist darin, ein Stück Natur zu isolieren und mit einer Menge von Ressourcen gleichzusetzen, die es dann zu reproduzieren gilt. Dabei bleibt alles unberücksichtigt, was an der Natur in diesem reduktionistischen Kalkül nicht aufgeht. Das historische Paradigma dafür war die Nürnberger *Nadelholzsatz*. Die Ressource Holz hatte sich im Nürnberg des 14. Jahrhunderts, einem frühkapitalistischen Zentrum, wo die Metallverarbeitung davon immer größere Mengen benötigte, als immer dringlicher werdendes Problem gestellt, bevor es dem Hütten- und Bergbauunternehmer Peter Stromer 1368 gelang, im Reichswald Nadelhölzer aus Samen zu ziehen. Der Rat der Stadt machte die planmäßige Bewirtschaftung des Reichswaldes ebenso zu seiner Politik wie schließlich 1461 die Zonierung, die holz- und emissionsintensive Gewerbe aus der unmittelbaren Stadtumgebung verbannte. Aus der Waldbewirtschaftung entwickelte sich eine Bauaufsicht, da die Zuteilung von Bauholz an die Einreichung von Plänen gebunden war. ⁶²

Dem Nürnberger Rat – und dieser war durchgehend durch die Vertreter des Patriziats besetzt, die auch das produzierende Gewerbe, das dort nicht den für mittelalterliche Städte typischen, zünftigen Beschränkungen unterlag, unter ihrer Kontrolle hatten – muss man also eine überraschend moderne, an Kriterien der öffentlichen Wohlfahrt, Versorgungssicherheit und Hygiene orientierte, auf geplante Nutzung und Reproduktion der Ressourcen setzende, Politik attestieren. Das Nürnberger Beispiel zeigt, dass ein regulierter, durch öffentliche Planung ergänzter, Kapitalismus mit Nachhaltigkeit und der Nutzung regenerierbarer Naturressourcen vereinbar ist.

⁶¹ Brundtland-Kommission 1987

⁶² Radkau 2007, 101-104; Schieber 2007, 56-57

Doch tritt an ihm auch die dunkle Kehrseite der Nachhaltigkeitsformel zutage: Die regenerierte Ressource Wald wies mit der ursprünglichen Vegetation des Reichswaldes, keine Ähnlichkeit mehr auf. Aus einem Laubmischwald von biologischer Diversität und günstiger Wirkung auf Klima und Wasserhaushalt, der eine Vielzahl von Nutzungen – z. B. als Allmendweide für die Schweine der bäuerlichen Gemeinden – erlaubt hatte, war eine für Schädlingsbefall außerordentlich anfällige Monokultur geworden, deren Tugend in schnellem Wachstum bestand. An die Stelle eines ökologisch und sozial vielfältig verflochtenen Gebildes war eine quantifizierbare und reproduzierbare Ressource getreten – eine Verwandlung die in den folgenden Jahrhunderten, nachdem sich eine an Nachhaltigkeit orientierte Forstpolitik durchgesetzt hatte, die Wälder in Privateigentum überführt und die Allmendnutzungen aufgehoben waren, dem deutschen Wald das Aussehen verlieh, das ihn bis heute prägt: das eines industriell bestellten und abzuerntenden Stangenackers. Joachim Radkau arbeitet die Ambivalenz heraus, die hier am Nachhaltigkeitskonzept zutage trat:

»Die mit drohender Holznot legitimierten Forstreformen haben jedoch die Holznot der Armen, die ihre Gewohnheitsrechte im Wald verloren, verschärft. Und nicht nur aus sozialer, sondern auch aus ökologischer Sicht, sind die Aufforstungen ein ambivalenter Prozess. Erhöhung und Gefährdung der Nachhaltigkeit liegen manchmal eng beieinander, denn man konnte argumentieren, dass man den Wald und die Waldwirtschaft, um Nachhaltigkeit zu gewährleisten, erst einmal berechenbar machen müsse. Und dazu müsse man den Wald in gleichartige Schläge aufteilen und schlagweise aufforsten und abholzen. Auf diese Weise führt das Gebot der Nachhaltigkeit zum Kahlschlag und zur Monokultur«.⁶³

in diesem »erst einmal berechenbar machen« liegt ein Reduktionsschritt, der dem Nachhaltigkeitskonzept einen illusionären, wenn nicht schlicht der Macht gefügigen Charakter verleiht. Das trifft auf viele Projekte zu, die sich darauf berufen. Ob Biotreibstoff oder Aufforstung zur Schaffung von CO₂-Senken: Dabei fallen artenreiche, ökologisch und sozial vielfältig verflochtene Biotope der Reduktion auf eine, durch ein schlichtes Modell kalkulierbar und reproduzierbar gemachte, Ressource zum Opfer; wobei selbst die CO₂-Reduktion oft nur scheinbar stattfindet, weil man das CO₂, das in den Biotopen zuvor gebunden war und bei ihrer Substitution durch eine kalkulierbare Ressource freigesetzt wurde, aus der Rechnung herauslässt.⁶⁴

⁶³ Radkau 2002, 247

⁶⁴ Dieses Muster zeigen auch die Studien des Sammelbands Böhm, Dabhi 2009 auf.

Aus dem Begriff *Nachhaltigkeit* folgt keine Formel, auf deren Anwendung sich das Überleben der menschlichen Gattung gründen ließe: Wir verfügen über kein Modell, das die menschliche Naturabhängigkeit vollständig abbildete. Oft ignorieren Projekte, die Nachhaltigkeit für sich in Anspruch nehmen, Zusammenhänge, die bekannt sind, und dient die auf solche Ignoranz gegründete illusionäre Ressourcenreproduktion lediglich der Legitimation fortgesetzter unverantwortlicher Praktiken an anderer Stelle.

Die Stadt entlastet die Natur

Es gibt keine Alternative zu einer Praxis der Vorsicht und Zurückhaltung, des, von systematischem Misstrauen gegen reduktionistische Ansprüche geleiteten, Hinterfragens aller Rezepte zur Reproduktion von Natur. Wir haben die Verpflichtung, den Stoffwechsel mit der Natur zu reduzieren, wo immer das möglich ist, ohne die zivilisatorische Qualität des Lebens zu gefährden. Was diese zivilisatorische Qualität ausmacht, wäre aus einer Vision des guten Lebens zu entwickeln. Sicher ist, dass der Stadt in dieser eine Schlüsselrolle zukommen muss.

Die Bedeutung der Stadt für das gute Leben erwächst aus zwei Quellen: Sie ist sie das derzeit einzige bekannte zivilisatorische Modell, das einer Menschheit von vielen Milliarden die Chance einer befriedeten Existenz verspricht. Erstens wird diese Menschheit die Vereinigung ihrer Kräfte, die Intensität der Begegnung und des Austauschs, die das utopische Potential des Urbanen ausmachen, zur Steigerung ihres schöpferischen Möglichkeiten wie auch ihres Zusammenhalts benötigen. Zweitens enthält die Gestalt der Stadt entscheidende Voraussetzungen zur Reduktion des Naturstoffwechsels. Die Verdichtung steigert nicht nur die Wahrscheinlichkeit der Begegnung, sondern verkürzt auch die Wege. Eine städtische Bebauung ist kosten- und energieeffizient durch öffentliche Verkehrsmittel erschließbar und ihre Geometrie ermöglicht eine ökonomische Klimatisierung. Konstruktive Maßnahmen und die Integration von Pflanzen in die Gebäudehülle können die Wohnqualität und die Energiebilanz weiter verbessern. Alle Arten von Versorgungsdiensten sind in der Verdichtung ungleich kosten- und energieeffizienter zu erbringen als in verstreuten Siedlungsformen. Und im Prinzip könnte auch der Weg zur Arbeit wieder kürzer werden, wenn man sich von den funktionalistischen Dogmen trennte.

Eine humane Urbanisierung, die der Idee des guten Lebens folgt, verlangt eine gewaltige Anstrengung: Sie braucht die vertiefte Erforschung ihrer vielfältigen Aspekte, ein Arbeits- und Investitionsprogramm, das in

der Tat das Äquivalent eines Weltkrieges wäre und als einziges die Chance böte, die Stagnations- und Depressionstendenz des gegenwärtigen Kapitalismus zu überwinden, und nicht zuletzt eine hegemoniefähige politische Strömung, die sich ihre Idee zueigen machte. Erst in dem dadurch ermöglichten Aufbruch bestünde die Chance, das kapitalistische Verwertungs-zwangsregime zu überwinden und der Ökonomie den untergeordneten Platz im menschlichen Leben zuzuweisen, der ihr gebührt.

<i>Gesellschaft</i>	<i>Naturverhältnis</i>	<i>Binnenverhältnis</i>
Bedeutung von urbaner Verdichtung	Die Stadt ist der Schlüssel zu einem tragfähigen Naturverhältnis, der Ort an dem Genügsamkeit im guten Leben entsteht	Die Stadt ist der Schlüssel zur Emanzipation, der Ort, an dem das gute Leben aus einer neuen Gesellschaft entsteht
Chancen	Entscheidende Reduktion des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur durch kurze Wege und Skaleneffekte (Verkehr, Telekommunikation, Wohnung, städtische Infrastruktur)	Intensivierung von Interaktion und Diskursen durch Nähe, Bildung der kritischen Masse für Neuerungen, die effiziente Produktion von Bildung und sozialen Diensten
Risiken	Dichte erhöht das Schadenspotential von Naturkatastrophen und Seuchen, die entsprechende Vorkehrungen zu ihrer Abwehr und Eindämmung erfordern (durch Planung, technische Normen und Reserven)	Das Leben in der Verdichtung stellt hohe Anforderungen an die Zivilisierung der Affekte, die besonders durch gesellschaftliche Spaltungsprozesse gefährdet wird. Nur eine egalitäre und solidarische Gesellschaft wird zur Sicherung der ersteren und zur Abwehr der letzteren in der Lage sein.

Übersicht: Die Bedeutung von urbaner Verdichtung

Quellen

Allen, Roy E. 2009: *Financial crises and recession in the global economy*. 3. Aufl., Edward Elgar, Cheltenham

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2009: *Memorandum 2009: von der Krise in den Absturz? Stabilisierung, Umbau, Demokratisierung*. PapyRossa, Köln

Barlow, John Perry 1996 A Declaration of the Independence of Cyberspace.: Rede vor dem Weltwirtschaftsforum in Davos, 8. Februar
http://w2.eff.org/Censorship/Internet_censorship_bills/barlow_0296.declaration eine deutsche Übersetzung findet sich unter
<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/1/1028/1.html>

Berndt, Heide; Lorenzer, Alfred; Horn, Klaus 1968: *Architektur als Ideologie*. Suhrkamp, Frankfurt am Main (edition suhrkamp; 243)

Böhm, Steffen; Dabhi, Siddhartha (Hrsg.) 2009 *Upsetting the offset: The political economy of carbon markets*. MayFlyBooks, London
http://mayflybooks.org/?page_id=21

Boltanski, Luc; Chiapello, Ève 2003: *Der neue Geist des Kapitalismus*. Universitätsverlag, Konstanz

Bronger, Dirk 2004: *Metropolen, Megastädte, Global Cities: Die Metropolisierung der Erde*. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt

Brundtland-Kommision 1987: *Our Common Future: Report of the World Commission on Environment and Development*.
<http://http://ringofpeace.org/environment/brundtland.html>

Cardini, Franco 1999: *A short history of Florence*. Pacini, Pisa

Conrads, Ulrich (Hrsg.) 1975: *Programme und Manifeste zur Architektur des 20. Jahrhunderts*. Vieweg, Braunschweig (Bauwelt Fundamente; 1)

Davis, Mike 2006: *Planet of slums*. Verso, London

Davis, Mike 2007: Sand, fear, and money in Dubai [In: Davis, Monk 2007, 48-68]

Davis, Mike; Monk, Daniel Bertrand (Hrsg.) 2007: *Evil paradises: dreamworlds of neoliberalism*. New Press, New York NY

Fischbach, Rainer 1998: Der Mythos des 21. Jahrhunderts? Vom Krieg der Sterne zum Cyberspace. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Juni, 677-685.

http://www.rainerfischbach.de/blaetter/mythos_21_blaetter_9806.pdf

- Fischbach, Rainer 2005a: *Mythos Netz: Kommunikation jenseits von Raum und Zeit?* Rotpunktverlag, Zürich
- Fischbach, Rainer 2005b: Die Stadt am Scheideweg: Urbane Risiken: Über die fragwürdige Attraktivität der städtischen Zentren in Zeiten der grenzenlosen Mobilität und der Just-in-time-Logistik. *Die Wochenzeitung*, Nr. 41, 13. Okt., 15-16. http://www.stadt-wohnen.ch/aktuell/stadt_scheideweg.php
- Fischbach, Rainer 2007 Die: ›Freiheit‹ des Internet. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Juni, 749-755
- Fischbach, Rainer 2008a: Der Raum und die Räume: oder das nicht Relative des Relativen. *Forum Wissenschaft*, Nr.1, März, 45-48. <http://www.bdwi.de/forum/archiv/archiv/1046472.html>
- Fischbach, Rainer 2008b: Schöne neue Technikwelt: Ermächtigung oder Überwältigung? [In: Herwig, Uhlig, Küstner 2008, 101-132]
- Florida, Richard 2002: *The rise of the creative class*. Basic Books, New York NY
- Foster, John Bellamy; Magdoff, Fred 2009: *The Great Financial Crisis: Causes and Consequences*. Monthly Review Press, New York NY
- Fülberth, Georg; Wolf, Winfried 2010: Großstadt mit Busverkehr bis 21 Uhr: Die gegenwärtige Krise der Gemeindefinanzen. *Lunapark* 21, Nr. 9, Frühjahr, 38-41
- Galbraith, James K. 2008: *The predator state: How conservatives abandoned the free market and why liberals should too*. The Free Press, New York
- Glyn, Andrew 2006: *Capitalism unleashed: Finance, globalization, and welfare*. Oxford University Press, Oxford
- Graham, Stephen; Marvin, Siman 2001: *Splintering urbanism: Networked infrastructures, technological mobilities, and the urban condition*. Routledge, London
- Guelf, Fernand Matthias 2010: *Die urbane Revolution. Henri Leféboures Philosophie der globalen Verstädterung*. transcript, Bielefeld
- Hanzig-Bätzing, Evelyn; Bätzing, Werner 2005: *Entgrenzte Welten: Die Verdrängung des Menschen*. Rotpunktverlag, Zürich
- Heath, Joseph; Potter, Andrew 2006: *The rebel sell: How the counterculture became consumer culture*. Capstone, Chichester
- Herwig, Rita; Uhlig, Jens; Küstner, Johannes (Hrsg.) 2008: *Wissen als Begleiter!? Das Individuum als Lebenslanger Lerner*. LIT Verlag, Berlin, Münster (diagonal denken; Bd. 4)

-
- Hirst, Paul 2005: *Space and power: Politics, war and architecture*. Polity, Cambridge
- Holm, Andrej 2010: *Wir Bleiben Alle! Gentrifizierung - Städtische Konflikte um Aufwertung und Verdrängung*. Unrast, Münster
- Lefèbvre, Henri 1976: *Die Revolution der Städte*. Syndikat, Frankfurt am Main (Syndikat Reprise)
- Marcuse, Herbert 1964: *One dimensional man: Studies in the ideology of advanced industrial society*. Beacon, Boston
- McRobbie, Angela 2010: *Top Girls: Feminismus und der Aufstieg des neoliberalen Geschlechterregimes*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Frankfurt am Main
- Meyer, Hannes 1965: *Bauen und Gesellschaft: Schriften, Briefe, Projekte*. VEB Verlag der Kunst, Dresden (Fundus-Bücher; 64/65)
- Minton, Anna 2009: *Ground control: Fear and happiness in the twenty-first century city*. Penguin, London
- Mitscherlich, Alexander 1965: *Die Unwirtlichkeit unserer Städte: Anstiftung zum Unfrieden*. Suhrkamp, Frankfurt am Main (edition suhrkamp; 123)
- Mitscherlich, Alexander 1971: *Drei Aspekte der Stadtriesen: Wachstum, Planung, Chaos*. [In: Schultz 1971, 130-138]
- Mittermaier, Karl 1995: *Die Politik der Renaissance in Italien*. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt
- Ostrom, Elinor 1990: *Governing the commons: The evolution of institutions for collective action*. Cambridge University Press, Cambridge
- Radkau, Joachim 2002: *Natur und Macht: Eine Weltgeschichte der Umwelt*. Aktual. u. erw. Aufl., Beck, München
- Radkau, Joachim 2007: *Holz: Wie ein Naturstoff Geschichte schreibt*. oekom, München
- Roubini, Nouriel; Mihm, Stephen 2010: *Crisis economics: A crash course in the future of finance*. Penguin, New York NY
- Sassen, Saskia 1991: *The global city: New York, London, Tokyo*. Princeton University Press, Princeton NJ
- Sassen, Saskia 2001: *The global city: New York, London, Tokyo*. 2. Aufl., Princeton University Press, Princeton NJ
- Schieber, Martin 2007: *Geschichte Nürnbergs*. Beck, München

-
- Schultz, Uwe (Hrsg.) 1971: *Umwelt aus Beton oder unsere unmenschlichen Städte*. Rowohlt, Reinbek (rororo aktuell; 1497)
- Schwarz, Jörg 2008: *Stadtluft macht frei: Leben in der mittelalterlichen Stadt*. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt
- Scott, Allen J. 2008: *Social economy of the metropolis: Cognitive-cultural capitalism and the global resurgence of cities*. Oxford University Press, Oxford
- Siewerts, Thomas 1997: *Zwischenstadt: Zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land*. Vieweg, Braunschweig (Bauwelt-Fundamente; 118)
- Taut, Bruno 1980: *Architekturlehre*. VSA, Hamburg (Analysen zum Planen und Bauen; 8)
- Troost, Axel; Schuster, Sandra 2010: Kommunal Finanzen: Zeit für Alternativen. *Zeitschrift marxistische Erneuerung*, September, 73-83
- Twickel, Christoph 2005a: *Gentrifidingsbums oder eine Stadt für alle*. Edition Nautilus, Hamburg
- Waßmuth, Carl 2010 Der Schnee . Die Stadt . Der Reibach: Ein: ›strenger Winter ‹ und die Zerstörung der Daseinsvorsorge. *Lunapark 21*, Nr. 9, Frühjahr, 58-59
- Wetterling, Horst 1971: Kinder haben keine Lobby. [In: Schultz 1971, 58-67]
- Wilkinson, Richard; Pickett, Kate 2010: *The spirit level: Why equality is better for everyone*. Überarb. Neuaufl., Penguin, London
- Worldwatch Intitute (Hrsg.) 2007: *Zur Lage der Welt 2007: Der Planet der Städte*. Westfälisches Dampfboot, Münster

Autoren und Abstracts

Angaben zu den Autoren

Michael Brie, Dr. phil. habil, geb. 1954, studierte Philosophie in Leningrad und Berlin. Er ist Leiter des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Geschichte und Theorie des Sozialismus, Strategie linker Kräfte, sozialistische Transformationsforschung.

Ausgewählte jüngste Veröffentlichungen: Sind wir Auto? In: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und politische Praxis. Heft 1/2009, S. 165 – 172; Die Bildungselemente einer neuen Gesellschaft in Marx' „Kapital“. Blendungseffekte im Verhältnis von Kapitalismusanalyse und kommunistischer Prognose. In: Marx' Kritik der politischen Ökonomie und die Linke heute. Beiträge eines internationalen Workshops. Pankower Vorträge, hrsg. von der Hellen Panke e. V., Heft 135 (2009), S. 43 – 51; Gemeinsam mit Christoph Spehr: Was ist Sozialismus? Reihe Kontrovers der RLS 1/2008; Gewalt und Befreiung. Solidarische Emanzipation unter den Bedingungen des neoliberalen Kapitalismus. In: Rainer Rilling (Hrsg.): Eine Frage der Gewalt. Antworten von Links. Berlin 2008, S. 101 – 137; Omnia sunt communia – Von der Möglichkeit des Kommunismus nach seinem Scheitern. Eine Skizze – Lothar Kühne gewidmet. In: Klaus Klenner; Ernst Wurl: Linke Utopie – die Zukunft denken. VI. Rosa Luxemburg Konferenz. 24./25. März 2006. RLS Sachsen. Leipzig, S. 43 – 86; Der sowjetische Staatspartei-Sozialismus im Lichte der Marxschen Theorie „progressiver Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation“. In: Kalbe, Ernstgert; Geier, Wolfgang; Politt, Holger (Hrsg.): Aufstieg und Fall des Staatssozialismus: Ursachen und Wirkungen. III. Rosa-Luxemburg-Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig, 19.9 – 20.9.2003. Leipziger Jahrbücher: Osteuropa in Tradition und Wandel, Bd. 6, Leipzig 2004, S. 197 – 233,

<http://ifg.rosalux.de/>

<mailto:brie@rosalux.de>

Günter Buchholz, geb. 1946, Bankkaufmann; Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Hochschule Bremen, Abschluss 1971 als Betriebswirt (grad.). Studium der Volkswirtschaftslehre und der Politischen Ökonomie an der Universität Bremen, Abschluss als Diplom-Ökonom. Promotionsstudium an der Bergischen Universität GH Wuppertal, Promotion 1982 zum Dr. rer. oec. bei Prof. Dr. Erich Hödl, Wissenschaftlicher Mitarbeiter für Volkswirtschaftslehre an der Bergischen Universität bei Prof. Dr. Bernd

Biervert; Langjährige Tätigkeit als Senior Consultant bei Coopers&Lybrand, ab 1994 Professor für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Consulting an der HAWK Hildesheim, ab 2004 an der FH Hannover / Fakultät IV, Abt. Wirtschaft.

Arbeitsschwerpunkte: Consulting bzw. Unternehmensberatung, Unternehmensgründung, Wirtschaftsethik, Politische Ökonomie; Hochschulpolitik, Kultur- und Regionalpolitik. Funktionen: Stellvertretender Vorsitzender des Hochschullehrerbundes (*hlb*) Niedersachsen

Ausgewählte jüngere Veröffentlichungen: Buchholz, Günter (2009), Die Bologna-Reform der Hochschulen - eine hochschul- und gesellschaftspolitische Betrachtung, in: DNH - Die Neue Hochschule, Nr. 6, S. 16 -18; Buchholz, G., Müller, J., Schnauss, M. (2009): Globale Finanz- und Wirtschaftskrise - Ursachen, Verantwortung, Konsequenzen. Dokumentation der öffentlichen Vorträge am 16. Juni 2009, in: Buchholz, G. (Hrsg.), *Arbeitspapier* aus dem Fachbereich Wirtschaft der FHH; Buchholz, G., Müller, A. (2009), Neoklassik, Keynes & Marx, in: *grundrisse - zeitschrift für linke theorie & debatte*, Nr. 31, S. 49-57; Buchholz, G., Müller, A. (2009): Neoklassik, Keynesianismus und Marxismus - Drei ökonomische Denkschulen im Vergleich, *Arbeitspapier*; G., Burbach, Chr., Heckmann, F., Hoburg, R., (2009): Wirtschaftsethik heute - Dokumentation der öffentlichen Vorträge am 18. November 2008, in: Buchholz, G. (Hrsg.), *Arbeitspapier*; Buchholz, G. (2007), Die Zukunft der Hochschulen - Politische Ökonomie der Hochschulpolitik in der Ära des Finanzmarkt-Kapitalismus, in: *Sozialismus*, Nr. 12, S. 10 - 17. Buchholz, G. (2006): Kritik des Ökonomismus 2004-2006: Drei Essays, in *Arbeitspapier* Nr. 110; Buchholz, G. (2006): Kritik der ökonomischen Theorie: Vier Beiträge zur Krisentheorie, in: *Arbeitspapier* Nr. 111.

Die genannten *Arbeitspapiere* sind auf Webseiten der FHH dokumentiert und über die Veröffentlichungsliste des Autors zugänglich:

<http://www.fakultaet4.fh-hannover.de/personen/lehrende/buchholz-guenter-prof-dr-rer-oec-prof/veroeffentlichungen/index.html>

Rainer Fischbach geb. 1950, ist IT-Berater und Publizist. Er schreibt regelmäßig über technologische und politische Fragen bzw. deren Zusammenhang. In der Studie "Mythos Netz" (Zürich 2005) untersuchte er die Bedeutung der digitalen Kommunikationsnetze sowie der sich darauf stützenden Metaphorik der Vernetzung für Wirtschaft, Gesellschaft und insbe-

sondere den Prozess der Verstädterung. Er lehrte Informatik an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg und beschäftigte sich als Mitglied der Studiengruppe Peace Research and European Security (AFES-PRESS) mit Fragen der militärischen Nutzung des Weltraums, der Abwehr ballistischer Raketen und der Technologiefolgen-Abschätzung. Zusammen mit Hans-Günter Brauch ist er Autor einer Fachbibliographie zu diesen Themen (Berlin 1988).

<http://www.rainer-fischbach.de>

mailto:rainer_fischbach@gmx.net

Fernand Guelf, Dr. phil., lebt als freischaffender Autor und Unternehmer in Luxemburg und Berlin. Studium der Philosophie, Deutsche Literaturwissenschaften, Geschichte und Vergleichende Literaturwissenschaften an den Universitäten von Luxemburg, Saarbrücken, Trier und Berlin.

Aktuelle Veröffentlichungen: *Stadtluft macht frei: Von der Polis zur Cyberstadt. Philosophische Auseinandersetzungen.* Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main 2009; *Die urbane Revolution. Henri Lefèbvres Philosophie der globalen Verstädterung.* Transcript Verlag, Bielefeld 2010.

<http://www.fernandguelf.eu>

[mailto: dr.fernguelf@pt.lu](mailto:dr.fernguelf@pt.lu)

Horst Müller, Dr. phil., geb. 1945. Wirtschaftswissenschaftliche Studien sowie Philosophie, Soziologie und Politische Wissenschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg. Sozialinformatiker und Sozialphilosoph, in Nürnberg. In der Studentenbewegung aktiv, bis 1995 im Sprecherrat der Ernst-Bloch-Assoziation. Initiator der Initiative für Praxisphilosophie und konkrete Wissenschaft und des Portals praxisphilosophie.de seit 2001. Arbeitsschwerpunkte: Marxismus und konkrete Praxisphilosophie, Politische Ökonomie und Systemalternativen, Konzepte gesellschaftlicher Transformation.

Auswahl aus Veröffentlichungen: *Marx, Mead und das Konzept widersprüchlicher Praxis*, Zeitschrift für Soziologie 1983; *Bloch, Kofler und das Projekt einer utopisch-kritischen Wissenschaft gesellschaftlicher Praxis*, Leo-Kofler-Gesellschaft 2001; *Die Staatsquote und Transformationstendenzen in Wirtschaft und Gesellschaft*, UTOPIE kreativ 2001; *Theoretische Wurzeln und Arbeitsaufgaben des Praxiskonzepts*, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2002; *Der Bogen Feuerbach, Marx, Bloch, Bourdieu. Realismus und Modernität des Praxisdenkens*, Bloch-Almanach 2005. Sozial-

wirtschaft als Systemalternative, Studienreihe Praxisphilosophie 2005; Kapitalwirtschaft und konkrete Alternative, Zeitschrift Sozialismus 2007. Alternativkonzepte der politischen Ökonomie – Sozialismus des 21. Jahrhunderts?, Studienreihe Praxisphilosophie 2007; Transformationsprozesse der sozial-ökonomischen Praxis und Grundriss einer Systemalternative, Zeitschrift Widerspruch/München, Heft 47/2008. Vom Marxismus zur Konkreten Praxisphilosophie. Einführung mit Untersuchungen zu Marx, Bloch, Habermas, Mead, Bourdieu. Herausgeber und Vertrieb: Helle Panke e.V.: Philosophische Gespräche Heft 12, Berlin 2008. Karl Marx und Immanuel Wallerstein. utopistische Analysen zu den Krisen und Alternativen des 21. Jahrhunderts. In: Immanuel Wallerstein / Horst Müller, Systemkrise: Und was jetzt? Utopistische Analysen. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 4/2010.

Dr. Horst Müller, Meuschelstr. 30, D-90408 Nürnberg, T. (0911) 337781
<http://www.praxisphilosophie.de> [mailto: dr.horst.mueller@t-online.de](mailto:dr.horst.mueller@t-online.de)

Wolfdietrich Schmied-Kowarzik, geb. 1939; Studium der Philosophie, Ethnologie und Psychologie an der Universität Wien; Promotion: "Sinn und Existenz in der Spätphilosophie Schellings", Wien 1963; ab 1964 Wiss. Assistent am Lehrstuhl für Philosophie und Pädagogik der Universität Bonn; Habilitation 1970; von 1971 bis zur Emeritierung 2007 Professor für Philosophie und Pädagogik an der Universität Kassel; Vorstand der Interdisziplinären Arbeitsgruppe für philosophische Grundlagenprobleme. Arbeitsschwerpunkte: Praktische Philosophie; Kant und der deutsche Idealismus, insbesondere zu Schellings Naturphilosophie; Marx und die kritische Philosophie gesellschaftlicher Praxis; Philosophie des 20. Jahrhunderts; Bildungsphilosophie und philosophische Grundlagen der Kulturanthropologie.

Buchveröffentlichungen in Auswahl: Bruchstücke zur Dialektik der Philosophie, Ratingen 1974; Die Dialektik der gesellschaftlichen Praxis, Freiburg 1981; Das dialektische Verhältnis des Menschen zur Natur, Freiburg 1984; gem. mit Hans Immler: Marx und die Naturfrage. Ein Wissenschaftsstreit, Hamburg 1984; Kritische Theorie und revolutionäre Praxis, Bochum 1988; Bildung, Emanzipation und Sittlichkeit, Weinheim 1993; „Von der wirklichen, von der seyenden Natur“. Schellings Ringen um eine Naturphilosophie, Stuttgart-Bad Cannstatt 1996. Denken aus geschichtlicher Verantwortung. Wegbahnungen zur praktischen Philosophie, Würzburg 1999; Praxis e

responsabilidade, Porto Alegre 2002; Marx. Eine kurze Einführung (Hörbuch), Berlin 2006, Das dialektische Verhältnis von Theorie und Praxis in der Pädagogik, Kassel 2008. Editionen: Studien zur Philosophie der Praxis, 6 Bde., Bochum 1985-1989; gem. mit Heinz Eidam: Kritische Philosophie gesellschaftlicher Praxis, Würzburg 1995; Verstehen und Verständigung, Würzburg 2002. Festschriften: H. Eidam, F. Hermenau, D. Stederoth (Hg.): Kritik und Praxis. Zum Problem menschlicher Emanzipation. Wolfdietrich Schmied-Kowarzik zum 60. Geb., Lüneburg 1999; H. Paetzold, H. Schneider (Hg.): Schellings Denken der Freiheit. Für Wolfdietrich Schmied-Kowarzik zum 70. Geb., Kassel 2010.

Prof. Dr. Wolfdietrich Schmied-Kowarzik, Goethestr. 68, D-34119 Kassel
<http://www.uni-kassel.de/~schmiedk> <mailto:schmied-kowarzik@arcor.de>

Andreas Willnow, Dr. rer. pol., geb. 1977. Studium der Betriebswirtschaftslehre (Dipl.-Kfm.) an der Universität Leipzig; Dissertation zu EMAS und Umweltmanagementsystemen, Technische Universität Chemnitz, 2004; Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter in den Bereichen Umwelt sowie Politik; Forschungsprojekt zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme für die Hans-Böckler-Stiftung 2006/07.

Veröffentlichungen (Auswahl): „Grüner New Deal“?, Die Bewältigung der Klimaschutzproblematik vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise, in: Berliner Debatte Initial, 20. Jg., Heft 2, 2009, S. 75- 86; Die ostdeutsche Wirtschaft nach der Vereinigung. Zu den Schwächen der Transformationspolitik im Hinblick auf eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung, in: Janke, Dieter/Tesch, Joachim (Hrsg.), Ostdeutsche Wirtschaft 20 Jahre nach der Wende. Was ist »Erblast« der DDR und was ist Ergebnis bundesdeutscher Wirtschaftspolitik (Diskurs. Streitschriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus. Heft 32), Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. Leipzig 2009, S. 99- 121; Die Banken- und Finanzkrise. Ursachen der Krise und Lösungsansätze zu ihrer Bewältigung, Reihe Papers, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, August 2010; Die Wirtschafts- und Finanzkrise 2007 - Hintergründe und Lösungsansätze, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V., Leipzig, Mai 2009, in: http://www.sachsen.rosalux.de/fileadmin/ls_sachsen/dokumente/finanzkrise.pdf vom 08.09.2010; Rezension: Karl Mai. Rückblick auf die 80er Jahre der DDR-Wirtschaft. Daten, Klarstellungen und Bewertungen. Diskurs. Streitschriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus. Heft 29, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. Leipzig 2008,

in: JJIS - Journal Juden in Sachsen, 2. Jg., Heft 7, August/September 2009, S. 41- 45; Die jüdische Bevölkerung in Leipzig und ihr Einfluss auf das Wirtschafts- und Geschäftsleben der Stadt. Ein kurzer Überblick, in: JJIS - Journal Juden in Sachsen, 2. Jg., Heft 2, Februar 2009, S. 3- 5; Der Brühl, in: JJIS - Journal Juden in Sachsen, 2. Jg., Heft 1, Januar 2009, S. 10- 14.

Dr. Andreas Willnow, Hans-Beimler-Str. 46, D-04159 Leipzig

Abstracts der Beiträge

Michael Brie

Solidarische Gesellschaftstransformation. Skizze über eine (noch) unmögliche Möglichkeit

Eingreifende kritische Theorie, die sich auf den Standpunkt einer notwendigen umfassenden solidarischen Gesellschaftstransformation stellt, steht erstens vor dem Problem, jene Grenzen zu benennen, die die gegenwärtigen Gesellschaften nicht überschreiten können. Zweitens ist sie mit der Herausforderung konfrontiert, jene institutionellen Strukturen prospektiv zu analysieren, die einer alternativen Sozialordnung zugrunde liegen können, die sich kapitaldominierten Gesellschaften evolutionär gegenüber als überlegen erweisen würden. Ein allgemeiner Wertekonsens (sozial, ökologisch, demokratisch, friedlich...) reicht nicht aus. Drittens steht die Frage nach möglichen konkreten Schritten, die einen umfassenden Transformationsprozess einleiten könnten – zugleich anschlussfähig an das Heutige und darüber weit hinausweisend.

Günter Buchholz

Das Verhältnis zwischen Ökonomie und Staat in der Neoklassik, bei Keynes und in der marxistischen Theorie

Die liberale ökonomische Theorie ist durch einen Dualismus von Ökonomie und Staat und durch eine sehr auffällige Ambivalenz gegenüber dem bürgerlichen Staat gekennzeichnet. Als Allgemeine Gleichgewichtstheorie glaubt die liberale ökonomische Theorie, auf den Staat wirtschafts- und sozialpolitisch fast ganz verzichten zu können. In Gestalt der linksliberalen keynesianische Makroökonomik traut sie ihm hingegen die notwendige wirtschaftspolitische Lenkung einer instabilen Ökonomie zu. Als zentristischer Ordoliberalismus fordert sie vom Staat, den Wettbewerb und damit die Märkte zu garantieren. Als rechtsliberale "österreichische" Wettbewerbstheorie weist sie mit Berufung auf die spontane Ordnung der Wirtschaft und der Gesellschaft jegliche staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik als schädlich zurück. Anstatt eine Staatstheorie zu entwickeln, wird versucht, auch noch Politik und Staat mikroökonomisch als Markt zu modellieren.

In der marxistischen Theorie ist die Konstitution und die Reproduktion des Besitzbürgertums als herrschender Klasse ein Ergebnis der sozioökonomischen Analyse des Kapitalverhältnisses. Hiermit liegt, so lautet die erste These, zugleich der Ausgangspunkt der Staatstheorie vor. Die zweite These lautet, dass die gesellschaftliche Herrschaft des Besitzbürgertums einen Doppelcharakter besitzt, nämlich als Kapital *und* Staat.

Kapital bezeichnet die ökonomische und Staat die außerökonomische Seite desselben Herrschaftsverhältnisses. Diese beiden Seiten müssen auseinander treten, um die kapitalistische Ökonomie überhaupt zu ermöglichen, sie sodann zu pazifizieren und abzusichern.

Der bürgerliche Staat ist seinem Wesen nach Gewaltmonopolist bzw. Sicherheitsstaat, der aber notwendig als Rechtsstaat erscheint. Durch die Entwicklung gesellschaftlicher Gegenmacht waren ggf. Modifikationen des staatlichen Herrschaftsverhältnisses in Gestalt des Sozialstaats und des Wohlfahrtsstaats möglich. Auf dieser realen Grundlage konnten sich temporär Illusionen über das Wesen des Staates als Teil der Produktionsverhältnisse bilden.

Das jeweilige Verständnis hinsichtlich der Rolle des Staates im Zusammenhang der relevanten ökonomischen Denkschulen (Neoklassik, Keynes, Marx) ist von großer Bedeutung, nicht nur im Hinblick auf die Wirtschaftspolitik, sondern mehr noch im Hinblick auf eine transformationspolitische Perspektive. Es geht um die Frage nach dem Staatsverständnis einerseits und um das Verständnis der Beziehung zwischen Staat und Ökonomie andererseits.

Aus den Untersuchungen ergibt sich, dass sich politische Transformationsstrategien nicht vom realen Schein der Nicht-Identität von Kapital und Staat leiten lassen dürfen. Sie müssen sich der beides übergreifenden Klassenherrschaft des Besitzbürgertums bewusst sein, durch die alle am Staat orientierten Strategien problematisch bleiben.

Rainer Fischbach

Die Zukunft ist die Stadt – doch was ist die Stadt der Zukunft?

Spätestens mit der Industrialisierung erfasst die Verstädterung alle uns bekannten Gesellschaften. Sie bildet heute, unter den Bedingungen des globalen Kapitalismus, einen nicht minder weltumspannenden Prozess, in dem

sich jedoch mehr artikuliert als nur der Zwang, Arbeitskräfte und Betriebsstätten anzuhäufen. Vielmehr stellt sie ein zentrales Element der Wachstumsstrategien des flexibilisierten, finanzorientierten, sich der Kultursphäre bemächtigenden Kapitalismus dar und bildet zugleich einen Ausdruck von dessen zunehmend krisenhafter, die gesellschaftlichen Gegensätze vertiefenden Entwicklung.

Die Kritik am funktionalistischen Städtebau war, mehr oder weniger ausgesprochen, eines der Grundthemen der Revolten in den 1960er und 1970er Jahren, welche die Sphäre der gesellschaftlichen Reproduktion ins Zentrum stellten. Die Flexibilisierungs- und Kulturalisierungsstrategien des postfordistischen Kapitalismus, welche die Elemente des Urbanen funktionalisieren, erscheinen als Antworten auf diese Kritik. Diese enthielt Identifikations- und Integrationsangebote für viele der den Protest tragenden Gruppen. Mit Blick auf diese Entwicklungen stellt sich, vor allem mit explizitem Bezug auf Henri Lefèbvre, immer noch die Frage nach dem utopischen Potential des Urbanen, das es insbesondere unter dem wachsenden Druck der ökologischen Herausforderung neu auszuloten gilt.

Fernand Guelf

Kreativität in der urbanen Gesellschaft. Henri Lefebvres Projekt einer kulturellen Revolution

Als 1926 Walter Benjamin mit Franz Hessel die Überbleibsel der Pariser Passagen besucht, erkennt er in ihnen die Hölle der Moderne. In dieser künstlichen Welt, symbolisiert der Fetischcharakter der Ware das verdinglichte Denken, unfähig zu analysieren, unfähig das vermeintlich Neue als ein Uraltes, ein Nämliches, als Wiederholung des Immer-Gleichen zu erkennen.

Dem Bild der Passagen begegnet Henri Lefèbvre mit der Darstellung vom abstrakten Raum. Der Raum, Produkt komplexer sozialer und politischer Interaktionen, Produkt der Praxis und des Alltagslebens, zeichnet sich in der Moderne durch Homogenisierung, Nivellierung von Differenzen aus. Die Beherrschung des Raumes liefert die Instrumente zur Gleichschaltung der Bürger; das Alltagsleben trägt die Züge der orwellischen Hölle. Diese aktuelle gesellschaftspolitische Situation spiegelt sich in dem globalen Prozess der Urbanisierung. Die Stadt, bis zur einsetzenden Industrialisierung noch kreativer Ausdruck menschlicher Praxis, hat ihren ursprünglichen

Charakter verloren. Beherrscht von einem nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten gesteuerten Urbanismus, wird ihr historischer Status hinfällig.

Neben dem Recht auf die Stadt („Le droit à la ville“) - ein elementares Recht, das vielen, in die Kasernen der Vorstädte verbannt, verwehrt bleibt - dem Recht auf Anderssein („Le droit à la différence“) plädiert Lefèbvre bereits 1967 in „Das Alltagsleben in der modernen Welt“ für eine ‚Kulturrevolution‘. Er prognostiziert eine Schlacht der Giganten: der Mensch, nicht reduzierbar, orientiert sich an dem Noch-nicht-Bestehenden, dem Traum, der Utopie. Der Intention, einen politischen, homogenen und beherrschbaren Raum zu produzieren und zu reproduzieren, widersetzt sich der schöpferische Impetus als residuales Element. Gegen den politischen Gesellschaftsplan der „homogenen Ordnung“ und der vermeintlich kohärenten Rationalität treten das Chaos der Spontaneität und die unvermittelte Aktion. Das Spielerische als elementares Verlangen („désir fondamental“) erlaubt, sich der entfremdeten Stadt zu nähern, Perspektiven aufzuzeigen und den Horizont zu öffnen. Die spielerische ‚Erziehung‘ eines vom Verlangen getriebenen Menschen ermöglicht die „Versöhnung von Eros und Logos, von Natur und Kultur“.

Lefèbvres Vorstellung einer „kreativen Praxis“, in der Stadt und Urbanisierung eine pädagogische Rolle übernehmen, die sich von der üblichen, „auf einer Autorität, dem erworbenen Wissen des fertigen Erwachsenen beruhenden Pädagogik“ unterscheidet, steht dem aktuellen, auf Rentabilitätskriterien basierenden Kreativitätsbegriff entgegen.

Horst Müller

Zur kritischen und utopistischen Wissenschaftskonzeption des Praxisdenkens

Die historisch-systematische Studie zur Philosophie und Wissenschaft gesellschaftlicher Praxis bietet einen Leitfaden zum Studium des Praxiskonzepts für neu Hinzutretende und zugleich eine Vertiefung: Im Zuge der Auseinandersetzung mit maßgeblichen Protagonisten soll dessen kritische und utopistische Dimensionierung und dessen paradigmatisches Profil im Zusammenhang der Grundlagenpositionen der modernen Gesellschaftswissenschaften geschärft werden. Vor diesem Hintergrund werden oberflächliche und ökonomistische Marxinterpretationen zurückgewiesen.

Die Problematik der Identifizierung und Weiterbildung des Praxiskonzepts als geistesgeschichtliches Novum, als Schlüssel einer emanzipierten Wirklichkeitswissenschaft beginnt bereits bei Marx, der sich dahingehend nur bruchstückhaft geäußert hat. Sie zieht sich über die Auseinandersetzung zwischen Praxisphilosophie und Dialektischem Materialismus im 20. Jahrhundert hin bis in die modernen Debatten über das Spezifische der Marxschen Sozialphilosophie und Wissenschaftlichkeit. Sie berührt ganz erheblich die Grundauffassungen bezüglich des Status und der so oder so gearteten Bedeutsamkeit des Marxschen Konzepts einer Kritik der politischen Ökonomie aus heutiger Sicht.

Die notwendige Klärung und Entscheidung in diesen Angelegenheiten kann nur auf dem Wege einer konstitutions- und erkenntnis- bzw. wissenschaftstheoretischen Explikation des Praxisproblems gefunden werden. In diesem Sinne wird versucht - entlang einer zentralen Entwicklungslinie von Karl Marx über Ernst Bloch bis zu Pierre Bourdieu als letzthin bedeutendstem Praxisdenker, mit einigen theoriegeschichtlichen Seitenblicken auf Herbert Marcuse, den unsäglichen Jürgen Habermas und den französischen Marxisten Henri Lefebvre, auch mit Anmerkungen zu dem amerikanischen Praxisdenker G. H. Mead - das Profil einer operativen, praxistheoretischen Wirklichkeits- und Wissenschaftskonzeption, als Schlüssel zur immer neu versuchten und aufgegebenen historischen wie prospektiven Situationsanalyse, schrittweise zu verdeutlichen.

Es geht also nicht um eine philosophische Überwölbung der Marxschen Kritik als solcher, sondern um die Erarbeitung konzeptueller Grundlagen für eine entschieden weiter gehende Wirtschaftstheorie, für konkrete Sozialforschungen und politische Projekte in der Wirklichkeit des 21. Jahrhunderts: Das Begreifen der Prozesszusammenhänge, die der gesellschaftlichen Praxis und dem aktuellen Weltgeschehen den Stempel aufdrücken, und damit auch das Denken und Ergreifen einer Alternative, nach der wach gerüttelte Geister und die sozialen Bewegungen in der uns bereits eröffneten, latenzhaltigen Übergangszeit allenthalben rufen, erfordert eine erneute philosophisch-wissenschaftliche Selbstvergewisserung und neue, ebenso kritische wie utopistisch inspirierte Forschungsanstrengungen auf dem Feld der Wissenschaft der politischen Ökonomie.

Horst Müller

Zur wert- und reproduktionstheoretischen Grundlegung und Transformation zu einer Ökonomie der Gemeinwesens

Die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise ist Ausdruck einer formationellen Systemkrise. Diese signalisiert den Eintritt in eine gesellschaftsgeschichtliche *Übergangsperiode*. Die gegenüber dem 19. Jahrhundert grundlegend veränderte gesellschaftliche Situation fordert eine neue Aktivierung des dialektischen Praxisdenkens oder *Praxiskonzepts* sowie eine über die traditionelle Kritik hinaus gehende, *utopistisch* inspirierte Orientierung der Wissenschaft der politischen Ökonomie heraus.

Im ersten Hauptteil der Untersuchung wird vom heutigen historischen Ort aus die Entwicklung vom Industriekapitalismus zur *sozialkapitalistischen Formierung* des 20. Jahrhunderts mit neuen Argumenten interpretiert, die den Marxschen Entwurf in bestimmter Hinsicht historisch relativieren. Die Entwicklung wird bis zum Eintritt in das widersprüchliche, finalisierende Stadium der Gesellschaftsformation verfolgt. Dabei wird deutlich, inwiefern eine Systemalternative bereits mehr oder weniger als *reale Latenz* vorhanden ist und sich im heutigen Entwicklungsstadium der Kapitalwirtschaft an Frontlinien der gesellschaftlichen Auseinandersetzung bemerkbar macht.

Auf die praxistheoretisch fundierte Modellierung der heute maßgeblichen *dreistelligen Reproduktionsordnung*, die den Staat und die neue Wirtschaftsabteilung der *sozialwirtschaftlichen Dienste* verbindet, setzt im zweiten Hauptteil eine *wert-, reproduktions- und praxistheoretische* Form- und Transformationsanalytik auf. Auf diesem Wege werden wesentliche Konstitutionselemente einer immanent bereits mit prozessierenden *Sozialwirtschaft als Systemalternative* identifiziert. Dazu gehören ein nichtkapitalistisches, haushälterisches *ökonomisches Kalkül* und eine veränderte Wirtschaftsrechnung, eine der neuen Reproduktionsordnung *praktisch-objektiv adäquate Eigentums- und Betriebsverfassung* und nicht zuletzt außenwirtschaftliche und internationale Beziehungen auf Grundlage einer *Konsolidierung* der sozialwirtschaftlichen Basis, befreit von den kapitalwirtschaftlichen Verwertungs-, Export- und Expansionszwängen.

Im Resümee ergeben sich definitive Angriffspunkte für eine bewusste Praxis und Politik der sozialwirtschaftlichen Transformation. Diese bezieht sich wesentlich auf eine *Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste*, eine Ausfaltung sozialstaatlicher, *wirtschaftsdemokratischer Organe* und Kompe-

tenzen in Verbindung mit einem Steuerkonzept, das eine neue *Sachkapitalsteuer* einschließt und dadurch mit der chronischen Staatsverschuldung bricht. Ein wesentliches Element stellt eine den heutigen Verhältnissen entsprechende, hinsichtlich ihrer verfassungsmäßigen und ökonomischen Stellung aufgewertete, partizipative *Kommunalverfassung* dar. Der Ausblick gilt offenen Fragen und Forschungsaufgaben.

Wolfdietrich Schmied-Kowarzik

Die Herausforderung der Marxschen Philosophie der Praxis und die Misere aktueller Marxinterpretation

1. Diejenigen die Marx für tot erklären, verwechseln ihn mit einem der diversen Marxismen, mit einem vermeintlich wissenschaftlichen Sozialismus oder mit einer Parteiideologie. Sie erkennen in Marx nicht einen der bedeutendsten politischen Philosophen unserer abendländischen Tradition. Marx überschreitet die von Platon bis Kant zielbestimmende sittliche Perspektive politischer Gerechtigkeit, indem er eine „menschliche Emanzipation“ antizipiert, in der – auf einer sozial-ökologischen Oikonomia gründend – auch *soziale* Gerechtigkeit verwirklicht werden kann. Marx formt Hegels Dialektik des Begreifens um, insofern es ihm nicht mehr um ein begreifendes Zu-sich-selber-Kommen des „absoluten Geistes“ durch seine sittlichen Gestaltungen hindurch geht, sondern um den Prozess des Sich-Begreifens und -Verwirklichens *der Menschen* im historischen Prozess. Als das den Geschichtsprozess Vorantreibende ist jetzt die *gesellschaftliche* Produktion, Arbeit und Praxis erkannt, in der sich die geistigen und materiellen Kräfte der Menschen ausformen, die Menschen verändernd in die Welt eingreifen, ihre sozialen Lebensverhältnisse und damit sich selbst verändern. In diese geschichtliche Dialektik ist die Philosophie als Kritik, als eingreifendes Begreifen selbst mit einbezogen.

2. Während es Marx in seinen ersten Pariser Entwürfen einer Kritik der bürgerlichen Ökonomie darum ging, philosophisch die geschichtlichen Bedingungen der Möglichkeit der Entfremdung und damit die praktischen Bedingungen der Möglichkeit ihrer Aufhebung aufzuzeigen, versucht er nun in der *Kritik der politischen Ökonomie* die Logik des Kapitals in ihrem *strukturgesetzlichen* Funktionieren kritisch zu rekonstruieren. Es gilt diesen besonderen philosophischen Charakter der *Kritik der politischen Ökonomie* als einer *negativen Theorie* hervorzuheben, da viele Marxisten und Antimarxisten völlig

übersehen haben, dass die *Kritik der politischen Ökonomie* weder zur Grundlegung einer Ökonomie als Wissenschaft im Allgemeinen noch für eine sozialistische Ökonomie im Besondern herangezogen werden kann. Für uns heute erwächst aus der nicht widerlegten, vielmehr immer wieder bestätigten Fundamentalkritik der politischen Ökonomie die Erkenntnis: Nur eine radikale Revolutionierung des durch die kapitalistischen Wertökonomie vorangetriebenen Industrialisierungsprozesses vermag sich der Selbstvernichtung der Menschheit und der Destruktion der Erde noch entgegenzustellen.

3. Auf die praxisphilosophische Fundierung und Einbettung der Kritik der politischen Ökonomie und deren Charakter als entlarvende Kritik der verkehrten Logik des Kapitals und eine gesellschaftspolitische Aufklärung hin sind die neu vorgelegten Marxinterpretationen zu befragen. Stellvertretend für viele andere werden hier die jüngsten Arbeiten von Christoph Henning: *Philosophie nach Marx* sowie Jan Hoff: *Marx global* behandelt. Will man schließlich eine über den Kapitalismus hinausweisende sozialistische oder sozial-ökologische Oikonomia antizipieren, so darf man nicht bei der negativen Theorie der *Kritik der politischen Ökonomie* stehenbleiben, sondern muss geschichtsmaterialistisch weiter zum positiven Fundament der allgemeinen gesellschaftlichen Arbeit und Praxis zurückgehen. Es müssen alle Bereiche der gesellschaftlichen Arbeit und Praxis mit einbezogen werden, die zur Reproduktion und Regeneration einer jeden Gesellschaft erforderlich sind. Zielperspektive des kritischen Denkens von Marx bleibt die konkrete Utopie einer menschlichen Gestaltung von Gesellschaft und Geschichte. Sie versteht sich aus dem „Projekt des Menschseins“, das grundsätzlich auf den möglichen Erfüllungshorizont von Menschlichkeit bezogen ist. Auf diesen hin versucht sie, die handelnden Subjekte aufzuklären, um sie zu geschichtlich-verantwortlichen Subjekten zu befreien.

Andreas Willnow

Die Wertschöpfungsabgabe als Bestandteil eines Transformationskonzeptes?

Die Diskussion über eine Transformationskonzeption bedarf nicht nur gesellschaftswissenschaftlicher und philosophischer Beiträge, sondern vor allem auch ökonomischer Überlegungen, wie eine „solidarische Ökonomie“ jenseits des rheinischen Kapitalismusmodells konzipiert sein könnte. In diesem Beitrag wird die Frage untersucht, ob und inwieweit die „Wert-

schöpfungsabgabe“ dazu geeignet ist, als Bestandteil in ein alternatives gesellschaftliches Reformprojekt integriert zu werden. Dabei wird zunächst, ausgehend von einer Einführung in die ökonomischen Grundbegriffe, dargestellt, wie sich die Wertschöpfung als möglicherweise neue Bemessungsgrundlage zusammensetzt.

Danach wird kurz auf die Funktionsweise und die ökonomischen Auswirkungen einer Wertschöpfungsabgabe eingegangen. Es wird herausgearbeitet, dass die Wertschöpfungsabgabe einerseits zu mehr Gerechtigkeit bei der Erhebung der Arbeitgeberbeiträge beiträgt, dass es aber andererseits zu starken Verzerrungen zwischen den Wirtschaftszweigen im Hinblick auf die Beitragsbelastung kommt. Vor der Einführung der Wertschöpfungsabgabe seien die Auswirkungen auf die Investitionen in hochtechnologisierte Wirtschaftszweige, den technischen Fortschritt und die langfristig realisierbaren Beschäftigungseffekte zu klären.

Andreas Willnow

Bedingungsloses Grundeinkommen als Bestandteil eines Transformationskonzeptes?

In vielen Beiträgen wird das Bedingungslose Grundeinkommen als ein Reformprojekt zur Überwindung des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus genannt. In diesem Beitrag wird die Frage diskutiert, inwieweit das Bedingungslose Grundeinkommen dazu geeignet ist, als Bestandteil in ein alternatives gesellschaftliches Reformprojekt integriert zu werden. In diesem Zusammenhang wird auf die Begründungszusammenhänge des Bedingungslosen Grundeinkommens seiner Anhänger sowie seine Verfechter in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft eingegangen. Das Bedingungslose Grundeinkommen wird als Reformvorschlag vorgestellt, mit dem das Ziel verfolgt wird, durch die Gewährung eines bedarfsunabhängigen, individuellen und armutsfesten Einkommens eine umfassende, lückenlose Existenzsicherung der Bürger sicherzustellen.

Nach der Darstellung seiner grundlegenden Merkmale wird auf die Argumente für und gegen das Bedingungslose Grundeinkommen eingegangen. Die unbestreitbaren Vorteile des Bedingungslosen Grundeinkommens, die in der Verhinderung von Armut und der Verbesserung des Zugangs zu kultureller und gesellschaftlicher Teilhabe liegen, können leider die Probleme des Modells nicht überdecken. Die Nachteile des Modells, die in Pro-

blemen im Hinblick auf seine Finanzierbarkeit, der mangelnden Treffsicherheit und Akzeptanzproblemen liegen, werden dargestellt. Auf diese Argumentation aufbauend, wird abschließend dargelegt, dass das Bedingungslose Grundeinkommen eher eine unrealisierbare Vision bleibt, die aber einen wichtigen Beitrag zum Nachdenken über die Ausgestaltung eines Grundsicherungs- oder eines (anderen) Grundeinkommenskonzeptes leisten kann.

Studien zur

Philosophie & Wissenschaft **gesellschaftlicher Praxis**

Band 1

**Das PRAXIS-Konzept im Zentrum
gesellschaftskritischer Wissenschaft**

Band 2

**Die Übergangsgesellschaft
des 21. Jahrhunderts
Kritik, Analytik, Alternativen**

Band 3

**Von der Systemkritik zur
gesellschaftlichen Transformation**

Das PRAXIS-Konzept im Zentrum gesellschaftskritischer Wissenschaft

EINLEITUNG	7
<i>Horst Müller</i>	
Der Bogen Feuerbach, Marx, Bloch, Borudieu: Realismus und Modernität des Praxisdenkens	24
<i>Martina Thom</i>	
Das Praxis- und Wissenschaftsverständnis von Karl Marx - Einige Fragen der Interpretation	41
<i>Wolfdietrich Schmied-Kowarzik</i>	
Die Kernstruktur der Dialektik der gesellschaftlichen Praxis	85
<i>Georg Quaas</i>	
Beiträge zu einer Erkenntnistheorie der Praxis: G.H. Mead und Peter Ruben	109
<i>Helmut Fleischer</i>	
Geschichtlichkeit und Geschichtsdenken	138
<i>Wolfdietrich Schmied-Kowarzik</i>	
Marx als Denker im Zeitalter des Post-Kommunismus	156
<i>Helmut Fleischer</i>	
Sozialmobilisationen und Krisenprospekte	163
<i>Pierre Bourdieu</i>	
Neo-Liberalismus als konservative Restauration	175
<i>Horst Müller</i>	
Zur Neuordnung des theoretischen Feldes der politischen Ökonomie	182
<i>Georg Quaas</i>	
Wertrechnung und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung	207
<i>Wolfgang Hoss</i>	
Werttheoretische Überlegungen im gesamtwirtschaftlichen Reproduktionszusammenhang	229
<i>Horst Müller</i>	
Sozialwirtschaft als Systemalternative	254

**Horst Müller (Hg.): Das PRAXIS-Konzept im Zentrum gesellschaftskritischer Wissenschaft. BoD-Verlag, Norderstedt 2005 (300 S./22,80 €)
ISBN 3-8334-3737-5**

Die Übergangsgesellschaft des 21. Jahrhunderts Kritik, Analytik, Alternativen

VORWORT	7
<i>Arno Münster</i>	
Jean-Paul Sartre und die Verantwortung des Intellektuellen in der Gesellschaft	12
<i>Ursula Reitemeyer</i>	
Marx' Theorie der entfremdeten Arbeit im Spiegel der sich auflösenden Lohnarbeitsgesellschaft	38
<i>Wolfdietrich Schmied-Kowarzik</i>	
Der Grundwiderspruch zwischen der Wertlogik des Kapitals und dem Reichtum der Menschen und der Erde	54
<i>Harald Lemke</i>	
Was ist Praxologie? Von Marx über die Kritische Theorie zu einer Philosophie der Praxis	66
<i>Julia Schnegg</i>	
Praxis als Erkenntnis- und Theorieproblem Die Feuerbachthesen von Marx und die Theorie der Praxis	86
<i>Wolf Göhring</i>	
Die revolutionäre Bedeutung von Informations- und Kommunikationstechnik als besonderer Produktivkraft	114
<i>Werner Rügemer</i>	
Privatisierung als neoliberale Staatsumgründung und die Alternative einer kooperativen Ökonomie	140
<i>Klaus Steinitz</i>	
Scheitern des Realsozialismus im 20. Jahrhundert - Konsequenzen für einen zukünftigen Sozialismus	156
<i>Joachim Bischoff</i>	
Politische Ökonomie der Lohnarbeit im 21. Jahrhundert	184
<i>Horst Müller</i>	
Alternativkonzepte der politischen Ökonomie - Sozialismus des 21. Jahrhunderts?	204
<i>Klaus Thaler</i>	
Auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland	268

**Horst Müller (Hg.): Die Übergangsgesellschaft des 21. Jahrhunderts.
Kritik, Analytik, Alternativen. BoD-Verlag, 2007 (308 S./22,80 €)
ISBN 978-3-8334-9769-8**

Von der Systemkritik zur gesellschaftlichen Transformation

Transformationsforschung – Aufgaben und Probleme

Michael Brie

**Solidarische Gesellschaftstransformation -
Skizze über eine (noch) unmögliche Möglichkeit** 12

Praxistheoretische Grundlagen und Kritik

Wolfdietrich Schmied-Kowarzik

**Die Herausforderung der Marxschen Philosophie der Praxis
und die Misere aktueller Marxinterpretation** 58

Horst Müller

**Zur kritischen und utopistischen Wissenschaftskonzeption
des Praxisdenkens** 79

Wirtschaftstheorie und gesellschaftliche Transformation

Günter Buchholz

**Das Verhältnis zwischen Ökonomie und Staat
in der Neoklassik, bei Marx und Keynes** 128

Horst Müller

**Zur wert- und reproduktionstheoretischen Grundlegung
und Transformation zu einer Ökonomie des Gemeinwesens** 157

Andreas Willnow

**Die Wertschöpfungsabgabe als Bestandteil eines
Transformationskonzeptes?** 230

Andreas Willnow

**Bedingungsloses Grundeinkommen als Bestandteil
eines Transformationskonzeptes?** 250

Potentiale und Perspektiven der urbanen Praxis

Fernand Guelf

**Kreativität in der urbanen Gesellschaft
Henri Lefebvres Projekt einer kulturellen Revolution** 280

Rainer Fischbach

**Die Zukunft der Stadt -
doch was ist die Stadt der Zukunft?** 297

**Horst Müller (Hg.): Von der Systemkritik zur gesellschaftlichen
Transformation. BoD-Verlag, Norderstedt 2010 (356 S./22,90 €)
ISBN 978-3-8391-8822-4**